AGOMWBW-Rundbrief Nr. 791

vom 03. Juni 2021

Ein gemeinsamer Rundbrief von AG Ostmitteleuropa (AGOM) e. V. Berlin und Landsmannschaft Westpreußen e. V. Berlin
Herausgegeben von Reinhard M. W. Hanke (V.i.S.d.P.)

Auflage: Verteiler von rund 1.800 Konten

www.ostmitteleuropa.de www.westpreussen-berlin.de

Anschrift der Redaktion: agom-westpreussen.berlin@gmail.com
Landsmannschaft Westpreußen e. V., Brandenburgische Straße 24 – Steglitz, 12167 Berlin
Ruf: 030-257 97 533 (Büro), Fax-Nr.: auf Anfrage
Postbank Berlin: IBAN DE26 1001 0010 0001 1991 01 BIC PBNKDEFF, LM Westpreußen

Inhaltsverzeichnis ***Seiten I - XII***

Editorial *Seite 1*

Editorial: Kaiser Wilhelm I. muss gehen, unsere Soldaten werden entehrt
Von Reinhard M. W. Hanke

Themen global, die uns auch bewegen ***Seiten 2 – 31***

01) Der Weltverfolgungsindex 2021 – Wo Christen am stärksten verfolgt werden
02) Frankreichs oberster General warnt: ‚Wir dürfen uns nicht an der Konfrontation zwischen den USA und China beteiligen‘
03) Microsoft-Chef warnt: „Das Leben wird wie Orwells 1984 werden“
04) Bill Gates plant „Neuschaffung der Welt“. Von Christian Zeitz
05) Die Autorität des kommunistischen/sozialistischen Staates. Von Werner A. Prochazka
06) Propaganda für Mischbeziehungen: Warum nur der männliche Partner dabei schwarz sein darf
07) „Bekämpfung von Islamophobie“ soll UNO-Agenda werden
08) Die Ruhe vor dem Sturm
09) Bewertung und Lehren aus dem jüngsten Konflikt zwischen Israel und der Hamas Von Daniele Scalea
10) Samisdat 8 – Viktor Orbáns Erklärung

Sonderthema Corona-Pandemie ***Seiten 32- 99***

01) Vorschriften in facebook bzgl. Thema Corona: was alles NICHT erlaubt ist, zu schreiben
02) Facebook ändert seine Position zum menschlichen Ursprung des Coronavirus
03) Je nach „Bedarf“: Lauterbach widerspricht Lauterbach ob Impfen schützt oder nicht
04) Covid: ein guter Vorwand, um die Briten auszuspionieren

05) Skandal-Enthüllung von Project Veritas – Facebook gibt zu: Impfskeptiker werden Zensiert
06) US-Coronapapst Fauci bereits 2012: „Corona-Forschung ist Risiko einer weltweiten Pandemie wert“
07) Covid-Impfung in der Slowakei nicht erfolgreich. Von Olivier Bault
08) Frankreich: Pharmakologische Zentren werden mit Berichten über Impfstoff-Nebenwirkungen überschwemmt
09) Bill Gates: Corona-Impfung in Grundimmunisierung für Neugeborene aufnehmen!
10) Prof. Bhakdi zu Impfungen: Wir steuern auf eine Katastrophe zu
11) Das Sterben geht weiter: BBC-Moderatorin nach Corona-Impfung tot
12) Rechtsanwalt Carlo Brusa enthüllt die Interessenverbindungen zwischen Pfizer, Fauci, dem Wuhan-Labor u.a.
13) Belgien: Junge Frau eines slowenischen Diplomaten stirbt nach Covid-Impfung
14) Weitere US-Bundesstaaten verbieten Corona-Impfnachweise
15) Impfstoffe und Forschung mit abgetriebenen Fötuszellen, eine Erinnerung an den neuesten wissenschaftlichen „Durchbruch“
16) Der Weltärztepräsident spricht sich klar gegen die Impfung von Kindern aus. Österreich wird sich an EMA-Entscheidung orientieren - Gesundheitsministerium: „Nationales Impfgremium wird anhand dieser Vorgaben fundierte Empfehlungen aussprechen können“
17) Impfung - Belgien stoppt Johnson & Johnson für Unter-41-Jährige.Nach Tod einer Unter-40-Jährigen - Auswirkungen auf Impfkampagne jedoch gering
18) Pfizer-Studie veröffentlicht: bis zu 80 Prozent (teils schwere) Nebenwirkungen unter Kindern nach Corona-Impfung
19) Totalüberwachung droht: Mit dem „Impfpass“ in eine Orwell-Diktatur
20) Corona-Konkurslawine: und wie soll es weitergehen? Von Dr. Johann Hüthmair
21) Frankreich: schwerbewaffnete Polizisten vertreiben Café-Gäste wegen Corona-Sperrstunde (VIDEO)
22) „Baby, lass uns impfen“: Bizzare Impf-Propaganda der Österreichischen Gesundheitskasse (VIDEO)

Themen in Europa — *Seiten 100 - 218*

01) Péter Szijjártó: Wir wollen keinen neuen Kalten Krieg!
02) Ayaan Hirsi Ali: Hört auf die Vernunft!
03) Ceuta: Marokkanische Eltern wollen ihre Kinder nicht zurück
04) Marokko ermöglicht Migrantenansturm auf spanische Exklave Ceuta *[s.a. Nr. 24]*
05) Zivilisation und Souveränität gründen auf Grenzen. Von José Papparelli
06) After Democracy – Deutscher Dokumentarfilm enthüllt US-Einfluss in Europa
07) EU will Meinungsäußerung im Internet kriminalisieren, Bedrohung für Konservative und Kritiker der Massenmigration?
08) Baldige Inbetriebnahme der Gaspipeline Nord Stream 2: ein Schlag für Polen und die Ostflanke der NATO? Von Olivier Bault
09) Auf dem Weg zu einem föderalen einheitlichen Europa mit dem „Rechtsstaatlichkeits-mechanismus“
10) „Die EU ist heute ein unrechtmäßiges Gebilde“
11) EU will mehr legale Kanäle öffnen, um mehr Arbeitsmigranten aufzunehmen
12) Dr. Curios Analyse: Fachkommission möchte 40.000 Migranten nach Deutschland Umsiedeln
13) Paweł Jabłoński: Es geht um Prinzipien, nicht um aktuelle politische Vorteile. Von Bogdan Sajovic
13) Paweł Jabłoński: Es geht um Prinzipien, nicht um aktuelle politische Vorteile Von Bogdan Sajovic

14) Ausländische Journalisten zu den Angriffen der europäischen Linken auf Polen, Ungarn und Slowenien
15) „Das Europäische Parlament ist das Opfer eines Besetzungsfehlers“
16) Linke Programme für eine „grüne Zukunft“ sind Programme für die Afrikanisierung Europas. Von Jože Biščak
17) Energie aus der Wüste?
18) Photovoltaikanlagen heizen Umwelt auf und verhindern Bindung von CO2
19) Statt Photovoltaikanlagen: Sinnvolle Möglichkeiten Ackerflächen für die Energieproduktion umweltfreundlich zu nutzen. Energetische Verwertung von Biomasse
20) Lega-Abgeordnete: „Keine Hilfe aus Brüssel bei Blockaden und Rückführungen“
21) Die ungarische Familienpolitik ist auch in Italien ein Vorbild
22) Ich bin Giorgia. Von Álvaro Peñas
23) Admiral De Felice: Die Flaggenstaaten haben die Gesetze zu respektieren und müssen die Migranten aufnehmen. Von Nicola de Felice, Konteradmiral (a.D.)
24) Marokko droht Spanien mit mehr Chaos
25) Dr. Gottfried Curio: Vor uns die Sintflut – wie die nächste Massenmigration vorbereitet wird
26) Bundesheer warnt vor steigender illegaler Migration
27) Judit Varga: Migration sollte gestoppt, nicht unterstützt und gefördert werden
28) Éric Zemmour: Frankreich befindet sich in einem Überlebenskampf gegen den „Großen Austausch“
29) Mitteleuropäischer Abhängigkeitskapitalismus
30) Steffen Kotré (AfD-Fraktion im Bundestag): „Great Reset“ bedeutet ökosozialistische Planwirtschaft!
31) Mitteleuropa: Die wichtigsten Nachrichten vom 17. bis 23. Mai 2021
32) Mitteleuropa: Die wichtigsten Nachrichten vom 24. bis 30. Mai 2021
33) Ungarischer Außenminister: V4-Länder könnten Gewinner in der Weltordnung nach der Pandemie sein
34) Länder außerhalb Europas wollen in das Drei-Meere-Projekt in Mitteleuropa investieren
35) Tschechischer Präsident Zeman: „Ich bitte das serbische Volk um Vergebung“
36) Keine ungarische Außenpolitik ohne ungarische Nationalpolitik
37) Ungarn: Wo ist links, wo ist rechts? Von Irén Rab
38) Gergely Karácsony, der Mann, der Orbán entthronen möchte. Von Marcell Dengi
39) Ungarn: positive Aussichten für die wirtschaftliche Erholung. Von Marcell Dengi
40) Slowenien liegt deutlich über dem EU-Durchschnitt. Von Vida Kocjan

Politik in Deutschland und in nahen Staaten *Seiten 219 - 231*

01) Tim Leibert: Alterung und Stillstand auf dem Arbeitsmarkt, in: Nationalatlas Aktuell, Institut für Länderkunde, Leipzig
02) Biden-Administration hebt Sanktionen gegen Nord Stream 2 Pipeline auf – ein wichtiger Sieg für Putin
03) Eine Lücke, die nicht geschlossen wird: Die Einwanderung ins Sozialsystem über Scheinvaterschaften
04) War Baerbock Lobbyistin? 50 Millionen Euro Subventionen für »StreetScooter«
05) Auftrittsverbot für Xavier Naidoo – In Rostock leben alte SED-Traditionen wieder auf Von Michael van Laack

Diese Themen wurde auf unsere Leitseiten gesetzt:

A) Hat das Regionalmuseum in Krockow/Krokowa in der Nordkaschubei mit der Außenstelle des Westpreußischen Landesmuseums eine Zukunft? Von Dr. Jürgen Martens

B) Ist das Regionalmuseum in Krockow/Krokowa - Außenstelle des Westpreußischen Landesmuseums – am Ende?
Von Dr. Jürgen Martens
<http://www.westpreussen-berlin.de/AWR-Leitseiten/20200810_Leitseiten_Krockow_Regionalmuseum.pdf>

Aufruf zur Unterstützung *Seiten 232– 234*

1) Finanzielle Unterstützung der Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin
2) BdV: Ewige Flamme“ in Berlin-Charlottenburg braucht Ihre Unterstützung
3) Aufruf des Leibniz-Instituts für Länderkunde: Heimatzeitschriften erbeten!

„Zum Wohle des deutschen Volkes…“, Grundgesetz, Artikel 64 und 56 *Seite 235*
Du musst denken …. *Seite 236*

Pfarrer Steffen Reiche, Kirchengemeinde Bln.-Nikolassee, Seiten 237-247

A. a) Leitgedanken *Seite 248*

„Verletze niemanden, vielmehr hilf allen, soweit du kannst.“ *Arthur Schopenhauer*
Was wir heute tun, entscheidet darüber, wie die Welt von Morgen aussieht!
Marie von Ebner-Eschenbach (1830-1916)
„Heimat gestalten und nicht nur verwalten!“ *LW Berlin*

Von „Sternstunden“ und „Durchbruchs“-Phantasien. Ein Kommentar zum aktuellen sudetendeutsch-tschechischen Verhältnis. Von Gernot Facius
Seiten 248 – 249

A. b) Forderungen und Grundsätze *Seite 250*

Diese Themen finden Sie jetzt auf unseren Leitseiten:

<http://www.westpreussen-berlin.de/AWR-Leitseiten/20200810_Leitseiten_Forderungen-Grundsaetze.pdf>

1) Rettet die kulturelle Vielfalt – rettet den Sonnabend! „Rote Karte“ für die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG)

2) Der Begriff „Vandalismus“ ist zu brandmarken!

A. c) Mitteilungen *Seiten 251- 261*

01) Eröffnung des Dokumentationszentrums Flucht, Vertreibung, Versöhnung im Berliner Deutschlandhaus. Einladung zur virtuellen Pressekonferenz
02) Copernicus Preis 2022
03) AG PKG - Rundbrief No. 141 der AG für pommersche Kirchengeschichte vom 31. Mai 2021
04) Zweites Pfingstfest ohne Sudetendeutschen Tag
05) Bilder der Vertriebenen-Beiratssitzung im österreichischen Parlament
06) Newsletter der A. E. Johann-Gesellschaft vom Mai 2021

A. da) Berichte *Seiten 262 - 268*

01) Jugendorganisation im Dialog mit Landesbeauftragter Westmann MdL. Pressemitteilung der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen
02) Pressemitteilung zur Fachtagung "Der Lastenausgleich im Spiegel der deutschen Wirtschafts- und Sozialpolitik. Neue Perspektiven und Ansätze für die Forschung" der Kulturstiftung

A. db) Berichte von Fachtagungen ***Seiten 269 - 272***

01) Ordnung und Gewalt. Wechselwirkungen zwischen Militär und Politik in der Neuzeit

A. ea) Dokumentationen, Projekte, Diskussionen *Seiten 273 - 276*

01) Wahlprogramm der Grünen
02) „Führerhaus“ - Womit wir uns täglich herumschlagen müssen!

A. eb) Dokumentationen, Projekte, Diskussionen: Veränderung der Geschichtslandschaft durch Umbenennung von Straßen *S. 277 - 332*

01) Rettet die Berliner Mohrenstraße. Kolumne von Götz Aly
02) Die Linke ist bei Straßenumbenennungen wieder aktiv: sie fordert, die Roonstraße in Lichterfelde West umzubenennen
03) Straßenumbenennungen ohne Ende? Hermann von Wissmann
04) Demokratischer Diskurs ausgeschlossen: SPD-Politiker haben nichts dazu gelernt. Noch einmal: Maerckerweg
05) Vorletzter Reichskanzler: Pflege für Kurt von Schleichers Grab soll nicht mehr vom Land bezahlt werden
06) … und auch in anderen Bezirken Straßenumbenennungen, beispielsweise in Tempelhof-Schöneberg
07) Götz von Aly zu Rotrotgrünem Brutalismus in Berlin. Kommentar von Götz Aly im Wortlaut
08) Anwohner lehnen Inge-Meysel-Straße ab. Von Hildburg Bruns

Dieses Thema finden Sie jetzt auf unseren Leitseiten:

Von der Geschichtsklitterung zur Geschichtsfälschung:
Straßenumbenennungen für eine andere Republik, für eine andere Gesellschaft – für ein anderes Volk?
Das Beispiel Steglitz-Zehlendorf in Berlin: Paul von Hindenburg, Max von Gallwitz, Georg Maercker

http://www.westpreussen-berlin.de/AWR-Leitseiten/20200810_Leitseiten_Geschichtslandschaft_Strassen_Gedenktafeln_%20Ehrengraeber.pdf

A. f) Ehrungen, Gedenken, Nachrufe *Seiten 333 - 342*

01) Soldatendenkmal des Kyffhäuserbundes auf dem Friedhof der Kirchengemeinde Alt-Schöneberg in Berlin
02) Der Tag, an dem König Matthias die Stadt Wien einnahm

A. g) Fördermöglichkeiten *Seite 343*

Diese Themen finden Sie jetzt auf unseren Leitseiten:
01) Preise & Stipendien des Deutschen Kulturforums östliches Europa e. V. und weiterer Einrichtungen
02) Förderpreise und Förderstipendium der Copernicus-Vereinigung für Geschichte und Landeskunde Westpreußens e. V.
03) Bund der Vertriebenen: Beratungsstellen für Finanzielle Förderungen und Heimatsammlungen nehmen Tätigkeit auf

<*http://www.westpreussen-berlin.de/AWR-Leitseiten/20200810_Leitseiten_Foerdermoeglichkeiten.pdf*>

A. h) Beiträge zur geschichtlichen und geographischen Landeskunde *Seiten 344 - 371*

01) Grzegorz Kucharczyk: „Die preußischen Eliten betrachteten Polen als einen gescheiterten Staat“
02) Männer und Mächte hinter der italienischen „Wiedererstehung“ (Risorgimento). Von Georg Dattenböck
03) Deportation von „Feinden der Arbeiterklasse“ begann vor 70 Jahren im kommunistischen Ungarn
04) Steigende Besucherzahlen in Ungarns Nationalparks
05) Die Lage der ungarischen Minderheiten in den Nachbarländern. Von Martin Josef Böhm

A. i) Plattform des Arbeitskreises für ostdeutsche Landsmannschaften u.ä. (Historisches Ostdeutschland und östliches Mitteleuropa)

Seiten 372 - 374

01) Zentrale Festveranstaltung zum Tag der Heimat 2021
02) Landsmannschaft Schlesien – Nieder- und Oberschlesien e.V. Berlin-Brandenburg vervollständigt Vorstand durch Briefwahl

A. i) Plattform des Arbeitskreises für landsmannschaftliche ostdeutsche Heimatkreise (Historisches Ostdeutschland und östl. Mitteleuropa

Seite 374 - 380

01) Einladung zur 30. Weißenhöher Himmelfahrt, 24. bis 31. Juli 2021
02) Kleine Weichsel-Zeitung Nr. 3 des Heimatkreises Marienwerder ist da
03) Heimatkreis Schneidemühl: Patenschaftstreffen in Cuxhaven abgesagt

B. a) Vortragsveranstaltungen

Seiten 381 – 393

01) Neue Podcast-Episode online: "Melde gehorsamst, ich bin so bloed." – 100 Jahre Schwejk. Eine tschechisch-deutsche Beziehungsgeschichte
02) Deutsche Herrschaft der besetzten Sowjetunion. Von Hunger, Zwangsarbeit und Alltagsgewalt in den Jahren des Zweiten Weltkriegs
03) Frauen als Vorkämpferinnen sozialer Gerechtigkeit? Klaus-Zernack-Colloquium 2021
04) Online-Diskussion über Erinnerungspraktiken in Deutschland und Polen
05) »Vicky Baum, Gabriele Tergit, Irmgard Keun«. Literarische Führung. Literaturhaus Berlin
06) Von der letzten Zerstörung. Die Zeitschrift „Fun letstn churbn" der Jüdischen Historischen Kommission in München 1946–1948. Topographie des Terrors.
07) Kampf um die Brester Festung 1941. Ereignis - Narrativ – Erinnerungsort. Topögraphie des Terrors

B. b) Vorlesungsreihen Podiumsdiskussionen, Seminare u.ä.

Seiten 394 – 416

01) Online-Symposium zur Diskussion um Straßennamen am 01. Juni 2021
02) 850 Jahre Weihe des Havelberger Domes
03) Mühlen, Kraftwerke, Wasserbauten. Die Regulierung von Flüssen und Gewässern in der Rechtsgeschichte
04) Oberseminar der Historischen Geographie Bamberg
05) Literaturtage an der Neiße, 09. bis 13.6.2021, Livestream
06) Von der Versöhnung zur Alltäglichkeit? 30 Jahre deutsch-polnische Nachbarschaft. Internationale Wissenschaftliche Konferenz im Hybridformat vom 17. bis 19. Juni 2021 in Warschau und vom 24. bis zum 25. Juni in Oppeln mitsamt Online-Übertragung Institut für Politische Studien der Polnischen Akademie der Wissenschaften, Deutsches Polen-Institut Darmstadt, Łazarski-Hochschule Warschau
07) Polen und seine Sprache(n). Gefördert durch DAAD, Online. Veranstalter

Aleksander-Brückner-Zentrum für Polenstudien, 03.06.2021 - 08.07.2021, von Johann Wiede, Aleksander-Brückner-Zentrum für Polenstudien, Universität Jena

Seite VIII zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 791 vom 03.06.2021

08) Südosteuropa ist tot? Lang lebe Südosteuropa! Positionierungen in einem interdisziplinären Forschungsfeld.
X. Dr. Fritz-Exner-Kolloquium zur Südosteuropaforschung

09) Ländliche Gesellschaft und digitale Geschichtswissenschaften.
Sommertagung der Gesellschaft für Agrargeschichte

10) Der große Aufbruch 1968 – ein Mythos von gestern. Tagung der BAG für Ostdeutsches Kulturerbe im Unterricht e. V.
In Soest, November 2021.

11) Zeit in der Landesgeschichte

12) Slavistiktag 2022 Ruhr-Universität Bochum, 21.09. bis 24.09.2022, Deadline 15.01.2022. Veranstalter: Verband der deutschen Slavistik (Ruhr-Universität Bochum)
Von Thomas Skowronek, Seminar für Slavistik / Lotman-Institut für russische Kultur, Ruhr-Universität Bochum

C. a) Ausstellungen usw. in Berlin und Umland *Seiten 417 - 439*

01) Leonardos intellektueller Kosmos:
Eine Ausstellung der Staatsbibliothek Berlin PK in Kooperation mit dem Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte, Berlin und dem Museo Galileo, Florenz
Berlin, 11. Mai – 26. Juni 2021

02) Tiere auf Papier. Digitale Vernissage der Online-Ausstellung
Staatsbibliothek Berlin PK, 23. April 2021, 18 Uhr

03) 20.04. bis 20.06.2021, Kommunale Galerie Berlin-Wilmersdorf: Time Out | Leere Läden in Berlin : revisited

04) 27.04. bis 13.06.2021, Eröffnung 25.04.2021, Kommunale Galerie Berlin-Wilmersdorf: co:exist - ein multilog aus stadt, mensch und natur. Digitaler Ausstellungsbesuch

05) Programme der Museen von Tempelhof-Schöneberg

06) Enthüllte Schätze. 101 Jahre Schöneberger Kunstdepot.
Kunstausstellung, 24.04. bis 06.08.2021

07) „Kommt Schwimmen“. Das Seebad Mariendorf 1876 – 1950
Tempelhof-Museum, 07.05. bis 10.10.2021

08) Fritz Bauer. Der Staatsanwalt. NS-Verbrechen vor Gericht
28.04. bis 17.10.2021, Topographie des Terrors

09) Brandenburg-Preußen Museum: „Vom Eise befreit sind Strom und Bäche…“
Brandenburg-Preußen Museum Wustrau: Ausstellung „[K]Ein Kinderspiel: Spielzeug als Spiegel der Industrialisierung vom 21.03. bis 05.12.2021

C. b) Ausstellungen usw. außerhalb des Raumes von Berlin *Seiten 440 - 450*

01) 22. April bis 20. Juni 2021, Westpreußischen Landesmuseum: Augenblicke«. Gemälde und Zeichnungen von Rolf Löhrmann

02) Wolfskinder. Ausstellung zum Thema »Verlassen zwischen Ostpreußen und Litauen«.
Haus der Heimat, Stuttgart

03) ab 20.03.2021 digital, Oberschlesisches Landesmuseum, Ratingen: Oberschlesien am Scheideweg. Zum 100. Jahrestag der Volksabstimmung in Oberschlesien

04) Museum für Russlanddeutsche Kulturgeschichte in Detmold

E. a) Neuerscheinungen auf dem Bücher- und Zeitschriftenmarkt *Seiten 451 – 453*

A. Besprechungen (*Seite 451)*

Wir lesen

B. Besprechungen in Arbeit *(Seite 451)*

01) Alexander-Kenneth Nagel: Corona und andere Weltuntergänge. Apokalyptische Krisenhermeneutik in der modernen Gesellschaft.
(Bielefeld) [transcript] (2021). 209 Seiten.
= Kulturen der Gesellschaft.48.
Print-ISBN 978-3-8376-5595-7. € 30,00.
PDF-ISBN 978-3-8394-5595-1.
Rezensent: Dr. Gerd Klöwer, Berlin

02) Svenja Kück: Heimat und Migration. Ein transdisziplinärer Ansatz anhand biographischer Interviews mit geflüchteten Menschen in Deutschland.
(3 Abb., 2 Tab.). (Bielefeld) transcript (2021). 293 Seiten.
ISBN 978-3-8376-5511-7 (Print), 978-3-8394-5511-1 (pdf). € 48,00.
Rezensentin: Frau Dr. Maria Werthan, Langerwehe

03) Breslau – Freizeit und Konsum. (zahlreiche historische und aktuelle Abb. im Text, Abb. auf den Klapp-Umschlagseiten). Hg. von Heinke Kalinke, Tobias Weger, Łukasz Bieniasz
(Berlin/Boston) de Gruyter (2021). 313 Seiten.
= Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa. Band 81.
ISBN 978-3-11-070298-9. € 49,95.
Rezensent: Reinhard M. W. Hanke, Berlin

04) Arne Frank unter Mitarbeit von Katrin Schulz: Das schlesische Elysium. Burgen, Schlösser, Herrenhäuser und Parks im Hirschberger Tal. (mit zahlreichen mehrfarbigen und SW-Abbildungen im Text, 2 mehrfarbigen Karten auf den Innenseiten).
Fünfte, überarbeitetete und erweiterte Auflage.
(Potsdam) Deutsches Kulturforum östliches Europa (2021). 307 Seiten.
ISBN 978-3-9361168-90-7. € 19,80.
Rezensent: Peter Börner, Siegburg

C. Zur Besprechung in der Redaktion eingegangen *(Seiten 451 – 453)*

01) Ziko van Dijk: Wikis und die Wikipedia verstehen. Eine Einführung. (13 Abb., 18 Tab.). (Bielefeld) [transcript] (2021). 338 Seiten.
ISBN 978-3-8376-5645-9. € 35,00.
E-Book (EPUB) Open Access PDF-ISBN 978-3-8394-5694-3. € 38,99?

02) Steffen Reiche: Tief träumen und hellwach sein. Politiker und Pfarrer mit Leidenschaft. Ein autobiografischer Essay. (22 SW-Fotos im Text). (Bonn) Dietz (2020). 261 Seiten. ISBN 978-3-8012-0461-7. € 24,00.

03) Manfred Kittel: Stiefkinder des Wirtschaftswunders? Die deutschen Ostvertriebenen und die Politik des Lastenausgleichs (1952 bis 1975). (Düsseldorf) Droste Verlag 2020. 671 Seiten.
= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Band 182. ISBN 978-3-7700-5349-0. € 68,00.

04) Handbuch Landesgeschichte. (43 Abb., darunter einige mehrfarbige Abb.). Hrsg. von Werner Freitag, Michael Kißener, Christine Reinle und Sabine Ullmann.
(Berlin) De Gruyter Oldenbourg. (2018). XII, 706 Seiten. = de Gruyter Reference.
Gebunden ISBN 978-3-11-035411-9. € 99,95.

05) Handbuch qualitative und visuelle Methoden der Raumforschung. (zahlreiche Abbildungen, Tabellen).
Hg. von Anna Juliane Heinrich, Séverine Marguin, Angela Million, Jörg Stollmann.
Bielefeld: Transcript Verlag (2021). 464 Seiten. = utb. Band 5582.
Print-ISBN 978-3-8252-5582-4. € 29,90.
PDF-ISBN 978-3-8385-5582-9.

06) Das Museum der Zukunft. 43 neue Beiträge zur Diskussion über die Zukunft des Museums. Hrsg. von schnittpunkt und Joachim Baur. (mit mehrfarb. und SW-Abb.). (Bielefeld) transcript (2020).
313 Seiten. ISBN 978-3-8376-5270-3. € 29,00.

07) Judith Heß: Europäisierung des Gedenkens? Der Erste Weltkrieg in deutschen und britischen Ausstellungen. (15 SW-Abbildungen).
(Bielefeld) transcript (2021). 356 Seiten.
Print-ISBN 978-3-8376-5619-0. € 60,00.
PDF-ISBN 978-3-8394-5619-4. € 59,99.

08) Nicht nur Bauhaus. Netzwerke der Moderne in Mitteleuropa / Not just Bauhaus. Networks of Modernity in Central Europe. Herausgegeben von Beate Störtekuhl und Rafał Makała. (mit zahlreichen schwarz-Weißen und mehrfarbigen Abb.). (Berlin / Boston) de Gruyter/Oldenbourg (2020).
400 Seiten.
= Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa. Band 77. ISBN 978-3-11-065876-7. € 59, 59.

09) Christofer Herrmann / Kazimierz Pospieszny / Ernst Gierlich (Hrsg.): Spiegel der Fürstenmacht. Residenzbauten in Ostmitteleuropa im Spätmittelalter – Typen, Strukturen, Ausschmückung. (zahlreiche Farbfotos, zahlreiche mehrfarbige und einfarbige Abb.). (Bonn) Kulturstiftung der Vertriebenen (1921). 289 Seiten.
ISBN 978-3-88557-243.5. € 24,90.

10) Hans-Jürgen Kämpfert: Naturwissenschaft am Unterlauf der Weichsel. Einrichtungen und Persönlichkeiten. (zahlreiche Abb., Stadtplan Danzigs von 1822 auf den Umschlaginnenseiten vorn, Landkarte Westpreußen auf den Umschlaginnenseiten hinten).
Münster / Westfalen: Nicolaus-Copernicus-Verlag 2020. XI, 396 Seiten.
= Quellen und Darstellungen zur Geschichte Westpreußens. Nr. 42.
ISBN 978-3-924238-58-2. € 40,00.

11) Christhardt Henschel (Hg.): Ostpreußens Kriegsbeute. Der Regierungsbezirk Zichenau 1939 – 1945. (19 SW-Abbildungen im Text). (Osnabrück) fibre (2021). 416 Seiten.
= Einzelveröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts Warschau.42.
ISBN 978-3-944870-75-5. € 58,00.

12) Arno Mentzel-Reuters und Stefan Samerski (Hg.). Castrum sanctae Mariae: Die Marienburg als Burg, Residenz und Museum. (mit 102 Abb.).
Göttingen: V & R Unipress 2019. 505 Seiten.
= Vestigia Prussica. Forschungen zur Ost- und Westpreußischen Landesgeschichte. Band 1. ISBN 978-3-8471-0883-2. € 59.99.

13) Peter Bahl: Belastung und Bereicherung. Vertriebenenintegration in Brandenburg ab 1945. (Berlin) Berliner Wissenschaftsverlag (2020). XVII, 1.718 Seiten.
= Bibliothek der brandenburgischen und preußischen Geschichte. Im Auftrag des Brandenburgischen Hauptarchivs und der Historischen Kommission zu Berlin herausgegeben von Mario Glauert und Michael Wildt. Band 17.
ISBN Print 978-3-8305-5016-7. € 125,00.
ISBN E-Book 978-3-8305-4186-8. Freier Zugang. € 0,00.

14) Naturpark Barnim von Berlin bis zur Schorfheide. Eine landeskundliche Bestandsaufnahme. Hg. von Peter Gärtner, Lisa Merkel, Haik Thomas Porada (mit 181 zumeist mehr-farbigen Abb. im Text; 1 Übersichtskarte-Suchpunkte und 1 Tafel mit 4 mehrfarbigen Abb. in Tasche).
Wien, Köln, Weimar. Böhlau Verlag (2020). 496 Seiten.
= Landschaften in Deutschland. Band 80 (herausgegeben im Auftrag des Leibniz-Instituts für Länderkunde und der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig). ISBN 978-3-412-51378-8. € 30,00.

Briefe und Leserbriefe — *Seiten 454 - 459*

01) Einbahnstraße Borstellstraße
Brief an das Straßenverkehrsamt von Berlin Steglitz-Zehlendorf
02) Freude durch die Firma AUDI

Impressum *Seite 460*
Mit Bildern unserer Geschäftsstelle in Berlin-Steglitz *Seite 460*
Karte Großgliederung Europas/Begriff „Ostmitteleuropa“ *Seite 461*
2 Karten zur Geschichte Westpreußens *Seite 462*
Westpreußen in Physisch-geographischen Karten *Seite 463*
Karte des Königreichs Preußen und Karte der Provinz Westpreußen von 1871/78 – 1920 *Seite 464*

Redaktionsschluss für AWR-Nr. 791:
02.06.2021, 12:00 Uhr

Der Rundbrief Nr. 792 erscheint voraussichtlich am 17.06.2021
(Redaktionsschluss: 16.06.2021, 12:00 Uhr)

Editorial: Kaiser Wilhelm I. muss gehen, unsere Soldaten werden entehrt

Liebe Leser,
die auch in der Literatur bekannte Reichsstraße 1 Aachen – Königsberg führt durch Berlin. Jüngere wissen das meistens gar nicht. Ihre Kenntnisse in Geographie und Geschichte – geprägt vor allem durch einen seit Jahrzehnten völlig unzureichenden und falsch gewichteten Schulunterricht, aber auch durch desinteressierte Elternhäuser und nach „links“ abdriftende politische Organisationen – reichen nicht hin und nicht her, um Veränderungen oder gar Verfälschungen zu begegnen.
Beispiele sind zurzeit auch bei den Umbenennungen von Straße festzustellen. Bestimmte Parteien tun sich da besonders hervor. Und da es nun doch nicht ganz sicher ist, dass das Volk bei Umbenennungen in Jubel ausbricht, werden die Umbenennungen möglichst ohne Bürgerbeteiligungen durchgepeitscht. Parlamentarische Mehrheiten von sich bildenden Koalitionen machen es möglich, nur sind die Wählerstimmen offensichtlich nicht für derartige Fragen gegeben worden. Wir haben genug Probleme zu lösen, die allemal wichtig sind.
Einem „Politiker“ von Bündnis 90/Die Grünen war es in Tempelhof-Schöneberg gelungen, CDU und FDP für eine Umbenennung ins Boot zu holen. SPD und Die Linke wollten zwar auch Kaiser Wilhelm I. loswerden, aber sie hatten zum neuen Namensgeber andere Vorstellungen. Einzig die AfD trat für den Kaiser ein und ließ in der Gegend um den Kaiser-Wilhelm-Platz über 2.000 Flugblätter verteilen. Landsmannschaft Westpreußen und Berliner Bürgerverein wandten sich ebenso gegen die Umbenennung, letztere wies auch auf die politischen Belastungen hin (Entlaubungen in Vietnam), die mit der Person von Richard-von-Weizsäcker, dem ausgewählten Namensgeber, verbunden sind. Wo sind die Anderen, die Sturm laufen müssten gegen die Verfälschung der deutschen Geschichte?
Natürlich begann auch sofort gegen uns eine Ausgrenzung: Wir hatten es gewagt, auch die AfD zu erwähnen und ihr Flugblatt in unsrem AGOMWBW-Rundbrief abzudrucken (s. S. 320/321). Schauen Sie selbst, es ist auch in dieser Ausgabe vorhanden. Nicht unerwähnt soll bleiben, dass ich – nicht repräsentativ – Gelegeheit hatte, mit Anwohnern des in Frage kommenden Bereichs des Kaiser-Wilhelm-Platzes zu sprechen: die Emporung ist groß. Trotzdem: der Terror gegen nicht genehme Namensträger von Seiten bestimmter politischer Strömungen ist doch nur möglich, weil Gegenkräfte fehlen. Wo sind sie, die Konservativen…? Vormals war die CDU ein Anker, der auf dem Feld der politischen Meinungsbildung zu einem ausgewogneren demokratischen Diskurs beitrug. Heutzutage duckt sie sich und ist nicht einmal mehr in der Lage, ihre eigenen Parteimitglieder von der konservativen Richtung gegen linksextremistische Verteufelungen (Werte-Union, Kandidat Maaßen) inhaltlich zu verteidigen.
Ich fahre täglich mit öffentlichen Verkehrsmitteln ins Büro. Der Bus der Linie 187 führt mich u.a. auf der Reichsstraße 1 (s.o.) über den Kaiser-Wilhelm-Platz auch an der Dorfkirche von Alt-Schöneberg vorbei. An einem der Eingänge zu dem dahinter liegenden Friedhof steht – in Sichtweite auch einer Dienststelle der Polizei – ein Soldatendenkmal für die Gefallenen des Ersten Weltkrieges. Dieses Denkmal ist seit Wochen oder gar Monaten von roter Farbe übergossen. Nichts tut sich. Mangelndes Geschichtsbewusstsein, mangelndes Ehrbewusstsein? Das ursprüngliclh vom Kyffhäuser-Bund in den zwanziger Jahren erriechtete Soldatendenkmal wurde schon öfterst besudelt. Es steht nicht weit vom Kaiser-Wilhelm-Platz. Bezirk, Kirchengemeinde, engagierte Bürger – wer sollte sich darum kümmern? Wir haben uns an den Kyffhäuser-Bund gewandt und – was heutzutage ja nicht mehr üblich ist – sofort eine Antwort bekommen. Schauen Sie sich die Dolkumentation an (S. 333-339).

Mit freundlichen landsmannschaftlichen Grüßen Ihr Reinhard M. W. Hanke

Themen global, die uns auch bewegen

01) Der Weltverfolgungsindex 2021 – Wo Christen am stärksten verfolgt werden

02) Frankreichs oberster General warnt: ‚Wir dürfen uns nicht an der Konfrontation zwischen den USA und China beteiligen‘

25. 05. 2021

François Lecointre an der École Polytechnique · Bildquelle: Wikipedia

Ein hochrangiger französischer General hat erklärt, dass es für die Europäische Union schwierig sein würde, eine „gemeinsame politische Identität“ zu schmieden. Die EU dürfe nicht in die Position gedrängt werden, sich in der Konfrontation zwischen den Vereinigten Staaten und der Volksrepublik China für eine Seite entscheiden zu müssen.

In einem Interview mit der Zeitung *Le Figaro* sprach der französische Generalstabschef, Armeegeneral François Lecointre, über die angeblichen Gefahren, die von Mächten ausgehen, die „die Stabilität und das Völkerrecht herausfordern“, insbesondere Russland, China und Iran. Der General erklärte: „Wir steuern auf eine Neuordnung der Weltordnung zu, die um den Wettbewerb zwischen den USA und China herum strukturiert ist.“

Er fügte hinzu, dass jede Nation sich der Herausforderung stellen müsse, zu entscheiden, auf welcher Seite sie stehen wolle.

„Es wird sehr schwierig sein, gerade weil weder Frankreich noch Europa daran interessiert sind. Während unsere Beziehungen zu den Vereinigten Staaten nicht in Frage gestellt werden dürfen, […] dürfen wir uns nicht in eine unausgewogene Konfrontation zwischen China und den Vereinigten Staaten hineinziehen lassen.“

Die USA und China haben sich in den letzten Jahren aufgrund tiefgreifender Differenzen über eine Reihe von Themen gestritten, darunter die Handelspolitik, Hongkong und Taiwan. US-Vertreter forderten europäische Staaten unter anderem auf, Telekommunikationstechnologie chinesischer Herkunft aus ihren Märkten zu drängen.

Der französische Präsident Emmanuel Macron sagte Anfang des Jahres, dass es „kontraproduktiv“ wäre, wenn sich die EU in der Rivalität mit Peking klar auf die Seite der USA stellen würde.

Auf die Frage, ob es der EU gelingen werde, die von europäischen Politikern oft geforderte „strategische Autonomie“ zu erreichen, sagte Lecointre, dass die EU ursprünglich um

wirtschaftliche Beziehungen herum aufgebaut worden sei und dass das Schmieden einer gemeinsamen politischen Identität kurzfristig ein schwieriges Unterfangen sein werde.

„Wir befinden uns an einem Wendepunkt. Europa wird entweder dort bleiben, wo es heute ist, und schließlich von der internationalen Bühne verschwinden, oder es wird in der Lage sein, die Sicherheitserwartungen seiner Bürger zu erfüllen."

Lecointre erklärte auch, dass Russland, ebenso wie China, zu einem „extrem gefährlichen Konkurrenten" im militärischen Bereich werde, etwa bei U-Booten und ballistischen Raketen. Er warf Moskau vor, „weiterhin unser demokratisches Modell zu schwächen, indem es im digitalen Bereich und im Bereich der Einflussnahme agiert".

Lecointre merkte an: „Heute ist die Präsenz von Russland, der Türkei oder China in Afrika beunruhigend und destabilisierend."

Rund 500 russische Militärausbilder und -berater sind derzeit in der Zentralafrikanischen Republik, einer ehemaligen französischen Kolonie, stationiert und unterstützen dort die lokale Armee im Kampf gegen verschiedene aufständische Gruppen. Russland hat erklärt, dass seine Soldaten legal im Land anwesend sind, weil die lokale Regierung die russischen Streitkräfte eingeladen hatte.

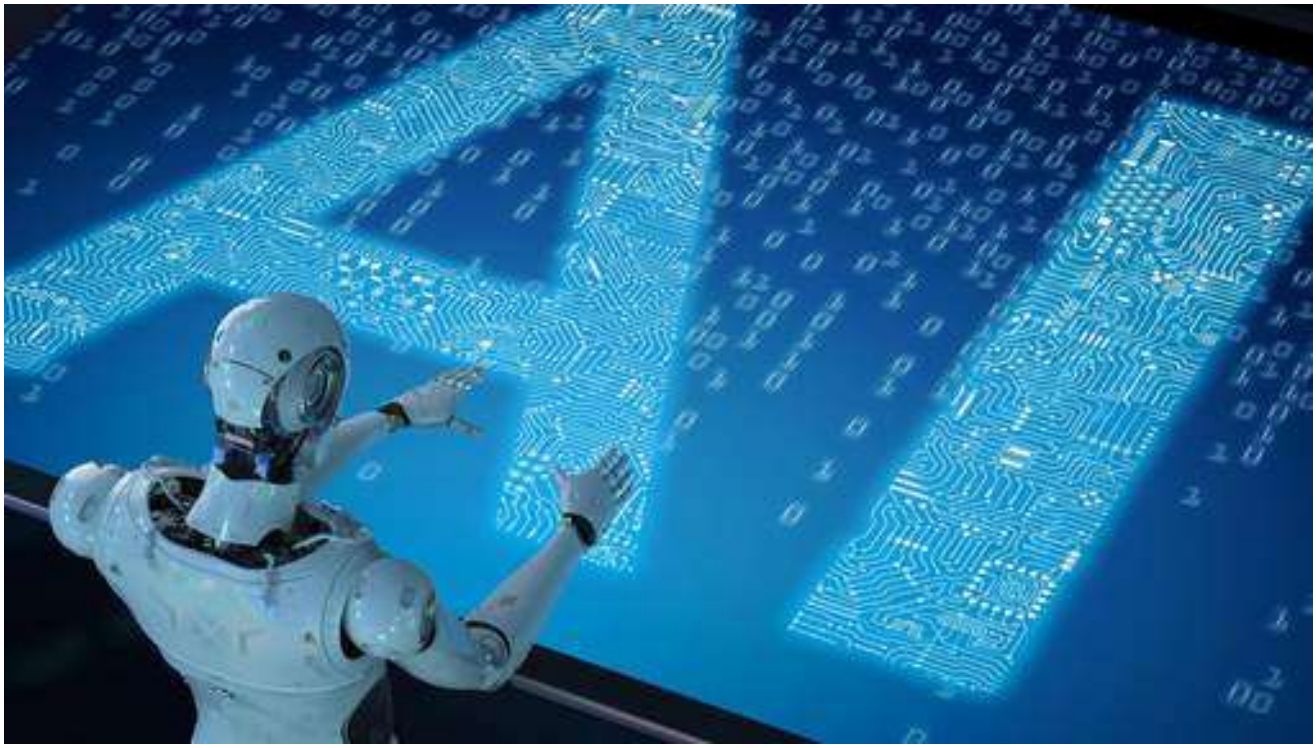
Bezüglich der Rolle ausländischer Mächte in Afrika sagte Macron letztes Jahr dem Magazin Jeune Afrique, dass Russland und die Türkei „postkoloniale Ressentiments" gegen Frankreich schüren.

Quelle: freewestmedia.com

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Microsoft-Chef warnt: „Das Leben wird wie Orwells 1984 werden“

30. 05. 2021



Bildquelle: MPI

Der Microsoft-Chef, der weiß, worum es geht, sagt uns eine dunkle Zukunft voraus, wenn man den bisherigen Weg weitergeht und die Staaten keine Kontrollhoheit über die Entwicklung und den Imperativ der Künstlichen Intelligenz (KI = Artificial Intelligence, AI) in allen Bereichen des täglichen Lebens ihrer Mitbürger erlangen.

Das Leben könnte innerhalb von drei Jahren wie George Orwells 1984 aussehen, wenn nicht Gesetze zum Schutz der Öffentlichkeit vor künstlicher Intelligenz eingeführt werden, warnte Microsoft-Chef Brad Smith.

Smith prognostiziert, dass die Art von kontrollierter Massenüberwachungsgesellschaft, die Orwell in seinem dystopischen Roman von 1949 beschrieben hat, „bis 2024 Realität werden könnte“, wenn nichts gegen die Ausbreitung der Künstlichen Intelligenz unternommen wird.

Es wird für die Gesetzgeber schwierig sein, mit den rasanten Fortschritten der Künstlichen Intelligenz und der Überwachungstechnologie Schritt zu halten, erklärte er gegenüber BBC Panorama während einer Sondersendung, die Chinas wachsenden Einsatz von Künstlicher Intelligenz zur Überwachung seiner Bürger untersuchte.

Der Microsoft-Chef sagte:

„Wenn wir nicht die Gesetze verabschieden, die die Öffentlichkeit in der Zukunft schützen, werden wir dieser Technologie freien Lauf lassen.“

Während der Sonderfolge deckte Panorama „schockierende und erschreckende“ Beweise auf, berichtet die Daily Mail, die zeigen, dass China Künstliche Intelligenz einsetzt, um seine Bevölkerung zu überwachen, einschließlich einer Technologie, die behauptet, in der Lage zu sein, „Emotionen zu erkennen“ und Schuld zu bestimmen.

Der Dokumentarfilm basiert auf Beweisen, die von einem Computeringenieur geliefert wurden. Anonym, weil er um seine Sicherheit fürchtet, erzählte er Panorama, dass er geholfen hat, das System in Polizeistationen in der Provinz Xinjiang zu installieren, der Heimat von 12 Millionen hauptsächlich muslimischen Uiguren.

Er erklärte:

„Wir haben die Kamera zur Emotionserkennung drei Meter vom Motiv entfernt platziert. Es ist ähnlich wie ein Lügendetektor, aber es ist eine viel fortschrittlichere Technologie. Sie dient dazu, die Vorurteile der Behörden zu bestätigen, ohne dass es dafür glaubwürdige Beweise gibt. Die Computerauswertung zeigt, dass der Verdächtige gefährlich ist, also muss er viele Vergehen begangen haben, die er noch nicht gestanden hat."

Konventionelle Künstliche Intelligenz verwendet Eingaben, um einem Algorithmus etwas über ein bestimmtes Thema „beizubringen", indem sie ihn mit riesigen Mengen an Informationen füttert. Dies kann auch für missliebige Zwecke verwendet werden, wie in China, wo versucht wird, die Schuld von Menschen zu bestimmen, die von der Polizei angehalten werden.

China hofft, bis 2030 weltweit führend in der Entwicklung von Künstlicher Intelligenz zu sein und hat 2019 mehr KI-Patente als US-Institutionen erhalten.

Für Brad Smith ist dies ein sichtbares Beispiel dafür, dass Künstliche Intelligenz die reale Welt näher an die Science-Fiction bringt. Eine Technologie im Vormasch, die sich des herrschenden Coronawahns bedient…

Quelle: MPI

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) Bill Gates plant „Neuschaffung der Welt“

Von Christian Zeitz

26. 05. 2021

Bill Gates · *Foto: MPI*

Bill Gates arbeitet seit Jahren an der Beseitigung des Einflusses jenes Areals im Gehirn, das für religiös motivierten Extremismus zuständig sei. Unter diesem Vorwand glaubt er, das neuronale Substrat des Glaubens an Gott und damit an religiös begründete moralische bzw. ethisch Konzepte beseitigen und damit eine „friktionsfreie“, gute Gesellschaft erzeugen zu können, die von „Störfällen“ der „fehlentwickelten“ Menschnatur frei wäre. Viren und Impfungen würden in diesem Projekt eine zentrale Rolle spielen.

Wer den O-Ton seiner Ausführungen anlässlich eines CIA-Briefings hört, kann nicht umhin, in ihnen den unzweifelhaften Wunsch der Selbstvergottung zu erkennen:

https://unser-mitteleuropa.com/bill-gates-plant-neuschaffung-der-welt/

Video-Player

(Anm.d.Red.: Es gibt US-Kritiker, die behaupten, dass die Person in dem Video nicht Bill Gates sei. Diese Behauptung ist jedoch nicht einwandfrei bewiesen. Entscheidend erscheint uns, dass das Video inhaltlich sehr plausibel ist, da es mit einer Rehe von Aussagen/Aktivitäten konvergiert, die Gates immer weder gemacht hat.)

Die Ausführungen jenes Mannes, der einer der wichtigsten Strippenzieher der aktuellen „Neuschaffung der Welt“ ist, legen das Menschenbild und damit das anthropologische Fundament offen, auf dem die „vierte Industrielle Revolution“ aufgebaut ist. Sie sind ein kompakter Beweis für die wissenschaftliche Fehleinschätzung dessen, was den menschlichen Geist ausmacht und belegen, wie mächtig die Irrlehre des Neuro-Positivismus bzw. des logischen Positivismus und der auf ihm beruhenden Semiotik heute sind. Die auf dieser Lehre aufbauenden Neuro-Kybernetik ist seit vielen Jahrzehnten der Angelpunkt des Wunsches nach Schöpfung einer neuen Menschheit.

Wer angesichts dessen kein „Verschwörungstheoretiker“ sein will, muß sich als Realitätsverweigerer bezeichnen lassen.

Mag. Christian Zeitz ist Wissenschaftlicher Direktor des Instituts für angewandte Politische Ökonomie

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

05) Die Autorität des kommunistischen/sozialistischen Staates
Von Werner A. Prochazka (Schriftsteller, Wien)

24. 05. 2021

Ein Christ, das heißt, ein wirklicher, hochgesinnter, idealer Christ spricht:
„Ich muss mit meinem jüngeren Bruder mein Hab und Gut teilen und ihm in allem dienstbar sein.“
Fjodor Michailowitsch Dostojewski (1821–1881)

Der Kommunist/Sozialist aber spricht: *„Ja, du musst mit mir, deinem kleinen und armen Bruder, dein Eigentum teilen und musst mir dienen.“*

Die Autorität des kommunistisch/sozialistischen Staates wird zum dauernden Ausdruck der Einmütigkeit, die individuelle Regungen nicht mehr zulässt. Diese Negation der Individualität ist jedoch den Anhängern des Sozialismus erwünscht, weil sie dadurch aus der Unerträglichkeit des selbstverantworteten Daseins befreit werden. Sozialismus und Kommunismus werden immer zu verhindern versuchen, dass die Maße der Menschen lernen selbst Verantwortung für ihr Leben zu übernehmen. Es wäre der Tod dieses politischen Systems, dieser politischen Gruppierungen und Parteien. Sie reden zwar vom mündigen Bürger – speziell immer vor anstehenden Wahlen – das ist aber nur eine Verbrämung. Denn einen mündigen Bürger können sie am allerwenigsten gebrauchen. Er stünde ihren Interessen massiv im Weg. Die Abneigung der Masse Eigenverantwortung zu übernehmen, ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen, sprich selbstständig zu werden, sichert das Überleben des Sozialismus. Dieser ist natürlich nur Selbstzweck, keineswegs für die Wohlfahrt der Menschenmasse, das Volk gedacht oder gar geeignet. Vielmehr verhindert der Sozialismus ganz gezielt eine positive Fortentwicklung des Volkes durch beständige Bevormundung. Diese Bevormundung wird von den sozialistisch regierten Menschen aber nicht als negativ empfunden, sondern aus Bequemlichkeit sogar gewünscht und gefordert. Es erspart jedes eigene Denken und teilweise auch das so verhasste Handeln. Denn eigenes Denken und Handeln hätte zwangsläufig Konsequenzen zur Folge die aber nicht getragen werden wollen. Das manifestiert sich zum Beispiel im übergroßen Wiederstand gegen Studiengebühren, Selbstbehalte im Gesundheitswesen, Krankenscheingebühren, private Pensionsvorsorge, private Krankenversicherung, private Initiative überhaupt. Sie wollen in der sozialen, fremdbestimmten, gemütlichen Hängematte liegen. Sich um Himmels Willen um nichts selbst kümmern. Die Unternehmen wickeln durch ihre Lohnverrechnungsabteilungen und Steuerberater alle mit dem Gelderwerb verbundenen administrativen Arbeiten für die Arbeitnehmer (Masse) ab. Dadurch bleiben sie in völliger Unkenntnis über die Mechanismen und Kosten die hier entstehen. Und das ganze wird aus gutem Grunde, staatlicherseits, natürlich so kompliziert wie möglich gemacht, damit sich ja keiner auskennt. Sie lernen nicht zu verstehen, wie sich ihr Lohn zusammensetzt und warum ihnen so viel abgezogen wird. Lohnnebenkosten sind für viele ein Fremdwort. Schuld an den hohen Abzügen für Steuern, Sozialversicherung, Pensionsversicherung etc. ist selbstverständlich in deren Augen der Arbeitgeber, denn er führt ja stellvertretend für den Staat, bzw. dessen Administration die Lohnverrechnung mit allen Nebengeräuschen, allerdings unfreiwillig, durch. Er wird dazu gezwungen, was in Wahrheit eine Ungeheuerlichkeit ist. Dieser Umstand wird freilich von der Masse nicht erkannt und das System nicht durchschaut. Das genau ist die subtile Absicht des Sozialismus. Sie bleiben die Guten und die von ihnen gehasste Bourgeoise, der Klassenfeind, hat den schwarzen Peter. Und das auch noch auf seine eigenen Kosten, denn dieses System ist kompliziert und für die Unternehmen arbeitsaufwändig und daher kostspielig. Nicht dass sie dafür auch nur den geringsten Dank erhalten. Ganz im Gegenteil. Sosehr Unternehmer und deren Vertreter gegen diese Ungerechtigkeit opponieren und die Abschaffung dieses Systems fordern, sprich die Steuererklärung den einzelnen Lohnsteuerpflichtigen selbst durchführen zu lassen, sie hätten niemals Erfolg damit. Das

würde ja bedeuten das Volk in die Selbstständigkeit zu entlassen, zu mindestens wäre es ein großer Schritt in diese Richtung. **Das will und muss der Kommunismus/Sozialismus unbedingt verhindern, mit aller Gewalt, wenn es sein muss.**

Mehr über Werner A. Prochazka und sein schriftstellerisches Werk erfahren Sie auf seinem Blog www.w-prochazka.at/ und auf seiner Facebook-Seite www.facebook.com/profile.php?id=100000473221303

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

06) Propaganda für Mischbeziehungen: Warum nur der männliche Partner dabei schwarz sein darf

22. 05. 2021

Mischehen bzw. Beziehungen zwischen Weißen und Partnern anderer Hautfarbe sind in der westlichen Hemisphäre nichts Außergewöhnliches. Das ergibt sich migrationsbedingt wohl zwangsläufig und niemand kann vorhersehen, wo eben die Liebe gerade hinfällt. Der Nachwuchs aus solchen Beziehungen sind vielfach durchaus beliebte Persönlichkeiten. Man denke nur an Sportler oder Künstler in der Musikbranche. Die Frage die sich stellt, ist, warum deshalb Misch-Partnerschaften in Medien und Werbung massiv beworben werden

(müssen). Nun könnte man einwenden, dass sei gut gemeint, man wolle ja vorwiegend den betreffenden Leuten das Gefühl vermitteln, das sei eben normal und sie wären keine gesellschaftlichen Außenseiter. Diese Absicht trifft jedoch nicht zu, die Intuition die dahinter steckt, ist eine andere. Wäre dem nämlich so, so würden auch weiße Männer mit farbigen Partnerinnen präsentiert werden. Das trifft jedoch zu 100 (!) Prozent nicht zu. Warum dem so ist, erklärt der ehemalige französische rechte Politiker und Journalist (u.A. Le Figaro, Paris-Match) Guillaume Faye im tschechischen Internetportal *PROTIPROUD*. Hier der Artikel in ungekürzter Form:

Guillaume Faye diskutiert den aktuellen Trend in der westlichen Welt, in der gemischte Paare aus schwarzem oder braunem Mann + weißer Frau zunehmend gezielt in Werbung und Medien dargestellt werden

Beispiele aus der Werbung über glückliche Paar – schön, aber warum sind immer nur Männer schwarz?

Biologisch gesehen geschieht der Untergang eines Volkes, einer Ethnie oder einer Rasse in erster Linie durch die Vermischung anderer mit den Frauen dieser Gruppe, d.h. mit ihren

Gebärmüttern. Die Vereinigung einer Frau der Rasse X mit einem Mann der Rasse Y ist für die Rasse X viel gefährlicher als für die Rasse Y. Denn Frauen – nicht Männer – bilden das biologische und sexuelle Reservoir einer Rasse, Nation oder genetischen Linie.

Eine Frau kann in ihrem Leben nur eine begrenzte Anzahl von Kindern gebären, während ein Mann mit einer fruchtbaren Frau theoretisch eine große Anzahl von Kindern produzieren kann. Demographen quantifizieren also die Fertilität und die Bevölkerungsersatzkapazität durch die Anzahl der Kinder pro Frau, durch die Mutterschaft – nicht durch die Vaterschaft.

Daher muss die Vermischung von weißen Frauen mit farbigen Männern, die vor allem in Frankreich erhebliche Ausmaße annimmt, zum jetzigen Zeitpunkt als ein noch ernsteres Problem angesehen werden als die unkontrollierte Migration von Menschen aus der Dritten Welt (die eine höhere Geburtenrate haben) in europäische Länder. Die weiße Rasse hat also auf ihrem eigenen Territorium mit Konkurrenz zu kämpfen: Nicht nur, dass sie nicht einmal die zur Aufrechterhaltung der Population notwendige Fruchtbarkeit erreicht (nirgendwo werden mehr als zwei Kinder pro Frau geboren), sondern ein Teil der fruchtbaren Frauen fällt aus dem Pool derjenigen heraus, die ein Kind mit jemandem ihrer eigenen Art gebären und stattdessen ein rassisch gemischtes Kind zur Welt bringen. Zusätzlich zu den immer größer werdenden Scharen von Ausländern, die über unsere Grenzen strömen und Endogamie praktizieren, bietet sich ein Teil der weißen Frauen den Ausländern an.

Das Ende der europäischen Zivilisation

Mit wenigen Ausnahmen sind die Weißen die einzigen Menschen, die sich nicht um ihre kollektive Zukunft kümmern, sich nicht rassisch zugehörig fühlen – so tief sind sie in einen Schuldkomplex versunken. Die Ursachen sind neben der vom universalistischen Christentum geprägten Mentalität vielleicht auch in den Folgen des Nationalsozialismus zu suchen; beide erzeugen bis heute eine starke geistige Lähmung und ein kollektives schlechtes Gewissen.

Wenn dieser Zustand anhält, wird er mit der Zeit zu einem allmählichen, stillen Völkermord an den Weißen in Europa führen, ihrer Wiege (die bald hauptsächlich von Ausländern und Rassenmischungen bevölkert sein wird, ergänzt durch einen schrumpfenden Anteil von Weißen), wie der Historiker Pierre Chaunu und der Journalist Georges Suffert in ihrem Buch *La Peste Blanche* (Die weiße Pest) vorhersagten, als das Phänomen noch in den Kinderschuhen steckte. Das ist das Schicksal, das Frankreich erwartet, wie ein einfacher Blick auf die Straßen nach Schulschluss jedes Jahr mehr und mehr beunruhigend zeigt.

Wenn eine Nation einmal zugelassen hat, dass ihr genetisches Erbe und ihr biologischer Aufbau in einem so großen Ausmaß verändert werden, hört sie unweigerlich auf, sie selbst zu sein. Wenn sich nichts ändert, wird bis zum Ende des Jahrhunderts die Bevölkerung Europas mehrheitlich außereuropäischer Herkunft sein und die europäische Zivilisation wird aufhören zu existieren. Der Begriff Europa wird keinen demographischen, sondern nur noch einen geographischen Inhalt haben. Es wird zu einem Appendix Afrikas werden, ohne jegliches ethnisches Bewusstsein (im Gegensatz zum Großteil der restlichen Welt), wobei der europäische Westen dieses apokalyptische Szenario mit der Gleichgültigkeit von lebenden Toten betrachtet. Die demographischen Indikatoren deuten bisher recht einhellig auf diese erschreckende Zukunft hin.

Das sehr ausgeklügelte ideologische Modell, das auf der angeblich viel größeren Männlichkeit afrikanischer und nordafrikanischer Männer beruht und das sich seit einiger Zeit in unserer Gesellschaft verbreitet, trägt ebenfalls stark zur Verwirrung junger weißer

Frauen bei. Fälle, in denen weiße Frauen Beziehungen mit asiatischen Männern haben, sind dagegen relativ selten. Nicht weniger besorgniserregend ist die Demaskulinisierung der Europäer, die offenbar nicht in der Lage sind, „ihre“ Frauen zu verteidigen. Dieses ethologische Phänomen ist extrem gefährlich. Für alle höheren Wirbeltiere gilt: sobald die Männchen einer Gruppe nicht mehr Stärke, Männlichkeit und Dominanz zeigen, suchen die Weibchen diese bei Mitgliedern einer anderen Gruppe.

Junge weiße Mädchen aus ärmeren Stadtvierteln suchen nur scheinbar (und paradoxerweise) „Schutz“ durch einen farbigen Freund. Sie versuchen dadurch, Schikanen durch Stammesgenossen und Gleichaltrige zu vermeiden. In den wohlhabenderen Teilen der Städte beobachten wir eine Art ostentativen Snobismus, bei dem Mädchen ihre Nachbarschaft und Familie provozieren, indem sie einen schwarzen, arabischen oder anderweitig nicht-europäischen Freund finden. Durch diesen „Konformismus“ setzen sie auch ihren „Antirassismus“ im Einklang mit dem Zeitgeist in Szene.

Muslimische Botschaft von europäischen Bildschirmen: Mädchen, vergesst die europäischen Männer!

Komplex

Es ist sehr seltsam, wie stolz farbige Männer auf ihre weißen Partnerinnen und Mischlingskinder sind. Dafür gibt es mehrere, teilweise widersprüchliche, Gründe.

In erster Linie ist es ihre Art, der Welt zu zeigen, dass sie sich eine weiße Frau angeeignet haben und damit den weißen Mann in seinem „Heimatgebiet“ eingeschränkt haben. Die Unterwerfung der Frau ist ein uraltes ethologisches Phänomen mit vielen historischen Beispielen, deren Ursprünge im Tierreich zu finden sind. Das Stehen an der Seite der weißen Frau ist also nicht nur eine Quelle des Stolzes, sondern auch eine Befriedigung des Wunsches nach Rache. Gleichzeitig wollen sich sowohl besser gestellte Afrikaner als auch Araber durch die weiße Frau „weiß machen“, wie wir es z.B. bei vielen afrikanischen und nahöstlichen Monarchen sehen. Nehmen wir als Beispiel Léopold Sédar Senghor, einen Dichter und Politiker aus der literarischen Bewegung der „négritude“, der eine weiße Frau heiratete und mit ihr Mulattenkinder hatte!

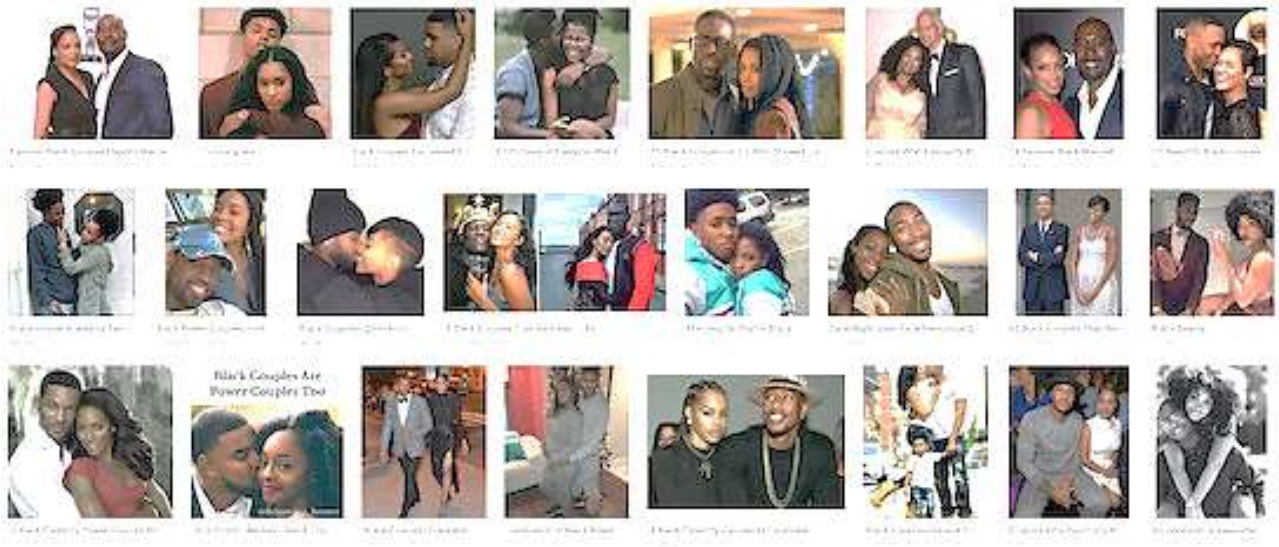
In ähnlicher Weise träumen schwarzafrikanische und karibische Frauen – in der Kolonialzeit und heute – davon, weiße Männer zu heiraten, nicht nur wegen des damit verbundenen Prestiges, sondern auch, damit ihre Nachkommen heller sind als sie selbst.

Diese Beispiele verdeutlichen den schizophrenen Minderwertigkeits-Überlegenheits-Komplex: einen überlegenen weißen Mann zu demütigen, indem man ihn von einer seiner Frauen trennt, aber gleichzeitig zu versuchen, den eigenen Nachwuchs zu „weißeln“ und damit implizit das Bewusstsein der eigenen rassischen Minderwertigkeit anzuerkennen. Die weiße Rasse zu zerstören und gleichzeitig ihr ähnlich zu werden – ein unlösbarer Widerspruch.

Eine Ausnahme von diesem Trend ist Tribu Ka, eine rassistische, extremistische und offen antizionistische schwarze Gruppe, die von Kémi Séba angeführt wird (dessen ideologische Fähigkeiten schmerzlich begrenzt sind) und die sich von amerikanischen radikalen schwarzen Bewegungen inspirieren lässt. Diese Schwarzen weigern sich, sich mit Weißen zu vermischen, und versuchen, Schwarze davon abzuhalten, weiße Partner zu suchen.

Wenn Sie „weiße Paare“ in eine Google-Bildersuche eingeben, sind mehr als die Hälfte der Bilder, die auftauchen, gemischte Paare – meist mit einem farbigen Mann und einer weißen Frau:

Wenn man „schwarze Paare“ eingibt, erscheinen hingegen Bilder von Paaren, bei denen logischerweise beide schwarz sind:



Ethnisches Chaos

Vergessen wir nicht eine weitere Manifestation einer Art von Umkehrung. Der Imperativ der Rassenmischung (vorzugsweise mit einer weißen Frau) basiert natürlich auf egalitärer antirassistischer Ideologie. Gleichzeitig basiert aber die Anziehungskraft von Arabern, Schwarzen und Weißen im Allgemeinen auf sehr widersprüchlichen Vorstellungen. Diese vermeintlich ultra-maskulinen Männer verfügen angeblich über eine außergewöhnliche sexuelle Leistungsfähigkeit. Das Bild, das die Medien und vor allem die Pornoindustrie präsentieren, zeigt jedoch tierische Energie: weniger Tarzan als King Kong, athletisch und aggressiv – mit einem Penis und einer Muskulatur, die umgekehrt proportional zu seiner geistigen Leistungsfähigkeit ist. Das Bild des farbenfrohen Liebhabers ist also eine Darstellung von Animalität. Schwarze oder Araber werden faktisch auf den Status von halbmenschlichen Bestien zurückgestuft. Dies steht natürlich in direktem Gegensatz zum antirassistischen Programm, dem Kern der herrschenden Ideologie: Im Herzen des Antirassismus finden wir unbewussten Rassismus…

Diese Vorstellung von schwarzer oder arabischer Überlegenheit im sexuellen oder gar körperlichen Bereich ist natürlich ein Mythos ohne Grundlage in der Realität; eine Fantasie, der die weiße Frau, betäubt von der massiven Medienpropagandamaschine und ihrer früheren Unterstützung beraubt, natürlich erliegt.

Schwarze Frauen oder weiße Männer sind in der lustigen Runde nicht gefragt

Die Masseneinwanderung und die Bereitschaft der einheimischen Europäerinnen, sich rassisch zu vermischen, wird mit der Zeit zu einem ethnischen Chaos mit mehreren großen negativen Folgen führen. Erstens wird es eine Gesellschaft sein, die in feindliche Gemeinschaften zersplittert ist, nach dem Prinzip, dass multirassisch = multirassistisch ist, und zweitens wird es eine große Bevölkerung von rassisch gemischten Individuen geben, die zwischen zwei Identitäten schwanken und daher besonders instabil sind. Eine solche Gesellschaft ist wegen ihrer Uneinigkeit schwer zu regieren und strebt, wie schon Aristoteles feststellte, kaum nach demokratischer Herrschaft und sozialem Frieden, sondern ist immer leicht anfällig für Gewalt und Despotismus.

Der Glaube der Verfechter des französischen republikanischen Modells (das von anderen europäischen Ländern übernommen wurde) an ein „Frankreich der vielen Farben“, dem eine gelungene „Integration“ (d.h. die kaum glaubliche Umwandlung einer heterogenen und chaotischen biologisch-ethnischen Basis in eine homogene Gesellschaft) gelingen kann, kommt daher einem Wunderglauben und den albernsten Utopien gleich, verstärkt durch die ständige, ja fetischistische Wiederholung des Wortes „Vielfalt“ (diversité).

Schauen wir uns auch die Teile der Welt an, in denen es rassisch gemischte Bevölkerungen gibt: Nordafrika, der Nahe Osten, Lateinamerika oder die Karibik. Selbst Schwarzafrika, wo koloniale Grenzen unversöhnlich antagonistische ethnische Gruppen zusammengeführt haben, leidet unter endemischer Instabilität. Sowohl diese als auch Gewalt, die Früchte des ethnischen Chaos, sind fast ausnahmslos chronisch. Die zentralen Behörden in diesen Ländern sind dann korrupt und stark autoritär. Wird Frankreich das gleiche Schicksal erleiden?

Wenn es nach Soros geht: Migranten in jedes Dorf! Die EU hat einen neuen Aktionsplan. Sollen wir ihnen kostenlose Häuser geben? Sie kommen und entscheiden sich natürlich sofort dafür. Wir sind dabei, einen systematischen Mentalitätswechsel zu vollziehen!

Separates Fleisch

Wir müssen daher der dogmatischen Anti-Wahrheit widerstehen, die von der herrschenden Ideologie propagiert wird: dass Frankreich schon immer rassisch vielfältig war, weil es im Laufe der Jahrhunderte zahlreiche Migrationswellen erhalten hat. Bestehende Zuwanderung und Rassenmischung sind dann natürlich ein Segen, da sie Vielfalt schaffen. Dabei wird jedoch Vielfalt mit Chaos verwechselt, mit der Vermischung verschiedener biologischer Typen und Kulturen in großem Maßstab. Lassen Sie uns noch ein paar Kommentare hinzufügen:

1) In der Antike fanden die Einwanderungswellen der germanischen Stämme nach Gallien und die Kolonisation durch die italischen Römer im Kontext eng verwandter Bevölkerungen statt. Die muslimische Invasion und die Errichtung von Stützpunkten in der Provence-Languedoc (im 8. Jh.) hielten sich hingegen in Grenzen und ein großer Teil der Invasoren wurde vertrieben;

2) Die Einwanderung nach Frankreich ab dem 19. Jahrhundert kam aus Europa (Italien, Belgien, Iberien, Mittel- und Osteuropa, dem Balkan) – d.h. von Bevölkerungen, die kulturell, ethnisch und biologisch zum selben „albo-europäischen“ Stamm gehören, wie Senghor sagte. Ganz zu schweigen von ihrer begrenzten Reichweite, die eine Assimilation ermöglichte;

3) die gegenwärtige Einwanderung und die daraus resultierende Rassenvermischung geschieht in einem Ausmaß, das es in der Geschichte noch nie gegeben hat und unter Beteiligung außereuropäischer Gruppen, was absolut entscheidend ist;

4) Der „ethnische Schmelztiegel“ kann nur dann von Nutzen sein, wenn ethnische Gruppen aus der gleichen anthropologischen Familie darin sind.

Aber sobald es zu einer größeren Vermischung heterogener Gruppen kommt, hört die daraus resultierende Bevölkerung auf, eine Nation in irgendeinem Sinne des Wortes zu sein

und wird zu einer unkontrollierbaren heterogenen Masse, die nicht in der Lage ist, eine fortgeschrittene Zivilisation aufzubauen, und leicht zu Gewalt und allen Formen von Psychopathologie neigt. Genau diese Art von Katastrophe erwartet uns in der Zukunft, während asiatische Länder wie Japan, Indien und China es geschafft haben, sie zu vermeiden, zumindest vorläufig.

Das Beispiel der USA, des angeblich erfolgreichen Schmelztiegels, ist ein Trugschluss, denn dort waren es nur Einwanderer aus Europa, deren synergetisches Wirken zur Quelle der amerikanischen Stärke wurde. Die Beiträge von Schwarzen, Asiaten oder Mestizen waren dafür nicht wesentlich. Zudem erweist sich die fortschreitende rassische Fragmentierung der USA eher als Handicap für die führende Supermacht der Welt, wie zum Beispiel der amerikanische Politikwissenschaftler Jared Taylor gezeigt hat.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

07) „Bekämpfung von Islamophobie“ soll UNO-Agenda werden

20. 05. 2021

Fotoquelle: ECJL

Während der letzten Sitzung des Menschenrechtsrates hat der Sonderberichterstatter für Religions- und Glaubensfreiheit, Ahmed Shaheed, einen Bericht zur „Bekämpfung von Islamophobie“ vorgelegt. Mit diesem Bericht förderte er offiziell den umstrittenen Begriff der „Islamophobie“ und gab ihm einen extrem weiten Geltungsbereich.

Ahmed Shaheed zufolge sind die gesetzlichen Beschränkungen des Tragens des islamischen Schleiers, die städtebaulichen Vorschriften, die den Bau von Gebetsstätten einschränken, oder die Auflösung von radikal-islamistischen Vereinigungen in ganz Europa als Islamophobie anzusehen. Er behauptet auch, dass Islamophobie die Erklärung für den schlechten Studienerfolg und die höhere Arbeitslosenquote von Muslimen in Europa wäre.

Der Sonderberichterstatter empfiehlt den Staaten, einen „inklusiven Prozess“ und ein „nicht-rechtliches Instrument“ zur Bekämpfung von Islamophobie in ihrer öffentlichen Politik

einzusetzen. Eine „Arbeitsdefinition“ von Islamophobie als zu bekämpfendes Phänomen muss jeder politischen Entscheidung zugrunde liegen. Genauer gesagt, für Ahmed Shaheed müssen die Staaten die Bedeutung der Muslime in der „westlichen Zivilisation“ schätzen. Er glaubt, dass es derzeit eine kulturelle Feindschaft gegenüber dem Islam im Westen gibt.

Islamistische Lobbyarbeit hat es bei der UNO schon immer gegeben und sie hat an der Wende zum 21. Jahrhundert mehrere ideologische Siege errungen. 1999 reichte Pakistan im Namen der Organisation für Islamische Zusammenarbeit (OIC) einen Resolutionsentwurf gegen „Diffamierung des Islam“ ein. Er wurde dahingehend abgeändert, dass er die „Diffamierung von Religionen“ generell verurteilt, und dann verabschiedet. Das Äquivalent zu einem Blasphemie-Straftatbestand wurde in weiterer Folge bis 2010 auf internationaler Ebene durchgesetzt. Im Jahr 2011 gab eine Resolution des Menschenrechtsrates den Begriff der „Diffamierung von Religionen“ offiziell auf, um einen Ansatz zu favorisieren, der mit den großen UN-Verträgen übereinstimmt, d.h. jedes Individuum zu schützen und nicht religiöse Doktrinen. Das European Centre for Law & Justice (ECLJ) trug zu diesem Sieg für die individuellen Freiheiten bei.

Ahmed Shaheed versucht mit seinem Bericht 2021, den Trend wieder umzukehren. Dies ist ein Erfolg für die OIC. Tatsächlich entspricht der Titel des Berichts genau einem Ziel des OIC-Aktionsprogramms für 2025: „Combating Islamophobia“ (Bekämpfung der Islamfeindlichkeit). Ahmed Shaheed hat damit die islamistische Lobby wieder in den Vordergrund der internationalen Szene gerückt.

Die ECLJ hat nicht damit hintangehalten, den Begriff der „Islamophobie“ zu kritisieren. Er basiert auf der falschen Vorstellung, dass jede Opposition gegen den Islam die Manifestation einer „Phobie“ – also einer irrationalen und pathologischen Angst – oder eines Gefühls des „Hasses“ wäre. Tatsächlich kann die Entscheidung, den Islam nicht anzunehmen und damit abzulehnen, auf rationalen Argumenten und einer realistischen Reflexion über die Gefahren des Islam beruhen. Ebenso muss ein Staat aufgrund der politischen und totalisierenden Dimension dieser Religion in der Lage sein, ihre Erscheinungsformen legitim zu beschränken.

In gleicher Weise ist der Begriff „Christianophobie“ nicht der geeignetste, um die Verfolgungen gegen Christen anzuprangern. Dennoch werden bei der UNO die beiden Begriffe Antisemitismus und „Islamophobie“ systematisch mit „Christianophobie“ in Verbindung gebracht, als drei „Phobien“, die gleichberechtigt behandelt werden sollen. Angesichts der Tatsache, dass Ahmed Shaheed einen Bericht mit dem Titel „Bekämpfung des Antisemitismus“ (2019) und einen weiteren mit dem Titel „Bekämpfung der Islamophobie“ (2021) verfasst hat, wäre es daher sinnvoll, dass er sich auch mit der „Bekämpfung der Christianophobie“ beschäftigt. Diese Mahnung soll nicht einen ungesunden Opferwettbewerb fördern, sondern Gerechtigkeit und Frieden zwischen den Gemeinschaften.

Die ECLJ schickte einen Brief an Ahmed Shaheed, in dem sie ihn ermutigte, einen solchen Bericht zu schreiben und ihm anbot, ihn mit den Informationen zu versorgen, die er aufgrund unserer täglichen Arbeit über die Verfolgung von Christen benötigen würde. Zum Beispiel haben wir im vergangenen Monat mit Hilfe unseres Teams in Pakistan einen pakistanischen Asylbewerber, der zum Christentum konvertierte, vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) unterstützt (Fall M.A.M. gegen die Schweiz, Nr. 29836/20). Außerdem haben wir nach mehrwöchigen Recherchen einen Bericht und ein Video über die

Verfolgung von ex-muslimischen Christen in Frankreich veröffentlicht. In seinem Brief an den UN-Experten erinnerte der ECLJ ihn auch daran, dass die christliche Religion nach wie vor die am meisten verfolgte in der Welt ist.

Quelle: ECLJ

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

08) Die Ruhe vor dem Sturm

20. 05. 2021

6.10.2017: Präsident Donald J. Trump mit Militärs bei einem Treffen im Weißen Haus / siehe Link: Dan Scavino jr.- https://twitter.com/Scavino45/status/916102015004143616/photo/1

15. Mai 2021: Kommt ein Brieflein geflogen…

Nach dem ersten Kriegsjahr gegen *den unsichtbaren Feind*, wie Donald Trump denselben treffend zu benennen pflegt, haben sich nach dem französischen Militär nun eine Vielzahl oberster amerikanischer Militärs aus ihrem Ruhestand zu Wort gemeldet. Sie haben über ihre Webseite *Flag Officers 4 America* schwerwiegende Anklagen unter Verstößen gegen die US Verfassung in Form eines offenen Brief eindrucksvoll deutlich gemacht:

Der Inhalt der Verlautbarung wird dazu beitragen, für eine gesteigerte Panik unter den Protagonisten des *Tiefen Staates* gefolgt von einem *heißen Sommer mit einem Klimawandel der besonderen Art* zu sorgen. Glücklicherweise zeigen insbesondere die Repräsentanten des US-Militärs als aufrechte und wahre Patrioten keinerlei Scheu, staatsfeindliches Verhalten und kriminelle Tatbestände *des Tiefen Staates* hinter und über der gegenwärtigen US-Administration unter Ausführung der Demokraten, welche die nationale Integrität der USA zunehmend bedrohen, klar und unmissverständlich zum rechten Zeitpunkt anzusprechen:

Der Aufruf und offener Brief der US Generäle und Admiräle

Unsere Nation schwebt in großer Gefahr. Wir befinden uns in unserem Überlebenskampf als konstitutionelle Republik, wie noch zu keiner anderen Zeit seit ihrer Gründung 1776. Es besteht ein Konflikt zwischen den Anhängern von Sozialismus und Marxismus gegen die Vertreter von konstitutioneller Freiheit und Unabhängigkeit.

Ein „Offener Brief höchster militärischer Führer" zur Wahl 2020, unterzeichnet von 317 pensionierten Generäle und Admirälen machte bereits aufmerksam, dass die Wahl 2020 zur wichtigsten seit der Gründung unseres Landes werden könnte: „Zumal die Demokratische Partei Sozialisten und Marxisten willkommen heißt, steht unsere historische Lebensweise auf dem Spiel." Unglücklicherweise hat sich diese Aussage schnell bewahrheitet – angefangen mit dem Wahlprozess selbst.

Ohne faire und redliche Wahlen, die dem ‚Willen des Volkes' exakt entsprechen, wäre unsere konstitutionelle Republik verloren. Die Integrität des Wahlprozesses verlangt sicherzustellen, dass pro Bürger eine legale Stimme abgegeben und gezählt wird. Legale Stimmen werden durch Kontrollen erfasst, die von der Legislative des Bundesstaates genehmigt sind, sei es durch behördliche Ausweise, verifizierte Unterschriften etc. Heute werden viele solcher vernünftigen Methoden als „rassistisch" verunglimpft, um faire und redliche Wahlen zu verhindern. Die Verwendung rassistischer Begriffe zur Verhinderung des Nachweises der Wahlberechtigung, stellt ihrerseits eine tyrannische Einschüchterungstaktik dar. Zusätzlich gilt es ‚Rechtsstaatlichkeit' bei der Durchführung unserer Wahlprozesse durchzusetzen, um die Integrität der Wahlen zu gewährleisten. Das FBI und der Oberste Gerichtshof haben sofort einzuschreiten, wenn Wahlunregelmäßigkeiten auftauchen und dürfen diese nicht ignorieren, wie im Jahr 2020 geschehen. Schließlich, würden (die Gesetzesvorlagen) H.R.1 & S.1, (falls angenommen),

die Fairness der Wahlen zerstören und es den Demokraten ermöglichen für immer an der Macht zu bleiben, unsere Verfassung zu verletzen und unsere repräsentative Republik zu beenden.

Abgesehen von der Wahl, hat die derzeitige Regierung einen ausgewachsenen Angriff auf unsere verfassungsmäßigen Rechte auf diktatorische Art und Weise unter Umgehung des Kongresses gestartet: Sie hat mehr als 50 Executive Orders schnell unterzeichnet und viel an wirksamer Politik und Maßnahmen der vorherigen Administration umgedreht. Darüber hinaus stellen die Maßnahmen zur Kontrolle der Bevölkerung, wie überzogene Ausgangsperren, Schul- und Geschäftsschließungen und am alarmierendsten, die Zensur von schriftlichen und mündlichen Meinungsäußerungen alle zusammen direkte Angriffe auf unsere Grundrechte dar. Wir müssen Politiker unterstützen und verantwortlich machen, tätig zu werden, dem Sozialismus, Marxismus und der Reformpädagogik entgegenzutreten, unsere verfassungsmäßige Republik zu unterstützen und auf fiskalisch verantwortungsvolles Regieren zu bestehen und sich auf alle Amerikaner zu konzentrieren, besonders auf die Mittelschicht, und nicht auf spezielle Interessens- oder Extremistengruppen, die dazu benutzt werden, uns in kriegerische Fraktionen aufzuspalten.

Zusätzliche Fragen und Maßnahmen der nationalen Sicherheit:

- *Offene Grenzen gefährden die nationale Sicherheit, indem sie den Menschenhandel, Drogenkartelle, das Eindringen von Terroristen, Gefahren für die Gesundheit/Covid-19 und humanitäre Krisen verstärken. Illegale überschwemmen unser Land und verursachen hohe wirtschaftliche Kosten, Kriminalität, sinkende Löhne und illegale Wahlen in einigen Bundesstaaten. Wir müssen die Grenzkontrollen wieder einführen und den Bau der Mauer* (Anmerkung der Redaktion: An der Südgrenze zu Mexiko) *fortsetzen, während wir unser engagiertes Personal für Grenzkontrollen unterstützen. Souveräne Nationen müssen über kontrollierte Grenzen verfügen.*
- *China ist die größte externe Bedrohung für Amerika. Die Aufnahme kooperativer Beziehungen mit der Kommunistischen Partei Chinas ermutigt diese, ihren Weg zur Weltherrschaft militärisch, wirtschaftlich, politisch und technologisch fortzusetzen. Wir müssen mehr Sanktionen und Einschränkungen verhängen, um ihr Ziel nach Weltherrschaft einzudämmen und Amerikas Interessen zu schützen.*
- *Der freie Fluss von Informationen ist entscheidend für die Sicherheit unserer Republik, wie die Rede- und Pressefreiheit im ersten Zusatzartikel unserer Verfassung illustriert. Die Zensur von Sprache und Meinungsäußerung, die Verzerrung der Sprache* (Anmerkung der Redaktion: Gemeint Neusprech) *und die Verbreitung von Desinformationen durch Regierungsbeamte, private Einrichtungen und die Medien ist eine Methode zur Unterdrückung des freien Informationsflusses, eine tyrannische Technik, die geschlossene Gesellschaften charakterisiert. Wir müssen dem an allen Fronten entgegentreten, beginnend mit der Aufhebung des Schutzes durch Sektion 230 für Big Tech. (*Anmerkung der Redaktion: Legislative unter der sogenannten *Sektion 230* räumt US-Betreibern von sozialen Medien-Plattformen Immunität gegenüber Inhalten Dritter ein. Die erwartete Netzbetreiberneutralität wurde von den Betreibern der sozialen Medien jedoch sträflich verletzt, wie die um sich greifenden Auswüchse breit angelegter Zensurmaßnahmen, vor allem gegen abertausende konservative Bürgerstimmen, eindrücklich belegen. Nicht einmal der 45. Präsident der USA konnte sich während seiner Amtszeit den Zensurmaßnahmen von Internetmonopolisten entziehen.)
- *Die Wiederaufnahme des fehlerhaften Iran-Atomabkommens würde dazu führen, dass der Iran Atomwaffen zusammen mit den Mitteln diese einzusetzen, erwürbe, wodurch Friedensinitiativen im Nahen Osten gestört und eine terroristische Nation unterstützt würde, deren Slogans und Ziele „Tod für Amerika“ und „Tod für Israel“*

heißen. Wir müssen uns dem neuen China/Iran-Abkommen widersetzen und das Iran-Atomabkommen nicht unterstützen. Außerdem müssen wir die Friedensinitiativen im Nahen Osten, das „Abraham-Abkommen" und die Unterstützung für Israel weiter fortsetzen.

- *Das Stoppen der Keystone-Pipeline beseitigt unsere erst kürzlich erzielte Energieunabhängigkeit und macht uns energieabhängig von Nationen, die uns nicht freundlich gesinnt sind, während wertvolle US-Arbeitsplätze vernichtet werden. Wir müssen die Keystone-Pipeline öffnen und unsere Energieunabhängigkeit aus Gründen der nationalen Sicherheit und wirtschaftlichen Zwecken wiederherstellen.*
- *Das US-Militär als politischen Handlanger mit Tausenden von Truppen rund um das US-Kapitol Gebäude einzusetzen, um Zäune zu patrouillieren und gegen eine nicht existierende Bedrohung zu wachen. Dazu wird dem Militär eine politisch korrekte spaltende ‚Kritische Rassentheorie' (*Anmerkung der Redaktion: Hintergründe zur *Kritischen Theorie & Frankfurter Schule* – hier weiterlesen: Der Zivilfaschismus und seine Ziele in 5 Teilen) *auf Kosten ihres Kampfauftrages aufgezwungen, unter ernsthafter Schwächung seiner Kampfbereitschaft mit der Möglichkeit Kriege gegen unsere Nation zu gewinnen, was zu einem sehr ernsten Problem unserer Nationalen Sicherheit führt. Wir müssen unser Militär und unsere Veteranen unterstützen; uns auf die Kriegsführung konzentrieren und die zersetzende Infiltration von Political Correctness gegen unser Militär eliminieren, welche Moral und geballte Kampfkraft ruiniert.*
- *Der ‚Rechtsstaat' ist fundamental für unsere Republik und Sicherheit. Anarchie, wie sie in einigen Städten zu beobachten ist, kann nicht toleriert werden. Wir müssen unsere Ordnungskräfte unterstützen und darauf bestehen, dass Staatsanwälte, unsere Gerichte und das DOJ (Department of Justice bzw. US Justizministerium) das Gesetz gleich, fair und konsequent gegenüber allen durchsetzen.*
- *Die geistige und körperliche Verfassung des Oberbefehlshabers* (Anmerkung der Redaktion: Gemeint ist die weiter fortschreitende Demenz von *Sleepy Joe Biden*) *kann nicht ignoriert werden. Er muss in der Lage sein, schnell und präzise Entscheidungen zur Nationalen Sicherheit zu treffen, bei denen es um Leib und Leben geht – bei Tag und bei Nacht. Die jüngsten Anfragen der Führung der Demokraten über Verfahren zu den Nuklearcodes senden ein gefährliches nationales Sicherheitssignal an nuklear bewaffnete Gegner aus und werfen die Frage auf, wer die Befehlsgewalt ausübt. Wir müssen immer eine unstrittige Befehlskette ausweisen.*

Unter einem Kongress der Demokraten und der derzeitigen Regierung hat unser Land eine harte Linkskurve in Richtung Sozialismus und marxistischer Form einer tyrannischen Regierung gemacht, der jetzt durch zu wählende Kandidaten für Kongress und Präsidentschaft zu begegnen ist, die bereit stehen zur Verteidigung unserer verfassungsmäßigen Republik stets einzuschreiten. Das Überleben unserer Nation und ihre in Ehren gehaltenen Freiheiten, Unabhängigkeit und historischen Werte stehen auf dem Spiel.

Die Unterzeichner:

RADM Ernest B. Acklin, USCG, ret.
MG Joseph T. Anderson, USMC, ret.
RADM Philip Anselmo, USN, ret.
MG Joseph Arbuckle, USA, ret.
BG John Arick, USMC, ret.
RADM Jon W. Bayless, Jr. USN, ret.

RDML James Best, USN, ret.
BG Charles Bishop, USAF, ret.
BG William A. Bloomer, USMC, ret.
BG Donald Bolduc, USA, ret.
LTG William G. Boykin, USA, ret.
MG Edward R. Bracken, USAF, ret.
MG Patrick H. Brady, MOH, USA, ret.
VADM Edward S. Briggs, USN, ret.
LTG Richard “Tex’ Brown III USAF, ret.
VADM Toney M. Bucchi, USN, ret.
RADM John T. Byrd, USN, ret.
BG Jimmy Cash, USAF, ret.
LTG Dennis D. Cavin, USA, ret.
LTG James E. Chambers, USAF, ret.
MG Carroll D. Childers, USA, ret.
BG Clifton C. “Tip” Clark, USAF, ret.
VADM Ed Clexton, USN, ret.
MG Jay Closner, USAF, ret
MG Tommy F. Crawford, USAF, ret.
MG Robert E. Dempsey, USAF, ret.
BG Phillip Drew, USAF, ret.
MG Neil L. Eddins, USAF, ret.
RADM Ernest Elliot, USN, ret.
BG Jerome V. Foust, USA, ret.
BG Jimmy E. Fowler, USA, ret.
RADMU J. Cameron Fraser, USN, ret.
MG John T. Furlow, USA, ret.
MG Timothy F. Ghormley, USMC, ret.
MG Francis C. Gideon, USAF, ret.
MG William A. Gorton, USAF, ret.
MG Lee V. Greer, USAF, ret.
RDML Michael R. Groothousen, Sr., USN, ret.
BG John Grueser, USAF, ret.MG Ken Hagemann, USAF, ret.
MG Ken Hagemann, USAF, ret.
BG Norman Ham, USAF, ret.
VADM William Hancock, USN, ret.
LTG Henry J. Hatch, USA, ret.
BG James M. Hesson, USA, ret.
MG Bill Hobgood, USA, ret.
BG Stanislaus J. Hoey, USA, ret.
MG Bob Hollingsworth, USMC, ret.
MG Jerry D. Holmes, USAF, ret.
MG Clinton V. Horn, USAF, ret.
LTG Joseph E. Hurd, USAF, ret.
VADM Paul Ilg, USN, ret.
MG T. Irby, USA, ret.
LTG Ronald Iverson, USAF, ret.
RADM (L) Grady L. Jackson
MG William K. James, USAF, ret.
LTG James H. Johnson, Jr. USA, ret.
ADM. Jerome L. Johnson, USN, ret.
BG Charles Jones, USAF, ret.
BG Robert R. Jordan, USA, ret.

BG Jack H. Kotter, USA, ret.
MG Anthony R. Kropp, USA, ret.
RADM Chuck Kubic, USN, ret.
BG Jerry L. Laws, USA, ret.
BG Douglas E. Lee, USA, ret.
MG Vernon B. Lewis, USA, ret.
MG Thomas G. Lightner, USA, ret.
MG James E. Livingston, USMC, ret. MOH
MG John D. Logeman, USAF, ret.
MG Jarvis Lynch, USMC, ret.
LTG Fred McCorkle, USMC, ret.
MG Don McGregor, USAF, ret.
LTG Thomas McInerney, USAF, ret.
RADM John H. McKinley, USN, ret.
BG Michael P. McRaney, USAF, ret.
BG Ronald S. Mangum, USA, ret.
BG James M. Mead, USMC, ret.
BG Joe Mensching, USAF, ret.
RADM W. F. Merlin, USCG, ret.
RADM (L) Mark Milliken, USN, ret.
MG John F. Miller, USAF, ret.
RADM Ralph M. Mitchell, Jr. USN, ret.
MG Paul Mock, USA. ret.
BG Daniel I. Montgomery, USA, ret.,
RADM John A. Moriarty, USN, ret.,
RADM David R. Morris, USN, ret.
RADM Bill Newman, USN, ret.
BG Joe Oder, USA, ret.
MG O'Mara, USAF, ret.
MG Joe S. Owens, USA, ret.

Legende zu den oben genannten militärischen Rängen im US Militär:

LTG – Lieutenant General US Armed Forces in the rank of a three star general staff officer en.wikipedia.org/wiki/Lieutenant_general_(United_States)
VADM – Vice Admiral US Navy in the rank of a three star commissioned naval officer) en.wikipedia.org/wiki/Vice_admiral_(United_States)
MG – Major General US Army in the rank of a two-star general officer en.wikipedia.org/wiki/Major_general_(United_States)
RADM – Rear Admiral (upper half) of US uniformed services of commissioned officers in the rank of a two star flag officer en.wikipedia.org/wiki/Rear_admiral_(United_States)
RDML – Rear Admiral (lower half) of US Navy in the rank of a one-star flag officer en.wikipedia.org/wiki/Rear_admiral_(United_States)
BG – Brigadier General of US Armed Forces in the rank of one-star general officer en.wikipedia.org/wiki/Brigadier_general_(United_States)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

09) Bewertung und Lehren aus dem jüngsten Konflikt zwischen Israel und der Hamas

Von Daniele Scalea

26. 05. 2021

Bildquelle: Centro Machiavelli

Am 21. Mai wurde der Waffenstillstand zwischen Israel und der Hamas verkündet, mehr als zwei Wochen nach den ersten Zusammenstößen in Sheikh Jerrah, die bald in einen offenen Krieg ausarteten. Den Unruhen in Ost-Jerusalem, die durch die Räumung einiger palästinensischer Familien verursacht wurden, folgten seit dem 10. Mai Raketenangriffe aus dem Gazastreifen und Luftangriffe aus Israel. Der Waffenstillstand ermöglicht es, eine erste Bilanz der Krise zu ziehen.

Beginnen wir mit der Klärung der Spieler auf dem Feld. Israel kämpfte nicht nur mit der Hamas, sondern auch mit Harakat al-Jihād al-Islāmi fi Filastīn, bei uns besser bekannt als „Palästinensischer Islamischer Dschihad“. Dies sind die beiden wichtigsten palästinensischen Organisationen (zusammen mit der Volksfront zur Befreiung Palästinas), die die Osloer Abkommen abgelehnt haben. Beide haben eine islamistische Ideologie und sind als Ableger der ägyptischen Muslimbruderschaft entstanden. Der Islamische Dschihad ist die älteste (gegründet 1981), aber die Hamas (gegründet 1988) ist die populärste: Der Islamische Dschihad verstand sich als revolutionäre Vorhut, die sich in erster Linie dem Terrorismus verschrieben hat, während die Hamas (ein Akronym für „Islamische Widerstandsbewegung“) eine politisch-religiöse Massenbewegung ist, die auch den bewaffneten Kampf praktiziert.

Die Beziehung des Islamischen Dschihad zum Iran besteht seit langem und ist sehr eng: mindestens seit 1988, als die Führung der Gruppe aus dem Gazastreifen vertrieben wurde und im Libanon Zuflucht fand. Seitdem ist Teheran der einzige Waffenlieferant für die Organisation, der wichtigste finanzielle Unterstützer und garantiert über die Hisbollah auch logistische Unterstützung und Ausbildung. Die Hamas hat ein eher ambivalentes Verhältnis zum Iran: Sie hat immer versucht, sich für eine größere Autonomie vom Ausland zu profilieren, in den 1990er Jahren erhielt sie den Großteil ihrer Finanzierung aus Saudi-Arabien und in jüngerer Zeit hat sie sich wegen des syrischen Bürgerkriegs von Teheran abgespalten. Nichtsdestotrotz haben die Iraner der Hamas geholfen, ihre militärischen Kräfte zu stärken, haben ihr Geld und Mittel zur Verfügung gestellt und technisches Know-how weitergegeben. Die Islamische Widerstandsbewegung wird auch großzügig von Katar unterstützt (wo ihr oberster Führer nach einem Zwischenstopp in Istanbul residiert).

Der militärische Flügel des Islamischen Dschihad, Saraya al-Quds („Jerusalem-Brigaden“), hat etwa 15.000 Mitglieder. Es ist nicht klar, ob sie dem politischen Flügel untergeordnet ist oder umgekehrt; an ihrer Spitze hat sie einen reduzierten Militärrat und ist in operative Zellen gegliedert. Nach Angaben der israelischen Streitkräfte ist dies Teil ihres ballistischen Arsenals:

Mörser verschiedener Kaliber mit einer Reichweite von 6 km;
Raketen R107 (nordkoreanische Produktion), Reichweite 8 km;
Selbstgebaute Raketen im Kaliber 100 mm, Reichweite 11–16 km;
Na’fah (auch in Cluster-Version), Reichweite 12–16 km;
Badr B1, Reichweite 30 km;
Grad-20 und Grad-40 (russische Produktion), Reichweite 20 bzw. 40 km;
Borak-100, Reichweite 45 km.

Im Fall der Hamas ist der militärische Flügel der politischen Spitze untergeordnet (wobei der eine im Ausland von Ismail Haniyeh und der andere in Gaza von Yahya Sinwar verkörpert wird), aber es muss gesagt werden, dass die Organisation eher wie ein Netzwerk als wie eine hierarchische Struktur erscheint. In Gaza befinden sich die inneren Sicherheitsdienste und der eigentliche militärische Flügel, die Katāʾib al-shahīd ʿIzz al-Dīn al-Qassām („Brigaden des Märtyrers Izz al-Din al-Qassam“), die von Mohammed Deif angeführt werden. Die Zahl der Agenten wird auf 20–30.000 geschätzt, verteilt auf fünf Brigaden, die von Süden nach Norden eingesetzt werden: Rafah, Khan Yunis, Central Fields, Gaza und North Gaza. Die al-Qassam-Brigaden verfügen über ein ausgedehntes Netz von unterirdischen Tunneln, die Kommandos, Beobachtungsposten und Einheiten verbinden und unter zivilen Gebieten hindurchführen. Es gibt ein Marinekommando, die Luftwaffe und den Apparat, der das ballistische Arsenal verwaltet, das nach Angaben des israelischen FF.AA. hauptsächlich besteht aus:

Mörser, Grad-20, Grad-40, R107 auch an den Islamischen Dschihad geliefert;
Q-18, Kaliber 155 mm, 20 km Reichweite;
Q-40, 25 kg Sprengkopf, 40 km Reichweite;
S-40, Kaliber 203 mm, Reichweite 40–45 km;
M-75, 35 kg Sprengkopf, Reichweite 50–70 km;
SH-1, 120 kg Sprengkopf, Reichweite 50–70 km;
S-55, 46 kg Sprengkopf, 55 km Reichweite;
SH-85, Kaliber 305 mm, Reichweite 85 km;
Short-A, Kaliber 254 mm, Reichweite 120 km.

Neben den zahlreichen Raketen aus lokaler Produktion verfügt die Hamas auch über importierte Raketen: insbesondere die Fajr-3 und Fajr 5 (Reichweite 43 bzw. 75 km) aus iranischer Produktion sowie die M302 aus syrischer Produktion mit einer Reichweite von 180 km.

Wenn man bedenkt, dass Israel von Norden nach Süden 424 km misst und dass seine territoriale Breite von Westen nach Osten von einem Maximum von 114 km bis zu einem Minimum von 15 km reicht, ist es klar, dass die Bedrohung durch palästinensische Raketen sehr real und spürbar ist. Aus diesem Grund hat Israel den Iron Dome entwickelt, der seit 2011 einsatzbereit ist, ein Flugabwehrwaffensystem zum Abfangen und Zerstören von Kurzstreckenraketen und Artilleriefeuer. Hamas und Islamischer Dschihad haben Israels Raketenabwehr auf die Probe gestellt, nicht nur durch das Experimentieren mit neuen Raketen (keine Präzisionsraketen) und Angriffsdrohnen (Iron Dome schoss sein erstes ferngesteuertes Fluggerät ab), sondern auch durch die Belastung mit einer noch nie dagewesenen Anzahl von Abschüssen. Die von den Palästinensern angewandte Taktik

zielte darauf ab, das Verteidigungssystem zu voll auszulasten, indem sie gleichzeitig eine große Anzahl von Raketen (bis zu 100) mit verschiedenen Abschusswinkeln abfeuerten und dabei auch auf abgesenkte Flugbahnen zurückgriffen (sie sind niedriger und daher schneller und dienen dazu, die Verteidigungsanlagen zu umgehen, auch wenn das Nutzlastgewicht der Rakete geringer ist). Die Hamas hat eine bemerkenswerte Angriffskapazität gezeigt, vor allem auf der quantitativen Seite: Wenn sie 2014 in 51 Tagen des Konflikts 3393 Raketen auf Israel abgefeuert hat, hat sie in diesem Jahr in nur 11 Tagen bereits mehr als 4300 auf feindliches Gebiet verschossen. Iron Dome schaffte es dennoch, 90 % der Raketen abzufangen, die die Grenze überschritten. Die Abfangjäger, die pro Stück 40.000 Dollar kosten, sind teurer als die Raketen, die sie abfangen, aber der Schaden, den Israel bei seinen Gegenangriffen verursachen kann, muss in der Bilanz abgewogen werden. Mit seinen Luftangriffen hat Jerusalem feindliche Kommandeure, Tunnel, Waffenlager und Raketenwerfer eliminiert. Die von der israelischen Luftwaffe in 12 Tagen getroffenen Ziele beliefen sich auf insgesamt 1.500: In den gesamten 2020er Jahren waren es indes nur 180 Ziele der Hamas und des Islamischen Dschihad, die getroffen wurden. Israel vereitelte auch den feindlichen Plan, Spezialtruppen der Nakba-Einheit durch unterirdische Tunnel zu infiltrieren: Die Tunnel wurden prompt bombardiert und zerstört. Ein Versuch, Israel mit Kommandotauchern und Unterwasserdrohnen zu überraschen, scheiterte ebenfalls.

Der militärische Erfolg Israels bedeutet nicht per se, dass der kurze Konflikt auch ein strategischer und politischer Sieg war. Hat die Operation „Wächter der Mauern“ (der Name, den die israelische Seite der Konfrontation gegeben hat) die Sicherheit Israels erhöht und dauerhafte Ruhe entlang des Gazastreifens geschaffen? Oberst Hanan Shai für das BESA Center argumentiert, dass der vermeintliche Sieg den Status quo ante bezüglich Israels Frieden und Sicherheit nicht verändert hat. Er führt dieses Scheitern auf die unvollständige doktrinäre Revolution zurück, die in den israelischen Streitkräften unter dem derzeitigen Generalstabschef, Generalleutnant Aviv Kochavi, eingeleitet wurde; eine Revolution, die in der Überwindung der Doktrin der Abschreckung (Immobilisierung der gegnerischen Kampffähigkeit) und der Rückkehr zur Doktrin des Sieges (Zerstörung des Feindes und seiner Ressourcen) bestehen würde. Andererseits glauben Analysten des Institute for National Security Studies, dass Israel auch die kognitive Kampagne gewonnen hat, indem es die Hamas in Schach hielt und die Hisbollah in Angst und Schrecken versetzte.

Bei der Berechnung der angerichteten und erlittenen Schäden, die bei alleiniger Betrachtung der materiellen Daten eindeutig auf einen israelischen Sieg hinweist, darf der moralische Faktor nicht übersehen werden: Die massive palästinensische Raketenoffensive zwang die Bewohner Israels, elf Tage lang mit den Alarmsirenen zu leben, in die Schutzräume zu eilen und um ihr Leben zu fürchten, was in der öffentlichen Meinung Frustration hervorrief. Natürlich könnte man das Gleiche über die Zivilbevölkerung von Gaza sagen und es um ein Vielfaches vervielfachen: Während der Einschlag einer palästinensischen Rakete in einem Radius von 4–5 km zu spüren ist, wird der einer israelischen Rakete von etwa der Hälfte der Bevölkerung von Gaza gespürt (und es waren 25 pro Tag für ein Dutzend Tage). Allerdings wächst die Kriegsmüdigkeit nicht in gleichem Maße zwischen den Völkern (die Fortsetzung des Ausnahmezustands und der Unsicherheit ist für einen fortgeschrittenen und wohlhabenden Staat proportional schädlicher), noch haben die Bewohner des Gazastreifens die gleichen Möglichkeiten wie die Israels, ihre Führer zur Rechenschaft zu ziehen, wie sie handeln. Andererseits scheint die Popularität der Hamas trotz der militärischen Rückschläge nicht ernsthaft untergraben worden zu sein: Man denke nur an die Entscheidung des Präsidenten der Palästinensischen Autonomiebehöre (PNA), Mahmoud Abbas, die für diesen Monat angesetzten Wahlen zu verschieben, da er sicher war, dass die islamistischen Rivalen den Erfolg von 2006 wiederholt und vielleicht sogar übertroffen hätten. Aber Abbas ist jetzt 86 Jahre alt und wird die Zügel der Macht nicht mehr lange halten können: Hinter ihm ist die Fatah in mehrere Fraktionen gespalten, von denen

eine (die stärkste) von Jibril Rajoub angeführt wird, der gerne ein Bündnis mit der Hamas eingehen würde. Einige Analysten glauben, dass die islamistische Bewegung bald einen bewaffneten Aufstand im Westjordanland starten könnte, um sich endgültig von ihren Rivalen innerhalb der Fatah zu befreien.

Ein weiteres, nicht zu unterschätzendes Element war die Mobilisierung der israelischen Araber: Die Hamas-Offensive wurde von weit verbreiteten Unruhen und Tumulten in vielen israelischen Städten begleitet, vor allem in Lod (80 Tausend Einwohner, 30% Araber). Diese israelischen Bürger arabischer Ethnie sind fast 2 Millionen, 20% der Gesamtbevölkerung Israels, und stammen von den Palästinensern ab, die 1948 angesichts des jüdischen Vormarsches ihre Häuser nicht verlassen haben. Dieser arabische Teil der Bevölkerung trug auch wesentlich zur Zweiten Intifada (2000–2005) bei, eine Tatsache, die Israel mit wichtigen Investitionen zu beheben versuchte, um den Lebensstandard der rebellischen Minderheit zu erhöhen. Die öffentliche Meinung wurde durch die zahlreichen Angriffe auf Synagogen, Geschäfte, Häuser, Autos und Menschen jüdischer Bürger durch arabische Mitbürger erschüttert: Naftali Bennet, Chef der Jamina-Partei, der kurz vor dem Abschluss eines Regierungsabkommens mit Yair Lapid stand, um Benjamin Netanjahu zu entmachten, zog sich plötzlich aus den Verhandlungen zurück, da er es für unmöglich hielt, in einer Koalition mit einer arabischen Partei, der Ra'am, die ebenfalls islamisch inspiriert ist, zu regieren. Die Koexistenz zwischen Arabern und Juden innerhalb Israels könnte endgültig gefährdet werden, was die nationale Tendenz des jüdischen Staates stärken würde. Der israelische Kontext hat natürlich seine ausgeprägten historischen und sozialen Besonderheiten, dennoch hat man den Eindruck, dass die Unterschiede zu Europa selbst in dieser Hinsicht immer geringer werden: die Ersetzung des Islamismus als Ideologie durch den Nationalismus; der Hass auf den westlichen „Unterdrücker"; die Schaffung einer segregierten Gesellschaft innerhalb der breiteren nationalen Gesellschaft; die Rolle krimineller Banden bei den Unruhen. Das sind alles Elemente, die unserer Meinung nach den israelischen Fall mit dem europäischen verbinden, so dass wir uns veranlasst sehen, wie schon bei den Unruhen in Amerika im letzten Sommer davor zu warnen, dass das, was in israelischen Städten mit der muslimischen Minderheit passiert, auch uns alarmieren sollte.

Daniele Scalea

Gründer und Präsident des Centro Studi Machiavelli. Er hat einen Abschluss in Geschichtswissenschaften (Universität Mailand) und einen Doktortitel in Politikwissenschaften (Universität Sapienza). Er ist Professor für „Geschichte und Doktrin des Dschihadismus" und „Geopolitik des Nahen Ostens" an der Universität Cusano. Von

2018 bis 2019 war er Sonderberater für Einwanderung und Terrorismus des Unterstaatssekretärs für Auswärtige Angelegenheiten Guglielmo Picchi. Sein neuestes Buch (geschrieben mit Stefano Graziosi) ist *Trump vs. Everyone. Amerika (und der Westen) am Scheideweg.*

Dieser Beitrag erschien zuerst bei CENTRO MACHIAVELLI, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

10) Samisdat 8 – Viktor Orbáns Erklärung

26. 05. 2021

Viktor Orbán: Die V4-Länder müssen verstärkt Maßnahmen ergreifen, damit sie in der EU nicht diskriminiert werden.

Die ungarische Regierung habe eine gemeinsame Erklärung der EU-Außenminister hinsichtlich der Forderung nach einem „sofortigen Stopp aller Gewalt und einer Waffenruhe“ nicht mitgetragen, erklärte der europäische Außenbeauftragte Josep Borrell.

Dazu Viktor Orbáns Erklärung:

Ungarn hat ein Veto gegen die Mehrheitsposition der Europäischen Union zu den Raketenangriffen auf Israel eingelegt. Der deutsche Bundeskanzlerkandidat, **Armin Laschet** sagte, dies sei ein weiterer Grund, in der **EU-Außenpolitik von der Einstimmigkeit zur Mehrheitsentscheidung** überzugehen. Heute kann ein gemeinsamer außenpolitischer Beschluss nur einstimmig gefasst werden, und Herr Laschet wünscht sich, dass **die Mehrheit in Zukunft ihren Willen der Minderheit aufzwingen** kann. ***Alles im Namen des Europäertums***. Die EU-Verträge verlangen aber volle Übereinstimmung in den wichtigsten Fragen, auch in der Außenpolitik.

Ungarn hat also in Übereinstimmung mit dem Grundlagenvertrag gehandelt, als es sein Veto einlegte. Ungarn vorzuwerfen, es sei uneuropäisch, weil es sein Recht aus dem Vertrag ausübt, ist in der Tat zutiefst uneuropäisch.

Es ist bekannt, dass die Staaten der **deutsch-französischen Achse viele Millionen muslimische Bürger haben,** deren Meinung in einer Demokratie nicht negiert werden kann. Aber man sollte auch bedenken, dass es **in Mitteleuropa, in den vier Visegrád-Länder – einschließlich in Ungarn – nur eine winzige Anzahl solcher Bürger gibt**. Wir können auch sehen, dass die Mehrheit der westeuropäischen Länder in eine Ära postnationaler und postchristlicher Lebenseinstellungen eingetreten ist. Aber es ist nicht zu übersehen, dass **wir unser Leben immer noch nach jüdisch-christlichen Werten, Kultur und Lebensanschauungen leben.** Deshalb ist es für uns selbstverständlich, einen Staat, Israel, nicht mit einer Organisation auf der EU-Sanktionsliste gleichzusetzen. Auch dann nicht, wenn Präsident Laschet im Namen der deutsch-französischen Achse dies als die richtige EU-Außenpolitik ansehen würde.

Es ist an der Zeit anzuerkennen, dass die später beigetretenen mitteleuropäischen Länder gleichberechtigte Mitglieder der Gemeinschaft der Europäischen Union sind. Auch wir haben das Recht, für unsere Überzeugungen, unsere außenpolitischen Verbündeten und unsere eigenen Interessen einzutreten

Ungarnreal

Dieser Beitrag erschien in deutscher Übersetzung von Dr. Andrea Martin zuerst bei UNGARNREAL, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Die Erklärung des Ministerpräsidenten, “Samisdat 8” ist im ungarischen Originaltext hier zu lesen: miniszterelnok.hu/szamizdat-8/

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Sonderthema Corona-Pandemie

01) Vorschriften in facebook bzgl. Thema Corona: was alles NICHT erlaubt ist, zu schreiben

COVID-19-Richtlinie – Aktualisierungen und Schutzmaßnahmen | Facebook-Hilfebereich

https://www.facebook.com/help/230764881494641/

Da Menschen weltweit aktuell von einem beispiellosen Gesundheitsnotstand betroffen sind, möchten wir sicherstellen, daß unsere Richtlinien dazu beitragen, Nutzer vor gefährlichen Inhalten und neuen Formen von Mißbrauch im Zusammenhang mit COVID-19 und Impfstoffen zu schützen.

Wir arbeiten daran, Inhalte zu COVID-19, die das Risiko erhöhen, offline Schaden anzurichten, zu entfernen. Grundlage dafür sind unsere Richtlinien gegen die Koordination von schädigendem Verhalten, den Verkauf von medizinischen Masken und ähnlichen Produkten, Haßrede, Mobbing, Belästigung sowie Falschmeldungen, die das Risiko von Gewalt und körperlichen Schäden verstärken. Bei einigen Richtlinien sind zur Durchsetzung zusätzliche Informationen und/oder Kontext erforderlich. Die entsprechenden Details werden nachstehend erläutert.

Mit Unterstützung von Experten für Gesundheitskommunikation und zugehörige Gebiete ergreifen wir während der Pandemie auch zusätzliche Maßnahmen, um die Verbreitung von Inhalten zu reduzieren, die zwar nicht gegen unsere Richtlinien verstoßen, aber möglicherweise irreführende oder reißerische Informationen über Impfstoffe auf eine Weise präsentieren, die wahrscheinlich von Impfungen abschrecken würde. Eine genauere Erläuterung hierzu nachstehend.

Da sich die Situation fortlaufend ändert, prüfen wir weiterhin Inhalte auf der Plattform, analysieren Kommunikationstrends und tauschen uns mit Experten aus. Hierzu gehören beispielsweise die Weltgesundheitsorganisation (WHO), Gesundheitsbehörden und Personen und Organisationen, die die Vielfalt unserer Nutzer abbilden. Außerdem werden wir gegebenenfalls zusätzliche Richtlinien erarbeiten und bereitstellen, um Menschen während dieser Krise zu schützen.

Gemäß unserer Richtlinie gegen Propagieren und Organisieren von Schaden untersagen wir Inhalte, die:

- die aktive und vorsätzliche Verbreitung übertragbarer Krankheiten durch den Nutzer/die Nutzerin oder mit ihm/ihr in Verbindung stehende Personen koordinieren, darstellen, zugeben oder fördern.

Wir untersagen darüber hinaus folgende Inhalte, wenn wir diese anhand weiterer Informationen und/oder Kontext identifizieren können:

- Inhalte, die Präsenzveranstaltungen oder Zusammenkünfte koordinieren, wenn mit COVID-19 infizierte Personen daran teilnehmen oder dazu eingeladen werden
- Inhalte, die Störungen bei der Verabreichung des COVID-19-Impfstoffs koordinieren
- Inhalte, die andere dazu aufrufen, sich nicht gegen COVID-19 impfen zu lassen, dies befürworten oder fördern

Im Rahmen unserer Richtlinie zu reglementierten Gütern haben wir Maßnahmen ergriffen, die davor schützen, daß jemand diese Krise ausnutzt, um sich finanziell zu bereichern. Demnach sind die nachstehenden Inhalte untersagt, wenn wir diese anhand weiterer Informationen und/oder Kontext identifizieren können:

- Inhalte, die versuchen, medizinische Gesichtsmasken und Atemschutzmasken sowie COVID-19-Testkits zu verkaufen. Diese Richtlinie erstreckt sich nicht auf Angebote von oder Anfragen nach Maskenspenden oder nichtmedizinischen Schutzmasken.
- Inhalte, die medizinische Produkte und COVID-19 erwähnen und eine gewisse Dringlichkeit andeuten oder behaupten, daß ein Schutz gewährleistet sei.

Im Rahmen unserer Richtlinie zu Hassrede untersagen wir die nachstehenden Inhalte, wenn wir diese anhand weiterer Informationen und/oder Kontext identifizieren können:

- Inhalte, die behaupten, daß Menschen mit einem gemeinsamen geschützten Merkmal wie ethnische Zugehörigkeit oder Religion infiziert seien, das Virus geschaffen haben oder es verbreiten. Dies gilt nicht für Behauptungen über Personen aufgrund ihrer nationalen Herkunft, da wir Diskussionen erlauben möchten, in deren Mittelpunkt Reaktionen und Auswirkungen auf nationaler Ebene stehen (Bsp.: „X Italiener haben COVID-19“).
- Inhalte, die Personen mit einem gemeinsamen geschützten Merkmal wie ethnische Zugehörigkeit oder Religion wegen einer Infektion mit COVID-19 verspotten.

Im Rahmen unserer Richtlinie zu Mobbing und Belästigung untersagen wir die nachstehenden böswillig auf Personen abzielenden Inhalte, wenn wir diese anhand weiterer Informationen und/oder Kontext identifizieren können:

- Inhalte, die behaupten, eine Privatperson habe COVID-19, es sei denn, die Person hat dies selbst mitgeteilt, oder die Informationen über ihren Gesundheitszustand sind öffentlich zugänglich.

Im Rahmen unserer Gemeinschaftsstandards entfernen wir Fehlinformationen, wenn Gesundheitsbehörden zu dem Schluss kommen, daß die Informationen falsch sind und wahrscheinlich zu drohender Gewalt oder körperlichen Schäden beitragen. Seit COVID-19 im Januar 2020 zu einer Gesundheitlichen Notlage internationaler Tragweite (Public Health Emergency of International Concern, PHEIC) erklärt wurde, haben wir diese Richtlinie auf Inhalte mit Behauptungen zu COVID-19 angewendet, die laut Gesundheitsbehörden (a) falsch sind und (b) wahrscheinlich zu drohenden körperlichen Schäden beitragen (einige Beispiele für drohende körperliche Schäden: Erhöhung der Wahrscheinlichkeit einer Exposition gegenüber dem Virus oder einer Übertragung des Virus oder negative Auswirkungen auf die Fähigkeit des öffentlichen Gesundheitssystems, die Pandemie zu bewältigen). Das Ziel dieser Richtlinie besteht darin, den gesundheitlichen Schaden für die Menschen möglichst gering zu halten und ihnen zugleich die Möglichkeit zu geben, zu diskutieren, zu debattieren und ihre persönlichen Erfahrungen, Meinungen und Neuigkeiten im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie zu teilen. Insbesondere entfernen wir Fehlinformationen zu folgenden Themen:

- **Existenz und Schweregrad von COVID-19.** Die Existenz von COVID-19 anzuerkennen und zu verstehen, wie schwerwiegend diese Pandemie ist, trägt entscheidend dazu bei, die Menschen zu schützen und ihnen die Gefahren dieser gesundheitlichen Notlage bewusst zu machen. Wir entfernen Behauptungen, die die Existenz der Krankheit leugnen oder den Schweregrad von COVID-19 herunterspielen. Dazu gehören:
    - Behauptungen, die die Existenz der COVID-19-Krankheit oder -Pandemie leugnen
    - Behauptungen, die den Schweregrad von COVID-19 herunterspielen. Zum Beispiel:
        - Behauptungen, daß COVID-19 für Menschen nicht gefährlicher als eine normale Grippe oder Erkältung sei
        - Behauptungen, daß niemand an COVID-19 gestorben sei
        - Behauptungen, daß die Mortalitätsrate von COVID-19 gleich hoch oder niedriger als bei der saisonalen Grippe sei
        - Behauptungen, daß man eher infolge einer Grippeimpfung sterbe als an COVID-19
        - Behauptungen, daß die Anzahl der durch COVID-19 verursachten Todesfälle deutlich unter den offiziellen Angaben liege (zusätzliche Informationen und/oder Kontext erforderlich)
    - Behauptungen hinsichtlich der Ursache von COVID-19, die mit 5G-Kommunikationstechnologien zusammenhängen. Zum Beispiel:

        - Behauptungen, daß die wegen COVID-19 vorgeschriebenen Kontaktbeschränkungen in Wirklichkeit dem Aufbau einer Infrastruktur für die 5G-Mobilfunk-Kommunikationstechnologie dienen

        - Behauptungen, daß die Symptome von COVID-19 in Wirklichkeit Folgen von 5G-Kommunikationstechnologien seien

    - Beispiele: „Niemand ist an COVID-19 gestorben.“, „Die Kontaktbeschränkungen dienen tatsächlich dem Aufbau der 5G-Infrastruktur.“, „COVID-19 ist nicht real!“

- **Übertragung von COVID-19 und Immunität:** Zu wissen, wie COVID-19 übertragen wird und wer sich anstecken kann, ist ein entscheidender Bestandteil der Maßnahmen, um Menschen davor zu schützen, sich mit dem Virus anzustecken oder es zu verbreiten. Nach Angaben der Gesundheitsbehörden kann COVID-19 an jedem Ort und in erster Linie durch kleine Tröpfchen aus Nase oder Mund von Mensch zu Mensch übertragen werden. Diese Tröpfchen werden ausgestoßen, wenn jemand mit COVID-19 hustet, niest oder spricht. Die Gesundheitsbehörden sind sich außerdem einig, daß sich alle Menschen unabhängig von ihrem Alter oder anderen individuellen Merkmalen mit COVID-19 infizieren und das Virus verbreiten können. Wir entfernen falsche Behauptungen darüber, wie und wo COVID-19 übertragen werden und wer sich infizieren kann. Dazu gehören:

    - Behauptungen, daß eine Gruppe immun sei oder nicht an COVID-19 sterben könne oder daß eine bestimmte Aktivität oder Behandlung zu Immunität führe

    - Behauptungen, daß COVID-19 in bestimmten Klimazonen, unter bestimmten Wetterbedingungen oder an bestimmten Orten nicht übertragen werden könne

    - Behauptungen, daß COVID-19 auf andere Weise als von Mensch zu Mensch übertragen werden könne. Zum Beispiel:

        - Behauptungen, daß COVID-19 die Ursache von 5G-Technologien sei oder dadurch übertragen werde

        - Behauptungen, daß COVID-19 durch die Grippeimpfung übertragen werde oder daß Menschen aufgrund der Grippeimpfung anfälliger für COVID-19 seien oder eine Ansteckung damit wahrscheinlicher werde

        - Behauptungen, daß COVID-19 von Stubenfliegen oder Mücken übertragen werde

        - Behauptungen, daß COVID-19-Impfstoffe die Ursache von COVID-19 seien oder Menschen mit COVID-19 infizieren

- Beispiele: „Ältere Menschen sind gegen COVID-19 immun.“, „COVID-19 kann in tropischen Klimazonen nicht übertragen werden.“, „Der COVID-19-Impfstoff verursacht COVID-19!“

- **Garantierte Heilmittel oder Präventionsmethoden für COVID-19:** Gesundheitsbehörden wie der WHO zufolge gibt es derzeit nichts, was eine Genesung garantieren oder gewährleisten kann, daß sich eine durchschnittliche Person nicht mit COVID-19 infiziert. Darüber hinaus haben wir von Gesundheitsbehörden gehört, daß Menschen, die glauben, daß es ein garantiertes Heilmittel oder eine Präventionsmaßnahme für COVID-19 gibt, falsche Sicherheitsmaßnahmen ergreifen, angemessene Gesundheitsempfehlungen außer Acht lassen oder sogar schädliche Selbstmedikation versuchen könnten. Aus diesem Grund lassen wir falsche Behauptungen zu Heilmitteln oder zur Prävention von COVID-19 nicht zu. Dazu gehören:

  - Behauptungen, daß der Durchschnittsbürger mit einer bestimmten Maßnahme garantiert eine Ansteckung mit COVID-19 verhindern oder garantiert von COVID-19 genesen könne, bevor ein solches Heilmittel oder eine solche Präventionsmaßnahme zugelassen wurde, u. a.:

    - Verzehr oder Inhalation bestimmter Mittel

    - Medizinische oder pflanzliche Heilmittel

    - Äußerlich anwendbare Heilmittel für Körper oder Haut

  - Beispiele: „Nehmt Vitamin C ein, es heilt COVID-19.“, „Wenn du dieses pflanzliche Mittel einnimmst, bekommst du COVID-19 nicht.“, „Diese Hautcreme verhindert eine Ansteckung mit dem Coronavirus.“

- **Abschreckung von sinnvollen Gesundheitsmaßnehmen:** Es gibt eine Reihe von sinnvollen Gesundheitsmaßnahmen, die die Gesundheitsbehörden Menschen empfehlen, um sich vor einer Ansteckung mit COVID-19 zu schützen oder die Verbreitung des Virus einzudämmen. Dazu gehören das Tragen einer Gesichtsmaske, soziale Distanzierung, COVID-19-Tests und seit kurzem auch die Impfung gegen COVID-19. Die Gesundheitsbehörden haben Notfallzulassungen für mehrere COVID-19-Impfstoffe erteilt. Daher lassen wir neben falschen Behauptungen zu Gesichtsmasken, sozialer Distanzierung und Tests auch keine falschen Behauptungen über die Impfstoffe oder Impfprogramme zu, die nach Meinung anerkannter Gesundheitsexperten zur Ablehnung des COVID-19-Impfstoffs führen könnten. Dazu gehören auch falsche Behauptungen zur Sicherheit, Wirksamkeit, den Inhaltsstoffen, der Entwicklung, Existenz oder Verschwörungen im Zusammenhang mit dem Impfstoff oder dem Impfprogramm. Während weitere Informationen zu den COVID-19-Impfstoffen verfügbar werden, werden wir unsere Maßnahmen zur Anwendung dieser Richtlinie weiter optimieren. Dazu gehören:

  - Behauptungen über das Tragen einer Gesichtsmaske, u. a.:

        - Behauptungen, das Tragen einer Gesichtsmaske trage nicht dazu bei, die Ausbreitung von COVID-19 zu verhindern
        - Behauptungen, daß Gesichtsmasken 5G-Technologie enthalten oder damit verbunden seien
        - Behauptungen, das Tragen einer Gesichtsmaske könne krank machen
    - Behauptungen, daß soziale/räumliche Distanzierung nicht dazu beitrage, die Ausbreitung von COVID-19 zu verhindern
    - Behauptungen, die jemanden von einem staatlich zugelassenen COVID-19-Test abschrecken können, u. a.:
        - Behauptungen, daß COVID-19 ohne zugelassenen Test erfolgreich getestet werden könne
        - Behauptungen, daß COVID-19-Tests in Wirklichkeit vorinfiziert seien oder jemanden mit COVID-19 infizieren können
        - Behauptungen, daß von Gesundheitsbehörden zugelassene COVID-19-Tests COVID-19 nicht nachweisen können
    - Behauptungen über COVID-19-Impfstoffe, die zur Ablehnung von Impfstoffen führen können, u. a.:
        - Behauptungen über die Verfügbarkeit oder Existenz von COVID-19-Impfstoffen, insbesondere:
            - Behauptungen, daß COVID-19-Impfstoffe nicht existieren oder nicht zugelassen seien
            - Behauptungen, daß man sich mit anderen Mitteln als mit einem COVID-19-Impfstoff gegen COVID-19 impfen lassen könne
    - Behauptungen über die Sicherheit oder schwere Nebenwirkungen von COVID-19-Impfstoffen, u. a.:
        - Behauptungen, daß COVID-19-Impfstoffe tödlich seien oder Menschen schwer schädigen können (zum Beispiel durch die Entstehung von Blutgerinnseln)
        - Behauptungen, daß COVID-19-Impfstoffe schwere Krankheiten wie ALS, Multiple Sklerose, COVID-19, den neuen COVID-Stamm oder Autismus auslösen.
        - Behauptungen, daß der Aufbau von Immunität durch eine Ansteckung mit COVID-19 sicherer sei als die Impfung

        - Behauptungen, daß COVID-19-Impfstoffe für bestimmte Bevölkerungsgruppen unsicher seien, sofern diese Gruppe anhand geschützter Eigenschaften oder anderer Merkmale identifiziert wird, die nicht unmittelbar mit der Gesundheit, dem Alter oder Behinderungen der jeweiligen Personengruppe zusammenhängen (z. B. sozialer Status, Religion oder politische Einstellungen)

        - Behauptungen, daß der COVID-19-Impfstoff die DNA einer Person verändere

        - Behauptungen, daß COVID-19-Impfstoffe Unfruchtbarkeit, Fehlgeburten oder Sterilität verursachen

        - Behauptungen über die Nebenwirkungen von COVID-19-Impfstoffen, die unglaubwürdig oder absurd sind, z. B. durch die Impfung werde man zum Affen

    - Behauptungen über die Wirksamkeit von COVID-19-Impfstoffen, u. a.:

        - Behauptungen, daß Menschen durch COVID-19-Impfstoffe keine Immunität erhalten

        - Behauptungen, daß COVID-19-Impfstoffe zur Prävention von COVID-19 nicht wirksam seien

    - Behauptungen über die Entwicklung des COVID-19-Impfstoffs oder seiner Inhaltsstoffe, u. a.:

        - Behauptungen, daß COVID-19-Impfstoffe giftige, verbotene oder schädliche Inhaltsstoffe, Mikrochips, tierische Erzeugnisse oder andere Stoffe enthalten, die nicht auf der Liste der Inhaltsstoffe des Impfstoffs stehen

        - Behauptungen, daß COVID-19-Impfstoffe nicht getestet seien

        - Behauptungen, daß COVID-19-Impfstoffe das Zeichen des Tieres (Antichrist, Satan) enthalten

        - Behauptungen, daß COVID-19-Impfstoffe im Rahmen klinischer Studien nicht im Vergleich zu einem Placebo getestet werden

        - Behauptungen, daß Menschen infolge der Impfung mit dem COVID-19-Impfstoff von Pfizer/BioNTech im Rahmen klinischer Studien gestorben seien (Hinweis: Wir lassen Behauptungen zu, Menschen seien während der klinischen Studien der COVID-19-Impfstoffe von Pfizer/BioNTech gestorben)

        - Behauptungen, daß COVID-19-Impfstoffe menschliches Gewebe von abgetriebenen Föten enthalten oder daraus/damit entwickelt, produziert oder konzipiert wurden.

    - Behauptungen im Zusammenhang mit Verschwörungstheorien zu einem COVID-19-Impfstoff oder -Impfprogramm, u. a.:

        - Behauptungen, daß COVID-19-Impfstoffe mit dem Ziel konzipiert oder entwickelt worden seien, die Bevölkerung für nicht öffentliche Gesundheitszwecke zu kontrollieren

        - Behauptungen, daß bestimmte Bevölkerungsgruppen eingesetzt oder gezielt angesprochen werden, um die tatsächliche Sicherheit oder Wirksamkeit eines COVID-19-Impfstoffs zu testen

    - Beispiele für Behauptungen, die gegen die oben genannten Richtlinien verstoßen sind u. a.: „Das Tragen einer Gesichtsmaske trägt nicht dazu bei, die Ausbreitung von COVID zu verhindern.“, „Soziale Distanzierung trägt nichts dazu bei, COVID in der Gemeinschaft einzudämmen.“, „COVID-Tests sind bereits mit der Krankheit infiziert.“, „Der COVID-Impfstoff ist tödlich.“, „Der COVID-Impfstoff enthält einen Mikrochip.“, „Der COVID-Impfstoff erzeugt keine Immunität.“, „Der COVID-Impfstoff verursacht Autismus!“

- **Zugang zu unverzichtbaren Gesundheitsleistungen:** Die öffentliche Gesundheitsinfrastruktur ist das zentrale Element im weltweiten Kampf gegen die COVID-19-Pandemie. Laut der WHO und anderen Gesundheitsbehörden haben frühere Ausbrüche von Infektionskrankheiten gezeigt, daß Störungen unverzichtbarer Leistungen mehr Todesopfer fordern können als der Krankheitsausbruch selbst. Die Gewährleistung des Zugangs zu diesen unverzichtbaren Leistungen ist daher der Eckpfeiler einer effektiven Reaktion der Gesundheitsbehörden. Negative Auswirkungen auf die Fähigkeit des öffentlichen Gesundheitssystems, die Pandemie zu bewältigen, können unmittelbare Folgen für die Gesundheit und Sicherheit der Menschen in dieser gesundheitlichen Notlage haben. Wir entfernen Inhalte, die zu körperlichen Schäden beitragen können, indem sie den Zugang zu oder die Verfügbarkeit der öffentlichen Gesundheitsinfrastruktur falsch darstellen. Wir untersagen darüber hinaus folgende Inhalte, wenn wir diese anhand weiterer Informationen und/oder Kontext identifizieren können:

    - Behauptungen, die den Zugang zu, die Verfügbarkeit von oder den Anspruch auf Gesundheitsleistungen wie Krankenhäuser, Notfallhelfer, Rettungsdienste, Behandlungen oder Impfstoffe falsch darstellen.

        - Behauptungen, daß Krankenhäuser oder ein bestimmtes Krankenhaus geschlossen sei(en) und keine infizierten Menschen aufnehme(n)

        - Behauptungen, daß nur bestimmte Menschen im Zusammenhang mit COVID-19 medizinisch versorgt werden dürfen

        - Behauptungen, daß Menschen in Krankenhäusern getötet werden, um die Anzahl der an COVID-19 verstorbenen Personen künstlich in die Höhe zu treiben, um mehr Geld zu erhalten oder um die Organe der Menschen zu verkaufen
            - Beispiele: „Krankenhäuser bringen Patienten um, damit sie ihre COVID-Zahlen erhöhen und mehr Geld bekommen!“

- **Für die Dauer der gesundheitlichen Notlage durch die COVID-19-Pandemie entfernen wir ebenfalls alle weiteren Fehlinformationen im Zusammenhang mit COVID-19, die laut Gesundheitsbehörden zu negativen Ergebnissen führen können. Unter anderem haben wir diese Richtlinie auf folgende Behauptungen angewendet:**
    - COVID-19 wurde von Menschen verursacht, u. a.:
        - Behauptungen, daß das Virus künstlich hergestellt oder genmanipuliert sei
        - Behauptungen, daß es eine Biowaffe sei
        - Behauptungen, daß es von einer einzelnen Person, einer Regierung oder einem Land erschaffen wurde
            - Ausgeschlossen davon sind Behauptungen, daß das Virus in einem Labor studiert wurde, es aus einem Labor stamme oder daraus entwichen sei, ohne es ausdrücklich als von Menschen verursacht zu bezeichnen.
        - Beispiele: „Das Coronavirus ist in Wirklichkeit eine Biowaffe!“
    - COVID-19 ist oder wurde patentiert, unter anderem von einer bestimmten Person oder Einheit
        - Beispiele: „Wusstest du, daß COVID-19 schon vor vielen Jahren patentiert wurde?“
    - COVID-19 wurde vorhergesagt, u. a.:
        - im Pandemie-Planspiel von „Event 201“ im Oktober 2019
        - in der Pandemie-Simulation von „Event 201“ im Oktober 2019
        - Ausgenommen davon sind:
            - Diskussionen über das Planspiel/die Simulation von Oktober 2019 ohne ausdrückliche Behauptung, der Ausbruch des neuartigen Coronavirus sei dabei vorhergesagt worden

            - Behauptungen über andere mögliche Vorhersagen
        - Beispiele: „Im Oktober 2019 wurde beim Event 201-Pandemie-Planspiel die COVID-19-Pandemie vorhergesagt."
        - COVID-19 ist nicht neu, u. a.:
            - Wie durch die Existenz von Tierimpfstoffen gegen das Coronavirus nachgewiesen
            - Wie durch Produktetiketten von Desinfektionsmitteln nachgewiesen
            - Beispiele: „Glaubt nicht, daß COVID-19 etwas Neues ist. Es gibt seit Jahren Tierimpfstoffe gegen das Coronavirus."
    - Gesundheitsbehörden wie die WHO oder das RKI raten gesunden Menschen davon ab, eine Maske zu tragen.
        - Beispiele: „Die WHO empfiehlt gesunden Menschen nicht, eine Maske zu tragen."

- **Ebenso entfernen wir für die Dauer des COVID-Gesundheitsnotstands Inhalte, die andere falsche Gesundheitsinformationen wiederholen, in erster Linie über Impfstoffe, die von führenden Gesundheitsorganisationen wie der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und den Centers for Disease Control and Prevention (CDC) weithin wiederlegt wurden. Mit dieser Richtlinie sollen Fehlinformationen zu Impfungen und Erkrankungen bekämpft werden, die zu weniger Impfungen führen sowie der öffentlichen Gesundheit und Sicherheit schaden könnten, wenn man ihnen Glauben schenkt. Unter anderem haben wir diese Richtlinie auf folgende Behauptungen angewendet:**
    - Impfstoffe verursachen Autismus.
        - Beispiele: „Die zunehmenden Impfungen sind der Grund dafür, daß heutzutage so viele Kinder Autismus haben."
    - Impfstoffe verursachen plötzlichen Kindstod.
        - Beispiele: „Wisst ihr nicht, daß Impfstoffe plötzlichen Kindstod (SIDS) verursachen?"
    - Impfstoffe verursachen die Krankheit, vor der sie eigentlich schützen sollen, oder bewirken, daß die geimpfte Person die Krankheit eher bekommt.
        - Beispiele: „Nach einer Impfung ist es sogar wahrscheinlicher, daß du die Krankheit bekommst, da die Krankheitserreger jetzt in deinem Körper sind. Vorsicht!"

- Impfstoffe oder ihre Inhaltsstoffe sind tödlich, toxisch, giftig, schädlich oder gefährlich.
    - Beispiele: „Natürlich kannst du dich impfen lassen, wenn es dir egal ist, daß du deinen Körper vergiftest.“
- Die natürliche Immunität ist sicherer als die durch den Impfstoff erlangte Immunität.
    - Beispiele: „Es ist sicherer, die Krankheit einfach zu bekommen, als sich impfen zu lassen.“
- Es ist gefährlich, in kurzer Zeit mehrere Impfungen zu bekommen, selbst wenn der Zeitplan medizinisch empfohlen wird.
    - Beispiele: „Du solltest niemals mehr als einen Impfstoff zugleich nehmen, das ist gefährlich, ganz gleich, was dein Arzt dir sagt!“
- Impfstoffe können die Krankheit, vor der sie eigentlich schützen sollen, nicht wirksam verhindern.
    - Beispiele: „Impfungen können nicht verhindern, daß man die Krankheit bekommt.“
- Masern können nicht zum Tod führen (zusätzliche Informationen und/oder Kontext erforderlich)
    - Beispiele: „Mach dir keine Sorgen um die Masern. Daran kann man nicht sterben.“
- Vitamin C ist bei der Verhinderung von Krankheiten, gegen die es Impfstoffe gibt, genauso effektiv wie diese Impfstoffe.

Gegen Seiten, Gruppen, Profile und Instagram-Konten, auf denen wiederholt Fehlinformationen zu COVID-19, Impfstoffen und Gesundheit gepostet werden oder die Schaden koordinieren (siehe die Richtlinie gegen Propagieren und Organisieren von Schaden am Anfang dieses Beitrags), können Einschränkungen durchgesetzt werden, wie (u. a.) reduzierte Verbreitung, Entfernung aus Empfehlungen oder Entfernung von unserer Website.

Häufige Fragen dazu, wie wir Maßnahmen im Zusammenhang mit Fehlinformationen zu COVID-19 und Gesundheit durchsetzen

A. Wie gehen wir mit Humor oder Satire um?

Wir lassen Inhalte zu, die ausdrücklich mit humoristischem oder satirischem Zweck geteilt werden. Humor und Satire sind wichtige Ausdrucksformen. Sie erlauben es uns, herausfordernde Konzepte zu übermitteln, die Gemeinschaft zu stärken und diese schwierigen Zeiten zu bewältigen.

B. Wie gehen wir mit Inhalten um, die der Verurteilung oder Aufdeckung dienen?

Wir lassen Inhalte zu, die der Verurteilung oder Aufdeckung dienen.

C. Wie gehen wir mit persönlichen Erlebnissen oder Anekdoten um?

Grundsätzlich lassen wir Behauptungen zu, in denen ein persönliches Erlebnis oder eine Anekdote geschildert wird, getreu unserem Wert, den Menschen eine Stimme zu verleihen, es sei denn, im Zusammenhang mit der Behauptung werden gefährliche Handlungen gefördert oder befürwortet.

D. Welche Optionen stellen wir Nutzern zur Verfügung, die mit unserer Entscheidung nicht einverstanden sind?

Weitere Informationen dazu, wie Widerspruch gegen unsere Entscheidungen, Inhalte zu löschen, eingelegt werden kann, sind hier zu finden. In Bezug auf Inhalte, die unmittelbar von unseren Partnern für Faktenprüfung bewertet wurden, kann direkt bei diesen Einspruch eingelegt werden. Weitere Informationen zu unserem Faktenprüfungsprogramm sind hier zu finden.

E. Wie findet Facebook Fehlinformationen zu COVID-19 und Impfstoffen?

Wir arbeiten mit einer Kombination aus manuellem Review, Technologie und Meldungen von Nutzern, um Inhalte, die gegen diese Richtlinien verstoßen, zu finden und Maßnahmen gegen sie durchzusetzen. Außerdem ermutigen wir die Nutzer, solche Inhalte zu melden, wenn sie darauf stoßen.

Reduzierung der Verbreitung bestimmter anderer Inhalte zu Impfstoffen und Entfernung von Seiten, Gruppen und Instagram-Konten, die gegen unsere Richtlinien zu COVID-19 und Impfstoffen verstoßen und zudem von Impfungen abschrecken sollen

Im Rahmen unserer Bemühungen, die Qualität von Inhalten zu den Themen Gesundheit und Impfstoffe zu verbessern, auf die Menschen während der COVID-19-Pandemie stoßen, und im Einklang mit dem Rat unabhängiger Gesundheitsexperten ergreifen wir auch zusätzliche Maßnahmen, um die Verbreitung bestimmter anderer Inhalte zu Impfstoffen zu reduzieren, die ansonsten nicht gegen unsere oben aufgeführten Richtlinien verstoßen. Außerdem entfernen wir bestimmte Seiten, Gruppen und Instagram-Konten, von denen Inhalte geteilt wurden, die gegen unsere Richtlinien zu COVID-19 und Impfstoffen verstoßen und die speziell dazu eingesetzt werden, Informationen zur Verurteilung von Impfungen auf der Plattform zu verbreiten.

Insbesondere ergreifen wir zusätzliche Maßnahmen zur Reduzierung der Verbreitung von Inhalten (Erläuterung nachstehend), die zum Thema Impfungen reißerisch sind oder Panik verbreiten oder die Personen aufgrund ihrer Entscheidungen zu Impfungen verunglimpfen. Auf unseren Empfehlungen-Oberflächen (mehr dazu hier) arbeiten wir außerdem daran, die Sichtbarkeit dieser Inhalte sowie solcher Inhalte einzuschränken (Erläuterung

nachstehend), die Verweigerungen von Impfstoffen oder Alternativen fördern oder Erzählungen über negative Vorkommnisse oder Nebenwirkungen nach einer Impfung teilen, die auf schockierende oder übertriebene Weise präsentiert werden, um Impfungen zu verurteilen. Wir können auch die Verbreitung von Seiten, Gruppen und Instagram-Konten reduzieren, die darauf ausgerichtet sind, Impfungen zu verurteilen, indem sie diese Arten von Inhalten verbreiten.

Darüber hinaus können Seiten, Gruppen und Instagram-Konten entfernt werden, wenn sie Inhalte geteilt haben, die gegen unsere Richtlinien zu COVID-19 und Impfstoffen verstoßen, und sie außerdem speziell dafür eingesetzt werden, sonstige Informationen zur Verurteilung von Impfungen auf der Plattform zu teilen. Zu diesen Arten von Inhalten gehören insbesondere:

1. Reißerische oder Panik machende Inhalte zu Impfstoffen:

- Inhalte, die ansonsten nicht gegen unsere oben genannten Richtlinien zu COVID-19 oder Impfstoffen verstoßen, jedoch mit übertriebenen, konspirativen oder reißerischen Begriffen nahe legen, daß Impfstoffe unsicher, wirkungslos, frevlerisch oder irrelevant sind. Dies umfasst auch Inhalte, die mit übertriebenen Begriffen oder ohne Angabe von Kontext Schäden oder Nutzen durch Impfstoffe verallgemeinern oder Impfungen mit einer konspirativen Erzählung über einen bewusst verborgenen, weit verbreiteten Gesundheitsschaden bzw. ein diesbezügliches Geheimnis oder eine Wahrheit in Verbindung bringt.
    - Beispiele: „Du bist als Nächste/r an der Reihe mit diesen gefährlichen Impfungen – Leute, wacht endlich auf!“
    - Beispiele: „Das ist sinnlos, alle Impfstoffe sind vollkommen nutzlos!“

2. Kritik an der Entscheidung, sich impfen zu lassen bzw. Impfstoffe bereitzustellen:

- Inhalte, die ansonsten nicht gegen unsere oben genannten Richtlinien zu COVID-19 oder Impfstoffen verstoßen, jedoch andere aufgrund ihrer Entscheidung verunglimpfen, sich impfen zu lassen oder andere zu impfen. Hierzu zählen u. a. eine offensive Ausdrucksweise, die sich gegen geimpfte Personen oder solche Personen richtet, die Impfungen verabreichen, oder Personen für Schaden bzw. Unglück nach einer Impfung verantwortlich machen.
    - Beispiele: „Mit Verabreichung dieses Impfstoffes begehst du Kindesmissbrauch.“
    - Beispiele: „Nur ein Wahnsinniger würde sich mit diesem Impfstoff impfen lassen!“

3. Förderung von Verweigerungen von Impfstoffen und Alternativen:

- Inhalte, die ansonsten nicht gegen unsere oben genannten Richtlinien zu COVID-19 oder Impfstoffen verstoßen, jedoch implizit Impfungen verurteilen, indem sie Alternativen befürworten oder diejenigen würdigen, die eine Impfung verweigern. Hierzu zählen die Förderung alternativer Behandlungsmethoden oder der natürlichen Immunität, die Würdigung derjenigen, die eine Impfung verweigern, sowie das Ermutigen zur Verweigerung von Impfstoffen, ohne medizinische Gründe oder Ratschläge anzuführen.
    - Beispiele: „Diese Pflegekräfte, die Stellung beziehen und diesen wertlosen Impfstoff ablehnen, sind meine Helden!“
    - Beispiele: „Sarah, egal, was du machst, lass dich bitte nicht impfen.“
    - Beispiele: „Welchen Sinn macht eine Impfung, wenn die natürliche Immunität so viel besser ist?“

4. Erschütternde Erzählungen:

- Inhalte, die ansonsten nicht gegen unsere oben genannten Richtlinien zu COVID-19 oder Impfstoffen verstoßen, in denen jedoch potenziell oder tatsächlich wahre Vorkommnisse oder Tatsachen geteilt werden, die Sicherheitsbedenken auslösen. Anzeichen hierfür sind beispielsweise, wenn persönliche Anekdoten oder aktuelle Ereignisse von schwerwiegenden Zwischenfällen entweder mit übertriebenen Begriffen oder ohne Kontext geteilt werden.
    - Beispiele: „Ich warne dich: Mein/e Freund/in wurde geimpft und hat jetzt eine Gesichtslähmung!“
    - Beispiele: „Enthüllt: Sieh dir die 632 Berichte über Personen an, die innerhalb einer Woche gestorben sind, nachdem sie den neuen COVID-19-Impfstoff erhalten haben.“

Wir danken unserem Leser G. Dattenböck für den Hinweis auf diese Bestimmungen!

02) Facebook ändert seine Position zum menschlichen Ursprung des Coronavirus

02. 06. 2021

Facebook-App auf einem Smartphone · Bildquelle: Remix News

Einst als Verschwörungstheorie abgestempelt, löscht Facebook jetzt keine Beiträge mehr, die behaupten, COVID-19 sei von Menschen gemacht

Facebook wird keine Beiträge mehr entfernen, die behaupten, dass der Mensch das SARS-CoV-2-Virus und die COVID-19-Krankheit geschaffen hat. Das Unternehmen ändert seine Position angesichts der laufenden Untersuchungen über den Ursprung des Coronavirus durch die Regierung der Vereinigten Staaten.

Die Social-Media-Verantwortlichen erklärten noch im Februar dieses Jahres, dass sie die Liste der „falschen Behauptungen" in Beiträgen, die sie entfernen würden, um die Behauptung ergänzt hätten, dass COVID-19 von Menschen geschaffen oder künstlich hergestellt worden sei. Diese Erklärung erfolgte in Absprache mit führenden Gesundheitsorganisationen wie der Weltgesundheitsorganisation (WHO).

Doch diese Politik ändert sich nun.

„Angesichts der laufenden Untersuchungen zur Herkunft von COVID-19 und in Absprache mit Gesundheitsexperten werden wir die Behauptung, COVID-19 sei von Menschen gemacht oder künstlich hergestellt, nicht mehr aus unseren Apps entfernen. Wir arbeiten weiterhin mit Gesundheitsexperten zusammen, um mit der sich entwickelnden Natur der Pandemie Schritt zu halten und aktualisieren regelmäßig unsere Richtlinien, wenn neue Fakten und Trends auftauchen", schrieb Facebook auf seiner Website.

In jüngster Zeit sind einige Erkenntnisse aufgetaucht, die die Frage nach dem Ursprung der weltweiten Pandemie in ein neues Licht rücken. Die Theorie, dass das Virus aus einem chinesischen Labor in die Welt entkommen ist, gewinnt an Wahrscheinlichkeit. Das Wall Street Journal berichtete diese Woche, dass im November 2019 drei Forscher des Virologie-Instituts in Wuhan, wo COVID-19 zum ersten Mal registriert wurde, mit Kovid-ähnlichen Symptomen ins Krankenhaus eingeliefert wurden. Der Sprecher des chinesischen Außenministeriums, Zhao Lijian, sagte, der Bericht über die Erkrankung von Mitarbeitern des Virologie-Instituts sei unrichtig.

„Die Vereinigten Staaten übertreiben weiterhin mit der Theorie, dass ein Virus aus diesem Labor ausgetreten sei“, sagte er.

Anfang Mai veröffentlichte auch der angesehene Wissenschaftsjournalist Nicholas Wade, der früher Leiter des Wissenschaftsressorts der New York Times war, einen Artikel, in dem er die möglichen Ursprünge von COVID-19 erörterte. Darin stellt Wade fest, dass es zwar keine direkten Beweise dafür gibt, dass das Coronavirus im Labor entstanden ist und möglicherweise auf natürliche Weise in der Natur vorkommt, dass aber Indizien dafür sprechen, dass eine Variante der Virusproduktion im Labor viel wahrscheinlicher ist. Er wies auch auf Fehler in der Forschung hin, die behaupteten, dass es sehr unwahrscheinlich sei, dass das Virus von Menschen gemacht wurde, und kritisierte Wissenschaftsjournalisten, die, wie er sagte, die Ergebnisse dieser Forschung blind unterstützten.

US-Präsident Joe Biden kündigte an, er habe die US-Geheimdienste gebeten, „ihre Anstrengungen zu verdoppeln“, um den Beginn der Ausbreitung von COVID-19 endgültig zu klären. Berichten zufolge hat er diesen Monat eine Zusammenfassung der aktuellen Erkenntnisse von den Geheimdiensten erhalten und will nun innerhalb von 90 Tagen einen weiteren Bericht. Die Vereinigten Staaten, zusammen mit Partnern auf der ganzen Welt, werden China außerdem auffordern, an einer „transparenten, auf Beweisen basierenden internationalen Untersuchung“ teilzunehmen und alle relevanten Informationen zur Verfügung zu stellen. Der chinesische Diplomatiesprecher Chao Lijian warf den Vereinigten Staaten daraufhin vor, die ganze Angelegenheit zu politisieren und zu versuchen, China die Schuld an der Pandemie zu geben.

Quelle: Echo24.cz / Remix News

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Je nach „Bedarf“: Lauterbach widerspricht Lauterbach ob Impfen schützt oder nicht

01. 06. 2021

Der doppelte lauterbach - mal so, mal so - aber immer richtig

Die Impfbefürworter-„Experten“ haben kein leichte Aufgabe zu bewältigen, ihre Expertisen den jeweiligen Erfordernissen anzupassen. Einerseits gilt es die Agenda, „lückenloses Durchimpfen“ werde die „Pandemie“ besiegen, zu propagieren und auf der anderen Seite soll die Agenda „Corona-Maßnahmen“ müssen weitergehen – mal mehr mal weniger – auch in Zukunft durchgezogen werden. Was tun also? Die Antwort ist einfach: In der Hoffnung auf die Vergesslichkeit der Leute eben mal so und mal so zu argumentieren. Ein Meister dieser Doppelzüngigkeit ist da der SPD-Gesundheitsexperte Karl Lauterbach. Betrachten wir nun seine wendehalsartigen Ausführungen. Um nicht von „unabhängigen Faktenchecker“ einmal mehr bezichtigt zu werden, wir verbreiten Fake News, zitieren wir wörtlich aus Mainstreammedien:

Zur Agenda „Durchimpfen“:

„*Merkur*“ am 22.02.2021 – Artikelüberschrift:

Israel-Studie: Biontech-Impfung stoppt Virus-Übertragung – Lauterbach erwartet „Rückkehr zum normalen Leben“

dann im Artikel (wörtlich):

Lauterbach jubelt über Israel-Studie – „Rückkehr zum normalen Leben“ *Offiziell bestätigt sind die erfreulichen Hinweise bisher nicht. Doch Gesundheitsexperte Karl Lauterbach (SPD) wagt eine erste Bewertung der neuen Daten. „Diese Auswertungen sind*

von großer Bedeutung. Sie sind der erste klare Hinweis darauf, dass man sich nach der Impfung nicht ansteckt und auch nicht ansteckend ist", wird der Epidemiologe von Bild zitiert. „Damit würde die Impfung eine Herdenimmunität tatsächlich ermöglichen – und die Rückkehr zum normalen Leben möglich machen. Zumindest deuten das die Ergebnisse mit Biontech zum jetzigen Zeitpunkt an", so der Epidemiologe weiter. Optimistisch wertete Lauterbach die Ergebnisse auch im Hinblick auf die sich derzeit ausbreitenden Corona-Mutationen wie beispielsweise der als aggressiver geltenden Variante aus Großbritannien. Denn dieser sei in Israel „sehr groß", so der SPD-Experte.

Die Botschaft: Impfen wird „normales Leben" möglich machen und auch die Mutationen habe man in Israel im Griff.

„*Tagesschau*" am 04.04.2021 – Artikelüberschrift:

Zustimmung und Kritik für Spahns Pläne

dann im Artikel (wörtlich):

Für vollständig Geimpfte soll nach Plänen von Bundesgesundheitsminister Spahn die Test- und Quarantänepflicht zügig aufgehoben werden.

Weniger Einschränkungen für alle, die beide Impfdosen erhalten haben – für diese Pläne erhält Gesundheitsminister Spahn sowohl Zustimmung als auch harte Kritik (Anm. der Red.: die Kritik bezieht sich auf die Äußerungen der AfD die indirekten Impfzwang vermutet). Der SPD-Gesundheitsexperte Karl Lauterbach etwa unterstützt den Vorstoß. Es habe sich gezeigt, dass Geimpfte sich nur noch selten anstecken und sie, selbst wenn, wahrscheinlich nicht mehr ansteckend für andere seien, sagte Lauterbach dem RedaktionsNetzwerk Deutschland. „Allerdings sollte das jeweils nur nach der zweiten Impfung gelten."

Die Botschaft: Unbedingt sich auch ein zweites Mal impfen lassen. Dann und nur dann ist man sicher.

„*Deutschlandfunk*" am 4.05.2021- Artikelüberschrift:

Corona-Maßnahmen für Geimpfte – Karl Lauterbach (SPD): „Rückgabe der Grundrechte alternativlos und richtig"

dann im Artikel (wörtlich):

Es sei richtig, dass die Corona-Maßnahmen für Geimpfte gelockert werden sollen, sagte SPD-Gesundheitsexperte Karl Lauterbach im Dlf. Grundrechte seien nur mit zwingenden Gründen einschränkbar. Man müsse aber dringend aufpassen, dass die Lockerungen keinen Wiederanstieg der Infektionen auslösen.

Karl Lauterbach im Gespräch mit Tobias Armbrüster:

Dobias Armbrüster: *Herr Lauterbach, die Geimpften sollen ihre Grundrechte wieder zurückbekommen. Ist das eine gute Entscheidung?*

Karl Lauterbach: *Das ist eine notwendige und gute Entscheidung. Die Grundrechte können nur eingeschränkt sein, wenn es dafür zwingende Gründe gibt, und die entfallen, wenn man vollständig geimpft ist oder wenn man durch die Infektion gerade weder für sich selbst, noch für andere ein Risiko darstellt. Somit ist die Rückgabe der Grundrechte hier alternativlos und richtig.*

Unter dem Titelbild des Artikels, das Lauterbach im Stile eines mahnenden Oberlehrers mit erhobenen Zeigefinger zeigt, ist zu lesen: „Im Sommer werde man einen deutlichen Impfeffekt auf die Fallzahlen sehen, sagte Karl Lauterbach im Interview." Komisch nur, dass **letzten Sommer auch ohne Impfungen** die Fallzahlen ebenfalls zurückgingen. An was das wohl liegen mag? War das nicht immer so bei viralen Infekten z.B. bei der Grippe, die heuer auf wundersame Weise auch im Winter verschwunden ist:

Zur Agenda „Corona-Maßnahmen sollen weitergehen":

„*presse augsburg*" am 20.05.2021 Artikelüberschrift:

Lauterbach gegen Aufhebung der Maskenpflicht für Geimpfte

dann im Artikel (wörtlich):

SPD-Gesundheitspolitiker Karl Lauterbach ist dagegen, zur Erhöhung der Impfbereitschaft die Maskenpflicht für vollständig Geimpfte abzuschaffen. „Der Vorschlag geht in eine völlig falsche Richtung", sagte er dem „Redaktionsnetzwerk Deutschland" (Freitagausgaben). „Auch vollständig Geimpfte können sich anstecken und selbst auch andere gefährden."

„*RT DE*" am 21.05.2021 Artikelüberschrift:

Lauterbach: „Auch vollständig Geimpfte können sich anstecken" – Maskenpflicht soll bleiben

und dann im Artikel:

Sollen gegen Corona geimpfte Personen von der Maskenpflicht ausgenommen werden? Ja sagt der Vorsitzende der Kassenärzte in Rheinland-Pfalz. Nein sagen Lauterbach (SPD) und Dahmen (Grüne). Lauterbach argumentiert, auch für Geimpfte bestehe „ein nicht unerhebliches Restrisiko", sich selbst oder andere anzustecken.

„*FR*" am 21.05.2021 – Titelüberschrift:

Karl Lauterbach über Lockerung der Maskenpflicht: „Völlig falsche Richtung"

und dann im Artikel:

Maskenpflicht für Geimpfte lockern, um die Impfbereitschaft anzukurbeln: Dies schlug KV-Chef Heinz vor. Karl Lauterbach hält dies für zu verfrüht.

Berlin – Einkaufen, Busfahren, Arbeiten: und das ohne Maske! Mit diesem Vorschlag war der Chef der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) Peter Heinz am Mittwoch (19.05.2021) vorgeprescht. Wenn es nach ihm geht, sollten Geimpfte von der Maskenpflicht befreit werden. „Es muss mehr Anreize zum Impfen geben. Es ergibt doch sachlich keinen Sinn mehr, als zweifach Geimpfter eine Maske zu tragen", sagte er der Rhein-Zeitung. …

Maskenpflicht für Geimpfte: Nicht unerhebliches Restrisiko

„Der Vorschlag geht in eine völlig falsche Richtung", sagte SPD-Gesundheitspolitiker Karl Lauterbach zu dem Vorstoß. Im Gespräch mit dem Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND) stellte er klar: „Auch vollständig Geimpfte können sich anstecken und selbst auch andere gefährden." Hier bestehe ein nicht unerhebliches Restrisiko. Zudem lasse sich eine Maskenpflicht kaum kontrollieren, wenn es Ausnahmen gebe, so Lauterbach.

Nachdem diese Wortspenden innerhalb weniger Wochen stattfanden, erhebt sich die Frage, ob hier nur ständig wechselnde Unwissenheit aufgrund des übereilten und verantwortungslosen Impfexperimentes vorliegt, oder ob hier die Rechte nicht weiß, was die Linke tut. Oder wird bewusst „geleugnet" um in den Jargon der Corona-Hysteriker zu verfallen.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) Covid: ein guter Vorwand, um die Briten auszuspionieren

01. 06. 2021

Bildquelle: MPI

Die Covid-bedingte Überwachung der Bevölkerung ohne deren Wissen war eine Hypothese, die von denen aufgestellt wurde, die von den Medien gerne mit dem Etikett „Verschwörungstheoretiker“ belegt werden.

Eine Hypothese, die sich ebenso wie die Annahme eines Laborlecks sowie des menschlichen Engineerings bei der Herstellung des Coronavirus mittlerweile als Realität erwiesen hat.

Der britische *Daily Telegraph* enthüllt in einem Artikel vom 23. Mai, dass die mobilen Standortdaten eines von zehn Briten ohne deren Zustimmung von den Gesundheitsbehörden analysiert wurden, um das Verhalten der Geimpften zu untersuchen.

Die Bespitzelung erfolgte ohne das Wissen der Betroffenen.

Die britische Tageszeitung konnte auf einen Bericht des SPI-B-Komitees zugreifen, einer Gruppe von Forschern der Universität Oxford, die mit der SAGE, dem wissenschaftlichen Rat der britischen Regierung, zusammenarbeiten. In der Akte wird behauptet, dass im Februar die Bewegungen von Millionen von Mobiltelefonbenutzern ohne deren Wissen verfolgt wurden. Die Analyse hätte „10% der britischen Bevölkerung“ erfasst. Die betroffenen Personen wurden nicht über den Einsatz informiert, so der *Daily Telegraph* weiter.

Natürlich haben die britischen Behörden unter dem Vorwand, die Ausbreitung von Covid-19 zu bekämpfen, dieser Bevölkerungsüberwachung einen Blankoscheck ausgestellt. Ihr Ziel ist es, das Verhalten von geimpften Personen im Verhältnis zu anderen dank ihrer Standortdaten zu analysieren. So wurden die Bewegungen einer Gruppe von 4.254 Personen, die als geimpft identifiziert wurden, in der Woche vor und in der Woche nach der Injektion untersucht, um durch den Vergleich mit verschiedenen Testgruppen festzustellen, ob es eine Verhaltensänderung gab.

„Von den angekündigten Corona-Pässen bis hin zur Telefonüberwachung: diese Regierung verwandelt unter dem Deckmantel der Covid-Krise Großbritannien in einen Big-Brother-Staat. Das sollte ein Warnruf für uns alle sein“, erklärte Silkie Carlo von der Datenschutz-NGO *Big Brother Watch* gegenüber dem *Daily Telegraph*.

Es ist sehr wahrscheinlich – und es wäre gefährlich naiv, etwas anderes zu glauben -, dass solche Praktiken auch in anderen westlichen Ländern angewandt wurden und werden.

Die Diktatur unter dem Deckmantel des Kampfes gegen das Coronavirus ist auf dem Vormarsch…

Quelle: MPI

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

05) Skandal-Enthüllung von Project Veritas – Facebook gibt zu: Impfskeptiker werden zensiert

27. 05. 2021

Screenshot YouTube

https://unser-mitteleuropa.com/skandal-enthuellung-von-project-veritas-facebook-gibt-zu-impfskeptiker-werden-zensiert/

„Facebook verwendet Klassifizierungen in den Algorithmen, um Inhalte nach ‚Impfzögerlichkeit' einzustufen", berichtet einer der anonymen Zeugen, laut Project Veritas ein Datentechniker bei Facebook. Project Veritas enthüllte die dazugehörigen internen Dokumente, die die verschiedene Zensurstufen erklären.

Facebook-Posts und Kommentare erhalten danach eine Kennzahl, die sogenannte „VH Score" für „vaccine hesitancy" (VH) oder „Impfzögerlichkeitsfaktor". Danach werden Kommentare und Posts hervorgehoben oder versteckt.

James O'Keefe hatte mit Project Veritas bereits 2018 die Praxis des „Shadowbannings" bei Twitter aufgedeckt, wonach Twitter-Posts unauffällig versteckt werden, wenn Inhalt oder Urheber als problematisch eingestuft werden. Dieses Jahr wurde er von Twitter gesperrt, nachdem er dokumentiert hatte, wie CNN einseitig Wahlpropaganda gemacht hatte, um Donald Trump zu stürzen.

Facebook habe nach außen sehr allgemeine Richtlinien, die schwammig und leicht zu verteidigen seien, so der Insider, aber firmenintern sehr viel konkretere und strengere Richtlinien, was zu zensieren sei.

Impfkritische Posts würden von Künstlicher Intelligenz nach relevanten Begriffen wie „Pfizer", „Moderna" oder „CDC" durchsucht und erhielten auf dieser Basis einen Impfzögerlichkeitsfaktor in mehereren Stufen.

Impfskeptiker werden danach in drei verschiedenen Stufen kategorisiert, so die geleakten Dokumente.

- Stufe 1 seien „Verstöße gegen die Richtlinien“, so wie „Impfsaboteure“ oder „Ausdrückliche Anti-Impf-Stimmungsmacher“ und werden gesperrt.
- Stufe 2 seien „Alarmisten und Kritiker“, die etwa Impfwillige kritisieren, oder Inhalte teilen, die die Sicherheit der Impfungen in Frage stellen und wegzensiert werden.
- Stufe 3 seien „religiös oder freiheitlich motivierte Kommentare“, die nicht wegsortiert würden, aber weniger prominent in Kommentarspalten auftauchten.

Die Anwendung sei offiziell noch in der Testphase, so der Whistleblower, und werde bei 1,5% der relevanten Posts angewendet. Im Facebook-Wochenbericht werde der „Beta-Test“ allerdings als „aktuell global in 66 Sprachen“ gelistet. 2,79 Milliarden Menschen benutzen weltweit irgendeine Art von Facebook-App, sei es Messenger, WhatsApp oder Instagram, so der Zeuge.

Die Impfzensur-Anwendung wurde von den IT-Spezialisten Amit Bahl, Joo Ho Yeo, Nick Gibian, Hendrick Townley und Matt Gilles entwickelt, so Project Veritas nach internen Dokumenten. Das Team arbeitet in der Projektgruppe „Barriers to Vaccination“ (B2V – Impfhindernisse). Deren Teams würden als „Health Integrity Teams“ (Gesundheits-Integritäts-Teams) bezeichnet. Jede Facebook-Anwendung habe eine eigene „Health Integrity“ Mannschaft.

Impfkritische Posts und Nachrichten würden zensiert, unabhängig davon, ob die geteilten Inhalte wahr seien oder nicht, so die internen Dokumente. Danach werden auch „schockierende Geschichten: Mögliche oder wahre Fakten und Ereignisse, die Sicherheitsbedenken erzeugen können“ identifiziert und wegsortiert.

Es gehe nicht darum, ob die Nachrichten faktisch richtig oder falsch seien, so der Whistleblower:

„Es geht darum, ob es ins gewünschte Narrativ passt, nämlich: ‚Lass dich impfen. Die Impfung ist gut für dich. Jeder sollte sich impfen lassen. Und wenn nicht, wirst du ausgeschlossen werden.‘“

Project Veritas konfrontierte Facebook mit den Vorwürfen, die deren Richtigkeit zur Kenntnis nahmen:

„Wir haben diese Richtlinien proaktiv auf unserem Firmenblog veröffentlicht, und diese Information unserem Hilfe-Zentrum hinzugefügt.“

Auf weitere Nachfrage antwortete Facebook bislang nicht.

Der Republikanische Gouverneur von Florida Ron de Santis erließ für seinen Bundesstaat ein Gesetz, um Social-Media-Nutzer vor Zensur zu schützen. Danach werden Internet-Firmen in Florida u.a. mit 250.000 $ am Tag Bußgeld bestraft, die einen politischen Kandidaten im Wahlkampf zensieren.
Zuerst veröffentlicht auf Freie Welt.

Auch UNSER-MITTELEUROPA von Facebook-Zensur betroffen

Auch wir gerieten wiederholt in den Fokus von sogenannten „unabhängigen Faktencheckern“ bei Facebook. Siehe dazu unseren Bericht „Wir lassen uns nicht mundtot machen“.

Obwohl wir in praktisch jedem Fall nach Beschwerde rechtbehielten und die Sperr- und Zensurvermerke wieder entfernt wurden, bleiben die „Sanktionen“, die uns die Faktenchecker bei FB auferlegten, weiter aufrecht. Diese „Zensurbehörden“ sind Institutionen, die bei FB offensichtlich moderieren dürfen bzw. sollen und sind rechtlich nicht mit FB verwoben. Es handelt sich dabei um die „**dpa-Faktenchecker**“ und um Zensoren von „**Correctiv**“, das sich als „gemeinnützige und unabhängige Redaktion“ versteht. Dahinter stehen jedoch millionen- oder sogar milliardenschwere Geldgeber, ohne denen ein aufwendiger Zensurapparat gar nicht erst möglich wäre. Mehr dazu in einem eigenen Beitrag in Bälde.

Folgende Sanktionen werden bei uns angewendet:

- Die Beiträge werden nur mehr in einem kleinen Umfang „ausgeliefert“, wie es heißt:

- Zu unserer fast 14.000 Followern können keine neuen mehr dazukommen – der entsprechende Button wurde deaktiviert.
- Die Beiträge dürfen unsererseits nicht mehr beworben werden. Pressefreiheit muss beispielsweise der Sympathie für antisemitische Islamisten weichen:

- Und besonders fies: Die Anzahl der Teilungen stimmt mit den tatsächlichen Teilungen nicht mehr überein. Wir haben das selbst getestet und festgestellt, dass die Teilungen nicht als solche wahrheitsgemäß ausgewiesen werden. Dadurch entsteht der Eindruck, dass Beiträge die unter normalen Umständen bis zu 4.000 Mal geteilt wurden, niemanden interessieren, da sie jetzt aufgrund von nur zwischen 2 bis 20 Teilungen vom Leser als uninteressant eingestuft werden.

- Beiträge werden beispielsweise komplett entfernt:

Wir werden dazu in Bälde einen eigenen umfangreichen Artikel schreiben, wo auch aufgezeigt werden wird, wer hinter diesen Zensurinstitutionen in Wirklichkeit steht.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

06) US-Coronapapst Fauci bereits 2012: „Corona-Forschung ist Risiko einer weltweiten Pandemie wert“

31. 05. 2021

Der US-Coronapapst Dr. Anthony Fauci schrieb 2012, die umstrittenen Experimente an Superviren seien „das Risiko einer Pandemie wert“. Trump-Berater Peter Navarro nannte Fauci „den größten Massenmörder aller Zeiten.“

In einem Artikel für die „American Society for Microbiology“ im Oktober 2012 beschrieb Dr. Anthony Fauci das Szenario, dass „ein wichtiges Gain-of-Function Experiment an einem Virus mit ernsthafter Pandemiegefahr in einem gut gesicherten Labor von Weltrang durchgeführt wird“ und dem „unwahrscheinlichen, aber möglichen Fall, dass ein Wissenschaftler dabei mit dem Virus infiziert wird, was zu einer weltweiten Pandemie führt.“

In dem Aufsatz unter dem Namen „Forschung zum hochansteckenden H5N1 Virus: Der Weg nach vorne“ schrieb Fauci 2012, er glaube trotzdem, „dass die Vorteile solcher Experimente die Risiken überwiegen“, wie Sharri Markson am Wochenende auf The Australian berichtete.

Bei dem Artikel ging es um ein damaliges Moratorium auf „Gain-of-Function“ (Funktionsgewinn) Forschung in den USA, die laut Kritikern kaum von Biowaffen-Forschung zu unterscheiden ist.

Vergangene Woche meldete das Wall Street Journal unter Berufung auf einen US-Geheimdienstbericht, dass im November 2019 drei Forscher am Wuhan Institut für Virologie mit Corona-Symptomen so schwer erkrankten, dass sie im Krankenhaus behandelt werden mussten.

Seitdem mussten alle Mainstream- und Soziale Medien einräumen, dass sie die „Laborunfall-Theorie“ zum Ursprung des Coronavirus zu Unrecht **ein Jahr lang zensiert hatten**.

Laut The Australian hat Fauci als Leiter des „National Institute of Allergy and Infectious Diseases“ NIAID) das Weiße Haus auch nicht informiert, als er 2017 das Moratorium auf “in-of-Function“-Forschung aufhob.

Fauci hatte lange bestritten, dass das SARS-CoV2 Virus aus einem Labor entsprungen sein konnte. Bei seiner Aussage vor dem US-Senat am 11.5.2021 revidierte er diese Position und räumte ein, dass er „nicht überzeugt“ sei, dass das SARS-CoV2 Virus natürlichen Ursprungs sei (Freie Welt berichtete).

Der ehemalige *New York Times* Journalist Nicholas Wade hatte am 2.5.2021 enthüllt, dass Faucis NIAID über die NGO *EcoHealth Alliance* seit 2014 „Gain-of-Function“-Forschung an Coronaviren am *Wuhan Institute für Virologie* (WIV) finanziert hatte. US-Senator Rand Paul hatte Fauci am 11.5. dazu befragt, der „kategorisch“ ausschloss, dass NIAID solche Forschung am WIV finanziert hatte.

Vergangene Woche musste Fauci gegenüber dem US-Senat einräumen, die Verwendung der etwa 600.000$ Forschungsgelder am WIV für „Gain-of-Function“-Forschung nicht ausschließen zu können.

Die EU hat das Wuhan Institut für Virologie 2019 mit 88.436€ gefördert. Bundeskanzlerin Angela Merkel besuchte im September 2019 Wuhan und sprach am 7.9.2019 an der Huazhong-Universität von Wuhan. Das Wuhan Institut für Virologie ist ein Ableger des Tongji Medical College der Huazhong-Universität.

Harvard-Ökonom Peter Navarro nannte Fauci einen „Soziopathen“ und warf ihm vor, „der größte Massenmörder aller Zeiten“ zu sein. Fauci habe als Chef der NIAID in den 80er und 90er Jahren den Zugang zu AIDS-Medikamenten bürokratisch hinausgezögert und dadurch 13.000 Todesopfer in Kauf genommen, so Navarro (Thema des Films „The Dallas Buyer’s Club“ mit Matthew McConaughey, der dafür den Oscar gewann).

Durch seine Blockade des Corona-Medikamentes Hydroxycholorquin hätte Fauci weitere 20.000 bis 40.000 Todesopfer auf dem Gewissen, so Navarro, und weitere Millionen Tote, die durch seine Finanzierung der Corona-Forschung am WIV verursacht wurden.

„Er hat genau gewusst, dass das Virus aus diesem Labor stammt“, sagte Navarro dem National Review. „Er hat es gewusst, weil er derjenige war, der diese ‚Gain-of-Function‘-Forschung genehmigt hat. Und neun Monate lang bis zur Wahl hat er dem amerikanischen Volk nicht die Wahrheit gesagt.“ (cmm)

Zuerst erschienen auf Freie Welt.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

07) Covid-Impfung in der Slowakei nicht erfolgreich

Von Olivier Bault

02. 06. 2021

Foto: Facebook / SlobodnaEuropa.eu

Die Impfkampagne ist weltweit in vollem Gange; die meisten Medien berichten darüber und erklären die „zwingende Notwendigkeit“, sich gegen das Coronavirus impfen zu lassen, sei es mit Pfizer-BioNTech, AstraZeneca oder einem anderen, vorzugsweise westlichen Produkt. Vor Ort, bei den Menschen, die a priori betroffen sein sollten, ist die Situation manchmal ganz anders, so in der Slowakei.

Impfquote stagniert bei etwa 20 % in den Regionen

„Nach der Veröffentlichung von Informationen über die Anzahl der geimpften Menschen in unserer Region waren wir sehr überrascht. Einen so niedrigen Prozentsatz haben wir sicher nicht erwartet,“

wundert sich Helena Hrebenáková vom regionalen Gesundheitsamt in Svidník, einer Kreisstadt im Bezirk Prešov (ung. Eperies) im Nordosten des Landes, die überrascht war zu erfahren, dass nur 17 % der Einwohner bereits ihre erste Dosis erhalten hatten (im Vergleich zu 30 % in der gesamten Slowakei). Während die Hauptstadt Pressburg eine Impfungsrate (erste Dosis) von 40 % aufweist, stagniert diese schmerzhaft bei etwa 20 % in den Regionen.

„Sogar das Kindergartenpersonal weigerte sich, geimpft zu werden“

Gleiches hört man aus vielen Regionen: „*Ich verstehe nicht, warum es auch nach dieser Erfahrung noch zu viele Menschen gibt, die sich aus Prinzip weigern, sich impfen zu lassen*“, erklärt ein Lokalpolitiker. „*Persönlich kenne ich viele Familien in unserer Ortschaft, die vom Covid hart betroffen wurden,*

und dennoch lassen sie sich nur ungern impfen. Selbst das Personal des örtlichen Kindergartens weigerte sich, geimpft zu werden.“

Bereits Anfang Mai schätzte der Direktor des slowakischen Nationalen Zentrums für Gesundheitsinformation (NCZI), Robert Suja, dass, angesichts der „extrem niedrigen“ Zahl von Menschen, die sich für die Impfung angemeldet hätten, eine Impfrate von höchstens 38% in der Slowakei zu erwarten sei.

Olivier Bault ist Franzose und lebt seit dem Anfang der 1990er Jahre in Polen; er ist der Korrespondent in Polen für die Visegrád Post und die französische Tageszeitung Présent. Als freiberuflicher Journalist, der das Geschehen in Polen und Europa aufmerksam verfolgt, veröffentlicht er auch auf Polnisch in der polnischen Wochenzeitung Do Rzeczy und auf Englisch auf dem Portal Remix News.

VISEGRÁD POST
COMPRENDRE L'EUROPE CENTRALE

Dieser Beitrag erschien zuerst bei der VISEGRÁD POST, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

08) Frankreich: Pharmakologische Zentren werden mit Berichten über Impfstoff-Nebenwirkungen überschwemmt

01. 06. 2021

Bildquelle: MPI

Während die politischen Behörden darüber nachdenken, die Covid-Impfung sogar für Kinder zur Pflicht zu machen, werden die pharmakologischen Zentren mit Berichten über unerwünschte Nebenwirkungen der neuen mRNA-Impfstoffe überschwemmt.

Im April veröffentlichte die französische Tageszeitung *Ouest-France*, die niemand verdächtigen kann, nicht ganz auf der redaktionellen Linie der Gutmenschen zu liegen, einen Artikel, in dem von einer „Flut" von unerwünschten Nebenwirkungen berichtet wurde: „Die Berichte über unerwünschte Nebenwirkungen von Anti-Covid-19-Impfstoffen vervielfachen sich, und das regionale Pharmakovigilanzzentrum (CRPV) in Tours sieht sich mit einem Anstieg seiner Tätigkeit konfrontiert. Angesichts der Situation wurden Patienten und Ärzte gebeten, nicht alles zu melden, um die schwerwiegendsten Meldungen priorisieren zu können", betonte die Zeitung:

„Ende März hatte das regionale Pharmakovigilanzzentrum in Tours (Präfektur Indre-et-Loire) bereits das Äquivalent seiner gesamten Tätigkeit im Jahr 2020 durchgeführt. Wie das France 3 Centre Val-de-Loire berichtet, haben die Berichte über die unerwünschten Nebenwirkungen der Anti-Covid-19-Impfstoffe, insbesondere diejenigen, die AstraZeneca betreffen, die Zahl der Fälle explodieren lassen. "

Seit Januar, so heißt es in dem Artikel, hat das Zentrum „1.400 Meldungen erhalten, manchmal mehr als 200 in einer Woche. Ein Phänomen, auf das es nicht vorbereitet war. "

Ende Mai war es die regionale Tageszeitung *Le Populaire du Centre*, ebenso „politisch korrekt" wie Ouest-France, die titelte:

„Covid-19-Impfstoffe: etwa 4.000 Meldungen von Nebenwirkungen im Limousin".

Auch hier ist das regionale Pharmakovigilanzzentrum mit einer Vervielfachung von Nebenwirkungen im Zusammenhang mit der Anti-Kokken-Impfung überfordert:

„Seit Anfang 2021, so können wir in den Spalten des Populaire lesen, ist es ein noch nie dagewesener Zustrom für das regionale Zentrum der Pharmakovigilanz von Limoges, das alle Berichte über unerwünschte Nebenwirkungen von Medikamenten sammelt. Darunter auch einer der 34 französischen Fälle von atypischer Thrombose, die mit der Injektion des Impfstoffs von AstraZeneca in Verbindung gebracht werden."

„Das regionale Zentrum für Pharmakovigilanz (CRPV), so die Zeitung, wird von den Meldungen nach der Covid-19-Impfung seit letztem Januar überwältigt. Genauer gesagt 4.000 in viereinhalb Monaten (von 283.000 Personen, die eine oder zwei Dosen des Impfstoffs im Limousin erhalten haben): ein Rekord für diese Struktur, die Meldungen über unerwünschte Arzneimittelwirkungen sammelt und ihre Beobachtungen an die Nationale Agentur für Arzneimittelsicherheit, die ANSM, schickt.

„"In normalen Zeiten erhalten wir etwa 1.200 Meldungen pro Jahr, davon kaum zehn für klassische Impfstoffe", vergleicht Professor Marie-Laure Laroche, die Leiterin des Zentrums. "

Über die gesammelten Informationen erfahren wir, dass „von den 4.000 Meldungen das CRPV 1.200 in die Datenbank eintragen konnte und 400 weitere auf ihre Registrierung warten. Es hat noch mehr als die Hälfte zu erledigen. „Ernster ist," so unterstreicht der *Populaire*, dass „25 % der Erklärungen" „schwerwiegende Nebenwirkungen" betreffen:

„Hier betrifft ein Viertel der 1.600 bereits berücksichtigten Meldungen sogenannte „schwerwiegende" Nebenwirkungen. Ein ähnlicher Anteil wie auf nationaler Ebene."

„Unter den bemerkenswerten unerwünschten Nebenwirkungen hat das CRPV von Limoges insbesondere einen der 34 Fälle von Thrombose atypischer Lokalisation (zerebral, intestinal) in Frankreich registriert, die auf den Impfstoff von AstraZeneca zurückzuführen sind und zu 11 Todesfällen geführt haben."

Aber neben der Thrombose werden in dem Artikel auch andere behindernde Nebenwirkungen aufgeführt:

„Neben diesem auffälligen Fall gehören Tachykardie, Gürtelrose, Bluthochdruck, Gesichtslähmung, Urtikaria zu den weiteren Folgen, die nicht in den Packungsbeilagen aufgeführt sind."

In der Region Toulouse machte die Lokalzeitung *Le Journal Toulousain* am 25. Mai die gleiche Beobachtung in Bezug auf die Covid-Impfstoffe: „Die Meldungen über unerwünschte Nebenwirkungen explodieren. Das regionale Pharmakovigilanzzentrum von Toulouse, das alle Meldungen über unerwünschte Nebenwirkungen von Arzneimitteln sammelt, verzeichnet seit Januar fünfmal mehr Meldungen als in normalen Zeiten."

Der Artikel ist im Wesentlichen ein Copy-and-Paste der beiden vorherigen:

„4000 Meldungen für die ersten vier Monate des Jahres 2021 beim Regionalen Pharmakovigilanz-Zentrum (CRPV) in Toulouse, das Meldungen über unerwünschte Nebenwirkungen von Arzneimitteln sammelt, bevor es seine Beobachtungen an die Nationale Agentur für Arzneimittelsicherheit (ANSM) meldet.

„Der Anstieg ist beträchtlich, er ist fünfmal höher als im letzten Jahr zum gleichen Zeitpunkt. Wir sind schon in normalen Zeiten überfordert. In diesem Fall könnten wir genauso gut sagen, dass wir noch mehr überfordert sind und das mit den gleichen Ressourcen", sagt Professor Jean-Louis Montastruc, Direktor des CRPV und Mitglied der Nationalen Akademie für Medizin. (…) Normalerweise verzeichnet die dem Universitätsklinikum Toulouse angeschlossene Struktur durchschnittlich 2100 Meldungen pro Jahr. Davon ist ein winziger Teil mit klassischen Impfstoffen verbunden. Offensichtlich ist die Impfkampagne gegen Covid-19 die Ursache für diesen spektakulären Anstieg."

Unter den Berichten identifiziert das Toulouse-Zentrum ungefähr die gleichen Nebenwirkungen wie in anderen Regionen:

„Unter den schwerwiegenden Berichten", heißt es in dem Artikel, „musste das CRPV daher Fälle von Hämophilie, Herzinfarkten, arterieller Hypertonie oder sogar Gesichtslähmungen untersuchen. „Das große Novum speziell bei der Impfkampagne sind natürlich die viel diskutierten Fälle von Venenthrombosen", ergänzt der Experte für Pharmakologie. (…) Da der Impfstoff von Pfizer am häufigsten verschrieben wird, ist er der Ursprung der meisten Meldungen, weit vor AstraZeneca, dann Moderna und schließlich Janssen, dem letzten in Frankreich zugelassenen Impfstoff."

Doch diese erhebliche Zunahme von Berichten über Nebenwirkungen, von denen viele schwerwiegend sind, scheint die Ärzte, den wissenschaftlichen Rat und die Regierung, die sich weiterhin für die Impfung für alle einsetzen, nicht zur Vernunft zu bringen. Sie treten weiterhin ein für eine maßlose Impfpropaganda, die Zwangsmaßnahmen, Schuldzuweisungen an Skeptiker oder Widerspenstige, Dämonisierung abweichender Stimmen, Aufrechterhaltung von Angst und sozialem Abstieg miteinander mischt…

Aber eines Tages wird die Geschichte über sie richten.

Quelle: MPI

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

09) Bill Gates: Corona-Impfung in Grundimmunisierung für Neugeborene aufnehmen!

31. 05. 2021

Die wahren Ziele der plötzlich massiv anlaufenden Corona-Impfpropaganda für Kinder und Jugendliche werden immer deutlicher: Es wird damit spekuliert bzw. darauf hinauslaufen, dass auch Neugeborene die höchst gefährlichen mRNA-Impfstoffe, samt all ihrer fatalen Nebenwirkungen, erhalten werden – und das Zwangsweise im Rahmen der sogenannten „Grundimmunisierung". Das forderte kein geringerer als der umstrittene Milliardär und Impffanatiker Bill Gates bereits vor einem Jahr öffentlich.

Hochrisiko-Impfstoff für Säuglinge

In seinem Blog GatesNotes schrieb Bill Gates im April 2020 regelmäßig über das Coronavirus und die Arbeit an den „lebensrettenden" Impfstoffen gegen das Virus. Schon damals schrieb er öffentlich davon, dass man 7 Milliarden Impfdosen, also quasi für jeden Menschen eine, benötigen werde. Und das beinhaltet natürlich auch die Jüngsten.

„In order to stop the pandemic, we need to make the vaccine available to almost every person on the planet. We've never delivered something to every corner of the world before."

Obwohl der Impfstoff experimentell und unausgereift ist, wie Gates selbst betont, hoffe er, dass man in 18 Monaten ein brauchbares Vakzin zur Verfügung habe, um damit auch Neugeborene und Säuglinge impfen zu können. Und das im Rahmen der Grundimmunisierung:

„My hope is that the vaccine we have 18 months from now is as close to "perfect" as possible. Even if it isn't, we will continue working to improve it. After that happens, I suspect the COVID-19 vaccine will become part of the routine newborn immunization schedule."

Impf-Cocktails im Rahmen der Grundimmunisierung

Generell gleicht die sogenannte Grundimmunisierung bei Säuglingen – die staatlich vorgeschrieben und sanktionierbar ist – mittlerweile einem regelrechten Impf-Cocktail. Während die Menschen früher ein bis zwei Impfungen in den ersten Lebensjahren erhielten, sind es heute bereits Sechsfach-Impfungen (!) die bis zum 12. Lebensmonat verabreicht und den noch nicht voll entwickelten Körpern und Immunsystemen der Kleinkinder zugemutet werden. Sollte die Corona-Impfung dazukommen, wäre es bereits der siebte Impfstoff und mit Abstand der Gefährlichste.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

10) Prof. Bhakdi zu Impfungen: Wir steuern auf eine Katastrophe zu

30. 05. 2021

Bild: Screenshot Servus TV

(Unbeantworteter?) Brief von Prof. Dr. Sucharit Bhakdi und Kollegen an die EMA – Verdacht Blutgerinnungsstörungen durch Covid-Impfstoffe

Bereits Anfang März 2021 skizzierte Prof. Bhakdi gemeinsam mit zehn anderen Wissenschaftlern und Medizinern in einem Offenen Brief an die Europäische Arzneimittelagentur EMA potentielle Gefahren der genbasierten Corona-Impfstoffe. **Die Unterzeichner sind der Ansicht, dass die Thematik der Blutgerinnungsstörungen im Zusammenhang mit genbasierten Corona-Impfstoffen nicht ausreichend berücksichtigt worden war.** Sie forderten die Vorlage der entsprechenden Nachweise zum Ausschluss entsprechender Risiken. Andernfalls, bei Nichtexistenz dieser Nachweise, sei die Zulassung für die Verwendung der Impfstoffe zurückzuziehen, bis alle sich aus Gründen der Sorgfaltspflicht ergebenden Fragen geklärt sind – Report24.news berichtete.

Der Brief im Wortlaut:

Sehr geehrte Damen und Herren!

ZUR DRINGENDEN PERSÖNLICHEN KENNTNISNAHME VON: EMER COOKE, EXEKUTIVDIREKTORIN DER EUROPÄISCHEN ARZNEIMITTELAGENTUR

Als Ärzte und Wissenschaftler unterstützen wir prinzipiell den Einsatz neuer medizinischer Interventionen, die in angemessener Weise entwickelt und eingesetzt werden, nachdem die informierte Zustimmung des Patienten eingeholt wurde. Diese Haltung schließt Impfstoffe genauso ein wie Therapeutika.

Wir stellen fest, **dass nach der Impfung von zuvor gesunden, jüngeren Menschen mit den genbasierten COVID-19-Impfstoffen über ein breites Spektrum von Nebenwirkungen berichtet wird**. Darüber hinaus gab es zahlreiche Medienberichte aus der ganzen Welt über Pflegeheime, die innerhalb weniger Tage nach der Impfung von Bewohnern von COVID-19 befallen wurden. Wir erkennen zwar an, dass es sich bei diesen Vorkommnissen jeweils um unglückliche Zufälle gehandelt haben könnte, sind aber besorgt darüber, dass die möglichen Krankheits- und Todesursachen unter diesen Umständen nicht ausreichend untersucht wurden und werden, vor allem, da keine Obduktionen durchgeführt wurden.

Insbesondere stellen wir in Frage, ob kardinale Fragen zur Sicherheit der Impfstoffe vor ihrer Zulassung durch die Europäische Arzneimittelbehörde (EMA) adäquat behandelt wurden.

Mit großer Dringlichkeit fordern wir die EMA hiermit auf, uns Antworten auf folgende Fragen zu geben

1. Nach intramuskulärer Injektion muss damit gerechnet werden, dass die **genbasierten Impfstoffe in die Blutbahn gelangen** und sich im Körper verbreiten [1]. Wir bitten um den Nachweis, dass diese Möglichkeit in präklinischen Tiermodellen mit allen drei Impfstoffen vor ihrer Zulassung für die Anwendung am Menschen durch die EMA ausgeschlossen wurde.
2. Liegt ein solcher Nachweis nicht vor, muss damit gerechnet werden, dass die Impfstoffe in der Zirkulation verbleiben und von Endothelzellen aufgenommen werden. Es ist anzunehmen, dass dies **insbesondere an Stellen mit langsamem Blutfluss, also in kleinen Gefäßen und Kapillaren, geschieht** [2]. Wir bitten um den Nachweis, dass diese Wahrscheinlichkeit in präklinischen Tiermodellen mit allen drei Impfstoffen vor ihrer Zulassung zur Anwendung am Menschen durch die EMA ausgeschlossen wurde.
3. Liegt ein solcher Nachweis nicht vor, muss damit gerechnet werden, dass bei der Expression der Nukleinsäuren der Impfstoffe vom Spike-Protein abgeleitete Peptide über den MHC I – Weg an der luminalen Oberfläche der Zellen präsentiert werden. Viele gesunde Personen haben CD8-Lymphozyten, die solche Peptide erkennen, was auf eine frühere COVID-Infektion, aber auch auf Kreuzreaktionen mit anderen Coronavirus-Typen zurückzuführen sein kann [3; 4] [5]. Wir müssen davon ausgehen, dass diese **Lymphozyten einen Angriff auf die entsprechenden Zellen starten**. Wir bitten um den Nachweis, dass diese Wahrscheinlichkeit in präklinischen Tiermodellen mit allen drei Impfstoffen vor ihrer Zulassung durch die EMA für den Einsatz am Menschen ausgeschlossen wurde.
4. Liegt ein solcher Nachweis nicht vor, muss damit gerechnet werden, dass es an **unzähligen Stellen im Körper zu einer Endothelschädigung mit anschließender Auslösung der Blutgerinnung durch Thrombozytenaktivierung kommt**. Wir fordern den Nachweis, dass diese Wahrscheinlichkeit in präklinischen Tiermodellen mit allen drei Impfstoffen vor deren Zulassung zur Anwendung am Menschen durch die EMA ausgeschlossen wurde.

5. Liegt ein solcher Nachweis nicht vor, muss damit gerechnet werden, dass es zu einem **Abfall der Thrombozytenzahl, zum Auftreten von D-Dimeren im Blut und zu unzähligen ischämischen Läsionen im ganzen Körper, einschließlich im Gehirn, Rückenmark und Herz, kommt**. Im Gefolge dieses neuartigen DIC-Syndroms kann es zu Blutungsstörungen kommen, u.a. zu starken Blutungen und hämorrhagischen Schlaganfällen. Wir fordern den Nachweis, dass alle diese Möglichkeiten in präklinischen Tiermodellen mit allen drei Impfstoffen vor ihrer Zulassung für den Einsatz am Menschen durch die EMA ausgeschlossen wurden.
6. Das SARS-CoV-2-Spike-Protein bindet an den ACE2-Rezeptor auf Thrombozyten, was zu deren Aktivierung führt [6]. **Thrombozytopenie wurde in schweren Fällen von SARS-CoV-2-Infektionen berichtet** [7]. Auch bei geimpften Personen wurde über Thrombozytopenie berichtet [8]. Wir bitten um den Nachweis, dass die potenzielle Gefahr einer Thrombozytenaktivierung, die auch zu einer disseminierten intravasalen Gerinnung (DIC) führen würde, bei allen drei Impfstoffen vor ihrer Zulassung zur Anwendung am Menschen durch die EMA ausgeschlossen wurde.
7. Die Ausbreitung von SARS-CoV-2 über den gesamten Globus führte zu einer Pandemie mit vielen Todesfällen. Zum Zeitpunkt der Prüfung der Zulassung der Impfstoffe waren die Gesundheitssysteme der meisten Länder jedoch nicht mehr unmittelbar von einer Überlastung bedroht, da ein wachsender Teil der Welt bereits infiziert war und das Schlimmste der Pandemie bereits abgeklungen war. **Wir fordern daher schlüssige Beweise dafür, dass zum Zeitpunkt der Erteilung der bedingten Marktzulassung durch die EMA an die Hersteller aller drei Impfstoffe ein tatsächlicher Notfall vorlag, um deren Zulassung zur Verwendung am Menschen durch die EMA zu rechtfertigen, angeblich aufgrund eines solchen Notfalls.**

Sollten all diese Beweise nicht vorliegen, fordern wir, dass die Zulassung für die Verwendung der genbasierten Impfstoffe zurückgezogen wird, bis alle oben genannten Fragen durch die Ausübung der Sorgfaltspflicht durch die EMA ordnungsgemäß geklärt sind.
Es bestehen schwerwiegende Bedenken, einschließlich, aber nicht beschränkt auf die oben genannten, dass die Zulassung der COVID-19-Impfstoffe durch die **EMA voreilig und rücksichtslos war**, und dass die Verabreichung der Impfstoffe einen „Menschenversuch“ darstellte und darstellt, was ein Verstoß gegen den Nürnberger Kodex war und ist.

In Anbetracht der Dringlichkeit der Situation bitten wir Sie, **innerhalb von sieben Tagen auf diese E-Mail zu antworten** und auf alle unsere Bedenken inhaltlich einzugehen. Sollten Sie dieser angemessenen Bitte nicht nachkommen, werden wir diesen Brief veröffentlichen.

Unterzeichnet wurde das Schreiben von:

- Dr. Sucharit Bhakdi,
- Dr. Marco Chiesa,
- Dr. C Stephen Frost,
- Dr. Margareta Griesz-Brisson,
- Dr. Martin Haditsch,
- Dr. Stefan Hockertz,
- Dr. Lissa Johnson,
- Dr. Ulrike Kämmerer,
- Dr. Michael Palmer,
- Dr. Karina Reiss,
- Dr. Michael Yeadon.

Zur englischen Version des Schreibens an Dr. Emer Cooke, Direktorin der EMA, welches in Kopie an Ursula von der Leyen, Präsidentin der Europäischen Kommission, sowie Charles Michel, Präsident des Europarats, zugestellt wurde, gelangen Interessierte hier.

https://www.mwgfd.de/wp-content/uploads/2021/03/2021-03-10-Presse-EMA-Brief-deutsch.pdf

Die deutschsprachige Übersetzung findet sich hier.

https://corona-blog.net/2021/03/14/brief-von-prof-bhakdi-und-kollegen-an-die-ema-verdacht-blutgerinnungsstoerungen-durch-covid-impfstoffe/

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

11) Das Sterben geht weiter: BBC-Moderatorin nach Corona-Impfung tot

29. 05. 2021

Bild: Screenshot Twitter

Eine 44-jährige Frau ist eine Woche nach Erhalt der zweiten Dosis des Impfstoffs von AstraZeneca gestorben. „Eine Komplikation nach einer AstraZeneca-Impfung gegen das COVID-19-Virus“, so die Vermutung der Gerichtsmedizinerin.

Lisa Shaw, eine 44-jährige BBC-Radiomoderatorin, starb einige Tage nach Erhalt der zweiten Dosis des Impfstoffs von AstraZeneca. Angehörige geben dem anglo-schwedischen Serum offen die Schuld, weil die Frau an „blutgerinnungsbedingten“ Problemen starb.

Eine Woche nach der Verabreichung der Impfung litt die Frau unter starken Kopfschmerzen. Nach Angaben der Angehörigen waren die Schmerzen „blutgerinnungsbedingt“, so dass sie einige Tage später schwer erkrankte. Die BBC Radio Newcastle-Moderatorin und Mutter eines Kindes starb am vergangenen Freitag im Royal

Victoria Hospital in Newcastle, nachdem sie wegen Blutgerinnseln und Blutungen im Kopf auf der Intensivstation behandelt werden musste.

Kollegen und Zuhörer zollten Shaw Tribut, nachdem die Nachricht von ihrem Tod in einer Radiosendung am Sonntagmorgen auf Radio Newcastle bekannt gegeben wurde.

„Der Nutzen von Oxford/AstraZeneca überwiegt die Risiken, die mit der Verabreichung verbunden sind“, hatte zuvor die britische Arzneimittelbehörde MHRA (Medicines and Healthcare Products Regulatory Agency) erklärt. Dieselbe Behörde räumte nun jedoch ein, dass der Impfstoff zwar keine Blutgerinnsel verursacht, aber dass „eine starke Verbindung besteht“.

„Wir sind am Boden zerstört und es gibt ein Loch in unserem Leben, das nie gefüllt werden kann. Wir werden sie lieben und immer vermissen“, sagte die Familie gegenüber der BBC. „Es war ein großer Trost zu sehen, wie sehr sie von allen geliebt wurde, deren Leben sie berührte, und in dieser Zeit bitten wir um Privatsphäre, damit wir als Familie um sie trauern können.“

Wie der britische Fernsehsender SkyNews berichtet, stellte die Gerichtsmedizinerin Karen Dilks aus Newcastle einen vorläufigen Totenschein aus, in dem eine „Komplikation der AstraZeneca COVID-19-Impfung“ als Grund angegeben wird. Die MHRA hat sich zu dem Fall geäußert und erklärt, dass „wie bei jedem Verdacht auf eine schwerwiegende Nebenwirkung, Berichte mit tödlichem Ausgang vollständig bewertet werden, einschließlich einer Bewertung der postmortalen Details. Unsere detaillierte und strenge Überprüfung von Berichten über Blutgerinnsel, die neben Thrombozytopenie auftreten, ist noch nicht abgeschlossen.“

Der Fall der unglücklichen Engländerin reiht sich ein in andere verdächtige Todesfälle, die mit der Verabreichung des anglo-schwedischen Anti-Covid-Impfstoffs in Verbindung gebracht werden.
Quelle: MPI

BBC Radio Newcastle

@bbcnewcastle

Thank you for your kindness in remembering our amazing colleague, Lisa Shaw. Today we dedicated a special programme remembering and celebrating Lisa, and we tried to include as many of your memories as we could. You can listen here: https://bbc.co.uk/programmes/p09

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

12) Rechtsanwalt Carlo Brusa enthüllt die Interessenverbindungen zwischen Pfizer, Fauci, dem Wuhan-Labor u.a.

29. 05. 2021

Bildquelle: MPI

Der französische Rechtsanwalt Carlo Brusa, Gründer des Vereins Résistance 19, ist in diesem Jahr durch seinen Kampf gegen die Covid-Regierungspropaganda und die damit verbundenen freiheitsfeindlichen Maßnahmen hervorgetreten.

Er veröffentlichte ein Video, das schnell von Youtube zensiert wurde, in dem er die verschiedenen Interessenverbindungen und die problematischen Beziehungen zwischen den verschiedenen Protagonisten für Impfung, Lockdown-Maßnahmen und Restriktionen zeigt.

Vom Pharmakonzern GlaxoSmithKline über das Wuhan-Labor, über Pfizer und Dr. Fauci, die Bill und Melinda Gates Foundation, die Soros-Netzwerke und die Weltgesundheitsorganisation: sie alle sind in dieser schönen kleinen Welt der Finanziers miteinander verbunden, und sie alle schreien über die schreckliche globale tödliche Pandemie und setzen sich dafür ein, ihr durch die Impfung der gesamten Menschheit ein Ende zu setzen.

Seltsamerweise wird diese schreckliche „Pandemie“ einige Menschen glücklich gemacht haben: stark bereichern konnten sich die pharmazeutischen Laboratorien und ihre Aktionäre wie Bill Gates, Finanziers wie Bezos von Amazon; acht Milliardäre, die es schon zuvor waren und die opportunistisch in pharmazeutische Unternehmen, die sich für die Entwicklung von Impfstoffen gegen das Coronavirus engagierten, investiert haben, konnten einen Vermögenszuwachs von 32,2 Milliarden Dollar verzeichnen; darüber hinaus gibt es weitere 9 neue Milliardäre mit einem Nettovermögen von zusammen 19,3 Milliarden Dollar, die alle an den Laboren beteiligt sind, welche die neuen Impfstoffe gegen das Virus verkaufen. Hier nur einige der Namen:

- Stéphane Bancel, CEO des amerikanischen Unternehmens Moderna (mit einem aktuellen Vermögen von 4,3 Milliarden Dollar),

- Ugur Sahin, CEO und Mitbegründer des deutschen Konzerns BioNTech (mit einem kumulierten Vermögen von 4 Milliarden Dollar),
- Timothy Springer, Immunologe und Gründer von Moderna (2,2 Milliarden Dollar), Noubar Afeyan, Präsident von Moderna (1,9 Milliarden Dollar),
- Juan Lopez Belmonte, Präsident von Rovi, einer spanischen Firma, die einen Vertrag zur Produktion des Moderna-Impfstoffs hat (1,8 Milliarden Dollar),
- Robert Langer, Wissenschaftler und Mitbegründer von Moderna (1,6 Milliarden Dollar), Zhu Tao, Mitbegründer und wissenschaftlicher Leiter des chinesischen Unternehmens CanSino Biologics (1,3 Milliarden Dollar),
- Qiu Dongxu, Mitbegründer und Vizepräsident von CanSino Biologics (1,2 Milliarden Dollar),
- Mao Huinhoa, ebenfalls Mitbegründer und Vizepräsident dieses asiatischen Pharmaunternehmens (1 Mrd. $).

Man kann die Absprachen zwischen Geld, Laboren und Massenimpfungen sehen.

Während ein beträchtlicher Teil der Menschheit während dieser Covid-„Krise“ verarmt ist, ist eine sehr kleine Minderheit, die zufällig die stärksten Befürworter der globalen Impfung und Propagandisten der allgemeinen Covid-Panik sind, bedeutend reicher geworden.

Für diejenigen, die sich vorstellen können, mutmaßen, ja zur Verschwörungstheorie neigen, dass diese Covid-Krise künstlich gemacht ist, können diese finanziellen Absprachen vielleicht auch eine Antwort auf die Frage geben: „Wer profitiert von dem Verbrechen? Quelle: MPI

Lesen sie dazu auch unseren Artikel:

„US-Senator schlägt Alarm: Das Corona-Biowaffen-Programm des Dr. Fauci“

https://unser-mitteleuropa.com/us-senator-schlaegt-alarm-das-corona-biowaffen-programm-des-dr-fauci/

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

13) Belgien: Junge Frau eines slowenischen Diplomaten stirbt nach Covid-Impfung

28. 05. 2021

Bildquelle: MPI

Nach durch den Impfstoff Astrazenca bedingten tötlichen Vorfällen, bereitet nun offenbar auch der Corona-Impfstoff des US-Unternehmens Johnson & Johnson Probleme. So hat die belgische Regierung hat beschlossen, die Verwendung des Vaccine von Johnson & Johnson auf Personen über 41 Jahre zu beschränken. Das entschied die Regierung am Mittwoch, wie die Nachrichtenagentur Belga berichtete. Diese Maßnahme folgt auf den Tod der Ehefrau eines in Belgien stationierten slowenischen Diplomaten vor ein paar Tagen.

Anders als die belgischen Medien berichteten die slowenischen Medien über die Nachricht. Die Frau des slowenischen Diplomaten war etwa zehn Tage vor ihrem Tod geimpft worden. Wie das slowenische Internetportal Sio1 berichtet, entwickelte sich bei der Frau eine tiefe Venenthrombose, bevor sie in der Nacht einen tödlichen Schlaganfall erlitt. Quelle: MPI

Johnson & Johnson: „Vorteile überwiegen" – EMA vor neuer Untersuchung

Sowohl Astrazeneca, als auch Johnson & Johnson werden in den USA und in Europa trotz der bekannten Fälle weiterverwendet. Die Wahrscheinlichkeit für schwere Nebenwirkung sei viel zu gering. Die zuständigen Behörden waren zu dem Schluss gekommen, dass die Vorteile der Impfung die Risiken überwiegen. Nun deutet sich allerdings eine weitere Überprüfung durch die EMA an, berichtet *mercur.de*

In diesem Zusammenhang erhebt sich die Frage welche „Vorteile" einem tödlichen Risiko, an einer Impfung zu sterben, gegenübergestellt werden können? Noch dazu bei Personen einer Altersgruppe, in der niemand an Covid stirbt. Die „Vorteile" sind da wohl nicht gesundheitlicher Natur und kommen eher anderen Kreisen als geimpften Personen zugute. Das wird einem jeder Lobbyist der Pharmaindustrie unschwer erklären können.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

14) Weitere US-Bundesstaaten verbieten Corona-Impfnachweise

28. 05. 2021

Das Kapoitol · *Foto: Wikipedia / Carol M. Highsmith*

Republikanische Gouverneure betonen Bürgerrechte und Freiwilligkeit der Impfung

Während in Österreich der Nationalrat die rechtlichen Grundlagen für den die Freiheit der Bürger einschränkenden „Grünen Pass“ beschlossen hat, kommen aus den USA ganz andere Nachrichten. Immer mehr republikanisch geführte Bundesstaaten verbieten verpflichtende Impfnachweise, zuletzt Alabama und Georgia.

Kay Ivey, die Gouverneurin von Alabama, unterzeichnete am Montag ein Gesetz, welches lokalen und bundesstaatlichen Behörden die Ausstellung von Unterlagen zur Überprüfung des Impfstatus untersagt. Außerdem stellt das neue Gesetz sicher, dass nicht gegen das Coronavirus geimpften Personen der Zutritt zu Geschäften, Universitäten, Schulen und staatlichen Einrichtungen nicht verweigert werden darf. Ivey, die selbst gegen Covid-19 geimpft ist, befürwortet nach eigenen Angaben eine „freiwillige Impfung".

Eingebracht wurde die Gesetzesvorlage von Arthur Orr, einem Senator auf Bundesstaatsebene. Der Republikaner erklärte, er habe die Initiative ergriffen, nachdem er Geschichten gehörte, wonach Unternehmen Kunden, die nicht geimpft waren, den Zutritt verweigerten. Orr weist darauf hin, dass die Fortsetzung einer solchen Politik zu Diskriminierung führen und „uns zu einer Zweiklassengesellschaft machen" würde.

Am Dienstag unterzeichnete der Gouverneur von Georgia, Brian Kemp, eine Verordnung, die den Behörden des Bundesstaates verbietet, Nachweise über den Covid-19-Impfstatus zu verlangen. Als Begründung gab der Republikaner an: „Während ich weiterhin alle Einwohner von Georgia auffordere, sich impfen zu lassen, damit wir weiterhin die Covid-19-Pandemie in den Hintergrund rücken, ist die Impfung eine persönliche Entscheidung zwischen jedem Bürger und einem Mediziner – nicht der Staatsregierung."

zur ZEIT Unabhängig, unangepasst, politisch Unkorrekt!

Dieser Beitrag erschien zuerst bei ZUR ZEIT, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

15) Impfstoffe und Forschung mit abgetriebenen Fötuszellen, eine Erinnerung an den neuesten wissenschaftlichen „Durchbruch“

21. 05. 2021

Bildquelle: MPI

Katholiken, die sich dem Schutz des Lebens verschrieben haben, haben mit Entsetzen festgestellt, dass die meisten Impfstoffe oder Gentherapien zur Bekämpfung von Covid-19 bei der Herstellung oder im Testverfahren „unsterbliche“ Zellen von abgetriebenen Föten verwenden. Sie entdeckten auch, dass diese Technik schon seit Jahrzehnten im Einsatz ist, was die meisten Menschen nicht wussten.

Angesichts dieser Entdeckung stellt sich für viele die Frage, hat sich gestellt, wird sich stellen, ob es legal, moralisch, ist, diese Anti-Covid-Impfstoffe zu verwenden. Wenn Papst Franziskus und die Päpstliche Akademie für das Leben ihr Placet gegeben haben, wenn Bischöfe, Prälaten und Priester dieser Linie folgen, dann sind andere Mitbrüder wie Mgr.

Schneider, Mgr. Vigano oder Pater Josef vom Kapuzinerorden (siehe hier) entweder kategorisch dagegen oder haben Vorbehalte gegen ihre Verwendung. Eines ihrer Argumente ist, dass diese Impfstoffindustrie, die fötale Zellen verwendet, die Abtreibungsindustrie unterhält, sich an ihr beteiligt und sie fördert.

Ein aktueller Artikel in der italienischen Tageszeitung *La Nuova Bussola Quotidiana*, der sich mit dem „Aufruf zum Widerstand gegen durch Abtreibung kontaminierte Impfstoffe" befasst, der von katholischen Frauen auf Initiative von Dr. Wanda Półtawska, einer Freundin und Vertrauten von Johannes Paul II. gestartet wurde, zeichnet die wissenschaftlichen „Fortschritte" nach, die „dank" dieser abgetriebenen Föten erzielt wurden. Und so entdecken wir, dass die Abtreibungsindustrie eine große Rolle in der Forschung der pharmazeutischen Labors spielt, um neben den berühmten Impfstoffen auch verschiedene Behandlungen zu entwickeln, und dass die Technik zur Gewinnung dieser Zellen besonders grausam ist.

Der italienische Artikel, der diesen Appell zusammenfasst, ist klar und synthetisch, Sie finden die Übersetzung unten:

„Am 2. November wird Dr. Wanda Półtawska, Freundin und Vertraute von Johannes Paul II. hundert Jahre alt. Von Pater Pio auf Bitten des jungen Krakauer Priesters für wundertätig erklärt, im KZ Ravensbrück interniert, wo sie Versuchskaninchen für medizinische Experimente zur chirurgischen Verstümmelung von Gliedmaßen war, ist sie die Erstunterzeichnerin eines Appells vieler Frauen, die sich für das Leben einsetzen; Frauen, die Christen auf der ganzen Welt und Menschen mit aufrechtem Gewissen dazu auffordern, sich gegen durch Abtreibung verseuchte Impfstoffe zu wehren.

Die Stimme der Frauen zur Verteidigung der ungeborenen Babys und gegen abtreibungsgefährdete Impfstoffe ist der Titel des außergewöhnlichen Aufrufs zum Erwachen der Gewissen, die in diesen langen Monaten der Pandemie-Propaganda und der einseitigen Impfung betäubt wurden. Wanda Półtawska, Dozentin am Päpstlichen Institut Johannes Paul II., der Päpstlichen Lateranuniversität und später Mitglied des Päpstlichen Instituts für die Familie und der Päpstlichen Akademie für das Leben, nimmt diese neue Form der Kollaboration mit der Kultur des Todes nicht stillschweigend hin: „Wir werden uns nicht mitschuldig machen am heutigen Massaker an den unschuldigen Heiligen, und aus diesem Grund lehnen wir jeden Impfstoff ab, der Zellen verwendet, die von abgetriebenen menschlichen Föten stammen." Mit ihr ist ein weiterer bekannter Name, Abby Johnson, ehemalige klinische Direktorin einer *Planned Parenthood*-Klinik, die 2009 zurücktrat und jetzt eine führende Pro-Life-Aktivistin ist.

Etwa 40 bis 50 Millionen Abtreibungen pro Jahr, 2,5 Milliarden seitdem die Abtreibung legalisiert und zu einer gängigen medizinischen Praxis wurde: Wie können wir uns diese Tatsache nicht vor Augen halten, wenn wir über die Moral von Impfstoffen nachdenken, die aus Zellen hergestellt werden, die aus menschlichen fötalen Abtreibungen stammen? […] Die Art und Weise, wie sie getötet wurden, ist jenseits der Vorstellungskraft": im Mutterleib zerstückelt, die Schädel zertrümmert oder mit einer Kochsalzlösung vergiftet. Und dann wurden ihre Körperteile in einem Krankenhauszimmer zurückgelassen, „ohne dass sich jemand darum kümmert oder um sie geweint hätte". Dies ist die Version des 20. Jahrhunderts jener Kinder, die von den Israeliten lebendig hingegeben wurden, um in Gehenna zu Ehren Molochs verbrannt zu werden.

Aber für die Kinder, die als Gewebelieferanten „ausgewählt“ wurden, ist das Schicksal – man mag es kaum glauben – noch tragischer. Unter Hinweis auf die bahnbrechenden Beiträge von Debra Vinnedge (siehe hier), der Gründerin von *Children of God for Life*, die 2005 die Päpstliche Akademie für das Leben auf das Problem abgetriebener fötaler Zelllinien in Impfstoffen aufmerksam machte, erinnert der Appell daran, dass Abtreibungsärzte zugegeben haben, dass das Verfahren für diese Abtreibungen verändert wird, um die intakten, verwertbaren Teile des kindlichen Körpers zu erhalten, die für Forscher interessant sind. (…) Das Kind, das lebend aus dem Mutterleib geholt wird, „erleidet unerträgliche Schmerzen, da der Abtreibungsarzt die Niere sehr schnell und ohne jede Betäubung entfernt, damit dieses Organ frisch über Nacht an den forschenden Kollegen (Komplizen) geschickt werden kann.

Denjenigen, die einwenden, dass das makabre Ereignis nun der Vergangenheit angehört und die Verwendung von Impfstoffen, die mit Hilfe dieser Technik hergestellt wurden, nur eine entfernte Kooperation darstellt, entgegnen die Unterzeichner des Appells, dass „das Übel der Verwendung von Zelllinien abgetriebener Föten nicht nur den ursprünglichen Mord beinhaltet, sondern auch die fortgesetzte Kommerzialisierung des Körpers des Kindes, sowie die Weigerung, seine geschändeten Überreste zu begraben. Wir sollten auch nicht denken, dass diese Forschungsmodalität auf die Vergangenheit beschränkt war und schließlich aufgegeben wurde. Man denke nur an die jüngste Zelllinie (Walvax-2), die erst 6 Jahre alt ist und aus der Lunge eines drei Monate alten Babys stammt (siehe hier). Diese Zelllinie soll auch für die Herstellung von Impfstoffen verwendet werden.

Die Ausbeutung von im Mutterleib getöteten Kindern hört nicht „nur“ bei Impfstoffen auf. Dank der aufmerksamen Beobachtung von Stacy Trasancos, einer Forschungschemikerin bei DuPont und Forschungsleiterin von *Children of God for Life*, wissen wir, dass die Verwendung von Körpern abgetriebener Babys für die Impfstoffproduktion erst der Anfang ist (siehe hier). Andere Forschungslinien laufen derzeit, denen kaum jemand die nötige Widerstandskraft entgegensetzt: „humanisierte Mäuse“ mit menschlicher Haut (aber auch Thymus, Milz und Leber), die Kindern zwischen der achtzehnten und zwanzigsten Schwangerschaftswoche entnommen wurden, um das Verhalten des Immunsystems bei einer Infektion der Haut mit Krankheitserregern zu untersuchen (Studie veröffentlicht am 2. September 2020). Oder eine andere Studie (22. Juli 2020) über die schädlichen Auswirkungen von polybromierten Diphenylethern (PBDEs), für die 249 Frauen rekrutiert wurden, die im zweiten oder dritten Trimester abgetrieben hatten und ihr Einverständnis gaben, ihr eigenes Blut, die Plazenta und die Leber des abgetriebenen Babys zu „spenden“. Oder eine Forschungsstudie (17. Juli 2020) über die Entwicklung der Immunität bei Neugeborenen, an der 15 im zweiten Trimester abgetriebene Föten beteiligt waren.

Als Merck in den 1970er Jahren den Röteln-Impfstoff auf den Markt brachte – für den etwa 100 Abtreibungen notwendig waren -, war die von den kirchlichen Pfarrern vorgeschlagene Strategie, ihre Ablehnung zum Ausdruck zu bringen, aber gleichzeitig diese Impfstoffe zu verwenden, ein Fehlschlag: Dieser Impfstoff wird bis heute verwendet. „Die allgemeine Befolgung von abtreibungsverseuchten Impfstoffen, besonders durch Christen, hat einfach zur Kultur des Todes beigetragen“, die nun die Verwendung von abgetriebenen Föten für die Forschung als normal ansieht. „Es ist an der Zeit, dass Kleriker und Laien diesem Horror mutig entgegentreten und das Recht auf Leben der Schwächsten mit ‚äußerster Entschlossenheit‘ verteidigen. Dieser bösartige Zweig der Abtreibung muss aufhören!“.

Die Linie der Bischöfe und des Vatikans, die sogar so weit geht, das Impfen als Akt der Nächstenliebe zu empfehlen, „basiert auf einer unvollständigen Einschätzung der

Wissenschaft des Impfens und der Immunologie"; die Petenten bitten daher die kirchliche Hierarchie inständig, ihre Position zu überdenken, auch im Hinblick auf die gravierenden Unsicherheiten über die tatsächliche Wirksamkeit und Sicherheit dieser Impfstoffe und deren experimentellen Charakter."

Quelle: MPI

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

16) Der Weltärztepräsident spricht sich klar gegen die Impfung von Kindern aus. Österreich wird sich an EMA-Entscheidung orientieren - Gesundheitsministerium: „Nationales Impfgremium wird anhand dieser Vorgaben fundierte Empfehlungen aussprechen können"

Wien/Berlin (APA/AFP) - Die Corona-Schutzimpfung für Kinder und Jugendliche sorgt für Kontroversen. Weltärztepräsident Frank-Ulrich Montgomery hat sich am Mittwoch dagegen ausgesprochen, Minderjährigen eine Corona-Impfung zu empfehlen: "Gegenwärtig gibt es noch zu wenig Daten, die Aussagen über das Risiko der Corona-Impfung bei Kindern zulassen." Es sei aber bekannt, dass der Krankheitsverlauf bei Kindern deutlich geringer und weniger gefährlich sei als bei Erwachsenen oder Betagten.

Am Ende könne die Studienlage auch ergeben, dass "das Risiko der Impfung von Kindern größer ist als das der Erkrankung in dieser Altersgruppe", meinte Montgomery. "Dann wird man sogar von der Impfung abraten müssen." Im Gegenzug müsse der Impfschutz in allen anderen Altersgruppen verbessert werden.

Österreich wird sich bei der Frage, ob Zwölf- bis 15-Jährige gegen Corona geimpft werden, wie bisher immer an der EU-Arzneimittelbehörde EMA orientieren. Deren Entscheidung, ob das Biontech/Pfizer-Vakzin für Kinder ab zwölf zugelassen wird, soll am kommenden Freitag fallen. "Das Nationale Impfgremium wird anhand dieser Vorgaben fundierte Empfehlungen aussprechen können", hieß es am Mittwoch aus dem Gesundheitsministerium. "Jeder von der EMA zugelassene Impfstoff durchläuft ein präzises und verantwortungsvolles Prüfverfahren. Wenn ein Impfstoff von der EMA zugelassen wird, ist sichergestellt, dass es sich dabei um einen hocheffektiven, sicheren und ausgezeichneten Impfstoff handelt", wurde auf APA-Anfrage betont. Letztendlich hätten sich "auch in den vergangenen Monaten die europäischen Empfehlungen durch die EMA stets als wegweisend und sicher erwiesen".

Auch die Vorsitzende des Deutschen Ethikrats, Alena Buyx, hält ein Impfangebot für Kinder und Jugendliche für richtig. "Das stärkste Argument, Zwölf- bis 15-Jährige zu impfen, ist einfach, dass sie auch selbst natürlich einen Schutz haben möchten", sagte Buyx am Mittwoch. Auch bei Jugendlichen gebe es schwere Verläufe und das sogenannte Long-Covid-Syndrom.

(Schluss) sso/kra

Wir danken unserem Leser G. Dattenböck für den Hinweis auf diesen Beitrag!

17) Impfung - Belgien stoppt Johnson & Johnson für Unter-41-Jährige
Nach Tod einer Unter-40-Jährigen - Auswirkungen auf Impfkampagne jedoch gering

New Brunswick (New Jersey)/Brüssel (APA/dpa) - Der Corona-Impfstoff des US-Unternehmens Johnson & Johnson wird in Belgien zunächst nur noch Menschen ab 41 Jahren gespritzt. Das entschied die Regierung am Mittwoch, wie die Nachrichtenagentur Belga berichtete. Hintergrund sei der Tod einer Unter-40-Jährigen, der womöglich mit einer Impfung mit dem Präparat von Johnson & Johnson in Verbindung stehe. Die Europäische Arzneimittelagentur sei um eine Untersuchung gebeten worden.

Die Patientin sei am vergangenen Freitag gestorben. Sie sei mit einer schweren Thrombose und einem Mangel an Blutplättchen ins Krankenhaus gebracht worden, hieß es demnach in einer Behördenmitteilung. Sie sei im Ausland über ihren Arbeitgeber geimpft worden.

Die Auswirkungen auf die belgische Impfkampagne sind dem Bericht zufolge gering. Der Großteil der Impfungen mit Johnson & Johnson sei bisher an Menschen gegangen, die älter als 45 Jahre sind. Bisher sind in Belgien rund 15 Prozent der Bürger vollständig geimpft, knapp 40 Prozent mindestens einmal.

Wir danken unserem Leser G. Dattenböck für den Hinweis auf diesen Beitrag!

18) Pfizer-Studie veröffentlicht: bis zu 80 Prozent (teils schwere) Nebenwirkungen unter Kindern nach Corona-Impfung

26. 05. 2021

Die Propaganda für Corona-Impfungen an Jugendlichen und Kindern läuft derzeit weltweit auf Hochtouren. Selbsternannte Experten, Mediziner, Politiker und Pharmaunternehmen betonen bei jeder Gelegenheit, dass nun plötzlich auch die Jüngsten geimpft werden müssen, weil von ihnen angeblich eine latente „Corona-Gefahr“ ausgeht. Eine erste kurze Impfstudie des Herstellers Pfizer aus den USA bestätigt nun aber, dass die fatalen Nebenwirkungen natürlich auch unter den Kindern auftreten.

Fast 80% entwickeln Nebenwirkungen

Wie Report24 berichtet, wird in dem Factsheet dargelegt, woran die Kinder ab 12 Jahren, die einen Corona-Impfstoff erhiehlten, danach erkrankten. Dabei wird klar, dass die Nebenwirkungen der Impfung in Relation zur tatsächlichen Krankheit weit schlimmer sein dürften, denn Kinder und Jugendliche erkranken, wenn überhaupt, äußerst mild an Covid-19.

Die Biontech/Pfizer-Impfung wurde an 1.097 Kindern und Jugendlichen von 12 bis 15 Jahren getestet (!). **Dabei entwickelten 78,9 Prozent der Geimpften, also 866 von 1.097 Kinder, irgendeine Form von Nebenwirkung.** Bei 466 werden die Nebenwirkungen als „leicht“ beschrieben (etwa Schmerzen an der Einstichstelle und Schwellungen), bei 393 fielen sie „mittelschwer“ aus und bei 7 wird „schwerwiegend“ angegeben.

Table 2: Study 2 – Frequency and Percentages of Participants with Solicited Systemic Reactions, by Maximum Severity, Within 7 Days After Each Dose – Participants 18 Through 55 Years of Age‡ – Reactogenicity Subset of the Safety Population*

	Pfizer-BioNTech COVID-19 Vaccine Dose 1 N[a]=2291 n[b] (%)	Placebo Dose 1 N[a]=2298 n[b] (%)	Pfizer-BioNTech COVID-19 Vaccine Dose 2 N[a]=2098 n[b] (%)	Placebo Dose 2 N[a]=2103 n[b] (%)
Fever				
≥38.0°C	85 (3.7)	20 (0.9)	331 (15.8)	10 (0.5)
≥38.0°C to 38.4°C	64 (2.8)	10 (0.4)	194 (9.2)	5 (0.2)
>38.4°C to 38.9°C	15 (0.7)	5 (0.2)	110 (5.2)	3 (0.1)
>38.9°C to 40.0°C	6 (0.3)	3 (0.1)	26 (1.2)	2 (0.1)
>40.0°C	0 (0.0)	2 (0.1)	1 (0.0)	0 (0.0)
Fatigue[c]				
Any	1085 (47.4)	767 (33.4)	1247 (59.4)	479 (22.8)
Mild	597 (26.1)	467 (20.3)	442 (21.1)	248 (11.8)
Moderate	455 (19.9)	289 (12.6)	708 (33.7)	217 (10.3)
Severe	33 (1.4)	11 (0.5)	97 (4.6)	14 (0.7)

Revised: 19 May 2021 20

	Pfizer-BioNTech COVID-19 Vaccine Dose 1 N[a]=2291 n[b] (%)	Placebo Dose 1 N[a]=2298 n[b] (%)	Pfizer-BioNTech COVID-19 Vaccine Dose 2 N[a]=2098 n[b] (%)	Placebo Dose 2 N[a]=2103 n[b] (%)
Headache[c]				
Any	959 (41.9)	775 (33.7)	1085 (51.7)	506 (24.1)
Mild	628 (27.4)	505 (22.0)	538 (25.6)	321 (15.3)
Moderate	308 (13.4)	251 (10.9)	480 (22.9)	170 (8.1)
Severe	23 (1.0)	19 (0.8)	67 (3.2)	15 (0.7)
Chills[c]				
Any	321 (14.0)	146 (6.4)	737 (35.1)	79 (3.8)
Mild	230 (10.0)	111 (4.8)	359 (17.1)	65 (3.1)
Moderate	82 (3.6)	33 (1.4)	333 (15.9)	14 (0.7)
Severe	9 (0.4)	2 (0.1)	45 (2.1)	0 (0.0)

Vomiting[d]				
Any	28 (1.2)	28 (1.2)	40 (1.9)	25 (1.2)
Mild	24 (1.0)	22 (1.0)	28 (1.3)	16 (0.8)
Moderate	4 (0.2)	5 (0.2)	8 (0.4)	9 (0.4)
Severe	0 (0.0)	1 (0.0)	4 (0.2)	0 (0.0)
Diarrhea[e]				
Any	255 (11.1)	270 (11.7)	219 (10.4)	177 (8.4)
Mild	206 (9.0)	217 (9.4)	179 (8.5)	144 (6.8)
Moderate	46 (2.0)	52 (2.3)	36 (1.7)	32 (1.5)
Severe	3 (0.1)	1 (0.0)	4 (0.2)	1 (0.0)
New or worsened muscle pain[c]				
Any	487 (21.3)	249 (10.8)	783 (37.3)	173 (8.2)
Mild	256 (11.2)	175 (7.6)	326 (15.5)	111 (5.3)
Moderate	218 (9.5)	72 (3.1)	410 (19.5)	59 (2.8)
Severe	13 (0.6)	2 (0.1)	47 (2.2)	3 (0.1)
New or worsened joint pain[c]				
Any	251 (11.0)	138 (6.0)	459 (21.9)	109 (5.2)
Mild	147 (6.4)	95 (4.1)	205 (9.8)	54 (2.6)
Moderate	99 (4.3)	43 (1.9)	234 (11.2)	51 (2.4)
Severe	5 (0.2)	0 (0.0)	20 (1.0)	4 (0.2)
Use of antipyretic or pain medication[f]	638 (27.8)	332 (14.4)	945 (45.0)	266 (12.6)

Note: Events and use of antipyretic or pain medication were collected in the electronic diary (e-diary) from Day 1 to Day 7 after each dose.

a. N = Number of participants reporting at least 1 yes or no response for the specified event after the specified dose.
b. n = Number of participants with the specified reaction.
c. Mild: does not interfere with activity; Moderate: some interference with activity; Severe: prevents daily activity.
d. Mild: 1 to 2 times in 24 hours; Moderate: >2 times in 24 hours; Severe: requires intravenous hydration.
e. Mild: 2 to 3 loose stools in 24 hours; Moderate: 4 to 5 loose stools in 24 hours; Severe: 6 or more loose stools in 24 hours.
f. Severity was not collected for use of antipyretic or pain medication.
‡ Eight participants were between 16 and 17 years of age.
* Randomized participants in the safety analysis population who received at least 1 dose of the study intervention.

Nach der ersten Impfdosis, und noch mehr nach der zweiten, entwickelten Kinder starkes Fieber, Kopfschmerzen, Schüttelfrost, Muskel- und Gelenksschmerzen, Durchfall und Erbrechen.

Tödliche Nebenwirkungen werden ignoriert

Zu den möglichen schwerwiegenden Nebenwirkungen, die bei geimpften häufiger beobachtet wurden als bei der Vergleichsgruppe zählt eine potenziell tödliche Blinddarmentzündung. Hier weisen Pfizer/Biontech einen Zusammenhang mit der Impfung dennoch zurück:

„Appendicitis was reported as a serious adverse event for 12 participants, and numerically higher in the vaccine group, 8 vaccine participants and 4 placebo participants. Currently available information is insufficient to determine a causal relationship with the vaccine. There were no other notable patterns or numerical imbalances between treatment groups for specific categories of serious adverse events (including neurologic, neuro-inflammatory, and thrombotic events) that would suggest a causal relationship to Pfizer-BioNTech COVID-19 Vaccine.“

Die Zahl schwerer Nebenwirkungen wird von Pfizer/Biontech mit 0,4–0,8 Prozent der Geimpften angegeben. Auf die Kinder- und Jugendlichen-Population der USA umgelegt,

würde dies bedeuten, dass mit schweren Nebenwirkungen bei 330.000 bis 660.000 Menschen zu rechnen ist!

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

19) Totalüberwachung droht: Mit dem „Impfpass“ in eine Orwell-Diktatur

25. 05. 2021

Bild: Shutterstock

Unter dem Vorwand, dass der digitale Impfpass in der „Corona-Pandemie“ für zurückgegebene Freiheiten sorgen soll, wird jetzt alles darangesetzt, den Leuten die nicht bereit sind, sich als Versuchskaninchen für die Pharmaindustrie missbrauchen zu lassen, das Leben schwer zu machen.

Gefahr für Umgebung trotz „Immunisierung“

Man spricht von der „Immunisierung“ Geimpfter, wenn es darum geht, den Menschen die Hoffnung auf Gesundbleiben zu versprechen und gleichzeitig teilt man den Leuten mit, dass sie weiterhin gewisse Schikanen und Verbote zu ertragen haben, da man ja auch als Geimpfter eine gewisse Gefahr für die Umgebung darstelle. Ja, und sogar trotz Impfung erkranken könne. Derartige Widersprüchlichkeiten finden sich zuhauf in den Mainstreammedien und auch über die Nebenwirkungen der Impfungen herrscht kaum Klarheit. Man kann ruhig behaupten, die sogenannten „Experten“ wissen nicht mehr was sie sagen sollen. Außer dass jetzt selbst Kinder geimpft werden müssen, eine Personengruppe, die von der „Pandemie“ überhaupt nicht betroffen ist.

Nur eines weiß man: Der Wahnsinn wird planmäßig weitergehen, egal ob geimpft oder nicht – neue Corona-Mutationen werden je „nach Bedarf“ aus dem Hut gezaubert werden. Geplant sind jetzt bereits die Nachimpfungen für schon zweimal Geimpfte, man spricht von

„Booster-Shots“. Die Pharmaindustrie darf sich die Hände reiben – die Lobbyisten haben gute Arbeit geleistet und eine korrupte Politikerklasse stopft sich die Taschen voll.

EU beschließt digitalen Impfpass

So hat sich Ende vergangener Woche die Europäische Union (EU) auf einen digitalen Impfpass verständigt. Ein Zertifikat in Form eines einfachen QR-Codes auf Papier oder auf dem Mobiltelefon soll den Weg in die „neue Normalität“ öffnen. Eine Normalität, die direkt in einen Überwachungsstaat orwell‘scher Prägung führen und unsere Gesellschaft weiter spalten wird. Denn nicht alle Leute sind wie steuerbare Herdentiere, die sich alles bieten lassen.

ZUR ZEIT, unser Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION, führte mit der **FPÖ-Verfassungssprecherin und Rechtsanwältin Susanne Fürst** ein Interview über die vielen Gefahren, die der Impfpass, für Freiheit, Privatsphäre und Datenschutz mit sich bringt. Eine Analyse die auf alle Länder der EU zutrifft. In Deutschland wird das digitales Impfzertifikat aufgrund von Verzögerungen laut Bundesgesundheitsministerium erst Ende Juni bereitstehen. Hier das Interview mit der Juristin:

Nach dem Willen der Bundesregierung soll schon bald ein Besuch im Gasthaus oder der Besuch eines Konzerts nur noch mit dem sogenannten Grünen Pass erlaubt sein. Was bedeutet das für all jene, die sich – aus welchen Gründen auch immer – nicht gegen das Coronavirus impfen bzw. testen lassen wollen?

Susanne Fürst: Seit März 2020 haben wir laut der Diktion der Bundesregierung alle Mitmenschen als Infektionsträger zu sehen, von denen wir Abstand zu halten haben. Am gesellschaftlichen Leben teilhaben sollen nur Menschen, „von denen keine Gefahr ausgehe“, also Personen, die getestet – geimpft – oder genesen sind (gesund gibt es nicht mehr) und bei denen der Grüne Pass freigeschaltet ist. Wenn wir dies – und viele andere Einschränkungen – nicht akzeptieren, kommt wieder der Lockdown, so lautet die erpresserische Botschaft.

Ist der Grüne Pass also nichts anderes als ein indirekter Impf- und Testzwang?

Fürst: Der Grüne Pass ist nichts weniger als die Umstellung unseres Lebensstils. Im Namen der „Sicherheit“ und des „Gesundheitsschutzes“ soll sich unser ganzes Leben um die Vermeidung einer Ansteckung mit dem Corona-Virus drehen. Die durch die Dauerbeschallung von Regierung und Medien bei vielen Menschen produzierte Angst und Paranoia wird genutzt, um den Grünen Pass zu installieren. Ein Dokument, welches die „Braven“ und „Folgsamen“ auszeichnet und die „Undisziplinierten“ ausgrenzt. Es werden gnadenlos alle zurückgelassen, die sich aus den verschiedensten – legitimen – Gründen nicht testen oder impfen lassen wollen, sodass man von einem echten Zwang sprechen muss.

Der Grüne Pass soll mit einem QR-Code ausgestattet sein. Besteht damit nicht die Gefahr einer lückenlosen Überwachung der Bürger? Und besondere Brisanz erhält die Sache wohl auch, weil gesundheitsbezogene Daten mit im Spiel sind.

Fürst: Ich sehe den Grünen Pass als reines Überwachungsinstrument. Die treuherzigen Versicherungen der Politiker, der Pass würde nach „Ende der Pandemie“ wieder auslaufen, sind Schall und Rauch. Es wird wohl kaum europaweit ein solcher Aufwand für die Installierung betrieben, um das Ding wieder abzuschaffen. In der geplanten Novelle des Epidemiegesetzes ist vorgesehen, dass künftig nicht nur die Infektion mit dem Corona-Virus zu melden und im Pass einzutragen ist, sondern auch eine Reihe von weiteren Krankheiten. Hier wird auf Dauer ein ständig mitzuführendes Dokument geschaffen, welches nicht nur unseren Gesundheitsstatus enthält, sondern auch den Tagesablauf aufzeichnet; einsehbar für jede Behörde.

Wenn der Grüne Pass nicht mit Grundrechten und Datenschutz vereinbar ist, wie hoch schätzen Sie die Möglichkeit ein, dass die rechtlichen Grundlagen vom Verfassungsgerichtshof aufgehoben werden?

Fürst: Der Grüne Pass schafft unser Grundrecht auf Privatsphäre und auf Datenschutz praktisch ab und es wird dem Missbrauch Tür und Tor geöffnet. So kann etwa künftig jede Versicherung bei Abschluss einer Lebens- oder einer Krankenversicherung darauf zugreifen und dann – je nach aufgezeichnetem Lebensstil – die Höhe der Prämien abstufen oder den Versicherungsschutz aufkündigen. Es werden aber nicht nur Gesundheitsdaten gespeichert, sondern auch eine Unmenge von persönlichen Daten. Zu welchem Zeitpunkt ich welches Lokal oder welche Institution betrete, mit wem ich dort zusammentreffe, wie lange ich verweile; alles wird aufgezeichnet. Durch die begleitenden Maßnahmen, wie die Anzeigepflicht für das Zusammenkommen von Menschen ab fünf Personen, fehlt nicht mehr viel zu einer lückenlosen Überwachung, die sich dann sehr schnell gegen „störende“ Bürger richten kann. Der Grüne Pass ist aus meiner Sicht – wie sämtliche Corona-Maßnahmen – verfassungswidrig, da die Voraussetzungen für die Beschränkungen nicht vorliegen. Es gibt keinen Notstand, der die massiven Grundrechtseingriffe rechtfertigt und auch der Grüne Pass ist alles andere als verhältnismäßig. Ich hoffe, der Verfassungsgerichtshof entscheidet dies auch so, wobei der politische Druck auf die Richter hier nicht unerheblich ist.

Künftig kann eine Versicherung vor Abschluss einer Krankenversicherung auf den Grünen Pass zurückgreifen.

Wirft der Grüne Pass nicht auch ein düsteres Licht auf Kanzler Kurz? Denn der einzelne Bürger wird als potentielle Gefahrenquelle betrachtet und muss – durch Test oder durch Impfung – den Gegenbeweis antreten.

Fürst: Ja. Ich sehe ein sehr düsteres Licht am Ende seines angekündigten Tunnels. Er nimmt sich ganz offensichtlich ein Beispiel an Ländern, in welchen die Freiheit des Individuums und unsere freiheitlichen, liberalen Werte keinen vergleichbar hohen Stellenwert haben.

US-Bundesstaaten wie Florida, die Impfnachweise untersagt haben, zeigen, dass es auch anders geht als der von Kanzler Kurz eingeschlagene Weg. Haben Sie eine Erklärung dafür, warum Kurz so erpicht ist, den Grünen Pass trotz aller Bedenken umzusetzen?

Fürst: Floridas Gouverneur hob zu einem sehr frühen Zeitpunkt sämtliche freiheitsberaubende Corona-Maßnahmen auf und untersagte – wie eine Reihe von weiteren republikanisch regierten US-Bundesstaaten – das verpflichtende Vorweisen von

Impfnachweisen, nur um Teil der normalen Gesellschaft zu sein. Er erklärte ganz unverblümt, die Nachweise würden dazu benützt, die enthaltenen Informationen an große Tech-Unternehmen weiterzugeben, welche die Daten missbräuchlich verwenden. Ich denke, dies sollte uns nachdenklich machen über die Beweggründe von Bundeskanzler Kurz.

Das Gespräch führte **Bernhard Tomaschitz**.

Dr. Susanne Fürst ist Rechtsanwältin, Nationalratsabgeordnete der FPÖ und Verfassungssprecherin der Freiheitlichen Partei. (Bild: Parlamentsdirektion/PHOTO SIMONIS)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

20) Corona-Konkurslawine: und wie soll es weitergehen?

Von Dr. Johann Hüthmair**,** emeritierter Sanierungsbegleiter, lebt in Oberösterreich

24. 05. 2021

Bildquelle: BiZ

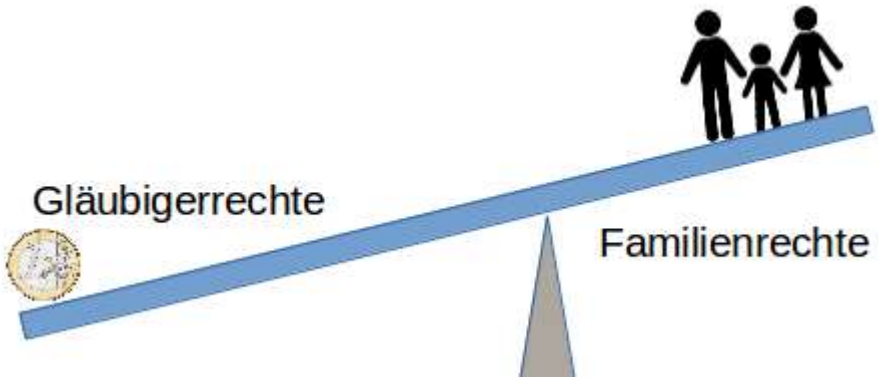
Der nach der letzten Finanzkrise geschaffene **Europäische Ausschuss für Systemrisiken** warnt vor dem Herannahen einer Corona-Pleitewelle

deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/511679/Ausschuss-fuer-Systemrisiken-Staaten-muessen-sich-auf-herannahende-ewelle-vorbereiten

Durch die Corona-Krise kommen viele Personen in Zahlungsstockung, werden insolvent. Steuerbelastungen, enorme Wohnungskosten und andere Kosten verschärfen die Situation. Viele Unternehmer kommen wegen Bürgschaften für Banken in private Notlage.

Die Exekutionsordnungen in Österreich und Deutschland nehmen vom Einkommens-Betrag über dem Existenzminimum 70% für die Gläubiger (nach Steuern). Auch die laufenden Zinsen fressen den Gestrandeten die Butter vom Brot.

Gläubigerrechte zählen mehr als Familienrechte



Diesen empfundenen Ausbeutungsversuchen weichen viele Menschen aus; Erträge werden privatisiert und die Kosten der Sozialsysteme sozialisiert (über Notstandshilfen umverteilt).

Wenn der Finanzminister die Fälligkeitstermine von Abgaben hinausschiebt, das Moratorium wiederholt verlängert, kommt das beim vegetativen Nervensystem der Gestrandeten nicht gut an; viele Unternehmern haben bereits jetzt schlaflose Nächte, sie spüren das dicke Ende.

Wir haben es hier mit institutionalisiertem Systemversagen zu tun: die Parteipolitik ist in Nebenschauplätzen verwickelt. Finanzsanierung bei privaten Gestrandeten scheint hingegen keinen hohen Stellenwert zu haben.

Wenn in Österreich die Ausstiegshürden nach einer Pandemie oder Planungsabweichung derart miserabel sind, sollte sich jeder redliche Kaufmann als Familienversorger überlegen, das Risiko gar nicht einzugehen. Auch Drachenfliegen oder Motorradfahren sollte er ja meiden, da diese Sportarten zu gefährlich ist.

Befreiung der Schuldgeld-Sklaven

Schulden machen krank und Ehen gehen in Brüche, doch weder Gewerkschaft noch Caritas nehmen sich der Schuldensklaven an. Die Verjährungsfrist für Giralschuldensklaven beträgt in Österreich noch 30 Jahre; daran erkennt man, dass Schuldner weder eine Lobby noch hinreichend Rechte haben.

Wir fordern eine Novellierung der einschlägigen Gesetze mit dem Ziel einer humaneren Restschuldbefreiung.

Dazu müssten die Exekutionsordnungen vom Kopf auf die Beine gestellt werden: 2/3 für Gestrandete und 1/3 für Gläubiger, also die Verteilung umdrehen! Ferner: Zinsenstopp bei Exekution! Auch in der Insolvenzabwicklung bei Abschöpfung und zur Zahlungsplan-Berechnung trifft das zu, obwohl es kaum debattiert wird.

Die Schweiz ist bei Schuldenregulierung wesentlich familienfreundlicher und könnte bei Armutsbekämpfung als Vorbild dienen: Grundsatzlich (gemäss Art. 127 OR) gilt in der Schweiz eine Verjährungsfrist von zehn Jahren für alle Forderungen, wenn nichts anderes bestimmt ist.

Weitere Beispiele: Auch Holland und England haben die Strukturreformen besser angepasst als Österreich oder Deutschland.

Zum Vergleich:

Österreich Exekutions-Tabelle:
www.schuldenberatung.at/schuldnerinnen/pfaendungsrechner.php
Deutschland Pfandtabelle:
www.juraforum.de/lexikon/existenzminimum
Schweiz: https://www.fedlex.admin.ch/eli/cc/11/529_488_529/de

Wenn sich Unternehmer bei Zahlungsstockung aus der Struktur nicht gegen die vermeintlichen Verursacher (also Bank, Finanzamt, OGK etc) wehren bzw. abreagieren können, liegen die Nerven blank. Wenn Partnerinnen (Ehefrauen) diesen Spannungszustand nicht mehr ertragen, verlassen sie oft das Haus.

Die Corona-Epidemie bringt viele Familien in Bedrängnis; die unerfüllbaren Versorgungspflichten der Männer beschämen die Männer bis auf die Knochen. Dasselbe kann man auch bei Hengsten in der Wildnis beobachten, zB bei Mustangs oder Zebras (vgl www.youtube.com/watch?v=Rh2IEbKjdjY Pferd geht durch: Tamme Hanken – Der Knochenstrecker).

Die Strategie zur Entschuldung im Umgang mit den Gläubigerinteressen sollte bei Pfändungsmodellen berücksichtigt werden, wenn es zu Zahlungsplanberechnung oder zur Abschöpfung kommt, aber auch bei außergerichtlichen Vergleichen.

Über den Stau der Strukturreformen in der österreichischen Insolvenzordnung siehe den Artikel:

Der Wertberichtigungsbedarf in den Bilanzen der Banken hat bei Zahlungsstockung als Referenzadresse die Abschöpfungserwartungen zu berücksichtigen! Eine Forderungseinlösung (§ 1422ff), die wir als Alternative zur Abschöpfung gerne anbieten, ist ein Vorteil für die Bank, um alles mit einer Buchung aus den Büchern zu bekommen.

Die Wurzeln bei Partnerproblemen liegen oft in der Unverhältnismäßigkeit des Verteilungsschlüssels Gläubiger : Schuldner und nicht daran, was die Statistik an Symptomen erwähnt, wenn es zu einem Suizid kommt. Konfliktumleitung der Austragung nach Inhalt und Adressaten (zB beim Mord an einer Frau und Mutter durch einen Bierwirt in Wien nach 1 Jahr ohne Einkommen) zeigt die Dynamik von Beschämung und Angst.

Auch die 30 Jahre Verjährungsfrist trägt zu Angst und Panik bei, die Schweiz hat bloß 10 Jahre. Der Stau der Strukturreformen in Österreich ist besonders in der Schuldnerversklavung deutlich: während die Staaten viel Geld für Corona-Maßnahmen ausgeben, was vergesellschaften Schulden zur Folge hat, werden gestrandete Unternehmer überproportinal ausgebeutet und die Familienbedingungen strukturell verschlechtert, wobei „ein Durchdrehen“ in Kauf genommen wird.

Flucht oder Selbstmord

Konkurs im Handelsbetrieb (Holzfurnier- und Parkettbodenbranche) eines Kaufmanns als persönlich haftender Kommanditist: Wohnung weg, schlechte Aussichten. Die gesamte Holzfurnier- und Parkettbodenbranche wurde durch Kunststoffdrucke kompensiert. Reihenweise konnten die Unternehmer nicht schnell genug aussteigen. Ich selbst hatte in der Branche mehrere Insolvenzanträge aufbereitet und begleitet. Da ist von Schuld und Schuldner eine ganz andere Betrachtung erforderlich, die Kollateralschäden sind größer als bekannt.

Der gestrandete Handelsunternehmer erklärt es so: „Gleich zwei Wochen nach Beendigung des Konkursverfahren stand der Exekutor vor der Tür. Damals war kaum eine Chance auf Restschuldbefreiung in Sicht, es blieben mir zwei Alternativen: Selbstmord oder Flucht. Wir flüchteten ins Ausland, um dieser Beschämung und Knebelung auszuweichen. Mit der neuen Schuldenregulierung ab Juli 2021 prüfen wir, diese Möglichkeit zu beantragen."

Mir sagte ein verzweifelter Unternehmer bei der Erstbesprechung zu einer Sanierungsregelung: „Ich erschieße meine Familie und dann mich selbst!" In solchen Fällen ist Besonnenheit gefordert, was jedoch anonyme Anwaltskanzleien oder Steuerberater etc. meist überfordert.

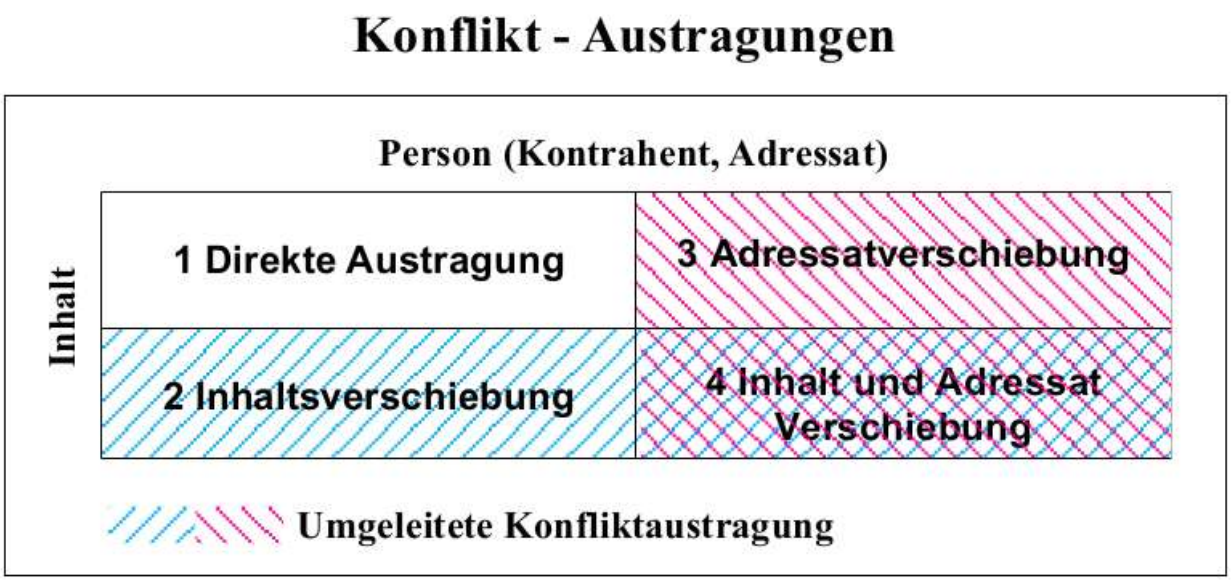
Polyvagal-Modell zu „Flucht oder Selbstmord":
Die Angststeuerung lautet Angriff – Flucht – Erstarren

Juristische Strafe-Abschreckungsversuche greifen kaum, wenn der Überlebensmodus aktiviert wird, der unserer Spezies über Millionen Jahre das Überleben gesichert hat. Vgl. den Artikel: **Das Leben selbst beenden? Eine abwendbare Tragödie**.

Was haben Frauenmorde mit der Pfändungstabelle zu tun?

Es gibt viele Fälle wo die Männer wegen Beschämungen aus Geldnot „ausgerastet" sind. Das bereits erwähnte Beispiel des Wiener „Bierwirts", der nach 1 Jahr ohne Einkommen einer Frau und Mutter ermordete schlug medial hohe Wellen, doch die Motive sind tiefgründiger. So zeigte sich bereits zuvor eine umgeleitete Aggressivität gegenüber der Parteienpolitik (Sigrid Maurer/Grüne), die man als „Ventil" diagnostizieren könnte. Die Medien bringen vorwiegend die emotionalen Wirkungen, jedoch kaum dahinter liegende Ursachen, die zur Tat führten.

Frauenmorde durch den Partner oder Ehemann sind im westlichen Kulturkreis keine Raubmorde und auch keine Ehrenmorde wie bei Moslems oder anderen Ideologien, sondern sozialpsychologisch gesehen ein Hilferuf um Zuwendung und Aufmerksamkeit in umgelenkter Form. Es geht um den ökonomischen Kontrollverlust von „Macho-Männern", der zu Beschämung führt; die Konfliktaustragung läuft dann oft umgeleitet.



Mehr zu Konfliktumleitungen:
upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/8/8b/Konfliktumleitung_nach_Euler.png

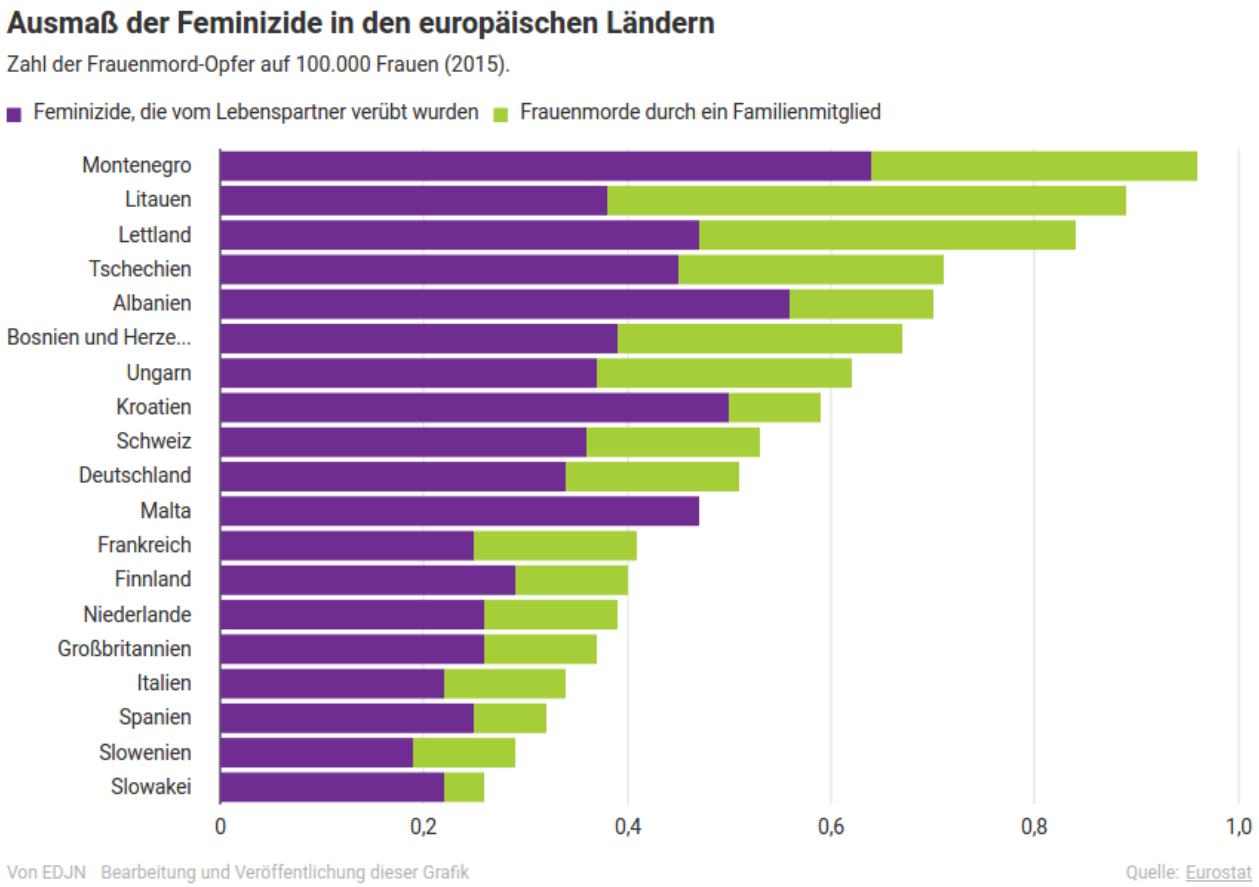
Ein Schocktrauma wie eine Entwürdigung des Familienversorgers in die Versorgungsunfähigkeit durch Exekution kann als Auslöser von Kurzschlusshandlungen gelten. Da hilft spätere Verurteilung nicht als Abschreckung, da die Konfliktstruktur anders verläuft. Juristen und Parteipolitiker sind leider kaum ausgebildet, um Konfliktursachen und psychologische Verlaufstruktur zu erkennen, geben jedoch ihre Meinung oberflächlicher Kausalitätseinschätzung von sich. Weshalb kümmert sich weder der Sozialminister noch Caritas noch Sozialpartner darum? Wenn Gläubigerschützer bei Gestrandeten von Wohlverhalten reden, ist das zynisch, zumal wenn man die österreichischen Pfändungsnormen mit denen der Nachbarstaaten vergleicht.

Covid wird die Regierung noch zwingen, sich des Themas anzunehmen. Möglicherweise werden weitere Morde die Traumaexperten auf den Plan rufen, um damit die Zukunft

Gestrandeter zu regeln, weil letztlich die Waisenversorgung zu teuer wird. Traurig aber wahr.

www.europeandatajournalism.eu/ger/Nachrichten/Daten-Nachrichten/Frauenmord-in-Europa-Ein-Vergleich-zwischen-unterschiedlichen-Laendern

Zahl der Frauenmord-Opfer auf 100.000 Frauen (2015)



Quelle: Eurostat Bearbeitung und Veröffentlichung dieser Grafik Österreich kehrt die Statistikdaten unter den Teppich?appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=crim_hom_vrel&lang=en

Österreichische Familien sind, was die Pfändungsbeträge speziell bei Unterhaltspflichten betrifft, ganz miserabel gestellt

Ein Beispiel: Bei Nettopension € 2010 werden nur € 220 monatlich für die Gattin angerechnet, während € 490 exekutiert werden und der Staat zuvor € 455 an Steuern einbehält. Dabei fällt Österreich weit hinter Deutschland zurück.

Die monatliche Leistung beträgt ab Mai 2021:

	Alterspension
Leistung	EUR 2598,46
abzüglich	
Krankenversicherungsbeitrag	EUR 132,52
Lohnsteuer	EUR 454,75
sonstiger Abzug	EUR 491,19
Anweisungsbetrag	EUR 1520,00

Freundliche Grüße
SOZIALVERSICHERUNGSANSTALT DER SELBSTÄNDIGEN

Kein ausgeprägtes Rechtsempfinden zeigte auch ein Salzburger Rechtspfleger, der eine Exekution genehmigte, ohne zuvor die Versorgungsplicht zu prüfen, obwohl in der Sozialversicherung der Frau des Schuldners eindeutig die Mitversicherung erkennbar gewesen wäre. Der Salzburger, der sich im Ausland aughält, wird nun von einer Bank aus der Steiermark zu 100% gepfändet, obwohl die Bank lediglich ca 1/3 der Gläubigerforderungen hält. Der Schutz der Gläubigerinteressen ist im § 159 StGB als „Grob fahrlässige Beeinträchtigung von Gläubigerinteressen“ beschrieben; der Bank aus der Steiermark sind zwar auch die übrigen 22 Gläubiger aus dem Anmeldeverzeichnis im Konkursverfahren bekannt, der Wille des Gesetzgebers der Gläubigergleichbehandlung wird aber ignoriert. Es gibt im Insolvenzrecht voraussehend die Anfechtungsordnung § 27ff IO, um derartige egoistische Missbräuche rückwirkend zu reparieren. Diese ursprüngliche irrtümliche Pfändungsbewilligung wurde ab Mai berichtigt:

Verständigung über die Leistungshöhe zum 1. Jänner 2021.

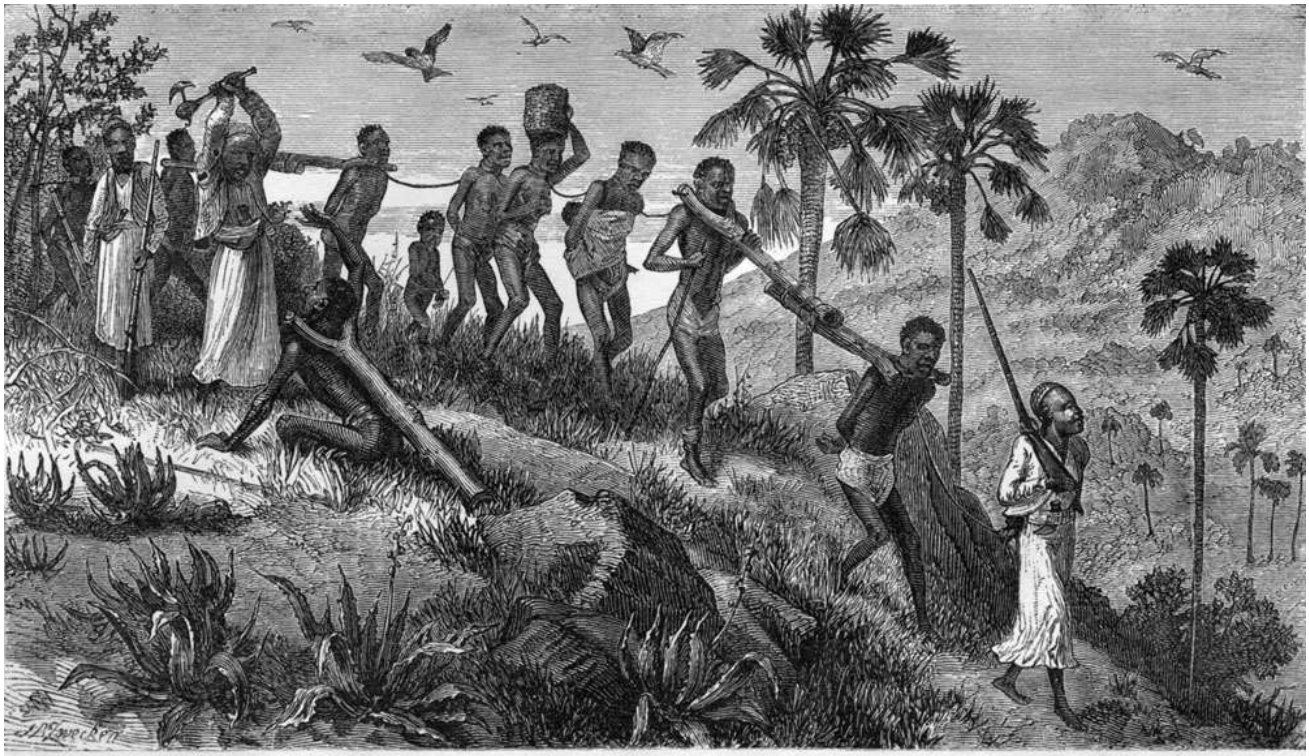
		Alterspension
Leistung	EUR	2.598,46
abzüglich		
Krankenversicherungsbeitrag	EUR	132,52
Lohnsteuer	EUR	454,75
sonstiger Abzug	EUR	711,19
Anweisungsbetrag	EUR	1.300,00

Im Vergleich: Deutschland hat bei 2.010,00 pfändbarem Einkommen einen Pfändungsbetrag von € 581,99 (ohne Unterhalt) oder € 193,92 (mit Unterhaltspflicht, also für Ehegattin € 390,- für Unterhalt). In der Schweiz sind gestrandete natürliche Personen wesentlich bessergestellt. Auch die (Selbst-)Mordstatistik bringt dies zum Ausdruck.

Wenn der Staat die Gläubiger derart begünstigen will, auch für solche Unternehmer, die in die Covid-Falle tappten, dann könnte der Steuerberechnungsbetrag auch nach den Pfändungsabzügen erfolgen.

Moderne Halskrause für Giralgeldschuldner

Die Gläubiger haben Gläubigerschutzverbände, jedoch die Giralsklaven sind nicht koordiniert, sondern es wird eine Rechtsnorm aus der Kirche und Kaiserzeit weiterhin praktiziert: eine elektronische Giroschuld-Halskrause, ähnlich seinerzeit in Afrika. Von David Livingston wurde bekannt, dass er einige Sklaventreiber in die Flucht geschlagen hatte, um die Sklaven zu befreien, die sonst zur Handelsware geworden wären. In ähnlicher Weise schmücken heute die Forderungen gegen künftige Einkünfte die Bilanzen der Banken.



SLAVERS REVENGING THEIR LOSSES.

de.wikipedia.org/wiki/Datei:Slaves_ruvuma.jpg

Die Gesundheit geht mit Verarmung oft Hand in Hand. Wenn die Würde des Menschen unantastbar sein soll (Grundrecht), dann wäre hier ein radikales Umdenken erforderlich. Wenn nun Corona-geschädigte Kleinunternehmer und Bürgen ihr Vermögen zur Verfügung stellen, sollte dies für die Restschuldbefreiung reichen, also Abwicklung wie bei Kapitalgesellschaften ohne Versklavung betreffend künftiger Erträge. Wenn der Staat einen Gläubigerausgleich geben will, wären diese Lasten zu sozialisieren, etwa so wie seinerzeit nach der DDR-Integration ein Solidarbeitrag eingefordert wurde. In Relation macht es zu den übrigen Stützungszuwendungen ohnedies nur eine Bagatelle aus, wenn zuvor Frist der Entschuldung und exekutierbarer Anteil über das Existenzminimum neu geordnet würde.

Schlussfolgerung

Die Kluft zwischen Arm und Reich wird durch Corona vergrößert, viele Familien des Mittelstandes rutschen in die Armutsgrenze und das zeigt sich auch an den Symptomen. Doch Parteipolitiker wollen lieber Symptome bekämpfen (Strafmaß etc) als die Ursachen.

Unser Finanzsystem ist ohnedies mit viel Geld geflutet, das sollte in der Verteilung auch jenen Familien zugute kommen, die aufgrund der Pandemie in die Not geraten sind. Die Angemessenheit von Exekutionstabellen im Vergleich mit den Nachbarländern in Europa, speziell der Schweiz, wäre neu zu ordnen und Gestrandeten müsste mehr Schutz gewährt werden. Die Beschämung der Familien hat viele Beziehungskatastrophen zur Folge, Ehen brechen infolge umgeleiteter Konfliktaustragung. Wenn dann Frauen Unterhaltsleistungen fordern, rasten manche Männer aus.

Referenzen

Donald D. Hoffman, (2020) Relativ real: Warum wir die Wirklichkeit nicht erfassen können und wie die Evolution unsere Wahrnehmung geformt hat

Gerald Hüther, (2021) Lieblosigkeit macht krank.

Ders., (2020) Würde.

Bruce Lipton (2016) Epigenetik, Intelligente Zellen – Wie Erfahrungen unsere Gene steuern

Postscriptum

Wir ersuchen Rechtspfleger und Anwälte etc., diese Denkansätze zum Reformenstau noch anzureichern.

Vöcklabruck – Wien, am 23. Mai 2021

Dr. Johann Hüthmair

Dr. Johann Hüthmair
Obmann: Bürgerinitiative Zivilcourage (BiZ)
www.buergerinitiative.biz
BiZ@buergerinitiative.biz
Tel: +43 7672 27898
4840 Vöcklabruck, Austria
ZVR: 832775826

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

21) Frankreich: schwerbewaffnete Polizisten vertreiben Café-Gäste wegen Corona-Sperrstunde (VIDEO)

23. 05. 2021

Auch in Frankreich bekleckert sich die dortige Polizei nicht gerade mit Ruhm, was die brutale und völlig unverhältnismäßige Durchsetzung der Corona-Zwangsmaßnahmen gegen die eigene Bevölkerung betrifft (ganz abgesehen vom brutalen Vorgehen gegen die Gelbwesten-Proteste). Während man in den moslemischen Banlieues aus Angst vor Migrantengewalt und Anarchie schon gar nicht mehr Streife fährt, rückt man gegen die autochthonen Franzosen schwerbewaffnet und mannstark an.

Coronavirus kommt zur Sperrstunde

In Frankreich herrscht neben einem quasi-Dauerlockdown auch eine Ausgangssperre von 21.00 bis 06.00 Uhr. Wer dann noch ohne trifftigen Grund auf der Straße „erwischt“ wird, muss mit teils drakonischen Strafen rechnen. Das Virus ist offenbar in weiten Teilen Europas besonders nachtaktiv…

Da sich bei sommerlichem Wetter aber herzlich wenige Franzosen um die Ausgangsbeschränkungen scheren, rückte kurzerhand in vielen Städten die Polizei aus, um die Bürger aus Parks, Restaurants und Cafés zu vertreiben. Ein Video verdeutlicht dabei die ganze Absurdität und Gefährlichkeit der derzeitigen Corona-Diktatur. Gäste eines Cafés werden von dutzenden maskierten Polizisten mit Maschinengeweheren (!) bedroht und aufgefordert, dieses aufgrund der Corona-Sperrstunde umgehend zu verlassen. Auch Biertrinker auf der Straße werden drangsaliert.

Anita Helene
@Hausfrau4ever

21.00 ... in Frankreich wird das Virus wach,die Menschen müssen gehen.
11:54 nachm. · 22. Mai 2021

https://unser-mitteleuropa.com/frankreich-schwerbewaffnete-polizisten-vertreiben-cafe-gaeste-wegen-corona-sperrstunde-video/

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

22) „Baby, lass uns impfen“: Bizzare Impf-Propaganda der Österreichischen Gesundheitskasse (VIDEO)

19. 05. 2021

Immer plumper und perfider wird die Impf-Propaganda von Politik, aber auch von medizinischen Institutionen und Gesundheitsbehörden vorangetrieben, um möglichst viele Menschen zu einer Corona-Impfung zu drängen. Exemplarisch dafür, herrscht in den sozialen Netzwerken gerade große Aufregung über ein offenbar teuer produziertes Propagandavideo der Österreichischen Gesundheitskasse (ÖGK), dass klar macht, in welche Richtung die Reise mit der Corona-Impfung geht.

Freiheit erst mit der Impfung

Das Video soll den Zusehern vor allem positive Lebensfreude und Freiheit vermitteln, doch nur dank der quasi lebensrettenden Spritze mit dem Corona-Impfstoff. Familien mit Kindern, junge und alte Leute, alle springen und tanzen wie von Sinnen herum, weil sie endlich ihre „Freiheiten“ wieder erlangt haben. Dazu der bizzare Text:

„Baby lass uns impfen, ich und du, wir zwei, lass uns hier verschwinden, ***endlich sind wir frei.*** *Komm wir gehen jetzt Impfen, Du kannst mir vertrauen.”*

Gleich zwei Dinge werden subtil angesprochen. Erstens „endlich wieder frei“, da man vorher entrechtet und wie Vieh eingesperrt war (jenen, die sich nicht impfen lassen, blüht dies weiter). Zweitens der Nebensatz „Du kannst mir vertrauen“. Dass man dies offenbar extra im Zusammenhang mit der Impfung betonen muss, lässt bereits an den Intentionen zweifeln.

Letztlich geht es in dem Videoinhalt auch nur um das Thema Freiheit, nie aber um das eigentliche, nämlich die Gesundheit.

Shitstorm gegen Video

Das Video wurde auf YouTube bisher knapp 50.000 Mal aufgerufen. Die Kommentarfunktion hat man vorsorglich gleich deaktiviert. Jedoch wurde das Video über 12.000 Mal negativ bewertet, nur 116 Mal positiv.

In der Beschreibung informiert die ÖGK zu dem Video wie folgt:

„Freuen wir uns zurück! Die Österreichische Gesundheitskasse (ÖGK) unterstützt die Impfaktionen in den Bundesländern. Wir freuen uns gemeinsam zurück auf Restaurantbesuche, Sport und vieles mehr. Wir lotsen Sie durch den Dschungel an Fragen rund um die COVID-19-Impfung & Ihre Gesundheit. Weitere Infos finden Sie auf www.lass-uns-impfen.at."

https://unser-mitteleuropa.com/baby-lass-uns-impfen-bizzare-impf-propaganda-der-oesterreichischen-gesundheitskasse-video/

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Politische Themen in Europa

01) Péter Szijjártó: Wir wollen keinen neuen Kalten Krieg!

21. 05. 2021

Foto: Magyar Nemzet

- Neben der Coronavirus-Epidemie seien in letzter Zeit neue politische Konflikte entstanden, und die gegenseitigen Sanktionen und verbalen Zwischenfälle zwischen den Hauptakteuren der Weltwirtschaft seien besorgniserregend, sagte der Außenminister am Freitag beim Treffen des Europarats in Hamburg.

https://unser-mitteleuropa.com/peter-szijjarto-wir-wollen-keinen-neuen-kalten-krieg/

In einem Video seiner Rede, das auf seiner Facebook-Seite hochgeladen wurde, sagte Péter Szijjártó, er repräsentiere ein mitteleuropäisches Land, in dem die Menschen wissen, dass „die Geografie die Hausnummern der Länder bestimmt, was unveränderlich ist“. Er fügte hinzu, dass die Ungarn die Lehren aus der Geschichte gezogen und die richtigen Schlüsse gezogen haben.

- Und die vielleicht wichtigste Erkenntnis ist: Wenn ein Konflikt zwischen Ost und West ausbricht, verliert Mitteleuropa in der Regel.

- „Wir wollen nicht mehr Verlierer sein“, sagte Szijjártó und betonte: „Für uns ist eine pragmatische Beziehung zwischen Ost und West, die auf Dialog basiert, wünschenswert.

- Ich möchte klarstellen, dass wir überhaupt nicht an einem neuen Kalten Krieg interessiert sind, sagte Szijjártó und fügte hinzu, dass Organisationen wie der Europarat eine wichtige Rolle bei der Schaffung eines Dialogs zwischen Ost und West zu spielen haben. Der

Minister versprach, dass Ungarn sein Möglichstes tun werde, um dem Europarat zu helfen und ihn zu unterstützen. Er merkte an, dass die Pandemie eine Chance für den Dialog zwischen Ost und West sei, da es darum gehe, Menschenleben zu retten, und dies eine enge Zusammenarbeit erfordere.

Ungarn übernimmt heute von Deutschland die sechsmonatige rotierende Präsidentschaft des Ministerkomitees des Europarates. Die Prioritäten des ungarischen Ratsvorsitzes sind der effektive Schutz nationaler Minderheiten, die Unterstützung der nächsten Generation, der interreligiöse Dialog und die Umwelt sowie die Vorbereitung auf die Herausforderungen der Zukunft.

Quelle: Magyar Nemzet

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Ayaan Hirsi Ali: Hört auf die Vernunft!

01. 06. 2021

Ayaan Hirsi Ali · *Bildquelle: Magyar Nemzet*

Mitte-Links- und Linksaußen-Parteien sind auf die Stimmen der Einwanderer angewiesen

- Es gibt viele europäische Staatsoberhäupter, die mit der Einwanderung einfach nicht zurechtkommen. Wir sprechen hier nicht nur von linken, sondern auch von Mitte-Rechts-Führern, sagte Ayaan Hirsi Ali in einem Interview mit Magyar Nemzet. Laut der weltbekannten, in Somalia geborenen niederländisch-amerikanischen Schriftstellerin und Frauenrechtsaktivistin wird Europa wahrscheinlich mit immer mehr Flüchtlingswellen

konfrontiert werden, solange die Migration nicht richtig gesteuert wird, zumindest auf dem Kontinent. Ayaan Hirsi Ali sprach über die ungarische Einwanderungspolitik und sagte: ich glaube nicht, dass daran etwas Rechtsextremes ist, die Ungan folgen nur ihrem gesunden Menschenverstand."

- In den letzten Wochen haben sich die Migrationsströme in Europa verstärkt. Sind Sie von den steigenden Zuwanderungszahlen überrascht?

– Nein. Tatsächlich spreche ich seit dem Ausbruch des Arabischen Frühlings von der Gefahr von immer neuen Flüchtlingswellen! Wir sehen, dass die Pandemie die ohnehin schwache Wirtschaft der nordafrikanischen Länder belastet hat, so dass immer mehr Menschen die Region in Richtung Europa verlassen. Ich könnte aber nicht nur Nordafrika nennen, sondern auch Länder in der südlichen Sahelzone oder sogar im Nahen Osten.

Auch die Balkan-Migrationsroute könnte in naher Zukunft stärker unter Druck geraten, so dass die Lektion auch für Ungarn gilt.

Wir erleben neue Flüchtlingswellen, vor allem von jungen Männern, die nach Europa kommen. Neben der Aushöhlung der Frauenrechte in Europa möchte ich auch betonen, dass auch Homosexuelle und Juden durch die Masseneinwanderung stärker bedroht sind. Auch die europäische Arbeiterklasse, die unteren sozialen Schichten, leiden: Die Neuankömmlinge werden in ärmeren Vierteln untergebracht, und da die Masse der Einwanderer die Landessprache nicht spricht, wird sich die Qualität des Bildungs- und Gesundheitswesens bald verschlechtern. Das ist das Drama des sozialen und gesellschaftlichen Zusammenhalts in Europa. Eine Zeit lang lieferte die Corona-Krise für einige Führer eine bequeme Ausrede, um sich nicht mit der Einwanderung befassen zu müssen. Meine Vermutung ist, dass das Virus in ihrem Fall für immer ein politisches Wahlkampfthema bleiben könnte.

- Der Arabische Frühling begann vor mehr als zehn Jahren. Warum haben Sie in diesem Jahr ein Buch über die negativen Folgen der Einwanderung auf die Rechte der Frauen in Europa veröffentlicht? In Prey: Immigration, Islam and the erosion of women's rights (Beute: Einwanderung, Islam und die Aushöhlung der Frauenrechte) schreiben Sie über die ungerechtfertigte Vernachlässigung von Belästigungen, die Einwanderern zugeschrieben werden.

– Ich hielt es für sehr wichtig, das Buch jetzt zu veröffentlichen, da die Zahl der Fälle von Gewalt gegen Frauen in Europa Rekordhöhen erreicht. Ich behaupte nicht, dass das Phänomen mit der Migrationswelle von 2015 begonnen hat, aber die große Anzahl von zugewanderten Männern, die damals ankamen, hat die Situation jetzt spektakulär verschlimmert.

Ein weiterer Aspekt war, dass ich lange Zeit dachte, dass die #metoo-Frauenrechtsbewegung, die in den USA verwurzelt ist, Frauen, die Opfer von Gewalt geworden sind, weltweit helfen würde. Aber das tat es nicht. Fast niemand sprach sich gegen die Aktionen der Männer mit Migrationshintergrund aus.

Es ist kein Geheimnis, woran das in Europa liegt: Die Haltung gegenüber den Angehörigen einer Minderheit, ihre Verantwortlichkeit, ist bei weitem nicht so ausgeprägt wie die der Mehrheit. Ich habe selbst lange Zeit in Europa gelebt und kenne die Situation der Minderheiten dort sehr gut, weshalb mir die Botschaft dieses Buches sehr wichtig ist.

- Wie schwierig war es, die Daten zur Untermauerung dieser Behauptung zu sammeln? Westeuropäische Länder sagen immer wieder, dass sie Gewalttäter aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit oder Religion nicht strafrechtlich verfolgen können.
– Beim Sammeln der Daten bin auch ich gegen eine Mauer gestoßen, ebenso wie Journalisten und andere Forscher. Ich könnte Belgien, Deutschland, Schweden, die Niederlande oder Frankreich nennen. Tatsächlich gaben die Behörden in fast allen Fällen an, dass keine Daten auf der Grundlage des Herkunftslandes oder der Religion verfügbar waren. Also musste ich kreativ sein. Neben der Verarbeitung aller Daten, die ich von den europäischen Behörden erhalten habe, habe ich mit einer großen Anzahl von Korrespondenten und Journalisten gesprochen und auch die Opfer selbst kontaktiert. Ich befragte auch Regierungsbeamte und Vollzugsbeamte, die mit Migrantenvierteln vertraut waren. Wenn ich nur mit den Daten der Behörden arbeite, bekomme ich nur ein kleines, eher unbedeutendes Stück vom Kuchen ab.

Ayaan Hirsi Ali bei der Migrations-Konferenz des Mathias-Corvinus-Kollegs in Budapest · *Foto: MCC*

- Sie sind einst aus Somalia nach Europa geflohen. Viele Menschen wissen von Ihrer schwierigen Reise. Gab es Interviewpartner, deren Geschichte Sie immer noch schockiert?
– Diese Frage wird mir oft gestellt, und ich habe das Gefühl, dass ich einen brutalen Fall präsentieren soll, zum Beispiel eine Geschichte über eine Gruppenvergewaltigung. Das ist aber nicht der Fall.

Für mich sind die einprägsamsten Interviewpartner diejenigen, die mir erzählen, wie die Masseneinwanderung ihr tägliches Leben verändert hat.

Ich denke dabei meist an eine junge Frau in Deutschland, die mir erzählte, dass sie nicht mehr den Müll rausbringen oder ihr Kind in die Kita bringen kann, ohne von jungen, zugewanderten Männern beschimpft zu werden. Sie ist eine dieser europäischen Frauen, die ihre Rechte lange Zeit als selbstverständlich ansahen, und dann hat sich die Gegend, in der sie lebt, radikal verändert. Sie geht durch ihre eigene Straße und erhält sexuelle Annäherungsversuche von eingewanderten Männern, die ihr obszöne Worte zurufen. Diese junge Frau steht morgens auf und fragt sich, wie sie andere Wege finden kann, um ihr Kind in die Kita zu bringen oder dafür zu sorgen, dass ihr Mann jeden Morgen mit ihnen geht. Selbst letzteres ist keine Lösung: Während unseres Interviews sagte der Ehemann, dass seine Anwesenheit die Belästiger nicht abschreckt. Ihre Geschichte mag nicht krass erscheinen, aber stellen Sie sich vor, dass Hunderttausende von europäischen Frauen ähnliche Erfahrungen machen könnten. Übrigens zeigen meine Interviews mit weiblichen Polizisten ein ähnliches Phänomen.

Viele weibliche Polizeibeamte im Westen haben mir von Tatorten erzählt, an denen sie von zugewanderten Männern praktisch ignoriert wurden.

Und nach all dem erhielten sie ein Schulterklopfen von ihren Vorgesetzten oder sogar von Politikern, die ihnen sagten, sie sollten es nicht persönlich nehmen. Unerhört!

- Eine wichtige Behauptung des Buches ist, dass die europäischen Politiker die Augen vor den Problemen der Migration und Integration verschließen. Ist es nur ein beruflicher Grund, das Thema nicht anzusprechen, oder ist es die Tatsache, dass Westeuropa inzwischen eine große Anzahl von Wählern mit Migrationshintergrund hat?
– Alle diese Punkte sind richtig. Ich stimme voll und ganz mit der Behauptung überein, dass Mitte-Links- und Linksaußen-Parteien von den Stimmen der Einwanderer abhängig sind. Das gilt sogar in den Vereinigten Staaten, nicht nur in Europa. Diese Parteien reden nicht über die Verteidigung der Grenzen, über schwindende Ressourcen, sondern zeigen mit größter Leichtigkeit auf Kritiker und nennen sie rassistisch, fremdenfeindlich, intolerant.

Und doch ist die Abhängigkeit der Linken von den Stimmen der Einwanderer vielleicht einer der wichtigsten und moralisch verwerflichsten Aspekte von allen. Denken Sie nur: Die derzeitige Situation ist nicht zugunsten der Einwanderer oder der Aufnahmeländer, sondern nur zugunsten einer engen Gruppe, die an der Macht bleiben will.

Außerdem ist die erste Hälfte der Frage auch gültig. Es gibt viele europäische Führungspersönlichkeiten, die damit einfach nicht zurechtkommen. Dies führt zu einer institutionellen Krise. Ich spreche nicht nur von linken Führern, sondern auch von Mitte-Rechts-Führern. Sie sind diejenigen, die im Wahlkampf sagen, dass der Multikulturalismus auch seine Schattenseiten hat, und dann später die Hände in den Schoß legen, wenn es um die Gesetzgebung geht. Ich kann sehen, Sie können sehen, praktisch jeder kann sehen, dass die Zahl der Menschen, die auf diese Weise nach Europa kommen, in naher Zukunft nur zunehmen wird. Und hier komme ich wieder auf meinen ursprünglichen Gedanken zurück. Wer wird in Scharen aus Nordafrika, aus dem Nahen Osten auf den Kontinent kommen? Junge Männer, weil sie die gefährliche Reise machen können. Sie können sich die Daten ansehen, ich rede nicht um den heißen Brei herum. Achtzig Prozent der Neuankömmlinge sind Männer unter 30 Jahren.

- Sie sprechen ständig von Europa, obwohl Westeuropa und Osteuropa fast völlig entgegengesetzte Ansichten zur Einwanderung haben.

– Natürlich bin ich mir der Unterschiede innerhalb Europas bewusst. Und ich halte Ungarn für eines der nüchternsten Länder, wenn es um die Einwanderung geht. Es ist nicht möglich, die Tür für jeden zu öffnen, besonders nicht für ein Land, das die dunkle Seite der Unterdrückung kennt. Wenn Sie in historischer Perspektive denken, ist die Wende noch gar nicht so lange her.

Ungarn ist jetzt wirtschaftlich, politisch und institutionell auf dem richtigen Weg. Ich habe die andere Seite gesehen, daher habe ich Grund zu sagen, dass man diesem Beispiel nicht folgen soll.

Ich denke, die ungarische Regierung wägt die Vorteile der EU-Mitgliedschaft mit der Sicherheit der ungarischen Bürger ab. Ich glaube nicht, dass daran etwas Rechtsextremes ist, sie folgen nur ihrem gesunden Menschenverstand.

- Sehen Sie in Westeuropa ein gutes Beispiel dafür, wie man mit Zuwanderung umgeht? Der französische Präsident Emmanuel Macron zum Beispiel vertritt bereits eine härtere Haltung als in der Vergangenheit zu diesem Thema.

– In Frankreich steht Präsident Macron wegen der bevorstehenden Präsidentschaftswahlen unter Druck, und es besteht eine hohe Wahrscheinlichkeit, dass er die Wahl verlieren wird. Er nimmt seinerseits eine harte Haltung gegenüber dem Islam ein. Nach den jetzt vorliegenden Zahlen könnte Marine Le Pens Nationale Rallye leicht den ersten oder zweiten Platz erreichen, was eine dramatische Veränderung in der französischen Politik bedeuten würde.

Es besteht kein Zweifel daran, dass der Präsident, wenn die Präsidentschaftswahlen nicht unmittelbar bevorstünden, das Thema Einwanderung und Islam lieber unter den Teppich kehren würde.

Ansonsten halte ich die Migrationspolitik Dänemarks und Österreichs für die zukunftsweisendsten unter den westlichen Ländern: Auch bei ihnen sehe ich eine klare Hinwendung zu dem, was die Wähler wollen. Gleichzeitig schließen Kopenhagen und Wien ihre Grenzen nicht hundertprozentig, sondern denken über Mechanismen und Integrationsprogramme nach, die auf ihre eigenen Bedürfnisse zugeschnitten sind. Mein Buch führte eine Zeit lang die Beliebtheitscharts in Dänemark an, und es wird auch im deutschsprachigen Europa viel gelesen. Auch in den Niederlanden und Belgien war das Interesse der Presse groß. Für mich ist das auch aufschlussreich. Ich bekomme jetzt die gleichen Fragen von westlichen Reportern, wie ich sie zum Beispiel von Ihnen, einem ungarischen Journalisten, bekomme.

Vor zehn Jahren fragten mich die gleichen westlichen Journalisten nur, warum ich ein Bastard für die extreme Rechte sei. Aber jetzt kann man sich nirgends mehr verstecken, die Probleme sind da.

Ich bin in ständigem Kontakt mit französischen Denkern, die alle sagen, dass sie sich im Wesentlichen auf einen Bürgerkrieg vorbereiten. Können Sie sich das vorstellen?

Ayaan Hirsi Ali (1969) In Somalia geborene amerikanisch-niederländische Schriftstellerin, Aktivistin, Politikerin. 1992 erhielt er Asyl in den Niederlanden, wohin er aus Afrika geflohen war. Als Mädchen wurde sie einer Genitalverstümmelung unterzogen, als Jugendliche war

sie Anhängerin der Muslimbruderschaft. Heute lebt sie als renommierte Kritikerin des Islams und der Masseneinwanderung im Westen in den Vereinigten Staaten. Mit Sitz in New York gründete sie ihre eigene Organisation, die AHA Foundation, die sich für die Rechte der Frauen einsetzt.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Ceuta: Marokkanische Eltern wollen ihre Kinder nicht zurück

01. 06. 2021

Bildquelle: Fdesouche

Nach der illegalen Einreise von 2.000 unbegleiteten Minderjährigen erklären 92% der befragten marokkanischen Familien, dass ihre Kinder in Spanien bleiben sollen

Das Problem der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge (MUFL) in Ceute spitzte sich in der vergtangenen Woche deutlich zu: mehr als tausend marokkanische MUFL halten sich seit der Migrationskrise, die das Nachbarland am 17. Mai ausgelöst hatte, dort auf.

Es genügt, fast überall in der Stadt, von Benítez bis Santa Catalina, spazieren zu gehen, um zu sehen, dass es immer noch Hunderte solcher Jugendlicher auf der Straße gibt. Die lokale Verwaltung hat bereits 1.125 von ihnen aufgenommen, einschließlich der 238, die im Heim „La Esperanza“ untergebracht sind, und von denen einige bald von den verschiedenen autonomen Regionen Spaniens in Form eines „beispiellosen“ Solidaritätsmechanismus verteilt werdensollen.

Von den Neuankömmlingen hat die Stadt 920 polizeilich registriert. In Piniers gibt es 171 Jungen und 67 Mädchen. Im Sportzentrum Santa Amelia 245 männliche Jugendliche und in den Lagerhallen von Tarajal weitere 364.

Die gewissenhafte Prozedur, die das spanische Gesetz vorschreibt und die der Kinderschutzdienst unter der Leitung von Toñi Palomo „buchstabengetreu“ befolgt, hat damit begonnen, in einem Screening-Prozess voranzukommen, indem im Krankenhaus Altersbestimmungstests für diejenigen durchgeführt werden, deren Alter zweifelhaft ist. Diesen Freitag wurden die ersten zehn Tests durchgeführt und die NGO *Save The Children* hat bereits mehr als 150 persönliche Interviews mit Kindern und Jugendlichen durchgeführt.

Sie erhielten Dokumente, die unnötige radiologische Untersuchungen vermeiden und die Verfahren in etwas mehr als der Hälfte der Fälle beschleunigen sollen. Ferner wurden Kontakte mit 79 Familien der Jugendlichen hergestellen. Das Ergebnis dieser Gespräche war „niederschmetternd“.

Unabhängig davon, ob sie getäuscht wurden oder nicht, zogen es 92,5 % der Eltern vor, dass ihre Kinder in Spanien bleiben sollen, und zwar „aus sozioökonomischen Gründen, familiären Gründen, Geldmangel, Armut, Erhöhung der Medikamentenkosten…“ usw. Nur in sechs Fällen wurde eine positive Antwort zur Rückkehr der Kinder gefunden. Jetzt geht es darum, sich mit der Position des Nachbarlandes auseinanderzusetzen, um die Wiedervereinigung der Familien zu erleichtern.

„Bei Wiedervereinigungsverfahren ist es nicht nur notwendig, die Abstammung zu überprüfen, sondern auch die Risiken des Kontakts zu bewerten. Die Durchführbarkeit der Rückkehr und die Zustimmung der Eltern und der Minderjährigen machen uns verantwortlich für diese Minderjährigen. Wir können sie nicht einfach der Polizei anvertrauen, geschweige denn den Grenzwachen, die ihnen vor zwei Wochen die Türen geöffnet haben, damit sie ihr Land verlassen konnten“, argumentiert der Leiter des Bereichs.

Quelle: El Faro de Ceuta

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) Marokko ermöglicht Migrantenansturm auf spanische Exklave Ceuta

19. 05. 2021

Grenzzaun in Ceuta· *Foto: Wikipedia/Mario Sánchez Bueno, CC BY-SA 2.0]*

Das nordafrikanische Königreich erhält jährlich EU-Hilfen in Millionenhöhe

Die in Nordafrika gelegene spanische Exklave Ceuta wird von Migranten geradezu gestürmt. Binnen 24 Stunden kamen rund 5.000 illegale Einwanderer aus Marokko. Laut spanischen Medienberichten schwammen die Migranten von der marokkanischen Stadt Fnideq aus durch das Mittelmeer oder liefen bei Ebbe auch am Strand entlang.

Möglich wurde der Migrantenansturm auf Ceuta, weil Marokko offenbar seine Grenzkontrollen zuder 85.000 Einwohner zählenden spanischen Stadt und damit zur EU eingestellt hat. Das nordafrikanische Königreich ist verärgert, weil Spanien die medizinische Behandlung des Chefs der Unabhängigkeitsbewegung Polisario für Westsahara erlaubt hat. Marokko wiederum erhebt Ansprüche auf die Westsahara.

Das Verhalten Marokkos kann als Affront gegenüber der gesamten Europäischen Union gewertet werden. Schließlich hat der nordafrikanische Staat mit der EU ein Assoziierungsabkommen sowie ein vertieftes und umfassendes Freihandelsabkommen (DCFTA) abgeschlossen. Außerdem profitiert Marokko vom Europäischen Nachbarschaftsinstrument. Allein aus diesem Programm erhielt Marokko 2017 satte 189,5 Millionen Euro an europäischem Steuergeld. Aber Dankbarkeit ist bekanntlich keine politische Kategorie, und so scheint Rabat Brüssel zu zeigen, wer am längeren Ast sitzt.

Dieser Beitrag erschien zuerst bei ZUR ZEIT, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

05) Zivilisation und Souveränität gründen auf Grenzen

Von José Papparelli

27. 05. 2021

Die Invasion von Ceuta · *Foto: El Correo de España*

In der heutigen immerwährenden und global grenzenlosen Gegenwart scheinen Grenzen ihre Daseinsberechtigung verloren zu haben. Die Grenzen des gesunden Menschenverstands einer ganzen Zivilisation fallen lautlos vor den verblendeten Augen ihrer Bürger. Der Diskurs der politischen Korrektheit über die Aufhebung von Grenzen, das Einreißen von Mauern und Grenzen, nicht nur nationaler, sondern aller Art – als ob es ein heiliges Mantra wäre – wird mit absoluter Normalität in der Kultur des Westens installiert. Auf der anderen Seite der Grenze ist die Barbarei.

Die Zivilisation gründet auf der Grenze, der Grenze des Territoriums, die das Eigene vom Fremden abgrenzt. Erinnern wir uns an die Gründung Roms mit der von Romulus geöffneten Furche, der nicht zögerte, sie gegen die Herausforderung von Remus, seinem eigenen Bruder, zu verteidigen. Die Grenze, die Begrenzung ist nicht nur territorial, sondern auch kulturell, natürlich, und wird in der Kontinuität der Tradition aufrechterhalten, die im Ursprung eines Volkes begründet ist.

Daher muss die Kultur der Annullierung und die No-Border-Globalisten die Grenzen abschaffen. Wenn Grenzen wegfallen, gehen die Regeln, die Gesetze, die das Zusammenleben, die Freiheit und die Sicherheit regeln, verloren. Alles ist verloren, wenn souveräne Staaten abgeschafft werden. Wenn Chaos herrscht, verschwinden die Grenzen zwischen Gut und Böse, und ohne Regeln gibt es keine Unterschiede; und ohne sie gibt es keine Identität, keine Würde, keine Souveränität, keine Freiheit, keine Zivilisation. Der Fall von Grenzen bedeutet den Verlust der Freiheit und macht Platz für Anarchie, Tyrannei oder Despotismus. Ohne Grenzen gibt es keine Zivilisation.

Die Medien und die Unterhaltung sowie die Bildung in all ihren Bereichen haben den einheitlichen globalen Gedanken als neue Ideologie der Aufhebung von Identitäten, Souveränitäten, Heimatländern und Nationen vermittelt, an deren Stelle die sogenannten offenen Gesellschaften getreten sind. Dieser Gedanke ist der neue tolerante Katechismus, der weltweit von Intellektuellen, Künstlern, Medienpersönlichkeiten und sogar vom Papst von Rom selbst verkündet wird. Kurzum, es ist das erlösende Aufkommen der Welt von John Lennons „Imagine“, als das wahr gewordene globale Modell des Weltverbesserertums. Die Werbung des Roten Kreuzes mit dem „marianischen“ Bild der weißen Freiwilligen, die den „christlichen“ schwarzen Migranten im Arm hält, ist ein Beispiel für die manipulative Perversion der Verwendung von Bildern für zweifelhafte philanthropische Zwecke.

Bildquelle: El Correo de España

Wir sehen in den Nachrichten die Bilder des unaufhaltsamen massenhaften Grenzangriffs und der folgenlosen Verletzung der Staatsgrenze. Das Besorgniserregende ist, dass dies nicht als Gefahr, als Bedrohung der Freiheit, als vollwertige Invasion mit allem, was dazugehört, wahrgenommen wurde, sondern als eine migratorische, humanitäre oder diplomatische Krise, die mit der Begrüßung derjenigen behandelt werden muss, die ohne

Erlaubnis und mit Gewalt einreisen, derjenigen, die es wagen, die heilige Furche des Romulus zu überqueren.

Diese Erzählung ist die der globalistischen grenzenlosen Ideologie, ein Erbe des aufgeklärten und freimaurerischen Kosmopolitismus, des marxistischen Internationalismus, des postkonziliaren Katholizismus, der aus dem in Italien so genannten Katokommunismus stammt, und des ultraliberalen Finanzmarktkapitalismus in den Händen staatenloser Eliten. Die Welt ohne Grenzen ist die grüne, nachhaltige, widerstandsfähige und ökopazifistische Utopie der Enkelkinder von ’68, auf Befehl des techno-finanziellen Netzwerks der globalen Elite. Ein grausames Paradoxon der Geschichte, in der die Gegenkultur zur dominanten Kultur wurde.

Ohne Grenzen gibt es keinen religiösen und metaphysischen Sinn des Lebens, keine Ahnengeographie, keine Familienbande. Ohne Grenzen, Schutzmauern, Begrenzungen gibt es keine Transzendenz, kein Recht, keine Heimat, keine Ordnung, keine Kultur, keine Familie, keine Tradition, keine Identität, keine Freiheit, keine Souveränität, keine Würde. Wenn es all das nicht gibt, gibt es keine Menschlichkeit, weder als Mann noch als Frau, weder in der Vergangenheit noch in der Gegenwart noch in der Zukunft, und ohne sie gibt es nur die transhumane Dystopie, die uns im Austausch dafür angeboten wird, dass wir aufhören zu sein, wer wir sind.

Grenzen schützen, pflegen und retten Zivilisationen. Sie sind das Bollwerk und die souveräne Stütze der Völker und haben dazu gedient, den anderen anzuerkennen, den Dialog oder die Konfrontation zu führen und die Identität zu bekräftigen. Wenn Grenzen verletzt werden, werden sie überfallen. Wenn dies geschieht, gewinnt oder verliert man, eine andere Möglichkeit gibt es nicht. Das Überleben oder Verschwinden von Zivilisation, Souveränität, Freiheit und Leben stehen bei der Verteidigung von Grenzen und kulturellen Grenzen auf dem Spiel. Nicht mehr und nicht weniger.

José Papparelli

Italienisch-argentinischer Journalist und Liebhaber der europäischen Identität, Spaniens und der Hispanidad. Ausgebildet in Kommunikationswissenschaften und Kulturmanagement, ist er ein Analytiker des politischen, sozialen und kulturellen Lebens.

Er arbeitet mit Radio Ya und ist spezialisiert auf die historische Untersuchung des hispanischen Erbes in Amerika.

El Correo de España Dieser Beitrag erschien zuerst bei EL CORREO DE ESPAÑA, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

06) After Democracy – Deutscher Dokumentarfilm enthüllt US-Einfluss in Europa

25. 05. 2021

Bildquelle: Les Observateurs

Diese deutsche Dokumentation wird von Uwe Sauermann präsentiert, der für seine Reportagen aus Kriegsgebieten wie Irak und Afghanistan bekannt ist. In diesem Video spricht er mit verschiedenen Politikern, Schriftstellern, Analysten und anderen Experten über den schädlichen kulturellen, politischen und militärischen Einfluss der USA in Europa.

Uwe Sauermann ist ein bekannter Journalist, der zusammen mit seinem Team aus Kriegsgebieten in aller Welt berichtet hat. Oft – fast immer – waren die Vereinigten Staaten eine Partei in dem Konflikt.

Der Konflikt wiederum wirkte sich auf sein Heimatland Deutschland, aber auch auf das übrige Europa, in vielfältiger Weise aus. Hauptsächlich durch erhöhten Migrationsdruck aus Kriegsgebieten, aber auch direkt durch die USA, die die Konflikte als Argument dafür nutzen, dass Europa ihren „Schutz“ und ihre Soldaten auf europäischem Boden braucht.

In dieser Dokumentation werden mehrere Persönlichkeiten über das Ausmaß des amerikanischen Einflusses befragt.

Steffen Kotré, Bundestagsabgeordneter der Alternativen für Deutschland, hat sich mit Fragen im Zusammenhang mit deutschen Energieimporten und dem Projekt Nord Stream 2 beschäftigt, ein Projekt, das die USA gerne torpedieren würden.

Johannes Hübner, ehemaliger Außenpolitiker der österreichischen FPÖ, gilt als Experte für internationale Beziehungen. Er wies darauf hin, dass das amerikanische Argument, Europa brauche seinen eigenen Schutz vor Russland, ziemlich absurd ist, wenn man bedenkt, dass Deutschland, Frankreich und Großbritannien Verteidigungsbudgets von jeweils rund 50 Milliarden Dollar haben, vergleichbar mit Russlands 65 Milliarden Dollar. Der US-Verteidigungshaushalt beträgt etwa 732 Milliarden Dollar pro Jahr.

Michael Springmann, ehemaliger amerikanischer Diplomat, Autor des Buches: *Goodbye, Europe? Hallo, Chaos? Merkels Migrationsbombe*, spricht über die persönlichen Interessen verschiedener US-Politiker in Konflikten, an denen die USA beteiligt sind, einschließlich der wirtschaftlichen Interessen der Familie Biden in der Ukraine. Er nennt den Sohn von Präsident Hunter Biden einen „Kriminellen“.

Grafik, die die weit verbreitete Korruption zwischen US-Präsident Joe Biden und führenden ukrainischen Politikern und Oligarchen zeigt.

Unterdessen enthüllte das russische Comedy-Duo Vovan und Lexus in einem neuen Hoax, dass die US-Organisation National Endowment of Democracy (NED) das US-Werkzeug zur Unterstützung der Protestbewegung in Weißrussland war, die im Herbst 2020 den Sturz von Präsident Alexander Lukaschenko angestrebt hat, berichtete der Nachrichtensender RT.

Indem sie sich als Führer der vom Westen unterstützten Opposition in Weißrussland ausgaben, gelang es den beiden Komikern, ein Gespräch mit Mitgliedern der NED-Spitze zu beginnen.

Carl Gerschman, CEO, und Nina Ognianova, Leiterin der NED-Arbeit in Belarus und Russland, verrieten, dass sie in beiden Ländern einen Regimewechsel herbeiführen wollen.

Quelle: LesObservateurs.ch

https://unser-mitteleuropa.com/after-democracy-deutscher-dokumentarfilm-enthuellt-us-einfluss-in-europa/

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

07) EU will Meinungsäußerung im Internet kriminalisieren, Bedrohung für Konservative und Kritiker der Massenmigration?

30. 05. 2021

Bildquelle: Remix News

Der Vorstoß der EU, die freie Meinungsäußerung einzuschränken, kommt zur gleichen Zeit, in der Deutschland die Rede der politischen Opposition im Internet ins Visier genommen hat

Die Europäische Union bereitet sich darauf vor, ihre Liste potenzieller Sprachverbrechen zu erweitern und Hassreden, die sich auf verschiedenen Internetplattformen verbreiten, einzuschließen, doch was die EU tatsächlich als Hassrede definiert, könnte dazu führen, Aussagen zu kriminalisieren, die sich kritisch über Massenmigration und Multikulturalismus äußern.

Didier Reynders · *Foto: Wikimedia*

EU-Justizkommissar Didier Reynders kündigte diese Woche an, dass die Kommission bald einen Vorschlag zur Vereinheitlichung der Gesetzgebung in Bezug auf Belästigung und Hass im Internet innerhalb des gesamten Blocks vorlegen werde. Bis jetzt waren diese Angelegenheiten in der Verantwortung der einzelnen Staaten.

Wie die Kommission letztes Jahr sagte, sollte das Gesetz Sanktionen für alle vermeintlich hasserfüllten Nachrichten im Web vorsehen, nicht nur solche, die Terrorismus unterstützen, sondern auch Aussagen, die sich auf Rasse, Religion oder sexuelle Orientierung beziehen.

Die EU-Politiker glauben, dass dieser Schritt das Umfeld von Internetdiskussionen entgiften und „verletzliche“ Minderheiten schützen wird.

Kritiker sind jedoch besorgt um die Meinungsfreiheit, vor allem solange nicht klar ist, wer als Schiedsrichter die Schädlichkeit der Beiträge beurteilen wird. Die Eurokraten behaupoten zwar, dass die Freiheit der Meinungsäußerung unantastbar bleiben wird, aber angesichts der Vorgehensweise der europäischen Polizeibehörde Europol bei der Verhaftung von Privatpersonen wegen überhaupt nicht bedrohlicher Kommentare, die sie online gemacht haben, gibt es Bedenken, dass die EU ihre enorme Macht missbrauchen könnte.

Die Demokratie könnte durch den neuen Vorstoß zur Sprachregulierung ebenfalls bedroht sein, da er als wichtiges Instrument gegen europäische politische Parteien dienen könnte, die Einwanderung und Multikulturalismus kritisch gegenüberstehen. Bereits jetzt haben Mitgliedsstaaten wie Deutschland eine Massenüberwachung von Mitgliedern der Partei Alternative für Deutschland (AfD) gestartet und eine Hausdurchsuchung bei einem der Parteiführer durchgeführt, weil er sich online kritisch über Einwanderung geäußert hatte.

Solche Aktionen, die in totalitären Staaten auf der ganzen Welt gang und gäbe sind, könnten auch in der EU gang und gäbe werden, wenn sie darauf drängt, Sprache zu kriminalisieren. Angesichts der Tatsache, dass die AfD die größte Oppositionspartei in Deutschland ist und die Bundestagswahlen schnell näher rücken, sind Kritiker besorgt, dass Deutschland einen autoritären Maßnahmenkatalog entwickeln könnte, der wiederum zu einer Vorlage für den Rest der EU werden könnte, wenn es um rechtsgerichtete Parteien im gesamten Block geht.

Was ist Hassrede?

Es ist klar, dass der Vorstoß der EU zur Verschärfung der Hassrede ein langjähriges Ziel von George Soros und seiner Open Society Foundation war. Er hielt bereits vor fast einem

Jahrzehnt Reden über die Notwendigkeit, Hassreden zu regulieren, und sein Einfluss in Brüssel ist groß.

https://www.youtube.com/watch?v=iKrt0ykPbkc

Soros ist ein eifriger Gegner von einwanderungskritischen Regierungen wie Ungarn und Polen und hat seinen Einfluss genutzt, um europäische Institutionen umzugestalten. In jüngster Zeit hat er auch direkt Social-Media-Plattformen dazu aufgerufen, die Aussagen von Usern weiter zu regulieren.

Die Einschätzung, was als öffentlich diskutierbar gilt und was in die Kategorie „Hassrede" fällt, variiert jedoch auch von EU-Land zu EU-Land. Obwohl dies theoretisch eine Herausforderung für den Versuch der EU darstellt, zu einer gemeinsamen Definition zu gelangen, scheint sich Brüssel nicht um die Meinungsvielfalt zu diesem Thema zu kümmern.

Während einige Nationen klare Regelungen gegen bestimmte Arten von Äußerungen haben, wie z.B. das Posten von Nazi-Symbolen, bleiben Maßnahmen zur Verfolgung und Überwachung von Internetnutzern, die solche Inhalte posten, umstritten.

Letztes Jahr reagierte Deutschland beispielsweise auf einen Bericht über wachsenden Antisemitismus und Feindseligkeit gegenüber Minderheiten, indem es ein Gesetz verabschiedete, das soziale Netzwerke dazu verpflichtet, Hasskommentare, Todesdrohungen und Nazi-Propaganda innerhalb von 24 Stunden zu melden. Außerdem müssen die Betreiber die IP-Adresse des Geräts angeben, von dem aus der Beitrag erstellt wurde. In Deutschland fand eine hitzige Debatte statt, die auf die möglichen Gefahren hinwies, die eine solche „Rückverfolgung" mit sich bringen könnte, die im Grunde eine punktgenaue Überwachung einläutet, zu der die deutschen Nazi- und kommunistischen Stasi-Regime nie die Macht hatten, um die sie aber sicherlich beneidet worden wären.

Laut Kommissar Reynders ist es jedoch notwendig, die Gesetzgebung zu vereinheitlichen, um eine europäische Definition von Verbrechen zu schaffen. Auch die Vizepräsidentin der Kommission, Věra Jourová, sagte vor einiger Zeit, dass die einzelnen Staaten nicht im Alleingang vorgehen sollten.

EU zeigt Anzeichen, dass sie Kritik an Migration zensieren könnte

Eine anspruchsvolle Debatte wird sicherlich folgen. Die Annahme des Vorschlags erfordert die einstimmige Zustimmung aller 27 Staaten.

Laut einer Umfrage der Europäischen Kommission betreffen viele problematische Beiträge die Migrationskrise. Zwei Fünftel aller Online-Hassreden erwähnen Migranten oder in Europa lebende Muslime. Jeder zehnte Beitrag ist antisemitisch. Die Umfrage ist ein Hinweis darauf, worauf die EU ihre Zensur konzentrieren könnte.

Im Kampf gegen diese „toxische" Debatte versucht Brüssel auch, große Internetunternehmen wie Facebook, Twitter und Google zu kontrollieren. Bereits 2018 verpflichteten sich diese Unternehmen, fremdenfeindliche Inhalte sowie Fehlinformationen zu bekämpfen, was nach Ansicht von Kritikern einer Massenzensur gleichkommt. Unter dem Deckmantel der Bekämpfung von Hass haben diese Unternehmen zunehmend konservative Inhalte zensiert, einschließlich der Massenzensur konservativer Publikationen und Politiker in Polen, Ungarn, Spanien, sonstigen EU-Staaten und den Vereinigten Staaten.

Diese Unternehmen beschäftigen mittlerweile ganze Armeen von Mitarbeitern, die 24 Stunden am Tag als unangemessen markierte Beiträge löschen. Und obwohl es wirklich schädliche Inhalte gibt, wie die Förderung von Terrorismus und Pädophilie, bedeutet die ideologische Ausrichtung dieser Unternehmen, dass zunehmend auch Konservative ins Visier genommen werden.

Laut Brüssel ist es nun an der Zeit, von solchen freiwilligen Verpflichtungen zu einer strengeren Durchsetzung und zu Sanktionen bei Regelverstößen überzugehen. Brüssel schlägt vor, bei Regelverstößen Bußgelder von bis zu sechs Prozent des Plattformumsatzes zu verhängen.

Quelle: Remix News

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

08) Baldige Inbetriebnahme der Gaspipeline Nord Stream 2: ein Schlag für Polen und die Ostflanke der NATO?

Von Olivier Bault

29. 05. 2021

Bildquelle: Visegrád Post

Mit der Aufhebung der US-Sanktionen gegen die Unternehmen, die am Bau der Nord-Stream-Gaspipeline beteiligt sind, die Russland und Deutschland über die Ostsee verbindet, ist die bevorstehende Fertigstellung dieser neuen Verbindung nun eine ausgemachte Sache. Diese Aufhebung der Sanktionen, die letzte Woche in den Medien angekündigt wurde, scheint von nun an sehr wahrscheinlich zu sein, da Joe Biden seine Beziehungen zu Deutschland verbessern möchte. Berlin seinerseits hat umso mehr Grund, schnell zu handeln, da die neue Gasleitung ursprünglich 2019 fertig werden sollte, die Grünen gegen dieses Gasprojekt sind und einige jüngste Umfragen zeigen, dass sie

durchaus die nächsten Wahlen gewinnen und der Mehrheitspartner in einer Koalition mit der CDU-CSU sein könnten. Das grüne Licht der Amerikaner kommt zu einem entscheidenden Zeitpunkt, denn Anfang des Jahres waren auf deutscher Seite nur noch 160 km Pipelines zu verlegen, von insgesamt 1.230 km Länge. In Deutschland wurden die letzten Hürden bereits im April mit der Ablehnung von Einsprüchen der Umweltverbände beseitigt. Der Bau dieser Pipeline wird zur Hälfte von Gazprom und zur Hälfte von den europäischen Unternehmen Uniper, Wintershall-Dea, Royal Dutch Shell, OMV und Engie (ehemals GDF Suez) finanziert.

Als 2018 die ersten US-Sanktionen eingeführt wurden, bezeichnete deshalb beispielsweise der Vorstandsvorsitzende von Engie eine solche Einmischung der USA in den europäischen Energiemarkt als skandalös.

Der Konflikt um die Nord Stream 2-Pipeline besteht seit vielen Jahren und ist derselbe, der auch den Bau der ersten Nord Stream-Pipeline begleitet hatte. Die baltischen Länder, Polen und die Ukraine sind gegen den Bau, weil Russland mit der Verdoppelung der direkten Gasverbindung zwischen Russland und Deutschland auf Pipelines durch die Ukraine bzw. über Weißrussland und Polen verzichten kann, um den gesamten Bedarf Deutschlands und anderer westeuropäischer Länder zu decken.

Das bedeutet, dass Moskau die Möglichkeit haben wird, die Lieferungen an bestimmte Länder seiner Wahl in Mittel- und Osteuropa abzuschneiden oder zu reduzieren, um z.B. wirtschaftlichen oder politischen Druck auszuüben.

Das wäre nicht das erste Mal, aber bisher war die Gaswaffe, die den Russen zur Verfügung stand, zweischneidig: Die anvisierten Länder wurden des Gases beraubt, aber Russland brachte all seine europäischen Kunden gegen sich auf und schnitt sich selbst von einer seiner Haupteinnahmequellen für den Export ab.

Die Befürworter der Nord Stream 2-Pipeline hingegen glauben, dass das eigentliche Ziel der Amerikaner darin bestand, ihre eigenen Verkäufe von Flüssigerdgas (LNG) an europäische Länder zu steigern.

Im Gegensatz zu Donald Trump will Joe Biden jedoch nicht die Kohlenwasserstoffproduktion und insbesondere das Schiefergas, die Hauptquelle für amerikanisches LNG, ausbauen. Dies könnte daher eine zweite Motivation für die Entscheidung sein, die 2018 eingeführten und 2020 verlängerten Sanktionen aufzuheben.

Deutschland wird so von sichereren und günstigeren Gaslieferungen profitieren und kann als Drehscheibe für russisches Gas in andere Länder dienen. Russland seinerseits wird theoretisch in der Lage sein, wirtschaftliche und politische Erpressung gegenüber seinen ehemaligen Satellitenländern oder ehemaligen Territorien auszuüben.

Dennoch ist die Situation heute nicht mehr dieselbe wie vor einigen Jahren, denn die Länder der Drei-Meere-Initiative, angeführt von Polen, haben große Anstrengungen unternommen, ihre Gasversorgung zu diversifizieren, auch wenn noch viel zu tun ist.

2020 machten die LNG-Importe über das Ende 2015 in Betrieb genommene Gasterminal Swinemünde (*Świnoujście*) an der Ostseeküste somit ein Viertel der polnischen Gasimporte aus. LNG-Quellen sind diversifiziert und flexibel. Im Jahr 2020 waren dies die USA, Katar, Nigeria, Trinidad und Tobago. Der Anteil des russischen Gases an den Importen sank von 90% 2015 auf etwa 60%. Der Rest der Importe 2020 kam aus dem Süden

und Westen Polens, über bestehende Pipelines. Darüber hinaus wird im Hafen von Danzig ein zweites, schwimmendes Gasterminal zur Aufnahme und Regasifizierung von importiertem LNG fertiggestellt.

Der Rückgang des Anteils des russischen Gases an den Importen wird jedoch durch die Existenz eines vor zehn Jahren von der Regierung Donald Tusks unterzeichneten Vertrags gebremst, der bis Ende 2022 gilt. Dieser Vertrag verpflichtet die polnische Gasgesellschaft PGNiG, die vertraglich vereinbarten Mengen zu bezahlen, unabhängig davon, ob sie importiert werden oder nicht.

Aber nach 2022 wird PGNiG in der Lage sein, seine LNG-Importe über die Terminals in Swinemünde und Danzig weiter zu erhöhen und norwegisches Erdgas über die im Bau befindliche Baltic Pipe einzubringen, was den Anteil des russischen Gases an den polnischen Importen weitgehend reduzieren wird.

Die Idee, überhaupt kein russisches Gas zu importieren, scheint jedoch zugunsten eines vernünftigeren Wunsches, den Wettbewerb ins Spiel zu bringen, aufgegeben worden zu sein.

Vorbei sind die Zeiten, in denen Polen für sein russisches Gas viel mehr bezahlen musste als andere europäische Länder und keine andere Wahl hatte, als sich den Bedingungen Moskaus zu beugen.

Um Sanktionen der Europäischen Kommission zu vermeiden, musste sich Gazprom 2018 verpflichten, seine monopolistischen Praktiken gegenüber acht Ländern an der Ostflanke der EU aufzugeben: Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechien, die Slowakei, Ungarn und Bulgarien.

Alle diese Länder mussten deutlich höhere Preise zahlen als die Kunden von Gazprom in Westeuropa. Dies galt nicht für Rumänien, das über eigene Gasfelder verfügt. Auch in Polen und Bulgarien hatte das russische Unternehmen seine marktbeherrschende Stellung genutzt, um seine Bedingungen für die Gastransportinfrastruktur durchzusetzen.

Aber mit der Inbetriebnahme der *Baltic Pipe*, die die LNG-Terminals in Polen, Litauen und Kroatien ergänzen wird, und mit der Entwicklung von Gasverbindungen in der Nord-Süd-Achse zwischen der Ostsee, dem Schwarzen Meer und der Adria (die drei Meere der gleichnamigen Initiative)

wird Russland sicherlich in der Lage sein, die Lieferungen an diese Länder abzuschneiden, aber sie werden dann in der Lage sein, sie anderswo zu beziehen.

Russlands traditionelle Waffe Gas wird also trotz der Nord Stream 2-Pipeline ein zweischneidiges Schwert bleiben.

Olivier Bault ist Franzose und lebt seit dem Anfang der 1990er Jahre in Polen; er ist der Korrespondent in Polen für die Visegrád Post und die französische Tageszeitung Présent. Als freiberuflicher Journalist, der das Geschehen in Polen und Europa aufmerksam verfolgt, veröffentlicht er auch auf Polnisch in der polnischen Wochenzeitung Do Rzeczy und auf Englisch auf dem Portal Remix News.

Diese Beitrag erschien zuerst bei der VISEGRÁD POST, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

09) Auf dem Weg zu einem föderalen einheitlichen Europa mit dem „Rechtsstaatlichkeitsmechanismus“

25. 05. 2021

Foto: Facebook / European Commission

Polnische Medien berichteten diese Woche, dass das Europaparlament den EU-Gerichtshof gebeten habe, die Prüfung der Berufung Polens und Ungarns gegen den auf dem EU-Gipfel im Dezember beschlossenen Rechtsstaatlichkeitsmechanismus zu beschleunigen. Besagter Mechanismus soll die Auszahlung von EU-Geldern aus dem Mehrjahresbudget 2021–2027 und dem EU-Konjunkturprogramm der nächsten Generation davon abhängig

machen, dass die Europäische Kommission die Einhaltung der „europäischen Werte“ und der „Rechtsstaatlichkeit“ durch die Mitgliedsländer bewerte. Der Europaabgeordnete Patryk Jaki erklärte am Donnerstag, dass eine solche Anfrage vom Europäischen Parlament an den EuGH geschickt worden sei.

Ausdehnung des Konzepts der Rechtsstaatlichkeit auf gesellschaftliche Fragen – ungeachtet der Verträge

Bereits im März hatte das Europaparlament eine Resolution verabschiedet, in der die Europäische Kommission aufgefordert wurde, diesen Konditionalitätsmechanismus umzusetzen. Die Entschließung gab der Kommission bis zum 1. Juni Zeit, andernfalls würde das Parlament die Kommission vor den EUGH bringen.

Seit Anfang des Jahres hat das Europaparlament jedoch mehrere Entschließungen verabschiedet, die das Konzept der Rechtsstaatlichkeit und der europäischen Werte, die in Artikel 2 des Vertrags über die Europäische Union erwähnt werden, auf das sich der vom Europäischen Rat im Dezember angenommene Mechanismus bezieht, nachdem Polen und Ungarn ihr Veto zurückgezogen haben, erweitern.

So wurde die Europäische Union von einer Mehrheit der Abgeordneten in einer Resolution, die insbesondere Polen mehrfach kritisierte, zur „Zone der Freiheit für LGBTIQ-Menschen“ dekretiert. Außerdem hat das Europaparlament seit dem Urteil des polnischen Verfassungsgerichts vom letzten Oktober, das eugenische Abtreibungen verbietet, mehrere Diskussionen geführt und über mehrere Entschließungen und Entschließungsentwürfe abgestimmt, in denen es behauptet, Abtreibung als Grundrecht und europäischen Wert anzuerkennen.

Während gesellschaftliche Fragen – wie u.a. die Abtreibungsfrage – nach den europäischen Verträgen in die ausschließliche Zuständigkeit der Mitgliedstaaten fallen, ist heute klar, dass das Europaparlament beabsichtigt, die Anwendung des „Rechtsstaatlichkeitsmechanismus“ auf diese Fragen auszuweiten, wie es in seiner Entschließung vom September 2020 zugunsten des Sanktionsverfahrens gegen Polen nach Artikel 7 offen befürwortete. Der Wunsch, den Geltungsbereich europäischer Sanktionen auf gesellschaftliche Fragen auszudehnen, wurde auch von Mitgliedern der derzeitigen Europäischen Kommission wiederholt geäußert.

Der Aktivismus des Europaparlaments und der Europäischen Kommission seit Anfang des Jahres, aber auch die bisherige Erfahrung eines EU-Gerichtshofs, der stets bereit ist, die Kompetenzen der Union auszudehnen, ohne einen neuen Vertrag (der im Rahmen eines demokratischen Prozesses wahrscheinlich abgelehnt würde) abzuschließen, lassen wenig Zweifel an der bevorstehenden Umsetzung und der sehr breiten Anwendung dieses Mechanismus zu ideologischen Erpressungszwecken, den die polnische und ungarische Führung schließlich akzeptiert hat, indem sie sich mit einer gemeinsamen Erklärung der 27 begnügte, die sie beruhigen sollte.

Erklärung des Europäischen Rates vom Dezember ohne großen Wert

Es trifft zu, dass der Europäische Rat in dieser Erklärung feststellte, dass die Verordnung des Europaparlaments und des Rates über ein allgemeines System der Konditionalität zum Schutz des Unionshaushalts *„unter uneingeschränkter Achtung des Artikels 4 Absatz 2 EUV, insbesondere der nationalen Identität der Mitgliedstaaten, die in deren grundlegender politischer und verfassungsrechtlicher Struktur zum Ausdruck kommt, des Grundsatzes der Zurechnung sowie der Grundsätze der Objektivität, der Nichtdiskriminierung und der*

Gleichbehandlung der Mitgliedstaaten angewandt werden muss." Ferner versicherte er, dass „*der Kausalzusammenhang zwischen solchen Verstößen und den negativen Folgen für die finanziellen Interessen der Union hinreichend direkt und ordnungsgemäß nachgewiesen werden muss*", und betonte, dass „*es sich bei der Verordnung nicht um weit verbreitete Versäumnisse handelt*".

Das Problem ist aber, dass eine Erklärung des Europäischen Rates kein europäischer Rechtstext ist, eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates hingegen schon. Die Definition des Begriffs „Rechtsstaatlichkeit" in dieser „Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über ein allgemeines System der Konditionalität zum Schutz des Unionshaushalts" ist übermäßig weit gefasst und offen für Interpretationen. Die EU-Institutionen werden vor solch weiten Auslegungen nicht zurückschrecken, wie die bereits gegen Polen und Ungarn eingeleiteten Sanktionsverfahren nach Artikel 7 zeigen. Gemäß der vom Europäischen Rat im Dezember gebilligten Verordnung wird der Konditionalitätsmechanismus alle Grundsätze und Werte abdecken, die in allgemeiner Form in Artikel 2 des Vertrags über die Europäische Union aufgeführt sind, der wie folgt lautet

„*Die Union gründet sich auf die Werte der Achtung der Menschenwürde, der Freiheit, der Demokratie, der Gleichheit, der Rechtsstaatlichkeit und der Wahrung der Menschenrechte, einschließlich der Rechte von Personen, die Minderheiten angehören. Diese Werte sind den Mitgliedstaaten in einer Gesellschaft gemeinsam, die sich durch Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und Gleichstellung von Frauen und Männern auszeichnet.*"

Es wird Aufgabe der Kommission sein, die Einhaltung dieser allgemeinen Grundsätze zu bewerten, u.a. im Lichte ihrer neuen „Strategie für die Gleichstellung von LGBTIQ in der EU".

Nationale Justizwesen bald dem Konditionalitätsmechanismus ausgeliefert

Die neue Verordnung, die einen Konditionalitätsmechanismus für die Auszahlung von EU-Geldern einführt, besagt außerdem, dass:

„*Rechtsstaatlichkeit erfordert, dass alle öffentlichen Behörden innerhalb der gesetzlich festgelegten Grenzen, im Einklang mit den Werten der Demokratie und der Achtung der Grundrechte, wie sie in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union (im Folgenden ‚Charta') und anderen einschlägigen Instrumenten verankert sind, und unter der Aufsicht unabhängiger und unparteiischer Gerichte handeln. Insbesondere wird gefordert, dass die Prinzipien der Legalität, die das Vorhandensein eines transparenten, rechenschaftspflichtigen, demokratischen und pluralistischen Gesetzgebungsprozesses, Rechtssicherheit, das Verbot willkürlichen Handelns der Exekutive, ein wirksamer gerichtlicher Schutz, einschließlich des Zugangs zur Justiz, durch unabhängige und unparteiische Gerichte und die Gewaltenteilung beinhalten, beachtet werden.*"

Im Klartext: Die Kommission kann die Auszahlung von Geldern an Polen aussetzen, wenn dieses sich weiterhin weigert, seine Justizreformen rückgängig zu machen, die nach Ansicht Brüssels gegen das Prinzip der unabhängigen und unparteiischen Gerichtsbarkeit und der Gewaltenteilung verstoßen.

Wenn es eine Mehrheit im EU-Rat gibt, die die Kommission unterstützt, kann also Polen die Milliarden von der EU abschreiben, wenn es nicht allen Forderungen der Kommission nachgibt. Wäre die obige Passage nicht genug, wird in der Verordnung weiter ausgeführt, dass „*bei der Ausführung des Haushaltsplans der Union durch die Mitgliedstaaten*" (…) „*die*

Achtung der Rechtsstaatlichkeit eine wesentliche Voraussetzung für die Einhaltung der Grundsätze der wirtschaftlichen Haushaltsführung ist“, und es wird weiter ausgeführt, dass die Überwachung der Einhaltung dieser Grundsätze der wirtschaftlichen Haushaltsführung ohne eine unabhängige Justiz nicht gewährleistet werden kann. Die Verordnung geht sogar noch weiter, indem sie die Bedingungen auflistet, unter denen man von der Unabhängigkeit der Justiz sprechen kann, obwohl die Organisation der nationalen Justizorgane nicht zu den Zuständigkeiten gehört, die der EU durch die Verträge übertragen wurden.

Wenn heute Polen und Ungarn besonders ins Visier genommen werden, weil sie von Konservativen regiert werden, die für ein Europa der Nationen sind und der Gender-Ideologie feindlich gegenüberstehen, wird natürlich bald jedes EU-Land der Erpressung durch die Europäische Kommission ausgesetzt sein, auch wenn die Nettoempfänger des europäischen Haushalts, also vor allem die ehemaligen osteuropäischen Länder, dem stärker ausgesetzt sein werden als die anderen.

VISEGRÁD POST
COMPRENDRE L'EUROPE CENTRALE

Dieser Beitrag erschien zuerst bei der VISEGRÁD POST, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

10) „Die EU ist heute ein unrechtmäßiges Gebilde“

23. 05. 2021

Bildungsminister Przemysław Czarnek · *Fotoquelle: Remix News*

Die Schüler werden diese Tatsache im Geschichtsunterricht lernen, sagt der polnische Bildungsminister Przemysław Czarnek

Minister Czarnek betonte, dass die polnische Geschichte im Geschichtsunterricht wahrheitsgemäß dargestellt werden muss.

Polen wird seinen Schülern nun beibringen, dass die Europäische Union als rechtmäßiges Gebilde begann, sich nun aber in ein unrechtmäßiges verwandelt hat, weil sie ihre eigenen Verträge und rechtlichen Rahmenbedingungen verletzt.
Laut einem Bericht von wnp.pl erfolgte dieser Schritt im Zuge der Bestrebung von Polens Bildungsminister Przemysław Czarnek, das Bildungssystem des Landes zu erneuern, um sich mehr auf den Nationalstolz zu konzentrieren, anstatt eine „Kultur der Schande“ zu kultivieren.
„Wir haben Europa als Polen und in vielen Bereichen viel gegeben. Das Wissen über dieses Thema ist begrenzt, und es scheint, dass es weiter verbreitet sein sollte, damit wir stolz sein können, Polen zu sein. Wir können nicht stolz sein, wenn wir unsere eigene Geschichte nicht kennen“, sagte der polnische Bildungsminister Przemysław Czarnek in einem Radio-Interview.

Als Teil des neuen Lehrplans werden die Schüler über die wichtigsten Ereignisse lernen, die das Schicksal des modernen polnischen Staates geprägt haben. Dazu gehören: Polens Beitritt zur EU, der Vertrag von Lissabon, Polens Funktionieren als Teil der EU und die Entwicklung der EU „von einer rechtmäßigen zu einer unrechtmäßigen Einheit“.

„Die EU ist heute ein unrechtmäßiges Gebilde, das sich nicht an seine eigenen rechtlichen Rahmenbedingungen hält. Das können wir deutlich sehen. Die Studenten werden darüber lernen, weil sie die Situation verstehen müssen, in der wir uns derzeit befinden“, erklärte Czarnek.

„Wir sollen die Pädagogik der Schande endgültig beenden und endlich eine Pädagogik des Stolzes aufbauen, so wie es jedes normale Land in Europa und der Welt getan hat.“

Der Minister sagte, dass die Geschichte wahrheitsgetreu dargestellt werden sollte, unter Einbeziehung aller Elemente der Geschichte der polnischen Nation, die nicht nur für die Polen, sondern für ganz Europa wichtig ist.

„Jedes normale Land und jede normale Nation ist stolz auf ihre Vorfahren und ihre Errungenschaften, und das müssen auch die Polen sein. Wir müssen die Pädagogik der Schande endgültig beenden und endlich eine Pädagogik des Stolzes aufbauen, so wie es jedes normale Land in Europa und der Welt getan hat“, sagte Czarnek.

Der Minister fügte hinzu, dass Polen ein Phänomen sei, da es eines der wenigen Länder sei, das 20 Jahre lang unter dem Diktat der liberalen Gazeta Wyborcza auf eine Pädagogik der Schande gesetzt habe. Er erklärte, dass es bei der Pädagogik des Stolzes darum geht, das Schöne in der polnischen Geschichte zu zeigen und dabei das Hässliche nicht zu vergessen. Dennoch dürfe das Hässliche nicht hervorgehoben und zu einem Merkmal der polnischen Nation gemacht werden, betonte er.

Quelle: Remix News (Autor: Grzegorz Adamczyk)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

11) EU will mehr legale Kanäle öffnen, um mehr Arbeitsmigranten aufzunehmen

22. 05. 2021

- Legale Migrationskanäle würden dazu beitragen, irreguläre Migrationsströme zu reduzieren und Schmuggler und Menschenhändler zu untergraben
- Bewältigung des Arbeitsmarktmangels und der alternden Bevölkerung in Europa
- Schaffung eines europäischen Talentpools, um Arbeitgeber mit potenziellen Arbeitnehmern zusammenzubringen

Ein EU-Rahmen für legale Migration würde eine geordnetere Zuwanderung fördern, benötigte Arbeitskräfte anlocken, Menschenschmuggel untergraben und die Integration fördern.

In einem Bericht, der mit 495 zu 163 Stimmen bei 32 Enthaltungen angenommen wurde, weist das Europäische Parlament darauf hin, dass die legale Migration in der Migrationspolitik der Union seit 2015 fast vollständig ignoriert wurde. Er weist darauf hin, dass der neue Pakt zu Migration und Asyl keine spezifischen Vorschläge in diesem Bereich enthält.

„Die EU und die nationalen Politiken zur legalen Migration sollten zuerst auf den Arbeitskräfte- und Qualifikationsmangel auf dem Arbeitsmarkt reagieren“, sagen die Abgeordneten und verweisen auf die alternde Bevölkerung und die schrumpfende Erwerbsbevölkerung. Sie fordern eine Überarbeitung der bestehenden Gesetzgebung und eine Ausweitung ihres Geltungsbereichs, da sie derzeit hauptsächlich hochqualifizierte oder gut bezahlte Arbeitnehmer und multinationale Unternehmen abdeckt, während nur die Richtlinie über Saisonarbeiter die Migration zu niedrigeren Löhnen abdeckt.

Der Text hebt die wichtige Rolle von Geldüberweisungen und die Vorteile einer sicheren, regelmäßigen und geordneten Migration sowohl für die Entsende- als auch für die Aufnahmeländer hervor. In Anbetracht des Risikos der „Abwanderung von Fachkräften“ schlagen die Abgeordneten vor, die zirkuläre Migration zu fördern, bei der der Migrant nach einer bestimmten Zeit in sein Herkunftsland zurückkehrt und aus beruflichen Gründen wieder ausreisen kann. Zu diesem Zweck sollte die Kommission den von anderen Ländern

angewandten Ansatz analysieren, z. B. punktbasierte Systeme. Darüber hinaus schlagen sie vor, ausländischen Arbeitnehmern längere Aufenthalte außerhalb ihres Gastlandes zu ermöglichen, damit sie leichter in ihr Herkunftsland zurückkehren können.

Ein EU-Talentpool für Arbeitnehmer aus Drittstaaten

Um besser auf den Arbeitskräftebedarf oder -mangel auf den nationalen Märkten reagieren zu können, schlagen die Abgeordneten vor, einen EU-weiten Talentpool und eine Matching-Plattform zu entwickeln, die alle Sektoren und Beschäftigungsebenen abdeckt und als zentrale Anlaufstelle für Arbeitnehmer aus Nicht-EU-Ländern, EU-Arbeitgeber und nationale Verwaltungen dienen würde.

Darüber hinaus empfiehlt der Bericht, die Bewertung und Anerkennung von Diplomen, Zertifikaten und anderen beruflichen Qualifikationen zu erleichtern und zu beschleunigen. Dies würde die Mobilität innerhalb der EU erhöhen, was wiederum zu Anpassungen auf dem Arbeitsmarkt und zum allgemeinen Wirtschaftswachstum in den Mitgliedstaaten beitragen kann.

Zitat

Sylvie Guillaume ·
Foto: Martin Rulsch, Wikimedia Commons

Während der Plenardebatte am Mittwochnachmittag sagte die Berichterstatterin Sylvie Guillaume (S&D, FR): „Ich möchte eine positive Botschaft zur Migration senden und ihre positiven Auswirkungen betonen, anstatt sich in fremdenfeindlicher Rhetorik zu verlieren. Migration ist eine demografische, wirtschaftliche und menschliche Realität, die Europa angesichts seiner alternden Bevölkerung und des Arbeitskräftemangels in mehreren Schlüsselsektoren braucht. Wir müssen bedenken, dass weniger legale Wege zur Migration zu mehr illegaler Migration führen, und die einzigen, die davon profitieren, sind die Menschenschmuggler.“

Quelle: www.europarl.europa.eu

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

12) Dr. Curios Analyse: Fachkommission möchte 40.000 Migranten nach Deutschland umsiedeln

30. 05. 2021

Die ‚Fachkommission Fluchtursachen' hat im Rahmen einer Bundespressekonferenz ihren Bericht vorgestellt, welcher mit zahlreichen Handlungsvorschlägen für diese, aber ausdrücklich auch für die kommende Bundesregierung aufwartet. Zentrales Motto ist dabei offenbar, die illegale Migration nach Deutschland zu verringern, indem man sie schlicht legalisiert.

https://www.youtube.com/watch?v=b9csPm1y7f0&t=48s

(Transkript des Videos:)

Bundesentwicklungsminister Gerd Müller (CSU): „Die Flüchtlingskrise ist nicht vorbei. Ein total wertvoller Bericht mit klaren Analysen und Vorschlägen für die politischen Weichenstellungen für die kommenden Monate, aber insbesondere auch für die nächste Regierung."

Dr. Gottfried Curio: Die dortigen Forderungen und Handlungsempfehlungen lesen sich wie das Programm einer linksextremen Zuwanderer-Partei und übertreffen in ihren Forderungen sogar noch das Wahlprogramm der Grünen. Hier mal einige Punkte:

Erstens wird empfohlen, dass Deutschland mehr Flüchtlinge über Resettlement aufnehmen soll. Als Zielmarke wird null komma null fünf Prozent der eigenen Bevölkerung vorgeschlagen. Das hieße über 40 000 Umsiedlungen nach Deutschland im Jahr. Aktuell sind es fünfeinhalb Tausend. Bewusst verschleiernd wird auf der Pressekonferenz immer wieder diese Größe null komma null fünf Prozent genannt, als wäre das wenig. Tatsächlich sind das über 5 Prozent eines Geburtenjahrganges in Deutschland und die ganzen anderen Zuwanderungswege kommen ja noch obendrauf mit akkumulierendem Effekt.

Gerda Hasselfeldt, Vorsitzende der Fachkommission: „Und viertens schlagen wir eine internationale Resettlement-Allianz vor, um besonders schützenswerte Personen auf geordneten und legalem Weg aufzunehmen."

Dr. Gottfried Curio: Mitgliedsstaaten dieser Allianz sollen jedes Jahr ein bestimmtes Kontingent an anerkannten Flüchtlingen dauerhaft aufnehmen. Explizit wird auf die Globalen Pakte für Migration bzw. Flüchtlinge von 2018 verwiesen, deren Verpflichtungen unzureichend nachgekommen würde. Man höre und staune: diese angeblich unverbindlichen Pakte werden schon heute als Argumentationsanker benutzt, um eine Überfremdungs-Allianz in Europa durchzusetzen. Man sieht da 120 000 Resettlement-Zusagen pro Jahr durch eine solche Koalition als mittelfristig erreichbar. Offensichtlich hat man sich für einen deutschen Sonderweg entschieden. In Frankreich etwa stimmen laut Umfrage 58 Prozent dem Brandbrief der Generäle zu, die vor bürgerkriegsähnlichen Zuständen warnen. Aber sicher wird Deutschland dann wieder für alle Unwilligen einspringen.

Zudem wird bemängelt, dass insbesondere Menschen mit geringen oder nicht formalen Qualifikationen kaum Möglichkeiten haben, auf legalem Wege zu migrieren. Es gelte, zusätzliche Möglichkeiten der Einreise für geringer qualifizierte Personen zu schaffen.

Warum Deutschland diesen Leuten überhaupt zur Migration verhelfen soll, bleibt schleierhaft. Hinter dieser offenbar vernunftfreien Politik verbirgt sich anscheinend die Maxime, grundsätzlich jeden Menschen auf dem Planeten, der vielleicht irgendwie Lust drauf hat, nach Deutschland zu holen und hier zu versorgen. Es wird erst eine moralische Verpflichtung konstruiert, um es dann als Missstand auffassen zu können, dass noch immer nicht allen Erdenbewohnern Einwanderungsmöglichkeiten nach Deutschland unterbreitet wurden.

Die von der Politik sonst immer angeführten wirtschaftlichen Gründe – Fachkräftemangel, Überalterung, Probleme, die mit internen Mitteln behoben werden könnten -, sind also anscheinend vorgeschoben, um im Schlepptau das eigentliche Ziel – mehr Einwanderung um jeden Preis – durchzusetzen. Und wie sollen die alle herkommen? Nun, im Bericht heißt es: Darüber hinaus sollte die Bundesregierung die Erteilung humanitärer Visa ausweiten, um Menschen in akuten Krisensituationen rasch zu helfen. Hier will man die Bürger mit Katastrophenbildern moralisch erpressen. Dabei ist Akuthilfe vor Ort weit einfacher zu organisieren als der Aufwand, den deutschen Sozial- und Verwaltungsapparat für die Folgen solcher Helicopter-Visa umzufunktionieren.

Und weiter. „Zudem sollte die Bundesregierung Möglichkeiten der Asylantragsteller in Drittstaaten außerhalb der EU prüfen.“ Motto lautet hier: Wenn es irgendwo auf der Welt Missstände gibt, soll Deutschland gleich mit Visa wedeln und die Last der ganzen Welt auf sich laden. In Eritrea freut sich dann irgendein Diktator auf Deviseneinnahmen durch Rücküberweisungen aus deutschen Sozialleistungen und hat natürlich kein Interesse daran, die humanitäre Lage vor Ort zu verbessern.

Gerd Müller: „Die Bundesregierung sollte mit relevanten Herkunftsländern substanzielle Migrationspartnerschaften abschließen, um auch sichere Wege der Migration zu schaffen.“

Dr. Gottfried Curio: Regierungen sollen für politische Missstände und Misswirtschaft also auch noch belohnt werden. Welchen Nutzen bitte haben die Deutschen von solchen angeblichen Partnerschaften, die einzig bezwecken, immer noch mehr Zugangswege nach Deutschland zu schaffen?

Im Bericht heißt es weiter: „Angesichts der weltweit zunehmenden Zahlen Schutzsuchender sollte die Bundesregierung ihre Vorbehalte gegenüber einem Engagement von Kommunen bei der Flüchtlingsaufnahme überdenken. In Zusammenarbeit mit den über 220 deutschen Gemeinden, die eine Aufnahme von Flüchtlingen angeboten haben, sollte sie nach Wegen suchen, dieses Engagement zu würdigen und zu nutzen.“

Statt dieses staatsfernen Angebot am bestehenden Ausländerrecht vorbei als Engagement zu preisen, gehört es bloßgestellt als das, was es ist: Als linke Schaufensterpolitik auf Kosten der eigenen Bevölkerung, Selbstbeweihräucherung linker Provinzfürsten, die sich um die Folgen nicht kümmern wollen, explodierende Mieten, soziale Spannungen, kultureller Heimatverlust.

Weiter: „Die Bundesregierung sollte Geduldeten, die absehbar nicht in ihre Heimatländer zurückkehren können, sichere Bleibeperspektive bieten und damit die Zahl ausreisepflichtiger Personen reduzieren. Wer illegal – denn Geduldete haben kein Bleiberecht – nach legal umetikettiert, senkt vielleicht die Illegalität auf dem Papier, sodass die Union von legal und geordnet herumschwadronieren kann. Das ist aber nur Planerfüllung nach dem Prinzip Augenwischerei: Gesetz weg, Gesetzesbruch weg. Es ändert nämlich gar nichts am zugrundeliegenden Problem, sondern verschärft es noch, dass

man sich ein Aufenthaltsrecht nämlich de facto ersitzen kann. Ein wesentlicher Pull-Faktor für illegale Zuwanderung. Dieselbe Fehlkonstruktion, die auch hinter dem sogenannten Spurwechsel steckt.

Gerd Müller: „Aber es ist zu wenig, wenn Brüssel nur den Außengrenzschutz aufbaut und, was ich für fatal halte, die Seenotrettung ausschaltet und wir nicht mehr sehen, dass das Mittelmeer das Meer des Todes auch heute nach wie vor ist.

Dr. Gottfried Curio: Hierzu fordert der Bericht Deutschland sollte sich für eine europaweite Entkriminalisierung der Seenotrettung einsetzen. Bezeichnenderweise sieht man die Illegalität nicht aufseiten der Schlepper und ihrer Helfer. – das sind offenbar die Partner und Verbündeten der Bundesregierung, nicht Frontex und EU-Grenzländer. Dabei würde, wie in Australien, durch sofortige Rückführung die Zahl der Bootsmigranten schnell gegen Null tendieren und das Seenotrettungs-Gesetz schreibt Verschiffung schlicht in den nächsten sicheren Hafen vor.

Gerda Hasselfeldt: „Wir schlagen drittens vor, Aufnahmeländer von Flüchtlingen und Migranten längerfristig und planbar durch neue mehrjährige Pakte zu unterstützen, mit dem Ziel, erstens Weiterwanderung zu verhindern und zum zweiten, dass die Flüchtlinge nach spätestens 10 Jahren keine öffentliche Hilfe mehr brauchen.“

Dr. Gottfried Curio: Das heißt, Deutschland soll Migranten und sogenannte Flüchtlinge aus aller Welt und in aller Welt 10 Jahre lang versorgen, wo immer sie sitzen. Dass im Falle diese dann immer noch nicht Selbstversorger sind – nach den 10 Jahren – die soziale Unterstützung danach trotzdem weitergeht, bleibt natürlich klar.

Und welche Gründe sind denn nun fürs Migrieren nach Deutschland anzuerkennen?

Gerda Hasselfeldt: „Die Hauptursachen sind Krieg, Verfolgung, Not, Perspektivlosigkeit. Dazu kommen aber zunehmend auch Konsequenzen aus dem Klimawandel, Umweltzerstörung, aber auch der demographische Druck oder schlechte Regierungsführung.“

Dr. Gottfried Curio: Wenn man den letzten Grund hier hört – schlechte Regierung -, können Deutsche im Rahmen der Entwicklungs-Partnerschaft also auch bald anderswo auswärtig aufgenommen werden? Und Deutschland passt flächenmäßig 85 mal in Afrika hinein. Die Bevölkerungsdichte ist fünfmal höher. Warum sollte sich der demografische Druck in Afrika dann bitte nach Deutschland entladen dürfen?

Gerd Müller: „Und es ist Corona. Diese Corona Pandemie hat 115 Millionen Menschen in absurde Armut zurückgeworfen.“

Dr. Gottfried Curio: Hier weihnachtet es sehr und Müller will endlich die Gaben austeilen für migrationswillige Afrikaner. Um das den Deutschen schmackhaft zu machen, sucht er wie jeder gute Bauernfänger nach einem Anknüpfungspunkt aus der alltäglichen Erfahrung, um Vertrautheit zu suggerieren und daraus Scheinkonsequenzen zu ziehen. Dafür will er das absehbare Ende der Pandemie nicht abwarten, sondern permanente Zugangswege für eine temporäre Lage schaffen. Motto: Wie kann man Deutschland so schnell wie irgend möglich überfremden? Was ist ein universaler Grund, den praktisch jeder vorweisen könnte? Corona. Wer in diesen September also glaubt, CDU oder FDP wählen zu müssen, um Rot-Rot-Grün zu verhindern, der wird ein böses Erwachen erleben. Wohlgemerkt: Dieses Programm wurde von Urgesteinen wie Gerd Müller und Gerda Hasselfeldt aus dem angeblich stramm konservativen Unionsteil der CSU vorgestellt. In Wahrheit hat man sich

ideologisch längst den Grünen angeglichen und ist nicht einmal mehr bereit, auch nur hinhaltenden Widerstand zu leisten, ergeht sich vielmehr geradezu in einem Überbietungswettbewerb. Der angeblich unverbindliche Migrationspakt wird mit der Pedanterie eines Multi-Kulti-Musterschülers Punkt für Punkt umgesetzt. Es wird ausdrücklich betont, dass die Empfehlung in die Verhandlungen zur Regierungsbildung einfließen sollte, um schon in der nächsten Legislaturperiode umgesetzt zu werden. Die Grünen werden bei den Koalitionsverhandlungen hinter diesen von der Union selbst vorgelegten Diskussionsstand nicht zurück gehen wollen. Wer CDU-CSU wählt, wählt Links-Grün.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

13) Paweł Jabłoński: Es geht um Prinzipien, nicht um aktuelle politische Vorteile

Von Bogdan Sajovic

21. 05. 2021

Paweł Jabłoński · *Foto: V4NA*

Wir sprachen mit Paweł Jabłoński, Unterstaatssekretär im polnischen Außenministerium, unter anderem über die Drei-Meere-Initiative (3SI), bilaterale Zusammenarbeit, die Pandemie und die Zukunft der Europäischen Union.

In der polnischen Regierung sind Sie unter anderem Regierungsbevollmächtigter für die Drei-Meere-Initiative. Was beinhaltet Ihre Arbeit?

Kurz gesagt geht es um die ressortübergreifende Koordination der nationalen Politik gegenüber der Drei-Meeres-Initiative. Neben dem Außenministerium sind viele andere Institutionen involviert – angefangen bei der Präsidentenkanzlei, der BGK Entwicklungsbank, anderen Ministern in der Regierung, dem Parlamentsausschuss, Think Tanks und NGOs. Meine Aufgabe ist es, sie alle zusammenzubringen und die Kontakte zu meinen Amtskollegen in anderen Ländern zu pflegen.

Können Sie die wichtigsten Erfolge aufzählen, die im Rahmen dieser Initiative bisher erzielt wurden?

Ich würde zwei nennen. Erstens – das Bewusstsein für die Notwendigkeit einer stärkeren regionalen Zusammenarbeit ist deutlich gestiegen. Vor 2015 konzentrierten sich viele der MOE-Länder hauptsächlich auf eine bessere Integration mit unseren westlichen Nachbarn. Und das ist keine schlechte Sache, denn diese Integration ist auch sehr wichtig. Aber wir müssen auch als Mitglieder, Partner und Freunde in Mitteleuropa viel enger zusammenarbeiten. Das macht jeden einzelnen von uns viel stärker. Und wir haben es bereits geschafft, von politischen Diskussionen zu praktischen, operativen Schritten überzugehen. Bislang haben wir fast 80 vorrangige Infrastrukturprojekte ausgewählt, die wir umsetzen wollen – viele davon sind bereits in einem fortgeschrittenen Stadium.

Die zweite große Errungenschaft ist die Schaffung und weitere Vergrößerung des 3SI-Investitionsfonds. Es ist ein Instrument, das bereits die Entwicklung von Infrastrukturprojekten in der Region ankurbelt. Ich bin sehr froh, dass Slowenien der zweitgrößte Beitragszahler des Fonds ist – es ist ein großartiges Beispiel für andere Mitglieder und zieht auch externe Investoren an.

Was sind die Hauptkomplikationen bei der Entwicklung der Drei-Meere-Initiative?

Am Anfang gab es einige Verdächtigungen, ob dieses Projekt als eine Art Alternative für die Europäische Union organisiert würde oder sogar gegen die EU selbst gerichtet wäre. Das war natürlich völliger Unsinn, aber wir mussten gegen diese falschen Narrative ankämpfen. Ich denke, inzwischen ist jedem klar, dass eine stärkere regionale Integration tatsächlich die Ziele der europäischen Integration unterstützt, da sie den Zusammenhalt erhöht und viele wirtschaftliche Möglichkeiten bietet. Tatsächlich werden viele der Drei-Meere-Infrastrukturprojekte aus dem EU-Budget und dem NextGenEU-Instrument finanziert – zusammen mit nationalen Budgets und privaten Investitionen wird dies eine Synergie für eine stärkere Entwicklung in allen unseren Ländern schaffen.

Die Reise von Polen nach Slowenien, ob mit dem Auto oder dem Zug, dauert immer noch länger als sie sollte. Noch schlechter sieht es bei den Verbindungen in die baltischen Staaten oder nach Rumänien, Bulgarien und Griechenland aus. Das müssen wir verbessern, mit allen möglichen Mitteln – das ist eine Notwendigkeit.

Wie beurteilen Sie die bisherige Teilnahme Sloweniens an dieser Initiative?

Slowenien gehört von Anfang an zu den Führern der 3SI, und vor allem nach dem Ljubljana-Gipfel 2019 ist jedem klar, welch große Rolle Ihr Land zu spielen hat. Damals nahm die Idee für den Investitionsfonds ihre endgültige Form an, und später war es Slowenien, das sich entschied, dem Fonds mit dem größten Beitrag nach Polen beizutreten – und damit viele größere Volkswirtschaften übertraf. Wenn wir mit anderen Mitgliedern über die Intensität ihres Engagements in der Initiative diskutieren, verweisen wir sehr oft auf Slowenien als ein Beispiel, dem man folgen sollte.

Wie ist die Haltung anderer EU-Mitglieder, insbesondere Deutschlands und Frankreichs, gegenüber der Drei-Meere-Initiative?

Die Initiative hat in letzter Zeit viel an Zugkraft gewonnen, vor allem nach den Gipfeltreffen 2019 in Ljubljana und 2020 in Tallin. Deutschland ist bereits ein strategischer Partner, andere EU-Länder, darunter Frankreich, bekunden Interesse an gemeinsamen Investitionsprojekten, vor allem in den Bereichen Energie und digitale Infrastruktur. Auch

andere Länder engagieren sich stärker – zum Beispiel Japan, das seine wirtschaftliche Präsenz nach dem Brexit in Europa diversifizieren möchte. Wir sehen das sehr positiv – nach anfänglichen Zweifeln, was wir in Mitteleuropa schaffen, wird deutlich, dass unsere Region als Ganzes ein sehr attraktiver Investitionsstandort sein kann, auch dank der 3SI.

Wie ist die Haltung der Großmächte – USA, Russland, China – zu dieser Initiative?

Die Vereinigten Staaten waren von Anfang an sehr unterstützend. Tatsächlich haben einige unserer Gegner die Initiative als ein amerikanisches Projekt abgestempelt. Sie ist zwar nicht amerikanisch, sondern mitteleuropäisch, aber wir genießen die Partnerschaft mit den USA – es ist sehr wichtig, sich daran zu erinnern, welch große Bedeutung auch die infrastrukturelle Entwicklung für die Sicherheit hat. Die Amerikaner verstehen das sehr gut, sie sehen die Zusammenarbeit mit dem 3SI auch als eine große Chance für ihren Wirtschaftssektor – daher die starke Unterstützung. Es ist erwähnenswert, dass diese Unterstützung parteiübergreifend ist – nach einer sehr starken Ermutigung durch Präsident Trump, genießen wir nun die gleiche Unterstützung von der Biden-Administration und auch vom US-Kongress. Im November wurde eine Resolution 672 zur Unterstützung von 3SI, die von demokratischen und republikanischen Gesetzgebern mitgetragen wurde, im Repräsentantenhaus einstimmig angenommen. Das ist eine starke Botschaft der Unterstützung für unsere Bemühungen.

Russland und China sind schwierigere Partner, aber ich möchte sehr deutlich sein – 3SI ist nicht als Werkzeug gegen irgendjemanden gedacht. Wir wollen in der Region zusammenarbeiten – und wir sind offen für die Zusammenarbeit mit verlässlichen externen Partnern.

Aber ich möchte auch sehr deutlich die Position Polens zur Politik von Herrn Putin darlegen. Seine Aktionen gegen die Ukraine, seine Versuche, politische Gegner zu töten, müssen verurteilt werden. Wir können sie nicht hinnehmen und so tun, als sei nichts geschehen. Sonst würden diese kriminellen Handlungen ihre beabsichtigte Wirkung erreichen.

Können Sie uns einige zukünftige Projekte innerhalb der Initiative verraten?

Unser Hauptziel ist es, stärkere Verbindungen zwischen den Ländern unserer Region zu schaffen – in den Bereichen Transport, Energie und digitale Infrastruktur. Wir planen den Bau eines umfangreichen Eisenbahn- und Autobahnnetzes, das die baltischen Staaten über Polen mit der Adria und dem Schwarzen Meer verbindet. Wir sind froh, dass Slowenien viele solcher Projekte vorgeschlagen hat, darunter den Baltisch-Adriatischen TEN-T-Kernnetzkorridor, Schlüsselprojekte, die den Hafen von Koper mit den Schienen- und Straßennetzen der Region verbinden, neue Gas- und Energieverbindungen, die Slowenien mit Ungarn und Italien (HUSIIT), mit Ungarn, Rumänien, der Slowakei und Österreich (ROHU) und mit Kroatien (SINCRO.GRID) verbinden.

Bei der digitalen Infrastruktur werden wir uns auf 5G und Glasfasernetze konzentrieren, aber es gibt auch einen entscheidenden Aspekt – die Cybersicherheit. Unsere Region weiß aus erster Hand, wie wichtig es ist, widerstandsfähig gegen Cyberattacken zu sein – zwischen den Drei Meeren können wir ein Cybersecurity-Hub schaffen, das die Entwicklung von Software- und Hardware-Lösungen vorantreiben wird, die weltweit angewendet werden können.

Und schließlich die Förderung der Energiesicherheit durch die Diversifizierung der Gaslieferungen in unsere Region. Das ist immer noch eine enorm wichtige Aufgabe, aber gleichzeitig müssen wir über die Einführung von mehr kohlenstoffneutralen Energiequellen

nachdenken. Deshalb schlagen wir vor, Aktionen zu starten, die darauf abzielen, neue grenzüberschreitende Projekte im Bereich der Produktion, Verteilung und Nutzung von grünem Wasserstoff in unserer Region zu generieren.

Wie würden Sie die bilaterale Zusammenarbeit zwischen Slowenien und Polen bewerten?

Ich kann mich an keine Zeit in der Geschichte erinnern, in der diese Beziehungen besser gewesen wären. Ich arbeite eng mit Premierminister Morawiecki zusammen und ich kann Ihnen sagen, dass er Premierminister Janša als einen der engsten Partner betrachtet. Der sehr fruchtbare jüngste Besuch von Herrn Janša in Warschau war ein weiterer Beweis dafür, ich weiß, dass unser Premierminister mit den Gesprächen sehr zufrieden war.

Aber nicht nur politisch – auch wirtschaftlich und gesellschaftlich verstehen sich unsere Länder sehr gut. Vor der Pandemie stieg die Zahl der polnischen Touristen, die Slowenien besuchten, stark an, und ich bin überzeugt, dass wir bald zu diesem Trend zurückkehren werden. Wenn es die Situation erlaubt, plane ich sogar, einen Teil meines diesjährigen Urlaubs in Slowenien zu verbringen.

Ist für die Zukunft ein größeres bilaterales Projekt zwischen unseren beiden Ländern geplant?

Während meines Besuchs habe ich viele solcher Projekte besprochen. Ich glaube, dass wir viel Potenzial haben, vor allem in der Logistik. Eine stärkere Zusammenarbeit zwischen dem Hafen von Koper und den Häfen an der Ostsee kann für unsere beiden Länder von Vorteil sein, ebenso wie die Kooperation im Eisenbahnsektor. Auch im Bereich der Fluggesellschaften; LOT Polish Airlines, unsere nationale Fluggesellschaft, blickt mit großem Interesse auf den slowenischen Markt, und ich glaube, dass es, wenn die Erholung nach der Pandemie es zulässt, bald einen Markt für mehr Lot-Flüge aus Ljubljana geben könnte, und nicht nur nach Polen.

Wir schätzen die Zusammenarbeit im Bereich des Transports entlang des TEN-T Baltisch-Adriatischen Korridors sehr. Unser nationales Frachtunternehmen PKP Cargo ist in Slowenien durch seinen Vermittler Primol-Rail präsent.

Polen ist auch offen für slowenische Investoren. Der regulatorische Rahmen für wirtschaftliche Aktivitäten wurde mit der Einführung der Verfassung für Unternehmen und dem qualitativen System zur Unterstützung ausländischer Direktinvestitionen „Polnische Investitionszone“ gestrafft. Wir bieten großzügige Steuererleichterungen für Qualitätsinvestitionen, die sich auf Forschung und Entwicklung und die nachhaltige Schaffung von Arbeitsplätzen konzentrieren.

Letztes Jahr nahmen Polen und Slowenien an den Verhandlungen über den Europäischen Konjunkturfonds und das EU-Budget teil. Können Sie uns mehr über diese Zusammenarbeit erzählen?

Wir schätzen die slowenische Beteiligung an diesem Prozess sehr, insbesondere Premierminister Janša als entscheidende Stimme der Vernunft, seinen wichtigen Brief, in dem er auf die Notwendigkeit von Kompromissen hinwies, und dann seine Konsequenz während der Verhandlungen. Diese waren sehr hart, wahrscheinlich die schwierigsten in der Geschichte der EU. Dank einer solidarischen Herangehensweise Sloweniens, Polens und anderer Länder der Gruppe „Freunde der Kohäsion“ ist es uns gelungen, sogenannte

„sparsame“ Ideen zu überwinden, die den Haushalt kürzen, die Erholung nach der Pandemie behindern und einfach schädlich für die europäische Integration sein würden.

Die Haushaltsverhandlungen für 2020 sind der beste Beweis dafür, dass es sich lohnt, sich in unserer Region stärker zu integrieren. Trotz einiger Unterschiede, die man sich natürlich zwischen zwei Ländern aussuchen kann, eint uns so viel mehr. In Mitteleuropa teilen wir ähnliche Werte, und wir alle haben einen ähnlichen Hintergrund, sowohl in der alten als auch in der jüngsten Geschichte. Nachdem wir die kommunistische Herrschaft überwunden und erfolgreich die freie Marktwirtschaft aufgebaut haben, haben wir in den letzten drei Jahrzehnten Außergewöhnliches geleistet – aber wir brauchen noch mehr Zusammenhalt, um den Entwicklungsstand unserer westlichen und nördlichen Nachbarn aufzuholen. Und es ist gut, dass wir in der Lage waren, das zu verstehen und erfolgreich zusammenzuarbeiten, zum Wohle unserer Menschen.

Wie ist die Situation in Polen aufgrund der Pandemie? Was sind einige der größten Herausforderungen, denen sich Polen während der Pandemie stellen muss?

Wie die meisten EU-Länder stehen wir vor großen Herausforderungen, sowohl im Bereich der öffentlichen Gesundheit als auch in der Wirtschaft. Im Moment sind wir viel optimistischer – die Impfung verläuft reibungslos (trotz geringerer als erwarteter Lieferungen seitens der Lieferanten), wir haben mittlerweile 15 Millionen Impfungen erreicht und bis zum Ende des Sommers sollten wir in der Lage sein, alle zu impfen.

Wirtschaftlich gesehen haben wir beschlossen, den größten öffentlichen Unterstützungsplan der Geschichte umzusetzen, um Arbeitsplätze und Unternehmen zu schützen. In den letzten 14 Monaten haben wir etwa 50 Milliarden Euro in das Programm „Anti-Krisen-Schutzschild“ gesteckt. Im März 2020 schätzten Experten, dass wir landesweit bis zu 5–6 Millionen Arbeitsplätze verlieren könnten. Das ist nicht nur nicht passiert, sondern wir haben es geschafft, die niedrigste Arbeitslosigkeit in der EU zu halten. Natürlich hat die Pandemie viele Unternehmen und Arbeitnehmer betroffen, aber ich bin überzeugt, dass wir nach der Rückkehr zur Normalität auch eine starke wirtschaftliche Erholung erleben werden.

Was sind die Pläne Polens für die Erholung von der Coronavirus-Pandemie? Auf welche Bereiche werden Sie sich besonders konzentrieren?

Wir wollen nicht nur wieder aufbauen, was verloren wurde, sondern auch in neue, innovative Bereiche der Wirtschaft investieren, die uns zusätzliche Vorteile verschaffen. So schrecklich die Pandemie auch war, sie bietet auch Chancen, viele Wirtschaftszweige neu zu entwickeln. Wir werden in die Infrastruktur, intelligente Mobilität, den grünen Energiesektor und die digitale Transformation investieren. Wir wollen unsere Wirtschaft modernisieren und Arbeitsplätze schaffen. Auf der anderen Seite müssen wir den Lebensstandard unserer Gesellschaft verbessern. Um diese Ziele zu erreichen, werden wir private und öffentliche Investitionen mobilisieren, die Standards des öffentlichen Gesundheitssektors verbessern und in Hightech-Lösungen investieren.

Unsere Ziele gehen einher mit den Prioritäten der Drei Meere: Wir wollen uns auf eine stärkere Digitalisierung konzentrieren – wir haben bereits eine der am besten digitalisierten öffentlichen Verwaltungen und medizinischen Dienste. Eine weitere große Herausforderung ist die Energiewende. In den letzten zwei Jahren gab es einen großen Zuwachs bei der Solarenergie, wir wollen diesen Weg weitergehen und auch in andere emissionsarme Quellen investieren. Und schließlich ein sauberer und effizienter Transport. Mein Land ist bereits eine Drehscheibe für Elektromobilität, mit einem der größten Batteriehersteller in unserem Land – und das ist erst der Anfang.

Globalisten und die Brüsseler Eurokratie greifen Polen seit einigen Jahren an und werfen Ihrem Land vor, europäische Prinzipien in den Bereichen Justiz, Medien und Migration zu verletzen… Wie stehen Sie zu diesen Vorwürfen?

Die Gründe für diese Angriffe sind rein politisch. Den liberalen und linken Politikern gefällt es offensichtlich nicht, dass ihre Verbündeten in Polen die Macht verloren haben.

Wir haben die Wahl 2015 gewonnen, mit einem konservativen, aber auch reformorientierten Mandat. Dieses Mandat wurde 2019 erneuert, ganz zu schweigen von der Präsidentschaftswahl im letzten Jahr und einigen anderen Wahlen auf dem Weg dorthin. Das polnische Volk hat für eine umfassende Reform des Staates gestimmt, einschließlich des Justizsystems, das seit 25 Jahren nicht angerührt wurde. Nach dem Zusammenbruch des Kommunismus sollten die zuvor von der kommunistischen Regierung ernannten Richter – von denen viele an der Verfolgung von Mitgliedern der demokratischen Opposition beteiligt waren – plötzlich als unabhängige Hüter der Rechtsstaatlichkeit gelten. Eine magische Transformation, könnte man sagen. Obwohl sie offensichtlich nicht stattgefunden hat. Während viele Richter einfach nur ihre Pflichten erfüllten, gab es eine beträchtliche Anzahl korrupter Beamter – und das führte zu einem korrupten System. Wir haben begonnen, das zu ändern, und es wird immer noch sehr stark protestiert. Aber wir werden nicht nachgeben, denn wir müssen ein gesundes Justizsystem im Interesse unseres Volkes schaffen, nicht im Interesse der Eliten, die den Status quo unterstützen.

Wenn es um Migration geht, sind wir der Meinung, dass das Prinzip der Solidarität eine Zwangsumsiedlung nicht rechtfertigt – sie würde sogar weitere Anreize für illegale Migration und Menschenschmuggel schaffen. Ich bin froh, dass Polen und Slowenien diesen Ansatz teilen.

Die gleichen Gruppen, die Polen seit Jahren angreifen, haben in letzter Zeit auch Slowenien angegriffen und unter Druck gesetzt. Kooperieren Slowenien und Polen bei der Zurückweisung dieses Drucks?

Wir unterstützen jedes Land, das in seinem nationalen Interesse Reformen durchführen will, sehr. Das ist die Grundlage des vereinten Europas – das Streben nach Integration, aber mit Respekt vor der nationalen Identität und Souveränität. Polen wird Slowenien in diesen Belangen immer unterstützen, und wir sind froh, dass Slowenien uns in vielen Fragen zur Seite steht.

Unsere beiden Regierungen haben viele Gemeinsamkeiten, aber eine ist entscheidend: Werte, die tief in unserem demokratischen System verwurzelt sind, und die Sorge um unser Volk. Die polnisch-slowenische Zusammenarbeit ist in dieser Hinsicht äußerst wertvoll. Schließlich geht es hier um Prinzipien, nicht um aktuelle politische Vorteile, mit Blick auf die Zukunft Polens und Sloweniens. Die Würde des Menschen, das Recht auf Leben, der Schutz der Familien, die Freiheit der Rede, der Meinungsäußerung und des Glaubens – all das sind die axiologischen Grundlagen unserer europäischen Zivilisation. Es ist wichtig, dass Polen und Slowenen sie gleichermaßen verteidigen wollen.

Könnten Sie uns abschließend Ihre Vision für die Zukunft Europas anvertrauen?

Ich glaube, dass der Haupterfolg der europäischen Integration – die Verhinderung von Krieg auf dem Kontinent durch wirtschaftlichen Zusammenhalt – immer noch das Leuchtfeuer ist, nach dem wir alle streben. Europa muss sich auf die Zusammenarbeit im Handel konzentrieren und Barrieren einreißen, die den freien Wettbewerb behindern. Der gemeinsame Markt ist eine der größten Errungenschaften der EU. Er hat das

Wirtschaftswachstum auf dem gesamten Kontinent angekurbelt. Unser offener Markt mit 500 Millionen recht wohlhabenden Verbrauchern ist das, was manche als unser „passives Druckmittel“ im wirtschaftlichen Wettbewerb mit China, aber auch mit den Vereinigten Staaten bezeichnen. Wir sollten ihn stärker nutzen. Allerdings ist sein Potenzial noch nicht voll ausgeschöpft – vor allem in den Bereichen Dienstleistungen und Digitalisierung. Deren Bedeutung in der Weltwirtschaft nimmt (auch aufgrund der Pandemie) weiter zu, und die EU muss in diesem Bereich noch erhebliche Fortschritte erzielen. Der Abbau von Barrieren – auch von protektionistischem Verhalten innerhalb der EU – liegt im Interesse aller Mitgliedstaaten.

Leider gibt es in Brüssel und anderen europäischen Hauptstädten viele Ideen, sich auf die politische Integration statt auf die wirtschaftliche zu konzentrieren – und unsere Union in Richtung Föderalisierung oder sogar eines europäischen Superstaates zu drängen. Polen lehnt dies entschieden ab, da wir an die nationale Souveränität und die Bedeutung jedes einzelnen Staates als gleichberechtigtes Mitglied der Union glauben. Gerade jetzt beginnen wir eine Debatte über die Zukunft Europas. Ich glaube, dass nicht nur Polen und Slowenien, sondern auch viele andere in der Region eine starke Stimme in dieser Debatte haben müssen. Die Europäische Union wird von all ihren Mitgliedern geformt, und wir sind alle gleich – da wir bereits seit 17 Jahren in der EU sind, müssen wir lauter und deutlicher sagen, wie wir wollen, dass sie aussieht.

DEMOKRACIJA

Dieser Beitrag erschien zuerst bei DEMOKRACIJA, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

14) Ausländische Journalisten zu den Angriffen der europäischen Linken auf Polen, Ungarn und Slowenien

20. 05. 2021

Álvaro Penas, Peter Tase, Cvetin Chilimanov, Mariann Őry - *Foto: Twitter, Facebook, YouTube, persönliches Archiv*

Wir haben Journalisten ausländischer Medien gefragt, warum die europäischen Mainstream-Medien Polen, Ungarn und Slowenien mit Galle attackieren und wer ihrer Meinung nach wirklich hinter diesen Angriffen steckt. So etwa wird Sloweniens Premierminister Janez Janša allein für die Verteidigung konservativer Werte angegriffen, und seine Politik wird als extrem abgestempelt…

Alvaro Peñas, El Correo de España (Spanien):

„Wie Viktor Orbán sagt, hat die europäische Politik die Mitte nach links verschoben, so dass eine Regierung, die eine rechte oder konservative Politik formuliert, sofort als extrem abgestempelt wird. Aufgrund der Politik der Visegrad-Gruppe in Bezug auf die illegale Einwanderung, die auch Slowenien unterstützt, hat die Linke all diese Länder nach Belieben vereinnahmt und ihre gesamte Politik wird in Frage gestellt. Die Medien haben Polen als ein ultrakatholisches Regime dargestellt, das Homosexuelle verfolgt, und Ungarn als Diktatur. Der slowenische Premierminister Janez Janša wird wegen der Verteidigung konservativer Werte und seiner Freundschaft mit Orban angegriffen, was die Medien als Beweis für Radikalität sehen. Die Wahrheit ist, dass diese Fake-News-Geschichten darauf abzielen, die Glaubwürdigkeit dieser Regierungen zu untergraben und die Wähler in ihren Ländern negativ zu beeinflussen.“

Alvaro Peñas, El Correo de España - *Foto: persönliches Archiv*

„Wenn man sich die verschiedenen Kampagnen anschaut, die gegen diese Länder durchgeführt wurden, findet man immer das gleiche Muster. Beschwerden von linken NGOs, Unterstützung dieser Beschwerden durch die Medien und eine Resolution, die den Bruch der Rechtsstaatlichkeit in der EU verurteilt. Die Frage ist also, wer diese NGOs, diese „zivilgesellschaftlichen“ Gruppen anführt, die dann die Medien beeinflussen und letztlich eine politische Reaktion in den Brüsseler Büros provozieren. Das ist es, was George Soros tut. Sein Geld finanziert Hunderte von NGOs, kauft die Medien, stellt Kandidaten für den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte auf und fördert Politiker in der Europäischen Kommission. Seine Konfrontation mit Viktor Orban, der Soros‘ Open Society aus Ungarn vertrieben hat, und seine totalitäre globalistische Agenda sind die treibende Kraft hinter allen Initiativen gegen Länder, die nicht bereit sind, ihre Werte und nationale Souveränität zu verkaufen.“

Mariann Őry, Senior Editor und Redakteurin für Außenpolitik bei Magyar Hírlap (Ungarn):

„Es ist klar, dass Länder mit konservativen Regierungen, die eine souveräne Politik verfolgen und sich um ihre nationalen Interessen kümmern, oft von den sog. liberalen Eliten der EU und ihren Medien ins Visier genommen werden. Ihre wahren Motive verbergen sich oft hinter juristischen Erklärungen, aber sie haben eindeutig politische, ideologische Gründe oder verschiedene wirtschaftliche Interessen. Wenn es um Rechtsstaatlichkeit geht, messen sie mit zweierlei Maß, und aufgrund des politischen Drucks auf einige Länder werden ihnen genau die gleichen Bedenken vorgeworfen, die bei den „alten“ Mitgliedstaaten völlig ignoriert werden.“

Mariann Őry, Magyar Hírlap - *Foto: Twitter*

„Es gibt ein Netzwerk von NGOs, Think Tanks und anderen Lobbygruppen, die ideologische Ziele verfolgen. In vielen Fällen setzen sie sich für die Interessen des Großkapitals ein.“

Peter Tase, freiberuflicher Journalist und Spezialist für internationale Beziehungen (USA):

„Der Einfluss der russischen Spionageabwehr und der wachsende Nationalismus der EU führen zu einer Verschiebung, die drei mitteleuropäische Länder (Slowenien, Ungarn und Polen) künstlich vom Rest Europas trennt. Die EU hat die Dinge weiter verkompliziert, weil sie weiß, dass die Regeln des Binnenmarktes nicht durchgesetzt werden, und die Eindämmung der chinesischen Viruspandemie war ein kontinentweites Fiasko. Auf der anderen Seite haben Polen, Ungarn und Slowenien wunderbare Arbeit geleistet, indem sie ihre Bevölkerung geimpft haben und ihre Politik zur Förderung des Wirtschaftswachstums fortgesetzt haben.“

Peter Tase, freiberuflicher Journalist und Spezialist für internationale Beziehungen (USA):

„Schädliche Strömungen wie die Bilderberg-Treffen und der amerikanische Milliardär George Soros sind negative Einflussquellen in den europäischen Medien und üben großen Druck aus, um ein negatives Bild von Slowenien, Polen und Ungarn in den internationalen Medien und europäischen Zeitungen zu fördern."

Cvetin Chilimanov, mazedonischer Journalist:

„Ungarn, Polen, Slowenien und andere osteuropäische Länder sind Beispiele für andere europäische Länder, dass es einen anderen Weg gibt. Dass ein Land industrielle Regionen nicht dem Verfall und der Arbeitslosigkeit überlassen muss. Dass Stadtzentren keine polizeilichen No-Go-Areas sein sollten, in denen man sich nachts oder für den größten Teil des Tages nicht sicher bewegen kann. Dass es möglich ist, Grenzen durchzusetzen (Ungarn, Slowenien) oder ein starkes Einwanderungsprogramm aufzustellen (für Ukrainer in Polen und bis zu einem gewissen Grad für Einwanderer aus dem Balkan in Slowenien), von dem das Zielland trotzdem profitiert, weil die Einwanderer gut integriert sind und sich selbst Arbeit suchen und ihren Lebensunterhalt bestreiten müssen – und nicht von Sozialprogrammen leben. Einfach gesagt: Budapest, Ljubljana und Warschau haben Brüssel, Washington, London und Berlin beschämt, weil sie sicher sind, weil ihre Wirtschaft dynamisch ist und weil die Öffentlichkeit patriotisch bleibt.

Aufgrund ihrer tragischen Erfahrung mit dem Kommunismus sind diese Länder von einer starken Skepsis gegenüber Ideologien geprägt, die ihnen von einem weit entfernten radikalen Zentrum aufgezwungen werden. Deshalb widersetzen sie sich der Einführung grüner Politiken oder Experimenten im Bildungssystem, die von Bürokraten ins Leben gerufen wurden, die die Kindererziehung verstaatlichen oder ganze Kulturen umdefinieren wollen, die Familienwerte und die Kirche untergraben und Bauern, Arbeiter und Geschäftsleute in Kabinenbewohner oder Couch-Surfer verwandeln. Obwohl der Westen immer noch reicher ist als der Osten, ist es klar, dass die Länder des Westens viel von ihrem Stolz und ihrem Zugehörigkeitsgefühl verloren haben. Politiker in westlichen Ländern kommen gelegentlich heraus und wollen den Niedergang abtun und verweisen stolz auf die Beispiele östlicher Länder, um zu zeigen, dass sich die Dinge ändern können und der Niedergang umkehrbar ist. Das führt dazu, dass sich die linken politischen Kräfte bedroht fühlen und gegen jedes Land reagieren, das zeigt, dass ein anderer Weg möglich ist."

Cvetin Chilimanov, mazedonischer Journalist - *Foto: YouTube*

„Es ist eine seltsame Wendung in der Geschichte, dass ene radikale, schädliche Politik, die einst von Moskau ausging, nun von Brüssel und, in der Zeit demokratischer Präsidenten, von Washington offengelegt wird. Genau diese Machtzentren liegen offenbar in den Händen nicht gewählter Bürokraten – auch wenn der nominell Verantwortliche aus einer rechten Partei kommt -, die Medienkampagnen gegen rechtsgerichtete Länder wie Ungarn, Polen und Slowenien organisieren.

Der Plan für diese Kritik ist oft derselbe – die Führer dieser Länder werden nach demselben Muster angegriffen, die Nachrichten sind so identisch, dass man, wenn man die Namen des „autokratischen rechten Führers“ und des „charismatischen und modernen Oppositionellen“ weglässt, das Gefühl hat, immer wieder denselben Artikel zu lesen.

Die Geschichte hat die kleinen Länder Osteuropas die Gefahren ausländischer Zentren gelehrt, insbesondere Zentren mit antihumanistischen Agenden und Entwürfen, und hat sie gelehrt, ihre Souveränität und ihre Fähigkeit, sich selbst zu schützen, zu schätzen. Es ist offensichtlich, dass die Linke (oder ihre aktuelle Inkarnation in der rot-grün-grünen Regenbogenfarbe, die sie Liberalismus genannt haben) es ernst meint mit dem Ergreifen, Ergreifen und Festhalten an der Macht. Und sie glauben, dass jedes Land, das ihnen nicht blindlings folgt, ein rechtmäßiges Ziel für einen Regimewechsel und eine Farbrevolution ist, die durch voreingenommene Nachrichten eines kleinen Kreises von aktivistischen „Journalisten“ aus einer kleinen Gruppe von Nachrichtenmedien angeheizt wird. Nach dem ideologisch motivierten diplomatischen Druck kommen Geschäftsleute, die, obwohl ideologisch motiviert, auch einfache zukünftige Gewinne in den Ländern sehen, in denen sie die Regierung kontrollieren und einen Teil der Finanzierung für Proteste, parteiische Artikel und allgemeine Regimewechseloperationen bereitstellen. Auf Kosten ihres beträchtlichen Reichtums müssen einige aktivistische Milliardäre einen Gott-Komplex entwickelt haben, nachdem sie Jahrzehnte damit verbracht haben, sich mit nichts als Kumpanen und Diplomaten zu umgeben, die bereit sind, ganze Länder zu ihrem eigenen Profit und Vergnügen zu zerschlagen. Aber wie jeder ähnliche große Plan, diesen Teil Europas in der Vergangenheit zu verändern, wird auch dieser mit Sicherheit scheitern, und es bleibt die Frage, wie viel Schaden die Zielländer in der Zwischenzeit erleiden werden, während sie versuchen, ihre Unabhängigkeit zu bewahren und politische Unruhen, wirtschaftliche und politische Krisen und die Verbreitung schädlicher, radikaler Ideologien zu vermeiden.“

DEMOKRACIJA Dieser Beitrag erschien zuerst bei DEMOKRACIJA, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

15) „Das Europäische Parlament ist das Opfer eines Besetzungsfehlers“

21. 05. 2021

Europäisches Parlament · *Foto: Visegrád Post*

Enikő Győri: Am Ende müssen sich der gesunde Menschenverstand und das Gemeinwohl durchsetzen

Ohne überhaupt darauf zu warten, im Besitz aller Konjunkturpläne der Mitgliedsstaaten zu sein, fordert das Europäische Parlament bereits das Recht, die Bewertung dieser Pläne zu ändern. – „*Aus rechtlicher Sicht ist es für das EP unmöglich, über sein Überprüfungsrecht hinaus in dieses Verfahren einzugreifen. Und doch wird das Plenum, das diese Woche begonnen hat, Beschlüsse fassen, die zu einem Ausufern dieser Vorrechte führen werden. Letztes Jahr hat die Debatte über den Rechtsstaatlichkeitsmechanismus ein ähnliches Spektakel hervorgebracht, als das Europaparlament versucht hat, die Verteilung der EU-Gelder zu politisieren*“ – so Enikő Győri gegenüber *Magyar Nemzet* nach der gestrigen Debatte im Europaparlament über die nationalen Konjunkturpläne. Die Fidesz-Europaabgeordnete äußert sich zu den Fake News rund um die laufenden Konsultationen zwischen Ungarn und der EU, zu den Besonderheiten des ungarischen Konjunkturprogramms sowie zur möglichen Rückkehr des Streits um die Rechtsstaatlichkeit.

– Mehrere Fraktionsvorsitzende des Europaparlaments (EP) wollen, dass diese Institution eine Rolle bei der Bewertung der von den Mitgliedsstaaten vorgelegten Konjunkturpläne erhalte: Laut dem EVP-Fraktionsvorsitzenden Manfred Weber ist es notwendig, neben den bürokratischen Kriterien der Kommission auch politische Elemente zu berücksichtigen, während der liberale Dacian Cioloș während der gestrigen Debatte nicht zögerte, unverblümt zu erklären, dass er besonders an den

Plänen Ungarns und Polens interessiert sei. Ist es nach dem letztjährigen Gerangel um die Rechtsstaatlichkeit wirklich eine gute Idee, weiterhin zu versuchen, die Frage des Wiederaufbaufonds zu politisieren?

– Meiner Meinung nach ist das Europäische Parlament das Opfer eines Besetzungsfehlers – worauf ich in meinem schriftlichen Beitrag hingewiesen habe. Das Europaparlament will immer mehr: Es will immer Vorrechte in Bereichen erhalten, die es laut den Verträgen gar nichts angehen. Der Gesetzestext, aus dem der Wiederaufbaufonds hervorging, legt auch die Rechte des Parlaments in diesem Bereich klar fest: Gemäß dem Grundsatz der Transparenz hat das Europaparlament ein Kontrollrecht über die nationalen Pläne und muss von der Kommission über den Fortgang des Bewertungsverfahrens informiert werden. Auf der anderen Seite ist es die Europäische Kommission, die als Exekutivorgan in den nächsten zwei Monaten für die Bewertung der nationalen Pläne zuständig ist, die dann dem Europäischen Rat vorgelegt werden.

Aus rechtlicher Sicht ist es daher unmöglich, dass das Europaparlament über sein Kontrollrecht hinaus in dieses Verfahren eingreift oder dass die Abgeordneten Zugang zu internen Dokumenten haben, zum Beispiel zu noch nicht endgültigen Bewertungen. Trotzdem ist das Plenum, das diese Woche begonnen hat, dabei, Beschlüsse zu fassen, die zu einem Ausufern dieser Vorrechte führen werden.

Bei der letztjährigen Debatte über den Rechtsstaatlichkeitsmechanismus kam es zu einem ähnlichen Spektakel, als das Europaparlament versuchte, die Verteilung von EU-Geldern zu politisieren. Und hier sind sie wieder und verfolgen ein ähnliches Ziel: Mitgliedsstaaten, die sie nicht mögen, aufgrund ideologischer Überzeugungen an den Pranger zu stellen. Aus der Debatte vom Dienstag habe ich jedenfalls den Eindruck, dass sich die Kommissare an den von den Verträgen vorgegebenen Rahmen halten und ihre Arbeit machen.

– In den letzten Wochen, so berichten verschiedene der ungarischen Opposition nahestehende journalistische Quellen, gab es Streit bei den Konsultationen zwischen Ungarn und der Kommission über den ungarischen Konjunkturplan. Wie viel Wahrheit steckt in diesen Gerüchten?

– Seit einigen Monaten gibt es einen ständigen Dialog zwischen unserer Regierung und der Kommission, und der Plan wurde im Lichte dieser Konsultationen entworfen. Meiner Meinung nach ist dies ein natürlicher Prozess, und

es war nie die Rede davon, dass Brüssel in irgendeinem Bereich Nein zu uns gesagt hätte.

Es gab nicht einmal eine wirkliche Verspätung: Die Kommission selbst hatte gesagt, dass das Datum des 30. April als Richtwert zu betrachten sei. Es lag auch im Interesse der Kommission, dass die Mitgliedsstaaten möglichst gute und damit umso leichter zu bewertende und zu akzeptierende Pläne vorlegen, damit sie so schnell wie möglich grünes Licht für die Mittelvergabe geben kann. Außerdem hatten in Ungarn mehrere hundert Organisationen die Möglichkeit, ihre Meinung zu dem Dokument abzugeben: Parallel zu den Verhandlungen mit der Europäischen Kommission haben wir auch die Sozial- und Regionalpartner konsultiert. Wir sollten auch nicht vergessen, dass dies eine neue Übung ist; die EU-Gesetzgebung zum Wiederaufbaufonds selbst enthält mehrere Dutzend Anforderungen für die Darstellung von Wiederaufbau- und Resilienzplänen. Es versteht sich von selbst, dass der Inhalt des Plans Änderungen erfahren hat, aber es gibt keinen Grund, sich vorzustellen, dass der Anschein solcher Änderungen etwas Skandalöses wäre.

Es ist die ungarische Linke, die ohne jede Grundlage begonnen hat, zu heulen, zu versuchen, unseren Ruf zu beflecken und eine Kürzung der uns zustehenden Mittel zu bewirken.

– Verschiedene EU-Länder haben beschlossen, die nicht rückzahlbare Finanzierung des Konjunkturprogramms zu akzeptieren, jedoch ohne die Kredite aufzunehmen, die die andere Hälfte des Plans ausmachen. Im Fall von Ungarn, was war der Grund für diese Entscheidung?

– Nach den Informationen, die wir im Moment haben, würde die Zahl der Länder, die auch den Kreditteil des Konjunkturpakets in Anspruch nehmen würden, höchstens sechs bis acht betragen. Die Niederlande zum Beispiel werden nicht einmal einen Sanierungsplan vorlegen, was auch kein Problem ist, da es auf EU-Ebene keine ausdrückliche Verpflichtung dazu gibt. In Ungarn sind wir nach sorgfältiger Abwägung der Marktgegebenheiten zu dem Schluss gekommen, dass wir auf diese Kredite nicht zurückgreifen müssen, da der Markt bei der Erreichung unserer Entwicklungsziele auf sich allein gestellt sein kann –

und dass wir auf diese Weise freier arbeiten können, indem wir die ungarischen Bedürfnisse berücksichtigen. Ein hervorragendes Beispiel dafür ist die Frage der Infrastrukturinvestitionen, die nicht immer den grünen Kriterien Brüssels entsprechen, die Ungarn aber – aufgrund seiner Rückständigkeit durch die kommunistische Vergangenheit – immer noch sehr braucht.

Hier ist anzumerken, dass das Europaparlament die Kommission hätte auffordern können, bei der Bewertung der nationalen Pläne flexibel zu sein und die Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten zu berücksichtigen. Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass die Kommission in Richtung Flexibilität und Berücksichtigung der Bedürfnisse der Mitgliedstaaten gedrängt werden sollte.

Ich denke, es ist auch wichtig zu betonen, dass die ungarische Regierung nicht plant, von ihrem Steuersenkungspfad abzuweichen. Die Krise hat das Haushaltsdefizit und die Staatsverschuldung des Landes etwas erhöht, aber unsere Leistung ist immer noch besser als der EU-Durchschnitt. Im Jahr 2019 – dem letzten Jahr vor der Krise – war die Wirtschaft in guter Verfassung, was ein lobenswertes Ergebnis ist.

Es gibt allen Grund zu der Annahme, dass es für uns leichter sein wird als für die Mehrheit der Mitgliedsstaaten, auf den Weg zum Wachstum vor der Krise zurückzukehren.

Wie Szabolcs Ágostházy, der Staatssekretär für die Investitionen der Europäischen Union, kürzlich erklärte, werden wird unseren Aufschwung unverzüglich mit unseren eigenen Haushaltsmitteln beginnen, ohne auf das grüne Licht aus Brüssel zu warten, denn das Wichtigste ist, dass das Geld so schnell wie möglich in die Wirtschaft fließt. Brüssel muss uns nur noch die notwendigen Mittel zu einem späteren Zeitpunkt zur Verfügung stellen.

– Eine der Bedingungen des europäischen Wiederaufbaufonds ist die Ratifizierung des Eigenmittelverfahrens durch die Mitgliedsstaaten. In Ungarn bezieht sich der Text, der derzeit vom Parlament geprüft wird, unter anderem auf den im vergangenen Dezember von den Staats- und Regierungschefs verabschiedeten Kompromiss zur Rechtsstaatlichkeit. Warum war das notwendig?

– Wir dürfen uns in dieser Frage keine Illusionen machen, insbesondere nach dem Kampf auf Leben und Tod, den das Europäische Parlament im letzten Jahr um den Rechtsstaatlichkeitsmechanismus geführt hat. Der von den Staats- und Regierungschefs

verabschiedete Text ist sehr eindeutig, und es ist nicht möglich, die Entscheidungen der obersten Organe der EU zu ignorieren. Seitdem hat das Europaparlament jedoch innerhalb weniger Monate bereits zwei Entschließungen angenommen, die diesem Text zuwiderlaufen, womit es seine Vorrechte missbraucht und das Machtgleichgewicht zwischen den europäischen Institutionen gefährdet hat. Da das Europaparlament ein politisches Gremium ist, wäre es in gewisser Weise falsch, davon überrascht zu sein.

Aber am Ende muss sich der gesunde Menschenverstand und das Gemeinwohl durchsetzen.

Von der Kommission kann man nur hoffen, dass sie sich nicht auf diese politischen Spiele einlässt – weder bei der Bewertung der nationalen Pläne noch beim Rechtsstaatlichkeitsmechanismus.

Quelle: Magyar Nemzet

Dieser Beitrag erschien zuerst bei MAGYAR NEMZET (Autorin: Tamara Judi) und in deutscher Übersetzung bei VISEGRÁD POST, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

16) Linke Programme für eine „grüne Zukunft“ sind Programme für die Afrikanisierung Europas

Von Jože Biščak

27. 05. 2021

Das Lake Turkana Wind Power Project im Loiyangalani District, Marsabit County, Kenia. Es liegt 600 km von Nairobi entfernt und ist in 12 Stunden mit dem Auto zu erreichen · Foto: ltwp.co.ke

Der Turkana-See befindet sich im Norden Kenias. Er ist der größte Wüstensee der Welt. Entlang der Küste, wo der Wind zwischen den Bergen Kulal und Nyiru immer stark ist, hat Kenya Power mit einem Konsortium aus afrikanischen und europäischen Unternehmen einen Korridor von 310 Megawatt Windkraftanlagen gebaut. Progressive Anhänger der grünen Agenda feierten in aller Welt orgasmisch. Das sei billige und saubere Energie, verkündeten sie.

Die Wahrheit ist, dass Kenya Power inzwischen mit einer Milliarde Dollar verschuldet ist und die Betriebskosten weiter steigen. Windparks in Kombination mit anderen erneuerbaren Energien (Geothermie und Solar) haben die Erwartungen nicht erfüllt. Und das, obwohl die Lobby der Erneuerbare-Energien-Theorie (hauptsächlich Grüne und Progressive aus europäischen Ländern) sagt, dass Kenia auf dem richtigen Weg ist. Die Wahrheit ist, dass sich alle (auch die Linkspartei, die auf ihrem kommenden Kongress den ökosozialistischen „Weg in eine grüne Zukunft“ debattieren wird) wenig um die Umwelt, geschweige denn um das Klima kümmern. Die Agenda für die Afrikanisierung Europas, bzw. der westlichen Welt insgesamt, wird immer deutlicher.

In Afrika leben 1,3 Milliarden Menschen, ein Fünftel der Weltbevölkerung. Aber Afrika verbraucht nur 4 % des gesamten Stromverbrauchs der Welt und etwa 600 Millionen Afrikaner haben keinen Strom. Das bedeutet nicht nur, dass der schwarze Kontinent keine Aussicht auf wirtschaftlichen Fortschritt hat, sondern auch, dass das Leben schlecht ist. Die Lösung liegt nicht in teuren Projekten der grünen Agenda, die Lösung liegt in billigen fossilen Brennstoffen. Dies wird durch Progressive aus aller Welt behindert, die erneuerbare Energien aus Afrika fordern (fast alle afrikanischen Länder sind Unterzeichner des schädlichen Pariser Klimaabkommens). So finanzieren die größten Bankinstitute und Finanzorganisationen keine Projekte mit fossilen Brennstoffen mehr, und einzelne europäische Länder haben aufgehört, kohle- und ölbasierte Pläne finanziell zu unterstützen.

Die Globalisten halten Afrika also absichtlich als armen Kontinent, was bedeutet, dass noch mehr Afrikaner versuchen werden, illegal nach Europa zu kommen und den alten Kontinent noch schneller zu afrikanisieren. Und die Progressiven wissen das sehr gut. Programme wie der „Weg in eine grüne Zukunft“ der Linken sind keine Programme zur Erhaltung der Umwelt und zur Förderung der Nutzung erneuerbarer Energiequellen, sondern ein Programm zur Afrikanisierung Europas.

Jože Biščak · *Foto: Demokracija*

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

17) Energie aus der Wüste?
Von Redaktion

25. 05. 2021

Solarpanele in der Wüste.

In regelmäßigen Abständen wird in den Mainstreammedien die Idee aufgegriffen, Sonnenenergie in der Sahara oder anderen Wüstengebieten zu ernten. (www.spiegel.de/wissenschaft/technik/desertec-was-wurde-aus-den-solarkraftwerken-in-nordafrika-a-1196664.html).

Unter allen anderen Ideen die Sonnenenergie zu gewinnen, erscheint dieses Konzept auf den ersten Blick am sinnvollsten: Es gibt in der Sahara nahe am Äquator kaum einen Jahresgang der Sonneneinstrahlung. Wolken und Niederschläge sind in dieser Weltgegend auch selten. Es gilt letztlich nur den Tagesgang der vorhersehbaren Sonneneinstrahlung zu glätten, was wesentlich einfacher erscheint, als der fluktuierende Ertrag von Windrädern (siehe klimaschwindel.net/Anzahl_Windrad/Windraddaten.html), die unter Umständen tagelang still stehen können. Die Gebiete sind kaum bewohnt und irgendwelche Umweltschäden sind auch nicht zu erwarten. Lediglich das Klima könnte sich ändern, da sich z.B. Photovoltaikmodule wegen der vollständigen Absorption der Sonnenenergie stärker aufheizen als ihre Umgebung. Im „schlimmsten“ Fall könnte durch diese stärkere Erwärmung die Konvektion der Luft verstärkt werden und mehr Bewegung in der Atmosphäre der Wüste und somit mehr Niederschlag kommen.

Um diese Idee auf Schiene zu bringen wurde 2009 die Desertec Foundation gegründet, mit dem Ziel der Überprüfung der Wirtschaftlichkeit und Rentabilität eines derartigen Unterfangens.

Dazu Wikipedia:

„Am 22. Mai 2015 begann die Desertec Foundation gemeinsam mit ihrem neuen Kuratoriumsvorsitzenden Roland Berger die nächste Phase der Realisierung der globalen Vision. Nachdem die GmbH die Machbarkeit der Vision aus Industrieperspektive in mehreren Reports bestätigte, sieht die Stiftung die Vision nun in der Implementierungsphase. Berger schloss hierfür am 22. Mai 2015 einen Generationenvertrag mit Jugendlichen aus aller Welt mit der Zielsetzung einerseits Wüstenstrom für den lokalen Verbrauch zu produzieren, andererseits dafür Bewusstsein zu schaffen, dass Wüstenstrom auch Industrienationen helfen kann, deren nationale Energiewende zu beschleunigen."

Dieses Zitat ist wohl das Eingeständnis, dass der ganze Plan komplett gescheitert ist. Das ganze Projekt ist das Ergebnis von irgendwelchen Traumtänzern, ohne Bezug zu irgendeiner Realität. Mit ein paar einfachen Überlegungen kann sich jeder selbst überzeugen, wieso dieses Projekt nicht durchführbar ist:

Angenommen der Energiebedarf Europas soll durch die Sonnenenergie in der Sahara gedeckt werden. Wie groß müssten die Flächen der PV-Module sein?

Der jährliche Energiebedarf Europas beträgt derzeit 1551,9 Millionen Tonnen Rohöläquivalent. **Dies entspricht 18 10^{12} KWh.**

Die Solarkonstante beträgt 1.367 /KWm². Ein Quadratmeter Sonneneinstrahlung liefert somit 1.367*24*365= 11.975 10^3 KWh pro Jahr. Es werden somit rein theoretisch 1.5 10^9 m² oder 1.500 Km² Fläche benötigt.

Bei dieser Flächenberechnung ist allerdings der Tagesgang der Sonne noch unberücksichtigt. Da die Kugeloberfläche viermal so groß ist wie die Querschnittsfläche, muss noch dieser Geometriefaktor vier bei starr montierten Solarpanelen berücksichtigt werden. Werden beweglich montierte PV-Paneele verwendet, so reduziert sich der Geometriefaktor um den Faktor 2. Allerdings erhöhen sich auch die Kosten für die Anordnung. Es werden daher bei starr montierten Paneelen 6.000 Km² Fläche benötigt. Hier ist allerdings der Wirkungsgrad der Paneele selbst noch unberücksichtigt. Dieser beträgt z.B. 15%. Damit erhöht sich jetzt der Flächenbedarf auf 40.000 Km². Will man jetzt statt ein tageszeitlich alternierendes Stromangebot ein annähernd konstantes Stromangebot, so muss der Strom zwischengespeichert werden. Dafür kommt derzeit nur Wasserstoff in Frage, der erst durch Elektrolyse gewonnen wird und danach über Brennstoffzellen wieder in Strom gewandelt werden muss.

Der Wirkungsgrad dieses Prozesses beträgt etwa 40% Prozent. Dazu kommen noch Verluste durch die notwendige Verdichtung des Gases (12 Prozent). Es ergibt sich also ein Wirkungsgrad von 35 Prozent. Die notwendige Fläche steigt auf 113.600 Km². Hinzu kommen dann noch Übertragungsverluste. Diese betragen für die in Frage kommenden Entfernungen, im günstigsten Falle bei Übertragung mit einer Hochspannungs-Gleichstrom-Leitung (de.wikipedia.org/wiki/Hochspannungs-Gleichstrom-%C3%9Cbertragung) 14%. Die notwendige Fläche von PV-Modulen steigt somit weiter auf 132.000 Km²!

Ist Solarthermie eine Alternative?

Alternativ zu Photovoltaikpaneele kann auch Solarthermie (de.wikipedia.org/wiki/Sonnenw%C3%A4rmekraftwerk) betrieben werden. Das Sonnenlicht wird mit Parabolspiegel gebündelt und mit der konzentrierten Energie ein Medium (z.B.

Wasserdampf, oder ein Salz) erhitzt. Diese Anordnung kann die Wärme auch über Nacht speichern, womit die Speicherung über Wasserstoff entfällt. Allerdings sind die Flächenbedarfe für derartige Anlagen pro Energieeinheit um mindestens einen Faktor 100 größer, als bei einer Anlage mit PV-Paneelen. Für den Energiebedarf für Europa würde die gesamte Fläche der Sahara benötigt werden. Die Kosten für eine derartige Energieerzeugung sind nicht berechenbar.

Für Vögel sind derartige Anlagen tödlich. Jeder Vogel der in die gebündelte Sonnenstrahlung gerät, verschmort auf der Stelle. Großflächige Anlagen dieser Art bedeuten das Aussterben aller Vogelarten in dem betroffenen Gebiet.

Bei der Variante mit den PV-Modulen muss noch berücksichtigt werden, dass man nicht die gesamte Fläche in Einem auskacheln kann. Jedes Panel muss durch einen etwa 3 Meter breiten Fahrstreifen zugänglich sein. Hinzu kommt, dass man auf einer derart großen Fläche natürlich noch Straßen, Flughäfen und Siedlungen braucht. Auch muss bedacht werden, dass ein Teil der Paneele durch Sanddünen bedeckt sein wird, was sich allerdings nicht berechnen lässt. Man kann getrost davon ausgehen, dass sich der Flächenbedarf nochmals verdoppeln würde.

Die Kosten der Stromproduktion sind ebenfalls nicht berechenbar. Dabei sind die Kosten für die PV-Module selbst nur ein kleiner Teil der Gesamtkosten (etwa 1.000 Euro pro KWp). Nimmt man an, dass für ein KWp etwa 6m² PV-Module notwendig sind, so entsprechen die 132000 Km² etwa 22 10^9 KWp oder 22· 10^{12} Euro, oder **22 Billionen Euro**! Berechnet man die Investitionskosten pro installierter Kilowattstunde, so ergibt sich ein Preis von 1.2 Euro, oder auf 20 Jahre gerechnet etwa **6 Cent** nur für die PV-Module. Betriebskosten sind da nicht mitgerechnet! Derzeit kostet die Kilowattstunde am Strommarkt etwa **3.5 Cent**.

Hinzu kommen die Kosten für die Halterung jedes einzelnen Moduls in der Größenordnung der Kosten für die PV-Module, die notwendige Zwischenspeicherung, die Übertragungsnetze nach Europa, Straßen, neue Siedlungen, und und und! Man weiß einfach nicht, wo man mit dem Rechnen aufhören soll!

Damit wird klar, dass jeder Investor mit Restverstand sich von so einem Projekt schaudernd abwendet und Herr Roland Berger unbedarfte Jugendliche für sein Projekt mobilisieren will!

Wenn sich also die Stromproduktion in der Wüste mit PV-Modulen nicht rechnet, wie soll sich Selbiges in Europa rechnen?

Produktion und Entsorgung vom PV-Modulen:

Die notwendige Anzahl der PV-Module für ein derartiges Projekt übersteigt die derzeitige Weltjahresproduktion um das mehr als Hundertfache. Die notwendigen Basisstoffe, Silizium, Kupfer und Aluminium sind zwar ausreichend vorhanden, nicht jedoch die notwendigen Stoffe zur Dotierung des Siliziums: Indium, Gallium, Tellur und Selen. In Wikipedia kann man über die Verfügbarkeit dieser Stoffe nachlesen:

Bei den oben genannten seltenen Solarzellenmaterialien überschreitet der weltweite Verbrauch (Indium etwa 850 Tonnen, bei Gallium etwa 165 Tonnen) die jährliche Produktionsmenge. Nachhaltigkeit sieht wieder einmal anders aus. Hinzu kommt, dass sämtliche PV-Module nach etwa 20 Jahren ersetzt werden müssen. Es ist also fraglich, ob auf der Basis der derzeitigen Technologien eine derartige Menge an PV-Modulen überhaupt produzierbar wäre?

Ungelöst ist natürlich auch die nachhaltige Entsorgung einer derartigen Menge an PV-Modulen. Die dafür notwendigen Anlagen müssen auch erst gebaut werden.

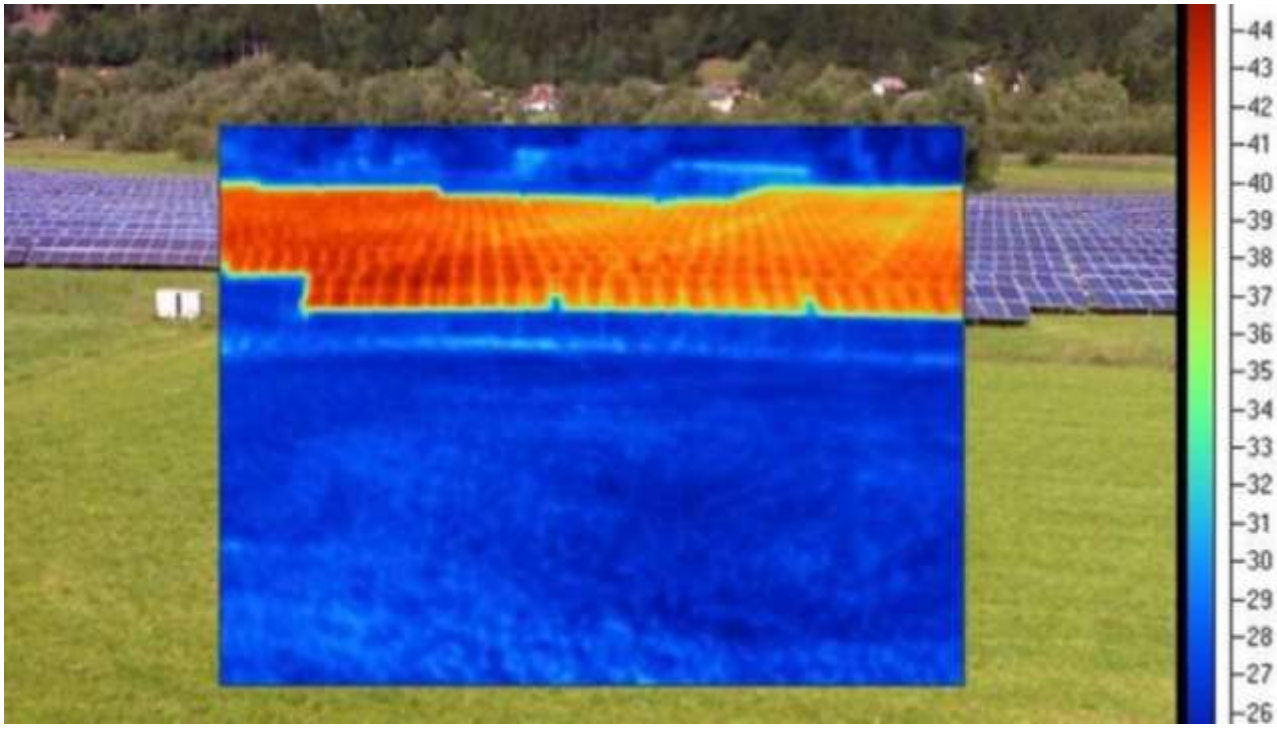
Politische Probleme:

Ein weiteres Problem ist der politische Aspekt dieses Unterfangens: Wie will man derartig gigantische Investitionen, die dann für Europa lebenswichtig wären, absichern? Wäre eine militärische Besetzung notwendig? Müsste Europa Teile von Afrika wieder kolonisieren? Politische Konflikte sind fast unausweichlich!

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

18) Photovoltaikanlagen heizen Umwelt auf und verhindern Bindung von CO2

22. 05. 2021



Im Sommer kann man mit Hilfe einer Wärmebildkamera erkennen, dass die PV-Module wesentlich wärmer sind, als die benachbarten Grasflächen / *Bild: energiedetektiv.com*

„Erneuerbare“ Energie statt Essen?

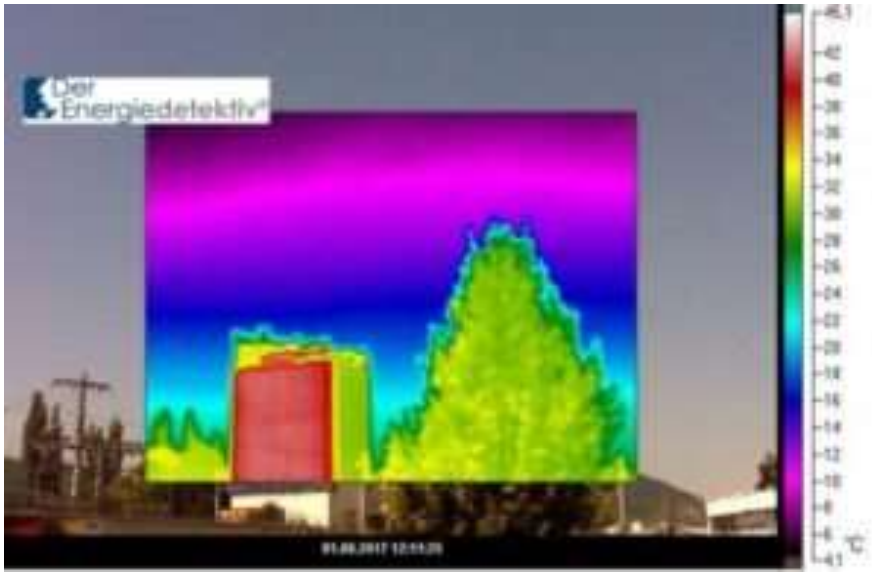
Man ist ja, wenn es um die Vorstellungen der Klimahysteriker geht, schon einiges gewöhnt, aber kaum hält man eine weitere Steigerung der Dummheit für möglich, wird man sofort mit neuen Torheiten im Namen des CO2-Schwindels (siehe klimaschwindel.net) überrascht.

Um den Absatz von Photovoltaikanlagen anzukurbeln, wird jetzt immer wieder der Vorschlag gemacht, Ackerflächen mit Photovoltaikanlagen zuzupflastern!

Dabei ist die Nutzung der Sonnenenergie durch Photovoltaikanlagen in unseren Breiten mehr als zweifelhaft:

Photovoltaikanlagen auf Ackerflächen tragen zur Erderwärmung bei

Normalerweise wird ein Teil der eingestrahlten Sonnenenergie in den Weltraum zurückgestrahlt (Albedoeffekt). Dieser Albedoeffekt hängt naturgemäß von der Oberflächenbeschaffenheit ab. Werden Ackerflächen mit PV-Anlagen zugepflastert, so sinkt der Albedoeffekt. Der Grund ist klar: Die eingestrahlte Sonnenenergie wird von den PV-Modulen zur Gänze absorbiert und nur ein kleiner Teil von dieser Energie in Strom umgewandelt (etwa 15%). Die restliche Energie wird in der Form von Wärmestrahlung abgestrahlt. Im Winter kann man beobachten, dass in der unmittelbaren Nähe derartiger PV-Panele der Schnee schneller schmilzt, berichtet EIKE, das Europäische Institut für Klima & Energie.



Auch an Gebäudeflächen erkennt man mit Hilfe einer Wärmebildkamera, dass Gebäudeoberflächen mit PV-Modulen wärmer sind, als an anderen Gebäudeteilen ohne PV-Module. (Bild: energiedetektiv.com)

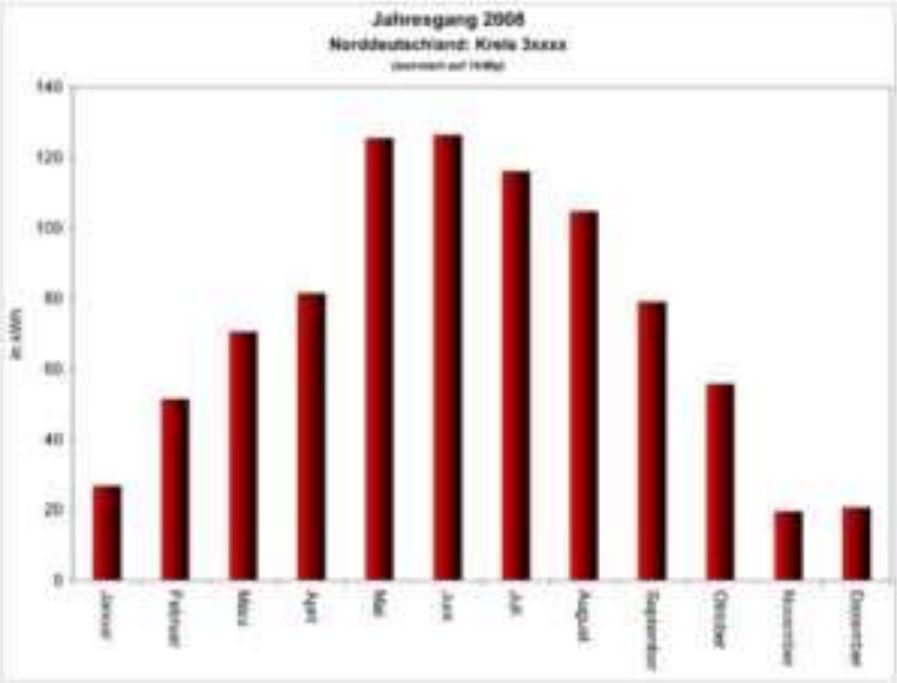
Photovoltaikanlagen verhindern die Photosynthese

Da unter den PV-Modulen auf Grünflächen kein Sonnenlicht hinkommt, kann auf diesen Flächen auch keine Photosynthese und damit auch keine Bindung von CO2 durch

Pflanzenwachstum stattfinden. Für CO2-Gläubige muss daraus zwingend folgen, dass auch aus diesem Grund PV-Module die Erderwärmung fördern.

Photovoltaikanlagen haben einen starken Jahresgang und destabilisieren die Stromnetze

Nicht nur, dass in der Nacht bekanntlich keine Sonne scheint, hat der Energieertrag von PV-Anlagen in Deutschland und Österreich durch den niedrigeren Sonnenstand im Winter einen erheblichen Jahresgang (siehe untenstehende Graphik):



Jahresgang einer Photovoltaikanlage, *Bild: wikipedia, SechWat*

Daraus ergibt sich, dass in den Sommermonaten rund 2 bis 2,5 mal soviel Strom durch eine PV-Anlage erzeugt wird wie im Winter. Gerade im Winter wird aber vor allem durch die im Vormarsch befindlichen Wärmepumpen wesentlich mehr Strom verbraucht als im Sommer. Die Stromproduktion durch die PV-Anlagen verläuft also antizyklisch zum Verbrauch.

Zum Einsatz kommen aus Kostengründen hauptsächlich Luft-Wasserwärmepumpen, also Wärmepumpen, die die Wärme der Umgebungsluft anzapfen. Der Pumpprozess funktioniert jedoch nur bis zu einer bestimmten Tiefsttemperatur (beispielsweise -5°C). Darunter schalten diese Wärmepumpen automatisch auf den Modus Stromheizung um. Je kälter es im Winter wird, desto mehr Strom wird also gebraucht. Die Klimajünger interessieren sich jedoch nicht für solche Details. Man summiert den Ertrag einer PV-Anlage über das Jahr zusammen und errechnet dann nach Milchmädchenart, wie viele Haushalte man mit einer derartigen Anlage mit Strom versorgen könnte. Spätestens 2030 will man dann so weit sein, den Strombedarf mit alternativer Energie auf diese Tour zu decken.

Da jedoch der Einsatz von PV-Anlagen, so lange man sich auf Dachflächen beschränkt, naturgemäß begrenzt ist, sollen jetzt auch Ackerflächen herangezogen werden, um noch mehr nutzlosen Photovoltaik-Strom zu erzeugen, den man dann nach einem Zitat von Prof. Sinn im Sommer nur in der Elbe durch Tauchsieder verklappen kann. Dieser Unfug hätte zur Folge, dass Ackerflächen verknappen und noch mehr Lebensmittel und vor allem Viehfutter importiert werden müsste. Das von den Klimahysterikern immer wieder strapazierte Nachhaltigkeitsprinzip wird durch diesen Unsinn konterkariert.

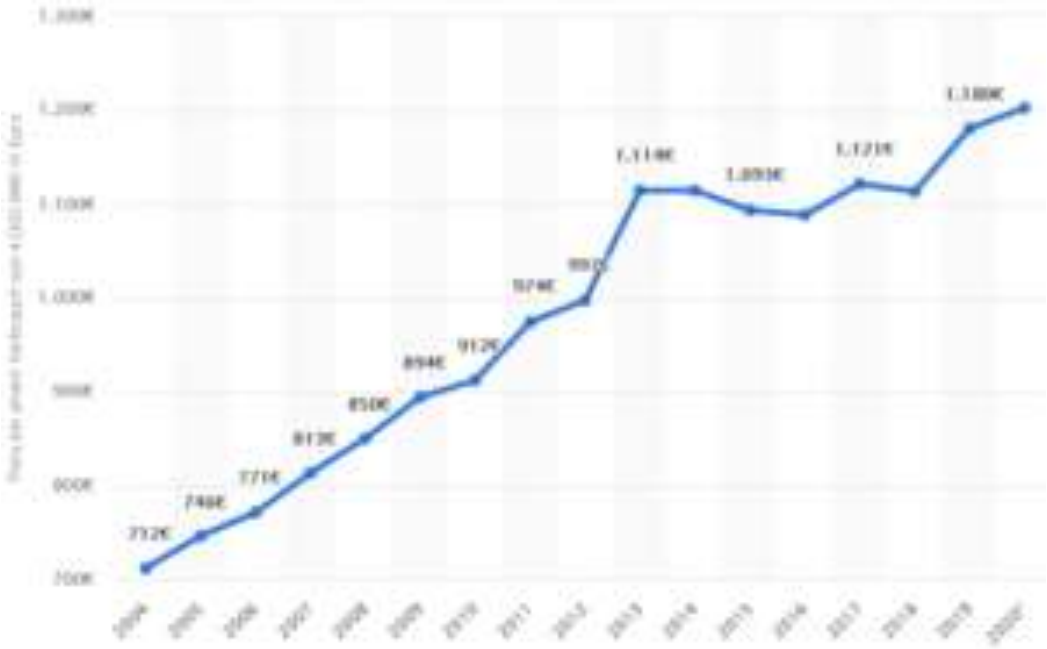
Dass sich dieser Unfug für die Betreiber überhaupt rechnet, ist eine Folge des absurden Energieeinspeisegesetzes, das die Einspeisung von fluktuierenden, die Stromversorgung destabilisierenden Wind- und PV-Strom gegenüber konventionellen Bandstromlieferanten bevorzugt. Diese müssen ihre Produktion zurückfahren, sobald der Wind weht und die Sonne scheint, jedoch bei Windstille, oder wenn die Sonne nicht scheint, wieder einspringen. Ist das Abschalten eines konventionellen Kraftwerkes nicht möglich, muss es seinen Strom unter Umständen zu negativen Strompreisen am Strommarkt anbieten. Dass die Betriebskosten der konventionellen Kraftwerke dadurch steigen, wird den Betreibern dieser Kraftwerke angelastet. Sie sind eben zu wenig flexibel! Kostenwahrheit sieht anders aus. Dieses Gesetz ignoriert physikalische und technische Notwendigkeiten und die Anforderung durch die Stromkonsumenten. Es ist ein Musterbeispiel für einen plansozialistischen und ideologiegetriebenen Irrsinn, der unsere Stromversorgung immer wieder an den Rand des Kollaps führt.

Ein weiterer grotesker Aspekt dieses Wahnsinns ist auch, dass die in Deutschland stillgelegten Kohle- und Atomkraftwerke zumindest zum Teil durch Gaskraftwerke ersetzt werden müssen, da man diese leicht nach Belieben ab- und anschalten kann! Ressourcenverschleuderung ist auch ein Teil der Wahrheit über die sogenannte „Energiewende“!

Steigende Strompreise

Dieser plansozialistische Irrsinn beschert Deutschland den höchsten Strompreis für Privathaushalte in der ganzen Welt (derzeit 31,89 Cent/KWh). Deutschland ist somit, dank der alternativen Energien Strompreisweltmeister (siehe www.agrarheute.com/management/finanzen/deutschland-bleibt-weltmeister-strompreisen-573340). Seit der Jahrtausendwende hat sich der Strompreis für die Haushalte mehr als verdoppelt!

Industrielle oder gewerbliche Großabnehmer beziehen in Deutschland Strom zu wesentlich günstigeren Konditionen (etwa die Hälfte des Tarifs für den Haushaltsstrom). Die deutschen Haushalte subventionieren somit auch noch gewerbliche und industrielle Stromabnehmer.



Entwicklung des Strompreises / *Quelle: Statista*

Netzzusammenbrüche

Durch den steigenden Anteil intermittierender Stromproduzenten wird das europäische Stromnetz immer instabiler. Sie dazu unseren Artikel „Erdbeben im europäischen Stromnetz – Totalzusammenbruch nur knapp verhindert“.

Eine Kombination aus Dunkelflauten (kein Wind, keine Sonne) und niedrigen Temperaturen, die den Verbrauch der Wärmepumpen in die Höhe schnellen lassen, könnte einen Netzzusammenbruch auslösen.

Fällt dann auch nur ein konventionelles Kraftwerk wie im obigen Zitat aus, ist ein europaweiter Netzzusammenbruch nicht mehr aufzuhalten, mit unabsehbaren Konsequenzen.

Fortsetzung folgt:
„Statt Photovoltaikanlagen: Sinnvolle Möglichkeiten Ackerflächen für die Energieproduktion umweltfreundlich zu nutzen“

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

19) Statt Photovoltaikanlagen: Sinnvolle Möglichkeiten Ackerflächen für die Energieproduktion umweltfreundlich zu nutzen

Energetische Verwertung von Biomasse. Von Redaktion

24. 05. 2021

Idyllisch beleuchtet die Abendsonne die Biogasanlagen – dahinter glückliche Kühen. Eine Idylle die Klima-Hysterikern gefällt. *Bild: JoachimKohlerBremen / wikimedia / (CC BY-SA 4.0)*

Der vorangehende Artikel „Photovoltaikanlagen heizen Umwelt auf und verhindern Bindung von CO2" beschrieb die Unsinnigkeit Ackerflächen für die Aufstellung von Photovoltaikmodulen zu missbrauchen. Dabei gäbe es andere Möglichkeiten Ackerflächen für die Energieproduktion zu nutzen, ohne dass die Lebensmittelproduktion und die Netzstabilität beeinträchtigt wird:

1.
    1.
        1. **Energetische Nutzung von Stroh:**

Stroh kann nach einem Verfahren der Firma Verbio-AG (de.wikipedia.org/wiki/Verbio, das ist jetzt keine Werbung für diese Firma) zu Biomethan vergoren werden. Derzeit gibt es in Deutschland 190 Anlagen, die Biomethan nach diesem Verfahren erzeugen.

Nach einer Pressemitteilung dieser Firma bleiben jedes Jahr allein in Deutschland acht bis 13 Millionen Tonnen Stroh ungenutzt – ein gewaltiges Rohstoffpotential für den Biokraftstoff von VERBIO: Mit dieser Menge Stroh könnten jährlich bis zu 5,5 Millionen Autos betrieben werden. Grundlage dafür ist das von VERBIO entwickelte und weltweit einzigartige Verfahren zur Monovergärung von Stroh in einer industriellen Anlage, die am Standort Schwedt/Oder bereits seit Oktober 2014 grüne Energie in das Erdgasnetz einspeist. Das Endprodukt Verbiogas kann als Kraftstoff für Erdgasfahrzeuge im Kommunal- und Privatverkehr sowie als alternativer Kraftstoff im Nutzfahrzeugbereich eingesetzt werden.

1.
    1.
        2. **Biogas aus Zweitfrüchten**

Sowohl in Deutschland wie auch in Österrreich gab und gibt es bereits Versuche, Substrate für Biogasanlagen aus Zweitfrüchten zu gewinnen, die nach der Getreideernte im Juli angebaut werden und bis Ende Oktober Zeit zum Reifen haben (stmk.lko.at/zweitfruchtanbau-nach-getreide+2500+3084841). In Deutschland wird auf etwa sechs Millionen Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche Getreide angebaut. Würde man auf diesen Flächen eine Zweitfrucht anbauen, entspräche das einem Äquivalent von 165 Terawattstunden ((TWh).

Der Verkehr benötigt in Deutschland etwa 768 Terawattstunden. Allein mit Biomethan aus Zweitfrüchten und Stroh könnten also etwa 30 Prozent der für den Verkehr notwendigen Energie in Biogasanlagen erzeugt werden.

Zum Unterschied von Wind und Solarstrom kann man mit dem Biomethan bzw. Biogas Strom berechenbar und verbrauchsorientiert erzeugen. Strom aus Biogas würde die Stromversorgung in keiner Weise beeinträchtigen. Theoretisch besteht sogar die Möglichkeit mit Biogas Spitzenstrom zu erzeugen, als Ergänzung zum Zappelstrom von PV- und Windkraftanlagen.

Im Moment sieht man jedoch eine andere Möglichkeit vor, um die durch „Öko-Stromerzeugung" auftretenden Stromengpässe zu korrigieren. Wenn gerade die Sonne nicht scheint oder es heißen wird, „alle Räder stehen still, wenn der Wind nicht blasen will" drohen Stromabschaltungen:

Spitzenglättung durch Stromabschaltung dank Smart Meter

Um einen Kollaps der Stromversorgung zu verhindern haben sich die Klimahysteriker eine neue Bosheit ausgedacht: Große Stromverbraucher wie Wärmepumpen oder Ladestationen für Elektroautos sollen bei Stromknappheit über Smart Meter vom Stromversorger zentral abgeschaltet werden können. Ein entsprechendes Gesetz ist derzeit in Diskussion. In der Fachliteratur wird dieser Vorgang euphemistisch als „Demand Side Integration“ bezeichnet. Wer immer über den Kauf eines Elektroauto nachdenkt, muss sich klar sein, dass man in Zukunft bei Windstille keinen Strom laden wird können.

Die Energiewende ist bloß ein Gelddruckverfahren für Großkonzerne

Diese Beispiele zeigen, dass das plansozialistische Förderregime nur ganz bestimmte Möglichkeiten der Gewinnung alternativer Energien bevorzugt. Es sind nur jene Optionen, hinter denen starke Lobbys stecken! Anlagenbauer für Biogasanlagen und Biogasbetreiber haben jedoch keine Lobby. In Österreich stehen praktisch alle Biogasanlagen vor dem Aus (z.B.: kurier.at/chronik/niederoesterreich/wieder-biogasanlage-am-ende/811.323)! Auch in Deutschland sieht es nicht viel besser aus (www.topagrar.com/energie/news/laesst-die-politik-auch-die-biogasbranche-sterben-9373690.html). Insgesamt stagniert die Anzahl der Biogasanlagen sowohl in Deutschland als auch in Österreich.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

20) Lega-Abgeordnete: „Keine Hilfe aus Brüssel bei Blockaden und Rückführungen“

28. 05. 2021

Italiens Innenministerin Lamorgese · Foto: VoxNews

Susanna Ceccardi, Mitglied des Europäischen Parlaments von der Lega Nord, zu neuen EU-Plänen: „Es ist gut, dass Kommissar Johansson einen Plan vorschlägt, aber ein Malta 2 wird die Probleme der Migration in Italien nicht lösen. Die Lösungen sind von anderer Art.“

Warum kann der von Europa vorgeschlagene Plan nicht funktionieren?

„Als Matteo Salvini Minister war, kam ein Zehntel der Migranten an, die unter der letzten Regierung in Italien gelandet sind. Ich war damals seine Beraterin im Palazzo Chigi und beobachtete, wie sich alle seine Aktionen auf bilaterale Abkommen konzentrierten, um Anlandungen zu stoppen, denn das bedeutete auch, den Tod auf See zu stoppen. Eine echte humanitäre Aktion, jenseits dessen, was die Linke sagt. Darauf sollte sich ein Minister, der Grenzen, aber auch Menschenleben verteidigen will, konzentrieren. Daher ist die von Johansson vorgeschlagene Umverteilung nachträglich, denn die europäischen Länder akzeptieren sie nur, wenn sie anerkannte Asylbewerber sind. Der Rest liegt auf Italiens Schultern“,

Mit erheblichen Problemen…

„Ja, denn Rückführungen sind sehr teuer für die Länder, die die Last auf sich nehmen, sie durchzuführen. Daher ist das, was der Kommissar vorschlägt, gut, aber sie hatten es mit Malta versucht und die Operation war nicht erfolgreich. Innenministerin Lamorgese hatte sich mit der Regierung Conte 2 sehr darauf konzentriert, aber das endete alles in einer Sackgasse. Europa muss bei der Umverteilung helfen, aber auch bei der Rückführung und der Blockade von Menschenhändlern mit den verschiedenen Operationen im Mittelmeer, wie zum Beispiel Frontex.“

Warum sagen Sie, dass die früheren Malta-Vereinbarungen nicht funktioniert haben?

„Zwischen Oktober 2019 und März 2021 wurden nur 990 Personen von 44.300 Anlandungen oder 2,2 % der Gesamtzahl auf Basis der Malta-Vereinbarungen umgesiedelt. Das Instrument der Umsiedlungen hat nicht nur nicht die erwarteten Ergebnisse gebracht, sondern erlaubt auch eine Umverteilung nur derjenigen, die den Flüchtlingsstatus erhalten haben, ein Verfahren, das langwierig und beschwerlich ist und in vollem Umfang von Italy getragen wird, wo die Antragsteller auf die Erledigung ihrer Anträge warten. Welche Instrumente gedenkt die Kommission in Anbetracht dessen zu beschließen, um Italien dabei zu helfen, die Abreise illegaler Einwanderer aus Nordafrika zu einem Zeitpunkt noch vor beginnender Sommersaison zu stoppen? Welche Instrumente gedenkt sie einzusetzen, um Rückführungen zu unterstützen, da die Ergebnisse der Umsiedlungen nach den Vereinbarungen von Malta nicht ausreichen, um das Problem zu lösen?“

Salvini landete vor Gericht, weil er versucht hatte, die Anlandungen zu verhindern

„Grenzen zu verteidigen ist kein Verbrechen. Falls es jemand noch nicht bemerkt hat: Es ist eine globale Pandemie im Gange. Unsere Regierungen haben überall einige verfassungsmäßige Freiheiten außer Kraft gesetzt. Das einzige, was die EU nicht zu stoppen versucht, ist die irreguläre Einwanderung. Es gibt einige, die irregulären Personen erlauben möchten, frei und ohne Einschränkungen nach Europa zu kommen. Die EU muss sich dafür einsetzen, dass die Anlandungen gestoppt werden, oder sie wird wieder einmal für schuldig befunden werden.“

Quelle: Il Giornale (Printausgabe vom 27.5.2021, Autorin: Chiara Giannini)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

21) Die ungarische Familienpolitik ist auch in Italien ein Vorbild

27. 05. 2021

Marcia per la vita, Marsch für das Leben · *Foto: Facebook*

Italienische Mediziner und Ökonomen blicken mit Anerkennung und Neugier auf die ungarische Familienpolitik, wo sie die Erkenntnis sehen, dass die für die Familien ausgegebenen Mittel eine sichere Rendite darstellen. Das ungarische Modell, das durch Statistiken belegt ist, ist ein ermutigendes Beispiel für die Italiener, die in den letzten vier Jahrzehnten 6,5 Milliarden Euro ausgegeben haben, um sechs Millionen Föten *in utero* zu zerstören.

Abtreibung hat der italienischen Staatskasse enorme Kosten verursacht und sechs Millionen Leben im Mutterleib zerstört, so die neueste mehrjährige Studie, die in der Ruhmeshalle LUMSA der Päpstlichen Universität Rom, neben dem Vatikan, vorgestellt wurde. Die Studie, die von der Nichtregierungsorganisation Pro Vita & Famiglia veröffentlicht wurde, analysiert die Kosten der Abtreibung in den letzten 43 Jahren. 1978 wurde die Abtreibung in Italien legalisiert, und Ökonomen und Ärzte schätzen, dass es 5,6 Milliarden Euro gekostet hat, Schwangerschaften abzubrechen. Die Experten wiesen auch darauf hin, dass die Abtreibung zu einer Reihe von Gesundheitsproblemen und einem starken Bevölkerungsrückgang geführt hat, mit negativen Rekorden Jahr für Jahr. Trotz alledem ist das Thema in der italienischen Gesellschaft ein Tabu. Nur wenige Menschen äußern sich angesichts der gespaltenen öffentlichen Meinung unverblümt zu den Verwüstungen der letzten Jahrzehnte.

- Das in Italien geltende Abtreibungsgesetz ist sexistisch und männlich chauvinistisch. Es lässt die Mutter mit den Schwierigkeiten einer ungeplanten und ungewollten

Schwangerschaft allein und erlaubt dem Vater, weiterzumachen, ohne Verantwortung zu übernehmen“, sagte Francesca Romana Poleggi, Direktorin der Zeitschrift Pro Vita e Famiglia.

- Die Gesellschaft sieht das Erwarten eines Kindes oft als ein unüberwindbares Problem, als eine Last. Das Gesetz bietet Frauen die Abtreibung als einzige Lösung an, unternimmt keinen Versuch, den Fötus zu retten, und ermutigt nicht zum Kinderkriegen.

- Politische Korrektheit verurteilt alles, was mit Abtreibung zu tun hat, zum Schweigen. Infolgedessen gab es nie eine Gelegenheit für einen objektiven Meinungsaustausch und eine Debatte über Abtreibung, frei von ideologischen Vorurteilen

- Das Geld, das für die Abtreibung ausgegeben wird, hätte für die Förderung des Kinderkriegens verwendet werden können. Wenn dieses Geld für die Unterstützung von Familien verwendet worden wäre, hätten wir heute einen Überschuss von 11,2 Milliarden Euro“, so Benedetto Rocchi, Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Universität Florenz. Rocchi wies darauf hin, dass das größte Problem Italiens die Entvölkerung ist, wobei das Überleben und das wirtschaftliche Wohlergehen des Landes auf dem Spiel stehen.

- Es stellt sich zu Recht die Frage, ob diese Millionen Euro nicht für die Unterstützung von Familien und benachteiligten Müttern verwendet werden könnten, anstatt eine Kultur des Todes aufzubauen.

Auch die Botschafter Ungarns und Polens sprachen am Wochenende beim Marcia per la Vita (Marsch für das Leben) in Rom.

- Ich bringe Ihnen eine ermutigende Nachricht aus Ungarn. Es ist möglich, Familien zu unterstützen, es ist möglich, Ja zum Leben zu sagen“, sagte Eduard von Habsburg-Lothringen.

- Die ungarische Regierung verfolge seit neun Jahren eine familienfreundliche Politik und habe bedeutende Ergebnisse erzielt, sagte der Botschafter des Heiligen Stuhls und skizzierte die ermutigenden Statistiken. Es ist wichtig, die Menschen davon zu überzeugen, dass Kinder ein Geschenk an die Gesellschaft sind, aber finanzielle Unterstützung, Steuersenkungen und die Möglichkeit, ein Zuhause zu schaffen, sind unerlässlich. Es braucht einen Mentalitätswandel und Politiker, die bereit sind, ihren Glauben zu bezeugen, denn Glaube und Familie sind untrennbar“, sagte der ungarische Botschafter.

Quelle: Magyar Nemzet (Autor: Dalma Jánosi, Rom)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

22) Ich bin Giorgia

Von Álvaro Peñas

24. 05. 2021

Giorgia Meloni : *Foto: La Voce del Patriota*

Es war der 19. Oktober 2019 und vor mir, auf der Piazza San Giovanni, standen Tausende von Italienern, die nach Rom gekommen waren, um mit uns, der rechten Mitte, ihren „italienischen Stolz“ gegen die Geburt der zweiten Conte-Regierung zu demonstrieren, der x-ten, die über die Köpfe der Bürger hinweggegangen war. Auf dem Platz wehten die Fahnen von Fratelli d’Italia, Lega und Forza Italia gemischt in einem bewegenden Anblick. Ein Volk, das für sein Recht auf Zählung und Selbstbestimmung kämpfte, gegen diejenigen, die meinten, sie könnten die Institutionen nach Belieben benutzen. Auf der großen Bühne, die für die Demonstration aufgebaut wurde, vor zweihunderttausend Menschen, ergriff ich das Wort zwischen Silvio Berlusconi und Matteo Salvini, meinen Verbündeten. Ich sprach etwa zwanzig Minuten lang, aus dem Herzen heraus, dem Instinkt und der Leidenschaft folgend. Offensichtlich war der Ton der einer Kundgebung, aber ich habe, wie immer, versucht, eine Vision zu skizzieren. Bei dieser Gelegenheit wiederholte ich eine Formel, die ich schon bei anderen Veranstaltungen verwendet hatte. Ich habe über den Wert der Identität gesprochen und über die große Konfrontation, die sich in diesen Zeiten aufgetan hat zwischen denen, die sie verteidigen, wie wir, und denen, die sie zu zerstören suchen, wie unsere Widersacher. Ich erklärte, dass alles, was uns heute ausmacht, von der einen Denkweise als Feind betrachtet wird, und es ist kein Zufall, dass die Familie, das Heimatland oder die religiöse und geschlechtliche Identität angegriffen werden. Ich schloss mit diesen Worten: „Ich bin Giorgia. Ich bin eine Frau, ich bin eine Mutter, ich bin Italienerin, ich bin eine Christin. Das werden sie mir nicht wegnehmen.“

So beginnt *Io sono Giorgia. Le mie radici, le mie idée* (Ich bin Giorgia. Meine Wurzeln, meine Ideen), das Buch von Giorgia Meloni, Vorsitzende der Fratelli d’Italia (FdI – Brüder Italiens) und der Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformisten (ECR), das bereits 100.000 Exemplare (5 Auflagen) in zehn Tagen verkauft hat. Wie alles, was aus dem

Patriotismus kommt, aus der Opposition gegen die globalistische Agenda, wurde das Buch von den Kommissaren des Wahrheitsministeriums unter die Lupe genommen. In diesem Fall von den Analysten der Plattform Pagella Politica, einem italienischen Newtral, dessen Gründer, Alexios Mantzarlis, jetzt das Poynter Institute in den USA und das IFCN (International Fact-Checking Network) leitet, eine Organisation, die 2017 und nach eigenen Angaben 1,3 Millionen Dollar vom Omidyar Network und George Soros‘ Open Society Foundations erhalten hat.

Das Ergebnis ihrer Arbeit ist erwartungsgemäß und bereits im Voraus festgelegt. Das Buch sei irreführend, weil es „falsche Daten“ zur Einwanderung enthält. Schauen wir uns einige Beispiele für das an, was die Kommissare als „falsche Daten“ bezeichnen. Meloni behauptet, dass 700.000 illegale Einwanderer in Italien angekommen sind, eine unwiderlegbare Tatsache, aber die Gutachter weisen darauf hin, dass es nicht stimmt, dass es sich um illegale Einwanderer handelt, da einige von ihnen den Flüchtlingsstatus erhalten haben. Unabhängig davon, welchen Status eine Person erhält, sobald sie in einem Land angekommen ist, macht die illegale Einreise in ein Land sie zu einem illegalen Einwanderer. Die Kommissare verdrehen Worte in ihrem Sinne und lügen.

Ein weiteres Beispiel. Meloni behauptet, dass 90% der Neuankömmlinge Männer sind, aber laut den Experten von Pagella Politica ist diese Behauptung falsch und Männer würden nur 70–75% ausmachen, der Rest seien Frauen und Kinder. Der Haken liegt hier im Begriff „Kinder“. Nach Angaben des italienischen Innenministeriums liegt die Zahl der unbegleiteten Minderjährigen bei etwa 20 %, und es handelt sich dabei meist um junge Menschen um die 18 Jahre, mit sehr wenigen Mädchen darunter. Daher ist Melonis Zahl von 90 % nicht weit von der Wahrheit entfernt. Die Kommissare lügen wieder.

Allerdings hat das Urteil der Kommissare keinen Einfluss auf den Verkauf und die Verbreitung des Buches gehabt. Hingegen haben die Medien aus einer linken Aktivistin, die eine kleine Buchhandlung „Le Torri“ in Tor Bella Monaca (Rom) betreibt und sich weigerte, Giorgia Melonis Buch zu verkaufen, eine „Heldin“ gemacht. Ein Heldentum, das eines Achilles würdig ist. Alessandra Laterza sagte, dass sie nicht die Absicht habe, Melonis Buch ins Schaufenster zu stellen, weil ihr deren Gedankenwelt nicht liegt, und gleichzeitig bekräftigt sie, dass sie lieber Bücher von einer „inklusiven“ Welt anbieten will. „Inklusiv“ bezeichnet natürlich diejenigen, die wie sie denken, für die anderen gilt die Kultur der Ausgrenzung…

Aber weder die Kommissare des Wahrheitsministeriums noch die inklusiven Zensoren können eine Tatsache ändern, nämlich die wachsende Popularität von Giorgia Meloni und ihrer Partei, und dass sie sogar für das Amt des Ministerpräsidenten von Italien kandidieren könnte. Wie der Experte für patriotische Bewegungen Lionel Baland betont, geben die Umfragen seit Monaten der Summe der beiden italienischen patriotischen Parteien, Salvinis Lega und Melonis FdI mit 40% der Stimmen an, aber das Kräfteverhältnis zwischen den beiden Formationen verändert sich. Die Lega hat bei den Europawahlen im Mai 2019 34,26% erreicht und liegt nun bei 21–22%, während die FdI, die bei den Europawahlen nur 6,44% bekamwn, jetzt bei 19% liegen. Silvio Berlusconis Forza Italia, das dritte Mitglied des Mitte-Rechts-Bündnisses, erhält mehr als 6,5%. Mit diesen Prozenten würde das Bündnis die nächsten Parlamentswahlen, die für Mai 2023 geplant sind, gewinnen. Der Vorsitzende der Partei mit den meisten Stimmen sollte dann den Posten des Premierministers erhalten, und wenn der Trend anhält, könnten es die FdI sein.

Eine Herausforderung, die Giorgia Meloni gerne annimmt. In einer kürzlich ausgestrahlten Sendung des öffentlich-rechtlichen Senders Rai 3 sagte Meloni, dass ihre ersten Maßnahmen im Falle ihrer Wahl eine Politik der Unterstützung von Unternehmen durch eine

Reduzierung von Steuern und Bürokratie sowie eine Politik zugunsten der Geburtenrate sein würden. Auch in der Frage der Einwanderung ist sie sehr klar, wie sie am 18. Mai angesichts der Vorfälle in Ceuta betonte: „Ich bin besorgt über das, was in Ceuta passiert, wo Tausende von illegalen Einwanderern auf spanisches Gebiet drängen. Ich bringe die Solidarität der Europäischen Konservativen mit dem spanischen Volk für diese inakzeptable Aggression zum Ausdruck und wiederhole, dass es keine europäische Zukunft geben wird, wenn die unkontrollierte Einwanderung nicht sofort gestoppt wird“. Der Stern von Giorgia Meloni geht weiter auf. Ihre Erfolge in der nationalen und europäischen Politik sind eine gute Nachricht für alle, die die nationale Souveränität und die wahren Wurzeln Europas verteidigen.

El Correo de España Dieser Beitrag erschien zuerst bei EL CORREO DE ESPAÑA, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

23) Admiral De Felice: Die Flaggenstaaten haben die Gesetze zu respektieren und müssen die Migranten aufnehmen

Von Nicola de Felice, Konteradmiral (a.D.)

26. 05. 2021

Zehn NGO-Schiffe, die sich bereits auf See befinden oder im Begriff sind, ihre Anker zu lichten, steuern libysche Gewässer an und rufen damit die Menschenhändler auf den Plan, die, nachdem sie von den Migranten hohe Geldzahlungen erpresst haben, eifrig ihre menschliche Ware auf baufälligen Schlauchbooten losschicken, ohne Rücksicht auf zunehmende Todesfälle auf See zu nehmen.

Als alter Seemann musste ich natürlich an die Szenen in dem Film „Inferno dal mari“ denken, der vor einigen Monaten auf RAI Storia ausgestrahlt wurde und in dessen Mittelpunkt die Taktik des „Wolfsrudels“ stand, der Visitenkarte des deutschen Admirals Karl Dönitz, der treibende Kraft beim Aufbau von Hitlers U-Bootwaffe. Seine Taktik: Geschwader von U-Booten gegen Schiffskonvois auf dem Weg nach Großbritannien zu schicken, die Seewege zu kappen und den Feind dadurch wirtschaftlich zu erwürgen.

Jetzt hat sich das Szenario geändert, die Deutschen sind andere und die Insel auch. Die Beute ist jetzt die Insel Sizilien, von Europa ihrem Schicksal überlassen, als „Anlegeplatz“ für die Anlandung illegaler Einwanderer zu dienen. Wie ein Rudel Wölfe sind die NGO-Schiffe im Mittelmeer präsent: Die deutsche Sea Eye 4, die von der evangelischen Kirche finanziert und von der Nachfolgerpartei der kommunistischen Partei der DDR – Die Linke – betrieben wird, hat gerade 414 illegale Einwanderer in Pozzallo angelandet. Sie findet in der spanischen Open Arms gute Gesellschaft. Die andere deutsche Sea Watch 3 – die es sich früher schon mal herausgenommen hatte, Patrouillenboote der Guardia di Finanza zu rammen – segelt „in Erwartung ihrer Beute“ im sizilianischen Kanal und wartet darauf, dass sich zunächst die spanische Alta Mari füllt. Letztere wird sich hüten, in ihrem Heimatland aufzutauchen, denn Ministerpräsident und Linken-Chef Pedro Sánchez hat zuletzt schon die Armee eingesetzt, um illegale Einwanderer in Ceuta zurückzudrängen, und eine Geldstrafe von 900.000 Euro über diejenigen verhängt, die es wagen, mit illegalen Migranten in spanische Gewässer einzudringen. Und was ist mit den norwegischen Schiffen? Die Geo Barents, super ausgerüstet, um mit einer Ladung Illegaler nach Norwegen zurückzukehren (sofern sie das will), befindet sich bereits in der Straße von Gibraltar, um sich der ebenfalls unter norwegischer Flagge segelnden Ocean Viking anzuschließen, die eben ihre Motoren in Syracusa warmlaufen lässt.

Die Sea Watch 4 befindet sich in Trapani, während die anderen beiden deutschen Schiffe Alan Kurdi und Louise Michel (finanziert vom Multimillionär und Straßenkünstler Banksy, der von der Polizei vom Markusplatz gejagt wurde) noch in Borriana, dem spanischen Hafen der „Piraten des 21. Jahrhunderts“, vor Anker liegen. Und dann gibt es noch das italienische Schiff Mare Ionio in Venedig, wo gegen seinen ehemaligen Missionsleiter Casarini und 7 weitere Personen ermittelt wird, weil sie Migranten gegen hohe Geldzahlungen umgeladen haben. Sizilien wartet nun träge auf sein „Inferno dal mari“, das sich diesen Sommer an den Küsten, auf den Straßen, in den Städten ausbreiten wird, wo nach wie vor Schwärme von Nicht-EU-Migranten – einige von ihnen Covid-positiv – ziellos das Land durchstreifen, das einst das Land des Stauferkaisers Friedrichs II., seine „Perle des Westens“, war.

Dramatische Ereignisse, die mit staatlichen Maßnahmen vermieden werden können, die entschlossen und sofort getroffen werden müssten, um die Mitverantwortlichen dieser Tragödie festzunageln, nämlich die Flaggenstaaten, die rechtlich an den NGO-Operationen beteiligt sind. Ich bestehe darauf: Die Dublin-Verordnung der EU, die von den Mitgliedstaaten verlangt, Migranten bei ihrer ersten illegalen Überfahrt in Empfang zu nehmen, ist auf die Decks von denjenigen Schiffen anzuwenden, die unter der Flagge dieser Staaten segheln und somit das Hoheitsgebiet ihrer jeweiligen Flaggenstaaten darstellen. Andernfalls müssen wir einen Sommer voller Kontroversen, Rücktritte und Todesfälle auf See erwarten.

Quelle: IL TEMPO (Printausgabe vom 25.Mai)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

24) Marokko droht Spanien mit mehr Chaos

26. 05. 2021

Fotoquelle: Magyar Nemzet / MTI

Die marokkanische Regierung hat Spanien damit gedroht, dass, wenn Madrid das Feuer weiter anheizt und den Staatsfeind Marokkos Brahim Ghali heimlich freilässt, „die Krise noch schlimmer werden wird“. Während es in Ceuta am Wochenende vergleichsweise ruhig war, versuchten Hunderte von Menschen, die marokkanisch-spanische Grenze bei Melilla zu überqueren. Unterdessen plant die Regierung, Kinder, die zusammen mit der Flut von fast 10.000 Migranten angekommen sind, auf das spanische Festland zu bringen. Sie hat den Regionen einen Kredit in Höhe von fünf Millionen Euro angeboten, um dadurch deren Ernährung zu sichern.

Wenn Spanien Brahim Ghali auf die gleiche Weise außer Landes bringt, wie es ihn aufgenommen hat, „wird die Migrationskrise schlimmer als je zuvor sein“, drohte Marokko der spanischen Regierung am Wochenende. Brahim Ghali, Anführer der liberalen Bewegung Polisario Front, kämpft für die Unabhängigkeit der Westsahara und ist daher ein eingeschworener Feind Rabats. Spanien, das einen diplomatischen Konflikt riskiert, hat ihn heimlich in ein spanisches Krankenhaus gebracht, um ihn gegen eine Coronavirus-Infektion zu behandeln.

Die Entscheidung führte dazu, dass Marokko am vergangenen Montag die Kontrollen an der Grenze zu Ceuta aussetzte, wodurch innerhalb von drei Tagen fast 10.000 Menschen in die spanische autonome Stadt einreisen konnten, was zu einem enormen Chaos und Verwirrung bei der inneren Sicherheit führte.

Marokkos Botschafterin in Madrid, Karima Benyaich, sagte, dass Spanien, wenn es beschließe, Ghali heimlich und vor der Außenwelt verborgen aus dem Land zu schicken, mit Marokkos Feinden kollaborieren würde, was „zu einer noch ernsteren Migrationskrise

führen würde“. Gleichzeitig bedauerte sie, dass der spanische Außenminister Arancha González Laya sie seit Ausbruch der Krise nicht kontaktiert habe, um zu versuchen, die Situation zu lösen.

Ceuta hatte ein relativ ruhiges Wochenende. Am Sonntagnachmittag startete die Gendarmerie eine spezielle Operation im Hafen der Stadt, um Migranten abzufangen, die sich auf den Wellenbrechern verstecken und auf eine Gelegenheit zur Einreise warten. In Melilla hingegen mussten Polizisten am Wochenende mehrmals eingreifen. Innerhalb von fünf Stunden haben marokkanische Migranten sieben Mal versucht, den Grenzzaun zu durchbrechen. Die größte Gruppe bestand aus fünfhundert Personen. Die Regierung hat vierzig Gendarmen und fünfzig Polizisten geschickt, um den Zaun besser zu schützen. Auch Innenminister Fernando Grande-Marlaska reiste am Samstag nach Melilla, um den Einsatz der staatlichen Sicherheitskräfte zu koordinieren.

In der Zwischenzeit hat die Regierung autonomen Regionen, die bereit sind, einige der 1.500 Minderjährigen aufzunehmen, die während der Invasion in der letzten Woche in Ceuta ankamen, ein Darlehen von fünf Millionen Euro angeboten. Die Maßnahme wird bei einem interregionalen Treffen am Dienstag genehmigt, bei dem auch über die Verteilung des Betrags entschieden wird. Die Jugendlichen und Kinder werden nicht zurück nach Marokko abgeschoben, da sie in Spanien gesetzlich geschützt sind. Da aber die Aufnahmezentren in Ceuta voll sind, müssen mindestens 200 Menschen auf das spanische Festland verlegt werdenen. Die meisten autonomen Regionen haben ihre Bereitschaft signalisiert, Ceuta zu helfen, aber einige tun dies nur mit Zögern wegen der Kosten für die Unterstützung der Migranten.

Madrid zum Beispiel hat die Forderung der Regierung scharf kritisiert. Die von einer konservativen Mehrheit regierte Stadt ist nicht damit einverstanden, dass nach einer beispiellosen Migrationskrise, die durch das Sánchez-Regime ausgelöst wurde, die autonomen Regionalbehörden gebeten werden, bei der Unterbringung und Beaufsichtigung von Minderjährigen in einer Notsituation zu helfen. Madrid betontt, dass man zwar etwa zwanzig Kinder aufnehmen werde, dies aber nur „unter Zwang“ tun würde.

Quelle: Magyar Nemzet (Autorin: Brigitta Tóth, Alicante)

Video zur aktuellen Lage in Ceuta und Melilla: spanische Sicherheitskräfte prügeln https://unser-mitteleuropa.com/marokko-droht-spanien-mit-mehr-chaos/Invasoren nieder

https://unser-mitteleuropa.com/marokko-droht-spanien-mit-mehr-chaos/

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

25) Dr. Gottfried Curio: Vor uns die Sintflut – wie die nächste Massenmigration vorbereitet wird

23. 05. 2021

Die Migranten-Attacke jüngst in Ceuta, wo 8000 Afrikaner widerrechtlich nach Spanien eindrangen, zeigt, dass das Thema illegale Massenmigration nach Europa unverändert aktuell ist. Dabei bemühen sich die zwangsfinanzierten Regierungssender sonst generell darum, das unveränderte Migrationsgeschehen in Corona-Zeiten in der Unsichtbarkeit zu halten – General-Motto: wir haben es endlich „geschafft" (frei nach Angela Merkel). Offensichtliches Kalkül dabei ist, das Thema bewußt medial und politisch unter der Wahrnehmungsschwelle zu halten, damit die AfD in Umfragewerten kleingehalten wird – gerade in einem Superwahljahr. Und das auch noch, wo die EU aktuell die verheerendsten Ausweitungen forcierter illegaler Zuwanderung auf den Weg bringen will. Sehen sie hierzu einen Vortrag von Dr. Gottfried Curio, innenpolitischer Sprecher, im Rahmen einer Veranstaltung des Arbeitskreises Inneres der AfD-Bundestagsfraktion.

https://unser-mitteleuropa.com/dr-gottfried-curio-vor-uns-die-sintflut-wie-die-naechste-massenmigration-vorbereitet-wird/

(Transkript:)

Meine Damen und Herren!

Die Realität der Ereignisse holt einen an so einem Tag wieder ein. Wir alle haben die Meldungen aus Ceuta, der spanischen Exklave in Marokko, gehört. Dort sind also in einer einzigen Bewegung 6 000 Migranten auf spanisches Territorium eingedrungen, schlicht weil sie von der marokkanischen Regierung und ihren Kräften nicht aufgehalten wurden. Dahinter steckt eine politische Absicht. Es geht gar nicht darum, was die konkreten politischen Hintergründe sind, was die spanische Regierung gemacht hat, was den Marokkanern nicht gefällt. Anscheinend sind diese afrikanischen Migranten wohlfeil als politisches Druckmittel, als politische Waffe.

Etwas, was wir sonst von der anderen Seite des Mittelmeers sehr gut kennen. Vor gut einem Jahr, März-April 2020, hatte Erdoğan eine ähnliche Aktion unternommen, wo er in Bussen mal eben Migranten an die griechische Grenze verfrachtet hat. Das ist also ein politisches Druckmittel der Tagespolitik und wir werden das heute noch auf vielfältige Weise ausleuchten. Ich halte heute den ersten Vortrag dazu und will deshalb erst einmal die vielen verschiedenen Dimensionen, die das Thema birgt, überhaupt aufreissen. In einem ersten Teil spreche ich zu den zahlreichen Fehljustierungen in den verschiedenen Dimensionen der Migrationspolitik mehr technisch: Welche Stellschrauben gibt es da? Und danach dann dazu, was diese unbestritten forcierte Massenmigration für Deutschland, für die deutsche Gesellschaft bedeutet? Und am Schluss will ich noch einen Ausblick geben in dieser kleinen Einleitung als Impulsvortrag, welche politischen Konsequenzen jetzt gezogen werden können, in Europa, in Nachbarländern, aber auch hier in Deutschland von verschiedenen Kräften.

Lassen Sie uns also beginnen. Wie wir alle wissen, wird das Asylrecht zu großen Teilen eben leider auch missbraucht, um illegal in die EU einzuwandern. Wie wird das angetrieben? Wie wird das befeuert? Nun, durch hohe Sozialleistungen und Anerkennungen von Phantasie-Flüchtlingen werden massenhaft Migranten aus afrikanischen und islamischen Ländern ins Land gelockt. Und jetzt kommen wir gleich zu einer ersten Dimension des Themas: Fluchtursachen bekämpfen. Es ist tatsächlich auch

ein Haushaltstitel. Was damit gemeint ist, sind leider einfach europäische Geldspritzen in die Heimat und Herkunftsländer. Das ist ungefähr ein Diebstahl von 25 Milliarden Euro in den nächsten vier Jahren am deutschen Steuerzahler. Die bekämpfen natürlich gerade nicht Fluchtursachen, denn europäisches Sozialniveau wird dort vor Ort so nie erreicht. Was aber geschieht ist, dass mehr Reisemittel für die Schlepperwege geliefert werden. Damit zusammenhängend: Finanzielles und die Situation in den Herkunftsländern, das Thema der Rücküberweisungen der Transferleistungen. Für viele afrikanische Staaten übersteigen diese Transferleistungen der bereits hier Zugewanderten sogar die Entwicklungshilfe und sind ein ganz wesentlicher Bestandteil der dortigen Staatshaushalte. Die Migranten unterstützen über diese Geldtransfers ihre Familien in der Heimat, die umgekehrt erst die illegale Migration finanziert haben. Dieser Druck auf die EU-Außengrenzen resultiert also aus vielen Faktoren: den fehlenden Vereinbarungen etwa über Flüchtlingsversorgung in Drittländern, dem fehlendem politischen Druck auf die Herkunftsländer und eben die unnötige und gesetzwidrige Anreiz-Maschinerie, dieses ganze Anreizsystem der EU, was wir heute noch vielfältig ausleuchten werden.

Weitere Dimensionen: der Arbeitsmarkt. Man muss sich fragen, was aus den Leuten hier eigentlich langfristig werden soll. Es ist leider nur Propaganda: Migration hülfe dem Arbeitsmarkt. Ein Großteil dieser Menschen ist hier nicht einsetzbar, wird absehbarer Weise sehr lange alimentiert werden, ruiniert dadurch de facto die Sozialsysteme.

Nächste Dimension: Integration. Die absehbare demografische Entwicklung – es klang in der Introduktion schon an – zeigt dieser Klientel natürlich, dass eine Integration für ihre eigenen Interessen eigentlich bereits unnötig ist. Man lebt und spricht auch in eigenen exklusiven Gesellschaften. Man handelt in diesen exklusiven Gesellschaften. Und so verhält man sich dann auch. Wir sehen Besetzung des öffentlichen Raumes mit impliziter Drohgebärde gegenüber der einheimischen Bevölkerung durch aggressive Männergruppen, steigende Kriminalitätsraten. Frauen können den öffentlichen Raum nicht mehr betreten und es wird uns dieser Tage sehr deutlich und sehr schmerzhaft und in sehr offenbarender Weise in Erinnerung gerufen: nicht nur Frauen, sondern eben auch Juden können den öffentlichen Raum nicht mehr ohne Angstgefühle betreten. Das, meine Damen und Herren, ist eine Schande für Deutschland.

Nichts von all diesen Fehlentwicklungen ist nun natürlich im Interesse Deutschlands oder irgendeines europäischen Staates. Was liegt zugrunde? Das Ideologische klang schon an. Das Problem heißt hier eigentlich Deutschland oder die deutsche Regierung mit ihren bevormundenden Suggestionen vermeintlicher moralischer Pflichten. Es ist ganz wichtig. Neben den harten Faktoren des Geldes meine ich auch diese weichen Faktoren der Ideologie und der Rhetorik zu erkennen, zu adressieren, aufzugreifen, zu entlarven, weil sie ein Druckmittel gegenüber der Wählerschaft sind. Mitnichten ist es eben so, dass die EU für illegale Migranten etwa „Verantwortung“ hätte.

Im Orient sind die flächendeckenden Kriege aus. Aus Afrika kommen vor allem Wirtschaftsmigranten. Die vorgeblich Schutzbedürftigen sind dort bereits durch zig sichere Drittstaaten gezogen, also nicht mehr auf der Flucht, falls sie es denn je waren. Und schon gar nicht braucht es ein anderes dieser Modeworte „Solidarität“ mit Erstzutrittstaaten. Deutschland hat proportional schon mehr aufgenommen als diese – Italien, Griechenland. Aber die fortgesetzte rechtbrechende Verletzung von Dublin III durch Merkel -wir erinnern uns ihres Wortes Dublin III sei obsolet -, die soll legalisiert, der Weg nach Deutschland automatisiert werden. Und eine dritte Standardfloskel, Vokabel: Das Ganze ist auch nicht etwa „human“. Diese Migranten leiden keine Not, die haben hohe Schlepperkosten gezahlt. Wirklich Hilfsbedürftige, die es natürlich gibt in den Herkunfts Regionen, tauchen hier nie auf. Dasselbe Geld, das Deutschland oder die EU hier aufbringt, würde vor Ort hundertmal

mehr Menschen helfen. Das Ganze ist also das Gegenteil von human. Dublin III hätte sogar Vorteile: es gäbe keine Mittelmeer-Toten mehr, wenn diese Anreizsysteme aufhören; Familien könnten in Sicherheit und im eigenen Kulturkreis zusammenbleiben. Es ist also hohe Zeit, und der Punkt ist mir wichtig, sich gegen all diese hoch tönenden Täuschungsversuch-Vokabeln zu wenden: Verantwortung übernehmen, Solidarität zeigen, Humanität beweisen, die doch alle nur letztlich dazu dienen sollen, die politische und finanzielle Entrechtung der hiesigen einheimischen Bevölkerung zu verbrämen, den gutmeinenden Bürger, der das alles hört, moralisch zu erpressen. Es ist hohe Zeit, sich zu wenden gegen diese Reißbrett-Utopie der globalistischen Gesellschaft, die den Bürgern hier übergestülpt werden soll. Was wir in Deutschland nicht brauchen, sind Leute, die sich ständig und in falschem Zusammenhang auf die Menschheit und die entsprechenden Werte berufen, aber sich um die eigenen Menschen gar nicht mehr kümmern.

Illegaler Grenzübertritt ist kein Menschenrecht, Aufenthalt in Deutschland auch nicht – auch wenn der globale Migrationspakt etwas anderes langfristig befördern möchte. Deshalb ist es wichtig, dass wir auch die Begriffshoheiten neu übernehmen und korrekter ausfüllen. Verantwortung zu ergreifen muss bedeuten, die gesellschaftlichen Werte Deutschlands auch für die Zukunft zu sichern. Mit einer entsprechenden Politik. Solidarisch wäre es, die Bürger nicht immer länger für andere arbeiten zu lassen. Human wäre es, unsere Bürger vor 300 000 Zuwanderer-Straftaten jährlich zu bewahren.

Ein weitere Dimension: Das Gesellschaftsbild. Die afrikanische Bevölkerungsexplosion, von der wir schon hörten, nach Europa umzuleiten, ist natürlich ein völlig falsches Ziel. Das wird aber bewusst betrieben – ein Wahnsinn. Der Import des Menschen und Gesellschaftsbild des Islams samt seiner Rechtsvorstellungen, schließlich auch des Systems der Klassengesellschaften, das ist nichts anderes als eine Kampfansage an unsere Freiheit. Demokratie – man muss es konstatieren-, ist dem Islam wesensfremd. Religion und Staat sind ja bei ihm eine Einheit. Stattdessen sind Gewalt gegen Frauen, Gewalt gegen Andersgläubige, Lehrstoff des Islam. Deshalb: was wir nicht länger in der Regierung brauchen, ist diese Umsiedlungs-Mafia.

Schließlich noch ein letztes Wort zu diesen technischen Punkten. Die EU will ja nun diese bisher schon falsche Politik weiter Gesetzesform annehmen lassen in dem von der Kommission vorgeschlagenen neuen Migrationspakt, der sozusagen ein Zwischenschritt ist auf diesem Kontinent zu dem noch radikaleren globalen Migrationspakt.

Nur wenige Schlaglichter hier zunächst. Wir hören später dazu ja eindrücklich aus den Eindrücken vor Ort. Dort heißt es, das Umsiedlungsprogramme ganz explizit umzusetzen seien; kontinuierliche Ansiedlung aus Türkei, Libanon, Jordanien; Schutzbedürftige seien umzusiedeln aus Libyen, Niger, Tschad, Ägypten, Äthiopien, Sudan; neue legale Wege sein zu eröffnen. Dass dies alles mit der Idee der Solidagemeinschaft kollidiert, dass nur noch Nutznießer der hiesigen Solidargemeinschaft importiert werden, aber die Balance zwischen Eingaben in die Solidargemeinschaft und ihre Benutzung vollständig verloren geht, wird bewusst negiert. Auch wichtig zu sehen in diesem Zusammenhang die Erweiterung der Definition des Begriffs der Familie. Jetzt sollen Geschwister einbezogen werden und Berücksichtigung von familiären Beziehungen, die erst nach Verlassen des Herkunftslandes, aber vor Ankunft in der EU entstanden sind. Das heißt, die Bildung falscher oder echter Familienbeziehungen in den Lagern erhöht dann die Chancen auf Verbleib in der EU.

Der globale Migrationspakt, nicht der der EU, setzt dann zudem alle bisher geltenden Bedingungen außer Kraft. Kein Fluchtgrund mehr, kein Asylgrund mehr erforderlich. Stattdessen Grundrecht auf Einwanderung per Völkerwanderung. Das darf es nicht geben.

Dann gibt's dort diese Vorschläge, eine weitere technische Stellschraube: das Rückführungsverfahren an der Grenze. Da sollen Migranten nicht in Gewahrsam genommen werden. Natürlich bleiben sie dann aber nicht in den Grenzanlagen. Oder die Frist, nachdem diese Grenzverfahren abgeschlossen sein sollen. Viele Asylbewerber haben keine Reisepapiere, Ausweise. Die Identitätsfeststellung ist zeitaufwendig. Dokumente müssen gegebenenfalls aus dem Herkunftsland beschafft werden. Aber die Regelung soll dann werden: ist bei der Einreise das Asyl-Grenzverfahren nach 12 Wochen nicht abgeschlossen, dann soll die Einreise zum Abschluss des Verfahrens schlicht gestattet werden. Das verleitet natürlich dazu, das Verfahren zu verlängern. Schließlich sagt die EU-Kommission: diese Einzelfallprüfungen Schiff für Schiff, von denen wir immer wieder hören, das führte zu Wartezeiten und gefährde die Immigranten, verzögere den Schutz; es solle vermieden werden, derartige Aktivitäten zu kriminalisieren. Eine Richtlinie sagt dann, dass die humanitäre Hilfe von solcher Kriminalisierung auszunehmen sei. Das sorgt aber de facto nur dafür, dass die NGOs praktisch völlige Straflosigkeit bekommen bei ihrer Beihilfe zum Schleusertum. Denn italienische Staatsanwälte haben Beweise vorgelegt, dass die NGOs mit den Schleppern in Libyen konspirieren. Und die Empfehlung zeigt, dass die Kommission der EU diese NGOs für diese Mission geradezu anheuert, und damit Schleppertum erleichtert und legalisiert. Und noch ein allerletzter Punkt hierzu: die Verteilung. Jedes Jahr werden hunderttausende illegale Ausländer aufgefordert, die EU zu verlassen. Aber nur ein kleiner Teil tut das. Und wir haben auch das Problem der innereuropäischen Grenzübertritte: Asyltourismus, wie ein bekannter Unionspolitiker – leider im Kern treffend – es einmal nannte. Es ist aber eben keine Lösung europäischer Einigkeit, dass, wie jetzt vorgeschlagen, wer nicht aufnehmen will, als Land dann halt abschieben solle. Gelingt das nicht, wie in Deutschland auch schon die ganze Zeit nicht, sollen diese Staaten nämlich dann auf den Migranten sitzen bleiben. Also ins Deutsche übersetzt: Das soll die Bestrafung für die Visegrád-Staaten werden. Es ist ein tolles Angebot. Diese Zwangsübernahme durch andere Länder ist natürlich auch Streitpunkt. Die Verfechter solcher Vorstellungen berufen sich auf „Solidarität". Länder, die keine Migranten aufnehmen wollen, sollen eben rückführen. Das ist natürlich der schwarze Peter im Migrationsspiel. Die einen können sich dann der Humanität rühmen, die anderen schieben herzlos ab. An der EU-Außengrenze ist aber natürlich niemand schutzlos und Schutz könnte auch außerhalb der EU gewährt werden. Solidarität bedeutet eben nicht, dass EU-Mitgliedsstaaten für singuläre Entscheidungen einzelner anderer Länder haften müssten. Dublin III ist gescheitert, weil es missachtet und nicht durchgesetzt wurde, ja bekanntlich von Merkel für obsolet erklärt wurde. Das hat immense Pull-Faktoren geschaffen und auch in diesem neuen sogenannten „Solidaritätsmechanismus" bleibt ungeklärt, wie viele schon sichere Länder ein Asylbewerber passiert haben darf, bevor er hier Schutz im Land seiner Wahl beantragt; weil es ungeklärt bleibt, demnach also beliebig viele. Eigentlich sollte doch aber wohl gelten: keines. Kein einziges.

Nach dieser Auflistung einiger der technischen Stellschrauben jetzt zur Bedeutung der Migrationsproblematik hier inländisch, nachdem wir zunächst den Weg angeschaut haben, die gesellschaftliche Bedeutung. Im zweiten Corona-Jahr könnte man ja meinen, Migration nach Deutschland sei kein Thema mehr. In den Nachrichten tritt das gar nicht mehr in Erscheinung. Tatsächlich lag die Anzahl der Asylgesuche auch letztes Jahr bei 122 000 Anträgen, übrigens bei mehr als der Hälfte dieser Asylbewerbungen ab 18 Jahren ohne Identitätspapiere. Gleichzeitig gibt es so gut wie keine Abschiebungen und Überstellungen. Nur 3 000 wurden in die für ihr Verfahren zuständigen Staat rücküberstellt, während wir 4 500 dazu bekamen.

Hinzu kommt ein Urteil des Oberverwaltungsgerichts in Niedersachsen, dass Rückführungen nach Griechenland untersagt, da man dort nicht angemessen untergebracht werde. Deutschland hat sich daraufhin bereiterklärt, für die Kosten von

Hotelunterbringungen für diese Asylbewerber aufzukommen. Ein anderes ähnliches Urteil besagt, dass Asylbewerber auch dann Anspruch auf höhere Sozialleistungen in Deutschland haben, wenn sie schon in einem anderen EU-Land als Flüchtlinge anerkannt waren, wenn sie denn dort angeblich prekäre Verhältnisse erdulden mussten. Das alles heizt natürlich die Migration nach Deutschland an. Apropos anheizen: Mit dem guten Wetter sinken nicht nur die Corona-Fälle, gleichzeitig steigt die Migration wieder. Italien berichtet, dass schon jetzt die Aufnahmelager überfüllt sind und wir haben gerade erst Mai. Es ist davon auszugehen, dass das im Sommer noch steigen wird. Wirkliche Retter – wir hören jetzt wieder von den voll werdenden Schiffen, die retten zum nächsten Hafen, die NGOs. Aber sie betreiben nichts anderes als Schlepperei.

Jetzt einige der anrisshalber nur verschiedenen Dimensionen. Da sind einmal die Kosten. Migration ist ein Querschnittsthema, welches in viele Bereiche hineinreicht, laut Seehofer ja die Mutter aller Probleme. Bei den Kosten ist es so, dass da ein gigantisches finanzielles Loch ohne Boden in die Kassen gerissen wird. Wie viel die Migration kostet, das wird auch nicht systematisch vollständig offengelegt. Die Bürger werden bewusst im Unklaren gelassen, damit sie sich kein Bild machen können und nicht am Ende etwa noch zu AfD-Wählern werden. Dabei entstehen Kollateralkosten der Merkelschen Willkommenskultur in sämtlichen Bereichen in Verwaltung, Polizei, Justiz, bei Sozialsystemen, Krankenkassen, Integrations- und Sprachkursen, Abschiebungen, gescheiterten Abschiebungen, Erstaufnahmeeinrichtungen. Überall fallen insgesamt Kosten in Milliardenhöhe an, die durch Familiennachzug, durch hier geborene Kinder nochmal um ein Vielfaches höher ausfallen. Hochkarätige Wirtschaftswissenschaftler gehen von langfristigen Kosten in Billionenhöhe aus mit jährlichen Kosten um die 50 Milliarden Euro, nach seriösen Schätzungen nur für die Versorgung von Migranten, die illegal hier sind. Mit einer solchen Summe müssen die Ministerien für Inneres, Bildung, Familie, Umwelt, Finanzen zusammen in ihrem Haushalt auskommen.

Die Linken behaupten dann immer gerne, Migranten nehmen doch niemandem etwas weg. Ja klar. Niemand hat durch illegale Einwanderung Nachteile, außer Mietern vielleicht, außer Mietern und Geringverdienern am Arbeitsmarkt, außer Mietern und Geringverdienern und Kriminalitätsopfern, außer Mietern und Geringverdienern und Kriminalitätsopfern und Steuerzahlern und allen, die sich um sozialen Zusammenhalt und kulturelle Identität sorgen. Von den überschuldeten Kindern und Kindeskindern, die schon als Schuldner geboren werden, werden in diesem Land am Ende die ganze Party bezahlen dürfen noch ganz zu schweigen.

Eine andere Dimension: die Kriminalitätsstatistik spricht eine eindeutige Sprache. Jeder zweite islamistische Attentäter in Deutschland kam als Flüchtling. In der EU gab es seit 2012 über 90 islamistische Anschläge, unter den Tätern 25 Asylbewerber. In Deutschland haben wir 600 islamistische Gefährder, 530 relevante Personen, Personenpotenzial im Bereich Islamismus rund 28 000 Personen, 12 000 Salafisten, 10 000 Milli Görüs-Anhänger, über 3800 von der Muslimbruderschaft. Und in den letzten 10 Jahren erhöhte sich die Zahl ausländischer Straftäter um über 50 Prozent. Wenn man das alles mal durchrechnet: wie viele Straftaten hätten durch Grenzschließung 2014 verhindert werden können, inklusive der nicht aufgeklärten Straftaten? Proportional hochgerechnet inklusive Dunkelfeld, kommen sie auf etliche Millionen Straftaten zusätzlich durch Zuwanderer seit 2014, nicht gerechnet ausländerrechtliche Verstöße. Frau Merkel, von mir mal hier nach ihrer Verantwortung befragt, meinte, sie hätte ja auch Menschen glücklich gemacht.

Eine letzte Dimension: Bildung und Demografie. Möchte man wissen, wie Deutschland in einer Generation aussieht, muss man nur einen Blick in die Schulen und Grundschulen werfen. Bundesweit liegt der Anteil von Schülern mit Migrationshintergrund jetzt bereits bei

37 Prozent, bei der Gesamtbevölkerung 26. In den Städten natürlich, wie sie sich denken können, ungleich mehr, um den niedrigeren Anteil im ländlichen Raum auszugleichen. In Berlin, wo wir heute sind, hat schon jede zweite Grundschule überwiegend Kinder mit Migrationshintergrund und es gibt etliche Schulen mit fast 100 Prozent. Unterricht ist laut Eltern und Lehrern dort wegen des geringen Sprachniveaus nicht mehr möglich. Das ist die Zukunft in Berlin. 30 Prozent der Neuntklässler verfehlen die Minimalanforderungen beim Lesen. Da geht also alles runter in der Qualifikation. Es geht auch was rauf gleichzeitig: ja, die Gewalt gegen Lehrer.

Ein kleiner Ausblick. Wie kann man mit all dem umgehen? Ein Blick ins Ausland und danach schließe ich mit einem Blick ins Inland. Eine normale Migrationspolitik. Schauen wir mal ein Nachbarland an: Dänemark, wo eine sozialdemokratische Regierungschefin regiert. Dänemark hat als erstes europäisches Land Flüchtlingen aus Syrien den Schutzstatus entzogen. Sie sollen zurück. Sie werden, solange in Abschiebeeinrichtungen beherbergt und übrigens zur Finanzierung der Unterbringung können den Migranten auch Wertsachen abgenommen werden oder Bargeld. So wird dort gedacht. Ziel sei – wörtliches Zitat der Regierungschefin – null neue Asylbewerber. Und weiter sagt sie: wir müssen sicherstellen – ich zitiere -, dass nicht zu viele Menschen in unser Land kommen, sonst kann unser Zusammengehörigkeitsgefühl nicht existieren. Nicht Integration ist dort das Ziel, sondern Rückführung. Im Gesetz wurde der Begriff Integration ersetzt durch den wunderbar tönenden Begriff Selbstversorgungs- und Heimreise-Leistung. Auch mittels Sozialleistungskürzung versucht man für die Asylbewerber möglichst unattraktiv zu werden. Oder Schweden als letztes Beispiel im Ausland, für seine liberale Asylpolitik bekannt. Auch die vollziehen die Kehrtwende. Die Vorstädte von Stockholm, Göteborg, Malmö haben sich bereits in migrantische Parallelwelten verwandelt. Kriminalität und Arbeitslosigkeit sind dort bei Migranten und ihren Nachkommen ungleich höher als im Rest der Bevölkerung. Es gibt da Schießereien zwischen Drogenbanden, Bombenanschläge. 2019 wurden dort relativ zur Bevölkerung viermal so viele Menschen durch Schusswaffen getötet wie hier in Deutschland. Vor einigen Jahren schaffte die Regierung schon das unbefristete Bleiberecht ab. Jetzt soll es so sein, dass nach Ablauf der Bleibefrist von Asylbewerbern nur der eine Chance auf dauerhafte Aufenthaltsgenehmigung hat, der für sich und seiner Familie sorgen kann, die schwedische Sprache ausreichend beherrscht und landeskundliche Kenntnisse besitzt. In Deutschland wird dergleichen erst für die Staatsbürgerschaft verlangt und das wird auch gerade aufgeweicht. Landeskundliche Kenntnisse: wenn das in Berlin eingeführt würde, dann würde hier vielleicht nach lebensweltlich relevanten Sachen gefragt werden: Wo geht's zum Görlitzer Park? Also Schweden ist Vorbild, ebenso wie Dänemark.

Und zum Abschluss also Deutschland. Ich gucke mal auf die beiden Enden des Spektrums. Wir sind ja in dieser großen, dieser End-Auseinandersetzung zwischen den Grünen und den Blauen, wie im alten Byzanz. Gucken wir mal ins grüne Wahlprogramm. Die Grünen. Ihnen reichen die Zugangswege nach Deutschland nicht aus. Ich zitiere: an deutschen und europäischen Botschaften im Ausland braucht es die Möglichkeit, digital Anträge zu stellen. Das heißt, ganz Afrika kann also bald digital Antrag stellen und hoffen, das Flugticket nach Deutschland zu erhalten. Dann soll das Resettlement verstärkt werden gemäß globalen Migrationspakt. Zudem sollen Städte und Kommunen, die mal eben skandieren „Wir haben Platz" eigenständige Gestaltungsmöglichkeiten bei der Aufnahme von Flüchtlingen erhalten, das öffnet eine weitere Schleuse. Wer sind diese Städte, die Platz haben? Osnabrück, Nürnberg, Ingolstadt, Fürth, Kassel, München, Berlin – was haben die alle gemeinsam? Da sind in den letzten zehn Jahren die Mietpreise um über 50 Prozent gestiegen, in Berlin um über 100 Prozent. Und trotzdem behaupten sie dreist „Wir haben Platz". Was aber angesichts drastisch gestiegener Mieten ja gar nicht stimmen kann. Wo Platz entsteht, der Wohnraum frei wird, da fallen die Mieten. Zudem fordern die Grünen zivilgesellschaftliche Rettungsinitiativen zu entkriminalisieren. Hier im Bundestag haben Sie den Antrag gestellt,

dass die EU zivile Seenotretter finanzieren soll, ungeachtet der Tatsache, dass sie so noch weitaus mehr Menschen auf die gefährliche Fahrt machen, in der Hoffnung, von Sea-Watch und Co. aufgegriffen und hierher verschifft zu werden, dabei aber tatsächlich etliche beklagenswerter Weise ums Leben kommen. Was ist daran human? Nur wenn ein solcher Shuttle-Transfer der NGOs komplett unterbunden wird, werden keine falschen Anreize gesetzt. Eine weitere Forderung: es soll keine sicheren Herkunftsländer mehr geben. Es ist eine grüne Forderung. Wer da ist, bleibt, unter Baerbock sowieso. Und beim Resettlement-Programm des UNHCR soll es mehr humanitäre Visa geben. Ausbildungsvisa, Stipendien, Aufenthaltserlaubnis sollen nicht mehr erlöschen, wenn man ausreist. Überall dasselbe, dieses „darfs nicht noch einen Löffel Migration mehr sein“. Und die Partizipation, wie das so schön heißt, schreitet voran. Das kommunale Wahlrecht erhalten sollen alle. Die dauerhaft ihren Lebensmittelpunkt hier haben, wobei in grüner Weltsicht de facto jeder Migrant, der nach Deutschland kommt, hier automatisch ab der ersten Sekunde seinen neuen Lebensmittelpunkt hat. Denn abgeschoben wird ja eh kaum mehr. Und weiter: – ich zitiere – heranwachsende Jugendliche und Familien mit minderjährigen Kindern sollen nach drei Jahren einen Aufenthaltstitel bekommen, und wer ohne Aufenthaltstitel hier lebt, aber integriert ist, kann den Spurwechsel von illegal nach legal vollziehen. Und Einbürgerung soll nach fünf Jahren Aufenthalt, legal oder illegal, Anspruchsrecht werden. Man muss also nur fünf Jahre durchhalten, mithilfe von Anwälten klagen, die vom deutschen Steuerzahler finanziert werden, dann erhält man Bleiberecht und Staatsbürgerschaft. Mehrstaatlichkeit kein Problem. Ungeklärte Identität auch nicht.

Ein allerletztes Schlaglicht zu den Grünen: Arbeitsmarkt. Schon jetzt haben ja die meisten Hartz-Vierer Migrationshintergrund. Allein eine Million Menschen aus den Hauptasylherkunftsländern. Die brauchen ja auch Jobs. Wie lösen wir das Problem? Kein Problem für die Grünen. Sie wollen, ich zitiere, verbindliche Zielvorgaben zur Erhöhung des Anteils von Menschen mit Migrationshintergrund einführen. Die Vielfalt Deutschlands solle sich auch in der Verwaltung und den Bundesbehörden widerspiegeln, im öffentlichen Dienst, bei Einstellungs und Beförderungen. Praxis sei nicht nur Gleichstellung der Geschlechter, sondern auch gesellschaftliche Vielfalt zu beachten und Repräsentanz diskriminierter Gruppen. Wo es mit Qualifikation nicht klappt, soll es künftig die Migrantenquote und gar die Diskriminiertenquote richten statt Qualifikation. Erzwungene Scheinintegration und Repräsentanz nach Quote. Das sind die Grünen und mit ihr ganz ähnlich die Union.

Und um das alles zu verhindern und dem Recht wieder zu seinem Recht zu verhelfen, um den Rechtsstaat Deutschland zu bewahren, dafür braucht es die Partei, die von den schwarz-grün-roten Zerstörern des Rechts verleumdet und terrorisiert wird. Dafür braucht es die AfD. Keine andere Partei hat den Mut, meist nicht einmal den Willen, die Probleme zu erkennen und an der Wurzel zu packen. Den Altparteien geht es maximal um eine Symptomdoktorei, weil sie natürlich nicht zugeben wollen und können, dass sie eine Lüge leben. Es kann aber keine richtige Politik im Leugnen der Realität geben, keinen Rechtsstaat in der Herrschaft des Unrechts.

Die AfD ist nicht Feind von Ausländern, sondern Feind von Illegalität und jedweder ideologischen Gesetzwidrigkeit. Sie ist unerschütterlich Vertreter und Schützer des Grundgesetzes. Die AfD muss und wird mit allen parlamentarischen Mitteln und mit der Hilfe des Bürgers die Verhältnisse in Deutschland hier vom Bundestag ausgehend wieder vom Kopf auf die Füße stellen. Ich danke Ihnen!

Quelle: YouTube

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

26) Bundesheer warnt vor steigender illegaler Migration

Der Militärkommandant von Oberösterreich, Brigadier **Dieter Muhr** warnt in einer aktuellen Aussendung vor einer neuen Migrationswelle. So würden die Zahlen von Aufgriffen durch **Bundesheer** und **Polizei** an den österreichischen Grenzen steigen. Zudem nimmt auch der Migrationsdruck über das Mittelmeer nach Italien und Malta sowie auch nach Spanien weiter zu:

https://www.ooekb.at/militaerkommando-ooe-beurteilt-migrationslage/

Aktuelle Entwicklungen an den EU-Grenzen

Am 21. Mai hat der Militärkommandant von Oberösterreich, Brigadier Dieter Muhr, mit den Kasernenkommandanten des Landes und seinem Stab die Thematik Migration sowie aktuelle Entwicklungen erörtert. Er informierte darüber, dass die Aufgriffszahlen des Bundesheers und der Polizei an der österreichischen Ost- und Südgrenze wieder steigen, obwohl es auf der Balkanroute vergleichsweise ruhig ist. Jedoch die Migration über die Mittelmeerroute nach Italien, Malta und Spanien nimmt stetig zu.

Erkennbare Brennpunkte absehbarer Entwicklungen

Besonders Augenmerk gilt den Verhandlungen der Europäischen Union zur Verlängerung des Migrationsabkommen mit der Türkei. Derzeit halten sich rund 2,5 Millionen Flüchtlinge dort auf. Der Verhandlungserfolg hat maßgeblichen Einfluss auf die künftigen Migrationsströme.

Ein weiterer Auslöser verstärkter Migration ist der in Kürze beginnende Abzug der US-Army- und NATO-Truppen aus Afghanistan. Er wird den Druck der radikalen Taliban auf die Bevölkerung in dem krisengeschüttelten Land weiter erhöhen. Daher ist mit vermehrten Flüchtlingsbewegungen von dort, zu rechnen. Auch die an vielen Stellen krisenhafte Situationen im Nahen Osten wird in der Anzahl der Flüchtlinge ebenso verstärkt Ausdruck finden. Der größte Teil der Migranten, die unsere Grenze erreichen, stammen aus diesen Regionen. Die meisten kommen aus Syrien und Afghanistan gefolgt von weiteren großen Gruppen aus Marokko und Indien.

Lagebeurteilung zu künftigen ÖBH-Einsatzschwerpunkten.

Das Bundesheer steht seit langer Zeit im Migrationseinsatz an der Staatsgrenze, insbesondere im Osten und Süden Österreichs. Aktuell kontrollieren 500 Soldatinnen und Soldaten aus Oberösterreich die Einreisenden. Vor dem Hintergrund, dass die Flüchtlingslager rund um Europa voll sind, geht der Stab des Militärkommandos davon aus, dass mit den Lockerungen bei den Corona-Grenzkontrollen auch die Flüchtlingsbewegungen wieder ansteigen werden. Militärkommandant Brigadier Dieter Muhr fasste die Erwartungen zusammen : „Das Militärkommando Oberösterreich rechnet damit, dass sich das Einsatzschwergewicht des Bundesheers Richtung Migration verschieben wird ! Parallel dazu werden unsere Leistungen zum Bewältigen der COVID-19-Pandemie zu erbringen sein.“

Weiter ohne Verschnaufpause

Auch aus Sicht des OÖKB ist in absehbarer Zeit kaum mit großen Entlastungen für die Soldat(inn)en zu rechnen. Während andere Organisationen mit dem Abklingen der Pandemie ihre Einsatzkräfte auf normale Stärke zurückfahren können, gilt dies nur bedingt

für das Bundesheer. Während der Pandemie wurden zur Sicherung der Einsätze die personellen Erfordernisse über die Miliz und Verlängerung des Präsenzdienstes sicher gestellt. Mit Rückkehr zum Regelbetrieb verteilt sich die Last der Einsätze „ohne Verschnaufpause“ nun wieder auf bedeutend weniger Soldaten. Unter den gegebenen Umständen kann man für ihre Dienste nur dankbar sein. Ihre Einsatzbereitschaft verdient nicht nur größte Wertschätzung, sondern auch die immer wieder vom OÖKB geforderten, entsprechenden Mittel, Einrichtungen und Ausrüstung.

Fotocredits : Bundesheer/Simader

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 65, 2021

Wien, am 27. Mai 2021

27) Judit Varga: Migration sollte gestoppt, nicht unterstützt und gefördert werden

20. 05. 2021

Judit Varga, Ungarns Justizministerin · *Foto: Facebook*

Die Position der ungarischen Regierung sei, dass Zuwanderung nicht unterstützt und gefördert, sondern gestoppt werden sollte, schrieb Justizministerin Judit Varga am Mittwoch auf ihrer Facebook-Seite.

Während die ganze Welt mit der Bekämpfung des Coronavirus beschäftigt ist, hat die Linke in Brüssel wieder einmal die Propaganda der Einwanderung auf die Tagesordnung gesetzt, heißt es weiter in Judit Vargas Beitrag.

Die Brüsseler Elite habe einen weiteren Migrationsbericht* diskutiert, der keine Vorschläge zur Stärkung des Grenzschutzes oder zur Beendigung der illegalen Migration enthalte, während er gleichzeitig unter Berufung auf die Menschenrechte zur Umsiedlung nach Europa aufrufe, schrieb sie. Sie fügte hinzu, dies zeige „die Distanz Brüssels zu den Problemen der Menschen".

Die Ministerin sagte, dass „die Linke versucht, sich hinter einem verhätschelten Slogan der Solidarität zu verstecken, um Probleme zu vertuschen", anstatt an deren Lösung zu arbeiten.

„Wenn wir unseren Mitmenschen in Not wirklich helfen wollen, muss die Migration vor Ort angegangen und die Ursachen der Migration beseitigt werden", betonte sie. Ungarn habe dies schon lange erkannt und werde mit dem Ungarn-Hilfe-Programm weiterhin ernsthafte Schritte unternehmen, damit jeder in seinem Land in Frieden leben kann.

„Es wäre ‚zeitgemäß', wenn sich Brüssel endlich auf die wirklichen Probleme der Menschen konzentrieren würde", schrieb Judit Varga.

*) In der Plenarsitzung am Mittwoch debattierte das Europäische Parlament einen Bericht über legale Migration zur Linderung des Arbeitskräftemangels.

MAGYAR HÍRLAP Dieser Beitrag erschien zuerst bei MAGYAR HÍRLAP, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

28) Éric Zemmour: Frankreich befindet sich in einem Überlebenskampf gegen den „Großen Austausch"

20. 05. 2021

Der französische Autor und Philosoph Eric Zemmour · *Quelle: cnews.fr*

„Ich glaube, die Angst vor dem Ende Frankreichs, wie es war, die Angst vor dem Großen Austausch, ist zu einem globalen Gefühl geworden“

Das französische Volk befinde sich derzeit in einem Überlebenskampf gegen den Großen Austausch (Le grand remplacement), sagte der jüdisch-französische Autor und Philosoph Éric Zemmour in der abendlichen politischen Talkshow des Fernsehsenders CNews.

„Ich glaube, die Angst vor dem Ende Frankreichs, wie es war, die Angst vor dem Großen Austausch, ist zu einem globalen Gefühl geworden“, sagte Zemmour. „Die Angst, nicht mehr Frankreich zu sein, die Angst vor dem Großen Austausch. Viele Menschen fangen an zu denken, dass der Islam uns ersetzen wird. Es ist ein massives Gefühl geworden, eine Masse von 70 bis 80 Prozent der Franzosen.“

Eric Zemmour
@ZemmourEric

.
4. Mai
La peur de ne plus être la France. La peur du fameux Grand Remplacement. Beaucoup de gens commencent à se dire que l'islam va nous remplacer. C'est devenu un sentiment massif, une masse de 70 à 80 %.

https://unser-mitteleuropa.com/eric-zemmour-frankreich-befindet-sich-in-einem-ueberlebenskampf-gegen-den-grossen-austausch/

Der Begriff „Der Große Austausch“ wurde vom französischen Autor Renaud Camus in seinem 2010 erschienenen Buch „Le grand remplacement“ geprägt, in dem er die Theorie aufstellt, dass die einheimische französische Bevölkerung demographisch durch nicht-europäische Völker ersetzt wird.

„Donald Trump hat eine brillante Formel verwendet, die ich mir für Frankreich zu eigen machen möchte. Wir befinden uns in einem Kampf um das Überleben Frankreichs, wie wir es kennen“, so Zemmour.

Frankreich befindet sich in einem rasanten demografischen Wandel und hat die größte muslimische Bevölkerung in Europa. Im März dieses Jahres sagte auch der einflussreiche Philosoph Michel Onfray, dass der Große Austausch real ist, obwohl er zugleich behauptete, dass es sich um eine rechtsextreme Verschwörungstheorie handelt.

„Gibt es in der Tat einen Großen Austausch? Demographen sagen ja, es gibt ihn. Es ist sehr einfach. Es gibt Männer und Frauen, sie pflanzen sich fort, man hat eine bestimmte Geburtenrate, man macht die Berechnungen, macht Projektionen, und es wird ein Diagramm zeigen“, sagte er und wies darauf hin, dass diejenigen, die die Idee abtun, sagen, dass dies nur in einer fernen Zukunft passieren wird, aber nicht leugnen können, dass sich die Demographie verändert, mit ethnischen Europäern, die sich in Richtung einer Minderheitenposition in den Ländern des Westens bewegen. „Wenn jemand auf der Linken sagt ‚der Große Austausch, das sind wir‘, ist die Reaktion ’sehr gut‘, aber wenn jemand auf der Rechten wie Renaud Camus sagt, dass es einen ‚Großen Austausch‘ gibt, schreien sie sofort ‚Faschismus‘,“ sagte Onfray.

Französische Unternehmen sind zunehmend ‚woke'

Im selben Interview merkte Zemmour auch an, dass sich die Unternehmen von einem leistungsorientierten Kapitalismus wegbewegen hin zu einem System, das auf Vielfalt um jeden Preis setzt.

„In großen französischen Unternehmen erzählen mir die Leute von ihrer Verzweiflung über den ideologischen Druck, der von den Personalverantwortlichen ausgeübt wird und der auf ihnen lastet. Mit ethnischer Vielfalt, der Förderung von sexuellen und rassischen Minderheiten … und zum Nachteil von Verdiensten", so Zemmour.

„Das Argument ist, dass der Kampf für Vielfalt ein Kampf gegen Ungleichheit ist", sagte Zemmour. „In Wirklichkeit ist es das Mittel, das der Kapitalismus gefunden hat, um den wirklichen Kampf gegen die Ungleichheit vergessen zu machen und – im Rahmen der Globalisierung – den Transfer von Reichtum und die Verelendung der gesamten westlichen, europäischen und amerikanischen Arbeiterklasse zu fördern."

Zemmour fügte hinzu, dass das Drängen auf Vielfalt nur ein Mittel war und ist, um die wahren Probleme zu verschleiern.

„Sie sagten, Gleichheit ist überholt, jetzt müssen wir die Vielfalt fördern, also Frauen, Migranten und so weiter fördern", sagte er. „Das ist eine großartige Illusion. Es ist eine Falle. In Wirklichkeit ist genau das Gegenteil der Fall. Es ist die Vielfalt selbst, die die Ursache für die Ungleichheiten ist, und man muss wieder die Mittel im nationalen Rahmen finden, um den Kampf für die Gleichheit wiederherzustellen. Ich für meinen Teil denke, dass wir wieder einen Weg finden müssen, um innerhalb eines nationalen Rahmens für Gleichheit zu kämpfen. Wir müssen wieder die Nationen finden, ein minimales Schutzniveau der Nationen finden (…) und die Förderung der Vielfalt stoppen, denn sie ist die Falle, die die Zerstörung jeglichen Kampfes für Gleichheit ermöglicht hat."

Zemmour sagte auch, dass der französische Kapitalismus – ähnlich wie die deutsche Version – seine früheren Werte im Namen der Globalisierung geopfert hat:

„Wir (die Franzosen) haben unsere Wirtschaft der Globalisierung ausgeliefert und im Zuge dessen die sozialen und ökologischen Verträge, die die Gesellschaft leiten sollten, verschärft", so Zemmour.

Quelle: Remix News

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

29) Mitteleuropäischer Abhängigkeitskapitalismus

26. 05. 2021

Bildquelle: Visegrád Post

„*Mein Bestreben ist der regierende Kaufmann und nicht* […] *der regierende Militär.*"
Otto von Bismarck

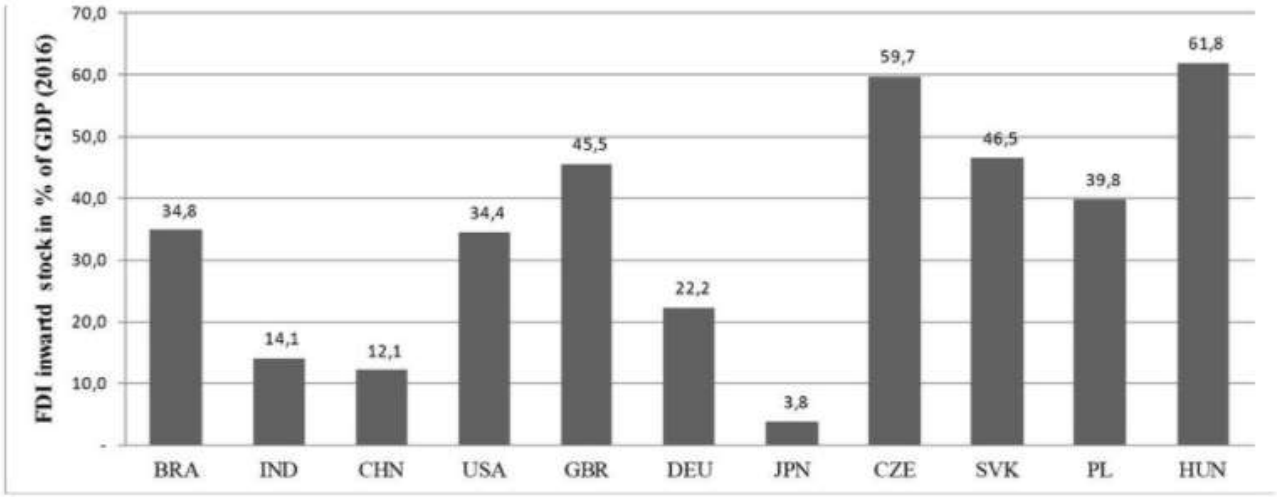
„*Ein Volk ist friedlich, solange es sich selbst, reich und gefürchtet genug glaubt, um seine Wirtschaftsdiktatur heimtückisch zu installieren.*"
George Bernanos

„*Warum sollen wir die Verlierer in der EU bleiben?*"
Viktor Orbán, Mai 2021

Das ungarische Wirtschaftsmagazin *Új Egyenlőség* erteilte in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung kürzlich das Wort an Andreas Nölke, Professor für Politikwissenschaft an der Goethe-Universität Frankfurt und Autor von Werken, die zu den neuesten Entwicklungen des Ansatzes des vergleichenden Kapitalismus gehören. 2018 veröffentlichte er einen Artikel, in dem er die unterschiedlichen Wege der Schwellenländer durch den Gegensatz zwischen abhängigem Kapitalismus und staatlich durchdrungenem Kapitalismus analysierte.

Da die V4-Länder nach Nölke perfekte Beispiele für abhängige Marktwirtschaften sind, ist es nicht uninteressant, seinen Ansatz kritisch zu synthetisieren und auf andere Ebenen auszuweiten.

Als abhängig bezeichnet Nölke Marktwirtschaften mit einem hohen Anteil ausländischer Direktinvestitionen (ADI) am BIP, der seit Beginn der europäischen Integration konstant ist. Wenn man diese Methode zur Messung der wirtschaftlichen Abhängigkeit anwendet, kann man feststellen, dass es in Bezug auf die Schwellenländer – mit der möglichen Ausnahme des nördlichen Teils Mexikos – keinen Fall gibt, in dem die Volkswirtschaften so abhängig von ausländischen Direktinvestitionen sind wie die der V4 und im weiteren Sinne die Mittel- und Osteuropas. In der Tat haben die anderen Schwellenländer sowie die so genannten entwickelten Länder nur selten einen Anteil der Zuflüsse von mehr als einem Drittel ihres BIP.



Corporate governance: foreign direct investment stock as share of gross domestic product [2016]. Source: UNCTAD World Investment Report 2016, Annex table 07.

Andreas Nölke / Bestände an ausländischen Direktinvestitionen in % des BIP

Die Visegrád-Gruppe, dreißig Jahre wirtschaftliche Abhängigkeit?

In dreißig Jahren hat sich diese Region Europas zu einem „Paradies für multinationale Unternehmen“ entwickelt, die hier ein relativ niedriges Gehaltsniveau bei einem zufriedenstellenden Qualifikationsniveau, eine schwache Regulierung des Bankensektors und eine fast perfekte Offenheit für ausländische Investitionen vorfinden. Diesen Weg der wirtschaftlichen Öffnung und Westintegration haben die Länder Mitteleuropas Anfang der 1990er Jahre eingeschlagen und sind seitdem nicht mehr davon abgewichen.

Selbst wenn es den nationalen Wirtschaftseliten – der bezeichnendste Fall ist der Ungarns seit 2010 – gelegentlich gelingt, die Kontrolle über eine gewisse Anzahl sekundärer Sektoren zurückzugewinnen,

sind die Sektoren mit dem größten Wachstumspotenzial in den Händen ausländischer Investoren, und zwar in einem Ausmaß, das jede Möglichkeit einer nationalen wirtschaftlichen Unabhängigkeit in der Region disqualifiziert wird.

Während die wirtschaftliche Souveränität in dieser Region praktisch nicht vorhanden ist, sind die Wachstums- und Beschäftigungsraten hoch (im Vergleich zu anderen EU-Ländern),

was Nölke als Erfolg dieses Modells hervorhebt, bevor er die Nachhaltigkeit dieses Modells einer abhängigen Marktwirtschaft über 5–10 Jahre hinaus in Frage stellt.

Obwohl z.B. deutsche Industrielle in jüngster Zeit Vertrauen in den ungarischen Markt geäußert haben und vorerst keine deutsche politische Kraft die deutschen wirtschaftlichen Grundlagen, d.h. eine exportorientierte Wirtschaft, in Frage stellen zu wollen scheint,

sind abhängige Marktwirtschaften von Natur aus instabil, da sie von wirtschaftlichen und politischen Entscheidungen abhängen, die völlig außerhalb der Kontrolle der mitteleuropäischen Regierungen liegen.

Um nur ein Beispiel zu nennen: Wenn Deutschland mehr Gewicht auf die Binnennachfrage legen würde – was automatisch geschehen kann, je nach den Entscheidungen Chinas, mit dem Berlin die Hälfte seines Handels abwickelt – würden die V4-Länder sofort den Preis dafür zahlen.

Da die Länder Mitteleuropas keine direkte Kontrolle über einen wesentlichen Teil der Produktion ihres nationalen Reichtums haben, ist ihr Wirtschaftsmodell zwangsläufig einer großen Anfälligkeit ausgesetzt. Die lokalen Behörden in diesen Ländern sind sich dieser Anfälligkeit sehr wohl bewusst und bemühen sich daher nicht nur um die Aufrechterhaltung eines günstigen Umfelds für ausländische Investitionen, sondern auch darum, den in der Region ansässigen ausländischen Unternehmen zu Hilfe zu kommen, die, nicht ohne Opportunismus, die direkte Abhängigkeit der betreffenden Länder ausnutzen. Das ist es, was Ungarn im März 2020 getan hat und seit 2010 tut, indem es sehr großzügig bei der Gewährung von staatlichen Beihilfen für multinationale Unternehmen ist.

In all dem unterscheidet sich dieses Modell grundlegend von dem anderer Schwellenländer – deren Märkte viel größer sind, China ist das perfekte Beispiel – die sich dafür entschieden haben, ihre nationalen Unternehmen vor ausländischen Investitionen zu schützen. In diesen Ländern ist der Anteil ausländischer Direktinvestitionen am BIP viel geringer als im postkommunistischen Europa, und der Staat hat die Aufgabe, wichtige Wirtschaftssektoren zu schützen, und ist sehr darauf bedacht, ausländischen Investoren nicht die Kontrolle über Aktivitäten mit hohem Entwicklungspotenzial zu überlassen, indem er z.B. im Falle von Technologietransfers Joint Ventures vorschreibt.

Wenn die Abhängigkeit von ausländischen Direktinvestitionen in den mitteleuropäischen Ländern die Tür zu mittel- und langfristigen Instabilitäten öffnet, so ist sie vor allem – und das ist wahrscheinlich noch problematischer –

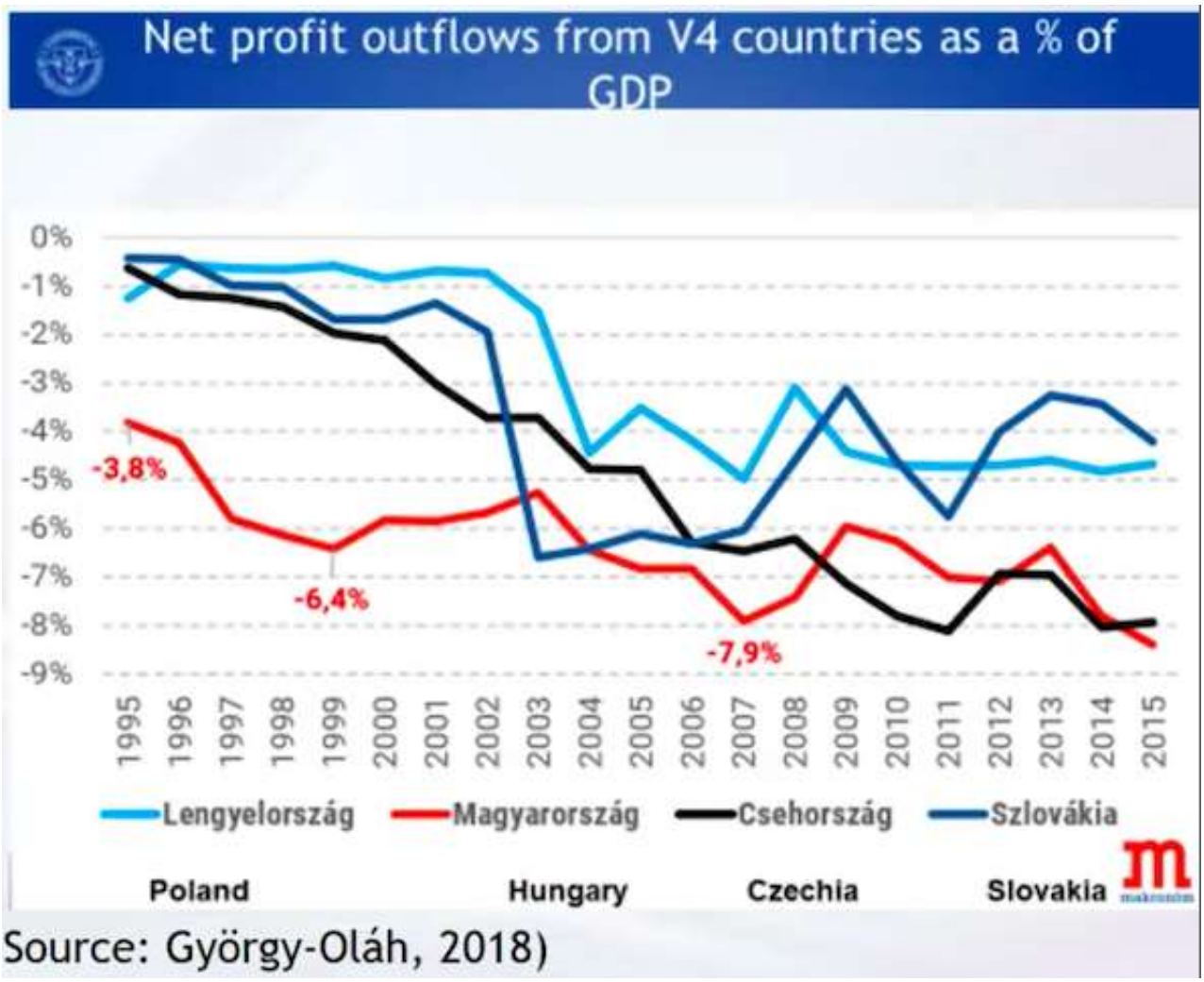
ein Mittel, um die wirtschaftliche und soziale Entwicklung dieser Länder zu behindern, die durch Injektionen in Aktivitäten über Wasser gehalten werden, die wichtig genug sind, um ein Land zu unterwerfen, aber nicht genug, um einen qualitativen Entwicklungssprung zu ermöglichen (z.B. halbautomatische Produktion).

Wohl wissend, dass diese guten Wachstumsraten, die auf Auslandsinvestitionen beruhen, viel weniger in der Gesellschaft verteilt sind als niedrigere Wachstumsraten in weniger abhängigen Volkswirtschaften.

Die Tatsache ist erschreckend: Auf sehr lange Sicht (seit 1870) hat der Abstand in Bezug auf das Pro-Kopf-BIP zwischen den Ländern, die heute die V4 bilden, und einem Panel von 12 westeuropäischen Ländern nie aufgehört zu wachsen, und dieser Abstand wächst seit 1990 unaufhörlich weiter.

Darüber hinaus dürfen wir nicht vergessen, dass diese Zuführungen von ausländischem Kapital die Kehrseite von noch größeren Abgaben auf die Gewinne dieser Länder haben, wie man sagen muss. Mit anderen Worten, diese Länder sind durch einen größeren Nettoabfluss von Gewinnen gekennzeichnet als durch einen Nettozufluss. Hinzu kommt die Abwanderung von Menschen durch wirtschaftliche Emigration. Dieser doppelte Abfluss lässt sich trivial wie folgt zusammenfassen:

Das mitteleuropäische Wirtschaftsmodell erlaubt es, dass deutsche Rentner von in den Ländern der deutschen Peripherie ausgebildetem Personal finanziert und gepflegt werden.



Im Vortrag von Zoltán Gál, Universität Pécs / Ausgehende Nettogewinnströme in % des BIP

Dieser Zustand der Abhängigkeit wurde bekanntlich nicht durch Rüstung erzwungen – auch wenn manche von den Kosten des Nutzens des Schutzes durch den nuklearen Schirm der USA sprechen –, sondern er ist, so Nölke, eine Option.

Ist die Abhängigkeit nur wirtschaftlich und politisch?

Der Zustand der wirtschaftlichen Abhängigkeit erstreckt sich natürlich auch auf die politische Sphäre, die in Mitteleuropa nicht wirklich autonom von ihren westlichen Hintermännern sein kann. Wenn sich die Staaten der Region, insbesondere Ungarn und Polen, in den letzten Jahren Gehör verschaffen konnten, dann im Wesentlichen bei Themen, die sie als „zivilisatorisch“ bezeichnen (Einwanderung, LGBT-Rechte), d.h. bei Themen, die nicht a priori die oben beschriebene wirtschaftliche Situation in Frage stellen.

Die Länder Ost- und Mitteleuropas hatten wohl keine andere Wahl, als nach dem Ende des Kalten Krieges den Weg dieser wirtschaftlichen Abhängigkeit zu gehen. Es wäre jedoch ungenau zu sagen, dass dieser Weg eine erzwungene Option war. Tatsächlich waren die lokalen Eliten – und die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung – mental sehr offen für diesen wirtschaftlichen Paradigmenwechsel.

Auch wenn die Menschen nicht mehr so enthusiastisch sind wie in den frühen 1990er Jahren, gibt es keine Anzeichen dafür, dass es dreißig Jahre später wirkliche Kräfte gibt, die den wirtschaftlichen und politischen Status quo ändern wollen.

So gibt es in Ungarn die Bereitschaft, die Auslandsinvestitionen zu diversifizieren, indem man sich asiatischen Partnern zuwendet, was sicherlich nicht auf eine Veränderung des Status quo hinausläuft, sondern eher auf eine Veränderung seiner Zusammensetzung, vorerst am Rande.

Aber gibt es im Großen und Ganzen nicht eher eine aufrichtige Verbundenheit dieser Länder mit diesem Zustand der Abhängigkeit? Nehmen wir den Fall von Ungarn. Ob sie nun in der Mehrheit oder in der Opposition sind, unseres Wissens gibt es in Ungarn keine politischen Kräfte mit konkreten Plänen, den Status quo in Frage zu stellen. Im Gegenteil: Die beiden wichtigsten ungarischen politischen Kräfte – einerseits die Opposition, die unter heterogenem Schein in Wirklichkeit einhellig pro-europäisch und pro-Brüssel ist, und andererseits die Regierungsmehrheit – mögen zwar unterschiedliche Beziehungen zu dieser Abhängigkeit haben, aber keine von ihnen scheint sich aus ihr lösen zu wollen.

Die ungarische Opposition verbirgt ihre direkte und bedingungslose Anhänglichkeit von verschiedenen westlichen Kreisen nicht. Das Verhältnis der Regierung zu dieser Westabhängigkeit ist eminent komplexer.

Die Regierungsmehrheit zögert nicht, die westlichen Partner zu kritisieren; sie tut dies aus dem Glauben heraus, aufholen und beweisen zu wollen, dass Ungarn in der Lage ist, es besser zu machen als die Länder Westeuropas. Alles, was den Beginn der Covid-Ära im März 2020 technisch ausgelöst hat, beweist dies perfekt. In der Tat wollte die ungarische Regierung ein Vorreiter sein und übernahm gegenüber ihren westlichen Verbündeten die Führung im Vokabular der neuen Wirtschaft, des Gesundheitspasses und der Massenimpfkampagne und beglückwünschte sich selbst zu den guten Punkten von Seiten der Weltgesundheitsorganisation, der *Welt* und der *New York Times*.

Es handelt sich also nicht um eine Kritik an der Sucht, sondern um eine Suche nach Anerkennung, die den wirtschaftlichen, politischen und mentalen Rahmen des oben beschriebenen Status quo nicht verlässt.

Schließlich verrät die jüngste Polemik der Regierungsmedien um die schlechten Englischkenntnisse des Oppositionskandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten bzw. Bürgermeisters von Budapest, Gergely Karácsony, über ihren anekdotischen Aspekt hinaus, tatsächlich die Relevanz dieser Abhängigkeitserklärung. Die Opposition muss ihre westliche Zugehörigkeit nicht beweisen, während die Regierung versucht, so schnell wie möglich zu zeigen, dass auch sie in der Lage ist, „up to date“, „modern“, „europäisch“ usw. zu sein. Mit der überwältigenden Mehrheit der international einflussreichen intellektuellen Kreise Budapests, die keine Gelegenheit auslassen, ihre Verachtung für sie zu zeigen, ist sie nicht einverstanden, und sie rennt diesem Minderwertigkeitskomplex hinterher.

Aus all diesen Gründen fällt das Fazit vernichtend aus: Ja, es gibt wirtschaftliche und politische Abhängigkeiten, aber sie werden akzeptiert und scheinen sogar erwünscht zu

sein. Manche sehen vielleicht eine Inkonsequenz darin, abhängig sein zu wollen. Die Psychologie lehrt uns jedoch, dass es bei der wahren Sucht nicht so sehr darum geht, nach einem Objekt süchtig zu sein, sondern vielmehr darum, eine Form der Abhängigkeit von dem Leiden zu entwickeln, das diese Sucht mit sich bringt.

VISEGRÁD POST COMPRENDRE L'EUROPE CENTRALE Dieser Beitrag erschien zuerst bei der VISEGRÁD POST, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

30) Steffen Kotré (AfD-Fraktion im Bundestag): „Great Reset" bedeutet ökosozialistische Planwirtschaft!

22. 05. 2021

Steffen Kotre, wirtschaftspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion, warnt in seiner Rede vor den ökosozialistischen Ideen vom „Great Reset". Der Aushöhlung der sozialen Marktwirtschaft und der Demokratie stellt sich die AfD-Fraktion im Bundestag entschieden entgegen.

Hier das Transkript der Rede:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Das Weltwirtschaftsforum steht in diesem Jahr unter dem Motto Great Reset. Großer Umbruch. Regierungsvertreter und vom Staat alimentierte Nicht-Regierungsorganisationen planen den Umbau der westlichen Gesellschaft. Digitalisierung, Klima und Corona-Hysterie, Energiewende und missbrauchte Jugendliche werden benutzt, um ideologische Konzepte umzusetzen. Wissenschaft, Innovation, Technologie sollen planwirtschaftlich gesteuert werden. Nicht mehr der souveräne Kunde soll entscheiden, was produziert werden muss und soll, sondern Klima, Ideologen und Funktionäre. Es soll nur noch Unternehmen unterstützt werden, die sogenannt „klima- und umweltfreundlich" sind. Unternehmen sollen also nicht mehr in allererster Linie Produkte erstellen, Umsatz und Gewinn machen, um die Gesellschaft zu stützen, sondern sich im Sinne der Regierung wohlverhaltend zeigen. Das heißt nichts anderes als die Aushöhlung der sozialen Marktwirtschaft hin zu einer ökosozialistischen Planwirtschaft.

Die ersten Vordenker wollen denn auch schon Demokratie und Eigentum abschaffen. Sie glauben das nicht? Ich darf das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau- und Reaktorsicherheit aus dem Jahre 2017 und aus der Smart City Carta zitieren:

„Vielleicht wird Privateigentum in der Tat ein Luxus oder verhaltensbezogene Daten können Demokratie als das gesellschaftliche Feedback System ersetzen."

Aha, Klaus Schwab, Vorsitzender des Weltwirtschaftsforums: „Du wirst nichts mehr besitzen, aber glücklich damit sein." Oder Wolfgang Schäuble: „Wir können die Wirtschafts- und Finanzunion, die wir politisch bisher nicht zustande gebracht haben, jetzt hinbekommen." Eine Finanzunion wäre ebenfalls ganz klar grundgesetzwidrig.

Und was bedeutet der Große Umbruch? Im gesamten bedeutet es Staatsdirigismus, Gängelung der Unternehmen, De-Industrialisierung, Einschränkung der grundgesetzlichen Freiheiten, weniger Demokratie, Umverteilung von Fleißig zu Reich, vom Mittelstand zu Großunternehmen, von Deutschland zur EU. Es bedeutet weiterhin den Verlust an Produktivität, Innovationskraft, Arbeitsplätzen und Wohlstand. Er bedeutet Quoten statt Leistung und eine weitere Spaltung der Gesellschaft.

Diese Bundesregierung, die das vorantreiben möchte, ist ein Fall für den wirklichen Verfassungsschutz. Wir brauchen das Gegenteil dieser ökosozialistischen Planwirtschaft, [nämlich] Lösung der tatsächlichen Probleme der Menschen. Wir brauchen eine Entideologisierung und mehr direkte Demokratie. Vielen Dank!

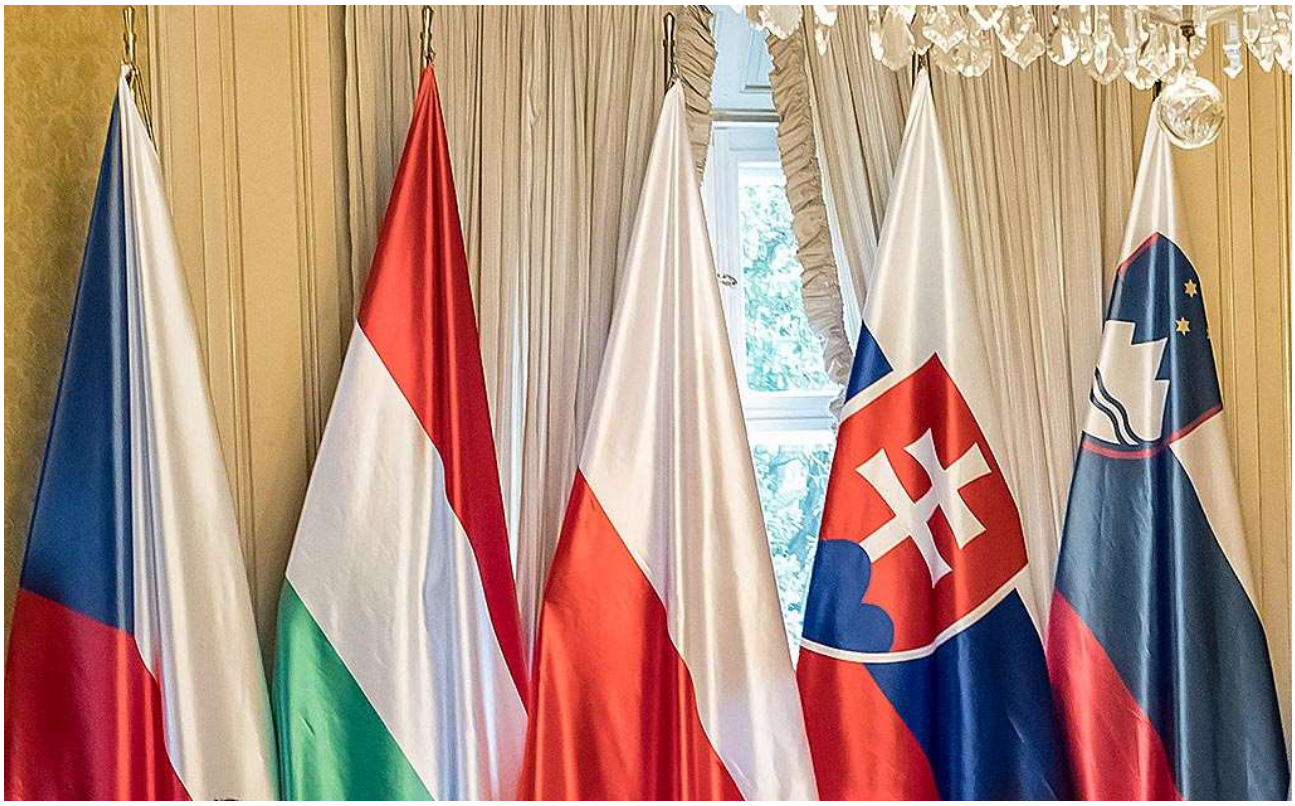
Quelle: Youtube:

https://unser-mitteleuropa.com/steffen-kotre-afd-fraktion-im-bundestag-great-reset-bedeutet-oekosozialistische-planwirtschaft/

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

31) Mitteleuropa: Die wichtigsten Nachrichten vom 17. bis 23. Mai 2021

24. 05. 2021



Bildquelle: Demokracija

Ungarn

- Ungarns Minister für Wirtschaftsstrategie, László György, gab am Montag (17. Mai) in der Zeitschrift Mandiner bekannt, dass die ungarische Wirtschaft im März mit einem Anstieg von 4 % im ersten Quartal das stärkste Wachstum in der Europäischen Union verzeichnete – trotz eines vorübergehenden Rückgangs von

- 3,6 % in der Automobilbranche aufgrund von Lieferproblemen. „All das zeigt, dass die ungarische Industrie eine ausgewogene Struktur hat und auf mehreren Beinen steht“, erklärt György, der sich auch über eine hohe Investitionsquote freut: „Nach Estland und Irland ist Ungarns Investitionsquote die dritthöchste im Jahr 2020 (27,3 %), fast 6 Prozentpunkte höher als der EU-Durchschnitt.
- Der Kandidat der Oppositionspartei Párbeszéd (Dialog) für das Amt des Ministerpräsidenten bei den Parlamentswahlen 2022, der Budapester Bürgermeister Gergely Karácsony, stellte am 15. Mai sein Wahlprogramm vor, in dem er die Notwendigkeit der „Wiederherstellung der Demokratie“ und der „Reparatur der rechtlichen, moralischen und materiellen Schäden, die die Mehrheit über mehr als ein Jahrzehnt verursacht hat“, beteuert und Ungarn als „beschädigte und kranke Demokratie“ bezeichnet. „Wir suchen nicht nach einem Oppositionsführer, sondern nach einer Person, die das ganze Land führt“, fuhr er fort.
- Am Dienstag, den 18. Mai, empfing der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán Armin Papperger, den Vorstandsvorsitzenden des Düsseldorfer Rüstungskonzerns Rheinmetall AG. Die beiden Männer sprachen unter anderem über die Produktion der neuen Generation des Schützenpanzers Lynx im ungarischen Werk Zalaegerszeg sowie über die gemeinsame Entwicklung und Produktion von Flugabwehrwaffensystemen.
- Nach einem Treffen mit Matthias Corman, dem Generalsekretär der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), am Dienstag, 18. Mai, in Paris sagte der ungarische Außenminister Péter Szijjártó, dass die ungarische Regierung nicht in Erwägung ziehen werde, einen Mindeststeuersatz für Unternehmen zu akzeptieren, wie er vom neuen US-Präsidenten Joe Biden befürwortet wird. „Niemand hat das Recht, von außen in die ungarische Steuerpolitik einzugreifen“, sagte Szijjártó. „Lassen wir nicht zu, dass große Tech-Unternehmen einen unfairen Wettbewerbsvorteil haben, wenn es keine internationalen Steuerregelungen gibt! “
- Der Vorsitzende der Fidesz-Fraktion im ungarischen Parlament, Máté Kocsis, verkündete am Montag, den 17. Mai, auf seinem Facebook-Account, dass die ungarische Regierung erwägt, ein öffentlich durchsuchbares nationales Register von Personen einzurichten, die wegen Sexualstraftaten gegen Kinder (Pädophilie) verurteilt wurden.
- In einem am 13. Mai von der Zeitschrift Mandiner veröffentlichten Interview begrüßte der israelische Botschafter in Ungarn, Yacov Hadas-Handelsman, die Unterstützung Ungarns für sein Land im Zusammenhang mit der jüngsten Eskalation des Konflikts mit den Palästinensern: „Es ist wichtig, dass sich Ungarn in den politischen Debatten innerhalb der Europäischen Union für Israel einsetzt […] viele Israelis haben ungarische Vorfahren, viele von ihnen sprechen auch Ungarisch, sie sind also immer noch Teil der ungarischen Kultur. […] Der Fidesz ist eine rechtskonservative Partei wie der Likud. Zwischen Viktor Orbán und Benjamin Netanjahu hat sich ein gutes Verhältnis entwickelt. Ich glaube, dass die Art und Weise, wie die ungarische Regierung begann, sich mit der ungarischen Geschichte zwischen den beiden Weltkriegen und während des Zweiten Weltkriegs auseinanderzusetzen, eine entscheidende Rolle bei der Annäherung spielte […] Die ungarische politische Führung erkannte die Rolle und Verantwortung Ungarns im Holocaust an und erkannte, dass der ungarische Staat seine Bürger jüdischer Herkunft damals verraten hatte. Der andere Faktor ist, dass es in Ungarn im Vergleich zu anderen Ländern in Europa wenige antisemitische Übergriffe auf jüdische Gemeinden gibt, d.h. es ist sicher, als Jude in Ungarn zu leben.
- Die Nationale Gesundheitsdirektorin Cecília Müller kündigte am Donnerstag, den 20. Mai, an, dass ab Montag, den 24. Mai, Krankenhausbesuche von Patienten für deren Angehörige wieder erlaubt sind, jedoch mit folgenden Bedingungen: Jeder Patient

- darf nur einen Besuch pro Tag haben, der Besucher muss ein Covid-Immunitätszertifikat (védettségi igazolvány) haben und der Besuch darf nicht länger als eine Stunde dauern. In den Kovid-Abteilungen sind Besuche weiterhin verboten.
- Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán verkündete am Freitag, den 21. Mai, in Radio Kossuth, dass der Meilenstein von fünf Millionen geimpften Menschen in Ungarn höchstwahrscheinlich an diesem Wochenende überschritten wird und dass infolgedessen die Ausgangssperre aufgehoben wird, ebenso wie die obligatorische Schließzeit der Geschäfte, dass das Tragen einer Maske auf der Straße nicht mehr vorgeschrieben ist, dass Sportveranstaltungen wieder stattfinden können, dass private Veranstaltungen mit bis zu 50 Personen (200 Personen bei Hochzeiten) – aber mit einem Immunitätsnachweis – in geschlossenen Räumen wieder stattfinden können. Der Meilenstein von fünf Millionen Geimpften wurde am Nachmittag des Samstags, 22. Mai, überschritten und löste die versprochene Aufhebung der Maßnahmen aus.

Polen

- Die Seifenoper der internen Querelen in der Vereinigten Rechten Koalition – angeführt von der PiS – hat eine weitere Episode: Adam Bielan MdEP (Ex-Porozumienie), Jarosław Gowins Konkurrent um die Führung dieser Partei, kündigte am 16. Mai seine Absicht an, – innerhalb der Vereinigten Rechten – eine neue Partei mit anderen ausgeschlossenen Porozumienie-Mitgliedern zu gründen, darunter vermutlich Kamil Bortniczuk, Zbigniew Gryglas, Włodzimierz Tomaszewski und Michał Cieślak.
- Die Regierungsmehrheit ist nicht die einzige, die sich uneins ist. Der Vorsitzende der Oppositionspartei Bürgerplattform (PO), Borys Budka, hat am 14. Mai die Abgeordneten Paweł Zalewski und Ireneusz Raś wegen „Handlungen zum Nachteil“ der Partei ausgeschlossen. Dieser hatte in der Tat die Notwendigkeit von „tiefgreifenden Reformen“ innerhalb der PO geäußert, die in den Umfragen immer weiter an Boden verliert. In einem weiteren Zeichen der Krise, die Donald Tusks ehemalige Partei durchmacht, gab die Europaabgeordnete Róża Thun am Montag, den 17. Mai, bekannt, dass sie sich den Reihen der Bewegung Polska 2050 von Szymon Hołownia anschließt.
- Nach Angaben des polnischen Statistikamtes (GUS) sank das polnische Bruttoinlandsprodukt im ersten Quartal 2021 um 1,2 % aufgrund von Einschränkungen durch die Pandemie. Ökonomen glauben jedoch, dass dieser Rückgang nur vorübergehend ist und sagen für den Rest des Jahres ein Wachstum von 8–10 % voraus.
- Der Bürgermeister der Stadt Poznań (Posen), Jacek Jaśkowiak (PO), kündigte am Montag, 17. Mai, an, sich ab sofort nur noch mit Menschen zu treffen, die gegen Covid-19 geimpft sind, und forderte den polnischen Premierminister auf, die Impfung „verpflichtend“ zu machen: „Bei persönlichen Beziehungen ist es ganz einfach. Ich werde niemanden treffen, der mir nicht sagt, dass er geimpft ist, und wenn jemand gegen Impfungen ist, wird unsere Beziehung für eine Weile ausgesetzt, für Monate oder Jahre, um meine Gesundheit nicht zu gefährden“, erklärte er.
- Laut einer Anfang des Monats veröffentlichten Statistik zogen in den ersten vier Monaten des Jahres 50.000 Ukrainer und 5.000 Weißrussen nach Polen. Die polnischen Gehälter sind 4–5 mal höher als in der Ukraine und 2–2,5 mal höher als in Weißrussland, wobei die sich verschlechternde politische Situation in Weißrussland seit der umstrittenen Wiederwahl von Präsident Lukaschenko sicherlich eine Rolle bei diesem Trend spielt.
- Die US-Botschaft in Polen kündigte am Montag einen Wettbewerb für „Projekte zur Unterstützung der LGBTQI+-Community“ an: „Die US-Vertretung in Polen kündigt

einen Aufruf zur Bewerbung für Projekte zur Unterstützung der LGBTQI+-Community in Polen an – bis zum 14. Juni können Sie sich für Zuschüsse von bis zu 20.000 Dollar bewerben."

- Beim Empfang der Botschafter aus 19 Ländern am 19. Mai sprach der russische Präsident Wladimir Putin die traditionell schwierigen russisch-polnischen Beziehungen an: „Die russisch-polnischen Nachbarschaftsbeziehungen könnten natürlich viel substanzieller und produktiver sein, zumal wir Nachbarn an der Ostsee sind", sagte er dem neuen polnischen Botschafter in Moskau, Krzysztof Krajewski.
- Nach der Veröffentlichung am Montag, 17. Mai, eines offenen Briefes, der auf Initiative der dänischen Botschaft von 48 in Polen ansässigen ausländischen Diplomaten unterzeichnet wurde und Polen auffordert, die „Rechte" von LGBT-Menschen zu schützen, kündigte der serbische Außenminister Nikola Selaković am Donnerstag, 20. Mai, seine Absicht an, den serbischen Botschafter in Warschau, Nikola Zurovac, zu entlassen, weil er den besagten Brief unterzeichnet hatte, ohne sich vorher an die Behörden in Belgrad zu wenden.
- Der polnische Bildungsminister Przemysław Czarnek kündigte am Donnerstag, den 20. Mai, an, dass die polnische Regierung plane, die Anzahl der Stunden im Geschichtsunterricht zu erhöhen, um „die nationale Identität der Kinder zu stärken", und erklärte auch, dass die Europäische Union sicherlich eines Tages „als ein ‚illegales Gebilde' interpretiert werden würde, das früher legal war, aber nicht mehr dem eigenen Rechtsrahmen entspricht."
- Im Rahmen des Streits zwischen der Tschechischen Republik und Polen um das Grenzbergwerk Turów – ein Braunkohletagebau – hat der Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) am Freitag, den 21. Mai, entschieden, die Förderung von Kohle aus dem Bergwerk bis zum Ende des laufenden Verfahrens auszusetzen.
- Am Freitag, den 21. Mai, sagte der ehemalige polnische Außenminister und Europaabgeordnete Witold Waszczykowski (PiS), dass US-Präsident Joe Biden einen Fehler mache, wenn er versuche, mit Russland über die Aufhebung der US-Sanktionen gegen das Gaspipeline-Projekt Nord Stream 2 zu verhandeln: „Ich würde es bevorzugen, wenn die USA ihre Position entschieden darlegen würden. Sollten sich diese Informationen bestätigen, würde mich ein weiteres großes Angebot der USA an Russland überraschen. Es wäre eine sehr merkwürdige Verhandlungsstrategie, denn Biden hätte gezeigt, dass er sich auf Moskau zubewegt, bevor er irgendetwas ausgehandelt hat… Es hatte den Anschein, dass sich die US-Position gegenüber Russland verhärtet und nicht aufweicht. Es stellt sich heraus, dass die Wahrheit genau das Gegenteil ist.

Tschechische Republik

- Die Regierungsbeauftragte für Menschenrechte Helena Válková hat im Rahmen der „Regierungsstrategie zur Gleichstellung und Beseitigung von Hindernissen für ein würdiges Leben von LGBTI+ Menschen in der Tschechischen Republik 2021–2026" einen Gesetzentwurf in das tschechische Abgeordnetenhaus eingebracht, der unter anderem die Möglichkeit einer offiziellen Geschlechtsumwandlung für Kinder, die Legalisierung der gleichgeschlechtlichen Ehe oder einen verstärkten Schutz von LGBT-Menschen vor „verbalen Angriffen" vorsieht. „Eine solche Situation herrscht beispielsweise im Gesundheits- oder Bildungsbereich vor, wo fast die Hälfte der LGBTI+-Personen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität auf negative Reaktionen gestoßen ist. Dies sind nur einige Beispiele für die Situation von LGBTI+ Menschen in der Tschechischen Republik. Es ist daher notwendig, eine Strategie zu verabschieden und die darin vorgeschlagenen Maßnahmen umzusetzen", heißt es in dem Dokument, das dafür plädiert, dass „offizielle geschlechtsangleichende Operationen auch für Jugendliche nach der Pubertät

möglich sein [sollten]“, eine Ansicht, die Marek Benda von der Demokratischen Bürgerpartei (ODS) anprangert: „Das zeigt nur, wie die Positionen der gesamten Abteilung des Regierungsbeauftragten für Menschenrechte im Laufe der Jahre unter dem Einfluss der Linken übernommen wurden, und wie es notwendig sein wird, sie nach den Wahlen komplett neu aufzubauen […] Im Fall der Kinder ist das völlig unmenschlich.“ Die gleiche Ansicht vertrat Marek Výborný, ehemaliger Vorsitzender der Christlich-Demokratischen Union (KDU-ČSL), während die Piraten voll zustimmten.

- Das Wahlbündnis aus den Piraten und der Partei der Bürgermeister und Unabhängigen (STAN) hat am Dienstag, den 18. Mai, sein Programm für die Parlamentswahlen im Oktober vorgestellt. „Wir sagen offen, dass unsere Priorität öffentliche Dienstleistungen sind. Wir müssen die Renten, die Bildung, das Gesundheitswesen aufrechterhalten, und deshalb werden wir, wenn es nicht anders geht, in Richtung Steuererhöhung gehen“, erklärte der Piraten-Abgeordnete Mikuláš Ferjenčík, unter anderem, da „es notwendig ist, das Staatsdefizit auf unter 3 % des Haushalts zu senken“, während die Piraten neben der gleichgeschlechtlichen Ehe und der Liberalisierung von Cannabis auch die Einführung des Euro durch die Tschechische Republik in Erwägung ziehen: „Jeder sollte gleiche Rechte haben. Sogar das Recht, jemanden zu heiraten, den wir lieben. Wir werden gleichgeschlechtlichen Paaren erlauben, unter gleichen Bedingungen zu heiraten. Es wird für niemanden Grenzen geben. Im Gegenteil, es wird das Leben von Tausenden von Paaren und Kindern verbessern […] Das Verbot von Cannabis kostet uns jährlich Milliarden von Kronen, aber es reduziert nicht die Nachfrage und führt nicht zu einer Reduzierung des Schwarzmarktes. Die Besteuerung von kommerziellem Cannabis wird 4 Milliarden Kronen einbringen, die dem Staat Mittel zur Verfügung stellen, um zum Beispiel die Gesundheitsversorgung mitzufinanzieren.
- Ein am 13. Mai in der tschechischen Abgeordnetenkammer eingebrachtes Gesetz, dessen Hauptziel es ist, die tschechischen Personalausweise mit den Richtlinien der Europäischen Union für biometrische Daten in Einklang zu bringen, könnte eine kleine Revolution für tschechische Frauen sein. Nach diesem Gesetz wären sie nämlich nicht mehr verpflichtet, ihrem Nachnamen die Endung -ová hinzuzufügen, eine gesetzliche Vorschrift, die erst seit 1945 besteht.
- Der ungarische Außenminister Péter Szijjártó hat am Freitag, den 21. Mai, die Solidarität der ungarischen Regierung mit dem tschechischen Ministerpräsidenten Andrej Babiš in seinem Streit mit der Europäischen Kommission zum Ausdruck gebracht und insbesondere daran erinnert, dass deren Angriffe auf den tschechischen Regierungschef damit begonnen haben, dass Babiš eine der liberalen Strömung feindliche Politik verfolgte und dass ungarische Spitzenpolitiker regelmäßig Gegenstand ähnlicher Angriffe waren: „Es ist nichts Neues unter der Sonne, dass versucht wird, Andrej Babiš politisch zu zerstören.“

Slowenien

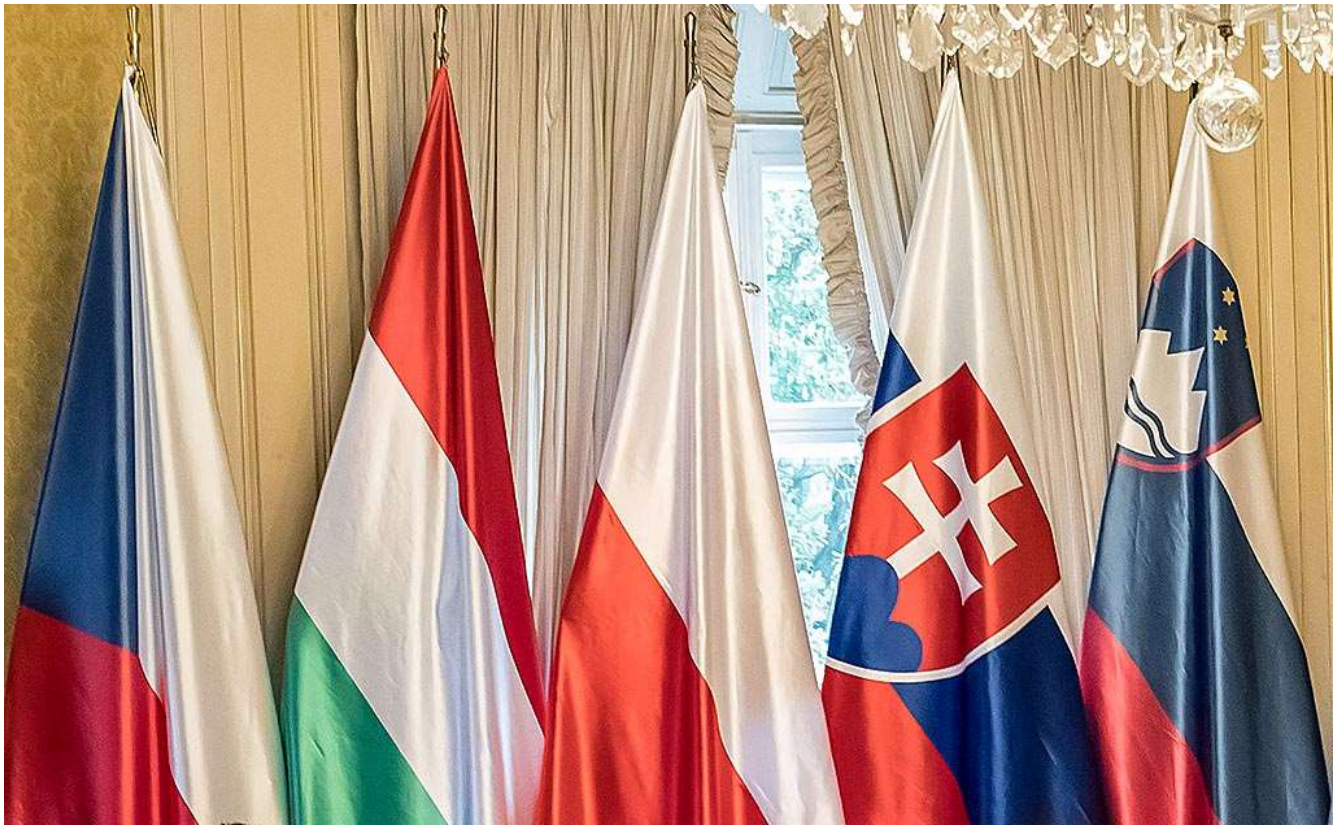
- Am 17. Mai wurde die Tagesordnung für die reguläre Sitzung der Nationalversammlung von den Mitgliedern der Nationalversammlung nicht genehmigt. Von den 84 Abgeordneten stimmten 42 mit Ja und 42 mit Nein. Da die derzeitige Regierung keine Mehrheit für die Agenda bekam, nutzte die Opposition das Ereignis, um die Forderung nach vorgezogenen Wahlen zu erheben.
- Am 17. Mai feierte Slowenien den 31. Jahrestag der Gründung der slowenischen Armee und der Schaffung der Manöverstruktur für die Landesverteidigung. Die Zeremonie wurde vom Innenminister Aleš Hojs eröffnet und fand in der Nationalgalerie in Ljubljana unter dem Titel „Manöverstruktur des Nationalen Schutzes – der Beginn der Bildung der slowenischen Streitkräfte“ statt.

- Auf Einladung des portugiesischen Ministers für Entwicklungsplanung, Nelson de Souza, nahm die Ministerin für Entwicklung und EU-Kohäsionspolitik, Zvone Černač, am 18. Mai an einem informellen audiovisuellen Treffen der EU-Minister für Kohäsionspolitik teil. Da Slowenien in etwas mehr als einem Monat die EU-Ratspräsidentschaft von Portugal übernimmt, betonte er, wie wichtig es ist, die nationalen Konjunktur- und Resilienzpläne so schnell wie möglich formell zu verabschieden.
- Am 18. Mai nahm Kulturminister Vasko Simoniti an der regulären Sitzung des EU-Rates für Bildung, Jugend, Kultur und Sport in Brüssel teil. Er unterstrich seine Bemühungen, der Kultur eine Vielzahl von Finanzierungsquellen zur Verfügung zu stellen, und hob den Rekordhaushalt für die Kultur, die Einführung des Kultureuros und die zusätzliche Finanzierung durch die Resilienz- und Wiederherstellungsfazilität hervor.
- Am 19. Mai lehnte das Oberste Gericht der Republik Slowenien einen Antrag auf Rechtmäßigkeitsschutz ab, den die Oberste Staatsanwaltschaft gegen einen Beschluss des Obersten Gerichts in Ljubljana gestellt hatte, mit dem es dem Antrag der Untersuchungskommission „Kangler“ auf Beschlagnahme von Unterlagen (Daten) der Spezialisierten Staatsanwaltschaft stattgab.
- Am 20. Mai fand in Brdo pri Kranju die erste Eröffnungsdebatte mit dem Titel „Die Zukunft Europas – Ein Gespräch über strategische Herausforderungen zu Beginn der gesamteuropäischen Debatte“ statt, die vom Premierminister Janez Janša eröffnet wurde und an der neben dem Premierminister auch der Präsident der Republik Borut Pahor, der Berater des Präsidenten der Republik Dr. Janša und der Präsident der Republik Dr. Janša teilnahmen. Ferner nahmen teil: Ernest Petrič (über die AVK), der ehemalige Außenminister Dr. Dimitrij Rupel, Rechtsanwalt Dr. Matej Avbelj, Rechtsanwalt Dr. Jurij Toplak und Zofija Mazej Kukovič, die sich mit Resilienzfragen im Kontext der Europäischen Union beschäftigt.
- Am 21. Mai hob das Bezirksgericht Ljubljana die Vollstreckungstitel zur Einziehung von 169 T EUR für Januar 2021 und 169 T EUR für Februar 2021 auf, die das Bezirksgericht Ljubljana gegen das Amt für Regierungskommunikation aufgrund eines Vollstreckungsantrags der Slowenischen Presseagentur, vertreten durch Bojan Veselinović, erlassen hatte.
- Am 21. Mai veröffentlichte die Schulgewerkschaft Sviz unter Leitung des Linkspartei-Mitglieds Branimir Štrukelj die Ergebnisse der Unterschriftensammlung der Gewerkschaft für den Rücktritt von Bildungsministerin Simona Kustec, der sie Misswirtschaft im Ministerium vorwirft. Obwohl sie 40 Tausend Mitglieder haben, konnten sie nur 17 Tausend Unterschriften sammeln, was bedeutet, dass mehr als die Hälfte der Mitglieder mit dem Rücktritt des Ministers nicht einverstanden ist.
- Am 23. Mai wurden in Slowenien nur 83 neue Coronavirus-Infektionen bestätigt, was bedeutet, dass sich die Situation verbessert.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

32) Mitteleuropa: Die wichtigsten Nachrichten vom 24. bis 30. Mai 2021

31. 05. 2021



Bildquelle: Demokracija

V4

- Laut Eurostat-Statistiken von Ende April sind Ungarn und Polen die beiden EU-Mitgliedsstaaten mit den höchsten Ein-Jahres-Inflationsraten, mit 5,2 % für Ungarn und 5,1 % für Polen (verglichen mit einem EU-Durchschnitt von 2 % und 1,6 % in der Eurozone).

Ungarn

- Nachdem sie zunächst nicht offiziell auf den Fall der Ryanair-Boeing reagiert hatte, die am 23. Mai in Minsk landen musste, was zur Verhaftung des belarussischen Oppositionellen Roman Protassewitsch führte, der sich an Bord befand und dessen Freilassung die EU seitdem fordert, schlossen sich die ungarischen Behörden den anderen EU-Mitgliedsstaaten auf dem Brüsseler Gipfel an – der am Vortag größtenteils diesem Ereignis gewidmet war – und verurteilten diese Aktion Weißrusslands – die von einigen als „staatliche Luftpiraterie“ bezeichnet wurde – und verhängten neue Sanktionen gegen Polens Nachbarn. Dazu gehören die Aussetzung von Flügen von und nach Weißrussland durch europäische Fluggesellschaften, ein Verbot von Flügen nach und von Weißrussland durch europäische Fluggesellschaften bis auf weiteres und ein Überflugverbot über die Europäische Union für weißrussische Flugzeuge. Auf die Frage des Senders atv.hu antwortete der ungarische Außenminister Péter Szijjártó kurz und knapp: „Ungarn hat sich der Resolution der Europäischen Union zu diesem Thema angeschlossen. Die Aussage spiegelt also auch die Position unserer Nation wider. Diese Maßnahmen haben auch zur Streichung einiger Flüge (u. a. von Air France und Austrian Airlines) nach

Russland geführt, da die russischen Behörden keine alternativen Routen genehmigen, die nicht über Weißrussland führen.

- Der polnische Botschafter in Ungarn, Jerzy Snapek, überreichte im Namen des polnischen Präsidenten Andrzej Duda das Kommandeurskreuz der Republik Polen an den stellvertretenden ungarischen Ministerpräsidenten Zsolt Semjén (KDNP), der für nationale Politik, Kirchenfragen und Nationalitäten zuständig ist.
- Der ungarische Premierminister Viktor Orbán stattete Großbritannien am Samstag, den 29. Mai, einen offiziellen Besuch ab, wo er von seinem britischen Amtskollegen Boris Johnson empfangen wurde.

Polen

- Der polnische Präsident Andrzej Duda stattete der Türkei am Montag, 24. Mai, einen offiziellen Besuch ab und traf dort unter anderem den türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan.
- Vom Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) vorläufig dazu verurteilt, den Betrieb des Tagebaus Turów (Niederschlesien) sofort einzustellen, beschloss Polen, sich über das Urteil hinwegzusetzen, während Premierminister Mateusz Morawiecki eine gütliche Einigung mit seinem tschechischen Amtskollegen Andrej Babiš erzielte.
- Der für die Covid-Impfung zuständige polnische Minister Michał Dworczyk kündigte am Dienstag, den 25. Mai, den Start einer Lotterie an, um die Menschen zu ermutigen, sich impfen zu lassen: Eine Person von zweitausend wird einen Preis von 500 Zloty (111 Euro) gewinnen, während zwei Personen unter allen Geimpften in Polen eine Million Zloty (223.000 Euro) und ein Hybridauto gewinnen werden. Schließlich erhalten die ersten 500 Gemeinden, die 75 % der Geimpften erreichen, 100.000 Zloty (22.300 €).
- Der polnische Senat (in dem die Opposition die Mehrheit hat) hat am Donnerstag, den 27. Mai, das Ratifizierungsgesetz zum Europäischen Wiederaufbaufonds verabschiedet. Diese Ratifizierung durch alle 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union ist in der Tat für die Umsetzung des Konjunkturfonds notwendig. Eine zunächst von der Mehrheitsopposition im Senat angekündigte Präambel zu diesem Ratifizierungsgesetz wurde letztlich nicht angenommen, wie der stellvertretende Senatssprecher Marek Pęk erklärte: „Der Mehrheitsantrag auf eine Präambel zur Ratifizierung ist gescheitert! „Nach den positiven Voten des Sejm und des Senats ratifizierte der polnische Präsident Andrzej Duda am Freitag, den 28. Mai, im Namen Polens den Europäischen Wiederaufbaufonds, der Polen 58,1 Milliarden Euro zur Verfügung stellen wird – davon 23,9 Milliarden Euro in Form von Zuschüssen und 34,2 Milliarden Euro in Form von Darlehen.
- Die Protassewitsch-Affäre, benannt nach dem Regimegegner Alexander Lukaschenkos, der am vergangenen Sonntag, dem 23. Mai, auf dem Minsker Flughafen in einer in die weißrussische Hauptstadt umgeleiteten Ryanair-Maschine verhaftet wurde, hat in der polnischen Presse eine Reihe recht lebhafter Reaktionen hervorgerufen.
- Die Vereinigten Staaten haben gerade einen neuen Botschafter in Polen ernannt, es ist Mark Brzeziński, ein Jurist mit einem Doktortitel in Politikwissenschaft von der Universität Oxford und Sohn des ehemaligen polnischen nationalen Sicherheitsberaters von Präsident Jimmy Carter, Zbigniew Brzeziński.

Slowakei

- Der slowakische Gesundheitsminister Vladimír Lengvarský kündigte am Donnerstag, 27. Mai, an, dass die Slowakei ab dem 7. Juni mit der Impfung mit dem russischen Impfstoff Sputnik V beginnen wird.

- Tschechische Republik
- Der neue tschechische Gesundheitsminister Petr Arenberger, der am 7. April vereidigt wurde, hat sich am Montag, den 24. Mai, zum Rücktritt entschlossen. Er wurde durch Adam Vojtěch ersetzt, der die gleiche Position bereits im letzten Jahr innehatte.

Slowenien

- 30.5. Die Präsidenten von Slowenien, Deutschland und Portugal, Borut Pahor, Frank-Walter Steinmeier und Marcelo Rebelo de Sousa, betonten in Brdo pri Kranju (Egg bei Krainburg) die Bedeutung der europäischen Einheit und der europäischen Idee. Die europäische Idee sei „das Beste“, was dem europäischen Kontinent passiert sei, sagte Pahor bei einer gemeinsamen Pressekonferenz der drei Präsidenten. Er betonte, dass sie gepflegt werden muss. „Slowenien ist ein pro-europäisches Land, das seine Gründung vor 30 Jahren mit den Ideen von Demokratie und Europa verbunden hat. Das muss uns auch leiten, wenn wir an der Spitze der 27 stehen“, betonte er mit Blick auf die bevorstehende EU-Ratspräsidentschaft Sloweniens.
- 29.5. Während, wie wir alle wissen, frühere Regierungen in den Händen linker Parteien Hunderte von Millionen Euro für verschiedene Studien und Projekte verschwendet haben, die ihnen weder direkt noch indirekt zugute kamen, werden wir gerade Zeuge einer weiteren hervorragenden Kampagne der aktuellen Regierungsmannschaft von Premierminister Janez Janša. 93 Millionen Euro für 1.200 Arbeitsplätze in Altenheimen.
- 26.5. Die Nationalversammlung wird keine Anklage gegen Ministerpräsident Janez Janša vor dem Verfassungsgericht erheben, da ein solcher Antrag in der heutigen Sitzung keine ausreichende Unterstützung erhielt. 42 Abgeordnete stimmten für den Antrag auf ein verfassungsmäßiges Amtsenthebungsverfahren, 44 dagegen. Mindestens 46 Stimmen wären nötig, damit die Nationalversammlung Janša vor dem Verfassungsgericht anklagen kann. Die Parteien LMŠ, SD, SAB, Levica und die parteilosen Abgeordneten haben nach dem Misstrauensvotum gegen die Regierung eine neue politische Niederlage erlitten, da sie nicht genügend Stimmen für ein verfassungsmäßiges Amtsenthebungsverfahren gegen Premierminister Janez Janša sammeln konnten. Janša, der am Nachmittag im Haus der Demokratie eintraf, sagte, dass es „so viele absurde Dinge in der Verfassungsbeschwerde gibt, dass es keinen Sinn hat, sie alle zu beantworten oder darüber zu streiten“. Er verließ die Sitzung unmittelbar nach seiner Rede und war bei der Abstimmung nicht anwesend.
- 26.5. Nach der dritten Welle der Epidemie sind die meisten Aktivitäten in Slowenien freigegeben worden. Die Indikatoren und Prognosen für Slowenien sehen gut aus, was sich positiv auf die gesamtwirtschaftlichen Bedingungen und das Wohlbefinden der Bevölkerung auswirken wird. Allerdings steht Slowenien vor der Herausforderung, bestimmte Strukturreformen in Bereichen durchzuführen, die in der Vergangenheit vernachlässigt wurden.
- Das Wirtschaftsklima in Slowenien verbessert sich den sechsten Monat in Folge. Der Wert des Wirtschaftsklimaindikators lag im Mai 2021 um 6,2 Prozentpunkte höher als im April 2021 und um 6,8 Prozentpunkte höher als im langjährigen Durchschnitt. Im Vergleich zum Mai 2020 war der Wert des Wirtschaftsklimaindikators im Mai 2021 um 36,8 Prozentpunkte höher. Die jährliche Verbesserung des Indikators wurde von allen fünf Komponenten getragen, am stärksten jedoch vom Vertrauensindikator für das verarbeitende Gewerbe und dem Vertrauensindikator für den Dienstleistungssektor.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

33) Ungarischer Außenminister: V4-Länder könnten Gewinner in der Weltordnung nach der Pandemie sein

29. 05. 2021

Außenminister Péter Szijjártó · *Bildquelle; Remix News*

Ungarn, Polen, Tschechien und die Slowakei könnten aus der Pandemie stärker als je zuvor hervorgehen

Die Visegrád-Vier-Gruppe (V4) könnte durch ihre kollektiven Bemühungen und strategische Partnerschaft als einer der Sieger einer post-pandemischen Weltordnung hervorgehen, sagte der ungarische Außenminister Péter Szijjártó während einer Pressekonferenz letzte Woche.

Während er nach einem Treffen der V4-Außenminister in der zentralpolnischen Stadt Lodz zu Pressevertretern sprach, betonte der ungarische Außenminister, dass die kulturelle, politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den vier Visegrád-Ländern Ungarn, Polen, Tschechien und der Slowakei immer mehr Früchte trage.

„Infolge der Coronavirus-Pandemie ist es keine Übertreibung, von einer neuen globalen Ordnung zu sprechen, die sowohl im politischen als auch im wirtschaftlichen Bereich entsteht“, sagte Szijjártó. „Die enge Zusammenarbeit zwischen den V4-Ländern sichert einen schnellen wirtschaftlichen Aufschwung in der Zukunft und ermöglicht es der Gruppe, zu den Gewinnern dieser neuen globalen Ordnung zu gehören.“

Nachdem er die gemeinsamen Bemühungen der V4-Länder gelobt hatte, die die Einführung verbindlicher Quoten für die Verteilung von Migranten auf EU-Ebene verhindert haben,

merkte Szijjártó auch an, dass der Common-Sense-Ansatz des Bündnisses in der Wirtschafts- und Sicherheitspolitik dazu geführt hat, dass Mitteleuropa die attraktivste Region in Europa für Investitionen geworden ist.

Szijjártó betonte, dass Mitteleuropa heute ein wichtiger Zulieferer für die deutsche Industrie, das „Rückgrat der europäischen Wirtschaft", sei und fügte hinzu, dass das Handelsvolumen zwischen der Visegrád-Gruppe und Deutschland im Jahr 2019 300 Milliarden Euro überstieg.

Der Außenminister äußerte sich zu der disziplinierten Steuerpolitik Mitteleuropas, den relativ niedrigen Steuern und dem Plan von US-Präsident Joe Biden, eine globale Unternehmenssteuer einzuführen: „Ungarn wird niemals eine Mindeststeuer auf globaler Ebene unterstützen. Wir werden die Steuern nicht unter internationalem Druck erhöhen. Die Beibehaltung der Steuerpolitik als nationale Kompetenz ist eine Garantie für unsere Wettbewerbsfähigkeit."

Szijjártó bekräftigte auch das Interesse Ungarns an einem starken Europa, das seiner Meinung nach „ohne starke christliche Werte und Gemeinschaften nicht existieren kann". Deshalb werde die ungarische Regierung „weiterhin verfolgte Christen in der Welt unterstützen und darauf bestehen, dass die christlichen Grundwerte Europas gestärkt werden", fügte er hinzu.

In seinen abschließenden Bemerkungen sagte der ungarische Minister, dass er hoffe, dass bald Vereinbarungen getroffen werden können, die dazu führen, dass COVID-19-Immunitätszertifikate von den V4-Mitgliedern gegenseitig akzeptiert werden.

Der polnische Außenminister Zbigniew Rau gab ebenfalls eine kurze Pressekonferenz, in der er über die Prioritäten sprach, auf die sich die V4-Länder seiner Meinung nach in naher Zukunft konzentrieren sollten.

„Eine der Prioritäten der Visegrád-Gruppe in den kommenden Jahren und Monaten sollte die Unterstützung der Länder der Östlichen Partnerschaft und des Westbalkans sein, sowohl im Hinblick auf die Bekämpfung der Pandemie als auch auf die euro-atlantischen Bestrebungen", sagte Rau.

Der tschechische Außenminister Jakub Kulhánek lobte in seinen Ausführungen die Zusammenarbeit zwischen den V4-Ländern während der Pandemie, von der er hoffe, dass sie auch in der Zeit nach Covid fortgesetzt werde". Er betonte auch das gemeinsame Ziel der Allianz, dass ein gemeinsames europäisches Immunitätszertifikat erstellt wird, um in diesem Sommer sichere Reisen innerhalb des Blocks zu ermöglichen.

Gegenwärtig hat die Visegrád-Gruppe – als eine wirtschaftliche Einheit – das vierthöchste Bruttoinlandsprodukt in der Europäischen Union und das fünfzehnthöchste in der ganzen Welt.

Quelle: Remix News

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

34) Länder außerhalb Europas wollen in das Drei-Meere-Projekt in Mitteleuropa investieren

24. 05. 2021

Das Drei-Meere-Projekt benötigt umfangreiche Mittel für den Aufbau der Infrastruktur in Mittel- und Osteuropa

Japan, Südkorea und Katar signalisieren ihr Interesse, in die mittel- und osteuropäische Region zu investieren, die noch mehr als 600 Milliarden Euro benötigt, um den Rückstand gegenüber dem westlichen Teil Europas aufzuholen.

Die Vorstandsvorsitzende der polnischen BGK-Bank, Beata Daszyńska-Muzyczka, die auch Direktorin des Aufsichtsrates des Drei-Meere-Fonds ist, betonte, dass der gesamte Handelsstrom aller Länder der Region 225 Milliarden Euro übersteigt. Die Drei-Meer-Region erwirtschaftet rund 20 Prozent des BIP der EU und umfasst eine Fläche von 1,2 Millionen Quadratkilometern, die von 111 Millionen Menschen (einem Viertel der EU-Bevölkerung) bewohnt wird.

„Wir müssen nicht nur zu den westeuropäischen Staaten aufschließen, sondern auch mit ihnen mithalten und Investoren aus aller Welt immer wieder daran erinnern, wie attraktiv und einzigartig die Drei-Meere-Region mit ihrem hohen Wirtschaftswachstum und ihrer Krisenresistenz ist“, sagte sie.

Auf der Konferenz Kapital für Infrastruktur24, die von der bulgarischen Entwicklungsbank in Sofia organisiert wurde, waren sich die Teilnehmer einig, dass die Notwendigkeit, die infrastrukturellen Anforderungen der Drei-Meere-Region zu erfüllen, eine perfekte Gelegenheit für Investoren und eine Chance für die wirtschaftliche Entwicklung der Region ist.

Der bulgarische Präsident Rumen Radev betonte, dass Investitionen in die Infrastruktur eine große Chance für die sozial-ökonomische Entwicklung und die Verbesserung der Verbindungen zwischen den Drei-Meeres-Staaten sind.

Die wirtschaftliche Dimension der Drei-Meere-Kooperation ist der Drei-Meere-Fonds, in den neun der 12 Mitgliedsstaaten investiert haben. Neben der Vertiefung der Zusammenarbeit und der Verbesserung der Infrastruktur in der Region ist es das Ziel des Fonds, Gewinne für seine Investoren zu erwirtschaften, weshalb auch Länder außerhalb Europas an Investitionen interessiert sind, darunter Nationen wie Japan, Südkorea und Katar.

Die Investitionen in Transport und Logistik (Straßen- und Eisenbahnbau, Seetransport und Flughäfen) in der Drei-Meere-Region werden sich bis 2030 auf 290 Milliarden Euro belaufen, weitere 88 Milliarden Euro werden für Energie ausgegeben, während die Entwicklung der digitalen Infrastruktur 160 Milliarden Euro erfordert.

Der erhebliche Bedarf an Investitionen in die Infrastruktur in Mittelost- und Südeuropa wird durch den jüngsten Bericht des Internationalen Währungsfonds bestätigt.

Der Bericht weist darauf hin, dass eine 50-prozentige Reduzierung der Zahlungsrückstände bis 2030 einen jährlichen Mittelumlauf von bis zu 3 bis 8 Prozent des BIP erfordern wird. Diese Investitionen werden sich jedoch auf das künftige BIP-Wachstum übertragen.

Quelle: Telewizja Polska (tvp.info)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

35) Tschechischer Präsident Zeman: „Ich bitte das serbische Volk um Vergebung“

21. 05. 2021

Miloš Zeman, Präsident der tschechischen Republik · *Foto: Facebook*

Es kommt nicht oft vor, dass ein Politiker den Mut hat, sich öffentlich an die Brust zu schlagen für Fehler, die er im Amt gemacht hat. Doch genau das tat der tschechische Präsident Miloš Zeman an diesem Dienstag, 18. Mai, in Prag, als er seinen serbischen Amtskollegen Aleksandar Vučić empfing.

Aufstand albanischer Rebellen im Kosovo

1999 sah sich das damalige Jugoslawien – bestehend aus Serbien und Montenegro – mit einem Aufstand albanischer Rebellen in seiner historischen Südprovinz Kosovo konfrontiert – wo die Albaner im späten 19. Jahrhundert zur Mehrheit wurden –, während sich die westlichen Länder meist auf die Seite der Albaner stellten, deren einseitige Unabhängigkeitserklärung sie unterstützten. Um den serbischen Widerstand gegen die Anordnungen der Vereinigten Staaten und der Europäischen Union zu brechen, fasste die NATO den Beschluss, jugoslawische Städte zu bombardieren, ein Beschluss, an dem die Tschechische Republik, die dem atlantischen Bündnis im März 1999 gerade beigetreten war, de facto gezwungen wurde, sich zu beteiligen, während Miloš Zeman Ministerpräsident war. Etwa 500 serbische Zivilisten wurden bei den Bombardements getötet.

„Ich möchte mich für die Luftangriffe entschuldigen“

„*Ich möchte diese Gelegenheit nutzen, um mich für die Bombardierung des ehemaligen Jugoslawiens zu entschuldigen* […]

Ich möchte mich für die Luftangriffe auf das ehemalige Jugoslawien entschuldigen. Ich bitte das serbische Volk um Vergebung. Das hat mich von Anfang an nicht in Ruhe gelassen. Die Entscheidung über die Luftkampagne wurde nur wenige Wochen nach unserem NATO-Beitritt getroffen. Wir waren das letzte Land, das grünes Licht gegeben hat“,

sagte Miloš Zeman gegenüber Aleksandar Vučić am Dienstag in Prag, und erklärte, er habe damals „*verzweifelt*“, aber vergeblich versucht, sich dem NATO-Beschluss zu widersetzen. Er und seine Regierung hätten sich letztlich den Anweisungen des Westens gebeugt, was Zeman als „*Mangel an Mut*“ bezeichnete. „*Mit dieser Bitte um Vergebung löse ich ein langjähriges Trauma auf, denn Reue ist befreiend. Ich habe es gesagt und meine Seele gerettet*“.

Tschechen Brudervolk der Serben

Der serbische Präsident Vučić würdigte die Geste von Miloš Zeman und antwortete:

„*Von diesem Tag an wird das serbische Volk die Tschechen nicht nur als eine befreundete Nation, sondern auch als ein Brudervolk betrachten. Das serbische Volk wird Zemans Worte nicht vergessen, wir werden ihm ewig dankbar sein, denn das, was er über die Bombardements gesagt hat, ist von keinem anderen Verantwortlichen* [für die Angriffe auf Jugoslawien 1999] *gesagt worden*“.

VISEGRÁD POST
COMPRENDRE L'EUROPE CENTRALE

Dieser Beitrag erschien zuerst bei der VISEGRÁD POST, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

36) Keine ungarische Außenpolitik ohne ungarische Nationalpolitik

22. 05. 2021

Péter Sztáray, Staatssekretär für Sicherheitspolitik, Ministerium für auswärtige Angelegenheiten und Handel · *Foto: Zoltán Havran*

Péter Sztáray: Die ungarische Präsidentschaft bringt auf die Agenda, was der Westen gerne verschweigen würde

- Wir werden versuchen, die ungarische Präsidentschaft zu nutzen, um die Rechte der nationalen Minderheiten innerhalb des Europarates zu fördern und die ungarischen Gemeinschaften jenseits der Grenzen stark zu unterstützen, sagte Péter Sztáray, Staatsminister für Sicherheitspolitik des Außen- und Handelsministeriums, in einem Interview mit Magyar Nemzet anlässlich der Übernahme des ungarischen Vorsitzes im Ministerkomitee des Europarates zur Förderung von Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechten und Demokratie, das 47 europäische Länder in Straßburg vereint. Er wurde auch zu den ukrainisch-ungarischen Beziehungen, der EU-Erweiterung auf dem Westbalkan und der westeuropäischen Doppelzüngigkeit befragt.

- Eine der Prioritäten der ungarischen Präsidentschaft des Europarates ist die effektive Förderung des Schutzes nationaler Minderheiten. Welche konkrete Hilfe können z.B. die jenseits der Grenzen lebenden Ungarn erwarten?
– Der Europarat ist eine der wichtigsten europäischen Organisationen, wenn es darum geht, die Rechte von nationalen Minderheiten zu garantieren. Nachdem wir gesehen haben, dass das Minority SafePack (eine europäische Bürgerinitiative zum Schutz indigener Minderheiten – Anm. d. Red.) von der Europäischen Kommission abgelehnt wurde, haben wir beschlossen, zu versuchen, die ungarische Ratspräsidentschaft zu nutzen, um die Rechte nationaler Minderheiten innerhalb des Europarates zu fördern und den ungarischen Gemeinschaften jenseits der Grenzen starke Unterstützung zu geben. Die ungarische Außenpolitik ist ohne die ungarische Nationalpolitik nicht denkbar. Wir veranstalten vier

Konferenzen zu diesem Thema: zwei in Ungarn und zwei in Strassburg. Ziel dieser Konferenzen ist es, eine Bestandsaufnahme der Situation in Europa in Bezug auf die Rechte nationaler Minderheiten zu machen und zu prüfen, wie wir Fortschritte erzielen können, denn der Europarat hat auch eine normsetzende Funktion.

- Aus der Sicht der jenseits der Grenzen lebenden Ungarn sind es wohl die Menschen in den Unterkarpaten, die am meisten Hilfe brauchen, da die ukrainische Führung ihre Sprachrechte beschnitten hat und die Ungarn und ihre Führer regelmäßig von den staatlichen Behörden schikaniert und von nationalistischen Organisationen bedroht werden. Sehen Sie eine Chance, dass die ukrainisch-ungarischen Beziehungen in naher Zukunft aus dem Abgrund herauskommen und sich dadurch die Situation der Ungarn in den Unterkarpaten verbessert?

- Seit September 2017, als das ukrainische Parlament das Bildungsgesetz verabschiedete, haben wir in der Tat in vielen Bereichen einen Rückschritt bei den Rechten der nationalen Minderheiten erlebt, insbesondere bei den Sprach- und Bildungsrechten. Es liegt im Interesse der ungarischen Regierung und der ungarischen Gemeinschaft in den Unterkarpaten, eine Art Vereinbarung mit der Ukraine über die Wiederherstellung dieser Rechte zu treffen, denn

Wenn die zentrale Führung auch in anderen Bereichen Druck auf die betroffenen Minderheiten, ihre Führer und ihre Bildungseinrichtungen ausübt, werden sie sehr bald ohne Perspektive dastehen.

Außenminister Péter Szijjártó hat sich im vergangenen Jahr regelmäßig mit seinem ukrainischen Amtskollegen getroffen, um eine gemeinsame Basis zu finden, auf der die Schwierigkeiten in den Beziehungen überwunden werden können. Einige davon sind praktischer Natur, wie z.B. die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Bereich der Infrastruktur und des Straßenbaus, aber es ist ebenso wichtig, Fortschritte in der Frage der nationalen Minderheitenrechte zu erzielen. Die vergangene Woche war in dieser Hinsicht bedeutsam, da der Gemeinsame Ausschuss für Bildung in Budapest tagte und Diskussionen über eine Reihe von Themen in einer konstruktiven Atmosphäre stattfanden. Hoffen wir, dass dies auch Früchte tragen wird. Das sind Gründe für Optimismus, aber von einer wirklich beruhigenden langfristigen Lösung für die Ungarn in den Unterkarpaten sind wir noch weit entfernt.

Péter Sztáray, Staatssekretär für Sicherheitspolitik, Ministerium für auswärtige Angelegenheiten und Handel · *Foto: Zoltán Havran*

- Ungarn legt wegen der Situation der Ungarn in den Unterkarpaten sein Veto gegen die Annäherung der NATO an die Ukraine ein. Ist dies eine Möglichkeit, Druck auf die Ukraine auszuüben, um eine Lösung zu finden?

- Ich möchte betonen, dass Ungarn vor September 2017 einer der stärksten Befürworter der euro-atlantischen Annäherung der Ukraine war, sei es im Bereich der Visaliberalisierung oder des umfassenden Abkommens mit der EU. Leider sind wir gezwungen, ein Veto gegen die Einberufung von Treffen des NATO-Ukraine-Ausschusses auf Minister- oder Staats- und Regierungschef-Ebene einzulegen, bis die Ukraine die früheren Rechte von Minderheiten garantiert. Für Ungarn ist es wichtig, dass die Ukraine ein stabiles, sich entwickelndes Land ist, und deshalb glaube ich, dass wir, wenn der politische Wille vorhanden ist – und der ist auf unserer Seite vorhanden -, durch die Fortsetzung der Verhandlungen Ergebnisse erzielen können.

- Die Ukraine stand in letzter Zeit vor sicherheitspolitischen Herausforderungen: In der Ostukraine sind die Kämpfe wieder aufgeflammt, und Russland hat Truppen an die ukrainischen Grenzen verlegt und sie dann wieder abgezogen. Inzwischen gibt es starken politischen Druck aus den Vereinigten Staaten auf die ukrainische Führung. Wie wirken sich diese Faktoren auf die Beziehungen Ungarns zur Ukraine aus?

- Der ukrainische Staat befindet sich in einer prekären Situation, mit einem langwierigen Konflikt im Osten und der Annexion der Krim durch Russland. Seit 2014 hat Ungarn seine Solidarität mit der Ukraine in vielen Foren und Formen zum Ausdruck gebracht, und wir haben wiederholt unsere Unterstützung für die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine bekräftigt. Dennoch sind wir der Meinung, dass die schwierige Situation, in der sich die Ukraine befindet, kein Grund sein sollte, die Rechte von Minderheitengemeinschaften

im Rahmen eines beschleunigten Aufbaus der Nation zu beschneiden. Diese beiden Punkte müssen getrennt werden. Genau aus diesem Grund unterstützt Ungarn die praktische Zusammenarbeit mit der Ukraine in der NATO, aber gleichzeitig nicht die institutionelle Annäherung der Ukraine an das Bündnis.

Indem sie die Erweiterung des westlichen Balkans verzögert, handelt die EU gegen ihre eigenen Interessen, sagt Péter Sztaray · *Foto: Zoltán Havran*

- Der Westbalkan ist für Ungarn auch aus sicherheitspolitischer Sicht von Bedeutung. Ungarn hat sich sehr dafür eingesetzt, dass die Länder, die sich um den Beitritt zur Europäischen Union bewerben, so schnell wie möglich beitreten, um mehr Stabilität in der Region zu schaffen, aber der Erweiterungsprozess scheint ins Stocken geraten zu sein. Könnten sich diese Länder von Europa abwenden?

- Aus der Sicht der Interessen Ungarns ist es von entscheidender Bedeutung, dass die Länder des westlichen Balkans so schnell wie möglich und in möglichst großer Zahl den euro-atlantischen Organisationen beitreten, da dies die Region langfristig stabilisieren wird. Jahrzehnte und Jahrhunderte von Konflikten zeigen, dass

es auf dem westlichen Balkan Instabilität gab, was unsere Sicherheit beeinträchtigt hat.

Die NATO hat bereits drei Staaten aus der Region aufgenommen, was ein großer Erfolg ist. Aber der Prozess des EU-Beitritts hat sich verlangsamt. Es wäre wichtig, die Möglichkeit von Beitrittsverhandlungen für Albanien und Nordmazedonien während der portugiesischen EU-Präsidentschaft zu eröffnen. Ebenso wichtig ist es, die Verhandlungen mit Montenegro und Serbien zu beschleunigen, die bereits begonnen haben. Die Beitrittskandidaten müssen natürlich die von der EU gestellten Bedingungen erfüllen, aber es gibt auch ein strategisches Interesse: Stabilität und Sicherheit in der Region werden nur dann langfristig gewährleistet sein, wenn diese Länder tatsächlich beitreten. Wenn sie keine klare Perspektive haben,

werden sich ihre Gesellschaften nicht für die Integration engagieren und andere Akteure können in der Region an Einfluss gewinnen. Wenn die EU zurückfällt, handelt sie gegen ihre eigenen Interessen.

- Für die Sicherheit und Stabilität des Westbalkans ist es auch von nicht geringer Bedeutung, dass der Migrationsdruck auf der Westbalkanroute wieder zugenommen hat. Auch in Ungarn hat die Zahl der illegalen Grenzübertritte im Vergleich zum Vorjahreszeitraum zugenommen. Eine gemeinsame europäische Lösung für dieses Problem gibt es noch nicht. Was kann Ungarn in dieser Situation tun?

- Ungarn hat sich der Tatsache gestellt, dass die primäre und ernsthafteste Bedrohung die Migration ist. Eine große Anzahl von Menschen hat auch versucht, das ungarische Staatsgebiet unkontrolliert zu überqueren. Daraus haben wir die Konsequenzen gezogen, und deshalb haben wir ein Sicherheitssystem aufgebaut, das einen effektiven Schutz an unseren Südgrenzen bietet. Doch das allein reicht nicht aus. Wir müssen die Schutzlinien vorantreiben, und wir arbeiten dabei eng mit den westlichen Balkanstaaten zusammen, und wir versuchen auch, den Herkunftsländern durch Ungarn-Hilfen und andere Programme zu helfen, Bedingungen zu schaffen, die die Menschen ermutigen, zu bleiben und nicht auszuwandern.

Das Wichtigste für uns ist, dass es in der Frage der Migration keine Aufnahmepflicht geben darf. Das ist ein Anspruch, der von Zeit zu Zeit auftaucht, aber bisher haben wir es geschafft, ihn zu vermeiden.

Solidarität kann viele Formen annehmen. Wir schützen zum Beispiel die Außengrenze des Schengen-Raums im Süd-Süd-Osten, wofür wir ganz erhebliche Mittel aufwenden. Mit dem richtigen politischen Engagement kann die unkontrollierte Einwanderung gestoppt werden: Wir sind die Landgrenzen, wie der ehemalige italienische Innenminister Matteo Salvini durch den Schutz der Seegrenzen bewiesen hat.

- Im Zusammenhang mit der Migration gibt es eine weitere Priorität des ungarischen Ratsvorsitzes: den interreligiösen Dialog. Dies ist gerade jetzt besonders aktuell, da französische Generäle und Militäroffiziere kürzlich in einem offenen Brief an Präsident Emmanuel Macron vor der Gefahr des Islamismus und des Ausbruchs eines Bürgerkriegs gewarnt haben und der israelisch-palästinensische Konflikt von antisemitischen Vorfällen in verschiedenen westeuropäischen Ländern begleitet wurde. Das sind Probleme, die Mitteleuropa nicht betreffen. Wie kann Ungarn zu diesem Dialog beitragen?

- Eine der aktuellsten Fragen ist heute, wie sichergestellt werden kann, dass die Religionen so koexistieren können, dass jeder nach seinen eigenen Überzeugungen leben kann, aber nicht auf Kosten der Anhänger der anderen Religion. Wir erleben sehr ernste und beunruhigende Vorfälle in Europa, die wir gerne vermeiden würden. Deshalb wollen wir dieses Thema auf die Tagesordnung setzen, um bestimmte Länder mit der Tatsache zu konfrontieren, dass dies bestehende Probleme sind, die nicht unter den Teppich gekehrt werden können.

- Was in Ungarn als Problem gesehen wird, wird in Westeuropa vielleicht nicht als Problem gesehen.

- In Europa wird ein doppeltes Spiel getrieben. Im Sinne der politischen Korrektheit haben viele Menschen das Gefühl, dass diese Probleme vertuscht werden müssen. Aber wenn man sich in den Städten Westeuropas umschaut, sieht man die Probleme, die durch die

Migration entstehen, verstärkt durch die Ausbreitung des Antisemitismus. Der palästinensisch-israelische Konflikt wird zum Beispiel in Westeuropa durch antisemitische Aufmärsche und das Verbrennen israelischer Flaggen ausgetragen. Dies ist für uns inakzeptabel.

Im Vergleich zu dem, was in Westeuropa passiert, ist Ungarn eine Insel des Friedens.

In Ländern, die sich selbst zu den fortschrittlichsten Demokratien zählen, werden Verbrechen in einem Ausmaß begangen, das wir uns nicht einmal vorstellen können. Auch diese werden wir während unserer Präsidentschaft zeigen. Neben der Förderung des interreligiösen Dialogs ist eine unserer Prioritäten, das Bewusstsein in Europa für die Verfolgung von Christen zu schärfen, die in der Welt sehr weit verbreitet ist, über die die Mainstream-Presse aber kaum berichtet.

Der Staatssekretär sagte, Ungarn sei eine Insel des Friedens im Vergleich zu dem, was in Westeuropa passiere · *Foto: Zoltán Havran*

- Apropos Doppelzüngigkeit: Der Europarat und sein Beratungsgremium, die Venedig-Kommission, haben Ungarn in den letzten Jahren mehrfach wegen Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechtsfragen kritisiert. Wie ist das Verhältnis des ungarischen Ratsvorsitzes zur Führung des Europarates?

- Das persönliche Verhältnis ist ausgezeichnet. Péter Szijjártó hat sich mehrmals mit der Generalsekretärin Marija Pejčinović Burić, der Kommissarin für Menschenrechte Dunja Mijatovics, dem Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung Rik Daems und dem Präsidenten des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte Róbert Ragnar Spano getroffen. Wir haben uns ganz bewusst auf diese enge Beziehung eingestellt, und wenn es Meinungsverschiedenheiten gibt, können wir sie diskutieren. Wir haben den Führern des

Europarates klar gemacht, dass es wichtig ist, dass sie mit uns sprechen, wenn sie ein Problem wahrnehmen. Wir können ihnen sagen, wie die tatsächliche Situation ist. Leider habe ich in der Vergangenheit die Erfahrung gemacht, dass

sie durch oberflächliche Informationen, durch voreingenommene Quellen informiert wurden, und deshalb waren die Schritte, die sie unternahmen, nicht im Einklang mit dem, was die Situation in Ungarn gerechtfertigt hätte.

Péter Szijjártó, der Minister für Auswärtige Angelegenheiten und Handel, und Judit Varga, die Justizministerin, informieren den Europarat häufig über die reale Situation in Ungarn. Diese Arbeit muss fortgesetzt werden und die Fehlinformationen und politisch motivierten Anschuldigungen, die von Zeit zu Zeit auftauchen, müssen ausgeräumt werden.

- Die Vertretung der Interessen der jungen Generation ist auch eine der Prioritäten des ungarischen Ratsvorsitzes. Warum sollte dieses Thema separat behandelt werden?

- Für die Regierung sind die Bedingungen, unter denen die zukünftige Generation leben wird, von größter Bedeutung, und der Europarat bietet eine geeignete Plattform für Diskussionen darüber. Es geht nicht nur um junge Menschen, sondern auch um die Zukunft von Familien und die Chancengleichheit von Roma-Minderheiten. Das ist ein komplexes Paket, das auch für den langfristigen Wohlstand Europas wichtig ist, denn es wird an unseren Kindern liegen, zu entscheiden, was für ein Europa geschaffen wird und in welche Richtung es sich entwickeln wird. Auch die ungarische Präsidentschaft des Europarates wird ein geeignetes Instrument sein, dies zu fördern.

Quelle: Magyar Nemzet (Autor: Zoltán Kottász)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

37) Ungarn: Wo ist links, wo ist rechts?

Von Irén Rab

20. 05. 2021

Die Regenbogenkoalition (DK, Jobbik, LMP, MSZP, Momentum, Párbeszéd) *Bildquelle: Azonnali · Foto: Ungarnreal*

Es war einmal in Ungarn eine rechtsextreme Partei, über deren Provokationen sich halb Europa den Mund zerrissen hat.

Sie selbst sahen sich natürlich keinesfalls als Extremisten, sie **wollten einfach eine gerechte Gesellschaft auf christlicher, nationaler Basis.** Sie waren jung, unbelastet vom bolschewistischen Erbe oder der Last des (kompromittierten, ungarischen) Liberalismus der Nachwendezeit. Die Jobbik-Bewegung für Ungarn wurde von der Jobbik-Jugendgemeinschaft **gegründet, einer Jugendorganisation von Universitäts- und Hochschulstudenten.**

Damals – es war 2003 – schien die Welt der ungarischen Universitäten noch von einer eher konservativen, christlichen und patriotischen Weltanschauung beherrscht zu sein. (Oder von der für die Jugend typischen ewig oppositionellen, immer etwas anderes wollenden Haltung. Nicht zu vergessen, nach den Wahlen 2002 wurde Ungarn von einer linken MSZP-SZDSZ-Koalition regiert!)

Die Partei, die sich selbst als Bewegung bezeichnete, schuf sich bald eine **paramilitärische Organisation**, die ***Ungarische Garde*** zur geistigen und körperlichen Selbstverteidigung der Ungarn, die in eleganten Uniformen vor dem Präsidentenpalast und in Romasiedlungen paradierte. Auch ihr Parteichef trug im Parlament eine Garde-Weste, vielleicht als Provokation, vielleicht um die Aufmerksamkeit der Medien zu erregen.

Es gab dann auch viel Aufmerksamkeit europaweit, **die deutsche Presse warnte ständig vor dem Aufstieg der ungarischen Rechtsextremen**, und die dortigen Zeitungen faselten

von antisemitistischem und antiziganistischem Gedankengut und zeigten auf ihren Titelseiten die Gardisten, die den ungarischen Nazis, den Pfeilkreuzlern ähnelten. **Die Roma-Morde bewiesen dann die reale Existenz der rechtsextremen Bedrohung.**

Letzteres kam für die Deutschen gerade recht, denn zu diesem Zeitpunkt wurde dort öffentlich bekannt, dass die neonazistische Untergrundbewegung (NSU) eine Reihe von fremdenfeindlichen Straftaten begangen hatte. In den frühen 2000er Jahren gab es in Deutschland neun Morde an Migranten und weitere dreiundvierzig Mordversuche mit ähnlichen Motiven.

Die Deutschen hatten nicht wirklich Angst um uns, sondern wollten die Aufmerksamkeit von ihren eigenen innenpolitischen Problemen ablenken.

So sehr wollten sie sich und uns ablenken, dass sie sogar Geld locker machten, um **einen Film – *Csak a szél (Just the Wind)* – über die Roma-Morde in Ungarn zu drehen.** Der politisch motivierte Künstlerfilm wurde auf der **Berlinale 2012 mit dem Großen Preis der Jury und dem Friedenspreis von Amnesty International ausgezeichnet**. Die ungarische Botschaft in Berlin organisierte während des Festivals öffentliche Gespräche mit Roma-Politikern. Zoltán Balog, Lívia Járóka und andere Experten des Themas versuchten sowohl auf Deutsch als auch auf Englisch, ohne Dolmetscher, aber ziemlich erfolglos zu erklären, dass die *Garde* längst rechtskräftig aufgelöst sei.

Sie präsentierten vergeblich die ungarische Roma-Strategie (welche auch für die Europäische Union ausgearbeitet wurde), aber die Berliner – wie auch die Brüsseler – wollten das alles nicht hören. Es blieb der Topos eines antisemitistischen und romafeindlichen Ungarns im Raum erhalten.

Um auf die Jobbik zurückzukommen: Die Partei erhielt bei den Wahlen 2014 ein Fünftel der Stimmen, und obwohl das in Bezug auf die Parlamentssitze genau die Hälfte ergab, nämlich zehn Prozent, herrschte in deutschen Kreisen dennoch große Verbitterung. Was wird mit Ungarn, gar mit Europa passieren, wenn dort die extreme Rechte erstarkt? Später hörten sie dann auf, sich um Jobbik zu sorgen, weil sie merkten, dass nicht sie, sondern **vielmehr Viktor Orbán zu fürchten ist, der den Mut hatte, im nationalen Interesse den unvernünftigen und immer unverständlicheren Entscheidungen der Europäischen Union beherzt entgegenzutreten:** erst mit seiner unorthodoxen Wirtschaftspolitik, dann seiner Haltung während der Migrationskrise und jetzt durch den Umgang mit der Pandemie. Früher oder später wird es immer klar, dass er sich auf dem richtigen Weg befindet.

In ihm hat die kultivierte, demokratische westliche Welt den gemeinsamen Feind, den sie suchte, gefunden.

Hierzulande wurde dann die Jobbik-Partei als Volkspartei mit „*ungarischem Herzen, gesundem Menschenverstand und sauberen Händen*" immer mehr beschönigt, immer lieblicher dargestellt. Mit dem Geld von Orbáns Feind, **Lajos Simicska** und der Unterstützung vom **Ágnes Hellers** liberalen Philosophen-Kreis **erwartete man 2014 einen großen Sieg, einen Regierungswechsel unter Führung eben dieser Jobbik-Partei, aber dazu ist es nicht gekommen.** Der niedliche Parteichef ist weg, Herr Simicska hat sein Medienimperium veräussert und er ist von der Bildfläche verschwunden. Bereits am nächsten Tag war in der deutschen Presse zu lesen, dass der Sieg Orbáns die ungarische Pressefreiheit weiter ausgehöhlt hätte und noch mehr große Medien geschlossen worden seien. **Niemand interessierte, dass der Eigentümer sich selbst enttäuscht aus dem Medienmarkt zurückzog** und die Zeitungen Magyar Nemzet und Heti Válasz, sowie Hír TV

und Lánchíd Rádió ihrem Schicksal überließ, wir erinnern uns vielleicht noch daran. Wir kennen auch die darauf folgenden internen Auseinandersetzungen und die Spaltung der Jobbik-Partei.

Es wäre sinnvoll, sich an diese Dinge zu erinnern, denn in letzter Zeit ist **Kolomán Brenner, der Jobbik-Stratege und parlamentarische Vize-Vorsitzende, immer häufiger Gast in der deutschen Presse, wo er die Menschen für Jobbik begeistern möchte.** Er hat es einfach, denn Brenner ist im Zivilleben Germanist, habilitierter Privatdozent an der Eötvös-Universität, wo er den Ruf eines strengen Lehrers besaß. Er hat kein Problem damit, Kontakte zu knüpfen oder mit deutschen Journalisten und Politikern in ihrer Muttersprache zu kommunizieren. Er kann auch Programme schreiben, wie zum Beispiel das neueste Jobbik-Programm. Mutatis mutandis stimmte die ursprünglich EU-feindliche Partei bereits 2009 für ein Europa der Nationen. Später ging sie noch weiter und sucht nun nach gemeinsamen Interessen, einer gemeinsamen europäischen Strategie für die globalen Herausforderungen und die Möglichkeit der Zusammenarbeit.

In Ungarn hat Jobbik mit allen linken Parteien zusammen ein gemeinsames Ziel: Viktor Orbán um jeden Preis zu besiegen. Die Antwort auf die Herausforderung in Ungarn ist die gemeinsame Strategie und Zusammenarbeit mit allen.

Früher einmal war die Jobbik enttäuscht über "*den rapiden Verfall der Parteien, ihr ideologisches Taumeln, ihre Gesinnungslumperei, ihre Korruption, ihre Aushöhlung und die Tatsache, dass das politische Establishment in Fragen der nationalen Strategie regelmäßig gemeinsam gegen das ungarische Interesse stimmte*". Nun haben auch sie sich um einer einheitlichen Strategie willen für die ideologische Kehrtwende entschieden und sich mit den kommunistischen Nachfolgeparteien, den mit ihnen verbündeten extremistischen Liberalen und all jenen zusammengetan, die gerade sie zuvor selbst von der Macht entfernen wollten.

Hier zu Hause kratzen wir uns am Kopf über die makabren Augenblicke der oppositionellen Einigkeit, wenn **zum Beispiel der Jobbik-Parteichef Jakab den Sozialistischen, der Gyurcsány Partei DK, den grünen LMP Politikern seine Unterstützung zusichert, während er Jobbik-Kandidaten zurückzieht.** „Vorwärts Ági (MSZP), Márta (LMP), Laci (DK)" usw.! – schreit er auf seine ungehobelte Art den Jubel der ungarischen Heiduken und Fußballfans, vorwärts zum Sieg!

Fragt er sich nicht, ob die Wähler mit rechter Identität damit überhaupt einverstanden seien?

Denn **sie haben diese Partei einmal wegen ihrer eher rechtsnationalen Gesinnung gewählt, nicht um Ági, Márta, Laci Varjú und den Rest der Pseudodemokraten an die Macht zu hieven.** Jakab glaubt, dass zwei Minuten Orwellscher Hass pro Tag ausreichen würden, um seine Wählerbasis gegen die diebischen Reichen und das Orbán-Regime aufzuwiegeln, so, dass diese Hasssucht das Kreuz auf dem Stimmzettel magnetisch anziehen wird.

Während Jakab zu Hause die für ihn vorgesehene, eher schäbige Rolle in der Regenbogen-Koalition spielt, versucht sein europakompatibler Parteikollege Kolomán Brenner die Westen weiß zu waschen und den Westen von der Notwendigkeit der oppositionellen Einheit zu überzeugen.

"Wir haben das kommunistische Einparteiensystem nicht besiegt, um in die Fänge eines korrupten, autokratischen Regimes zu geraten. Ungarns Wahlsystem macht es den Oppositionsparteien unmöglich, die Fidesz von der Macht zu entfernen", sagt er, und das gefällt dort vor Ort allen. Und sie sind sehr schnell dabei, Brenner zu glauben, dass die

heutige Jobbik nicht mehr die radikale, antisemitische, rassistische Partei ist, die sie einmal war, und jetzt die einzige Volkspartei Ungarns sei. Und er macht uns glauben, dass die Sechs-Parteien-Opposition – wie der oppositionelle runde Tisch zur Zeit der Wende 1989 – durch die innenpolitische Situation notwendig geworden sei.

Gibt es denn in der demokratischen Welt keinen moralischen Zweifel, ob ein Bündnis mit Jobbik von links überhaupt akzeptabel sei? (Zum besseren Verständnis: als ob in Deutschland die Grünen, die FDP, Die Linke und die SPD eine Wahlkoalition mit der AfD bilden würden, um die CDU-CSU Regierung gemeinsam aus der Macht zu entfernen.)

Wo ist links, wo ist rechts? Es gibt keine Richtung mehr, sang der Liedermacher Tamás Cseh zu Beginn der Wendezeit. In der Tat gibt es hier keine Richtung mehr, es gibt ein strategisches Ziel, die Niederlage von Viktor Orbán und die Machtergreifung um jeden Preis. **Und dazu sind alle Mittel erlaubt, der Wählerwille kann ignoriert, die Regeln können außer Kraft gesetzt und die Wähler können getäuscht werden.** Aber nur dann, wenn die Wähler es zulassen.

Die Autorin Dr. phil. Iren Rab ist Kulturhistorikerin.

Ungarnreal Dieser Beitrag erschien zuerst bei MAGYAR HÍRLAP und in deutscher Übersetzung (von Dr. dent.med. Andrea Marti) bei UNGARNREAL, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

38) Gergely Karácsony, der Mann, der Orbán entthronen möchte

Von Marcell Dengi

22. 05. 2021

Gergely Karácsony · *Foto: Centro Machiavelli*

Gergely Karácsony, Bürgermeister von Budapest, hat angekündigt, dass er bei den kommenden ungarischen Parlamentswahlen für das Amt des Ministerpräsidenten kandidieren möchte. Obwohl er bei den Wahlen 2018 nur 11% der Stimmen bekam und die Parteien, die ihn derzeit unterstützen, gerade einmal 5% zusammenkratzen konnten, sind seine Chancen nach jüngsten Untersuchungen gar nicht so gering. Schauen wir mal, warum.

Nach den letzten Wahlen haben sich die Oppositionsparteien zusammengeschlossen und eine neue politische Gruppierung gebildet, die als eine einzige Partei auf dem Stimmzettel erscheinen wird. Einzeln betrachtet sind sie in der Tat zu schwach, um sich Orbán entgegenzustellen. Aber solche unterschiedlichen Realitäten zusammenzuhalten ist nicht immer einfach. Viele Stimmen behaupten, dass die Koalition weniger stark ist, als sie scheint. Im Moment gibt es fünf Kandidaten für den Ministerpräsidenten: Klára Dobrev (Demokratische Koalition), Péter Márki-Zay (Unabhängiger), András Fekete-Győr (Momentum), Péter Jakab (Jobbik) und natürlich Gergely Karácsony, der von LMP, MSZP und Párbeszéd unterstützt wird. Einer von ihnen – derjenige, der in den Vorwahlen gewinnt – wird also der offizielle Kandidat der Oppositionskoalition gegen Fidesz sein. Laut den Umfragen ist Péter Jakab der Beliebteste, aber derjenige mit den besten Chancen, Orbán zu besiegen, ist Karácsony. Aber wer ist er und warum wäre er der geeignete Herausforderer?

Gergely Karácsony wurde in Ostungarn geboren und wuchs in einem kleinen Dorf auf. Sein Vater starb, als er erst sechs Jahre alt war, und seine Mutter musste ihn zusammen mit seinen Brüdern im Dorf Nyírtass aufziehen. Nach der Mittelschule besuchte er die Universität in Budapest, wo er 1997 seinen Abschluss machte. 2004 war er Dozent an der Corvinus Universität und dort nach 2008 als Forscher tätig. Sein aktives politisches Leben begann im Sommer 2009 bei der LMP, eine Partei, die er 2013 verließ, um der neu gegründeten Együtt-Partei beizutreten und Parteiobmann von Zugló, einem Bezirk der Hauptstadt, zu werden. Im Jahr 2018 war er der Kandidat für das Amt des Ministerpräsidenten, der auch von der sozialistischen MSZP-Partei unterstützt wurde. Er erhielt 11,91 % der Stimmen und lag damit auf Platz drei hinter Orbán und Gábor Vona (Jobbik).

Sein größter politischer Erfolg war jedoch 2019 die Wahl zum Bürgermeister von Budapest, bei der er mit über 50% der Stimmen den Fidesz-Kandidaten besiegte, der bei 44,1% stehen blieb. Dies war ein großer Sieg für die Opposition und ein böses Erwachen für die Regierungspartei, die feststellen musste, dass sie sich sorgfältig auf die Parlamentswahlen 2022 vorbereiten muss. Deshalb gilt Karácsony als Orbáns härtester Herausforderer. Lange Zeit versteckte er sich, leugnete öffentlich jegliche Ambitionen, aber schließlich, am 15. Mai, erklärte er seine Kandidatur. Diese hat die öffentliche Meinung auf beiden Seiten, der Opposition und der Rechten, erschüttert, denn es scheint, dass der stärkste Spieler das Feld betreten hat.

Ausgehend von der aktuellen Situation kann man sagen, dass die Unterstützung für Karácsony vor allem aus den großen Städten kommen wird, wobei die Hauptstadt die Nase vorn hat, während in den kleineren Zentren der Fidesz die Nase vorn hat. Wie ich in einem früheren Artikel erklärt habe, hat die Koalition der Opposition nur dann Hoffnung auf einen Sieg, wenn diese fest zusammenhält.

Karácsony hat nicht nur seine persönliche Kandidatur angekündigt, sondern auch den Start einer neuen Bewegung namens „99“. Sie will parallel zu den Oppositionsparteien agieren und ist nach jenen 99% des ungarischen Volkes benannt, deren Geld von den reichsten 1% „gestohlen“ worden sein soll und das sie zurückgeben möchte. Das genaue Programm ist noch nicht veröffentlicht, aber es soll, in Karácsonys Worten, ein Werk der Wiederherstellung der Demokratie, der „Entthronung“ beginnen. Die Botschaft ist die eines totalen politischen Wandels für Ungarn.

Das Bild von Karácsony ist jedoch nicht so eindeutig und makellos. In Ungarn gibt es viele Kontroversen um ihn. Die erste ist die Tatsache, dass er keine Fremdsprachen spricht, obwohl er als Universitätsprofessor gearbeitet hat und über Publikationen in der ihm unbekannten Sprache Englisch verfügt. Für die Stelle an der Universität wird eine Sprachprüfung erwähnt, die er nie abgelegt hat: in Wirklichkeit ist es nur ein einfaches Papier, das vom Rektor ausgestellt wird. Derselbe Rektor, der erklärt hat, dass „Ihr Fremdsprachenniveau ziemlich unbefriedigend ist“. Interessant, wenn man bedenkt, dass man in Ungarn eine Sprachprüfung abgelegt haben muss, um einen Doktortitel zu bekommen. Ein Doktorat, von dem er ausgeschlossen wurde, obwohl er zwei zusätzliche Jahre dafür bekam. Aber in der Zwischenzeit hatte er begonnen, als Berater für die Regierung zu arbeiten.

Eine weitere Kontroverse betrifft das Geld, das seine Firma zwischen 2006 und 2008 von der sozialdemokratischen Regierung von Ferenc Gyurcsány erhalten hat: 20 Millionen Forint, umgerechnet 60.000 Euro. Und viele halten ihn für ein bloßes Werkzeug des ehemaligen Premierministers. Karácsony arbeitet seit 2004 mit Gyurcsány, seinem Mentor, zusammen. Als Karácsony Direktor des Forschungsinstituts „Medián“ war, erhielt dieses 700 Millionen Forint, also 2,2 Millionen Euro, von der Regierung.

Kurz gesagt: Der Politiker, der verspricht, das Geld der reichsten 1% zu nehmen, ist derselbe, der in der Vergangenheit viel Geld von der befreundeten Regierung genommen hat. Er vergaß, dieses Detail in den Lebenslauf zu schreiben, mit dem er für das Amt des Ministerpräsidenten kandidierte.

Marcell Dengi

MCC Visiting Fellow am Centro Studi Machiavelli. Student der Internationalen Wirtschaft an der Budapester Universität für Technologie und Wirtschaft und der School of Economics am Mathias Corvinus Collegium.

Dieser Beitrag erschien zuerst bei CENTRO MACHIAVELLI, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

39) Ungarn: positive Aussichten für die wirtschaftliche Erholung

Von Marcell Dengi

21. 05. 2021

Foto: Centro Machiavelli

Das gerade abgelaufene Jahr hat, völlig von Covid geprägt, nicht nur eine gesundheitliche, sondern auch eine wirtschaftliche Krise verursacht. Auch das stetige Wachstum der ungarischen Wirtschaft – 4,3 % im Jahr 2017, 5,4 % im Jahr 2018, 4,6 % im Jahr 2019 – kam zum Stillstand, ebenso wie in vielen anderen EU-Staaten und darüber hinaus. Viele Analysten glauben, dass Trump die Wahl wegen der weit verbreiteten Arbeitslosigkeit, die

durch die Pandemie verursacht wurde, verloren hat. In Europa wurde inzwischen der 750-Milliarden-Fonds „New Generation Fund“ aufgelegt, um die Wirtschaft der Mitgliedsstaaten zu sanieren.

Der April war der Monat der Finanzanalyse, da eine Reihe von britischen Analyseunternehmen ihre jeweiligen Berichte mit Vorhersagen über die Zukunft veröffentlicht haben. Diese Analysen zeigen eine glänzende Zukunft für Ungarn. Eine der führenden Londoner Firmen, Capital Economics, behauptet, dass sich die ungarische Wirtschaft in der Region am schnellsten erholen wird. Zwar war Ungarn im ersten Quartal finanziell eher schwach, aber immer noch weit vor dem mittel- und osteuropäischen Kontext in der Impfkampagne, weshalb seine wirtschaftliche Erholung früher als in anderen Ländern einsetzen wird. Der Rückgang im ersten Quartal war auf die Industrieproduktion und den Einzelhandelskonsum zurückzuführen, aber es wird mit einer Erholung im zweiten Quartal gerechnet, auch dank der staatlichen Unterstützung.

Zoltán Török, Analyst bei der Raiffeisenbank, erklärte im Interview mit „Pénzcentrum.hu“, dass Ungarn dank der Impfkampagne im zweiten Quartal von einer vollen Wiedereröffnung profitieren wird. Im nächsten Jahr wird das Wirtschaftswachstum dank der Erholung des Tourismus und der europäischen Fonds intensiver sein. Laut Török hat Budapest weder von den Rating-Agenturen noch von der EU etwas zu befürchten, da es sich um eine „völlig akzeptable Wirtschaftspolitik“ handelt.

Die Inflationsrate steigt, ist aber kein Grund zur Sorge, da sie in den kommenden Jahren durch eine wachstumsorientierte Geldpolitik und eine defizitäre Finanzpolitik unterstützt wird. Nach der Verlangsamung im ersten Quartal erwarten die Analysten der Takarékbank im zweiten Quartal einen deutlichen Anstieg im Industriesegment mit einem geschätzten Einfluss auf das BIP von 8–9%. Der Basiseffekt wird laut Gergely Suppan dazu führen, dass die Industrieproduktion um bis zu 60–70% steigt. Suppan glaubt, dass die Arbeitslosenquote, teilweise saisonal bedingt, über 4,5 % bleiben wird, aber in der zweiten Jahreshälfte ist es plausibel, dass sie sinken wird. Im Durchschnitt des letzten Jahres lag die Arbeitslosigkeit bei 4,1 % und soll bis 2021 auf 3,9 % sinken.

Capital Economics versuchte sich auch an einer längerfristigen Projektion und prognostizierte, dass die ungarische Wirtschaft bis 2023 um 4,5 % wachsen könnte. Im vergangenen Jahr lag die Defizitquote bei 8,1 %, was angesichts der Pandemie nicht überraschend ist. Die Prognose sieht einen Rückgang auf 5,1 % in diesem Jahr und 4,1 % im Jahr 2022 vor, um dann im Jahr 2023 3,3 % zu erreichen. Budapest hat eine hohe Schuldenquote, die während der Pandemie auf 78% anstieg, aber auch hier ist die Prognose optimistisch: Reduzierung auf 76,5% in diesem Jahr, 75,5% im nächsten Jahr und 74,3% im Jahr 2023. Aus diesen Prognosen und denen von Fitch Ratings können wir schließen, dass die Auswirkungen des Next Generation EU-Fonds ab 2022 spürbar sein werden. Deshalb dürfte das BIP in diesem Jahr moderat (3,2 %) und im nächsten Jahr deutlicher (5,6 %) wachsen.

Marcell Dengi

MCC Visiting Fellow am Centro Studi Machiavelli. Student der Internationalen Wirtschaft an der Budapester Universität für Technologie und Wirtschaft und der School of Economics des Mathias Corvinus Collegiums.

Dieser Beitrag erschien zuerst bei CENTRO MACHIAVELLI, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

40) Slowenien liegt deutlich über dem EU-Durchschnitt

Von Vida Kocjan

29. 05. 2021

Ljubljana · *Foto: Sami C / Wikimedia CC 2.0*

Die wirtschaftlichen Aussichten sind sehr ermutigend und wir können optimistisch in die Zukunft blicken. Das ist die Grundaussage von Daten internationaler Institutionen, die auf Basis makroökonomischer Indikatoren ein überdurchschnittliches Wachstum von Bruttoinlandsprodukt (BIP), Investitionen und Beschäftigung für Slowenien prognostizieren. Slowenien liegt bei allen Indikatoren deutlich über dem Durchschnitt der EU-Mitgliedstaaten und der Länder der Eurozone.

Die aktuelle Situation und die Aussichten sind der beste Indikator für den Erfolg der Maßnahmen der slowenischen Regierung zur Unterstützung der Wirtschaft und der Bevölkerung während der COVID-19-Epidemie.

Es ist sehr ermutigend, dass die exportorientierten Aktivitäten in Slowenien weiter wachsen und dass der exportorientierte Teil der Wirtschaft positive Trends aufweist. Die Exporteure haben bereits Ende letzten Jahres das Vorkrisenniveau erreicht, und auch in diesem Jahr steigen die Exporte weiter an. Dies hängt auch mit der Entwicklung des Arbeitsmarktes zusammen. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt ist zwar immer noch angespannt, verbessert sich aber allmählich. Während der schlimmsten Krise aller Zeiten ging in Slowenien nur ein guter Prozentsatz der Arbeitsplätze verloren, und nach Erhebungen des Arbeitsamtes plant die Wirtschaft in der zweiten Hälfte dieses Jahres rund 29 000 Arbeitsplätze, davon 14 000 neue. Das bedeutet, dass wir auch im Bereich der Arbeitsplätze die verlorenen Stellen bis zum Ende des Jahres wieder aufholen werden.

Die Investitionen werden durch die europäische Förderung noch weiter steigen.

All dies wird sich in einem höheren Wirtschaftswachstum und einem höheren BIP niederschlagen, so dass das derzeitige Defizit in der konsolidierten Bilanz der öffentlichen Finanzen kein Grund zur Sorge ist. Sie wurde durch den Rückgang der wirtschaftlichen Aktivität und die Maßnahmen zur Abfederung der Auswirkungen während der Epidemie verursacht.

Die Maßnahmen haben sich als richtig, schnell und vor allem zeitnah erwiesen. Es ist also nicht zu befürchten, dass wir aus dieser Krise nicht efolgreich hervorgehen werden, insbesondere dank der Regierung von Janez Janša und einem wichtigen Teil der Wirtschaft.

Vida Kocjan ist Journalistin bei Demokracija.

Dieser Beitrag erschien zuerst bei DEMOKRACIJA, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Politik in Deutschland und in nahen Staaten

01) Tim Leibert: Alterung und Stillstand auf dem Arbeitsmarkt, in: Nationalatlas Aktuell, Institut für Länderkunde, Leipzig

Newsletter 6/2021 **26. Mai 2021**

Guten Tag ,

mit unserem Newsletter erhalten Sie mehrmals im Jahr einen aktuellen Überblick über die Publikationen, die im Selbstverlag des Leibniz-Instituts für Länderkunde erschienen sind bzw. die wir mit herausgeben. Veröffentlichungen unserer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in anderen Verlagen finden Sie auf unserer Website.

Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre.

Ihr IfL

Nationalatlas aktuell (online)

LEIBERT, TIM
Alterung und Stillstand auf dem Arbeitsmarkt
In: Nationalatlas aktuell 15 (05.2021) 2 [12.05.2021].
Leipzig: Leibniz-Institut für Länderkunde (IfL)
URL: http://aktuell.nationalatlas.de/arbeitsmarkt-2_05_2021-0-html/

Durch die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie ist die Zahl der Erwerbstätigen mit Wohnort im Inland zum ersten Mal seit 2006 gesunken. Gleichzeitig hat sich der Rückgang der Zahl der Selbstständigen weiter verstärkt. Wie das Statistische Bundesamt indes betont, wäre der Aufwärtstrend auf dem Arbeitsmarkt aus demografischen Gründen auch ohne die Pandemie in den nächsten Jahren zum Stillstand gekommen. Deutschlandkarten des IfL machen deutlich, welche Entwicklungen dieser Einschätzung zu Grunde liegen ... weiterlesen

Nationalatlas aktuell

Auf aktuell.nationalatlas.de veröffentlichen wir regelmäßig Beiträge zu relevanten Deutschland- und Europathemen – mit hochwertigen Karten, anschaulichen Grafiken, zuverlässigem Datenmaterial und fundierten Analysen von Fachleuten aus der Geografie und benachbarten Disziplinen. Im Mittelpunkt stehen die regionale Differenzierung sozialräumlicher Entwicklungen und die unterschiedlichen Lebensbedingungen in Deutschland und Europa. Alle online verfügbaren Karten und Diagramme stellen wir auf Wunsch in Druckqualität zur Verfügung.
http://aktuell.nationalatlas.de

Berichte. Geographie und Landeskunde, Band 94, 2021, Heft 2

Das Themenheft „Stadt½Tourismus kritisch hinterfragt" enthält ein Editorial und vier Beiträge:

Editorial

ARMAS-DÍAZ, ALEJANDRO / SMIGIEL, CHRISTIAN / JANOSCHKA MICHAEL

Stadt½Tourismus kritisch hinterfragt – Zur Einführung in ein aufstrebendes humangeographisches Forschungsfeld

Beiträge

KAUTZSCHMANN, KAROLIN / HOF, ANGELA

Die lokale, politische Ökonomie von Kurzzeitvermietungen in Salzburg – Ausdruck einer unternehmerischen Stadt?

Zusammenfassung

HOF, DENNIS

Vom Eigentum zur Miete. Eine Fallstudie zur Neuausrichtung von Enteignungs- und Verdrängungsdynamiken im touristischen Agglomerationsraum Los Cristianos / Las Américas (Teneriffa)

Zusammenfassung

ARMAS-DÍAZ, ALEJANDRO / ÖSTREICHER, MARLIES /

DENZER, VERA

Das Airbnb-Regime: Das Ende nicht-professioneller Kurzzeitvermietungen? Eine Fallstudie aus dem Leipziger Westen

Zusammenfassung

NAMBERGER, PHILIPP

Kurzzeitvermietungen in der Stadt München: Auswirkungen auf die Bewohner/-innen im eigenen Haus

Zusammenfassung

Berichte. Geographie und Landeskunde

Die Zeitschrift *Berichte. Geographie und Landeskunde* informiert mit vier Heften jährlich über gegenwärtige Diskurse zur geografischen Fachtheorie und über neuere, meist auf Deutschland und Mitteleuropa bezogene Forschungen aus den verschiedensten Gebieten der Geografie.

Weitere Informationen

Sie erhalten diesen kostenlosen Newsletter, weil Sie sich über die Internetseite https://leibniz-ifl.de dafür angemeldet haben. Wenn Sie diesen Newsletter nicht mehr erhalten möchten, klicken Sie bitte hier.

Herausgeber dieses Newsletters
Leibniz-Institut für Länderkunde e.V.
Schongauerstraße 9, 04328 Leipzig
Tel.: +49 341 600 55-0 / info(at)leibniz-ifl.de

Eingetragen im Vereinsregister des Amtsgerichts Leipzig, Nr. 1238
Vorstand: Prof. Dr. Sebastian Lentz
Umsatzsteuer-ID: Nr. DE 811 549 191

Verantwortlich für den Inhalt
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Dr. Peter Wittmann
Tel.: +49 341 600 55-174 / presse(at)leibniz-ifl.de

Datenschutz
Umfassende Informationen über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten finden Sie in unserer Datenschutzerklärung.

SACHSEN

Das Leibniz-Institut für Länderkunde wird mitfinanziert durch Steuermittel auf der Grundlage des vom Sächsischen Landtag beschlossenen Haushaltes.

02) Biden-Administration hebt Sanktionen gegen Nord Stream 2-Pipeline auf – ein wichtiger Sieg für Putin

23. 05. 2021

Joe Biden · *Bildquelle: rmx.news*

Präsident Joe Biden verzichtet auf die Anwendung von Sanktionen gegen das für den Bau von Nord Stream 2 verantwortliche russisch-deutsche Hauptunternehmen

Die letzte Bauphase der Nordstream 2-Pipeline scheint nun praktisch nicht mehr aufzuhalten zu sein, nachdem Präsident Joe Biden kapituliert und die Androhung von Sanktionen gegen das russisch-deutsche Projekt fallen gelassen hat.

Der US-amerikanische Nachrichtendienst Axios hat berichtet, dass Biden beschlossen habe, die Sanktionen gegen die Firma Nord Stream 2 AG und ihren Direktor Matthias Waring auszusetzen. Das Nachrichtenportal erhielt Informationen über Bidens Entscheidung von zwei unabhängigen Quellen, die dem Weißen Haus nahe stehen.

Bidens Entscheidung soll in den Bericht zu dem Thema aufgenommen werden, den der Präsident alle 90 Tage dem US-Kongress vorlegt. Jede Version des Berichts enthält eine Liste von Unternehmen und Personen, gegen die derzeit Sanktionen verhängt sind. In dem Bericht soll festgehalten werden, dass zwar russische Schiffe, die für die Verlegung der Pipeline verantwortlich sind, weiterhin von Sanktionen betroffen sein werden, das russisch-deutsche Hauptunternehmen, das den gesamten Bau durchführt, jedoch sanktionsfrei sein wird.

Der Bericht soll auch die Aussage enthalten, dass die Entscheidung des Weißen Hauses „innerhalb der nationalen Interessen der USA“ liegt. Axios interpretiert dies als indirekten

Hinweis darauf, dass die USA befürchten, die Regierung von Angela Merkel im Zusammenhang mit der Pipeline zu verärgern.

Wenn die Informanten von „Axios“ richtig liegen, dann scheint dies ein sehr undurchdachter Versuch Amerikas zu sein, das Gesicht zu wahren und gleichzeitig eine Einigung mit Berlin zu erzielen, sich nicht in die Fertigstellung der Pipeline einzumischen.

Laut Axios bat die Zeitung den Sprecher des US-Außenministeriums um einen Kommentar zu dem Bericht, der jedoch abgelehnt wurde. Der Sprecher versicherte jedoch, dass die Position der USA in Bezug auf Nord Stream 2 unverändert bleibe.

„Die Biden-Administration hat deutlich gemacht, dass die Nord Stream 2-Pipeline ein russisches geopolitisches Projekt ist, das die europäische Energiesicherheit sowie die der Ukraine und der NATO-Verbündeten und -Partner an der Ostflanke bedroht“, sagte der Sprecher.

Wenn die Quellen von Axios richtig sind, dann scheint dies ein Versuch der USA zu sein, das Gesicht zu wahren und gleichzeitig eine Einigung mit Berlin zu erzielen, sich nicht in die Fertigstellung der Pipeline einzumischen.

Washington wird daher höchstwahrscheinlich seine kritische Rhetorik gegenüber dem gesamten Projekt beibehalten und US-Diplomaten werden diese Kritik vielleicht sogar noch weiter vorantreiben. Im Namen des „nationalen Interesses“ wird Biden jedoch vorrangig eine enge Beziehung zu Berlin aufrechterhalten, was bedeutet, dass er sich von Donald Trumps früheren Entscheidungen zurückziehen wird, die die Fertigstellung der Pipeline in realistischer Weise behinderten.

Die Aufrechterhaltung der Sanktionen gegen die Firma Nord Stream 2 AG hätte bedeutet, dass jedes ausländische Rechtssubjekt, das mit ihr kooperiert, strafrechtliche Konsequenzen nach amerikanischem Recht riskiert hätte. Die Entscheidung, die Sanktionen auszusetzen, befreit die Partner der Nord Stream 2 AG effektiv von einer Drohung, die den Bau der Pipeline effektiv hätte stoppen können.

Zudem ist der Direktor des Unternehmens, Matthias Waring, ein alter Freund von Wladimir Putin aus DDR-Zeiten. Er war früher ein STASI-Offizier mit dem Codenamen „Arthur“, mit dem Putin westdeutsche Bürger für die Zusammenarbeit mit dem sowjetischen KGB rekrutierte.

Offiziell hat Waring eine solche Zusammenarbeit mit Putin während seiner DDR-Aktivitäten bestritten.

Unabhängig davon gibt es Spekulationen, dass die Befreiung von Waring von amerikanischen Sanktionen eine günstige Geste gegenüber Russlands Präsident sein könnte.

Quelle: WPolityce.pl (Autor: Jan Rokita)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Eine Lücke, die nicht geschlossen wird: Die Einwanderung ins Sozialsystem über Scheinvaterschaften

Sehr geehrte Damen und Herren,
es ist zu hoffen und auch zu erwarten, dass der bundesdeutsche Wähler wach wird und den beteiligten Parteien die rote Karte zeigt.
Ihnen einen schönen Pfingstmontag

Karin Zimmermann
Am Hang 19
53819 Neunkirchen-Seelscheid
E-Mail: info@AVIADOC.de

FAZ vom 07.05.2021

Eine Lücke, die nicht geschlossen wird

Die Einwanderung ins Sozialsystem über Scheinvaterschaften

Von Reinhard Bingener, Hannover

Die Behörden wissen genau, was geschieht. Aber weil Ihnen rechtlich die Hände gebunden sind, müssen sie mit ansehen, wie mit der Anerkennung angeblicher Vaterschaften Missbrauch betrieben wird. Beispiele dafür gibt es aus dem gesamten Bundesgebiet. In Bremen geht es um einige hundert Personen aus Ghana und Nigeria. In Berlin ist die Methode unter Vietnamesen verbreite. Aus Nordrhein-Westfalen wird über Familienverbände aus Balkanstaaten berichtet, deren Asylantrag zuvor wiederholt abgelehnt wurde. Doch wenn dann plötzlich ein deutscher Vater für ein Baby präsentiert wird erhält dieses „Ankerkind“ die deutsche Staatsangehörigkeit- und die Familie muss nicht in ihr Heimatland zurückkehren, sondern erhält in Deutschland Aufenthaltsrecht und Sozialleistungen.

Denn zum System der Scheinvaterschaften gehört es, dass der anerkennende Vater selbst ebenfalls von staatlichen Transferleistungen lebt und sein angebliches Kind vermutlich nie unterhalten wird. Das Geld fließt stattdessen in die entgegengesetzte Richtung. Die Behörden nehmen an, dass die Männer für die Anerkennung der unehelichen Vaterschaft **mehrere tausend Euro in bar erhalten**. Die Zeugungskraft mancher dieser Männer ist zumindest auf dem Papier groß. Im Jobcenter Mönchen-Gladbach kennt man einen Mann, der **14 Vaterschaften** anerkannt hat und einen, bei dem es **sogar 15** sind.

Der FAZ liegt ein Schreiben der Bezirksregierung Arnsberg von 2019 vor, in dem die Behörde auf Schlepperbanden im Hintergrund hinweist und vor volkswirtschaftlichen

Schäden in beträchtlicher Höhe warnt, da eine Vielzahl von Personen über Jahre in den Genuss von Sozialleistungen komme.

Auch der ehemalige Bundesverwaltungsrichter Harald Dörig der viele Jahre letztinstanzlich auf das Ausländerrecht zuständig war, spricht von einer offenkundigen Lücke im Gesetz. Ausgangspunkt sei das modernisierte Kindschaftsrecht von 1997 gewesen, erklärt Dörig. Die damali-

Die Behörden wissen, was geschieht, können aber nichts tun, weil Berlin das Problem nicht angeht

ge Reform stellte neben die leibliche Vaterschaft das Konzept einer sozialen Vaterschaft und gestaltete deren Anerkennung „bewusst voraussetzungsarm“. Die Möglichkelt zum Missbrauch war damit geschaffen und wurde auch bald genutzt. Die Bundesregierung reagierte, indem sie bei missbräuchlicher Anerkennung von Vaterschaften ein behördliches Anfechtungsrecht einführte. Diese Regelung wurde jedoch 2013 durch das Bundesverlassungsrecht für nichtig erklärt. Seither sind die Behörden weitgehend machtlos, sobald eine Vaterschaft erst einmal anerkannt worden ist. Der Gesetzgeber reagierte auch darauf und etablierte 2017 eine präventive Missbrauchskontrolle.

In der Praxis zeigte sich jedoch rasch, dass diese Regelung leicht umgangen werden kann. Nach derzeitiger Gesetzeslage darf man nämlich frei auswählen, bei welchem Jugendamt, Standesamt, Amtsgericht, deutschen Konsulat oder Notar man die Vaterschaftsanerkennung beurkunden lässt. Weitaus am häufigsten geschieht die Anerkennung durch Notare. Diese sind laut Gesetz zwar ebenfalls zu einer genauen Prüfung verpflichtet. In dem internen Dokument aus Arnsberg heißt es jedoch, dass nur wenige Fälle bekannt sind, in denen Notare Verdachtsfälle an die Ausländerbehörden gemeldet hätten. Stattdessen wisse man von Notaren, die an vielen mutmaßlich missbräuchlichen Vaterschaftserklärungen beteiligt sind.

Der F.A.Z. liegt ein Schreiben der Berliner Ausländerbehörde an die dortige Notarkammer vor, in dem konkrete Beispiele genannt werden. Demnach hat ein einziger Notar allein 2017 mehr als 200 Vaterschaftsanerkennungen beurkundet. Das Gesetz laufe dadurch „praktisch leer“, warnt die Behörde und mahnt die Notare: Solche Vorgänge könnten „das Bild des Notars des Notars bis Träger eines öffentlichen, vom Staat verliehenen Amtes“ beschädigen. Die Bundesnotarkammer spricht auf Anfrage der F.A.Z. von „Einzelfällen“. Es lägen keine Anhaltspunkte für eine lasche Handhabung vor, und es gebe auch keinen Grund, auf den Berufsstand einzuwirken. Harald Dörig widerspricht. Der frühere Bundesrichter hat so wie viele Behörden, den Verdacht, dass bei den beteiligten Notaren auch finanzielle Interessen eine Rolle spielen.

Gescheitert sind bisher alle Versuche, die offenkundige Lücke im deutschen Recht zu schließen, Das Land Nordrhein-Westfalen hatte im Sommer einen Gesetzesantrag im Bundesrat präsentiert. Die schwarz-gelbe Landesregierung zog ihren Vorschlag allerdings im November wieder zurück, da sich keine ausreichende Zustimmung anderer Länder abzeichnete. Auf der Bundesebene gibt es schon seit Jahren Zank über die

Scheinvaterschaften zwischen dem **unionsgeführten Innenministerium und dem SPD-geführten Justizministerium.** Die geltende, in der Praxis untaugliche Rechtslage von 2017 war bereits das Ergebnis eines Kompromisses **zwischen SPD und CDU**. Das **(CDU-)** Innenressort unterbreitete seither mehrere Änderungsvorschläge. Leider sind bisher alle Versuche an dem Unwillen des **(SPD-)** Bundesjustizministeriums gescheitert“, klagt der innenpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Mathias Middelberg. Gegenwärtig gibt es in der Sache keine weiteren Gespräche, heißt es von beiden Seiten. Es wird auch nicht mehr erwartet, dass es noch in dieser Legislaturperiode eine Lösung gibt, obwohl auf der Unionsseite von einer „beachtlichen Häufung“ von Scheinvaterschaften „mit ansteigender Tendenz“ die Rede ist.

Der frühere Bundesrichter Dörig erklärt sich die Abwehr des **(SPD-)** Justizministeriums mit einer Sorge um den Bestand des reformierten Familienrechts. Dörig hat deshalb einen Vorschlag erarbeitet, wie man den Missbrauch verhindern könnte, ohne die Reform des Familienrechts anzutasten. Man müsste lediglich vorschreiben, dass die Anerkennung einer Vaterschalt vorab der Ausländerbehörde zur Zustimmung vorgelegt werden muss, wenn ein Elternteil nicht die deutsche Staatsbürgerschaft besitzt.

(Hervorhebungen durch Karin Zimmermann)

04) War Baerbock Lobbyistin? 50 Millionen Euro Subventionen für »StreetScooter«

Von Redaktion (cmm)

22. 05. 2021

Olaf Kosinsky/ wikimedia commons/ CC BY-SA 3.0)

Hat Baerbock Lobbyarbeit für Deutsche Post und ihren Mann betrieben?

Die Fragen bezüglich der Grünen-Spitzenkandidatin Annalena Baerbock häufen sich. Wie *Freie Welt* enthüllt sitzt sie im Öko-Verband, dem auch ein Öko-Unternehmen der Deutschen Post angehört, für die ihr Mann arbeitet – und die Millionen-Subventionen kassiert hat.

Annalena Baerbock war laut ihrer offiziellen Biografie 2013–2017 „Klimapolitische Sprecherin“ der Grünen. Aktuell ist sie u.a. Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie des Bundestages, und Mitglied des Parlamentarischen Beirates des Bundesverbandes Erneuerbare Energie e.V. (BEE).

Damit gehört sie in leitender Position einem Verband an, der mit dem Arbeitgeber ihres Mannes Daniel Holefleisch, der Deutschen Post DHL Group, verbunden war.

Laut Linkedin war Holefleisch Okt. 2004–Feb. 2017 „Head of Division Corporate Contacts / Fundraising“ für die „Grünen“. Zeitgleich mit dem Antritt der Regierung Merkel 2017 bekam er einen Posten als „Senior Expert Corporate Affairs“ bei der quasi-staatlichen Deutschen Post DHL Group, die zu dieser Zeit eine massive Umstrukturierung in Richtung

„Klimaneutralität“ beschlossen hat – und dabei Millionen an Eigenmitteln und Fördergeldern versenkt hat. Die Deutsche Post DHL Group gehört zu 20,5% der Kreditanstalt für Wiederaufbau, also dem Bund.

Man könne davon auszugehen, dass der Grüne Politlobbyist Holefleisch in den Post-Konzern geholt wurde, um „Klimaprojekte“ voranzutreiben, schreibt die *Rheinische Post*:

„Als langjähriger Mitarbeiter der grünen Parteizentrale konnte Holefleisch beste Kontakte vermitteln. Und seit Montag ist klar, dass dazu eventuell auch das Kanzleramt gehören könnte. Holefleischs Ehefrau Annalena Baerbock ist seitdem Kanzlerkandidatin der Ökopartei.“

Das Vorzeigeprojekt der Post in Sachen Klima war der Kauf des E-Auto-Herstellers „StreetScooter“ 2014, das trotz vieler Millionen Euro an staatlichen Förderungen jedoch zum Debakel geraten ist. Seit 2019 versucht die Post das hochdefizitäre Unternehmen ohne Erfolg zu verkaufen. 2022 soll die Produktion von StreetScooter eingestellt werden. Die Umstellung vom Hersteller auf einen reinen Flottenbetreiber wird laut Deutsche-Post-Chef Frank Appel ca. 300–400 Millionen Euro kosten.

Seit 2012 erhielt StreetScooter mehr als 50 Millionen Euro Subventionen aus Bundesmitteln, wie eine Kleine Anfrage der FDP 2020 ergab. Allein aus Förderprogrammen des Wirtschaftsministeriums sowie der Bundesministerien für Umwelt, Verkehr und Forschung erhielt das Unternehmen rund 35,3 Millionen Euro, so die *WirtschaftsWoche* 2020.

Ein Teil dieser Förderung ging sogar direkt an die Deutsche Post AG, so die Antwort der Bundesregierung an die FDP: Im Rahmen des Förderprogramms ‚Erneuerbar Mobil‘ des Umweltministeriums „wurde die StreetScooter GmbH seit 2012 mit 3,1 Mio. Euro und die Deutsche Post AG mit 19,9 Mio. Euro gefördert.“

Außerdem bezuschusst die Bundesregierung die Verkäufe des StreetScooters mit einem Umweltbonus, durch den sich Käufer einen Teil des Kaufpreises erstatten lassen können. Laut Webseite von StreetScooter handelt es sich hierbei um bis zu 12.000 Euro Förderung pro Fahrzeug.

„Der Bund subventionierte dadurch Käufer des StreetScooters mit insgesamt 20,2 Millionen Euro. Der größte Teil davon dürfte an die Deutsche Post DHL geflossen sein, die das Start-up 2014 übernahm und heute mehr als 11.000 StreetScooter in ihrer eigenen Flotte hat“, so die *WirtschaftsWoche* 2020. Inzwischen sind es mehr 15.000.

Pikant dabei: Die StreetScooter GmbH war Mitglied im »Bundesverband E-Mobilität« (BEM), das dieses immer noch auf ihrer Webseite als Mitglied führt. Laut einer BEM-Sprecherin ist StreetScooter jedoch »nach der Umstrukturierung aus dem Verband ausgetreten«. Ein konkretes Datum für diesen Austritt konnte die Sprecherin »aus datenschutzrechtlichen Gründen« nicht nennen.

Der Bundesverband E-Mobilität ist wiederum Mitglied im Bundesverband Erneuerbare Energie (BEE), dem Annalena Baerbock als Mitglied des Parlamentarischen Beirates angehört. Der BEE bewirbt auf seiner Webseite „die größte Elektroflotte in Deutschland“, der Deutschen Post DHL Group mit dem „selbst entwickelten StreetScooter“.

Laut einem BEE-Sprecher ist die Deutsche Post DHL Group jedoch „weder Mitglied im BEE noch in irgendeiner Form am BEE beteiligt“.

Mit anderen Worten: Annalena Baerbocks Mann Daniel Holefleisch arbeitete 13 Jahre lang als Firmenspendensammler für die Grünen, bevor er – ohne erkennbare Erfahrung im Bereich Transport und Logistik – als Lobbyist zur quasi-staatlichen Deutsche Post AG wechselte, um laut Rheinische Post einen Bereich voranzutreiben, der zumindest im Falle der StreetScooter GmbH trotz massiver staatlicher Subventionierung zur finanziellen Katastrophe geriet. Baerbock ist wiederum Beirat im Lobbyverband, dem bis vor Kurzem die StreetScooter der Deutschen Post angehört hat.

Der AfD-Bundestagskandidat Tim Krause im Wahlkreis Potsdam, in dem Baerbock auch antritt, schrieb an Baerbock und wollte wissen, ob sie als Mitglied des Parlamentarischen Beirates des Bundesverbandes Erneuerbare Energie keinen Interessenskonflikt sehe, wenn ihr Mann im selben Bereich tätig ist, der außerdem von der Bundesregierung massiv bezuschusst werde.

Außerdem wollte Krause wissen, was den Wechsel ihres Mannes von den „Grünen“ zur Deutschen Post DHL Group 2017 veranlasst hatte, welche Qualifikationen er im Bereich Transport und Logistik zur Post mitgebracht hat, und was Baerbock veranlasst hat, 2017 ihren Posten als Sprecherin für Klimapolitik der Grünen-Fraktion abzugeben.

„Wie würden Sie bzw. ihr Mann mit diesem möglichen Interessenskonflikt umgehen, wenn Sie in Zukunft eine Regierungsaufgabe übernehmen würden?“, wollte Krause wissen. Eine Antwort von Annalena Baerbock steht noch aus.

05) Auftrittsverbot für Xavier Naidoo – In Rostock leben alte SED-Traditionen wieder auf

Von Michael van Laack

21. 05. 2021

Bildquelle: PP

Xavier Naidoo stehe nahe bei den Reichsbürgern, unterstütze die QAnon-Bewegung und sei zweifellos ein Rassist. Solche Leute wollen die aufrechten Kommunisten und Sozialisten der Rostocker Bürgerschaft nicht in ihrer Stadt sehen. Nicht einmal, wenn sie nur kurz vorbeischauen, um ein Konzert zu geben. Deshalb hat die Bürgerschaft auf Antrag der SPD, der Linkspartei und der Grünen nun ein für August geplantes Konzert des Sängers verboten.

Auftrittsverbote waren in der DDR ein beliebtes Tool, um System-Kritiker zum Schweigen zu bringen. Und da nach Ansicht viele Grüner und Linker in der DDR nicht alles schlecht war, greift man immer wieder gern mal in die SED-Mottenkiste, in der all das eingelagert ist, das angeblich gut war.

Sollte man Menschen wie Naidoo aus Deutschland ausweisen?

Für den Anfang muss da wohl ein Auftrittsverbot reichen. Einen PoC-Bonus wollte man dem „Rassisten“ Naidoo nicht gewähren. Den kann man sich bekanntlich auch nur verdienen, wenn man über „alte weiße Männer“ lästert und die Unterdrückung der BLM-Community in Deutschland beweint. Auch die Tatsache, dass Naidoo vom Medienestablishment viele Jahre lang als Vorzeige-Farbiger gehypt und mit Preisen wie dem „Bambi“ oder der „Goldenen Kamera“ ausgezeichnet wurde, war für die Mehrheit der Bürgerschaft irrelevant.

Naidoo hat massiv die Corona-Politik der Bundesregierung kritisiert, er hat sich für Trump und gegen Biden ausgesprochen, er ist ein Abtreibungsgegner und verteidigt vehement Grundrechte und Grundgesetz. Das reicht vollkommen für ein Verbot aus, wenn man entsprechende Codewörter wie „Reichsbürger“ und „QAnon“ in die Debatte einführt.

Das bewährte SED-Framing der „Zeit“

Die in linksgrünen Milieus gern gelesene Wochenzeitung brachte den Online-Lesern das Thema heute mit einer für die DDR-Presse typischen Täuschung näher. Die Mehrheit der „Bürgerinnen und Bürger“ wolle Naidoo nicht in der Stadt sehen. Dass es sich nur um die Mehrheit der Bürgerschaft handelt, erfährt nur, wer den Artikel in DIE ZEIT liest.

Aber das ist seitens der Redaktion vermutlich gar nicht erwünscht. Die „Wir sind mehr"-Fraktion will vermitteln: Es handelt sich nicht um eine politische Entscheidung, es ist der Wille der Bevölkerung. Typisches SED-Framing, eben!

Beschluss der Bürgerschaft nicht bindend und rechtlich umstritten

Erfreulicherweise empörte sich auch CDU-Bürgerschaftsmitglied Dr. Heinrich Prophet über diesen Beschluss. Im Osten ticken die Mandatsträger halt doch oft noch anders, als in den von Merkel gleichgeschalteten Landesverbänden im großen Rest der Republik. *„Nur weil einem der politische Tenor einer Künstlerpersönlichkeit nicht gefällt, kann man ihr ja nicht das verfassungsmäßige Grundrecht auf Ausübung der Kunst nach Art. 5 Absatz 3 Grundgesetz absprechen."*

Doch sogar die Stadtverwaltung der Hansestadt hat rechtliche Bedenken. Öffentliche Einrichtungen wie die Stadthalle seien zur Wahrung des Gleichheitsgrundsatzes verpflichtet, heiß es aus dem Rathaus.

Rostocks parteiloser Oberbürgermeister Claus Ruhe Madsen kann binnen der nächsten 14 Tage Widerspruch gegen die Entscheidung einlegen. Und auch der Künstler selbst hat rechtliche Möglichkeiten. Doch für all das gilt:

https://unser-mitteleuropa.com/auftrittsverbot-fuer-xavier-naidoo-in-rostock-leben-alte-sed-

https://www.youtube.com/watch?v=VS4fyxuFZvA&list=PLZlQZ8CP5RKG7Vj1xX3EBcqVJHq07S5Nl

…wird kein leichter sein.

Dieser Weg wird steinig und schwer!

***

Dieser Beitrag erschien zuerst bei PHILOSOPHIA PERENNIS, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Aufruf zur Unterstützung

1) Aufruf der Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin zur Unterstützung*)

Die finanzielle Lage der Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin ist schwierig. Gründe sind durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie gegenwärtig der Ausfall sämtlicher Veranstaltungen, die nicht nur Kosten verursachen, sondern – von Fall zu Fall – auch für die nötigen Einnahmen sorgen können.

Wir sind für unsere Arbeit vom Finanzamt für Körperschaften als gemeinnützig anerkannt. Das heißt einerseits: wir dürfen keine Rücklagen bilden (mit denen wir jetzt wirtschaften könnten, unsere Miet- und anderen Kosten selbst tragen), aber wir dürfen für Ihre großzügige Spende eine Spendenquittung ausstellen.

Wir haben die herzliche Bitte, unsere Arbeit durch eine Geldspende zu unterstützen, damit unsere Tätigkeit weitergehen kann. Wir arbeiten ehrenamtlich.

Sie erhalten am Ende des Jahres eine Spendenbescheinigung, unsere Arbeit ist vom Finanzamt für Körperschaften als gemeinnützig anerkannt!

Unsere Bankverbindung (Zusatz „Spende“ auf der Überweisung nicht vergessen!):

Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin:

Konto bei der Postbank Berlin

IBAN DE26 1001 0010 0001 1991 01 BIC BNKDEFF

**) Unser erfolglosester Aufruf!!!*

02) Paten für Jahrbuch Weichsel-Warthe 2022 gesucht

Jahrbuch-Paten für 2022 gesucht

Auch für das „Jahrbuch Weichsel-Warthe 2022“ werden wieder Jahrbuch-Paten gesucht. Durch diese Patenschaft sollen vor allem die Mehrkosten und der Versand an interessierte Personen und Einrichtungen in unseren Heimatgebieten im Posener Land, in Mittelpolen, Wolhynien und Galizien finanziert werden.

Nähere Einzelheiten zu der Übernahme der Jahrbuch-Patenschaft entnehmen sie bitte unseren entsprechenden Hinweisen in „Weichsel-Warthe“ sowie unserem „Jahrbuch Weichsel-Warthe 2021“, S. 176.

Herausgeber: Landsmannschaft Weichsel-Warthe, Bundesverband e.V., 65185 Wiesbaden, Friedrichstr. 35 III, Tel. 06 11 / 37 97 87, Fax 06 11 / 1 57 49 72, E-Mail: LWW@gmx.de
Bankverbindung der LWW: Spanla-Bank Südwest EG, IBAN: DE86 5509 0500 0000 9587 55, BIC: GENODEF1S01
Schriftleitung: Dr. Martin Sprungala. - Erscheint einmal monatlich. Redaktionsschluß am 1. des Vormonats. - Druckvorbereitung: mana-werbedesign, Kranenhöh
ISSN 0509-9757 - Für unterzeichnete oder signierte Artikel trägt der Verfasser die Verantwortung. - Nachdruck gestattet, sofern 2 Belegexemplare zugesandt werden.
Die Herausgabe dieser Folge wurde durch eine Zuwendung der Stiftung Nordostdeutsches Kulturwerk (NOKW) ermöglicht.

3) BdV: Die „Ewige Flamme“ braucht Ihre Unterstützung

BdV Bund der Vertriebenen

„Ewige Flamme“ braucht Ihre Unterstützung

Die 1955 von Bundespräsident Theodor Heuss enzündete „Ewige Flamme“ braucht Ihre Unterstützung. Das Mahnmal der deutschen Heimatvertriebenen auf dem Theodor-Heuss-Platz in Berlin, an dem wir jährlich am Tag der Heimat unserer Opfer gedenken, wird seit vielen Jahren von uns mitgepflegt.

So nutzen wir Spenden unserer Mitglieder dazu, die „Ewige Flamme“ brennen zu lassen. Dazu bitten wir in diesem Jahr um eine Spende auf das unten angegebene Konto.

Bankverbindung
Deutsche Bank Bonn

BdV Förderverein

IBAN:
DE54 3807 0059 0077 0107 00

BIC:
DEUTDEDK380

4) Aufruf des Leibniz-Instituts für Länderkunde: Heimatzeitschriften erbeten!

Sehr geehrter Herr Hanke,

herzlichen Dank für Ihr Angebot, in Ihrem Rundbrief auf unser Anliegen aufmerksam zu machen. Gerne nehmen wir diese Möglichkeit wahr. Angefügt finden Sie einen Text, der in ähnlicher Weise schon mehrfach abgedruckt wurde.
Ich habe soeben nachgeschaut: Wir haben in unserem Katalog 17 Heimatzeitschriften über Westpreußen nachgewiesen. Allerdings sind die jeweiligen Bestände sehr lückenhaft und bestehen häufig nur aus neueren Ausgaben. Insofern erhoffe ich mir durch den Aufruf viele Ergänzungen.

Nochmals vielen Dank für Ihre Unterstützung.

Mit freundlichen Grüßen
H. P. Brogiato

Bibliothek der deutschen Heimatzeitschriften
Heimatzeitschriften erbeten

Die Geographische Zentralbibliothek (GZB) im Leibniz-Institut für Länderkunde in Leipzig hat Ende 2013 vom Bund Heimat und Umwelt (BHU) die „Bibliothek der deutschen Heimatzeitschriften“ übernommen. Um diese Sondersammlung systematisch auszubauen, wurden in den vergangenen drei Jahren zahlreiche Heimatvereine, Museen usw. mit der Bitte angeschrieben, das Anliegen zu unterstützen und der GZB ihre Heimatzeitschriften zur Verfügung zu stellen. Inzwischen werden mehr als 1000 Zeitschriften und Serien aus dem deutschsprachigen Raum regelmäßig zugesandt. (http://ifl.wissensbank.com). Da die Bibliothekslandschaft in Deutschland dezentral aufgebaut ist und einzelne Bibliotheken regionale Sammelschwerpunkte aufweisen, kann man in keiner deutschen Leihbibliothek (die Deutsche Nationalbibliothek als Präsenzbibliothek bildet einen Sonderfall) heimatkundliche Literatur regionsübergreifend vorfinden. Durch den Aufbau der „Bibliothek der deutschen Heimatzeitschriften“ entsteht somit ein einmaliger Bestand, der es erlaubt, heimatkundliche und regionalgeschichtliche Literatur räumlich vergleichend zu untersuchen.

Wir hoffen, dass sich durch diesen Aufruf viele Redaktionen, Heimatkreisbetreuer, Heimatmuseen, aber auch Privatpersonen entschließen können, die von Ihnen betreuten Zeitschriften an die Leipziger Bibliothek zu senden. Erwünscht sind auch die Zeitschriften, die inzwischen eingestellt wurden, von denen es aber vielleicht noch Lagerbestände gibt. Bei größeren Sendungen können die Versandkosten gegen eine Rechnung übernommen werden. Für weitere Informationen setzen Sie sich bitte mit uns in Verbindung:

Dr. Heinz Peter Brogiato
Leibniz-Institut für Länderkunde
GZB – Heimatzeitschriften
Schongauerstr. 9
04328 Leipzig
E-Mail: h_brogiato@ifl-leipzig.de
Ruf: 0341 600 55 126

So wahr mir Gott helfe: Der Amtseid des Bundeskanzlers

dpa/Kay Nietfeld Der dritte Amtseid: Bundeskanzlerin Angela Merkel am 17.12.2013 im Bundestag mit Parlamentspräsident Norbert Lammert.

„So wahr mir Gott helfe“:

Laut Artikel 64 des Grundgesetzes müssen Kanzler und Minister bei der Amtsübernahme vor dem Bundestag den Amtseid leisten. Artikel 56, der die Vereidigung durch den Bundespräsidenten vorsieht, legt den Wortlaut fest.

In Artikel 56 heißt es:

„Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.

Du musst denken, dass du morgen tot bist, musst das Gute tun und heiter sein. Freiherr vom Stein

**„Wird der Zweifel Gegenstand des Zweifels,
zweifelt der Zweifelnde am Zweifel selbst, so verschwindet der Zweifel.“**

Der Philosoph Georg Wilhelm Friedrich Hegel, der am 27. August 250. Geburtstag hat, in seinen Vorlesungen über die „Philosophie der Religion“ (Berlin 1832).

Aus: Der Tagesspiegel, 19.08.2020, S. 6.

**„Berlin braucht bessere Schulen.
Kann ja nicht jeder Politiker werden.“**

Kampagnenspruch der CDU Berlin – in Orange auf Schwarz und illustriert mit Merkelraute. Eine PR-Aktion, für die es via Twitter gleich viel Kritik gab. Weil: Was soll das eigentlich bedeuten?

Aus: Der Tagesspiegel, 12.08.2020, S. 6.

EVANGELISCHE KIRCHENGEMEINDE
Berlin-Nikolassee

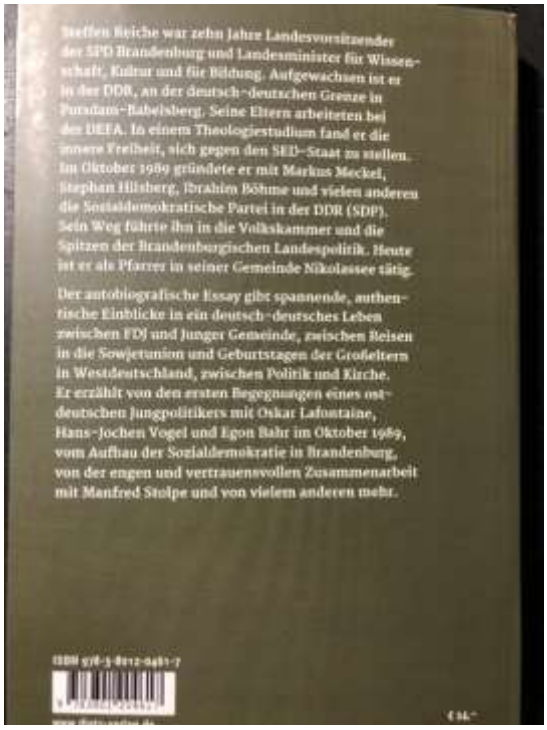
Kirchweg 6 • 14129 Berlin

Steffen Reiche

Liebe Freunde und Freundinnen, ich habe gerade die Petition "Freiheit für alle politischen Gefangenen in Belarus!" unterzeichnet und möchte Dich fragen, ob auch Du Dich hinter dieses Anliegen stellen kannst. Dieses Anliegen bedeutet mir viel! Je mehr Unterstützung wir für diese Kampagne mobilisieren können, desto grösser sind unsere Chancen, die Kampagne zu gewinnen. Mehr über die Kampagne lesen und die Petition unterzeichnen:

https://act.campax.org/petitions/freilassung-aller-politischer-gefangenen-in-belarus?share=28716014-b5ba-45a3-ba6b-1fab6e0d6390&source=email-share-button&utm_medium=&utm_source=email

Pfarrer Steffen Reiche nimmt Sie gerne in seinen „Predigerkreis“ auf. Sie erhalten dann direkt neben den Predigten und Andachten auch Hinweise zu Gesellschaft und Politik und zu interessanten Veranstaltungen: Steffen-reiche@gmx.de



Zugleich biete ich Ihnen mein Buch "Tief träumen und hellwach sein" an. Ihnen kann ich den Autorenrabatt anbieten und so sind es auch trotz Porto nur 20 €. Die CD kostet € 5,00.

Liebe Predigtkreisgemeinde,

ich wünsche Ihnen frohe Pfingsten.

Ihr Steffen Reiche

Alttestamentliche Lesung 1. Mose 11 “Der Turmbau zu Babel”

Es hatte aber alle Welt einerlei Zunge und Sprache. Als sie nun nach Osten zogen, fanden sie eine Ebene im Lande Schinar und wohnten daselbst. Und sie sprachen untereinander: Wohlauf, lasst uns Ziegel streichen und brennen! Und nahmen Ziegel als Stein und Erdharz als Mörtel und sprachen: Wohlauf, lasst uns eine Stadt und einen Turm bauen, dessen Spitze bis an den Himmel reiche, damit wir uns einen Namen machen; denn wir werden sonst zerstreut in alle Länder. Da fuhr der HERR hernieder, dass er sähe die Stadt und den Turm, die die Menschenkinder bauten. Und der HERR sprach: Siehe, es ist einerlei Volk und einerlei Sprache unter ihnen allen und dies ist der Anfang ihres Tuns; nun wird ihnen nichts mehr verwehrt werden können von allem, was sie sich vorgenommen haben zu tun. Wohlauf, lasst uns herniederfahren und dort ihre Sprache verwirren, dass keiner des andern Sprache verstehe!

So zerstreute sie der HERR von dort in alle Länder, dass sie aufhören mussten, die Stadt zu bauen. Daher heißt ihr Name Babel, weil der HERR daselbst verwirrt hat aller Länder Sprache und sie von dort zerstreut hat in alle Länder.

Das Evangelium lesen wir heute in der Apostelgeschichte 2 - Das Pfingstwunder

Und als der Pfingsttag gekommen war, waren sie alle beieinander an einem Ort. Und es geschah plötzlich ein Brausen vom Himmel wie von einem gewaltigen Sturm und erfüllte das ganze Haus, in dem sie saßen. Und es erschienen ihnen Zungen, zerteilt und wie von Feuer, und setzten sich auf einen jeden von ihnen, und sie wurden alle erfüllt von dem Heiligen Geist und fingen an zu predigen in andern Sprachen, wie der Geist ihnen zu reden eingab. Es wohnten aber in Jerusalem Juden, die waren gottesfürchtige Männer aus allen Völkern unter dem Himmel. Als nun dieses Brausen geschah, kam die Menge zusammen und wurde verstört, denn ein jeder hörte sie in seiner eigenen Sprache reden. Sie entsetzten sich aber, verwunderten sich und sprachen: Siehe, sind nicht diese alle, die da reden, Galiläer? Wie hören wir sie denn ein jeder in seiner Muttersprache? Parther und Meder und Elamiter und die da wohnen in Mesopotamien, Judäa und Kappadozien, Pontus und der Provinz Asia, Phrygien und Pamphylien, Ägypten und der Gegend von Kyrene in Libyen und Römer, die bei uns wohnen, Juden und Proselyten, Kreter und Araber: Wir hören sie in unsern Sprachen die großen Taten Gottes verkünden. Sie entsetzten sich aber alle und waren ratlos und sprachen einer zu dem andern: Was will das werden?

Andere aber hatten ihren Spott und sprachen: Sie sind voll süßen Weins.

Da trat Petrus auf mit den Elf, erhob seine Stimme und redete zu ihnen: Ihr Juden, und alle, die ihr in Jerusalem wohnt, das sei euch kundgetan, vernehmt meine Worte! Denn diese sind nicht betrunken, wie ihr meint, ist es doch erst die dritte Stunde des Tages; sondern das ist's, was durch den Propheten Joel gesagt worden ist (Joel 3,1-5): »Und es soll geschehen in den letzten Tagen, spricht Gott, da will ich ausgießen von meinem Geist auf alles Fleisch; und eure Söhne und eure Töchter sollen weissagen, und eure

Jünglinge sollen Gesichte sehen, und eure Alten sollen Träume haben; und auf meine Knechte und auf meine Mägde will ich in jenen Tagen von meinem Geist ausgießen, und sie sollen weissagen. Wort des lebendigen Gottes!

Predigt

Der Geist von Pfingsten sei mit Euch und Frieden von dem der da war, der da ist und der da sein wird.

Liebe Schwestern und Brüder,

Als ich am Mittwoch mit dem Auto auf der Höhe des Schäferbergs angelangt war, den Potsdamer Pfingstberg im Rücken, erhob ein Palästinenser im Info-Radio von RBB die bittere Klage: Wir leben neben dem Innovationsland Nr. 1 der Welt Israel. Aber wir haben kein sauberes Trinkwasser. Man kann eine Tatsache als Anklage erheben. Da läuft man in eine Sackgasse. Man kann sie aber auch als Frage erheben. Dann hat man sich bewegt und ist auf dem Weg, etwas zu ändern.

Aber man braucht sich auch nicht zu wundern, dass es kein Trinkwasser gibt, wenn auch alte Wasserleitungen von ehemaligen israelischen Siedlungen ausgegraben werden, um die leeren Zylinder für die Herstellung neuer Raketen umzufunktionieren.

Ich kenne die Situation des Palästinensers. Die Glienicker Brücke stand dafür mit ihrem hellgrünen im Osten und dunkelgrünen Anstrich im Westen. Das ist bis heute so. Aber wir haben uns inspiriert und mutig gemacht durch Gottes Geist 1989 auf den Weg gemacht und den Neuen Wegen, die der Herr uns weist, vertraut. Denn die Erfahrung des Geistes zeigt sich als Kraft der Befreiung. Wo Menschen Gottes Geist erleben, da schütteln sie die alten Fesseln ab, da wagen sie Neues. Da finden sie, erfinden sie bisher undenkbares.

Gott ist Geist – das feiern wir heute. Ein neuer Geist. Der Heilige Geist. Gott ist also wesentlich, von seinem Wesen her, Inspiration. Einhauchung. Das war schon im Paradies so. In der ältesten Erzählung der Bibel von der Schöpfung, der von Adam und Eva, da inspiriert Gott den Adam, den Menschen. Er haucht ihm Geist, Ruach Jahwe ein.

in der Musik gibt es den Dreiklang der Töne, in der Kirche den Dreiklang der Feste. Und heute sind sie wieder komplett. Haben wir den Dreisprung der Feste des Kirchenjahres vollendet. Weihnachten, Ostern und Pfingsten. Und denken so lange über diese Dreiheit, über diese Trinität, über Trinitatis nach, bis Ende November mit dem Advent das Kirchenjahr wieder beginnt.

Haben sie schon einmal das Entsetzen gesehen, wenn jemand sagt: „Das ist ja geistlos.“ Dann gibt es nichts mehr, was Menschen zusammenhält, was sie auf den Weg bringt, was sie mitreißt. Dann gibt es nichts, für dass es sich zu leben lohnen würde. So war das damals in Jerusalem. Jesus war gekreuzigt worden. Er hatte Ideen gehabt. Für die hatte es sich gelohnt zu leben und zu sterben. Die hätten die Welt verändern können. Aber er war getötet worden.

Und dann waren sie ihm wiederbegegnet, ganz anders, ganz neu!

Und sie hatten sich wieder aufgemacht! Neue Hoffnung geschöpft! Und waren bereit, es anderen weiterzusagen. Denn Jesus hatte ihnen gesagt: *„Gehet hin in alle Welt."* Und dazu wären sie auch bereit gewesen. Aber nun fingen die in Jerusalem und die von Rom an, sie zu verfolgen. Jetzt wurde es für sie ungemütlich. Und da sitzen sie nun zusammen in Jerusalem, in einem Haus und sind voller Angst. Wissen nicht weiter. Und ganz gewiss hat nicht nur einer gedacht: Das ist ja völlig geistlos hier. Hätte sich am liebsten verkrümelt! Unbemerkt wie Krümel. Denn nur die waren ja noch übrig von dem, womit Jesus sie erst vor wenigen Wochen noch begeistert hatte. Und dann aber beginnt etwas Neues.

Es ist wie ein **Brausen von Wind**, der das Alte wegpustet, der Wind in die Segel des Lebens bringt. Es ist wie **Feuer** – das das Alte wegbrennt und alle ergreift, ein Feuer von unbegreiflicher Energie, die sich auf alle überträgt. Es brennt die alten Bilder weg, die alles zustellten im Kopf, die Steh-Rumsel, die einem den freien Blick genommen haben.

Und nun beginnt etwas, mit dem sie alle nicht gerechnet haben – sie bekommen den Mut, den sie so noch nicht hatten! Regelrecht übermannt werden sie davon! Nichts kann sie nun mehr halten, weil sie nun endlich in diesem neuen Geist, der ihnen die Augen öffnet, verstehen, dass Gott in Jesus die Welt verändert hat.

Bisher galt immer, <u>an allen Orten zu allen Zeiten in allen Religionen</u>, dass die Menschen etwas für Gott machen müssen, damit er ihnen gnädig sei. Sie müssen opfern, sie sollen sich verbeugen, zu Boden werfen, Feuer für Opfer anzünden, Dinge mitbringen, die sie Gott opfern können. **Und das Alles ist über Nacht nun nicht mehr nötig!**

Weil Gott für die Menschen schon alles getan hat. Weil nicht mehr wir etwas für Gott tun sollen, sondern er etwas für uns getan hat. Und das ist nun so neu! so anders!, als alle Religion, die es bisher gab, dass sie das nun wirklich allen erzählen wollen.

Vor Pfingsten war die Welt zerfallen in viele Völker und jedes hatte seine Religion. Religion war eine nationale Sache. Die Juden hatten ihren Gott. Die Moabiter. Die Philister. Die Edomiter. Die Ägypter! Die Perser. Die Babylonier.

Aber nun glauben sie, endlich verstanden zu haben – **Gott hat für uns schon alles getan**! Wir müssen nichts mehr für ihn tun, sondern wir sind nun ganz anders, atemberaubend frei. Frei zu etwas Neuem. Denn nun sind sie alle Apostel. Alle Ausgesandte. Aus Jüngern werden Apostel. Der Geburtstag der Kirche besteht ja letztlich darin, dass wir alle Apostel Gottes sind. Ausgesandt von Gott, sein Evangelium, seine Frohe Botschaft allen Menschen zu sagen.

Meist wird das Pfingstwunder als Übersetzungswunder verstanden. So als ob Gott in die 12 Jünger, die nun Apostel wurden, ein Übersetzungsprogramm implantiert hätte.

Trauen sie Gott mehr zu! Ein größeres Wunder!!! Denn das Wunder ist nicht, dass die Jünger nun andere Sprachen sprechen können. Sondern dass es sich erstmals überhaupt lohnt, anderen in ihrer Sprache etwas zu sagen.

Vom Turmbau zu Babel an, diesem urzeitlichen Mythos der Sprachverwirrung, der Teilung der Sprachen – damit die Menschen sich keinen Turm bauen können, der sie weltberühmt macht, der sie wie Gott sein lässt, gibt es verschiedene Sprachen,

mit denen Menschen leben. Aber das Eigentliche ist: Die Menschen haben sich nichts zu sagen. Sie überfallen einander, sie erobern die Territorien der Anderen, aber sie haben nichts Gemeinsames. Keinen gemeinsamen Glauben. Keinen gemeinsamen Gott. Aber zu Pfingsten verstehen die Jünger nun endlich die Mission Jesu, den Auftrag Jesu. Den er selbst von Gott hat und den er als Auferstandener weitergibt an seine Jünger und sie so zu Aposteln, zu Ausgesandten Gottes macht.

Der Gott Abrahams, Isaaks und Jakobs will Gott für alle Menschen sein. Ist der einzige, der wahre Gott für alle Menschen an allen Orten zu allen Zeiten. Und deshalb reden sie. Wollen Sie reden. Müssen sie reden. Und können nun auch. Denn es gibt etwas, was alle anderen interessiert. Sie wissen müssen.

Parther und Meder und Elamiter und die da wohnen in Mesopotamien, Judäa und Kappadozien, Pontus und der Provinz Asia, Phrygien und Pamphylien, Ägypten und der Gegend von Kyrene in Libyen und Römer, die bei uns wohnen, Juden und Proselyten, Kreter und Araber: Wir hören sie in unsern Sprachen die großen Taten Gottes verkünden.

Für die Juden gilt nur eine Sprache. Hebräisch. Das heute wieder in Israel gesprochen wird, Landessprache, Staatssprache ist. In den Synagogen der Welt wird im Grunde Hebräisch gesprochen. Die Sprache des Alten Testaments. Auch der jüdische Kämmerer der Kandake hat sich das Buch des Propheten Jesaja in Jerusalem gekauft und ließt nun auf dem Rückweg Hebräisch und versteht nicht, wovon Jesaja redet. Philippus erklärt es ihm und dann lässt sich der Kämmerer taufen. In den Jeschiwas, den jüdischen Schulen wird Hebräisch gelernt und gelesen – egal ob in Jerusalem oder bei den Orthodoxen in New York. Das Judentum ist eine monolinguale, eine einsprachige Religion. Sie gilt ja auch nur für die Juden.

Die jüdische Sekte der Christen, denn so haben wir ja angefangen, ist von Anfang an vielsprachig. Multilingual. Denn das was Gott in dem Juden Jesus für uns getan hat, hat er für uns alle getan. Und deshalb soll es auch allen Menschen an allen Orten zu allen Zeiten in allen Sprachen gesagt, verkündet werden. Anfang 2021 gab es 3435 Sprachen, in die die **Bibel** oder Teile davon übersetzt waren: Gesamtübersetzungen in 704 Sprachen, vollständig übersetzte Neue Testamente in 1571 Sprachen und Teilübersetzungen in weiteren 1864 Sprachen.

Es hat eine Zeitlang den Versuch gegeben, das Missverständnis, als ob auch die Kirche eine Sprache haben müsste – nämlich Latein oder im Osten Kirchenslawisch. Aber das war ein Missverständnis oder schlimmer, eine Sünde. Die Luther damit beendet hat, dass er die Bibel übersetzt hat ins Deutsche und dann ihm nach, überall auf der Welt im Geist von Pfingsten, im Geist des Pfingstwunders Übersetzungen gemacht worden sind. Die Kirche ist vielsprachig. Und alle Sprachen der Kinder Gottes können, sollen und dürfen und müssen in der einen Kirche Jesu Christi gesprochen werden. Und da gibt es zwar eine besondere Würde für 3 Sprachen – Hebräisch, Griechisch und Latein, nach dem Anciennitätsprinzip, dem Prinzip des Alters. Das Hebräisch des Alten Testaments, das Griechisch des Neuen Testaments und das Latein der Alten Kirche. Aber Kirche ist eigentlich vielsprachig. Das Evangelium kann in jeder Sprache ausgedrückt, weitergegeben werden. Das feiern wir zu Pfingsten.

Aber die Umma, die weltweite Gemeinschaft der Muslime ist wieder einsprachig, monolingual. Denn Gott, Allah, hat mit Mohammed Arabisch gesprochen. Allahs

Muttersprache ist für die Muslime Arabisch. Denn so hat er mit seinem letzten, verbindlichen Propheten gesprochen. Und so gilt der Koran. So muss er rezitiert werden. Und die, die ihn auswendig lernen, machen das im Arabisch des 7 Jahrhundert. Wie Mohammed Abdel Samad, dem kritischen Geist, der mit uns hier in Deutschland lebt, aber zuvor bei seinem Vater, einem Imam in Ägypten, genau so den Koran gelernt hat.

Dieser Geist von Pfingsten in seinen vielen sprachlichen Gestalten, hat die Jünger frei gemacht. Zu Aposteln gemacht. Und uns durch sie auch. Kirche ist Kirche der Freiheit oder sie ist nicht wirklich Kirche. Christ sein heißt frei zu sein, zu neuem Leben aus dem Heiligen Geist. Sie erzählen allen Menschen, dass sie frei sind und nicht mehr Gott opfern müssen, weil Gott in Jesus für uns schon alles getan hat und wir ihm das nur noch glauben müssen. Wir müssen uns Gott nicht unterwerfen, müssen keine Unterwerfung praktizieren, sondern dürfen leben aus der herrlichen Freiheit der Kinder Gottes.

„Denn ich bin überzeugt, dass dieser Zeit Leiden nicht ins Gewicht fallen gegenüber der Herrlichkeit, die an uns offenbart werden soll. Denn das ängstliche Harren der Kreatur wartet darauf, dass die Kinder Gottes offenbar werden....denn auch die Schöpfung wird frei werden von der Knechtschaft der Vergänglichkeit zu der herrlichen Freiheit der Kinder Gottes. Denn ich bin gewiss, dass weder Tod noch Leben, weder Engel noch Mächte noch Gewalten, weder Gegenwärtiges noch Zukünftiges, weder Hohes noch Tiefes noch irgendeine andere Kreatur uns scheiden kann von der Liebe Gottes, die in Christus Jesus ist, unserm Herrn.“ schreibt Paulus an die Gemeinde in Rom.

Deshalb werden die Christen nun auch verfolgt, über 300 Jahre lang – im ganzen Römischen Reich. Als Areligiöse, weil sie die anderen vom Opfern abhalten, weil sie selber nicht mehr den Römischen Göttern opfern. Unter Berufung auf Jesus Christus.

Sie erzählen den Menschen von Gott und taufen sie, wenn sie das wollen. Nur und ausschließlich dann. Denn durch die Taufe werden Sie Teil des neuen Bundes. Der Geist begeistert! Nichts ist mehr geistlos. Bis hin zu Konstantin, dem ersten römischen Kaiser der sich taufen lässt, um die herrliche Freiheit der Kinder Gottes zu erleben.

Kennen sie das schöne Spiel „Teekesselchen“. Das Raten eines Wortes, das 2 Bedeutungen hat. Wie zum Beispiel Atlas. Das bezeichnet ein Kartenwerk und ein Gebirge. Aber „Märtyrer“ ist kein Teekesselchen. Ein Märtyrer ist ein Zeuge, der gewaltlos für seinen Glauben auch Verfolgung erduldet. Oder schweres Leid auf sich nimmt, um seinen Glauben nicht leugnen zu müssen. Oder eben gar Blutzeuge wird und dann eher sein Leben aufgibt, als seinen Glauben. Der erste Märtyrer, der Erzmärtyrer ist Stephanus. Er wurde von Juden gesteinigt. Und Paulus stand dabei. Seit Polycarp von Smyrna ca. 160 nach Christus erstmals Menschen, die mit ihrem Blut, mit ihrem Leben für Ihren Glauben eintraten – natürlich ohne selber Gewalt anzuwenden – als Märtyrer, als martys bezeichnete, ist der Begriff belegt. Und geprägt. Umgangssprachlich bezeichnet man heute jemanden, „der sich für seine Überzeugung opfert oder Verfolgungen auf sich nimmt“ auch als Märtyrer. Immer aber ist dieses Zeugnis gewaltlos. Die Christen haben 300 Jahre lang, bis zu Kaiser Konstantin im 4. Jahrhundert niemals, kein einziges Mal, Gewalt angewandt, um

andere von ihrem Glauben zu überzeugen. Das geschah immer wie bei Stephanus, Petrus und Paulus durch Mission. Dadurch dass man anderen Menschen gewaltfrei das Evangelium verkündete.

Im Islam war es leider von Anfang an diametral entgegengesetzt. Schon Mohammed hat das Mekka, aus dem er 622 mit seiner Flucht, der Hedschra, vertrieben wurde, von Medina aus zurückerobert. In Medina, wo er außer Prophet auch noch Regierungschef und Armeechef war, hat er die harten Suren „geschrieben“, besser schreiben lassen. Denn er selber war Analphabet. Die friedlichen Suren, die freundlichen, die hat er samt und sonders in Mekka geschrieben. Aus dem er wegen seines von Juden und Christen übernommenen Monotheismus wie lange vor ihm Abraham aus Ur in Chaldäa, von den Verehrern der vielen Götter vertrieben wurde. Weil er den Polytheismus, die Vielgötterei, nicht mehr mitmachen wollte.

Aber wenn Muslime Andersgläubige als Ungläubige töten, weil sie haram sind, ob in Flugzeugen oder auf der Straße, oder wenn Muslime sich Sprengstoffgürtel umschnallen, um sich für ihren Glauben zu „opfern“, sich also selbst töten oder wegen ihrer Verbrechen vor Ort erschossen werden, dann sind sie keine Märtyrer, sondern schlicht menschenverachtende Verbrecher. Hamas-Chef Hanyie weiß, dass er gegen Israel nicht gewinnen kann. Aber er will zumindest Märtyrer. Damit die weltweite Umma sich mehr für die Palästinenser einsetzt. Was für ein durchschaubares, widerliches Szenario. Mit Menschen als Opfer für eine Ideologie – die islamistische Ideologie der Hamas.

Stellen sie sich vor, man hätte das Geld für die über 1 800 Hamas-Raketen für die Bildung oder den Lebensunterhalt der Palästinenser verwendet? In den Palästinensischen Autonomiegebieten ist seit 2006 nicht mehr gewählt worden ist. In Israel hingegen 7 mal in dieser Zeit. Wir dürfen den Muslimen unseren heiligen Begriff des Märtyrers nicht zum Missbrauch überlassen. Er ist kein Teekesselchen. Heute sind die Muslime, die als „Märtyrer“ sterben, nichts anderes als feige Verbrecher. Die andere mit in ihrem Tod reißen. Aber keine Märtyrer. Verbrecher sind nie Märtyrer. Und Märtyrer nie Verbrecher.

In der nächsten Woche findet die Grundsteinlegung des *House of one* statt. Eine grandiose Idee. Aber ich fürchte zu schön, um wahr zu sein. Zu ambitioniert, um wahr zu werden. Bei uns trägt es im Grunde die EKD, die EKBO, unsere Landeskirche, vertreten durch die Marienkirchgemeinde, mit. Aber der Zentralrat der Juden? der alle Juden in Deutschland vertritt? Oder der ihm nachgestaltete Zentralrat der Muslime, der nur einige Tausend Muslime vertritt? Fehlanzeige.

Im Felsendom, der ja den Muslimen nur deshalb die drittheiligste Stätte geworden ist, weil sie den Gabelflug des Mohammed gen Himmel, wie bei Jesus, über Jerusalem gelegt haben. Und da kann man bis heute lesen, oben unter der Kuppel. „Wahrlich, der Messias, Jesus, Sohn der Maria, ist nur ein Apostel....Gott ist nur ein einziger Gott. Es liegt seiner Herrlichkeit fern einen Sohn zu haben.

Jetzt ist Frieden, nach vielen Toten. Eine Woche hing jetzt die Flagge Israels am Gemeindehaus. Aber die Raketen der Hamas, die über 3 000 Raketen transportierten die alte Botschaft aller Theokratien – religiöse Reinheit. Da gehören Juden und Christen nicht dazu.

Und so beginnt hier die „Biographie *of the western man*“. Nun beginnen die Revolutionen und setzen den Geist von Pfingsten in die Welt. Ich weiß, leider gab es auch immer wieder Missbrauch in der Kirche, nicht nur von Kindern, sondern auch vom Heiligen Geist.

Aber da geht nun vom Morgenland ins Abendland, von Jerusalem in den Westen ein neuer Geist aus. Denn mit dem kleinen Filioque bekennt die Kirche, dass der Geist auch von Jesus, also auch dem Leib Christi in der Welt dieser neue, andere, Leben stiftende Geist aus. Er verändert die Welt nun durch die römische, die deutsche, die englische, die französische und die russische Revolution. Und das verändert die Welt. Die Kirche wird nun zu einer eigenen Macht neben dem Kaiser, neben dem König, neben den Fürsten!

Die weltlichen Herrscher können nun nie mehr den ganzen Menschen nehmen. Und so wie man auf zwei Beinen besser stehen und laufen kann, so steht die Welt nun auf, kann besser laufen und sich zu neuen Ufern aufmachen und erlebt die Freiheit eines Christenmenschen.

Und die besteht eben darin, nicht selber Gott sein zu müssen. Gott ist Gott. Wir müssen es nicht sein. Der junge Mann in Kasan, der dachte er ist Gott und tötete vor einer Woche 9 Menschen, 7 Schüler und 2 ihrer Lehrerinnen. Wir sind durch den Geist von Pfingsten frei, Mensch zu sein. Ganz Mensch. Nur Mensch. Gott sei Dank.

Auf der Rückseite der Avus-Tribüne, die zur Zeit rekonstruiert wird, sie wissen schon da am Dreieck Funkturm, ist ein Satz von Erich Fried hingeschrieben worden, riesengroß: „Wer will, das die Welt bleibt, wie sie ist, will nicht dass sie bleibt.“ Das ist die linke, die eher progressive Variante. Die konservative ist der Satz von Tancredi zum Fürsten in „Der Leopard“ von Giovanni di Lampedusa. „Wenn wir wollen, dass alles so bleibt, wie es ist, dann ist es nötig, dass sich alles verändert.“ Exaudi ist der Sonntag im Kirchenjahr, in der wir unsere Bitte, dass Gott durch seinen Geist Bewegung in unser Leben bringt, laut und deutlich aussprechen. Und diese Bitte wird erhört. Zu Pfingsten. Indem Gott uns einen neuen Geist gibt, seinen Geist.

Vieles was in den letzten Jahrtausenden von Menschen hergestellt, gefunden und erfunden worden ist, wird bald im Humboldt-Forum im Berliner Schloss zu sehen sein. Und dort ist durch eine private Spende ermöglicht ein Kreuz auf die Kuppel gesetzt worden. Einige haben sich darüber mokiert, erregt und das kritisiert. Und sie haben gesagt, diese weltweite, internationale Ausstellung könne nicht unter dem Kreuz stattfinden, denn das Kreuz steht ja nur für eine bestimmte Kultur, eine bestimmte Religion. Das stimmt. Aber es ist trotzdem zu kurz gesprungen. Nicht zu Ende gedacht. Denn gerade im Zeichen des Kreuzes, von Christen, ist gegen allen kulturellen und nationalen Hochmut gelernt worden, dass alle Menschen, alle Kulturen, alle Völker vor Gott gleichberechtigt sind, Gott unmittelbar sind. Nicht durch Unterwerfung, sondern weil unser Gott, der Vater Jesu Christi alle Menschen in gleicher Weise liebt und annimmt.

Denn solche Museen, solche Foren finden sie weltweit nur dort, wo nebenan Kirchen sind. Oder können sie sich so etwas vorstellen in der muslimischen Welt, wo Christen seit damals bis heute verfolgt werden. Bis heute nicht gleichberechtigt sind? Da wo die Jünger zuerst hinkamen und vor 100 Jahren noch oft 20 % Christen lebten und die meisten Länder im Nahen Osten bis hin zu einer Welthauptstadt des

Christentums, Konstantinopel, Byzanz, also Istanbul heute fast oder schon ganz Christenfrei sind. Zu genau der Zeit, wo die Menschen aus diesen Gebieten hier zu uns fliehen und hier mittlerweile 6 oder mehr % der Bevölkerung ausmachen???

Oder können sie sich das im großen Reich der Mitte vorstellen, in China, wo die Christen auch seit Jahrhunderten verfolgt werden. Auch und genau wegen ihrer Kultur der Freiheit, die man dort so sehr füchtet? Oder können Sie sich das in Indien vorstellen, wo die Inder gerade wieder einen gewählt haben, der den Hinduismus stark macht gegen Christentum und Islam! Am ehesten findet man noch solche Offenheit in buddhistisch geprägten Ländern. Aber auch kein großes Interesse an anderen Kulturen. Auch nicht die Vorstellung, dass sie gleichberechtigt sein könnten. Eine solche Ausstellung kann nur unter dem Zeichen des Kreuzes stattfinden, denn aus dem Kreuz kommt der Geist, der eine solche Ausstellung erst möglich gemacht hat.

Ich weiß, jetzt werden wieder die Kreuzzüge bemüht. Aber das ist genau der Missbrauch, den ich vorhin erwähnt habe. Und wir leben heute in einem Geist, dass wir uns für die Kreuzzüge schämen. Obwohl wir von den Kreuzzügen nichts, kein Quadratmeter Boden mehr haben. Anders die Muslime, die heute Byzanz haben und im 17. Jahrhundert das letzte Mal Wien erobern wollten. Die Briten, die ein Weltreich hatten, haben alles abgegeben, im Zeichen des Kreuzes und der Vernunft. Auch Hongkong. Wie klug das war, können wir heute täglich in den Nachrichten sehen. Aber darüber nicht reden zu dürfen, hat nichts mit dem Kreuz zu tun. Sondern ist einfach nur dumm und geschichtsvergessen. Nein! Das Kreuz ist systemrelevant und deshalb bin ich Gott pfingstlich dankbar, dass es auf dem Schloss ist. Und die Ausstellung der Kulturen von Gottes Welt schützt. Gesegnete Pfingsten wünsche ich ihnen. Und nehmen sie das Geschenk ernst. Auch wenn es fast nichts wiegt. Amen.

*

Recycling im Tunnel. Wie die Hamas an ihre Raketen kommt Tal Leder, Aschkelon Mai 2021

Beim Material für ihre Raketenproduktion greift die Hamas auf höchst unterschiedliche Quellen zurück. Sie birgt Reste von israelischen Raketen oder funktioniert die Wasserleitungen alter Siedlungen um.

Seit mehr als einer Woche heulen in Israel wieder die Sirenen. Landesweit werden Radiosendungen unterbrochen, Mobiltelefone piepsen Warnmeldungen, auch das Fernsehen warnt. Was in den Ortschaften entlang der Grenze zum Gazastreifen seit dem Ende der israelischen Besatzung 2005 zur Routine geworden ist, hat sich auf weite Teile Zentral- und Südisrael ausgeweitet: Die Zivilbevölkerung steht unter Beschuss, immer wieder müssen die Menschen in Deckung eilen.

"Seit ihrer Machtübernahme terrorisiert uns die Hamas", sagt Nir Schachar aus dem Kibbuz Nahal Oz an der Grenze zu Gaza. "Ihr Arsenal wird zwar immer wieder zerstört. Aber jedes Mal bauen sie ein noch umfangreiches wieder auf." Der 26-jährige Medienwissenschaftler hat kürzlich eine Reportage über das israelische Raketenabwehrsystem gedreht, den Iron Dome. "Ohne die Eisenkuppel hätten wir viele Tote", sagt er. Schon bei ihrer Gründung im Dezember 1987, während der ersten Intifada, erklärte die Hamas die Vernichtung Israels zu ihrem obersten Ziel. Nach anfänglichen Überfällen auf israelische Soldaten schockierte die

Gruppierung den jüdischen Staat in den 1990er Jahren und während der zweiten Intifada 2001 mit zahlreichen Selbstmordattentaten. Mittlerweile hat die Hamas über 40.000 Kämpfer. Israelische Geheimdienste gehen davon aus, dass militante Palästinenser-Gruppen etwa 30.000 Raketen und Mörsergeschosse im Gazastreifen versteckt haben. Über die Hälfte davon sollen im Besitz der Hamas sein.

Wurde früher fast alles aus dem Iran oder von anderen Verbündeten auf dem Seeweg oder über die Grenze zwischen der ägyptischen Sinai-Halbinsel und Gaza eingeschmuggelt, so produzieren die Hamas und der Palästinensische Dschihad mittlerweile viele Geschosse selbst. Zwar werden diese Gruppen weiterhin vom Iran unterstützt, doch das Ziel des Regimes in Teheran war es, seine Stellvertreter-Milizen so auszubilden, dass sie in der Lage sind, ihre Raketen autonom herzustellen. Mittlerweile stammt der größere Teil des Arsenals in Gaza aus einer hoch entwickelten Produktionskapazität im Küstenstreifen selbst.

"Die Terror-Raketen aus Gaza unterscheiden sich nicht in ihrer Technologie, sondern in ihrer Größe von denen, die 2014 eingesetzt wurden", sagt Tal Inbar, ein Raketenforscher am Fisher-Institut für strategische Luft- und Raumfahrtstudien in Herzliya. Inbar schätzt, dass günstig produzierte Kurz- und Mittelstreckenraketen wie die Kassam oder Quds 101 mit einer Reichweite von bis zu 16 Kilometern oder der russische Typ Grad, der bis zu 55 Kilometer erreicht, den größten Teil des Inventars ausmachen. "Im Gegensatz zur libanesischen Hisbollah, die viele teure Langstreckenraketen besitzt, sind die Raketen der Gaza-Fraktionen nicht so präzise", sagt der Experte. "Trotzdem verfügen sie auch über eine Vielzahl iranischen Fadschr und M-302, die eine Reichweite von bis zu 200 Kilometern erreichen und alle Bevölkerungszentren in Israel treffen können."

Recycling israelischer Raketen - Beim Material für ihre Raketenproduktion greift die Hamas auf höchst unterschiedliche Quellen zurück. So hat sie aus früheren israelischen Angriffen Dutzende Raketenteile geborgen, darunter nicht explodierte Sprengköpfe. Auch alte Wasserleitungen von ehemaligen israelischen Siedlungen wurden ausgegraben, um die leeren Zylinder für die Herstellung neuer Raketen umzufunktionieren.

Die meisten Recycling-Waffenfabriken der Hamas befinden sich im unterirdischen Tunnelsystem, das die israelische Luftwaffe derzeit zu zerstören versucht. "Iranisches Know-how spielte von Anfang an eine wichtige Rolle beim Aufbau dieser Industrie sowie des unterirdischen Tunnelsystems", sagt Inbar. Berichten zufolge soll ein Tunnel-Kilometer 500.000 US-Dollar kosten. "Diese Ausgaben hätte man in andere Einrichtungen investieren können", sagt der Experte. Der israelischen Armee zufolge wurden 90 Prozent der bisher abgefeuerten Geschosse erfolgreich abgefangen. Einige der Raketen aus dem Gazastreifen landeten dennoch mit tödlicher Wirkung in Israel. Experten vermuten, dass die Terroristen eine Schwachstelle der israelischen Luftabwehr entdeckt haben. "Durch das Abfeuern mehrerer Salven in kürzester Zeit versucht die Hamas, das Iron-Dome-System zu überwältigen", sagte Michael Herzog, ehemaliger Brigadegeneral der israelischen Armee, der jetzt für die Denkfabrik "Washington Institute" arbeitet.

Um der Aggression der Hamas entgegenzuwirken, kann die israelische Armee zwar die meisten ihrer Raketen zerstören. Darüber hinaus bleibt ihr jedoch nur eine begrenzte Anzahl an Optionen. Eine verlustreiche Bodenoffensive wie 2014 gilt als unwahrscheinlich. "Die israelischen Angriffe werden sich neben den Raketenanlagen hauptsächlich auf die Waffenherstellungs- und Lagerstätten der Terrororganisationen fokussieren", sagt Herzog. "Ziel wird es sein, dass am Ende nicht nur weniger Geschosse übrig sind, sondern auch die Produktionskapazitäten für deren Bau vermindert werden." Herzog glaubt nicht, dass die Hamas ihr Ziel erreichen wird, sich durch den Raketenbeschuss als einzig legitime Führung

der Palästinenser zu positionieren: "Auch wenn sie weiter Raketen auf Israel abfeuern, läuft die Zeit gegen sie", sagt er, da ihre "Terrorstruktur bald nur noch aus Ruinen besteht".

Wirklich gewinnen wird keine Seite diesen Krieg. Auch ein Waffenstillstand wird bestenfalls eine kurze Ruhephase bringen, bevor die nächste Runde beginnt. "Dieser sich wiederholende Zyklus ist eine unendliche Geschichte", sagt Nir Schachar vom Kibbuz Nahal Oz. Wie die meisten, so weiß auch er, dass die Hamas nicht entmachtet werden und in kürzester Zeit wieder Raketen auf Israel feuern wird. "Für die Menschen hier ist dieser Zustand zur Routine geworden, auch wenn sich niemand an so eine Situation gewöhnen will."

A. a) Leitgedanken .

„Verletze niemanden, vielmehr hilf allen, soweit du kannst.“

Arthur Schopenhauer

Was wir heute tun, entscheidet darüber, wie die Welt von Morgen aussieht!

Marie von Ebner-Eschenbach (1830-1916)

„Heimat gestalten und nicht nur verwalten!“

Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin

Von „Sternstunden“ und „Durchbruchs“-Phantasien
Ein Kommentar zum aktuellen sudetendeutsch-tschechischen Verhältnis

Von Gernot Facius

Man soll nicht undankbar sein, Positives muss gewürdigt werden. Aber Politiker und, ja, auch manche Journalisten besitzen die Gabe, sich die Welt schönzureden, selbst wenn es kracht und donnert. Das lässt sich auch für das trotz einiger atmosphärischer Verbesserungen noch immer **fragile sudetendeutsch-tschechische Verhältnis** sagen. In Bayern hat das Lob auf den „diplomatischen Durchbruch“ im Verhältnis zu Prag, von dem **Horst Seehofer** 2010 schwärmte, inzwischen dogmatische Gestalt angenommen. Vom „Beginn einer neuen Epoche“ war die Rede. Von einer „Sternstunde in den bayerisch-tschechischen Beziehungen“. Gemeint waren die Reden, die ein tschechischer Premier (**Petr Nečas**) und ein tschechischer Kulturminister (**Daniel Herman**) hielten, im Bayerischen Landtag und auf einem Sudetendeutschen Tag. Beide sind inzwischen **Ex-Politiker**. Beide haben ihr „Bedauern“ über die Vertreibung, die Enteignung und Ausbürgerung der Deutschen zum Ausdruck gebracht. Es war von ihnen sicher ehrlich gemeint. Die Barrieren, die gedeihlichen, vertrauensvollen Beziehungen im Wege stehen, haben sie damit freilich nicht abräumen können.

Vor allem wurde das **Problem** der **Beneš-Dekrete** nicht entschärft, sie gelten in Tschechien nach einem **einstimmigen Beschluss** des Abgeordnetenhauses vom April **2004** als „unantastbar“. Man kann es nicht oft genug sagen: Keine der bisher relevanten Parteien im Prager Parlament hat es gewagt, an ihnen zu rühren. Tschechien konnte mit ihnen der „Wertegemeinschaft“ EU betreten; der Protest dagegen fiel lau aus. Und das ist noch längst nicht alles. Heute wird die skandalöse Fortexistenz der Unrechtsdekrete **selbst in Vertriebenenkreisen** nur noch in verklausulierter Form thematisiert. Das Schirmherrschaftsland Bayern macht erst recht keine Anstalten, den tschechischen Nachbarn zu einer **Entrümpelung seiner „Rechtsordnung“** aufzufordern. Wer sich nicht an das hält, was in München als „konstruktiv“ und „zukunftsweisend“ deklariert wird, muss damit rechnen, als revanchistisch gebrandmarkt zu werden. Und diese Abstrafung bedeutet meist, vom **politischen Diskurs ausgeschlossen** zu werden.

Was der ehemalige deutsche Bundespräsident **Joachim Gauck** jüngst im Kontext der Corona-Debatten ausführte, lässt sich ohne weiteres auf die Diskussion über das deutsch-tschechische Verhältnis übertragen: Zulässige Fragen oder Meinungen würden vorschnell als rechtsradikal eingestuft. Aber es sei doch das **Zeichen der offenen Gesellschaft**, dass sie **Unterschiede aushalte** und nicht verbiete, „wenn Leute Ansichten vortragen, die einem nicht besonders oder auch gar nicht gefallen“. Toleranz gegenüber **unbequemen Positionen** müsse Bestandteil einer aufgeklärten Demokratie sein. Diese Sätze sollten sich diejenigen hinter den Spiegel stecken, die in der Debatte über die sudetendeutsche Frage **nur eine Meinung** zulassen möchten. Um es klar und deutlich zu sagen: An den für Mitte Juli geplanten „kleinen“ ST in München richten sich durchaus **große Erwartungen**. Er sollte sich nicht scheuen, eine **ehrliche Bestandsaufnahme** des sudetendeutsch-tschechischen Verhältnisses vorzunehmen. Vor allem sollte er sich nicht von den „Durchbruchs“-Phantasien deutscher Politiker anstecken lassen. (fac)

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 64, 2021

Wien, am 26. Mai 2021

A. b) Forderungen und Grundsätze

Diese Themen finden Sie jetzt auf unseren Leitseiten:

<http://www.westpreussen-berlin.de/AWR-Leitseiten/20200810_Leitseiten_Forderungen-Grundsaetze.pdf>

1) Rettet die kulturelle Vielfalt – rettet den Sonnabend! „Rote Karte“ für die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG);

2) Der Begriff „Vandalismus“ ist zu brandmarken!

A.c) Mitteilungen .

01) Eröffnung des Dokumentationszentrums Flucht, Vertreibung, Versöhnung im Berliner Deutschlandhaus

Einladung zur virtuellen Pressekonferenz

FAKTENKONTOR

DOKUMENTATIONS ZENTRUM

Einladung zur virtuellen Pressekonferenz:
Eröffnung des Dokumentationszentrums Flucht, Vertreibung, Versöhnung

Am 23. Juni 2021 eröffnet Deutschlands neuer Lern- und Erinnerungsort zu Flucht, Vertreibung und Zwangsmigration. Dort geht es um das Schicksal von Millionen Menschen, die ihre Heimat verlassen mussten. Das Haus versteht sich als ein Ort historischer Bildung und lebendiger Debatten im Geiste der Versöhnung. Es bietet Ausstellungen, Bibliothek und Zeitzeugenarchiv, Bildungsangebote für alle Generationen und spektakuläre Architektur.

Wir laden die Medienvertreter*innen zur **hybriden Pressekonferenz** ein:

Wann:	Mittwoch, 16. Juni 2021 um 11 Uhr
Wo:	Online – per Livestream aus dem neuen Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung
Ihre Gesprächspartner:	Dr. Gundula Bavendamm Direktorin Dr. Nils Köhler Bereichsleiter Dokumentation & Forschung Jochen Krüger Projektleiter Ständige Ausstellung/ Kurator Daniel Ziemer Bildung & Vermittlung

Anmeldung:

Um online an der Pressekonferenz teilzunehmen, folgen Sie bitte dem Link zur Registrierung. Sie können während der Veranstaltung live ihre Fragen an die Moderation senden.

Anmeldung für die Online Teilnahme >>

Achtung: Wir bieten zu folgenden Zeiten zusätzlich exklusive Presseführungen durch das Dokumentationszentrum in kleinen Gruppen vor Ort an:

Mittwoch, 16. Juni um 16 Uhr
Donnerstag, 17 Juni um 12 Uhr und 14 Uhr
Freitag, 18. Juni um 12 Uhr

Anmeldung bitte mit Terminwunsch an: sfvv@faktenkontor.de

FAKTENKONTOR

DOKUMENTATIONS ZENTRUM

Für Rückfragen steht Ihnen das Team unserer PR-Agentur Faktenkontor gerne zur Verfügung:

Faktenkontor GmbH
Daniel Auer, +49 30 6098 05-615
Kerstin Degener, +49 30 6098 05-610
E-Mail: sfvv@Faktenkontor.de
Ludwigkirchplatz 2
10719 Berlin

Wir freuen uns über Ihr Interesse und Ihre Teilnahme.

02) Copernicus Preis 2022

Mit dem Copernicus-Preis zeichnen die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) und die Stiftung für die polnische Wissenschaft (FNP) zusammen alle zwei Jahre ein deutsch-polnisches Forschungspaar, eine Person in Deutschland und eine Person in Polen, für herausragende Leistungen in der deutsch-polnischen Forschungszusammenarbeit in allen Fachbereichen aus. DFG und FNP möchten hiermit zur Nominierung geeigneter Kandidatinnen und Kandidaten einladen.

Mit dem Copernicus-Preis sollen Forscherinnen und Forscher ausgezeichnet werden, die in der deutsch-polnischen Forschungskooperation aktiv sind und die herausragende Leistungen in ihrem Forschungsgebiet als Ergebnis der Zusammenarbeit erzielt haben. Komplementäre Expertise und Forschungstätigkeit sowie gemeinsame Nutzung von Ressourcen, um Forschungsprobleme zu lösen, sind elementare Bestandteile dieser Leistungen. Die Ergebnisse der Zusammenarbeit sollten von hoher Bedeutung für die jeweilige Forschungscommunity sein und das Potenzial haben, neue Perspektiven in dem jeweiligen Forschungsgebiet oder auch darüber hinaus zu eröffnen.

Die Ausschreibung des Preises umfasst alle Fachbereiche. Das Preisgeld von 200 000 Euro wird jeweils zur Hälfte von DFG und FNP zur Verfügung gestellt und geht zu gleichen Teilen an die beiden Ausgezeichneten. Die Mittel sollten dazu verwendet werden, die deutsch-polnische Forschungskooperation weiter zu intensivieren.

Vorschlagsberechtigt sind promovierte Forscherinnen und Forscher, die an Hochschulen und/oder Forschungseinrichtungen in Deutschland und Polen aktiv tätig sind. Darüber hinaus sind Eigennominierungen möglich. Geeignete Kandidatinnen und Kandidaten müssen promoviert sein und aktiv an einer öffentlichen deutschen beziehungsweise an einer polnischen Hochschule und/oder Forschungseinrichtung arbeiten. Nominierungen von weiblichen Personen sind ausdrücklich erwünscht.

Die Nominierung muss folgende Dokumente in englischer Sprache umfassen:

- Eine Würdigung (Darstellung der für die deutsch-polnische wissenschaftliche Zusammenarbeit erworbenen Verdienste).

- Tabellarische Lebensläufe für jede Person (max. zwei Seiten).

- Eine Literaturliste mit bis zu zehn aus nachweislich gemeinsamer Forschung resultierenden Publikationen.

- Ein zusätzliches externes Empfehlungsschreiben für jedes Forschungspaar, im Fall der Selbstnominierung zwei externe Empfehlungsschreiben.

Die Kriterien für die Preisvergabe sind die wissenschaftliche Exzellenz der gemeinsamen Forschungsleistungen und der Erfolg der Kooperation, beides mit besonderer Relevanz für den jeweiligen Fachbereich. Das Auswahlgremium setzt sich aus sechs Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern zusammen, von denen jeweils drei in Deutschland und drei in Polen tätig sind. Die Gremienmitglieder werden für jeweils vier Jahre berufen. Das Auswahlgremium kann um bis zu vier weitere Mitglieder erweitert werden, um die Fachbereiche der Vorschläge abzudecken.

Die Frist zur Einreichung der Nominierungen ist Dienstag, 20. Juli 2021. Die Dokumente sind elektronisch über das elan Portal https://elan.dfg.de bei der DFG einzustellen.

Registrierung
Bei der erstmaligen Nutzung des elan-Systems muss bis spätestens 6. Juli 2021 vorab eine Registrierung erfolgen. Dies gilt für eine Nominierung durch Dritte. Bei einer Eigennominierung müssen beide Kooperationspartner registriert sein. Bitte geben Sie bereits bei der Registrierung Ihr Fach an und wählen die Ausschreibung „Copernicus Award 2022“ aus.

Einreichung
Zum Start des Onlineformulars für den Einreichungsprozess wählen Sie bitte in der Navigationsleiste „Proposal Submission“ und gehen Sie auf „Nominations“. Um die Einreichung einer Nominierung abzuschließen, ist das elektronische Quittungsformular auszudrucken und unterschrieben auf dem Postweg in einem Umschlag an die folgende Adresse zu senden:

Deutsche Forschungsgemeinschaft
PED
Kennedyallee 40
53175 Bonn
Deutschland

Bitte senden Sie auch einen Scan des unterschriebenen elektronischen Formulars als PDF an Stephanie Lass (stephanie.lass@dfg.de).

Die Preisträgerinnen und Preisträger werden innerhalb von neun Monaten nach der Nominierungsfrist bekanntgegeben. Die feierliche Preisverleihung findet im Juni 2022 in Polen statt.

Weiterführende Informationen

Weitere Informationen rund um den Copernicus-Preis sind auf der Webseite der DFG und der FNP zu finden unter:
www.dfg.de/copernicus-preis
www.fnp.org.pl/en/oferta/the-polish-german-scientific-award-copernicus

Webportal der DFG zur Einreichung der Nominierungen:
https://elan.dfg.de

Bei Problemen mit dem Webportal kontaktieren Sie bitte unsere elan-Hotline:
Tel. +49 228 885-2900, elan-helpdesk@dfg.de

Kontakt in der DFG-Geschäftsstelle:
Dr. Annina Lottermann, phone +49 228 885-2802, annina.lottermann@dfg.de
Stephanie Lass, phone + 49 228 885-2442, stephanie.lass@dfg.de
Kontakt bei der FNP-Geschäftsstelle:
Dr. Monika Biłas-Henne, phone + 48 604 129-087, bilas@fnp.org.pl

Die DFG nimmt den Schutz Ihrer personenbezogenen Daten sehr ernst. Bitte beachten Sie die Datenschutzhinweise zur Forschungsförderung der DFG, die Sie unter www.dfg.de/datenschutz abrufen können. Bitte leiten Sie diese Hinweise auch an die von

Ihnen nominierten Personen weiter, deren Daten Sie hochladen. Soweit ein berechtigtes Interesse (z. B. Geheimhaltung) besteht, sind die von Ihnen nominierten Personen spätestens mit der Veröffentlichung der Entscheidung zur Nominierung zu informieren.

Kontakt

stephanie.lass@dfg.de

https://www.dfg.de/gefoerderte_projekte/wissenschaftliche_preise/copernicus-preis/index.html

---

Zitation
Copernicus Preis 2022. In: H-Soz-Kult, 24.05.2021, <www.hsozkult.de/grant/id/stip-97852>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

03) AG PKG - Rundbrief No. 141 der AG für pommersche Kirchengeschichte vom 31. Mai 2021

Einladung zum VIII. Studientag - Einladung zur Video-Tagung im Stettiner Schloß - Neues Greifswalder Stadtarchiv im Film- Nachruf auf Detlev Kirchner - Radiosendung über das Pommersche Landesmuseum - Projekt „Kirchturmdenken“

Liebe Mitglieder der AG, liebe Interessierte an pommerscher Kirchengeschichte,

Ich bin Andra Bock, Pastorin im schönen Dithmarschen, und ich habe nun von Rainer Neumann mit großer Freude die Aufgabe übernommen, für Sie diesen Rundbrief zu schreiben. Ich bedanke mich herzlich bei Rainer Neumann für seine bisherige, sehr engagierte Arbeit.

1. **Einladung zum VIII. Studientag der Arbeitsgemeinschaft für pommersche Kirchengeschichte (Programm siehe S. 258)**

Der VIII. Studientag der AG findet am Sonnabend, dem 24.Juli 2021, von 13 Uhr 30 bis 17 Uhr 30 auf der Wiese des Greifswalder Domvorplatzes statt. Wir widmen uns mit drei interessanten Vorträgen dem Thema: „Frauen in der jüngeren pommerschen Kirchengeschichte“. Im Anschluss an den Studientag findet die Jahresversammlung der Mitglieder mit der Wahl des neuen Vorstands statt. Für den Fall, dass es ein bisschen regnet oder die Sonne zu sehr scheint werden Partyzelte aufgebaut sein. Am Abend erwartet uns ein kleiner Abendimbiss. Das genaue Programm finden Sie im Anhang dieses Rundbriefes.

Wir bitten die Interessenten um eine verbindliche Anmeldung bis zum 15.07. an die Geschäftsstelle der Arbeitsgemeinschaft: bartels@pek.de

Außerdem bitten wir darum, sich vorher über die aktuelle Corona-Verordnungen zu informieren. Sollten erneute Einschränkungen einsetzen, die die Veranstaltung erschweren, werden wir sie rechtzeitig informieren. Die allgemeinen Corona-Maßnahmen sind selbstverständlich einzuhalten.

2. **Einladung zur Video-Tagung im Stettiner Schloß**

Am 10. Juli ist eine Online-Tagung zur Geschichte der Stettiner Residenz geplant. Es wird deutsche-und polnisch-sprachige Vorträge geben. Genaue Informationen zu Anmeldung und Programm folgen.

3. **Neues Greifswalder Stadtarchiv im Film**

Das neue Greifswalder Stadtarchiv ist fertig – aber noch nicht zu benutzen. Doch gibt es erste Einblicke, denn am Tag der Städtebauförderung wird auf der städtischen Internetseite: www.greifswald.de ein filmischer Einblick gezeigt. So gibt es zumindest eine virtuelle Besichtigung des großen roten Würfels unweit des Ryck. Wann das Stadtarchiv für den Publikumsverkehr geöffnet wird, steht noch nicht fest. Die Straße „An den Wurthen" ist geschichtsträchtig, denn dort stand das St. Georgen-Hospital vor den Toren der Stadt, das durch den kaiserlichen Obersten Ludovico Perusius aus Verteidigungsgründen abgerissen wurde. Das nützte ihm aber nichts, denn nach einem Erkundungsritt am 11. Juni 1631wurde er von schwedischen Soldaten getötet und einige Tage später wurde die Stadt an die Schweden übergeben; am 16. Juni 1631 zog Gustav II. Adolf umjubelt in die Stadt ein. Eine Plakette am Dom erinnert an ihn. Insofern liegt das Greifswalder Stadtarchiv an einem historisch bedeutsamen Ort.

4. **Nachruf auf Detlev Kirchner**

Am 17. Dezember 2020 verstarb Detlef Kirchner im Alter von 86 Jahren. Er hat sich über Jahrzehnte im Historischen Arbeitskreis Stettin engagiert und sich u.a. um die Glockenforschung in Pommern sehr verdient gemacht. In diesem Rahmen hat er auch eng mit der Arbeitsgemeinschaft für pommersche Kirchengeschichte kooperiert. Einen Nachruf auf ihn hat Wolfgang Dahle verfasst. Sie können ihn unter diesem Link nachlesen: https://haus-stettin.eu/nachruf-auf-detlef-kirchner-1934-2020/

5. **Radiosendung über das Pommersche Landesmuseum**

In der Sendung „Kunstkaten" des NDR lief am Sonntag, 26. April 2021, eine Sendung über das Pommersche Landesmuseum. Darin wurde die Entstehung, die Teile der Dauerausstellung und natürlich die neue Ausstellung über Pommern im 20. Jahrhundert, besprochen. Der Link zur Mediathek dieser Sendung ist zu finden unter:

https://www.ndr.de/radiomv/podcast4430.html

6. **Projekt „Kirchturmdenken“**

Ein Soforthilfeprogramm für ehemalige Sakralbauten ist gestartet. Ziel dieses Projektes ist es, ehemalige Sakralbauten wieder der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, und zwar als Orte für Kulturangebote und als Orte der kulturellen Bildung. Weitere Informationen dazu finden sie unter: https://widersense.org/trafo-ggmbh/kirchturmdenken/

Mit sonnigen Grüßen von der Nordseeküste, wünsche ich Ihnen erholsame Tage!
Ihre Andra Bock

Informationsbrief der Arbeitsgemeinschaft für pommersche Kirchengeschichte e.V.
Pastorin Andra Bock, Österstraße 16 - 25709 Marne
E-Post: informationen@pommersche-kirchengeschichte-ag.de
Geschäftsstelle der AG
Pfr. Matthias Bartels – Karl-Marx-Platz 15 – 17489 Greifswald
E-Post: bartels@pek.de
Vorsitzender
Pfr. Dr. Irmfried Garbe – Dreizehnhausener Str. 1, 17498 Wackerow. – Tel.: 03834-8309546
E-Post: irmfried.garbe@posteo.de; **Internet** www.pommersche-kirchengeschichte-ag.de

Arbeitsgemeinschaft
für Pommersche
Kirchengeschichte

VIII. Studientag der Arbeitsgemeinschaft für pommersche Kirchengeschichte Sa. 24.07.2021 Greifswald, auf der Wiese des Domvorplatzes 13.30 – 17.30 Uhr anschließend Jahresversammlung der Mitglieder mit der Wahl des neuen Vorstandes

THEMA: **Frauen in der jüngeren pommerschen Kirchengeschichte**

PROGRAMM:

13.30 Uhr:	Begrüßung
13.40 Uhr:	Ingelore EHRICHT: **Johanna Odebrecht – Leben und Vermächtnis**
14.10 Uhr:	Aussprache
14.20 Uhr:	Hans Jürgen ABROMEIT: **Frauen um Bonhoeffer in Pommern: Ruth v. Kleist-Retzow, Ruth und Maria v. Wedemeyer, Mechthild v. Behr, Stephanie v. Mackensen-Astfeld**
15.00 Uhr:	Aussprache
15.15 Uhr	KAFFE
15.45 Uhr:	Ruth BÖRDLEIN & Antje HEINRICH-SELLERING: **Margarethe Lachmund: Beziehungen pflegen, Not lindern, Erinnerung bewahren – Einblicke in aktuelle biographische Recherchen**
16.25 Uhr:	Aussprache
16.35 Uhr:	Ulrike REINFELDT: **Marie Möller und Karl von Scheven – Diakonisse und Bischof im Briefwechsel zwischen Schlawe und Greifswald 1948-1950**
17.05 Uhr:	Aussprache
17.15 Uhr:	Schlusswort mit Ausblick auf nächste Veranstaltungen
17.30 Uhr:	ABENDIMBISS
18.15 Uhr:	**Jahresversammlung der Mitglieder der AGpomKG**
19.45 Uhr:	Schluß

Auf dem Platz bieten Partyzelte Schatten; Toillettenbenutzung im Dom.
Wir bitten die Interessenten um eine verbindliche Anmeldung bis zum 15.07.
an die Geschäftsstelle der Arbeitsgemeinschaft: bartels@pek.de

04) Zweites Pfingstfest ohne Sudetendeutschen Tag

Ein langes Wochenende steht vor der Tür, aber nicht irgend eines: Pfingsten! Da war doch was…

Richtig! 70 Jahre lang konnte unser **Sudetendeutscher Tag** in ununterbrochener Reihenfolge begangen werden, aber ein kleiner Virus hat es geschafft, diese Reihe zu unterbrechen.

So fiel auch der für dieses Jahr geplante ST im oberfränkischen Hof ins Wasser und wird aller Voraussicht nach von 16. bis 18. Juli 2021 in **München** in „verkleinerter Form“ nachgeholt. Wir freuen uns darauf!

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 62, 2021

Wien, am 21. Mai 2021

05) Bilder der Vertriebenen-Beiratssitzung im österreichischen Parlament

Die Vertriebenensprecherin **NR-Abg. MMag. Dr. Gudrun Kogler** (ÖVP) sprach von einer äußerst konstruktiven und interessanten Sitzung in dieser Woche und freute sich, „dass wir mit dem wieder aufgenommenen Vertriebenen-Beirat die Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Sprecherinnen und Sprechern des Nationalrats und den Vertriebenenverbänden auf solide Beine stellen konnten.“ Hier sehen Sie Bilder davon:

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 62, 2021

Wien, am 21. Mai 2021

06) Newsletter der A. E. Johann-Gesellschaft vom Mai 2021

Rudi Zülch

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe A. E. Johann-Freunde!

Wir haben einen Videoclip zum A. E. Johann-Preis 2022 erstellt und auf die Homepage eingestellt. Auch wurde der Clip bei Facebook, Instagram und TikTok veröffentlicht. Wenn Sie die Möglichkeit haben, den Clip auf eine Homepage einzustellen, dann würden wir uns sehr freuen.

Kennen Sie junge Leute kennen, die gern schreiben? Dann senden Sie den u.a. Link bitte weiter.

Wir möchten uns ganz herzlich bei den Akteuren Julia Alpers und Arne Eggers bedanken. Ein Dank gilt auch Ulrich Willier und Thorsten Heinze von der Medienwerkstatt Isenhagener Land für Aufnahme und Schnitt und Leni Hohmann, die den Film bei TikTok eingestellt hat. Hier musste das Video in drei Teile aufgeteilt werden, denn bei TikTok darf ein Video nur 59 Sekunden lang sein.

Hier geht es zum Video auf unserer Homepage:

https://www.a-e-johann.de/der-a-e-johann-preis

Mit freundlichen Grüßen

Günter Wolters Karin Hübscher Rudi Zülch

PS: Auf unserer Homepage gibt es einen neuen Button »Fundsachen«. Hier werden alte Fotos und Presseartikel eingestellt.

A. da) Berichte

01) Jugendorganisation im Dialog mit Landesbeauftragter Westmann MdL

Pressemitteilung der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen

Kulturstiftung
der deutschen Vertriebenen

Pressemitteilung

Nr. 10/2021

Berlin, 02.06.2021

Bonner Geschäftsstelle
Godesberger Allee 72-74
53175 Bonn
Telefon: +49 228 915 12 20

Berliner Büro
Brunnenstraße 191
10119 Berlin
Telefon: +49 30 863 355 10

Mail:
presse@kulturstiftung.org

www.kulturstiftung.org

Jugendorganisationen im Dialog mit Landesbeauftragter Westmann MdL

Auf Initiative der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen konnten sich Jugendorganisationen der Landsmannschaften und Spätaussiedler online in einem Gespräch mit der niedersächsischen Landesbeauftragten für Heimatvertriebene, Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler, Editha Westmann MdL, austauschen.

An dem Gespräch nahmen Vertreter des Bundes Junges Ostpreußen (BJO), des Deutsch-Baltischen Jugend- und Studentenrings e.V. (DbJuStR), der Deutschen Banater Jugend- und Trachtengruppen (DBJT), der Jugend-LmDR e.V., des neu gegründeten Jungen Schlesien, der Siebenbürgisch-Sächsischen Jugend in Deutschland und des SdJ – Jugend für Mitteleuropa e.V., teil.

Im Zentrum des Gesprächs und der Diskussion stand die Vorstellung der eigenen Arbeit sowie Möglichkeiten einer Stärkung der Arbeit der Jugendorganisationen im Bundesland Niedersachsen. Gemeinsam vereinbarte man im engen Austausch bleiben zu wollen.

Genannte Jugendorganisationen sind auch engagiert im von der Kulturstiftung Ende letzten Jahres auf den Weg gebrachten Jungen Netzwerks „Zukunft", das zum Ziel hat, die Vernetzung der Jugendorganisationen in Deutschland und darüber hinaus auch untereinander mit den Jugendorganisationen der deutschen Minderheiten im östlichen Europa und den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion zu befördern.

Jugendorganisationen der Landsmannschaften im Dialog mit der Landesbeauftragten Editha Westmann MdL. – *Bild: Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen*

Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen

02) Pressemitteilung zur Fachtagung "Der Lastenausgleich im Spiegel der deutschen Wirtschafts- und Sozialpolitik. Neue Perspektiven und Ansätze für die Forschung" der Kulturstiftung

Pressemitteilung Nr. 09/2021 v. 27.05.2021

Sehr geehrte Damen und Herren,

anhängend erhalten Sie eine Pressemitteilung der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen zur zweitägigen interdisziplinären Fachtagung „Der Lastenausgleich im Spiegel der deutschen Wirtschafts- und Sozialpolitik. Neue Perspektiven und Ansätze für die Forschung“.

Mit dieser Veranstaltung gab die Kulturstiftung Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern die Möglichkeit, ihre Forschungsergebnisse zur Integration von Flüchtlingen, Vertriebenen sowie (Spät-)Aussiedlern vorzustellen und dabei unter besonderer Berücksichtigung des Lastenausgleichs zu diskutieren, wie sich die deutsche Wirtschafts- und Sozialpolitik seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs entwickelt hat. Zudem wurde mit der interdisziplinären Fachtagung auf die Bestände des Bundesarchivs – Lastenausgleichsarchivs in Bayreuth aufmerksam gemacht und diskutiert, welche neuen Ansätze und Perspektiven für die Forschung damit erschlossen werden können.

Die gesamte Fachtagung ist als Aufzeichnung auf dem Youtube-Kanal der Kulturstiftung abrufbar: www.bit.ly/kulturstiftungvideo

Die mitgelieferten Bilder sind für Ihre Berichterstattung honorarfrei online und im Print verwendbar. BU-Vorschläge finden Sie am Ende der PM.

Mit freundlichen Grüßen
Tomáš Randýsek

Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen für Wissenschaft und Forschung
Pressestelle
Brunnenstr. 191
10119 Berlin
Tel.: 030-86335510
presse@kulturstiftung.org
www.kulturstiftung.org

Kulturstiftung zeigt Potenzial des Lastenausgleichsarchivs in Bayreuth für die künftige Forschung auf

Zweitägige interdisziplinäre Online-Fachtagung zum Lastenausgleich im Spiegel der deutschen Wirtschafts- und Sozialpolitik

Mit der zweitägigen interdisziplinären Online-Fachtagung „Der Lastenausgleich im Spiegel der deutschen Wirtschafts- und Sozialpolitik. Neue Perspektiven und Ansätze für die Forschung“ zeigte die Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen am 20. und 21. Mai das im Lastenausgleichsarchiv in Bayreuth schlummernde Potenzial für die Wissenschaft auf.

Moderiert wurde die Veranstaltung von **Dr. Kathleen Beger**, Wissenschaftliche Referentin der Kulturstiftung für Staats- und Völkerrecht, (Zeit-)Geschichte, Literaturgeschichte, und **Thomas Konhäuser,** Geschäftsführer und wissenschaftlicher Leiter der Kulturstiftung. In seinen einleitenden Worten zum Thema der Tagung erklärte Thomas Konhäuser: „Das Lastenausgleichsgesetz leistete einen wichtigen Beitrag zur Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen und gilt bis heute als eine der größten Umverteilungsmaßnahmen in der Bundesrepublik.“ Gleichzeitig wies er auf die umfangreichen „wissenschaftlichen Schätze“ hin, die es im Lastenausgleichsarchiv in Bayreuth noch zu heben gilt.

Reinfried Vogler, Vorstandsvorsitzender der Kulturstiftung, schloss seine Grußworte an. Er bedauerte, dass der Lastenausgleich heute ein oft übersehenes Stück deutscher Sozialgeschichte ist. „Dieser Lastenausgleich war eine Maßnahme, die einmalig in der Geschichte ist und zeugt auch von einer politischen Weitsicht, die die Politiker damals gehabt haben,“ sagte er. Das Thema verdiene eine größere Beachtung und Aufarbeitung, da man auch für die Zukunft daraus Lehren ziehen könne und es ein Beispiel einer großen sozialpolitischen Leistung sei.

Sylvia Stiersdorfer, MdL und Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung für Aussiedler und Vertriebene, widmete sich in ihrem Grußwort der Bedeutung des Lastenausgleichs für zukünftige Generationen. „Der Lastenausgleich ist eine wahnsinnige Erfolgsgeschichte insgesamt, aber es war natürlich nicht so, dass es in der Bevölkerung immer so gesehen worden ist“, sagte Sylvia Stiersdorfer und fügte hinzu: „Das war eine große Herausforderung: das Zusammenführen, die Eingliederung in die Gesellschaft und natürlich auch der Bevölkerung zu erklären, warum der Lastenausgleich notwendig war.“

Auch **Dr. Silke Launert**, MdB, Stellvertretende Vorsitzende der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Mitglied der Vollversammlung des Sudetendeutschen Rates würdigte die Bedeutung des Lastenausgleichs in ihrem Grußwort. Der Lastenausgleich habe in der Nachkriegszeit neben Entschädigung und Eingliederung auch Linderung der größten Not gebracht. An diese Integration zu erinnern sei eine historische Verpflichtung, habe aber auch heutige Bezugspunkte. „Das Thema des Lastenausgleichs ist so aktuell wie lange nicht, weil während der Pandemie Forderungen laut geworden sind, dass sich die Gewinner in der Corona-Krise finanziell an den Folgen beteiligen sollen“, sagte Dr. Launert.

Den Auftakt der wissenschaftlichen Beiträge machte **Prof. Dr. Sebastian Till Braun**, Lehrstuhlinhaber für Quantitative Wirtschaftsgeschichte an der Universität Bayreuth, mit einer volkswirtschaftlich-historischen Einordnung der Integration der deutschen Heimatvertriebenen zwischen 1945 und 1970. Anhand von Daten aus Volkszählungen legte er schlüssig dar, dass der Erfolg der damaligen Integration von vielen Faktoren, wie etwa dem Ansiedlungsort, abhing. Ihrerseits hätten die Heimatvertriebenen aber auch den

Strukturwandel zur hochproduktiveren Industrie und im Dienstleistungssektor in Westdeutschland durch ihre Mobilität beschleunigt, erklärte Prof. Dr. Braun.

Auch **Prof. Dr. Michael Schwartz**, vom Institut für Zeitgeschichte in Berlin, beschrieb eine Sekundärmigration hin zu neuen Arbeitsplätzen in seinem Vortrag „Die Vertriebenen und die ‚Umsiedlerpolitik‘ in der DDR“. Im Gegensatz zum westdeutschen Ansatz habe die DDR aber konsequent stets den Weg der sozialnivellierenden Grundentschädigung gewählt. „Materiell wie symbolpolitisch gleichermaßen blieb die sehr früh völlig verweigerte DDR-Umsiedlerpolitik unzureichend“, sagte Prof. Dr. Schwartz. Auch das habe dazu geführt, dass bis zum Mauerbau etwa ein Drittel aller DDR-Flüchtlinge einen Vertriebenenhintergrund hatten.

Den dritten Vortrag des ersten Tages hielt **apl. Prof. Dr. Jannis Panagiotidis**, von der Universität Wien. Er beschäftigt sich in seiner Forschung mit Migration und Integration. „Integrationserfolge sind das Ergebnis einer positiven Rahmung und aktiven staatlichen Unterstützung der Integrationsprozesse und nicht etwa eines selektiven Aufnahmeregimes“, konstatierte Prof. Dr. Panagiotidis anhand der Integration der Russlanddeutschen und der sogenannten jüdischen Kontingentflüchtlinge aus dem postsowjetischen Raum. Die Anerkennung von Bildungsabschlüssen, Qualifikationen und Rentenansprüchen sei ein wichtiger Faktor, um Erwerbsbiographien nicht direkt nach der Ankunft zu brechen.

An der anschließenden Diskussionsrunde nahm auch **Hartmut Koschyk**, Parlamentarischer Staatssekretär a.D. und ehemaliger Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, teil. Er betonte die politisch befriedende Wirkung des Lastenausgleichs jenseits seiner sozioökonomischen Wirkung. Gerade sein Hinweis darauf habe direkt nach der Wende auch dafür gesorgt, dass die zunächst ablehnende Haltung des Bundesfinanzministeriums gegenüber einer Einmalleistung für Vertriebene in der DDR umgekehrt werden konnte.

Internationale Dimension des Archivs

Der zweite Tagungstag begann mit einem Grußwort von **Prof. Dr. Michael Hollmann**, Präsident des Bundesarchivs. „Ich denke, dass wir dem Thema Flucht und Vertreibung als

europäischem Thema heutzutage nur wirklich gerecht werden können, wenn wir auch nach modernen Möglichkeiten suchen, hier die Quellen an die Forschung heranzutragen, aktiver als wir das bisher konnten“, sagte Prof. Dr. Hollmann. Die Digitalisierung betreffe darum die Archive in ganz besonderer Weise. Unterlagen, die als „Schatz“ in Bayreuth liegen, sollen so in Zukunft digital weltweit zur Verfügung gestellt werden können.

Den Standort, die Geschichte und die Bestände des Lastenausgleichsarchivs in Bayreuth stellte anschließend **Karsten Kühnel** vor, der das Lastenausgleichsarchiv leitet. Die 27 Mitarbeiter des Archivs verwalten etwa 38 laufende Kilometer Schriftgut mit Quellen zu Flucht und Vertreibung, darunter die Akten der Ausgleichsverwaltung, der Heimatauskunftstellen, des Hauptamtes für Soforthilfe/ Bundesausgleichsamts sowie Unterlagen des Kirchlichen Suchdienstes,

Das umfangreiche Archivmaterial umfasse auch und 30 000 Erlebnisberichte in der sogenannten Ostdokumentation sowie unter anderem Feststellungsakten für erworbenes jüdisches Vermögen. Der Zugang zu vielen dieser Akten sei bereits online möglich, erklärte Karsten Kühnel, die Digitalisierung sei aber noch lange kein abgeschlossenes Projekt und künstliche Intelligenz zur Unterstützung der Arbeit ein derzeit spannendes neues Feld.

Perspektiven und Ansätzen für die Forschung im Lastenausgleichsarchiv widmeten sich anschließend Wissenschaftler in weiteren Tagungsbeiträgen. Den Anfang machte **Prof. Dr. Manfred Kittel**. Für ihn seien die Bayreuther Akten ein teils „schrecklich faszinierender Spiegel nachkriegsdeutscher Mentalitätsgeschichte“. „Es liest sich vielfach wie ein Krimi, ein veritabler Fortsetzungsroman in unendlich vielen, von der Forschung bislang so gut wie nicht berücksichtigten Aktenmetern“, sagte Prof. Dr. Kittel.

Dr. Zdeněk Kravar, Leiter der Abteilung für ältere Bestände am Schlesischen Landesarchiv in Opava (Troppau) in Tschechien, ging in seinem Beitrag auf die bereits genutzten Möglichkeiten der direkten Arbeit im Lastenausgleichsarchiv ein. Gerade für die Regionalgeschichte der Vertreibungsgebiete sei man hier auf viele Archivalien gestoßen, die am Ursprungsort nicht vorhanden seien. Zudem könne man Biographien, die in der Vertreibung einen Bruch erlitten, in Teilen hier wieder aufgreifen. Durch die Kombination mit Quellen aus tschechischen Archiven entstehe so ein kompletteres Geschichtsbild.

Die praktischen Ergebnisse der Zusammenarbeit mit dem Lastenausgleichsarchiv präsentierte **Dr. Branislav Dorko**, Direktor des Kreisarchivs Bruntál (Freudenthal) im Bezirksarchiv Krnov (Jägerndorf). Für viele Publikationen zur Regionalgeschichte habe man auf die Akten des Lastenausgleichsarchivs zurückgreifen und so Nachkriegsschicksale wichtiger Persönlichkeiten und Akteure nachvollziehen können.

In seinem Vortrag hob **Dr. Mirosław Węcki**, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Geschichte der Schlesischen Universität in Katowice (Kattowitz), die Bedeutung der Ostdokumentation hervor, die auch für polnische Historiker neue Erkenntnisse liefern kann. „Obwohl das Lastenausgleichsarchiv in Polen wenig bekannt ist, wissen doch Historiker, die sich mit dem Zweiten Weltkrieg beschäftigen, dass dies ein Ort ist, den man besuchen muss.“

Prof. Dr. Martin Ott, Gründungsdirektor des Instituts für Fränkische Landesgeschichte der Universitäten Bamberg und Bayreuth, legte den Fokus seines Referats auf die Bedeutung der Quellen des Lastenausgleichsarchivs für die Landes- und Mikrogeschichte. Für diesen Forschungsraum seien besonders die Anträge auf den Lastenausgleich selbst von

Bedeutung, da sie von Vertriebenen schon an ihrem Ankunftsort gestellt wurden und darum Aussagen über die damalige Lage vor Ort und Migrationsgeschichten zulassen.

In der anschließenden Diskussionsrunde verwies **Hartmut Koschyk** darauf, dass es schon seit Ende der 1990er Jahre Pläne gibt, die Zusammenarbeit des Lastenausgleichsarchivs und der Universität Bayreuth zu vertiefen und eine Forschungsstelle oder einen Stiftungslehrstuhl zur Intensivierung der Forschung an den Lastenausgleichsakten zu gründen. Die Themen Flucht, Vertreibung und Migration seien bis in die heutige Zeit bedeutend und Integrationsforschung zudem ein „internationales Top-Forschungsthema“. Er fügte hinzu: „Die Diskussion, die wir gestern und heute dank dieser Tagung der Kulturstiftung durchgeführt haben, hat deutlich gemacht, dass wir in der Tat darauf hoffen können, dass die Forschung rund um das Lastenausgleichsarchiv sich irgendwann doch mehr Bahn bricht als heute."

In seinem Schlusswort sprach **Reinfried Vogler** von der Bedeutung des Lastenarchivs für die grenzüberschreitende Verknüpfung alter und neuer Siedlungsgebiete. „Auch für die Arbeit der Landsmannschaften bietet dieser breite Horizont des Lastenausgleichsarchives zusätzliche Möglichkeiten, die auch geeignet sind, auch die jüngere Generation stärker mit einzubinden“, sagte Reinfried Vogler. So könne die Brückenfunktion der Landsmannschaften unterstützt und deren Fortsetzung in der nächsten Generation gesichert werden.

Der Vortrag wurde live auf Youtube übertragen und ist auf dem Youtube-Kanal der Kulturstiftung als Aufzeichnung abrufbar: www.bit.ly/kulturstiftungvideo

Karsten Kühnel stellte das Lastenausgleichsarchiv in Bayreuth und dessen Bestände vor

Dr. Katleen Beger und Thomas Konhäuser moderierten die Fachtagung der Kulturstiftung

Prof. Dr. Michael Hollmann, Präsident des Bundesarchivs, am zweiten Tagungstag

01) Ordnung und Gewalt. Wechselwirkungen zwischen Militär und Politik in der Neuzeit

digital (Potsdam)
Veranstalter
Arbeitskreis Militärgeschichte e.V.; Wencke Meteling, Washington, D.C. ; Christoph Nübel, Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, Potsdam

18.03.2021 - 18.03.2021
Von
Linus Birrel, Neuere und Neueste Geschichte Westeuropas, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg

Der Vorsitzende des Arbeitskreises Militärgeschichte e.V. (AKM), MARTIN CLAUSS (Chemnitz), eröffnete die Tagung, indem er auf die lange Geschichte der Wechselwirkungen zwischen Militär und Politik aufmerksam machte. Er verwies auf die Bedeutung der Bildsprache des Militärischen in der Selbstdarstellung von (meist männlichen) Politiker:innen und der Staatsrepräsentation von der Antike bis in die Moderne. Zwar nahm dieses Phänomen unter unterschiedlichen Bedingungen verschiedene Ausprägungen an, jedoch stellte die Verbindung von Militär und Politik aufgrund des heroisierenden Potentials des Militärischen einen Wesenskern vieler europäischer Gesellschaften dar, so Clauss. Lediglich moderne, postheroische Gesellschaften drückten in der Selbstdarstellung des politischen Personals eine klare Trennung der Bereiche Politik und Militär aus, nicht aber in ihrer Staatsrepräsentation.

In seinem Einführungsvortrag machte **CHRISTOPH NÜBEL** (Potsdam) auf aktuelle Fälle aufmerksam, in denen nationales Militär ganz offen Einfluss auf die Politik eines Staates nimmt (etwa in Myanmar oder Aserbaidschan), um anschließend auf die lange historische Tradition des Griffs von Militär(s) nach der politischen Macht zu verweisen. Daraus schlussfolgerte er, dass, wer Staatlichkeit verstehen wolle, das Militär studieren müsse und umgekehrt. Die Frage, weshalb sich Militär einer politischen Führung unterordnete oder aber diese mit Rückgriff auf die eigenen Machtressourcen beseitigte, müsse im Mittelpunkt einer politikgeschichtlich interessierten Militärgeschichte stehen. Denn staatliche Gesellschaftsordnungen seien stets um die Kontrolle militärischer Macht bemüht gewesen, welche die äußere Sicherheit des Staates garantieren sollte und gleichzeitig ein umstrittenes Mittel zur Herstellung innerer Ordnung darstellen konnte. Als ein Grundproblem des Tagungsthemas identifizierte Nübel die Terminologie. Die beiden Kategorien „Politik“ und „Militär“ würden häufig nicht klar definiert. Dies zeige sich beispielsweise in der gegenwärtig wieder aufscheinenden Debatte über einen deutschen „Sonderweg“ und in der Frage des normativen Verständnisses des „Primats der Politik“. „Politik“ und „Militär“ seien historisch bedeutsame, allerdings nicht immer leicht zu bestimmende Kategorien. Nübel sprach sich deshalb dafür aus, diese nicht als strikt getrennte, abgeschlossene Bereiche zu betrachten, sondern als interagierende, dynamische Sphären mit eigenen, immer wieder aber auch geteilten Funktions- und Handlungslogiken.

Im ersten Panel, das sich Fallbeispielen der Frühen Neuzeit widmete, zeigte **CATHLEEN SARTI** (Oxford) die Wechselwirkungen zwischen Militär und politischer Ordnung am Beispiel von Dänemark-Norwegen und Schweden auf. Sie betonte die Mannigfaltigkeit und Komplexität der Formen von Ordnung und Gewalt in den Konflikten des späten 16. und frühen 17. Jahrhunderts im Ostseeraum. Die beiden nordischen Königreiche Schweden und

Dänemark-Norwegen gingen dabei unterschiedliche Wege. Die schwedische Militärorganisation fußte auf dem Indelningssystem, das Teile der wehrfähigen Männer des Königreichs wehrpflichtig machte und gleichzeitig eine Aufrechterhaltung der landwirtschaftlichen Produktion erlaubte. Das dänische Militär war hingegen vom Rückgriff auf Söldnertruppen unter Führung dänischer Adeliger gekennzeichnet. Für das Verständnis ihres Untersuchungsgegenstands seien die Wechselwirkungen zwischen Kriegsereignissen, der Organisation von Militär und politischer Kultur wichtig. So habe Krieg beispielsweise für die jungen Herrscher Erik XIV. von Schweden und Frederik II. von Dänemark zugleich ein Mittel zur Legitimationsherstellung als auch eine Chance auf territoriale Expansion ihrer Herrschaften dargestellt. Der äußerst kostspielige Rückgriff auf Söldner von Seiten Dänemarks führte im Königreich Ende des 16. Jahrhunderts zu strukturellen Finanzreformen. Für die Beendigung des Nordischen Siebenjährigen Kriegs im Jahr 1570 spielte schließlich der Druck, den der Rat Frederiks II. aus finanziellen Erwägungen auf den König ausübte, eine bedeutende Rolle.

DIMITRIOS TIM NYENHUIS (Düsseldorf) betonte in seinem Vortrag zum Dreißigjährigen Krieg die mannigfaltigen Wechselwirkungen zwischen Ordung und Gewalt. Ihre Dynamik habe den Prozess einer Eskalation der Gewalt befördert, die von zeitgenössischen Beobachtern als Kontrollverlust gedeutet worden sei. Nyenhuis zufolge waren beispielsweise die zahlreichen bildlichen Darstellungen des Krieges als außer Kontrolle geratenes Monstrum Ausdruck eines Bedeutungsverlusts ziviler Ordnungssysteme. Für die historische Forschung sei das Narrativ des Kontrollverlusts politischer und militärischer Führung jedoch differenzierungsbedürftig. Forschungsleitend sei folglich die Unterscheidung von situativem, intentionellem und strukturellem Kontrollverlust, ein Schema, das der Vortragende den Forschungen Daniel Hohraths und Sönke Neitzels zu Gewaltentgrenzung und Kriegsgräueln entlehnte. Nyenhuis schlussfolgerte, dass nicht intentionelle, sondern strukturelle Gründe für situative Entgrenzungen des Krieges verantwortlich waren, die von Zeitgenossen häufig als völliger Kontrollverlust gedeutet wurden. Er zeigte, dass die zahllosen Beispiele situativen Kontrollverlusts der militärischen Führung unter anderem durch Kreditkaskaden hervorgerufen wurden, die durch das zeitgenössische Wesen der Kriegslogistik und -finanzierung entstanden. Diese Dynamik habe die Art der Kriegführung maßgeblich beeinflusst.

Im zweiten Panel, das sich dem Thema Militär und innerer Sicherheit widmete, verglich **KATHARINA SCHMITTEN** (Berlin) Militäreinsätze in Industriegebieten in Preußen und Großbritannien zwischen 1889 und 1912. In den Gesetzen und Vorschriften zum Einsatz von Militär im Inneren offenbarte sich ihr zufolge ein diametral entgegengesetztes Verhältnis von Politik und Militär in beiden Ländern. Zwar war der Einsatz von Soldaten zur Unterstützung von Polizeikräften in Ausnahmefällen jeweils üblich, jedoch kontrastierte die bedingungslose Unterordnung des britischen Militärs unter die politische Führung mit einer vergleichsweise weitgehenden Handlungsautonomie des Militärs in Preußen. Nicht zuletzt unterschied sich auch die Stellung des Militärs in beiden Gesellschaften merklich voneinander. Während der Dienst in der britischen Berufsarmee mit einem geringen Sozialprestige verbunden war, hatte der Wehrdienst in Preußen eine hohe gesellschaftliche Relevanz. Schmitten betonte die strukturellen Unterschiede im Unterstellungsverhältnis der beiden Streitkräfte; im deutschen Kaiserreich unterstand das Militär unmittelbar der Kommandogewalt des Monarchen und konnte im Gegensatz zur britischen Armee kaum von Regierung und Parlament kontrolliert werden. Aus ihrer vergleichenden Betrachtung des Bergarbeiterstreiks in Südwales 1910/11 sowie des Bergarbeiterstreiks im März 1912 im Ruhrgebiet zog Schmitten den Schluss, dass der Einsatz von Soldaten als Ordnungskräfte zwar kurzfristig seinen streikbrechenden Zweck erfüllte, jedoch langfristig zur Verbitterung und Radikalisierung bedeutender Teile der Bevölkerung beitrug.

MARCUS BÖICK (Bochum) widmete sich den Wechselbeziehungen zwischen privaten Sicherheitsunternehmen, Militär und Staat in Deutschland mit einem Fokus auf den Jahren 1918, 1945 und 1990. Diese Zäsuren hatten die Auflösung von Streitkräften gemeinsam, wodurch zahlreiche Menschen, die als Soldaten umfangreiche Fähigkeiten organisierter Gewalt erworben hatten, in die zivile Sphäre zurückkehrten. In der anschließenden Phase der Erwerbslosigkeit waren sie potentiell mit der Frage konfrontiert, ob sie ihren Status als Gewaltexperten nicht privatwirtschaftlich ökonomisieren sollten. Seinen Untersuchungsgegenstand privater Sicherheitsakteure verortete Böick im zeithistorischen Feld von Sicherheitskulturen und Versicherheitlichung. Er sprach sich dafür aus, Sicherheitskulturen und -märkte jenseits linearer Verfalls- und Expansionserzählungen vom Gewaltmonopol zu betrachten. Mit Blick auf einen sogenannten Sicherheitskapitalismus könne die Vermarktung von Sicherheit untersucht und gefragt werden, inwiefern privat-kommerzielle Auffangbecken Übergänge für ehemalige Soldaten zwischen Militär und Zivilgesellschaft darstellten. Abschließend plädierte Böick dafür, Akteure dieses erweiterten, privaten Sicherheitsmilieus als Ausgangspunkt für Untersuchungen der dynamisch-diffusen Grenzziehungen zwischen den Kategorien „privatwirtschaftlich“ und „öffentlich-staatlich“ sowie innerer und äußerer Sicherheit zu nehmen.

Die Tagung beleuchtete mit weit gefächerten Beispielen die vielschichtige Verschränkung von Militär und Politik im neuzeitlichen Staat, und die Beiträge verwiesen auf die Komplexität der Abhängigkeitsverhältnisse zwischen Akteursgruppen im Kontext der Organisation und Kontrolle von Gewalt in Gesellschaften. Die diesen Wechselwirkungen innewohnende Dynamik stellt ein historisches Phänomen dar, dessen Untersuchung nicht zuletzt Erkenntnisse bereithält, die zum Verständnis von Staatlichkeit beitragen.

Konferenzübersicht:

Martin Clauss (Chemnitz): Grußwort des Vorsitzenden des AKM

Wencke Meteling (Washington, D.C.) und Christoph Nübel (Potsdam): Wechselwirkungen zwischen Militär und Politik. Zur Einführung

Panel I: Politik und Militär in Krieg und Nachkrieg: Fallbeispiele aus der Frühen Neuzeit

Leitung: Christoph Nübel (Potsdam)

Cathleen Sarti (Oxford): Wechselwirkungen zwischen Militär und politischer Ordnung. Dänemark-Norwegen und Schweden in den Kriegen des späten 16. Jahrhunderts

Dimitrios Tim Nyenhuis (Düsseldorf): Ordnung oder Gewalt? Situativer und intentioneller Kontrollverlust von Politik und Militär im Dreißigjährigen Krieg

Panel II: Militär und innere Sicherheit: Organisierte Gewalt zwischen Ver- und Entstaatlichung

Leitung: Wencke Meteling (Washington, D.C.)

Katharina Schmitten (Berlin): Soldaten als Ordnungskräfte? Militäreinsätze in britischen und deutschen Industrieregionen 1889-1912

Marcus Böick (Bochum): Ein professionelles Auffangbecken für Gewalt-Experten? Über Austausch- und Wechselbeziehungen zwischen Militär, Staat und privaten Sicherheitsunternehmen nach 1918, 1945 und 1990.

Zitation
Tagungsbericht: Ordnung und Gewalt. Wechselwirkungen zwischen Militär und Politik in der Neuzeit, 18.03.2021 – 18.03.2021 digital (Potsdam), in: H-Soz-Kult, 31.05.2021, <www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-8954>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

A. ea) Dokumentationen, Projekte, Diskussionen

01) Wahlprogramm der Grünen

Sehr geehrte Damen und Herren,
als Anhang zu dieser E-Mail schicke ich Ihnen das Wahlprogramm der Grünen in der .pdf- und .docx-Version und meine eigene Auffassung dazu

Mit freundlichen Grüßen

Karin Zimmermann
Am Hang 19
53819 Neunkirchen-Seelscheid
E-Mail: info@AVIADOC.de
(Nicht parteigebunden)

https://www.gruene.de/artikel/wahlprogramm-zur-bundestagswahl-2021

Folgende Eindrücke zur äußerlichen Aufmachung:

1. Überzeugend gegliedert.

2. Ausgezeichnet formuliert. Zur Darstellung grüner Politik geht es nicht besser. Unangenehme Inhalte werden verbrämt in anderen Zusammenhängen versteckt. **Nur ein Beispiel:** Die entschädigungslose Enteignung honoriger Sportschützen und Jäger findet sich als letzter Satz im Absatz (Den privaten Waffenbesitz tödlicher Schusswaffen wollen wir weitestgehend beenden) im Abschnitt: **„Vor Terrorismus schützen“** auf Seite 105 (unten).

3. Das gesamte Spektrum der politischen Einflussmöglichkeiten abdeckend sind die Handlungsziele der Partei unmissverständlich ausgedrückt.

4. Die meisten Leser des Programms finden sich in ihm wieder und zwar in einer ihnen geeignet erscheinenden Form.

Inhaltlich ist der Eindruck aber ein anderer:

A. Vom ersten Buchstaben des Programms bis zum letzten geht die Partei - irrig - davon aus, dass eine Verminderung des CO_2-Gehaltes in der Luft dazu führt, dass die Temperaturerhöhung auf der Erde gebremst werden kann. Diese Auffassung ist – Pariser Klimaschutzabkommen hin oder her – von ernst zu nehmenden Wissenschaftlern überzeugend widerlegt worden.
   Es ist nun mal so, dass sich das Klima seit Millionen von Jahren ändert, ohne dass das von Menschen geändert und auch ohne, dass CO_2 dafür verantwortlich

B. gemacht werden könnte. „Wir sind auf dem besten Wege, unsere bisher gut funktionierende, sichere, störungsfreie und preiswerte Energiewirtschaft zu zerstören“, liest man - treffend - in einem Leserbrief von Joachim Rescher, Dessau-Rosslau in der Jungen Freiheit vom 21.05.2021.

C. Selbst wenn die von den Grünen getroffene Überzeugung richtig wäre, wäre der deutsche, ja sogar der europäische Beitrag dazu so gering, dass er sich weltweit kaum auswirken würde. Die Kosten dagegen wären so gigantisch, dass eine Realisierung zu einer Deindustrialisierung Deutschlands und zur Vernichtung zahlloser, wertvoller, hochbezahlter Arbeitsplätze führen würde.

D. Etwas Anderes dagegen ist richtig: CO_2 ist ein Dünger, der den weltweiten Pflanzenwuchs fördert. Eine Reduktion des CO_2-Gehaltes wäre daher kontraproduktiv: Würde der CO_2-Gehalt in der Luft reduziert, würde auch die Nahrungsmittelproduktion abnehmen. **Der Hunger in der Welt würde verstärkt.**

E. Die Entscheider der Industrie haben die finanziellen Auswirkungen der hier propagierten Klimapolitik begriffen: Sie haben damit aufgehört, die Politik davon überzeugen zu wollen, dass die Verteuerung der Energie - von den Grünen als „Energierevolution“ bezeichnet - die Konkurrenzfähigkeit untergräbt und Arbeitsplätze vernichtet. Sie haben damit begonnen, ihre Fabriken ins Ausland zu verlagern. Die Entscheidungen darüber treffen nun mal die Firmenchefs, nicht die Politik!

F. Ebenso wie die Verteuerung der Energie hat diese Verlagerung bereits begonnen.

G. Der Endverbraucher spürt diese „Grüne-CO_2-Bepreisung“ - Steuer wäre ein gar zu hässliches Wort - inzwischen an der Stromrechnung, an der Tankstelle, beim Kauf von Heizöl, … Der gewohnte Lebensstandard wird nicht zu halten sein. Hoch qualifizierte Akademiker wandern bereits jetzt ins Ausland und werden durch kaum ausgebildete Zuwanderer ersetzt.

H. Zählt man die nach dem Programm neu zu schaffenden Organisationen (Institute, Beauftragte, Teams, Beratungsstellen, Anstalten, Forschungsstellen, Agenturen, Plattformen, Kammern, …) so kommt man in die Gegend von 50. Das widerspricht dem erhobenen Anspruch auf „Vereinfachung von Verfahren“, der etwa ein Dutzend Mal prognostiziert wird. Nach dem Sprachgebrauch der Verfasserin ist das keine Vereinfachung, sondern ein „Aufblähen der Bürokratie“.

I. Addiert man die Anzahl der Programmpunkte, die Geld kosten und diejenigen, die Geld einbringen, stellt man ein Missverhältnis fest. Das soll offenbar durch neue Staatsschulden abgedeckt werden. Diese belasten die Folgegenerationen, ohne dass hierzu eine aktuelle Not bestünde. Das widerspricht auch dem von der Partei erhobenen Anspruch, „mit dem Geld der Steuerzahler*innen sorgsam umzugehen“.

J. Die Disposition deutscher Geldmittel erfolgt auch von der EU aus. Die Grünen wollen den EU-Haushalt deutlich ausweiten und mit eigenen Einnahmen ausstatten. Dazu gehören auch Einnahmen des CO_2-Grenzausgleichs. Auch die Besteuerung

von Plastik und Digitalkonzernen und möglichst auch der Finanztransaktionen soll den EU-Haushalt stärken. Man gewinnt den Eindruck, dass bei der grünen Parlamentariergruppe, die die Finanzierungsziele formuliert hat, eine Hausfrau fehlte: Die hätte gewusst, dass Geld, das man nicht hat, auch nicht ausgegeben werden kann.

K. Die Forderung nach einer 50-Prozent-Quote für Frauen im Auswahlverfahren für das Personal in internationalen Einsätzen, in den international arbeitenden Ministerien sowie im gehobenen und höheren Europäischen Auswärtigen Dienst widerspricht dem ebenfalls geforderten Leistungsprinzip. Die Forderung nach Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern, darf nicht dazu führen, dass damit die gleiche Anzahl von Männern und Frauen für eine bestimmten Aufgabe gefordert wird. Es muss auch hier das Prinzip gelten: Wer eine bessere Leistung erbringt als der andere, muss besser bezahlt, eher befördert werden, … und zwar unabhängig vom Geschlecht. Es wird sich in der Praxis herausstellen, dass sich für bestimmte Tätigkeiten Frauen besser eignen, bei anderen wiederum Männer.

L. Die durch Zuwanderer geprägte Verbrechensstatistik wird ignoriert. Die Zuwanderung wird durch das Programm erleichtert.

M. Bei der Parteipolitik, die in die übrigen Staaten der Welt hineinwirkt, kommt der Eindruck auf, dass die Grünen in erheblicher Weise deutsche Arroganz propagieren: Sie maßen sich an, die Politik anderer Staaten mit eigenen Maßstäben zu messen und zu beurteilen. Die Anderen sollen alles so machen, wie es die Deutschen (Grünen) wollen. Das ist in der deutschen Politik nicht zum ersten Mal vorgekommen.

Mit freundlichen Grüßen

Karin Zimmermann
Am Hang 19
5819 Neunkirchen-Seelscheid

(nicht parteigebunden)

02) „Führerhaus“ - Womit wir uns täglich herumschlagen müssen!

Asphalt Straßenbau Gesellschaft mbH
Mitgliedsunternehmen des dav und der FG Bau BB e.V.
Asphalt Straßenbau Gesellschaft mbH – Gewerbering 26 – 03099 Kriesch

Stadtverwaltung Cottbus
Geschäftsbereich Stadtentwicklung und Bauen
Fachbereich Immobilien
Karl-Marx-Straße 67
03044 Cottbus

Kolkwitz, 24.05.2021

Ihr Schreiben: Schriftzug Bagger vom 21.05.2021

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrte Frau Kowatsch,

mit Interesse habe ich Ihren Anruf am Freitag nach 16.00 Uhr in meinem Büro der ASG mbH entgegen- und ihre E-Mail zur Kenntnis genommen und antworte Ihnen hiermit wie folgt:

Ein junger verantwortungsvoller Mitarbeiter hat auf der ihm zur Verfügung gestellten Baumaschine, einem ATLAS-Bagger 180 WSR, eigenverantwortlich und ohne mein Zutun und/oder Zustimmung den Aufkleber „Führerhaus“ am unteren Rand des transparenten Teiles der Tür zur Baumaschine angebracht.

Diesen Teil der Baumaschine nennt man auch in Fachkreisen Führerhaus. So nachzulesen in der ECE R29 oder in den TÜVIS Rili zu § 30 Nr. 8 Rili für die Gestaltung und Ausrüstung der Führerhäuser. Somit ist das Wort Führerhaus in der Fachsprache fest verankert und impliziert keineswegs eine irgendwie geartete politische Aussage.

Für Laien mit einseitiger politischer Ausrichtung bzw. völliger Desorientierung und ohne das Wissen einer weltoffenen Kommunikation und Kultur scheint allein das Wort Führer ein zutiefst verabscheuungswürdiger bzw. anstößiger Begriff zu sein. Als Liebhaber der deutschen Sprache und Kultur kann ich Ihnen versichern, daß dieses einfache Wort fest in unserem Sprachgebrauch verankert ist, siehe Führerschein, Hundeführer, Blindenführer, Lokführer usw. Und dies ohne politischen Auslegungszwang.

Noch größeren Aufklärungsbedarf sehe ich jedoch in der Art der Betrachtung der sogenannten deutschen (gotischen) Schriftform. Am 03.01.1941 ordnete der damalige Führer des deutsche Volkes Adolf Hitler an, die gotische Schriftform, als jüdisch verpönt, zugunsten der „Normal-Schrift“ aufzugeben. Somit kann bei der Verwendung der gotischen Schriftzeichen gerade nicht von einer verfassungswidrigen nationalsozialistischen Gesinnung des Verwenders ausgegangen werden, da ja gerade in der Blütezeit des damaligen nationalsozialistischen Deutschen Reiches diese Schriftform abgeschafft wurde.

Ich werde mich daher keineswegs an einer selbstkasteienden Hexenjagd zum Nachteil der deutschen Sprache und Kultur beteiligen, sondern vielmehr ihren Hinweis verstärkt zum Anlass nehmen, Aufklärung zu betreiben und bitte Sie, es mir gleich zu tun, um unsere schöne, viele hunderte Jahre alte Sprache zu pflegen und auch mit ihren jüdischen Merkmalen zu erhalten.

Mit freundlichen Grüßen

Dipl.-Ing. Frank Pilzecker

PS.: „Das Böse liegt im Auge des Betrachters.“ Aus dem Englischen.

Commerzbank Cottbus
IBAN: DE 33 1808 0000 0165 5050 00
BIC: DRESDEFF 180

Sparkasse Spree-Neiße Cottbus
IBAN: DE 90 1805 0000 0190 0079 40
BIC: WELADED1CBN

Geschäftsführer:
Dipl.-Ing. Frank Pilzecker
USt-IdNr. DE 262 709 774

Tel: 035604 – 6 16 10
Fax: 035604 – 6 16 19
E-Mail: info@asg-kolkwitz.de

Registergericht KG Cottbus
HRB 1920
Steuer-Nr. 056/105/02727

(freundliche Mitteilung von unserem Leser G. D. aus Österreich)

A. eb) Dokumentationen, Projekte, Diskussionen: Veränderung der Geschicht slandschaft durch Umbenennung von Straßen

01) Rettet die Berliner Mohrenstraße

Kolumne von Götz Aly

... und Götz Aly kämpft weiter für die Mohrenstraße, er fordert die Berliner auf, innerhalb der nächsten vier Wochen Protestbriefe gegen die Umbenennung zu schreiben, und zwar an Bezirksamt Mitte, Kulturamt, Karl-Marx-Allee 31, 10178 Berlin.

Und nicht ohne Grund, bittet er die Briefschreiber, sich den Eingang bestätigen zu lassen.

Kolumne

Rettet die Berliner Mohrenstraße!

GÖTZ ALY

Am 14. Mai verkündete das „Amtsblatt für Berlin", dass die Mohrenstraße in Mitte zum 1. Oktober wegbenannt werden soll. Seit 330 Jahren gehört diese Straße zu der in ihrer historischen Struktur erhaltenen Friedrichstadt. Durchgesetzt haben diesen Geschichtsfrevel Grüne, SPD und Linke im Bezirk Mitte. Zuvor hatten dieselben Parteien im Abgeordnetenhaus eine Ermächtigungsklausel beschlossen, mit der sie die Ausführungsvorschriften des Straßengesetzes um ein gummiweich formuliertes Kriterium zur Umbenennung ergänzten: den „Bezug zu rassistisch-imperialistischen Ideologien". Aber dieser besteht im Fall Mohrenstraße nicht.

Ohne jede Begründung wird zudem behauptet, der Straßenname schade „dem nationalen und internationalen Ansehen Berlins" und enthalte einen „rassistischen Kern". Dazu ist zu sagen: Zur Zeit der Benennung wurden in der ständisch verfassten Gesellschaft einzelne Menschen- und Berufsgruppen mit Straßennamen nicht diskriminiert, sondern ehrend als Gemeinschaften hervorgehoben. Deshalb haben wir in Berlin die Schützenstraße, die Jüdenstraße, den Gendarmenmarkt, den Kadettenweg, den Hugenottenplatz, die Böhmische Straße usw. Die Mohrenstraße kreuzt die nach dem vor 320 Jahren regierenden Königspaar – Friedrich und Charlotte – benannten Straßen des heutigen Zentrums. Eine derart hervorgehobene Position im alten und heutigen Zentrum Berlins kann nicht herabsetzend gemeint gewesen sein. Im Deutschen wird das Wort Mohr seit langer Zeit nicht mehr als Bezeichnung für einen Menschen dunkler Hautfarbe verwendet; es existiert auch nicht als Schimpfwort.

Die Mohrenstraße ist Teil der Stadtgeschichte, ähnlich der Mauerstraße, dem Festungsgraben, der Invaliden- oder der Hirtenstraße. Dasselbe gilt für die zur Mohrenstraße parallel verlaufende Taubenstraße. Sie war nicht etwa dem Vogel, sondern solchen Soldaten gewidmet, die im Kriegsdienst ertaubt waren und dort Unterkunft gefunden hatten. Gilt das demnächst als behindertenfeindlich? Es gibt keinen Grund, an den historischen Namen zu rütteln. Sie sind Schriftdenkmale, die es uns Heutigen ermöglichen, die Vergangenheit unserer Stadt zu lesen und besser zu verstehen.

Was tun? Nach den Paragraphen 40 und folgende des Bezirksverwaltungsgesetzes wäre das Bezirksamt verpflichtet gewesen, die „Mitwirkung der Einwohnerinnen und Einwohner zu fördern" und diese rechtzeitig „über ihre Mitwirkungsrechte zu unterrichten". All das haben der Bezirksbürgermeister Stephan von Dassel und die zuständige Stadträtin Sabine Weißler (beide Grüne) fahrlässig oder willentlich unterlassen.

Die Idee zur Umbenennung wurde von einer kleinen, wenig informierten antikolonialistischen Gruppierung forciert. Diese nennt das Bezirksamt „zivilgesellschaftliche Akteurinnen/Akteure". Diejenigen, die dagegen seit Jahren begründete Einwände erheben, zählt dasselbe grün-rot-rot durchherrschte Amt nicht zur Zivilgesellschaft. Dagegen sollte man sich zur Wehr setzen.

In den nächsten vier Wochen können alle Berliner und Berlinerinnen brieflich Widerspruch gegen die Umbenennung einlegen, zu richten an: *Bezirksamt Mitte von Berlin, Abt. Weiterbildung, Kultur, Umwelt usw-., Karl-Marx-Allee 31, 10178 Berlin.* Lassen Sie sich den Eingang bestätigen und schreiben Sie uns Ihre Meinung.

Aus: Berliner Zeitung v. 18.05.2021, S. 6

Wort der Woche, in: Preußische Allgemeine Zeitung / Das Ostpreußenblatt (PAZ) v. 28.08.2020, S. 24:

„Herrn Amo kennt keiner, aber er war dem Vernehmen nach einem Mohren. Fazit: Bisher wurden in der Hauptstadt alle Mohren gewürdigt. In Zukunft nur noch einer."

Robert von Loewenstern, auf „Achgut.com" (24. August) zur Umbenennung der Berliner Mohrenstraße in Anton-Wilhelm-Amo-Straße.

02) <u>Die Linke ist bei Straßenumbenennungen wieder aktiv: sie fordert, die Roonstraße in Lichterfelde West umzubenennen</u>

Die eigene Parteiengeschichte ist für DIE LINKE ein Tabu, mit der Umbenennung von Straßen aber zieht sie machtheischene „Politiker“ am Nasenring hinter sich her

Lokales

Roonstraße umbenennen

LICHTERFELDE. Die Linksfraktion in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) setzt sich für die Umbenennung der Roonstraße in Lichterfelde in Betty-Kierski-Straße ein. Roon war Kriegs- und Marineminister und seine Verdienste bestanden darin, die organisatorischen Voraussetzungen für die Kriegsführung in den Jahren 1864 und 1871 zu schaffen. Eine solche Heldenverehrung sei heutzutage nicht mehr zeitgemäß, erklärt die Linksfraktion in ihrem Antrag. Darin wird das Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf aufgefordert, die Voraussetzungen für eine Umbenennung der Roonstraße in Betty-Kierski-Straße zu schaffen. Sie wäre laut der Fraktion ein zweifaches Signal: Steglitz-Zehlendorf würde die Opfer des Faschismus ehren und der Bezirk erhöhe den Anteil an Straßen, die nach Frauen benannt sind. Betty Johanna Kierski nahm sich 1942 das Leben, um ihrer Deportation zu entgehen. Für sie wurde in der Kommandantenstraße 9 ein Stolperstein gesetzt. Mehr zur Person von Betty Kierski auf www.stolpersteine-berlin.de/biografie/6322.

Aus: Berliner Woche (Steglitz-Dahlem) v. 12.05.2021, S. 2

Roon-Denkmal am Großen Stern, Foto: Susanne Kähler < https://bildhauerei-in-berlin.de/bildwerk/roon-denkmal/>

Und es werden nicht nur alle nach Roon benannten Straßen betroffen sein, sondern auch die benachbarten Straßen die nach preußischen Militärs benannt sind. Und natürlich auch das Roon-Denkmal am Großen Stern.

Auf der Grundlage von schlechtem Geschichts- und Geographie-Unterricht in den Schulen soll die Geschichte unseres Landes und unseres Volks verfälscht werden. Und viele machen dabei mit!

03) Straßenumbenennungen ohne Ende? Hermann von Wissmann

Grunewald ohne Wissmann

Nach der Umbenennung der Neuköllner Wissmannstraße in Lucy-Lameck-Straße könnte bald auch die Wissmannstraße in Grunewald anders heißen. Eine Jury hat aus einigen Vorschlägen einen möglichen neuen Namen ausgewählt. Diesen verrät das Gremium aus Fraktionsvertreter:innen, Mitgliedern des Bündnisses „Decolonize Berlin" und Anwohnern aber noch nicht. Man habe vertraulich getagt, sagte BVV-Vorsteherin Annegret Hansen (SPD). Der Vorschlag werde zuerst den Bezirksverordneten für deren endgültige Entscheidung mitgeteilt.

Hermann von Wissmann (1853 bis 1905) war ein Afrikaforscher und Befehlshaber deutscher Kolonialtruppen. Ihm wird besonders die blutige Niederschlagung eines Aufstands der Küstenbevölkerung in Ostafrika angelastet.

Kurz vor der Jurysitzung regte die CDU-Abgeordnetenhauskandidatin im Wahlkreis Grunewald, Sandra Khalatbari, eine Umbenennung in Baraschstraße an. Daraufhin meldete sich Joachim Neu beim Tagesspiegel, der unter anderem als Sprecher der Bürgerinitiative Stuttgarter Platz bekannt ist, und teilte mit, dass er dieselbe Idee bereits vor Monaten eingebracht habe.

Die jüdische Familie Barasch wohnte einst in der Wissmannstraße 11. Das NS-Regime ermordete Artur Barasch 1942 im KZ Sachsenhausen, seine Frau Irene sowie die Kinder Else und Werner flohen ins Ausland. Mieter des Hauses wollten mit einem Bürgergarten an die Familie erinnern. Dies scheiterte an einem Neubauprojekt des Eigentümers.

Die Straßenschilder der Wissmannstraße wurden von Unbekannten mit blutroter Farbe besprüht. Sandra Khalatbari ärgert sich über diese „Selbstjustiz" und fordert eine „zeitnahe" Reinigung. *CD*

Aus: Der Tagesspiegel v. 19.05.2021, S. 3 in „Leute – Charlottenburg-Wilmersdorf"

04) Demokratischer Diskurs ausgeschlossen - noch einmal: Maerckerweg

a) Die SPD

Anzeige

Hass aus dem Straßenbild tilgen

Noch immer ehren zahlreiche Straßennamen Rassisten und Antisemiten

Jeder Lokalpolitiker weiß: Mit Straßenumbenennungen macht man sich unter den Anwohnerinnen und Anwohnern kaum Freunde. Dennoch lohnt ein Blick auf den Einzelfall, wer da bis heute alles geehrt wird – auch in Steglitz-Zehlendorf.

Viele werden sie kennen: Die Spanische Allee im Ortsteil Schlachtensee. „Was nur die wenigsten wissen: Als die Straße 1939 ihren Namen erhielt, sollte mitnichten unser europäischer Nachbar gewürdigt werden," erläutert Martin Kromm, Sprecher für Bildung und Kultur der SPD-Fraktion. Vielmehr erfolgte die Benennung durch die Nationalsozialisten zur Ehrung der aus Spanien zurückkehrenden „Legion Condor". Diese war an zahlreichen Kriegsverbrechen beteiligt, unter anderem an der Zerstörung der Stadt Guernica, der Hunderte Zivilisten zum Opfer fielen.

Nur wenigen bekannt dürfte hingegen der Maerckerweg in Lankwitz sein. Benannt ist die kurze Straße nach dem Kolonialisten und Antisemiten Georg Maercker. Dieser war unter anderem am Völkermord an den Herero und Nama im heutigen Namibia aktiv beteiligt.

Die Umbenennung des Maerckerwegs ist mittlerweile beschlossene Sache. „Bei der Spanischen Allee würde eine Umwidmung genügen – der Name könnte also bleiben, dann jedoch an die deutsch-spanische Freundschaft erinnern," erklärt Kromm. „Dass ausgerechnet die Grünen hier lieber mit CDU und AfD gemeinsame Sache machen, damit hatten wir nicht gerechnet!"

Diskussionen gibt es derzeit auch über die Pacelliallee, die Treitschkestraße, den Hindenburgdamm und den U-Bahnhof Onkel-Toms-Hütte.

Martin Kromm
Der Rechtsanwalt und Familienvater aus Steglitz setzt sich für Integration, Chancengleichheit und Teilhabe ein. Er ist stellvertretender BVV-Vorsitzender.

Für Sie

In der „Berliner Woche“ vom 27.01.2021 findet sich eine mehrseitige Parteiwerbung der SPD. Auf Seite 4 dieser „Einlage“ (siehe oben) findet sich auch der Beitrag von einem Martin Kromm. Da heißt es: „Der Rechtsanwalt und Familienvater aus Steglitz setzt sich für Integration, Chancengleichheit und Teilhabe ein. Er ist stellvertretender BVV-Vorsitzender“.

Auch Martin Kromm hat sich die Umbenennung von Straßen zur Aufgabe gemacht und bezieht sich dabei in seinem Beitrag auf den Maerckerweg in Berlin-Lankwitz und behauptet: „Benannt ist die kurze Straße nach dem Kolonialisten und Antisemiten Georg Maercker…“

Wie bei seinem Parteigenossen und Fraktionsvorsitzenden, Rechtsanwalt Norbert Buchta, kann auch bei Genossen Martin Kromm davon ausgegangen werden, dass dem Genossen die Geschichte der SPD nach dem Ersten Weltkrieg wie auch die von der Rosa-Luxemburg-Stiftung geförderte Biographie zu General Georg Maercker aus Baldenburg in Westpreußen

Claus Kristen: Ein Leben in Manneszucht. Von Kolonien und Novemberrevolution.
Der „Städtebezwinger“ Georg Maercker. Schmetterling Verlag, Stuttgart 2018

nicht bekannt sind. Von Deutscher Kolonialgeschichte und Würdigung von Lebensleistungen ganz zu schweigen.

Wichtig ist hier wohl allein die mögliche politische Einflussnahme und Machtausübung mit Hilfe der SED-Traditionspartei „Die Linke“.

Bürgerbeteiligung ist nur etwas für „Demokraten“, wenn der Bürger dieselbe Meinung hat, wie man selber! Die Arbeiter in der Arbeiter-Partei von 1920 dachten wohl auch anders als Anwälte in der SPD von heute!

Das ist äußerst beschämend für diese Partei mit einer so langen demokratischen Tradition! Und es stellt sich die Frage, ist eine Partei noch „demokratisch“, wenn Ihre Funktionsträger die demokratischen Rahmenbedingungen lediglich als Mittel ansehen, sich selbst Macht zu verschaffen, ohne Rücksicht auf ihre Mitglieder und Wähler, vom Volk ganz zu schweigen!

b) und die AfD meint es gut und passt sich den Strömungen an

Drucksache - 2286/V

Betreff:	Bürgerfreundlich: Umwidmung statt Umbenennung des Maerckerweges	
Status:	öffentlich	
	Ursprung	aktuell
Initiator:	AfD-Fraktion	AfD-Fraktion
Verfasser:	1. Döhnert 2. Graffstädt	
Drucksache-Art:	Antrag	Antrag
Beratungsfolge:		

Bezirksverordnetenversammlung Steglitz-Zehlendorf von Berlin 19.05.2021 48. öffentliche Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung Steglitz-Zehlendorf - Videokonferenz	Vorberatung	
	Ausschuss für Bildung und Kultur 02.06.2021 36. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung und Kultur	Empfehlung

Sachverhalt

Die BVV möge beschließen:

Bezugnehmend auf den Beschluss 1080/V aus Drs. 1393/V sowie das diesbezügliche Schreiben der BzStR'in Schellenberg vom 14.04.2021 wird das Bezirksamt beauftragt, anstelle der Umbenennung des Maerckerweges eine Umwidmung zu Ehren von Karl Anton Maercker, Jurist und während der Revolution 1848 zeitweilig preußischer Justizminister, vorzunehmen (ebenso geeignet ist der Theologe Otto Maercker, der in der DDR 1957 wegen Boykotthetze in einem Schauprozess verurteilt wurde.)

Begründung:

Umbenennungen sind regelmäßig mit organisatorischem und finanziellem Aufwand für Bezirk, Stadt sowie für ansässige Bürger und Unternehmen verbunden. Eine entsprechend erläuterte Umwidmung erfüllt den ursprünglich mit der Umbenennung beabsichtigten Zweck genauso mit dem Vorteil des Wegfalls der damit verbundenen Kosten.

c) SPD und Die Grünen – und die CDU tritt bei. Auch hier: Lesen ist unbequem!

Drucksache - 2281/V

Betreff:	Ehemaligen Maerckerweg in Maria-Rimkus-Weg umbenennen	
Status:	öffentlich	
	Ursprung	aktuell
Initiator:	GRÜNE-Fraktion	GRÜNE- und CDU-Fraktion
Verfasser:	1. Steinhoff/Wojahn 2. Hippe	
Drucksache-Art:	Antrag	Antrag
Beratungsfolge:		

Bezirksverordnetenversammlung Steglitz-Zehlendorf von Berlin 19.05.2021	Vorberatung
Ausschuss für Bildung und Kultur 02.06.2021	Empfehlung

36. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung und Kultur

Sachverhalt

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt nimmt eine Umbenennung des ehemaligen Maerckerwegs in Maria-Rimkus-Weg vor.

Begründung:

Maria Rimkus wurde 1910 in Berlin geboren und half ab Dezember 1942 der hochschwangeren jüdischen Zwangsarbeiterin Ruth Abraham. Diese Hilfe dehnte sie schnell auf die weitere Familie Abraham aus und besorgte 1943 auch gefälschte Papiere für deren Flucht. Maria Rimkus wurde dazu von der Gestapo vorgeladen und verhört, aufgrund Mangel an Beweisen aber wieder entlassen. Auch nach dem Krieg half Maria Rimkus der Familie Abraham in ihrer neuen Heimat USA weiterhin. Sie wird seit 1953 durch den Staat Israel in der Gedenkstätte Yad Vaschem als „Gerechte unter den Völkern“ geehrt und lebte seit 1963 bis zu ihrem Tod im jetzigen Bezirk Steglitz-Zehlendorf.

In der 104. Sitzung des Ältestenrats am 18.05.2021 ist die CDU-Fraktion dem Antrag beigetreten.

Rögner-Francke
Bezirksverordnetenvorsteher

d) die SPD

Drucksache - 2266/V

Betreff:	Umbenennung des Maerckerwegs in Maria-Rimkus-Weg	
Status:	öffentlich	
	Ursprung	aktuell
Initiator:	SPD-Fraktion	SPD-Fraktion
Verfasser:	1. Buchta 2. Flores Ramirez 3. Trenczek	
Drucksache-Art:	Antrag	Antrag
Beratungsfolge:		

Bezirksverordnetenversammlung Steglitz-Zehlendorf von Berlin 19.05.2021	Vorberatung
48. öffentliche Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung Steglitz-Zehlendorf - Videokonferenz	
Ausschuss für Bildung und Kultur 02.06.2021	Empfehlung
36. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung und Kultur	

Sachverhalt

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, zeitnah den Maerckerweg in Maria-Rimkus-Weg umzubenennen.

Begründung:

Mit Beschluss 1080/V hat die BVV am 20.05.2020 beschlossen, den Maerckerweg umzubenennen. Ein Namensvorschlag wurde zu diesem Zeitpunkt noch nicht beschlossen. Seitens des zuständigen Amtes wurde nun auf Grundlage der Straßenumbenennungsliste der Vorschlag gemacht, den Weg in Maria-Rimkus-Weg umzubenennen. Dies ist zu begrüßen. Maria Rimkus half Menschen jüdischer Herkunft während der NS-Herrschaft zur Flucht und war damit eine stille Heldin. Sie wohnte seit ihrer Geburt in Berlin-Lankwitz und seit 1963 in der Mörchinger Straße in Berlin-Zehlendorf. Maria Rimkus verstarb am 21.01.2001.

Rögner-Francke
Bezirksverordnetenvorsteher

05) Vorletzter Reichskanzler: Pflege für Kurt von Schleichers Grab soll nicht mehr vom Land bezahlt werden

Fraktionen der Bezirksverordnetenversammlung Steglitz-Zehlendorf wollen das Grab aus der Liste der Ehrengräber streichen. Von Schleicher ist umstritten.

Thomas Lippold

27.02.2021, 21:52 Uhr

Auf dem Parkfriedhof Lichterfelde in Steglitz-Zehlendorf liegt das Grab von Kurt von Schleicher, der als letzter Reichskanzler der Weimarer Republik bekannt ist. Seit einem Senatsbeschluss aus dem Jahr 1978 ist es als Ehrengrab des Landes Berlin anerkannt, in diesem August soll die letzte Verlängerung auslaufen.

Doch die SPD-Fraktion der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Steglitz-Zehlendorf fordert nun mit Unterstützung der Linksfraktion, das Ehrengrab von Schleichers nicht mehr zu verlängern und aus der Liste der Ehrengräber zu streichen. Von Schleicher gilt als umstrittene politische Figur: bis zum Januar 1933 war er Reichskanzler und direkt für die Ernennung seines Nachfolgers Adolf Hitler verantwortlich. Von Schleicher wurde zusammen mit seiner Ehefrau Elisabeth am 30. Juni 1934 von Angehörigen der SS in seiner Neubabelsberger Villa ermordet.

Wer genau die Grabstätte von Kurt von Schleicher pflegt, ist eine gute Frage. Sicher ist sich die grüne Bezirksstadträtin Maren Schellenberg da selbst nicht – das geht aus einer Anfrage des Linken-Abgeordneten Gerald Bader an das Bezirksamt hervor. In der Grabstättenakte sei vermerkt worden, dass die Grabpflege 1978 noch von Angehörigen oder einer beauftragten Firma übernommen wurde.

Zwanzig Jahre später wurde festgestellt, dass keine „gärtnerische Instandsetzung erforderlich sei.“ Seitdem, steht in der Anfrage, „ist davon auszugehen, dass die Pflege durch das Bezirksamt erfolgt.“

Auch über die Kosten ist man sich nicht ganz im Klaren. Die Stückkosten für die Pflege einer Grabstelle lagen 2019 bei 86,78 Euro. Die Summen variieren aber, „so dass weder für das Ehrengrab Kurt von Schleicher noch insgesamt für Ehrengräber eine Summe für das Bezirksamt genannt werden kann.“ Im Satz darauf dann die Info: Ein Ehrengrab kostet das Land Berlin etwa 800 Euro pro Jahr.

„Berufsoffizier, Politiker, Reichskanzler“

Bei den Gründen für die letztmalige Verlängerung des Nutzungsrechtes an der Grabstätte, die 2015 erfolgte, notiert das Bezirksamt nur trocken „Fehlanzeige“. Auch sieht es sich nicht zuständig für die Beurteilung der „wesentlichen Verdienste von Kurt von Schleicher, die ein Ehrengrab rechtfertigen“, und zitiert lediglich aus der Liste der Ehrengrabstätten des Landes, in der es trocken heißt: „Berufsoffizier, Politiker, Reichskanzler.“

Nun stört sich Gerald Bader von der Linksfraktion aber nicht vorrangig an den Kosten für das Ehrengrab. Ihm geht es um den „Status des Grabes innerhalb einer städtischen Gedenkkultur, und nicht um die Grabstätte an sich.“ Mit diesem heißen Thema will sich das

Bezirksamt aber nicht befassen, und so antwortet Bezirksstadträtin Schellenberg auf die abschließende Frage, ob das Bezirksamt ein Ehrengrab für Kurt von Schleicher denn für berechtigt hält: „Es steht daher dem Bezirksamt nicht zu, eine Entscheidung des Senats von Berlin zu hinterfragen."

„Aus unserer Sicht", schreibt Gerald Bader, „wäre es nun an der Zeit, den Ehrengrabstatus der Grabstätte von Schleicher in diesem August auslaufen zu lassen. Die SPD-Fraktion hat

bereits einen Antrag dahingehend auf den Weg gebracht, dem wir uns in der Forderung anschließen."

In dem Antrag, der Anfang März im Bezirksausschuss für Bildung und Kultur behandelt werden soll, fordert die SPD, das Ehrengrab von Schleichers nicht mehr zu verlängern. „Kurt von Schleicher hat sich nicht verdient gemacht, die Ehre für ein durch den Staat gepflegtes Grab und Andenken zu erhalten."

Weiter heißt es in der Begründung: „Kurt von Schleicher war kein Demokrat. Sein Ziel war die Beseitigung der Weimarer Republik und die Schaffung eines autoritären Staates. Er gehörte einem konservativ-reaktionärem Lager an, das bei dem Sturz des letzten frei gewählten Reichskanzler Hermann Müller (SPD) mitgewirkt hat. Feinde der Demokratie sind keine Personen, die durch ein Ehrengrab gewürdigt werden dürfen."
Von Schleicher habe durch Ränkespiele die Stabilität der Weimarer Republik unterminiert

Gerald Bader sieht das ähnlich. Ihm „ist es ein Rätsel, inwiefern sich ein Mensch, der diverse faschistische Personen und Massenorganisationen in Querfrontstrategien eingebunden hat und sie so salonfähig machte, um Berlin verdient gemacht haben soll. Vielmehr hat von Schleicher durch seine stetigen Ränkespiele und Geheimabsprachen (auch mit Adolf Hitler) die Stabilität der Weimarer Republik unterminiert und zugleich die Aufrüstung Deutschlands vorangetrieben." Bader sieht von Schleicher sogar als „einen von mehreren überaus prominenten Steigbügelhaltern des deutschen Faschismus", eine Anerkennung durch ein Ehrengrab sei somit unverdient.

Bei einer Rede vor dem Deutschen Bundestag 2003 bezeichnete Bernd Braun von der Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte in Heidelberg von Schleicher als „einen der entschiedensten Gegner Hitlers". Eine längere Abhandlung über das Kabinett von Schleicher, die vom Bundesarchiv veröffentlich wurde, liest sich etwas anders.

Zusammenfassend heißt es dort über von Schleicher: „Seiner eigenen Legende ist er, gemessen an dem, was er erreicht und was er verfehlt hat, nicht gerecht geworden; seiner politischen Maxime dagegen ist er treu geblieben. In den Intrigen des Januar 1933 wurde er mit seinen eigenen Waffen geschlagen. Die politischen Irrtümer und Fehleinschätzungen, mit denen er zur autoritären Aushöhlung des Weimarer Verfassungsstaates beigetragen hatte, schlugen in seinem Sturz auf ihn selbst zurück."

Als „Steigbügelhaltern des deutschen Faschismus“ bezeichnet ein Bezirksverordneter der Linksfraktion von Steglitz-Zehlendorf von Schleicher. *Foto: mauritius images / World Book Inc*.

Auf dem Parkfriedhof Lichterfelde in Steglitz-Zehlendorf liegt das Grab von Kurt von Schleicher, der als letzter Reichskanzler der Weimarer Republik bekannt ist. Seit einem Senatsbeschluss aus dem Jahr 1978 ist es als Ehrengrab des Landes Berlin anerkannt, in diesem August soll die letzte Verlängerung auslaufen.

Doch die SPD-Fraktion der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Steglitz-Zehlendorf fordert nun mit Unterstützung der Linksfraktion, das Ehrengrab von Schleichers nicht mehr zu verlängern und aus der Liste der Ehrengräber zu streichen. Von Schleicher gilt als umstrittene politische Figur: bis zum Januar 1933 war er Reichskanzler und direkt für die Ernennung seines Nachfolgers Adolf Hitler verantwortlich. Von Schleicher wurde zusammen mit seiner Ehefrau Elisabeth am 30. Juni 1934 von Angehörigen der SS in seiner Neubabelsberger Villa ermordet.

Wer genau die Grabstätte von Kurt von Schleicher pflegt, ist eine gute Frage. Sicher ist sich die grüne Bezirksstadträtin Maren Schellenberg da selbst nicht – das geht aus einer Anfrage des Linken-Abgeordneten Gerald Bader an das Bezirksamt hervor. In der Grabstättenakte sei vermerkt worden, dass die Grabpflege 1978 noch von Angehörigen oder einer beauftragten Firma übernommen wurde.

Zwanzig Jahre später wurde festgestellt, dass keine „gärtnerische Instandsetzung erforderlich sei.“ Seitdem, steht in der Anfrage, „ist davon auszugehen, dass die Pflege durch das Bezirksamt erfolgt.“

[Wenn Sie alle aktuellen Nachrichten live auf Ihr Handy haben wollen, empfehlen wir Ihnen unsere App, die Sie hier für Apple- und Android-Geräte herunterladen können.]

Auch über die Kosten ist man sich nicht ganz im Klaren. Die Stückkosten für die Pflege einer Grabstelle lagen 2019 bei 86,78 Euro. Die Summen variieren aber, „so dass weder für das Ehrengrab Kurt von Schleicher noch insgesamt für Ehrengräber eine Summe für das Bezirksamt genannt werden kann.“ Im Satz darauf dann die Info: Ein Ehrengrab kostet das Land Berlin etwa 800 Euro pro Jahr.

„Berufsoffizier, Politiker, Reichskanzler“

Bei den Gründen für die letztmalige Verlängerung des Nutzungsrechtes an der Grabstätte, die 2015 erfolgte, notiert das Bezirksamt nur trocken „Fehlanzeige“. Auch sieht es sich nicht

zuständig für die Beurteilung der „wesentlichen Verdienste von Kurt von Schleicher, die ein Ehrengrab rechtfertigen“, und zitiert lediglich aus der Liste der Ehrengrabstätten des Landes, in der es trocken heißt: „Berufsoffizier, Politiker, Reichskanzler.“

Nun stört sich Gerald Bader von der Linksfraktion aber nicht vorrangig an den Kosten für das Ehrengrab. Ihm geht es um den „Status des Grabes innerhalb einer städtischen Gedenkkultur, und nicht um die Grabstätte an sich.“ Mit diesem heißen Thema will sich das Bezirksamt aber nicht befassen, und so antwortet Bezirksstadträtin Schellenberg auf die abschließende Frage, ob das Bezirksamt ein Ehrengrab für Kurt von Schleicher denn für berechtigt hält: „Es steht daher dem Bezirksamt nicht zu, eine Entscheidung des Senats von Berlin zu hinterfragen.“

„Aus unserer Sicht“, schreibt Gerald Bader, „wäre es nun an der Zeit, den Ehrengrabstatus der Grabstätte von Schleicher in diesem August auslaufen zu lassen. Die SPD-Fraktion hat bereits einen Antrag dahingehend auf den Weg gebracht, dem wir uns in der Forderung anschließen.“

In dem Antrag, der Anfang März im Bezirksausschuss für Bildung und Kultur behandelt werden soll, fordert die SPD, das Ehrengrab von Schleichers nicht mehr zu verlängern. „Kurt von Schleicher hat sich nicht verdient gemacht, die Ehre für ein durch den Staat gepflegtes Grab und Andenken zu erhalten.“

Weiter heißt es in der Begründung: „Kurt von Schleicher war kein Demokrat. Sein Ziel war die Beseitigung der Weimarer Republik und die Schaffung eines autoritären Staates. Er gehörte einem konservativ-reaktionärem Lager an, das bei dem Sturz des letzten frei gewählten Reichskanzler Hermann Müller (SPD) mitgewirkt hat. Feinde der Demokratie sind keine Personen, die durch ein Ehrengrab gewürdigt werden dürfen.“

Von Schleicher habe durch Ränkespiele die Stabilität der Weimarer Republik unterminiert

Gerald Bader sieht das ähnlich. Ihm „ist es ein Rätsel, inwiefern sich ein Mensch, der diverse faschistische Personen und Massenorganisationen in Querfrontstrategien eingebunden hat und sie so salonfähig machte, um Berlin verdient gemacht haben soll. Vielmehr hat von Schleicher durch seine stetigen Ränkespiele und Geheimabsprachen (auch mit Adolf Hitler) die Stabilität der Weimarer Republik unterminiert und zugleich die Aufrüstung Deutschlands vorangetrieben.“ Bader sieht von Schleicher sogar als „einen von mehreren überaus prominenten Steigbügelhaltern des deutschen Faschismus“, eine Anerkennung durch ein Ehrengrab sei somit unverdient.

Bei einer Rede vor dem Deutschen Bundestag 2003 bezeichnete Bernd Braun von der Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte in Heidelberg von Schleicher als „einen der entschiedensten Gegner Hitlers“. Eine längere Abhandlung über das Kabinett von Schleicher, die vom Bundesarchiv veröffentlich wurde, liest sich etwas anders.

Zusammenfassend heißt es dort über von Schleicher: „Seiner eigenen Legende ist er, gemessen an dem, was er erreicht und was er verfehlt hat, nicht gerecht geworden; seiner politischen Maxime dagegen ist er treu geblieben. In den Intrigen des Januar 1933 wurde er mit seinen eigenen Waffen geschlagen. Die politischen Irrtümer und Fehleinschätzungen, mit denen er zur autoritären Aushöhlung des Weimarer Verfassungsstaates beigetragen hatte, schlugen in seinem Sturz auf ihn selbst zurück.“

Ob sich die Anerkennung als Ehrengrab nun ebenfalls als Fehleinschätzung herausstellen wird, ist eine schwierige Frage, mit der sich zunächst der Bildungs- und Kulturausschuss der BVV am kommenden Mittwoch beschäftigen darf.

Aus: *27.02.2021, 21:52 Uhr bzw. Der Tagesspiegel, 28.02.2021, S. 10*

https://www.tagesspiegel.de/berlin/letzter-reichskanzler-der-weimarer-republik-pflege-fuer-kurt-von-schleichers-grab-soll-nicht-mehr-vom-land-bezahlt-werden/26959160.html

Drucksache - 2148/V BVV Berlin Steglitz-Zehlendorf

Betreff:	Kein Ehrengrab für Kurt von Schleicher	
Status:	öffentlich	
	Ursprung	aktuell
Initiator:	SPD-Fraktion	SPD-Fraktion
Verfasser:	1. Buchta 2. Dr. Stratievski	
Drucksache-Art:	Antrag	Antrag
Beratungsfolge:		

	Bezirksverordnetenversammlung Steglitz-Zehlendorf von Berlin 17.02.2021	Vorberatung
45. öffentliche Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung Steglitz-Zehlendorf	überwiesen	
	Ausschuss für Bildung und Kultur 03.03.2021	Empfehlung
34. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung und Kultur		

Sachverhalt

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, sich bei den zuständigen Stellen dafür einzusetzen, dass das Ehrengrab für Kurt von Schleicher auf dem Parkfriedhof Lichterfelde nicht mehr verlängert wird bzw. aus der Liste der Ehrengräber gestrichen wird. Kurt von Schleicher hat sich nicht verdient gemacht, die Ehre für ein durch den Staat gepflegtes Grab und Andenken zu erhalten.

Begründung:

Kurt von Schleicher war kein Demokrat. Sein Ziel war die Beseitigung der Weimarer Republik und die Schaffung eines autoritären Staates. Er gehörte einem konservativ-reaktionärem Lager an, das bei dem Sturz des letzten frei gewählten Reichskanzler Hermann Müller (SPD) mitgewirkt hat. Feinde der Demokratie sind keine Personen, die durch ein Ehrengrab gewürdigt werden dürfen.

Die Mitglieder des Ausschusses für Bildung und Kultur der Bezirksverordnetenversammlung von Steglitz-Zehlendorf am 02.03.2021

Name	Art der Mitarbeit	Herkunft	seit
Tom Cywinski	Ausschussmitglied	CDU	09.04.2019
Dr. Clemens Escher	stellv. Ausschussvorsitzende(r)	CDU	09.04.2019
Dr. Sabine Lehmann-Brauns	Ausschussmitglied	CDU	09.04.2019
Martin Kromm	Ausschussmitglied	SPD	28.03.2019
Ellinor Trenczek	Ausschussmitglied	SPD	28.03.2019
Carsten Berger	Ausschussmitglied	GRÜNE	10.04.2019
Lukas Uhde	Ausschussmitglied	GRÜNE	28.03.2019
Johann Trülzsch	Ausschussmitglied	AfD	28.03.2019
Mathia Specht-Habbel	Ausschussvorsitzende(r)	FDP	28.03.2019
Hans-Walter Krause	Ausschussmitglied	LINKE	10.04.2019
André Tinibel	Bürgerdeputierte(r)	CDU (BD)	10.04.2019
Sabina Spindeldreier	Bürgerdeputierte(r)	CDU (BD)	28.03.2019
Alexander Niessen	Bürgerdeputierte(r)	SPD (BD)	15.05.2019
Dr. Detlef Meyer zu Heringdorf	Bürgerdeputierte(r)	GRÜNE (BD)	28.03.2019
Dennis Klein	Stellv. Bürgerdeputierte(r)	CDU (Stellv. BD)	28.03.2019
Martina Bischof	Stellv. Bürgerdeputierte(r)	CDU (Stellv. BD)	28.03.2019
Wibke Bronsch	Stellv. Bürgerdeputierte(r)	SPD (Stellv. BD)	28.03.2019

*

Dieses Thema finden Sie jetzt auf unseren Leitseiten:

Von der Geschichtsklitterung zur Geschichtsfälschung:
Straßenumbenennungen für eine andere Republik, für eine andere Gesellschaft – für ein anderes Volk?
Das Beispiel Steglitz-Zehlendorf in Berlin: Paul von Hindenburg, Max von Gallwitz, Georg Maercker

http://www.westpreussen-berlin.de/AWR-Leitseiten/20200810_Leitseiten_Geschichtslandschaft_Strassen_Gedenktafeln_%20Ehrengraeber.pdf

Eine Ergänzung auf den Leitseiten ist in Arbeit!

06) … und auch in anderen Bezirken Straßenumbenennungen, beispielsweise in Tempelhof-Schöneberg

Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin

Westpreußisches Bildungswerk Berlin-Brandenburg
Ostdeutscher Hochschulbund Danzig-Westpreußen
Landesarbeitsgemeinschaft für Ostkunde im Unterricht e.V. Berlin

Postbank Berlin IBAN DE 26 100 100 10 0001199 101 BIC BNKDEFF
Brandenburgische Straße 24, 12167 Berlin-Steglitz
Mo 10 – 12 Uhr und n.V. (Ruf: 030-257 97 533 mit AA und Fernabfrage); Fax auf Anfrage
westpreussenberlin@gmail.com
www.westpreussen-berlin.de

Vorsitzender: Diplom-Geograph Reinhard M.W. Hanke**; stv. Vors.:** Ute Breitsprecher
Schatzmeister: Dieter Kosbab Ruf: 030-661 24 22

24. Januar 2021 Hk

O f f e n e r B r i e f
Zum Beschluss der BVV von Tempelhof-Schöneberg am 20.01.2021, den Kaiser-Wilhelm-Platz in Richard-von-Weizsäcker-Platz umzubenennen.

Sehr geehrter Herr Olschewski,

wir „kennen“ uns aus meiner Tempelhofer bzw. vor allem aus meiner Tempelhof-Schöneberger Zeit (1982-2005) als Bezirklicher Planungsbeauftragter (BmBm-Plab). Daher wende ich mich in meinen „Offenen Brief“ zum BVV-Beschluss zur Umbenennung des Kaiser-Wilhelm-Platzes direkt an Sie, in der Gewissheit, dass mein Schreiben dann nicht gleich kommentarlos in den Papierkorb wandert. Und unsere Erfahrungen, mit Parteien des „linken Spektrums“, über ihre Entscheidungen einen sachlichen demokratische Diskurs zu führen, sind schlecht: Man will nicht mit uns reden!

Als wir vor einigen Wochen von der Absicht des Herrn Bertram von Boxberg (Bündnis 90/Die Grünen) in der Presse lasen, dass er sich für diese Umbenennung einsetzt, hatte ich es nicht für möglich gehalten, dass es ihm und seiner Partei gelingen würde, die CDU und die FDP in die „rotgrüne Schmuddelzone“ der Veränderung der Geschichtslandschaft zu ziehen, an der die „politische Linke“ seit Jahren, mangels anderer Probleme, arbeitet.
Zu diesem Zeitpunkt äußerte Herr von Boxberg – scheinheilig, wie ich meine! – noch seine Verwunderung darüber, dass die CDU seinem tollen Vorschlag, einen CDU-Politiker mit dieser Umbenennung an einer herausragenden Stelle zu ehren, nicht folgen, sondern sich mit der Benennung eines Saales im Rathaus Schöneberg begnügen wolle.

Es ist äußerst bedauerlich, dass sich Ihre Fraktion diesem Vorhaben angeschlossen hat. Ja, es gibt eine Straße in Berlin-Lankwitz, die seit 1894 „Kaiser-Wilhelm-Straße“ heißt, ein Blick in deren Umgebung zeigt Ihnen auch, wohin in Zukunft die Reise in Schöneberg geht: die Umbenennung vieler Straßen im Umfeld des Nollendorfplatzes, und nicht nur, weil der Name dort auch vorhanden ist, sondern weil es sich um für bestimmte Kreise ungeliebte Namensgeber handelt! Wir sind tief enttäuscht darüber, dass die Parteien der BVV Tempelhof-Schöneberg sich dafür hergegeben haben, an diesem Ort im Zuge der „historischen Reichsstraße 1“, die nach Osten in die historischen ostdeutschen Landschaften Ost-Brandenburg, Pommern, Westpreußen und Ostpreußen führt, Ihre „einfältigen“ Ziele zu verwirklichen. Einfalt statt Vielfalt!

Die Berliner CDU, so ihr Generalsekretär Stefan Evers am 22.01.2021 im Berliner „Tagesspiegel“ (Seite 8), „(habe) bereits vor einigen Jahren angeregt, den noch namenlosen Platz vor dem Roten Rathaus [Eberhard Diepgen legte immer Wert auf die Bezeichnung: „Berliner Rathaus“, Anm. R.H.] nach von Weizsäcker zu benennen…“ Die Fraktionen der BVV Tempelhof-Schöneberg waren nicht in Not.

Die Linke, die SPD, Bündnis 90/Die Grünen – und nun auch CDU und FDP – sind bundesweit u.a. mit Umbenennungen in der Geschichtslandschaft aktiv, sie verfälschen unsere Geschichte und zugleich stehen sie für den Rückgang bei der Vermittlung von Geschichts- und Geographiekenntnissen in unserm Bildungssystem.
Eine Bürgerbeteiligung findet in den seltensten Fällen statt. Ein Beispiel bietet die Umbenennung der Mohrenstraße in Berlin-Mitte, wo Sozialdemokraten, Bündnis 90/Die Grünen und die Partei Die Linke sich einig waren, dann aber die Partei Die Linke ausscherte und eine Bürgerbeteiligung forderte; die bisherigen Bündnispartner setzten sich dann dort über diese – immerhin anerkennenswerte Forderung – ihres bisherigen Partners hinweg und setzten die Umbenennung der Mohrenstraße mit Mehrheitsbeschluss ihrer Stimmen in der BVV von Berlin-Mitte durch.

Herr von Boxberg ist mir aus meiner Zwölf-Apostel-Kirchengemeinde, wo er anerkennenswerterweise seit Jahren gute Arbeit für die historischen Friedhöfe der Gemeinde leistet, bekannt. Neuerdings hat sich Herr von Boxberg auch in die „AG Berliner Ehrengräber“ eingebracht, in der wir daran arbeiten, selbstherrliche, intransparente Entscheidungen von RotRotGrün zu hinterfragen, denen in den letzten Jahren eine Vielzahl von Ehrengräbern zum Opfer gefallen sind: Ehre nicht auf Zeit, sondern für immer ist die Forderung der AG Berliner Ehrengräber. Und da will Herr von Boxberg mitziehen, dem so viel an Straßenumbenennungen liegt? Misstrauen ist angebracht (https://www.langhans-gesellschaft.org/ehrengrab/ag-berliner-ehrengraeber/).
Diese AG Berliner Ehrengräber geht auf eine Initiative des ehemaligen Leitenden Baudirektors von Kreuzberg, Herrn Dipl.-Ing. Wolfgang Liebehenschel (SPD) zurück, der bei Forschungen zu seinen schlesischen Landsleuten auf das Problem der Beseitigung von Ehrengräbern ohne Beteiligung der Öffentlichkeit aufmerksam wurde und auch die Begründungen für die Löschung der Ehrengräber – kein Bekanntheitsgrad und hohe Kosten – für „irre und herbeigezogen“ hält.

Auch wir Westpreußen sind davon betroffen, beispielsweise durch den. Wegfall des Ehrengrabes für Hugo Conwentz (*1855 Sankt Albrecht bei Danzig – †1922 Berlin) auf dem Stahnsdorfer Friedhof im Jahre 2014 (sein Grab war ursprünglich auf dem Alten Matthäus-Friedhof in Schöneberg und wurde 1938/39 auf Grund der „Germania-Planungen von Albert Speer 1938/1939 nach Stahnsdorf umgebettet). Im Jahre 2005 führten wir zum 150. Geburtstag von Hugo Conwentz eine Tagung im Botanischen Garten durch, auf dem Stahnsdorfer Friedhof hielten wir mit dem Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf eine Feierstunde an seinem Grabe ab, Frau Bezirksbürgermeisterin Monika Thiemen, SPD, hielt die Gedenkrede. Vorher hatte die Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin die gestohlene Bronzeskulptur zu Conwentz in der Bildgießerei Noack nachgießen lassen.

Hugo Conwentz gilt als Begründer des Staatlichen Naturschutzes, er wurde Direktor der 1906 in Danzig gegründeten „Staatlichen Stelle für Naturdenkmalpflege in Preußen“, die 1911 nach Schöneberg umzog. An dem Gebäude in der Grunewaldstraße gibt es nur eine Gedenktafel für seinen Sekretär (!), nicht für ihn, auch an seinem letzten Wohnhaus in der Schöneberger Wartburgstraße gibt es noch keine Gedenktafel!
Ich rege an, dass Sie/sie sich für die Gedenktafel(n) zur Erinnerung an Hugo Conwentz einsetzen. Sie können sich dabei auf den § 96 des „Bundesvertriebenengesetzes – BVFG“ berufen, nach dem Bund, Länder, Gemeinden usw. zur Pflege des ostdeutschen Kulturgutes verpflichtet sind!

Die aktuellen bundesweiten Umbenennungswellen werden weitergehen. Der Kaiser-Wilhelm-Platz – ach ja, wenige Anwohner, wenige Proteste – wird nicht die letzte Aktion dieser Art sein, sie wird fortgesetzt werden, natürlich ohne Bürger (wenn diese anderer Meinung sein sollten) – und die CDU kann sagen: wir sind dabei!

Wir haben in diesem Land, in dieser Stadt, in diesem Bezirk, so viele andere Probleme: Errungenschaften der Kaiserzeit (Toilettenanlagen, Postämter usw.) werden beseitigt, man könnte sich u.a. beschäftigen mit kaputten Schulen und Straßen und Brücken, unzureichenden Planungen im Verkehrswesen und beim Wohnungsbau u.a.m.

Mit freundlichen landsmannschaftlichen Grüßen

Reinhard M. W. Hanke, Vorsitzender

https://de.wikipedia.org/wiki/Wilhelm_I._(Deutsches_Reich)

Wilhelm I. (Deutsches Reich)

Wilhelm I. auf einem Porträt des Hoffotografen Wilhelm Kuntzemüller (1884)

Wilhelm I., mit vollem Namen **Wilhelm Friedrich Ludwig von Preußen** (* 22. März 1797 in Berlin; † 9. März 1888 ebenda), aus dem Haus Hohenzollern war von 1861 bis zu seinem Tod König von Preußen und seit der Reichsgründung 1871 erster Deutscher Kaiser.

Nach der Herrschaftsübernahme für seinen erkrankten Bruder Friedrich Wilhelm IV. wandelte Wilhelm sich 1858 vom konservativen *Kartätschenprinz* der Märzrevolution zum liberalen Prinzregenten der Neuen Ära. Am 18. Oktober 1861 krönte er sich im Königsberger Schloss zum König von Preußen. Die Regierungsgeschäfte überließ er weitgehend seinem Ministerpräsidenten und späteren Reichskanzler Otto von Bismarck. Nach den

Einigungskriegen und der Reichsgründung wurde Wilhelm am 18. Januar 1871 im Schloss Versailles zum Deutschen Kaiser proklamiert. In den folgenden Jahren gewann er im jungen Nationalstaat große Popularität.

☑

Inhaltsverzeichnis

- 1 Herkunft und frühe Jahre
- 2 Ehe und Kinder
- 3 Prinz von Preußen
  - 3.1 Märzrevolution
  - 3.2 Flucht nach London
  - 3.3 Rückkehr nach Berlin
  - 3.4 Koblenzer Jahre
  - 3.5 Neue Ära
  - 3.6 Freimaurerei
- 4 König von Preußen
  - 4.1 Krönung in Königsberg
  - 4.2 Politik als König
  - 4.3 Einigungskriege
- 5 Deutscher Kaiser
  - 5.1 Proklamation in Versailles
  - 5.2 Politik als Kaiser
  - 5.3 Späte Jahre und Tod
- 6 Ziel von Attentaten
- 7 Denkmäler und Ehrungen
- 8 Dynastische Verbindungen
- 9 Literatur
- 10 Weblinks
- 11 Einzelnachweise

Herkunft und frühe Jahre

Königin Luise mit Prinz Wilhelm (links) und Kronprinz Friedrich Wilhelm (rechts), Gemälde von Carl Steffeck, 1886

Wilhelm Friedrich Ludwig von Preußen war der zweite Sohn des Kronprinzenpaares Friedrich Wilhelm von Preußen und Luise von Mecklenburg-Strelitz, Tochter des Herzogs Karl II. von Mecklenburg-Strelitz. Der Vater bestieg noch im Jahr von Wilhelms Geburt den preußischen Königsthron. Die Erziehung des Prinzen übernahm Johann Friedrich Gottlieb Delbrück, der zuvor Rektor des Magdeburger Pädagogiums gewesen war.

Bis zum Krieg mit Frankreich verbrachte Wilhelm an der Seite seines älteren Bruders Friedrich Wilhelm eine glückliche Kindheit. Die Idylle zerbrach 1806 infolge der verheerenden Niederlage Preußens und der winterlichen Flucht der Herrscherfamilie nach Ostpreußen. Sein Vater stellte Wilhelm traditionsgemäß an seinem zehnten Geburtstag als Fähnrich in das Regiment Garde zu Fuß ein. Der frühe Tod seiner Mutter Luise traf den 13-jährigen Wilhelm tief.

Ab März 1813 hatte Wilhelm einen neuen Erzieher in Gestalt des preußischen Oberst Johann Georg Emil von Brause erhalten, der ihm auch nach dem Ausscheiden aus der Gouverneursstellung im September 1817 in väterlicher Freundschaft lebenslang verbunden blieb.[1] Seit Mai 1814 im Rang eines Majors begleitete Wilhelm seinen Vater im Feldzug in Frankreich, wobei er an den Schlachten bei La Rothière Arcis-sur-Aube, Bar-sur-Aube und Paris teilnahm. Bei Bar-sur-Aube hatte Wilhelm am 26. Februar 1814 zum ersten Mal im feindlichen Feuer gestanden. Für seinen Mut verlieh ihm am 38. Geburtstag seiner Mutter der Vater das Eiserne Kreuz II. Klasse.[2]

Am 31. März zog Wilhelm mit seinem Vater in Paris ein. Er begleitete ihn auch beim Besuch in England und folgte ihm nach der endgültigen Niederlage Napoleons im Juli 1815 nach Paris. Am 1. Januar 1816 erhielt er das Kommando des Stettiner Gardelandwehrbataillons, 1818 als Generalmajor das Kommando einer Gardeinfanteriebrigade, am 1. Mai 1820 den Oberbefehl über die 1. Gardedivision und wurde zum Generalleutnant befördert. Am 22. März 1824 übernahm Wilhelm die Führung des III. Armeekorps, schließlich kommandierte er von 30. März 1838 bis 22. Mai 1848 das Gardekorps.

Auch in Staatsangelegenheiten wurde er vom König zur Beratung herangezogen. Wiederholt wurde er in Staats- und Familienangelegenheiten an den Petersburger Hof gesandt.

Ehe und Kinder

Augusta von Sachsen-Weimar-Eisenach

Nachdem er 1826 auf die Heirat mit der Prinzessin Elisa Radziwiłł verzichtet hatte, weil diese vom König nicht als ebenbürtige Partnerin eines preußischen Prinzen angesehen wurde, vermählte er sich am 11. Juni 1829 mit der Prinzessin Augusta von Sachsen-Weimar-Eisenach, der Tochter des Großherzogs Karl Friedrich von Sachsen-Weimar-Eisenach, deren Schwester Maria die Gemahlin seines jüngeren Bruders Karl war.

Die Ehe kam letztendlich auf Betreiben seines Vaters zustande und verlief nicht sonderlich glücklich. Ihm gelang es jedoch, seine Liebschaften sowohl vor seiner Frau als auch vor der Öffentlichkeit verborgen zu halten.

Aus der Ehe gingen zwei Kinder hervor:

- Friedrich Wilhelm (1831–1888) ⚭ 1858 Prinzessin Victoria von Großbritannien und Irland (Tochter von Königin Victoria)
- Luise (1838–1923) ⚭ 1856 Großherzog Friedrich I. von Baden

Zwei Fehlgeburten verhinderten weitere Kinder.

Als Sommerresidenz diente Wilhelm und Augusta seit 1835 das Schloss Babelsberg in Potsdam, als Winterresidenz seit 1837 das heutige Alte Palais in Berlin.

Prinz von Preußen

Ausritt des Prinzen Wilhelm von Preußen in Begleitung des Malers,
Gemälde von Franz Krüger, 1836

König Friedrich Wilhelm IV., Bruder Wilhelms I.

Märzrevolution 1848 in Berlin

Karl Anton Fürst von Hohenzollern-Sigmaringen

Märzrevolution

Nachdem die Frau des Kronprinzen, Elisabeth Ludovika von Bayern, in Folge einer 1828 erlittenen Fehlgeburt, unfruchtbar geworden war,[3] hatte Friedrich Wilhelm III. seinen zweitgeborenen Sohn, Wilhelm, zum vorläufigen Nachfolger des späteren Königs bestimmt.[4] Mit dem Tod seines Vaters im Jahr 1840 erhielt Wilhelm als präsumtiver Thronfolger seines Bruders, des nunmehrigen Königs Friedrich Wilhelm IV., den Titel Prinz von Preußen.[5] und wurde bald darauf zum General der Infanterie befördert.

Laut Forschungen Rüdiger Hachtmanns von 1997 blieb dem preußischen Militär am 19. März 1848 angesichts der heftigen *Berliner Barrikadenkämpfe* nur der Weg des Rückzugs, wollte es unter dem zermürbenden Straßenkampf nicht nach und nach aufgerieben, politisiert oder nervlich zerrüttet werden. Der Prinz von Preußen war wegen seines Plädoyers für eine militärische Lösung bei den Anhängern der Revolution derart verhasst, dass er vom taktierenden König den Befehl erhielt, umgehend nach London zu reisen.

Durch sein unentschlossenes Schwanken zwischen militärischer und diplomatischer Lösung trug Friedrich Wilhelm IV. maßgebliche Verantwortung für die Eskalation. Er wurde von der Berliner Öffentlichkeit aber weniger für den Barrikadenkampf verantwortlich gemacht als Prinz Wilhelm, obwohl Wilhelm bereits am 10. März 1848 vom König zum Generalgouverneur der Rheinarmee ernannt worden war und somit keine Befehlsgewalt über die in und um Berlin stationierten Truppen innehatte. Die Tatsache, dass Karl von Prittwitz speziell den Einsatz von Kartätschkugeln genehmigt hatte, wurde fälschlicherweise auf Wilhelm zurückgeführt. Bereits am 12. Mai polemisierte der Auskultator Maximilian Dortu in einer Rede Wilhelm als „Kartätschenprinzen“, diese Verspottung wurde in der Folge von

einer Vielzahl an Zeitungen aufgegriffen. Am 19. März floh Wilhelm in die Spandauer Zitadelle und in den folgenden Tagen ins Exil nach London. In Regierungskreisen wurde zu diesem Zeitpunkt darüber debattiert, ob Wilhelm zu Gunsten seines Sohnes, des späteren Kaisers Friedrich III., von der königlichen Nachfolge ausgeschlossen werden sollte.[6]

Den Befehl zur Beendigung des „Skandals" – der Protestdemonstration der Bevölkerung – auf dem Berliner Schlossplatz am 18. März gab zwar Friedrich Wilhelm IV. selbst. Aber dass sein Militär diesen Befehl in einer Weise auslegte, die den Einsatz von Schusswaffen beinhaltete, wurde fälschlicherweise vor allem dem „Prinz von Preußen", dem späteren Kaiser Wilhelm I. angelastet. Die Tatsache, dass Friedrich Wilhelm IV., verunsichert durch die Eskalation und um eine politische Lösung bemüht, seinem Bruder, vor dem Feindbild der aufgebrachten Massen, nahelegte, für eine befristete Zeit außer Landes zu gehen, wurde später zu einer Legende umgestrickt und als „Verbannung" dargestellt. Aber der Aufforderung seines Bruders Friedrich Wilhelm IV. kam Wilhelm nicht aufgrund von so etwas wie einer Verbannung nach. In Verkleidung als Kaufmann, ging Wilhelm in quasi „geheimer Mission" nach England, allerdings nicht ohne dem König von Preußen seine Verachtung ausgedrückt zu haben. Zugleich bekannte sich Wilhelm dazu, damit Preußen und der Monarchie zu dienen und sie zu bewahren, eine Aufgabe, für die – seiner Ansicht nach – „kein Opfer groß genug" sein könne.[7]

Flucht nach London

Der Prinz floh mit Hilfe des Majors im Stab des Gardekorps August Oelrichs (1801–1868) aus Berlin und reiste unter dem Decknamen *Wilhelm Oelrichs* am 23. und 24. März unter Mithilfe von William O'Swald nach London. Bei der Abreise soll Augusta den Major schriftlich instruiert haben, „welche Ansichten" er „dem Prinzen gegenüber geltend zu machen habe".[8] In London verkehrte Wilhelm mit Prinzgemahl Albert, Robert Peel, John Russell, Henry John Palmerston und anderen Staatsmännern und klärte seine politischen Anschauungen. An den deutschen Einheitsbestrebungen nahm er lebhaften Anteil. Die Berliner sangen derweil Spottlieder auf ihn:

> Schlächtermeister Prinz von Preußen
> komm doch, komm doch nach Berlin!
> Wir wollen dich mit Steinen schmeißen
> und die Barrikaden ziehn.

Der Berliner Barrikadenkampf gehörte mit 300 toten Demonstranten zu den verlustreichsten Unruhen der Märzrevolution. König Friedrich Wilhelm IV. wies später jede Verantwortung von sich und verbreitete im Manifest *An meine lieben Berliner* stattdessen das abstruse Gerücht von einer angeblichen ausländischen Verschwörung.[9]

Rückkehr nach Berlin

Prinzessin Augusta weilte derweil mit den zwei Kindern in Potsdam. Anfang Juni kehrte Wilhelm nach Berlin zurück. Am 30. Mai hatte sich der Prinz in Brüssel öffentlich und schriftlich zur konstitutionellen Regierungsform für Preußen bekannt und so auf die Demonstration von 10.000 Berlinern gegen seine Rückkehr reagiert. Zum Abgeordneten in die preußische Nationalversammlung gewählt, nahm er zwar das Mandat an, aber, nachdem er in einer kurzen Rede seine konstitutionellen Grundsätze dargelegt hatte, kündigte er die Niederlegung seines Abgeordnetenmandats an und kehrte nach Potsdam zurück. Im September ernannte der König auf seinen Vorschlag einige Minister des neuen gegenrevolutionären Ministeriums des Generals Ernst von Pfuel.

Am 8. Juni 1849 ernannte der Reichsverweser Johann von Österreich Wilhelm zum Oberkommandierenden der „Operationsarmee in Baden und in der Pfalz“, die aus den preußischen Korps Hirschfeld und Groeben und dem Neckarkorps des Deutschen Bundes bestand. Aufgabe war die Niederschlagung der Revolutionen in der Pfalz und in Baden. Nachdem Wilhelm am 12. Juni bei Ingelheim einem ersten Attentat entgangen war, unterwarf die Operationsarmee in wenigen Wochen die Aufständischen. Seit dem Feldzug gehörte der damalige Stabschef Hirschfelds und spätere Heeresreformer Albrecht von Roon zu Wilhelms persönlichem Umkreis. Mit der Einnahme der Festung Rastatt, der letzten Bastion der Revolutionäre, wurde zugleich auch die Märzrevolution in Deutschland endgültig niedergeschlagen. Die Siegesfeier fand mit dem gemeinsamen Einzug des Großherzogs Leopold von Baden und Wilhelms am 19. August in Karlsruhe statt.

Koblenzer Jahre

Am 12. Oktober zog er an der Spitze von Truppen, die in Baden gekämpft hatten, in Berlin ein und wurde zum Generalgouverneur der Rheinprovinz und der Provinz Westfalen ernannt. Seinen Wohnsitz nahm er in Koblenz, der Hauptstadt der Rheinprovinz.[5] 1854 wurde er zugleich Generaloberst der Infanterie mit dem Rang eines Generalfeldmarschalls und Gouverneurs der Festung Mainz.

In Koblenz residierten Augusta und Wilhelm von Preußen gemeinsam von 1850 bis 1858 im Kurfürstlichen Schloss. Insbesondere Prinzessin Augusta fühlte sich in dieser Stadt wohl; hier hatte sie endlich die Gelegenheit, ein Hofleben zu gestalten, wie sie es aus ihrer Kindheit am Weimarer Hof gewöhnt war. Ihr Sohn Friedrich studierte im nahen Bonn Rechtswissenschaften und war damit der erste preußische Thronfolger, der eine akademische Ausbildung erhielt. Auch daran war Augustas Einfluss maßgeblich beteiligt.

Am Koblenzer Hof verkehrten insbesondere auf das Betreiben von Prinzessin Augusta hin liberale Menschen wie der Historiker Maximilian Duncker, die Rechtsprofessoren Moritz August von Bethmann-Hollweg und Clemens Theodor Perthes sowie Alexander von Schleinitz.[5] Auch Wilhelm nahm unter dem Eindruck der 1848er Revolte eine politisch gemäßigtere Haltung an, die bei seinem regierenden Bruder auf Unwillen stieß. Kritisch wurde Prinzessin Augustas tolerante Haltung gegenüber dem Katholizismus beobachtet, die in der Koblenzer Zeit besonders offensichtlich wurde – eine Haltung, die man in einer Zeit, als die religiöse Konfession noch eine große Bedeutung hatte, bei einer preußisch-protestantischen Prinzessin als unpassend empfand.

Neue Ära

Die früher dem Prinzen ungünstige Stimmung war infolge seiner Zurückhaltung gegenüber den extremen Positionen der politischen und kirchlichen Reaktion und des Junkertums so sehr in das Gegenteil umgeschlagen, dass er, besonders seit den Verwicklungen mit Österreich und seit dem Krimkrieg, als Hauptvertreter der Machtstellung Preußens galt, und dass alle Hoffnungen der patriotischen und liberalen Partei sich ihm zuwandten, als er während der Erkrankung des Königs am 23. Oktober 1857 als dessen Stellvertreter und ab 7. Oktober 1858 als Prinzregent an die Spitze der Regierung trat. Nachdem er am 26. Oktober gemäß Art. 58 der Preußischen Verfassung den Eid auf die Verfassung geleistet hatte, berief er am 5. November das liberale Ministerium Karl Anton Fürst von Hohenzollern-Sigmaringen („Neue Ära“) und legte am 8. November in einem Erlass an dieses seine Regierungsgrundsätze und Ziele dar.

Zwar betonte er, dass von einem Bruch mit der Vergangenheit nicht die Rede sein könne; er erklärte sich aber entschieden gegen alle Scheinheiligkeit und Heuchelei; ebenso sprach

er sich dagegen aus, dass Preußen sich in der auswärtigen Politik fremden Einflüssen hingebe, vielmehr müsse es durch eine weise Gesetzgebung, Hebung aller sittlichen Elemente und Ergreifung von Einigungsmomenten in Deutschland Eroberungen zu machen suchen. Diese Aussagen fanden im Volk und bei dem neu gewählten, überwiegend liberalen Abgeordnetenhaus Beifall, da vor allem der Einfluss der kirchlichen Reaktion und die russische Politik Friedrich Wilhelms IV. Unwillen hervorgerufen hatten, und wurden fast allein beachtet; viel zu wenig dagegen die Worte des Prinzen, in denen er von der notwendigen Heeresreform und den dazu erforderlichen Geldmitteln sprach, da Preußens Heer mächtig und angesehen sein müsse, wenn Preußen seine Aufgabe erfüllen solle.

Dies sah der Prinz als seine Hauptaufgabe an, und der Verlauf der Ereignisse von 1859, als die Mobilmachung auf große Schwierigkeiten stieß und bedeutende Mängel im Heerwesen aufdeckte, konnte ihn nur darin bestärken. Die Majorität des Abgeordnetenhauses war jedoch nicht bereit, im Vertrauen auf des Prinzen konstitutionelle und deutsch-nationale Gesinnung und Politik die Mehrkosten der 1860 eingebrachten durchgreifenden Heeresreorganisation definitiv zu bewilligen.

Freimaurerei

Wilhelm wurde als Prinz von Preußen am 22. Mai 1840 in einer gemeinsamen Veranstaltung aller preußischer Großlogen (Große Landesloge, Große National-Mutterloge, Royal York zur Freundschaft) in die Freimaurerei aufgenommen. Die Aufnahme leitete der damalige Ordens-Unterarchitekt Wilhelm Ludwig Viktor Graf Henckel von Donnersmarck im Namen der Großen Landesloge. Wilhelms Vater stimmte dem unter der Bedingung zu, dass er auch das Protektorat über die drei Großlogen übernahm, das 1774 Friedrich der Große begründet hatte.

Am 22. Oktober 1840 wurde Prinz Wilhelm in das Ordenskapitel „Indissolubilis“ aufgenommen, ebenfalls durch Graf Henckel von Donnersmarck, da der amtierende Ordensmeister erkrankt war.

Am 26. Dezember 1841 wurde Prinz Wilhelm zum Ordens-Unterarchitekten, dem dritthöchsten Amt innerhalb der Großen Landesloge, ernannt. Er legte das Amt aber am 15. Juli 1842 nieder, um seine Neutralität als Protektor gegenüber den anderen beiden Großlogen nicht zu gefährden.

König von Preußen

Karikatur Wilhelms I. von Thomas Nast

Krönung in Königsberg

Krönung Wilhelms I. zum König in Königsberg,
Gemälde von Adolph Menzel, 1861

Nach dem Tod seines Bruders Friedrich Wilhelm IV. am 2. Januar 1861 bestieg Wilhelm den preußischen Thron. Mit der von ihm selbst auf eigene Kosten veranstalteten Krönung meinte Wilhelm einen Kompromiss zwischen der nicht in der Verfassung vorgesehenen, aber von ihm gewünschten Erbhuldigung, und der dort vorgeschriebenen Eidesleistung im Parlament gefunden zu haben.[10] Im *Aufruf an mein Volk* vom 8. Januar 1861 bekräftigte er seine Treue zum Eid auf die Verfassung, den er bereits 1858 als Prinzregent abgelegt hatte. Am 18. Oktober 1861 fand die prachtvolle Krönungsversammlung in Königsberg in der Schlosskirche statt.

Wilhelm setzte sich selbst die Krone aufs Haupt, nahm das Zepter und das Reichsschwert vom Altar und hob sie mit ausgestreckten Armen in die Höhe. Diesen Moment, den Höhepunkt der Krönung, stellte Adolph Menzel in seinem Gemälde „Krönung Wilhelms I.“ dar (in gleicher Weise zeigte später eine Statue den König auf dem Kaiser-Wilhelm-Platz in Königsberg). Eine Salbung hatte nicht stattgefunden. Danach krönte er seine Frau zur Königin. Zum Abschluss der Feiern sagte Wilhelm im Thronsaal des Königsberger Schlosses: „Von Gottes Gnaden tragen Preußens Könige seit 160 Jahren die Krone. Nachdem durch zeitgemäße Einrichtungen der Thron umgeben ist, besteige ich als erster König denselben. Aber eingedenk, daß die Krone nur von Gott kommt, habe ich durch die Krönung an geheiligter Stätte bekundet, daß ich sie in Demut aus seinen Händen empfangen habe.“[11]

Politik als König

Otto von Bismarck

Die Neuwahlen am 6. Dezember 1861 wurden durch die neu gegründete Deutsche Fortschrittspartei sehr deutlich gewonnen (auf Anhieb mit 104 Abgeordneten in der Kammer). Mit dem Rücktritt des Ministeriums der Neuen Ära (17. März 1862), das der König fallen ließ, weil es im Abgeordnetenhaus die Bewilligung der Mittel für die tatsächlich bereits durchgeführte Heeresreorganisation nicht erreichen konnte, begann der Verfassungskonflikt. Der König hielt zäh an der Heeresreform fest, auch weil er die staatsrechtliche Grundsatzfrage des Verhältnisses von König und Parlament berührt sah. Da er sich in seinen Machtbefugnissen als souveräner Herrscher in Frage gestellt sah, dachte er zeitweise sogar an Abdankung. Die entsprechende Urkunde war bereits unterzeichnet, als Otto von Bismarck – auf Initiative des Kriegsministers Albrecht von Roon – den König von diesem Schritt abhielt. Bismarck erklärte sich bereit, als Ministerpräsident auch ohne genehmigten Haushalt (Lückentheorie) zu regieren und die Heeresreform durchzusetzen.

Durch die Ernennung Bismarcks zum preußischen Ministerpräsidenten am 23. September 1862 und die Unterstützung seines Ministeriums gegen das Abgeordnetenhaus verlor der König seine frühere Popularität, wie sich besonders bei den 50-jährigen Erinnerungsfesten an die Befreiungskriege 1863 und an die Vereinigung verschiedener Provinzen mit Preußen 1865 zeigte. Während zugleich die Reformen im Innern völlig stockten, ja vielfach ein schroffes Polizeiregiment zur Herrschaft kam, ließ sich der König von Bismarck zu einer entschiedenen Politik in der deutschen Frage bestimmen. Erfolge in der Deutschlandpolitik sollten von dem autoritären Regiment im Inneren ablenken und die politischen Gegner mit der Zeit ins eigene Lager ziehen.

Im Jahr 1866 bot die durch den gewonnenen Deutschen Krieg ausgelöste patriotische Begeisterung eine günstige Gelegenheit zur Beendigung des Verfassungskonflikts. Durch die Indemnitätsvorlage von 1866 genehmigte der preußische Landtag nachträglich die Staatshaushalte seit 1862. Wilhelm lenkte wieder stärker in liberale Bahnen ein. Die verhassten Minister der Konfliktsperiode wurden entlassen und machten Anhängern einer freisinnigen Reform Platz. Mit der Gründung des Norddeutschen Bundes vom 1. Juli 1867 wurde Wilhelm der Inhaber des Bundespräsidiums.

Einigungskriege

Nach der Schlacht bei Königgrätz, Gemälde von Emil Hünten, 1886

Nach der Schlacht bei Sedan, Gemälde von Carl Steffeck, 1884

Die erste Gelegenheit zu Erfolgen in der Deutschlandpolitik bot der Deutsch-Dänische Krieg von 1864, in dem Preußen und Österreich gemeinsam als Wahrer deutscher Interessen in den mit Dänemark verbundenen Herzogtümern Schleswig und Holstein auftraten. Wie von Bismarck kalkuliert, kam es nach dem Sieg über die weitere Behandlung Schleswig-Holsteins zum Konflikt mit Österreich, mit dem Preußen damals noch immer um die Führung im Deutschen Bund konkurrierte. Der König erhielt das Siegestelegramm von der Schlacht bei Düppel auf der Rückfahrt von einer Truppeninspektion auf dem Tempelhofer Feld. Augenblicklich kehrte er um, um den Soldaten die Siegesbotschaft zu verkünden. Im Anschluss fuhr er zum Kriegsschauplatz, wo er am 21. April 1864, bei einer Parade auf einer Koppel zwischen Gravenstein und Atzbüll, den „Düppelstürmern“ persönlich dankte.[12]

Obwohl Wilhelm zunächst nur widerstrebend Bismarcks Politik gefolgt war, eine kriegerische Entscheidung gegen Österreich zu suchen, übernahm er im Deutschen Krieg von 1866 selbst den Oberbefehl über das Heer und errang dank der überlegenen strategischen Planung des Generalstabschefs Helmuth von Moltke den kriegsentscheidenden Sieg in der Schlacht von Königgrätz. Bei den Friedensverhandlungen folgte er wiederum Bismarcks Rat und verzichtete, wenn auch ungern, auf die Annexion Sachsens, um Bismarcks deutsche Einigungspläne nicht zu durchkreuzen.

Im Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 übernahm Wilhelm wieder den Oberbefehl über die gesamte in Frankreich einrückende Armee, befehligte selbst bei Gravelotte und bei der Schlacht bei Sedan; zudem leitete er von Oktober 1870 bis März 1871 von Versailles aus nominell die militärischen Operationen und die politischen Verhandlungen über die Gründung des Deutschen Reichs. Tatsächlich spielte auch hierbei Bismarck die wesentliche Rolle. Im November 1870 unterzeichnete der bayerische König Ludwig II. den von Bismarck verfassten Kaiserbrief. Wilhelm war nur schwer davon zu überzeugen, Preußen künftig in einem gesamtdeutschen Nationalstaat aufgehen zu lassen, auch wenn er selbst an dessen Spitze treten sollte. Der Annahme des Titels *Deutscher Kaiser* widersetzte er sich noch bis zum Vorabend der Kaiserproklamation im Spiegelsaal von Versailles, die am 18. Januar 1871 stattfand.

Deutscher Kaiser

Proklamation in Versailles

Proklamierung des Deutschen Kaiserreiches, Gemälde von Anton von Werner, 1885

Durch die Kaiserproklamation, die am 18. Januar 1871, dem 170. Jahrestag der Königskrönung Friedrichs III. von Brandenburg, im Spiegelsaal des Schlosses von Versailles stattfand, nahm Wilhelm für sich und seine Nachfolger zur Krone Preußens den Titel eines *Deutschen Kaisers* an und versprach, „allzeit Mehrer des Deutschen Reichs zu sein, nicht an kriegerischen Eroberungen, sondern an den Gütern und Gaben des Friedens auf dem Gebiet nationaler Wohlfahrt, Freiheit und Gesittung“. Der Proklamation war ein erbitterter Streit über den Titel zwischen Bismarck und König Wilhelm vorausgegangen. Wilhelm fürchtete, dass die deutsche Kaiserkrone die preußische Königskrone überschatten würde. Am Vorabend der Proklamation meinte er:

„Morgen ist der unglücklichste Tag meines Lebens! Da tragen wir das preußische Königtum zu Grabe.“

– Wilhelm I.

Wilhelm war wenig motiviert, Kaiser zu werden; er achtete den Titel des preußischen Königs höher. Ob er nun „Deutscher Kaiser“ oder „Kaiser von Deutschland“ heißen sollte, blieb unentschieden. Der badische Großherzog Friedrich I., sein Schwiegersohn, löste das Problem, das noch am Morgen der Proklamation ungeklärt war, indem er einfach ein Hoch auf „Kaiser Wilhelm“ ausbrachte und die heikle Titelfrage umging.[13] Letztlich blieb es bei der von Bismarck mit Rücksicht auf die deutschen Fürsten gewählten Bezeichnung „Deutscher Kaiser“. Der Kaiser war so verbittert, dass er Bismarck nicht einmal die Hand gab. Am 16. Juni 1871 hielt er seinen glänzenden Einzug in Berlin.

Politik als Kaiser

Wilhelm I. in Uniform mit Orden und Pickelhaube, 1884

Wilhelm akzeptierte aber letztlich, dass die Politik des neuen Deutschen Reiches von Bismarck bestimmt wurde. Das zeigen ihm zugeschriebene Aussprüche wie „Bismarck ist wichtiger“ oder:

„Es ist nicht leicht, unter einem solchen Kanzler Kaiser zu sein.“

– Wilhelm I.[14]

In Übereinstimmung mit Bismarck war er bemüht, den äußeren Frieden durch Bündnisse mit den Nachbarmächten (außer Frankreich) zu sichern. Zu diesem Zweck brachte er im September 1872 in Berlin im sogenannten Dreikaisertreffen den Dreikaiserbund zwischen dem Deutschen Reich, Russland und Österreich-Ungarn zustande, der die beiden letzteren Mächte einander annäherte und Frankreich politisch isolierte. Besuche des Kaisers in St. Petersburg und Wien 1873 und in Mailand 1875 dienten der weiteren Unterstützung dieser außenpolitischen Annäherung.

Eine andere – vor allem ehrenvolle – außenpolitische Aufgabe fiel dem Kaiser 1871 zu, als er um Vermittlung zwischen den USA und Großbritannien im sogenannten Schweinekonflikt gebeten wurde. Mit seiner Entscheidung vom 21. Oktober 1872 zugunsten der USA beendete er den bereits seit 13 Jahren andauernden Grenzkonflikt zwischen dem US-Bundesstaat Washington und dem kanadischen British Columbia. 1878 begründete Wilhelm die Generalstabsstiftung.

Späte Jahre und Tod

Trauerzug für Wilhelm I. im Berliner Lustgarten, 1888

Wilhelm, der im hohen Alter hohe Popularität genoss und für viele das *alte Preußen* verkörperte, starb nach kurzer Krankheit im Dreikaiserjahr am 9. März 1888 im Alten Palais Unter den Linden und wurde am 16. März im Mausoleum im Schlosspark Charlottenburg beigesetzt.

Aus Sympathie der Deutschen zu Kaiser Wilhelm wurde die Zeile „Wir wollen unseren alten Kaiser Wilhelm wieder haben“ zur Melodie des 1875 von Richard Henrion komponierten Fehrbelliner Reitermarschs gesungen.

Sein Ausspruch „Ich habe keine Zeit müde zu sein“ wurde zum Synonym für Pflichterfüllung bis zum letzten Augenblick und wurde später zum geflügelten Wort. Dies sollen die letzten zusammenhängenden Worte gewesen sein, die Wilhelm I. an seinem Todestag äußerte.

Michel Lock schuf 1891 eine Skulpturen-Gruppe mit dem in einem Lehnstuhl sitzenden und sterbenden Wilhelm I.

Ziel von Attentaten

Am 12. Juni 1849 entging Wilhelm bei Ingelheim einem ersten Attentat.

Am 14. Juli 1861 verübte der Student Oskar Becker in Baden-Baden ein Attentat auf Wilhelm, verwundete ihn aber nur leicht am Hals.

Am 11. Mai 1878 feuerte der arbeitslose, sich in Berlin aufhaltende Klempnergeselle Max Hödel, als der Kaiser mit seiner Tochter, der Großherzogin von Baden, in offenem Wagen durch die Straße Unter den Linden fuhr, mit einem Revolver mehrere Schüsse gegen ihn ab, von denen nicht einer traf.[15] Weil sich unter den Mitgliedskarten mehrerer politischer Parteien, die er bei seiner Festnahme bei sich hatte, auch eine der Sozialdemokratie befand, nahm Bismarck dies am 24. Mai zum Anlass, im Reichstag ein „Gesetz zur Abwehr sozialdemokratischer Ausschreitungen“ zu beantragen. Dieser Gesetzesantrag fand jedoch keine Mehrheit im Reichstag. Kronprinz Friedrich, der für den nach dem Nobiling-Attentat am 2. Juni 1878 schwer verletzten Kaiser die Stellvertretung übernommen hatte, bestätigte im August das Todesurteil gegen Hödel.[16]

Drei Wochen später am Sonntag, dem 2. Juni 1878, feuerte ein anderer Attentäter an fast der gleichen Stelle, noch bevor sich die Aufregung über das vorherige Attentat gelegt hatte, aus einem Fenster des Hauses Unter den Linden Nr. 18 zwei Flintenschüsse gegen Wilhelm ab, als dieser allein in den Tiergarten fuhr. Der Kaiser wurde von dreißig Schrotkörnern an Kopf und Armen getroffen und so schwer verwundet, dass er zwei Tage später den Kronprinzen Friedrich Wilhelm zum Stellvertreter ernannte. Er überlebte nur durch die sein Haupt schützende Pickelhaube. Der Täter, Karl Eduard Nobiling, ein junger promovierter Landwirt, wurde gefasst, nachdem er Selbstmord versucht und sich dabei schwer verletzt hatte.[17]

Die Empörung über diese Attentate nutzte Bismarck, um im Reichstag das Sozialistengesetz durchzubringen, indem er verbreiten ließ, dass für beide Attentate letzthin die Sozialdemokratie verantwortlich sei. Die Wahrscheinlichkeit, dass Nobiling geistesgestört war, wurde von vielen als hoch eingeschätzt. Nach seinen eigenen Angaben war ihm nur daran gelegen, bekannt zu werden.

Wilhelm I. erholte sich nur langsam und kehrte nach längerem Aufenthalt in Baden und Wiesbaden am 5. Dezember nach Berlin zurück, wo er die Regierung wieder übernahm. Im Juli wurde aus Anlass seiner „glücklichen Errettung“ im ganzen Reich die Kaiser-Wilhelms-Spende aus den Gaben von knapp 12 Millionen Spendern gesammelt. Der Ertrag von über 1,7 Millionen Mark bildete das Stammkapital einer freiwilligen Altersrenten- und Kapitalversicherung für „gering bemittelte Klassen“. Der Schock des Attentats stärkte wider Erwarten die schwächelnde Gesundheit des Kaisers. Wilhelm nannte Nobiling später „seinen besten Arzt“.

Bei der Einweihung des Niederwalddenkmals am 28. September 1883 in Rüdesheim bereiteten Anarchisten um August Reinsdorf ein Attentat mit Dynamit auf Wilhelm I. vor. Wegen des feuchten Wetters versagte aber der Zünder.

Denkmäler und Ehrungen

Zwischen 1867 und 1918 wurden im deutschsprachigen Raum mehr als 1000 Kaiser-Wilhelm-Denkmäler errichtet, die primär oder sekundär dem Andenken des Kaisers gewidmet waren. Zu den bekanntesten und größten gehören das Kyffhäuserdenkmal (1896), das Kaiser-Wilhelm-Denkmal an der Porta Westfalica (1896) und das Kaiser-Wilhelm-Denkmal am Deutschen Eck in Koblenz (1897). Bei vielen dieser Denkmäler geht es allerdings nicht allein um die Person Wilhelms I., sondern oft auch darum, ihn in seiner Rolle als „Reichsgründer“ und ersten Deutschen Kaiser zu verherrlichen. Beim offiziellen Kaiser-Wilhelm-Nationaldenkmal in Berlin (1897) steht Wilhelm I. schließlich stellvertretend für den monarchischen Nationalstaat im Sinne des Wilhelminismus.[18]

Carl Koldewey, der Leiter der Ersten Deutschen Nordpolar-Expedition, benannte eine Insel in der Hinlopenstraße (Spitzbergen) 1868 Wilhelm-Insel.

1869 wurde dem preußischen Kriegsmarinehafen an der Nordsee der Name Wilhelmshaven gegeben, die Drehbrücke über den Hafen wurde Kaiser-Wilhelm-Brücke genannt. Der 1895 eröffnete Nord-Ostsee-Kanal hieß bis 1948 Kaiser-Wilhelm-Kanal. Der Sporntunnel bei Cochem auf der Moselstrecke heißt seit seiner Eröffnung 1877 Kaiser-Wilhelm-Tunnel. Im selben Jahr wurde die 1872 in Straßburg gegründete Kaiser-Wilhelms-Universität nach ihm benannt.

Verschiedene Schiffe erhielten seinen Namen: Kombischiff König Wilhelm I. (1871), Salonschiff auf dem Bodensee Kaiser Wilhelm (1871), Raddampfer Kaiser Wilhelm (1887), Passagierschiff Kaiser Wilhelm der Große (1897), Panzerschiff SMS Kaiser Wilhelm der Große (1898).

Vom 21. bis 23. März 1897 fand die sogenannte Centenarfeier (Hundertjahrfeier) zum einhundertsten Geburtstag statt.[19] Anlässlich dieses Jubiläums wurde unter anderem die Zentenarmedaille verliehen, das „Deutsche Centenar-Sportfest“ veranstaltet und der Grundstein für das Sportdenkmal Berlin-Grünau gelegt. Aus diesem Anlass wurde auch der Spandauer Ortsteil Potsdamer Vorstadt in Wilhelmstadt umbenannt.

Der Versuch seines Enkels Kaiser Wilhelm II., seinen Großvater mit dem Titel „der Große“ auszuzeichnen, fand in der Bevölkerung ebenso wenig Widerhall wie in der Historiographie.[20]

Siehe auch: Liste der Kaiser-Wilhelm-I.-Denkmäler

https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_Kaiser-Wilhelm-I.-Denkm%C3%A4ler

[Wird hier ausgespart! Vielleicht für später!]

Wilhelm I. in Zivil, nach 1871

Kaiser Wilhelm I. mit Sohn, Enkel und Urenkel, 1882

Dynastische Verbindungen

Vorfahren

Ahnentafel Wilhelm I.								
Ururgroßeltern	König Friedrich Wilhelm I. (Preußen) (1688–1740) ⚭ 1706 Sophie Dorothea von Hannover (1687–1757)	Herzog Ferdinand Albrecht II. von Braunschweig-Wolfenbüttel (1680–1735) ⚭ 1712 Antoinette Amalie von Braunschweig-Wolfenbüttel (1696–1762)	Herzog Christian III. (Pfalz-Zweibrücken) (1674–1735) ⚭ 1719 Karoline von Nassau-Saarbrücken (1704–1774)	Landgraf Ludwig VIII. (Hessen-Darmstadt) (1691–1768) ⚭ 1717 Charlotte Christine Magdalene Johanna von Hanau-Lichtenberg (1700–1726)	Graf Christian Karl Reinhard von Leiningen-Dagsburg-Falkenburg (1695–1766) ⚭ 1726 Katharina Polyxena von Solms-Rödelheim (1702–1765)	Herzog Adolf Friedrich II. (Mecklenburg) (1658–1708) ⚭ 1705 Christiane Emilie Antonie von Schwarzburg-Sondershausen (1681–1715)	Herzog Ernst Friedrich I. (Sachsen-Hildburghausen) (1681–1724) ⚭ 1704 Sophia Albertine von Erbach (1683–1742)	
Urgroßeltern	Prinz August Wilhelm von Preußen (1722–1758) ⚭ 1742 Luise Amalie von Braunschweig-Wolfenbüttel (1722–1780)		Landgraf Ludwig IX. (Hessen-Darmstadt) (1719–1790) ⚭ 1741 Henriette Karoline von Pfalz-Zweibrücken (1721–1774)		Prinz Georg Wilhelm von Hessen-Darmstadt (1722–1782) ⚭ 1748 Maria Luise Albertine von Leiningen-Dagsburg-Falkenburg (1729–1818)	Karl zu Mecklenburg (1708–1752) ⚭ 1735 Elisabeth Albertine von Sachsen-Hildburghausen (1713–1761)		
Großeltern	König Friedrich Wilhelm II. (Preußen) (1744–1797) ⚭ 1769 Friederike von Hessen-Darmstadt (1751–1805)				Großherzog Karl II. (Mecklenburg) (1741–1816) ⚭ 1768 Friederike Caroline Luise von Hessen-Darmstadt (1752–1782)			
Eltern	König Friedrich Wilhelm III. (Preußen) (1770–1840) ⚭ 1793 Luise von Mecklenburg-Strelitz (1776–1810)							
Kaiser Wilhelm I. (1797–1888)								

Literatur

- Wilhelm Jordan: *Kaiser Wilhelm I.* Frankfurt am Main 1896.
- Erich Marcks: *Wilhelm I.* In: *Allgemeine Deutsche Biographie* (ADB). Band 42, Duncker & Humblot, Leipzig 1897, S. 517–692.
- Kurt von Priesdorff: *Soldatisches Führertum.* Band 7, Hanseatische Verlagsanstalt Hamburg, o. O. [Hamburg], o. J. [1937], S. 31–51, Nr. 2143.
- Franz Herre: *Kaiser Wilhelm I. Der letzte Preuße.* Kiepenheuer & Witsch, Köln 1980, ISBN 3-462-01409-9.
- Karl Heinz Börner: *Wilhelm I. Deutscher Kaiser und König von Preußen. Eine Biographie.* Akademie, Berlin 1984.
- Günter Richter: *Kaiser Wilhelm I.* In: Wilhelm Treue (Hrsg.): *Drei deutsche Kaiser. Wilhelm I. – Friedrich III. – Wilhelm II. Ihr Leben und ihre Zeit 1858–1918.* Ploetz, Freiburg, Würzburg 1987, ISBN 3-87640-192-5, S. 14–75.
- Hellmut Seier: *Wilhelm I. Deutscher Kaiser 1871–1888.* In: Anton Schindling, Walter Ziegler (Hrsg.): *Die Kaiser der Neuzeit, 1519–1918: Heiliges Römisches Reich, Österreich, Deutschland.* C. H. Beck, München 1990, ISBN 3-406-34395-3, S. 395–409 (Vorschau).
- Jürgen Angelow: *Wilhelm I. (1861–1888).* In: Frank-Lothar Kroll (Hrsg.): *Preußens Herrscher. Von den ersten Hohenzollern bis Wilhelm II.* Beck, München 2006, S. 242–264.
- Guntram Schulze-Wegener: *Wilhelm I. Deutscher Kaiser, König von Preußen, Nationaler Mythos.* Mittler, Hamburg 2015, ISBN 978-3-8132-0964-8 (Rezension).
- Robert-Tarek Fischer: *Wilhelm I. Vom preußischen König zum ersten Deutschen Kaiser.* Böhlau, Köln 2020, ISBN 978-3-412-51926-1

Weblinks

Commons: Wilhelm I. – Album mit Bildern, Videos und Audiodateien

Wikisource: Wilhelm I. – Quellen und Volltexte

- Literatur von und über Wilhelm I. im Katalog der Deutschen Nationalbibliothek
- Werke von und über Wilhelm I. in der Deutschen Digitalen Bibliothek
- Zeitungsartikel über Wilhelm I. in der Pressemappe 20. Jahrhundert der ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft.
- Dorlis Blume: *Wilhelm I..* Tabellarischer Lebenslauf im LeMO (DHM und HdG) , 10. September 2014
- *Wilhelm <Deutsches Reich, Kaiser, I.>; 1797–1888*, Eintrag in der Deutschen Zentralbibliothek für Wirtschaftswissenschaften
- Wilhelm I. – Deutsche Biographie
- Wilhelm I. von Preußen – rbb Preußen-Chronik
- Christian Feldmann: *Kaiser Wilhelm I. - Der letzte Preuße* Bayern 2 Radiowissen. Ausstrahlung am 18. Januar 2021 (Podcast)
- Jörg Beuthner: *22.03.1797 - Geburtstag von Kaiser Wilhelm I.* WDR ZeitZeichen vom 22. März 2017. (Podcast)

Einzelnachweise

1.

 Kurt Jagow: *Wilhelm und Elisa. Die Jugendliebe des Alten Kaisers*. K. F. Koehler, Leipzig 1930, passim.
  Zur „Feuertaufe“ Wilhelms siehe Franz Herre: *Kaiser Wilhelm I. Der letzte Preuße.* Kiepenheuer & Witsch, Köln 1980, ISBN 3-462-01409-9, S. 70 f.
  Wolfram Letzner: *Berlin – eine Biografie. Menschen und Schicksale von den Askaniern bis Helmut Kohl und zur Hauptstadt Deutschlands.* Nünnerich Asmus, Mainz 2016, ISBN 978-3-945751-37-4.
  Jürgen Angelow: *Wilhelm I. (1861–1888).* In: Frank-Lothar Kroll (Hrsg.): *Preußens Herrscher. Von den ersten Hohenzollern bis Wilhelm II.* Beck, München 2000, ISBN 3-406-46711-3, S. 242–264, hier: S. 248.
  Dorlis Blume: *Wilhelm I..* Tabellarischer Lebenslauf im LeMO (DHM und HdG)
  Guntram Schulze-Wegener: *Wilhelm I. Deutscher Kaiser – König von Preußen – Nationaler Mythos*. Mittler, Berlin 2015, S. 189–191.
  Günter Richter: *Kaiser Wilhelm I.*, in: Wilhelm Treue (Hrsg.): *Drei Deutsche Kaiser, Wilhelm I. – Friedrich III. – Wilhelm II. Ihr Leben und ihre Zeit.* Köln, (Ploetz *Handbücher der Geschichte*) S. 15–80, hier: S. 27 ff.
Peter Mast: *Wilhelm I.* In: Gerhart Hartmann, Karl Schnith (Hrsg.): *Die deutschen Kaiser. 1200 Jahre europäische Geschichte.* Wiesbaden 2006, S. 747–761.
Christopher Clark: *Preußen. Aufstieg und Niedergang 1600–1947.* München 2007, S. 536–582.
  Gerd Heinrich (Hrsg.): *Karl Ludwig von Prittwitz. Berlin 1848.* de Gruyter, Berlin/New York 1985 (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, Band 60), ISBN 3-11-008326-4, S. 421.
  Günter Richter: *Zwischen Revolution und Reichsgründung.* In: Wolfgang Ribbe (Hrsg.): *Geschichte Berlins.* Band 2: *Von der Märzrevolution bis zur Gegenwart.* Beck, München 1987, S. 616.
  Zu Sinn, Vorbereitung und Ablauf der Krönung Wilhems I. siehe Iselin Gundermann: *Via Regia. Preußens Weg zur Krone. Ausstellung des Geheimen Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz 1998*. Duncker und Humblot, Berlin 1998, ISBN 3-428-09454-9, S. 95–175.
  Hermann Robolsky: *Das Testament Kaiser Wilhelms I. Eine Festschrift zum hundertjährigen Geburtstage des ersten Hohenzollern-Kaisers*. Berlin 1897, S. 21.
  Theodor Fontane: *Der schleswig-holsteinische Krieg im Jahr 1864*, Berlin 1866, (S. 254 ff. books.google); Alfred Cramer: *Geschichte des Infanterie-Regiments Prinz Friedrich der Niederlande (2. Westfälisches) Nr. 15*. Verlag R. Eisenschmid, Verlagsbuchhandlung für Militärwissenschaft, Berlin 1910.
  Hermann Oncken: *Grossherzog Friedrich I. von Baden und die deutsche Politik von 1854 bis 1871*. Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart/Berlin/Leipzig 1898, abgedruckt in: Martin Wein (Hrsg.): *Ich kam, sah und schrieb – Augenzeugenberichte aus fünf Jahrtausenden*. DTV, München 1964.
  Ludwig Bamberger: *Bismarck posthumus*. Berlin 1899, S. 8 (books.google).
  Der Mordversuch gegen den deutschen Kaiser Wilhelm I. am 11. Mai 1878. Wikisource
  Zur Bestätigung des Todesurteils durch den Kronprinzen sowie zur Position des Kaisers, der sich bei seinem Sohn hierfür bedankte, siehe Marcus Mühlnikel: *„Fürst, sind Sie unverletzt?“ Attentate im Kaiserreich 1871–1914*. Schöningh Verlag, Paderborn 2014, S. 143 f.
  Der Mordversuch gegen den deutschen Kaiser Wilhelm I. am 2. Juni 1878. Wikisource
  Thomas Nipperdey: *Nationalidee und Nationaldenkmal in Deutschland im 19. Jahrhundert*. In: Theodor Schieder, Walther Kienast (Hrsg.): *Historische Zeitschrift*. Bd. 206, München 1968, S. 543–544.

Feier des hundertsten Geburtstages Seiner Majestät des hochseeligen Kaisers Wilhelms des Großen (Ministerialerlass vom 3. d. M. [März 1897] – IVa A 1547). In: Eisenbahndirektion Mainz (Hrsg.): *Sammlung der herausgegebenen Amtsblätter*. Jg. 1897, Bekanntmachung Nr. 23, S. 59.

20. Andreas Rose: *Wilhelm I. – ein Großer? „Verweigerte Größe" – Kaiser Wilhelms I.* Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg.

Vorgänger	Amt	Nachfolger
Friedrich Wilhelm IV.	**König von Preußen** 1861–1888	Friedrich III.
—	**Präsident des Norddeutschen Bundes** 1867–1871	—
—	**Deutscher Kaiser** 1871–1888	Friedrich III.

Normdaten (Person): GND: 118632884 | LCCN: n80149385 | NDL: 00795186 | VIAF: 43148190 | Wikipedia-Personensuche

Kategorien:

- Kaiser (Deutsches Reich)
- König (Preußen)
- Regent
- Opfer eines Attentats
- Friedrich Wilhelm III. (Preußen)
- Namensgeber für ein Schiff
- Luise von Mecklenburg-Strelitz
- Augusta von Sachsen-Weimar-Eisenach
- Wilhelm I. (Deutsches Reich)
- Gouverneur (Mainz)
- Generaloberst (Königreich Preußen)
- Person in den Koalitionskriegen (Preußen)
- Person im Deutsch-Dänischen Krieg (Preußen)
- Person im Deutschen Krieg
- Person im Deutsch-Französischen Krieg
- Freimaurer (19. Jahrhundert)
- Freimaurer (Deutschland)
- Ritter des Schwarzen Adlerordens
- Träger des Großkreuzes des Eisernen Kreuzes
- Träger des Großkreuzes des Roten Adlerordens
- Träger des Großkreuzes des Pour le Mérite
- Träger des Hausordens von Hohenzollern
- Ritter des Hosenbandordens
- Träger des Elefanten-Ordens
- Großkreuz des Militär-St.-Heinrichs-Ordens
- Träger des Militär-Karl-Friedrich-Verdienstordens (Großkreuz)
- Träger des Militär-Max-Joseph-Ordens (Großkreuz)
- Großkreuz des Großherzoglich Hessischen Ludwigsordens

- Träger des k.u. Sankt Stephans-Ordens (Großkreuz)
- Träger des Leopoldsordens (Großkreuz)
- Mitglied der Ehrenlegion (Großkreuz)
- Ritter des Annunziaten-Ordens
- Träger des Ordens der hl. Mauritius und Lazarus (Großkreuz)
- Träger des Ordens der Krone von Italien (Großkreuz)
- Träger des Ordens des Heiligen Andreas des Erstberufenen
- Träger des Ordens des Heiligen Georg
- Träger des Alexander-Newski-Ordens
- Träger des Seraphinenordens
- Träger des Nordstern-Ordens (Großkreuz)
- Träger des Weißen Adlerordens (Kongresspolen)
- Ritter des Ordens Karls XIII.
- Ritter des Ordens vom Goldenen Vlies (Spanien)
- Walhalla
- Hohenzoller (Linie Brandenburg-Preußen)
- Mitglied der Preußischen Nationalversammlung
- Ehrenmitglied der Russischen Akademie der Wissenschaften
- Preuße
- Deutscher
- Geboren 1797
- Gestorben 1888
- Mann

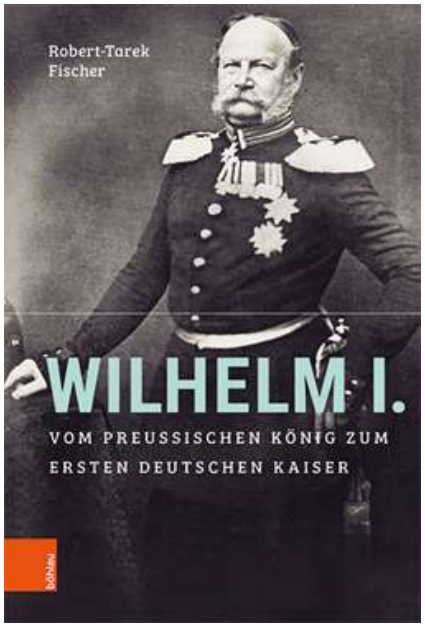
Diese Seite wurde zuletzt am 5. April 2021 um 04:05 Uhr bearbeitet.

Abgerufen am 04.05.2021, 17:00 Uhr

Rezension auf den folgenden Seiten aus:

AWR-Nr. 782 vom 14.01.2021 (Seiten 133 - 161)

http://www.westpreussen-berlin.de/Leitseiten_Rezensionen_AWR-Dateien/20210207_Leitseiten_Rezensionen_AWR_neu.htm



Robert-Tarek Fischer: Wilhelm I. Vom preußischen König zum ersten Deutschen Kaiser. (mit 25 schwarzweißen und mehrfarbigen Abb.). Wien, Köln, Weimar: Böhlau Verlag (2020). 404 Seiten. ISBN 978-3-412-51926-1. € 35,00.

Mehr als nur Herrscher unter Bismarck
Neue Biographie setzt Wilhelm I. in günstigeres Licht

Nein, Wilhelm I. war doch nicht bloß ein historischer Nebenakteur, der von seinem Regierungschef Otto von Bismarck gelenkt wurde und der für zahlreiche Beobachter kaum mehr war als eine gekrönte Marionette, die sich zwar oftmals störrisch zeigte, sich letztlich aber dem großen Virtuosen der Politik Preußens und dann auch Deutschlands fügte. So etwa in Nikolsburg 1866, als Bismarck Wilhelm ganz dringend davon abriet, dem bei Königgrätz besiegten Österreich nach der Väter alter Sitte Territorien abzunehmen. Oder bei der Kaiserproklamation 1871, die Wilhelm in der von Bismarck vorgesehenen Form ganz und gar nicht gefiel. Dieses mehrfache Nachgeben trug wesentlich zu der Marginalisierung des Hohenzollernmonarchen bei, die zu DDR-Zeiten der marxistische Historiker Ernst Engelbert im ersten Band seiner Bismarck-Biographie mit folgender Bewertung Wilhelms I. boshaft-spöttisch auf die Spitze trieb: „Drei Kriege, drei Siege, dreimal gefeiert ein tumber Tor!“ Das ging nun entschieden zu weit, den grundehrlichen, aber keinen intellektuellen Überflieger darstellenden Wilhelm I. als einen Trottel hinzustellen, und so abschätzig hat sich meines Wissens auch kein anderer Historiker geäußert. Doch der Tenor war meist so, wie Wilhelm ihn selbst vorgab, als er darüber klagte, es sei nicht leicht, unter einem Kanzler wie Bismarck Kaiser zu sein. Diese (nicht zweifelsfrei belegbare) Aussage prägt noch bis heute weitgehend das Bild des ersten Deutschen Kaisers als eines Mannes, der von Fremden gesteuert wurde.

Neues Bild von Wilhelm I.
Derartige Einschätzungen will nun der 1965 geborene österreichische Historiker und Sachbuchautor Robert-Tarek Fischer, der als Ministerialbeamter seit vielen Jahren in Österreichs Bundeskanzleramt tätig ist, widerlegen und zeichnet ein günstigeres Bild Wilhelms I. Fischer ist nämlich der Auffassung, daß die bisherige Beurteilung des Monarchen dessen durchaus aktiver politischer Wirksamkeit nicht gerecht wird. Wiewohl auch laut Fischer an der Bedeutung Otto von Bismarcks als Ausnahmepolitiker nicht zu rütteln ist, ist es für den österreichischen Historiker zu wenig, „Wilhelm I. auf die Rolle eines Edelkomparsen zu reduzieren“, da der die preußisch-deutsche Geschichte in Summe doch wesentlich beeinflußt habe.

Fischer zeigt uns, daß Wilhelm alles andere als ein unpolitischer Mensch war und bereits in jungen Jahren in seinen Briefen eine große Zahl engagierter Kommentare zu politischen Ereignissen sowie zu Kardinalfragen der Politik in Preußen und Europa abgab. Wir können nachvollziehen, daß er – wenngleich die historischen Fakten es nicht rechtfertigen – von seinen Zeitgenossen und noch lange danach als „Kartätschenprinz“ (in heutiger Diktion als „Hardliner“) gesehen wurde. Wilhelm war in der Tat ein so vehementer Verfechter des Absolutismus und hielt am Herrschertum von Gottes Gnaden so resolut fest, daß er 1848 beim Ausbruch der Revolution als einziger Spitzenvertreter der Dynastie der Hohenzollern ins Ausland fliehen mußte. Dies alles zeigt sein Biograph ebenso glaubhaft auf wie seine nach dieser tiefen Zäsur erfolgende Umorientierung, in deren Verlauf er moderatere Konzepte ersann, welche Stellung das monarchische Prinzip in einem konstitutionellen Staat einnehmen sollte.

Der neue Biograph Wilhelms I. unterteilt die unerwartet lange Herrschaft, die der Hohenzoller mit erst 60 Jahren antrat und die aufgrund seiner exorbitanten Rüstigkeit noch 30 Jahre andauerte, in drei Abschnitte, wovon der erste im Oktober 1857 begann: Damals

übernahm er ein Jahr lang die Stellvertretung seines älteren Bruders, des schwer erkrankten Königs Friedrich Wilhelm IV. Ein Jahr später, im Oktober 1858, leitete Wilhelm die bis ins Jahr 1862 reichende „Neue Ära“ ein, in der er als Prinzregent und ab 1861 als König ein Regiment führte, das an Selbstherrschaft grenzte. Damit war er es, der sozusagen „im Alleingang“ den preußischen Verfassungskonflikt entfachte und speziell durch sein dezidiertes Aufrüstungsprogramm, das Preußens militärische Schlagkraft immens erhöhte, einen Schlüssel zur kleindeutschen staatlichen Einigung schuf.

Den zweiten Herrschaftsabschnitt Wilhelms I. zeigt uns Fischer als von den Einigungskriegen gegen Dänemark (1864), Österreich (1866) und Frankreich (1870/71) geprägt. Zwar kam es zu allen drei Waffengängen nicht auf Wilhelms betreiben - nein, er mußte zum Jagen erst getragen werden -, doch übte er laut Fischer „als letzter Monarch Europas im Krieg ein Armeeoberkommando aus, das mehr als eine reine Fiktion darstellte“. Daß Wilhelm sich danach mehr und mehr von den politischen Tagesgeschäften zurückzog und so Bismarcks Position gravierend verstärkte, erklärt der Autor damit: In den 1866 von Preußen annektierten Staaten herrschte ob der Vereinnahmung großer Unmut, und so brauchte es in den folgenden Jahren eine rege Reise- und Besuchsdiplomatie Wilhelms, um die neuen Untertanen mit der Herrschaft der Hohenzollern auszusöhnen und ein inneres Zusammenwachsen zu unterstützen.

Robert-Tarek Fischer hält es für nicht gerechtfertigt, aufgrund seines Verzichts auf politische Gestaltung Wilhelms Aktivitäten in seiner dritten Herrschaftsphase (der Kaiserzeit von 1871 bis 1888) fast ganz auszublenden. Immerhin hätten auch sie „keine geringe Bedeutung für den weiteren Verlauf der preußisch-deutschen Geschichte, dies vor allem in gesellschaftspolitischer Hinsicht“, gehabt. Auf Einzelheiten dazu soll im Rahmen dieser Buchrezensionen allerdings nicht eingegangen werden.

Die hier zu besprechende Biographie ist von der recht ungewöhnlichen Begebenheit geprägt, daß die Tätigkeitsbereiche jenes Mannes, der immerhin 30 Jahre preußischer König war und außerdem 17 Jahre als Deutscher Kaiser fungierte, zumeist nur wenig bekannt oder gänzlich unbekannt sind. Das Buch, das der Österreicher Robert-Tarek Fischer ausgerechnet über den Preußen Wilhelm I. vorgelegt hat, weist Merkmale einer „klassischen“ Biographie auf, führt aber an einigen Stellen darüber hinaus. Es analysiert außerdem die politischen Themenbereiche, denen Wilhelm I. seinen Stempel aufdrückte oder in denen er seinen Einfluß zur Geltung brachte. In der Gesamtschau läßt sich die erfreulich leicht und flüssig zu lesende Biographie Fischers auch als Studie über die Spuren verstehen, die Wilhelm I. in der Historie Preußens und Deutschlands hinterlassen hat. Die Lektüre des Buches, das sein Objekt in sehr informativer Weise in die historischen Ereignisse von Wilhelms Lebenszeit „einbettet“, ist auf jeden Fall zu empfehlen.

Rezensent: Dr. Mario Kandil, Linnich

Eingang: 04.01.2021

Auch hierzu lesenswert, die allgemeinen Ausführungen in „paperpress“, gegründet am 7.4.1976 – Träger: Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V. “, einem privaten Pressedienst aus dem Bezirk Tempelhof-Schöneberg:

Siehe nächste Seiten!

45 Jahre **paperpress** 1976-2021

Nr. 585-23 24. Januar 2021 46. Jahrgang

Ein Platz für Richard von Weizsäcker

Die Betroffenen können froh sein, dass sie die Bemühungen nicht mehr miterleben müssen, ihnen ein Denkmal in Form einer Straße oder eines Platzes zu setzen. Die Berliner taten sich beispielsweise schwer, den ersten Bundeskanzler **Konrad Adenauer** zu würdigen. Der Rheinländer Adenauer war nicht gerade der beste Freund Berlins. Von der Trauer seines Todes am 19. April 1967 überwältigt, sorgte die CDU dafür, dass bereits sieben Tage später der Kaiserdamm in Adenauerdamm umbenannt wurde. Nach heftigen Protesten der Anwohner: *„Wir wollen unsern alten Kaiser Wilhelm wiederhaben!"* erfolgte die Rückbenennung bereits neun Monate später. Übrigens: in dem Lied von **Heino**, von wem sonst, ist KW1 gemeint, der mit dem langen Bart. Der Namensgeber für den Kaiserdamm ist Wilhelm Zwo, das war der mit dem Ersten Weltkrieg.

Der Friedrich-Wilhelm-Platz in Friedenau ist nach Friedrich Wilhelm benannt, der sich Friedrich III nannte und als 99-Tage-Kaiser in die Geschichte einging. Er war der Sohn von WI und Vater von WII. 1945 sollte der Platz in Engelsplatz umbenannt werden, was der Magistrat jedoch nicht umsetzte.

Wann der Beschluss der Tempelhof-Schöneberger Zählgemeinschaftsvariante aus CDU, Grünen und FDP umgesetzt wird, den Kaiser-Wilhelm-Platz in Richard-von-Weizsäcker-Platz umzubenennen, ist ungewiss. Eigentlich besteht die Zählgemeinschaft aus SPD und Grünen. CDU, Grüne und FPD proben aber schon mal am Beispiel des früheren Bundespräsidenten, welche anderen Optionen es noch gibt.

Der SPD-Bezirksverordnete **Axel Seltz** stellt nach Angaben der Berliner Morgenpost in Frage, *„ob der Kaiser-Wilhelm-Platz, an Haupt- und Kolonnenstraße gelegen, aufgrund seiner eher geringen Bedeutung überhaupt der richtige Platz sei, um **Richard von Weizsäcker** zu ehren." „Damals war der Platz für **Marlene Dietrich** zu popelig, und jetzt soll von Weizsäcker mit diesem popeligen Platz gewürdigt werden."* Marlene Dietrich hat ihren Platz vor dem Filmfestspieltheater bekommen, der liegt allerdings nicht in Schöneberg, sondern in Tiergarten. Ihr Grab befindet sich aber auf einem Friedhof in Friedenau, was zu Schöneberg gehört.

Der Bezirk tut sich schwer mit der Namensgebung. So sollte beispielsweise **Hildegard Knef** geehrt werden, weder in Schöneberg geboren noch dort beigesetzt. Gefunden wurde der Vorplatz zum Bahnhof Südkreuz, alles andere als ein Platz und nicht einmal eine postalische Adresse. Das wird sich jedoch ändern, wenn Vattenfall seine neue Zentrale einweiht. Die Adresse lautet dann Hildegard-Knef-Platz 1. **Günther Pfitzmann** hat mit seiner Fernsehserie „Praxis Bülowbogen" diesen Schöneberger Kiez weltberühmt gemacht. Die CDU regte 2014 deshalb an, dort eine Straße nach ihm zu benennen. Der Kultur-Ausschuss des Bezirks lehnte das *„unter anderem mit der Begründung, dass Pfitzmann keine Frau sei und man Wege und Plätze lieber mit Frauennamen versehen wolle,"* ab. *Quelle: Tagesspiegel*

2017 wurde dann in Nikolassee, in der Nähe seines einstigen Wohnhauses, ein Platz nach ihm benannt.

Dass **Richard von Weizsäcker**, 1981 bis 1984 Regierender Bürgermeister, und von 1984 bis 1994 Bundespräsident, keine Frau ist, muss nicht erwähnt werden. Oder doch? Denn für ihn gelten die Vorgaben des Kulturausschusses nicht. Der Bezirksverordnete Seltz hat vollkommen recht, der Kaiser-Wilhelm-Platz ist nicht nur popelig, sondern auch nicht besonders attraktiv und eines Bundespräsidenten vom Format von Weizsäckers nicht würdig. Der Platz ist nicht mehr als ein lärmender Straßenabzweig von Schöneberg nach Tempelhof. In die Schlagzeilen gerät er schlimmstenfalls, wenn dort ein Radfahrer zu Tode kommt.

Am Kaiser-Wilhelm-Platz befand sich seit 1892 das Schöneberger Rathaus. 1914 erfolgte der Umzug ins neue Rathaus an der Martin-Luther-Straße, die schon seit 1899 so hieß. Das alte Rathaus wurde im Zweiten Weltkrieg zerstört. Schon früher gab es Diskussionen, den Kaiser-Wilhelm-Platz umzubenennen. Zum Beispiel 1962 nach dem Schöneberger Bürgermeister **Konrad Dickhardt**. Nach ihm wurde dann im selben Jahr eine sehr schöne Straße in Friedenau benannt, die hinter dem Walther-Schreiber-Platz auf der Rheinstraße beginnt und in einem großen Bogen wieder auf die Rheinstraße kurz vor dem Rathaus Friedenau stößt. Zuvor hieß sie Ringstraße, was Sinn machte. 1973 gab es einen weiteren Versuch, den Kaiser-Wilhelm-Platz umzubenennen, nämlich nach dem ermordeten chilenischen Staatspräsidenten **Salvador Allende.** Im selben Jahr wurde im Ost-Berliner Köpenick eine Straße nach ihm benannt, die noch heute so heißt.

Dass Wikipedia ein schnelles Medium ist, beweist der aktuelle Eintrag: *„2020 kam es zu einem neuen Vorstoß für eine Umbenennung nach dem früheren Regierenden Bürgermeister und Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker."*

Die SPD-Fraktionsvorsitzende **Marijke Höppner** kritisiert den Vorstoß von CDU, Grünen und FDP als *„starkes Stück"*, zumal andere Namensvorschläge für den Bezirk noch nicht umgesetzt wurden.

In einem Artikel in der BZ vom 21.02.2018 wird CDU-Generalsekretär **Stefan Evers** wie folgt zitiert:

Impressum: paperpress – gegründet am 7.4.1976 – Träger: Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.
Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)
Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12082 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de
paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Textarchiv: www.paperpress.org
Alle zwei Monate erscheint eine Druckausgabe von paperpress, die kostenlos über paperpress@berlin.de bestellt werden kann.
Die Druckausgabe wird gesponsert von PIEREG Druckcenter Berlin – www.pereg.de
Spendenkonto: Paper Press e.V. – Postbank Berlin – IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01

45 Jahre **paperpress** 1976-2021

Nr. 585-23 24. Januar 2021 46. Jahrgang

„Natürlich braucht der Platz einen Namen (gemeint ist der Platz vor dem Roten Rathaus) *allerdings muss er auch umgestaltet werden. Statt Ödnis zwischen Fernsehturm und Rotem Rathaus wollen wir den historischen Stadtkern Berlins wiederherstellen. Den Platz vor dem Rathaus würden wir dann Richard-von-Weizsäcker-Platz nennen."*

Inzwischen ist die U-Bahn gebaut und der Platz sieht halbwegs ordentlich aus. Zeit also, das Projekt Namensgebung in Angriff zu nehmen. Die örtliche CDU aus Tempelhof-Schöneberg spuckt jedoch der Landes CDU kräftig in die Suppe. Denn zwei Richard-von-Weizsäcker-Plätze wird es nicht geben. Wenn ein Platz für den ehemaligen Regierenden Bürgermeister und Bundespräsidenten geeignet wäre, dann der vor dem Roten Rathaus, und keine kleine Verkehrsinsel, die den Namen Platz nicht verdient.

Pandemie bedingt finden die BVV-Sitzungen des Bezirks nur noch verkürzt statt. Offenbar war die Umbenennung des Kaiser-Wilhelm-Platzes für CDU, Grüne und FDP so wichtig, dass sie den Tagesordnungspunkt 10.1 per Geschäftsordnungsantrag nach vorn gezogen haben.

Ersucht wird das Bezirksamt per Beschluss, den Platz umzubenennen. Da für Straßen und Plätze im Bezirks sicherlich die Grüne Verkehrs-Stadträtin **Christiane Heiß** zuständig ist, wird das wohl nichts mit dem Projekt. Sie ist ja nicht einmal in der Lage, eine Fahrradstraße einzurichten.

„Die Bürgerinnen und Bürger im direkten Umfeld des Platzes sollen angemessen beteiligt und informiert werden.", steht in der Drucksache. Da können wir ja gespannt sein. Als Begründung wurde angegeben, dass von Weizsäcker als Regierender Bürgermeister sein Büro im Rathaus Schöneberg hatte und am 8. Mai 1985 eine bedeutende Rede gehalten hat. *„Es ist angemessen, diese große Persönlichkeit mit der Nennung einen prominenten Platz in Berlin, in Tempelhof-Schöneberg, zu ehren."* Berlin Ja, Tempelhof-Schöneberg mit diesem Platz Nein.

Jetzt wird's leicht komisch in dem Text: *„Dem Gedenken an Kaiser-Wilhelm* (I, der mit dem Bart) *würde eine Namensänderung nicht schaden. In Berlin* (Lankwitz) *gibt es beispielsweise eine weitere Straße, die den Namen des Kaisers trägt."* Da wollen es sich die christlich-grün-liberalen Bezirksverordneten offenbar nicht mit den Hohenzollern verscherzen.

Es wird noch besser: *„Die Nennung des Platzes nach Richard von Weizsäcker soll keineswegs eine Abkehr von der Regel, Straßen und Plätze vorrangig nach Frauen zu benennen sein. Bei einer derart bedeutenden Persönlichkeit wie Richard von Weizsäcker muss aber eine Ausnahme von der Regel möglich sein und wird durch diese auch gedeckt."* Sagt wer?

Die SPD-Fraktion hat geschlossen gegen den Antrag gestimmt. Gern hätte die SPD die Benennungen im Kulturausschuss diskutiert. *„Natürlich hätte das Zeit gekostet, aber so weitreichende Entscheidungen nicht richtig auszuloten und dazu BVV-Beschlüsse über Benennungen nach Frauen zu ignorieren, ist nicht professionell und tut der Sache nicht gut,"* findet **Martina Sommerfeld**, Kulturpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion.

„Man kann es nur einen Pyrrhussieg nennen, den CDU, FDP und Grüne erreicht haben. Letztlich schadet er allen. Er belastet die Zusammenarbeit der Fraktionen in der BVV, denn konstruktiv ist es nicht, den Wunsch nach einer Überweisung in den Kulturausschuss abzulehnen und die ohnehin schon durch die Pandemie zeitlich begrenzte BVV-Sitzung für eine Debatte zu nutzen, die durch einen überraschend per Beschluss vorgezogenen Antrag initiiert wurde.

Er schadet der örtlichen CDU. Mit diesem Coup haben sie verhindert, dass ein – für einen Bundespräsidenten – angemessener Ort für die Würdigung von Weizäckers gesucht werden kann. Der Kaiser-Wilhelm-Platz ist nicht mehr als eine kleine Insel im tosenden Verkehr weit ab vom Schaffensort der Bundespräsidenten.

Und, er schadet den Grünen. Ihr Wählerpotential wird es nicht nachvollziehen können, dass eine Partei, die sich neben Klima- und Umweltschutz auch Feminismus auf die Fahnen geschrieben hat, einen konservativen männlichen Namensgeber für die Umbenennung eines Stadtplatzes ausgesucht hat," erklärt **Marijke Höppner**, Vorsitzende der SPD-Fraktion. Die frauenpolitischen Sprecherin **Manuela Harling** ergänzt: *„Noch in der letzten Wahlperiode haben SPD und Grüne gemeinsam für eine Namensliste mit Frauennamen gekämpft, die für eine Straßenbenennung in Tempelhof-Schöneberg in Frage kommen. Die gemeinsame Linie, Straßen nach Frauen zu benennen – wie es die Ausführungsvorschrift zum Berliner Straßengesetz vorsieht – solange bis ein gesellschaftliches Gleichgewicht zwischen den Geschlechtern im Straßenland erkennbar ist, haben die Grünen endgültig bei der 48. BVV am 20. Januar verlassen. Das ist doppelt bitter. Denn einerseits braucht eine gleichberechtigte Gesellschaft Vorbilder beider Geschlechter. Bisher sind Frauen aber eher in der Minderheit und tauchen auf Straßennamensschildern selten auf. Anderseits enthält der Namenspool viele Namen von Schönebergerinnen und Tempelhoferinnen, die noch auf eine Würdigung der Lebensleistung warten. Daher hätte es den Grünen gut angestanden, gemeinsam mit der SPD-Fraktion im Bezirk für Gleichstellung zu kämpfen."*

Zusammenstellung und Kommentierung: Ed Koch

Impressum: paperpress – gegründet am 7.4.1976 – Träger: Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.
Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)
Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12082 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de
paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Textarchiv: www.paperpress.org
Alle zwei Monate erscheint eine Druckausgabe von paperpress, die kostenlos über paperpress@berlin.de bestellt werden kann.
Die Druckausgabe wird gesponsert vom PIEREG Druckcenter Berlin – www.pereg.de
Spendenkonto: Paper Press e.V. – Postbank Berlin – IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01

Anmerkung: Über Richard von Weizsäcker hat ein Partnerverein eine Untersuchung vorgelegt, die weitgehend auf Recherchen des Nachrichtenmagazins „DER SPIEGEI" beruht und zu einem sehr nachdenklichen negativen Urteil kommt!

Die AfD will den Kaiser-Wilhelm-Platz behalten

CDU, Grüne und FDP wollen eine Umbenennung

Auf Antrag der CDU beschloss die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) von Tempelhof-Schöneberg am 20.01.2021 mit den Stimmen von CDU, Grünen und FDP, den Kaiser-Wilhelm-Platz im Herzen Schönebergs demnächst in Richard-von-Weizsäcker-Platz umzubenennen. SPD und Linke waren nicht gegen eine Umbenennung, wollten aber den Namen einer Frau und stimmten deshalb mit nein.

Einzig die AfD-Fraktion stemmte sich mit ihrer Ablehnung gegen diese unsinnige und kostentreibende Umbenennung für Anwohner, Gewerbetreibende, Behörden und BVG.

Der Kaiser-Wilhelm-Platz wurde 1892 nach dem in der Bevölkerung sehr beliebten Kaiser Wilhelm I. benannt. Das 1871 gegründete Kaiserreich ist nach dem Spruch des Bundesverfassungsgerichts nach außen hin identisch mit der Bundesrepublik Deutschland, d.h., Kaiser Wilhelm war das erste Oberhaupt des Staates, in dem wir noch heute leben. Wir wollen als einzige Partei 130 Jahre Ortsgeschichte bewahren und den Namen eines allgemein bekannten Platzes nicht willkürlich ändern lassen.

CDU und FDP zeigen durch ihr Zusammengehen mit den Grünen nun zum wiederholten Male, dass sie inzwischen nur noch Steigbügelhalter dieser Partei sind. Zusätzliche Kosten für die Allgemeinheit sind CDU, Grünen und FDP vollkommen egal – und das mitten in der Corona-Krise.

AfD-Fraktion Tempelhof-Schöneberg
John-F.-Kennedy-Platz
10825 Berlin
URL: afd-fraktion-ts.de
Mail: bvv-fraktion@afd-fraktion-ts.de

AfD | BVV-FRAKTION TEMPELHOF-SCHÖNEBERG

Berliner Bürgerverein e. V. BBV
Flotowstraße 9
10555 Berlin
Ruf: 030-391 73 70

Dr. Ans Weinert (UBC)

An die Bezirksbürgermeisterin
von Berlin Tempelhof-Schöneberg
Frau Angelika Schöttler
John-F.-Kennedy-Platz 1
10825 Berlin

Kaiser-Wilhelm-Platz

Sehr geehrte Frau Bezirksbürgermeisterin,

ausgerechnet Freunde aus Israel drängten mich, einer skandalträchtigen Sache nachzugehen, die von deutschen Medien gleichsam in die Versenkung geschoben wurde:

Am 20. Januar 2021 entschied eine sog. Zählgemeinschaft in der Bezirksversammlung von Tempelhof-Schöneberg den zu Kaiser Wilhelm I. Ehren benannten bescheidenen Platz umzubenennen. Das geschah zwei Tage nach dem 150. Reichsgründungsjubiläum. Offenbar hatten die Teilnehmer dieser Zählgemeinschaft den Geschichtsunterricht geschwänzt, folglich keine Ahnung von der Bedeutung des Tages: Am 18. Januar 1871 wurde aus zwei großen Staaten Preußen und Bayern und über 30 Klein- und Kleinststaaten ein einheitlicher deutscher Bundesstaat geschaffen und damit die Basis für die heutige Bundesrepublik gelegt, was der englische Premier-Minister Disraeli am 9. Februar 1871 - also drei Wochen später – so beschrieb:
„Die deutsche Reichsgründung ist ein größeres politische Ereignis als die französische Revolution!“

Mit dieser Neu-(Wieder-)Gründung unter dem Staatsoberhaupt Kaiser Wilhelm I. ging wirklich ein „Ruck“ durch das ganze Land (wie es Bundespräsident Roman Herzog einmal formulierte) womit eine wirtschaftliche, wissenschaftliche (Apotheke der Welt), technische, soziale Entwicklung auf den Weg gebracht wurde, die in der Welt einmalig war und sogar die USA übertraf (was gerade ausländische Historiker immer wieder betonten). Man betrachte die klassischen Industrie- und (Hoch-)Schulbauten aus dieser Zeit, die nicht nur – auch heute noch – eine Wohltat fürs Auge sind; sie zeigen die fortschrittliche Dynamik, die mit der Reichsgründung das Land erfasst hatte und innerhalb weniger Jahre deutsche Wirtschaft und Wissenschaft – gestützt durch eine zuverlässige Verwaltung – an die Weltspitze katapultierte (was Disraeli sofort erkannte).

Für Bundeskanzler Willy Brandt war es vor 50 Jahren (also zum 100. Reichsgründungstag) selbstverständlich, die Reichsgründer Otto von Bismarck und Kaiser Wilhelm I. angemessen zu ehren; als Regierender Bürgermeister hätte er es nicht zugelassen, Kaiser Wilhelm I. zu entehren. Offenbar kannte er den Hinweis von Helmut Schmidt, sich der eigenen geschichtlichen Wurzeln bewußt zu sein.

In der Vergangenheit erlebte ich immer wieder die unangenehme Situation, wenn Freunde aus dem Ausland (besonders Israel) zu Besuch kamen, dass sie in Berlin oft vor großen Orientierungsproblemen standen, obwohl sie sich – wie sie meinten – gut vorbereitet hatten. Das Problem: die Eltern nahmen häufig (im Andenken an Berlin) bei ihrem Weggang Berlin-Stadtpläne mit, die auch „dem Nachwuchs“ als Stadtführer dienen sollten, was wegen der vielen (sinnlosen) Umbenennungen nur sehr lückenhaft möglich ist.

Wir bitten Sie, verehrte Frau Bezirksbürgermeisterin, die offensichtlich geschichtswidrige Fehlentscheidung einer „Zählgruppe“ ausgerechnet in der deutschen Hauptstadt zu „kassieren“ und den alten Namen Kaiser-Wilhelm-Platz zu belassen bzw. wieder herzustellen.

Was am Kaiserdamm (Rückbenennung) möglich war, dürfte auch hier kein Problem sein.

Danke für Ihre Mühe, halten Sie es wie Luther!

Mit vorzüglicher Hochachtung

Berliner Bürgerverein e. V. BBV
Flotowstraße 9
10555 Berlin
Ruf: 030-391 73 70

Dr. Ans Weinert (UBC)

An die Fraktionen von
Bündnis 90/Die Grünen, CDU und FDP
in der Bezirksverordnetenversammlung
von Berlin Tempelhof-Schöneberg
John-F.-Kennedy-Platz 1
10825 Berlin

Umbenennung des Kaiser-Wilhelm-Platzes in Richard-von-Weizsäcker-Platz

Sehr geehrte Bezirksverordnete,

Sie haben beschlossen, den Kaiser-Wilhelm-Platz in Richard-von-Weizsäcker-Platz umzubenennen. Wir wehren uns dagegen. Wir fordern Sie auf, diese Entscheidung zurückzunehmen!

Es hat sich immer bewährt, bei Dingen, die die Allgemeinheit betreffen, den Bürger einzubeziehen (verlangt das nicht auch das Grundgesetzt?).

Das setzt voraus, diesen Bürger umfassend zu informieren – auch über geschichtliche Vorgänge. Da sollte man sich einen „zu Ehrenden“ schon genauer anschauen. Gerade bei Herrn v. Weizsäcker, der sich gern als das Maß aller Dinge sah, wird jeder Geschichtsinteressierte im Internet schnell fündig – man muß nur gezielt suchen.

Auf dieser Basis haben wir Ihnen einen „Denk- und Arbeitshilfe“ zusammengestellt (s. Anlage).

Sollte das Abstimmungsergebnis zur Umbenennung nicht korrigiert werden, wäre das ein Schlag in das Gesicht jedes Toten bzw. Geschädigten in einem Entwicklungsland.

War es nicht ausgerechnet der Premier-Minister des britischen Weltreiches und geistige Vater Israels, Disraeli, der mehrfach seine hohe Meinung über Wilhelm I. geäußert hat? Aber ein offenbar geschichtsunkundiger Nachwuchs will den in aller Welt geehrten „vom Sockel“ holen.

Im übrigen war Wilhelm I. viel zu bescheiden, nach dem höchsten Staatsamt zu drängeln, da mußte schon Bayernkönig Ludwig „nachhelfen“. Mit seiner bescheidenen Lebensweise (er lebt nicht mal im Schloß) beschämte er geradezu so manchen Bundespräsidenten.

Lassen Sie also den Kaiser-Wilhelm-Platz bestehen, nehmen Sie Ihre Abstimmung zurück!

Ihrer Antwort sehen wir mit Aufmerksamkeit entgegen!

Mit vorzüglicher Hochachtung

<u>Anhang: Richard v. Weizsäcker statt Kaiser Wilhelm I</u>.

Werte Damen und Herren,

Sie sind angetreten, nachfolgenden Generationen eine lebenswerte Umwelt mitzugeben. Dann verwirrt es doch sehr, dass Sie ausgerechnet eine Person als "Lichtträger" präsentieren, die in schlimmste Umwelt- und Menschheitsverbrechen in einem Entwicklungsland verstrickt ist. Dass Sie dafür einen hochverdienten Mann (Kaiser Wilhelm I.) vom Sockel stoßen, sei Ihnen nicht nachgetragen; schließlich hatte schon vor Jahren Präsidententochter Rau erkannt: "Geschichtsunterricht kannst Du vergessen..." Folglich können Sie nicht wissen, wie ausgerechnet der Politiker Disraeli, englischer Premierminister und geistiger Vater Israels, am 21. Februar 1871 den 18. Januar 1871 bewertete:
"Die deutsche Reichsgründung (18. Jan. 1871) ist ein größeres politisches Ereignis als die französische Revolution". Damit würdigte er auch die Leistung von Kaiser Wilhelm I, den er persönlich hoch verehrte, und von Kanzler Bismarck.

Nun geht der Normalbürger davon aus, wenn jemand zu Straßen- bzw. Platzehren auserkoren wird, sollen besondere Lebensleistungen an ihn erinnern. Seltsam: Jetzt will man den kleinen Kaiser-Wilhelm-Platz nach einem Mann benennen, dessen Tätigkeit vor Übernahme des Amtes eines Regierenden Bürgermeisters in Berlin in merkwürdiges Dunkel gehüllt wird, obwohl das bekannteste deutsche Nachrichtenmagazin "Der Spiegel", ARD, und WDR seine "Biedermann-Abdeckung" schon vor Jahren bzw. sogar Jahrzehnten lüfteten (s. Spiegel 31/1991, 32/1991, 48/1992). "Es ist schon zu lange her" und ähnliche Ausflüchte können keine Argumente ersetzen. Selbst wenn jemand nur bedingt des Lesens kundig ist, damals nur "Klippschüler" war, müsste mindestens stutzig werden- verschlampter bzw. verschlammter Geschichtsunterricht kann keine Ausrede sein.

Zur geistigen Rückschau: Wurde nicht seinerzeit in Nürnberg von den Siegern der Strafbestand "Verbrechen gegen die Menschlichkeit" (natürlich nur von den Unterlegenen) geprägt? Bereits 1956 schrieb der medizinische Leiter bei Boehringer Ingelheim (Weizsäckers späterer Arbeitgeber) Dr. Graubner von Giftstoffen, deren Eigenschaften einzigartig seien mit schwerster Zerstörbarkeit und merklicher Vergiftung durch Dioxin. Doch statt aus Sicherheitsgründen Alarm zu schlagen, als ein Werkschemiker das Ultragift entdeckte, suchte man dafür Geschäftsfelder, die man dann- v. Weizsäcker war längst Mitglied der Geschäftsleitung- über die amerikanische Giftfirma Dow Chemicals im Vietnamkrieg fand. Nun gab es aber den von der Bundesregierung angeordneten Verzicht auf ABC-Waffen aus den fünfziger Jahren und gab es nicht das Kriegswaffen-Kontroll-Gesetz? Hier zeigte sich die "Weitsicht" des Firmenchefs Ernst Boehringer. Hatte dieser doch rechtzeitig "einen begabten Juristen" an Land gezogen: Richard von Weizsäcker, der offenbar für juristische Finessen bekannt war. So wurde die dioxinhaltige Giftbrühe als "Entlaubungsmittel" verkauft und damit Gesetze und Verträge umgangen; offenbar geschützt durch ein "Kartell des Schweigens aus Chemie und Politik", wie Der Spiegel schrieb.
In Seveso(Italien) und Bophal(Indien) reichten nach Betriebsunfällen dioxinhaltige Giftwolken aus, um Menschen in Panik zu versetzen. In Vietnam- später auch in Laos ("weil noch übrig war")- wurden, wie der WDR in einem Dokumentarfilm an zahlreichen Beispielen zeigte, durch tonnenweise ausgeschüttete- von Boehringer produzierte Dioxin-Giftbrühe (von der US-Army beschönigend "Agent Orange" genannt) so stark geschädigt, daß Mißbildungen bei Neugeborenen noch in der dritten Generation auftreten.

Während die USA jede medizinische Hilfe für dadurch schwer geschädigte "Krüppel" ab= lehnen, rang sich Boehringer Ingelheim zu einer bescheidenen Zahlung von 5 Millionen Mark an die Opfer durch,verbunden mit einer "offiziellen Entschuldigung" (die den Geschädigten mit ihren schweren Leiden und deutlich verkürztem Leben "hilft").
US-Flugzeuge und Hubschrauber versprühten in über 9000 Einsätzen 35 Millionen Tonnen "Agent Orange" (das für Menschen hochgiftig ist). Mit der sogenannten "Urwald-Ent= laubung" - mit Zerstörung ganzer Dörfer- wurden vielfach Felder verseucht, damit keine Nahrungsmittel mehr wuchsen- also Hungersnöte bei der Zivilbevölkerung auslöste. Rund 20 Krankheiten gelten heute als unmittelbare Folge des Einsatzes von "Agent Orange", darunter Leukämie, Wirbelsäulenschäden, Leberschäden, Krebs, Nervenleiden, Diabetes, Parkinson. Insgesamt sind ca. 3 Millionen Vietnamesen an den Folgen er= krankt bzw. qualvoll gestorben, darunter mindestens 150 000 Kinder.
Die 6-köpfige Boehringer Geschäftsführung, der auch v. Weizsäcker angehörte, half den Amerikanern und machte dabei ein gutes Geschäft. Hieß es doch in einem hauseige= nen Bericht (s. Spiegel) an den Produktionsleiter: solange der Krieg in Vietnam dauere, seien Absatzschwierigkeiten nicht zu erwarten. Zudem hatte im Mai 1962 Fir= menchef Ernst Boehringer verfügt, ... "alle für Vorstand und Geschäftsführung bestimm= ten Zuschriften Dr. Richard von Weizsäcker zuzuleiten". Wenn v. Weizsäcker in seinen Memoiren sich als "völlig ahnungslos" hinstellt, dürfte das eher unter "juri= stische Finessen" zu verbuchen sein. Denn als nach dem Spiegel-Bericht 48/1992 (über eine 1984 entdeckte undichte Hamburger Müllhalde mit Boehringer-Gift aus dem Zweigwerk) der Chemie-Konzern seine 36-jährige Dioxin-Vertuschungspolitik revidieren musste, geriet der frühere Geschäftsführer v. Weizsäcker in Erklärungsnot- nicht die einzige (ARD-Fernsehsendung "Hamburger Gift" am 2. Dezember 1992).

Übrigens kann v. Weizsäckers Zurückhaltung nicht überraschen, wenn man das Verhältnis der Familien v. Weizsäcker und Boehringer kennt. Berichtete nicht v. Weizsäcker in seinen Memoiren: Zwischen beiden gab es ein Freundschaftsband, das die ganze Familie eingeschlossen habe. Firmengründer Robert Boehringer sei neben seinen Eltern für ihn bis in seine mittleren Lebensjahre die wichtigste Bezugsperson gewesen.

Zur Erinnerung: Im Dezember 1969 bekräftigte die UNO-Vollversammlung- aufgeschreckt durch alarmierende Berichte über Totgeburten in Vietnam- die Gültigkeit der Genfer Konvention (von 1925 !), derzufolge Herbizide (dazu gehört die von Boehringer herge= stellte und vertriebene Dioxin-Giftbrühe) zu den durch die Genfer Konvention geäch= teten chemischen Waffen zählen. Als am 19. März 1965 der Liefervertrag zwischen Boehringer- Ingelheim und Dow Chemical abgeschlossen wurde, ging das nur nach genauer Prüfung und Zustimmung des Juristen in der Boehringer Geschäftsführung, der hieß Richard von Weizsäcker--und dieser "begabte Jurist" (Ernst Boehringer) sollte bei diesem "Bombengeschäft" von der seit über 40 Jahren gültigen Genfer Konvention noch nichts gehört haben?
Die Krönung hierzu: Als Präsident des Evangelischen Kirchentages 1969 in Stuttgart (Motto "Hungern nach Gerechtigkeit") richtete er an die Kirchentagsbesucher den Appell "neue Antworten zu suchen auf Bedrohung des Lebens durch Vernichtungswaffen".

18 Monate später, am 7.Januar 1971, stieg zum letzten Mal ein Sprühflugzeug in den Himmel über Vietnam. Über 4 Jahre machten amerikanische Vernichtungsbürokraten ein ganzes Land zum Labor und ein Volk zu Kaninchen- ein gewaltiger Testeinsatz auch der Boehringer Chemie-Waffe, wobei jeder Einsatz (und die 15 verschiedenen "Herbizid-Cocktails") protokolliert wurde.

Was für Verdienste bleiben aus der Zeit als Regierender Bürgermeister, wo er trotz seines Wortes "Berlin ist meine Aufgabe" längst nach etwas Höherem schielte?
Aber auch als Bundespräsident hat man nicht automatisch ein Anrecht auf Platz- oder Straßenbenennung. Das schon gar nicht, wenn dabei ein verdientes Staatsoberhaupt entehrt wird. In keinem anderen Land wäre so ein Fußtritt auf die eigene Geschichte möglich- man denke nur an Polen, Frankreich, Italien.
Im übrigen lässt sich durch Umbenennung von Straßen / Plätzen Geschichte nicht ändern; sie verärgert allerdings viele Berlin-Besucher und besonders viele Berliner (Kosten?).

Wer sich fürchtet, seiner Vergangenheit ins Gesicht zu sehen, muss notwendigerweise auch fürchten, was kommen wird.

Vaclav Havel, tschechischer Politiker

*

Hinweis:
Von den Fraktionen der Bezirksverordnetenversammlung Tempelhof-Schöneberg hat lediglich die AfD-Fraktion geantwortet. Die AfD hat mittlerweile rund 2.000 Flugblätter (s. oben) am Kaiser-Wilhelm-Platz verteilt. Nach unserem Wissen, haben die Medien davon keine Kenntnis genommen. Auch nicht die wöchentliche Lokalbeilage des „Tagesspiegels".

Wir danken dem Berliner Bürgerverein für seine Stellungnahmen!

Bei den sog. „Geschichtsvereinen" herrscht Schweigen. Und die angeschriebene „Preußische Gesellschaft" hat uns bis zum heutigen Tage nicht geantwortet. Armes Preußen!

Die Redaktion

Dr. Lothar Mundt
(AfD)
12:29 Uhr am 30.05.2021

Sehr geehrter Herr Hanke,

besten Dank für die Information über die beiden Schreiben des Berliner Bürgervereins. Die Sache ist leider schon gelaufen, wie Sie der unter folgendem Link abrufbaren „Mitteilung zur Kenntnisnahme" der zuständigen Stadträtin entnehmen können:

https://www.berlin.de/ba-tempelhof-schoeneberg/politik-und-verwaltung/bezirksverordnetenversammlung/online/vo020.asp?VOLFDNR=7959

Die von der BVV auf Antrag der Linken gewünschte nachträgliche Bürgerbeteiligung wird es demnach nicht geben.

Mit freundlichen Grüßen

Lothar Mundt

Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg

Drucksache - 2093/XX

Betreff:	Geregeltes Verfahren für die Umbenennung des Kaiser-Wilhelm-Platzes	
Status:	öffentlich	
	Ursprung	aktuell
Initiator:	Die Fraktion DIE LINKE	Bezirksamt
Verfasser:	Frau Heiß, Christiane	Schöttler, Angelika
Drucksache-Art:	Antrag	Mitteilung zur Kenntnisnahme

Beratungsfolge:

	Bezirksverordnetenversammlung Tempelhof-Schöneberg von Berlin 24.03.2021	Entscheidung
50. öffentliche Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung Tempelhof-Schöneberg von Berlin - Videokonferenz - Youtube Link: https://youtu.be/POr_AzSHhEs	vertagt	
	09.04.2021	
Fortsetzung der 50. öffentlichen Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung Tempelhof-Schöneberg von Berlin - Die Sitzung findet im Videocall statt, die Informationen zum LiveStream entnehmen Sie bitte dem Infoblatt		ohne Änderungen in der BVV beschlossen
	Bezirksamt	Erledigung
	Bezirksverordnetenversammlung Tempelhof-Schöneberg von Berlin	Kenntnisnahme
	19.05.2021	
52. öffentliche Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung Tempelhof-Schöneberg von Berlin - Die Sitzung findet im VIDEOCALL statt. Livestream auf Youtube: https://youtu.be/N5OWkRFRdk8		

Die BVV fasste auf ihrer Sitzung am 09.04.2021 folgenden Beschluss:

Das Bezirksamt wird ersucht, die mit Drucksache 2025/XX beschlossene angemessene Bürgerbeteiligung und Information der Bürgerinnen und Bürger im direkten Umfeld zeitnah einzuleiten.

Das Bezirksamt teilt hierzu mit der Bitte um Kenntnisnahme mit:

Die Bezirksverordnetenversammlung hat mit Drucks. Nr. 2025/XX das Bezirksamt ersucht, "den Kaiser-Wilhelm-Platz in Schöneberg nach dem 6. Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland in Richard-von-Weizsäcker-Platz umzubenennen. Die Bürgerinnen und Bürger im direkten Umfeld des Platzes sollen angemessen beteiligt und informiert werden."

Dem Bezirksamt ist der Widerspruch in der o.g. Drucksache aufgefallen:

Bürgerbeteiligung ist die "Beteiligung der betroffenen Bürgerinnen und Bürger an politischen Entscheidungen und Maßnahmen." (duden.de, 27.4.21).
Allerdings wurde hier die politische Entscheidung, die Umbenennung des Kaiser-Wilhelm-Platzes in Richard-von-Weizsäcker-Platz, schon vorweggenommen.
Eine ernst gemeinte Beteiligung am Entscheidungsprozess wird somit ad absurdum geführt.

Das Bezirksamt verzichtet daher auf eine Bürgerbeteiligung. Das Verwaltungsverfahren für Straßenbenennungen, wozu auch die Umbenennung gehört, sieht zudem grundsätzlich Bürgerbeteiligungen weder vor noch werden hierfür entsprechende Ressourcen vorgehalten. Betroffene Anlieger sind über Umbenennungen lediglich „in geeigneter Weise zu informieren.“ (s. Ausführungsvorschriften zu § 5 des Berliner Straßengesetzes (AV Benennung) vom 1. Februar 2017).

Diese Information der Anwohnenden wird das Bezirksamt zeitnah vor dem Aufstellen der neuen Schilder durchführen. Zudem wird es eine feierliche Eröffnung mit Interessierten geben. Eine Pressemitteilung informiert rechtzeitig vor dem Termin.

Nach § 5 (1) S. 1 des Berliner Straßengesetzes "sind die öffentlichen Straßen zu benennen, sobald es im öffentlichen Interesse, insbesondere im Verkehrsinteresse, erforderlich ist."

Die Umbenennung ist hier zulässig, da sie eine Doppelbenennung beseitigt; „Wiederholungen von Straßennamen sind im Laufe der Zeit durch Umbenennungen zu beseitigen.“ (s. AV Benennung). Da es im Bezirk Steglitz-Zehlendorf eine gleichlautende Kaiser-Wilhelm-Straße gibt, ist die Umbenennung zulässig und trägt zur öffentlichen Sicherheit und Ordnung bei.

Der Ordnungscharakter muss bei Straßenbenennungen auch stets im Vordergrund stehen; die Ehrung von Personen kann nur Nebenzweck sein.

Hinsichtlich der Wahl der Straßennamen gibt es – unter Beachtung der Ausführungsvorschriften - ein weites Ermessen. Die Herbeiführung eines breiten Konsenses vor der Beschlussfassung empfiehlt sich aus zweierlei Gründen: erstens Erreichung einer hohen Akzeptanz des neuen Straßennamens in der Bevölkerung, insbesondere bei den Anliegenden und zweitens die Vermeidung der Beschädigung des Ansehens der zu Ehrenden.

Im Verfahren vorgesehen ist im Übrigen die Anhörung naher Angehöriger. Dieses ist bereits erfolgt und die nahen Angehörigen freuen sich über den Beschluss.

07) Götz von Aly zu Rotrotgrünem Brutalismus in Berlin

Kommentar von Götz Aly im Wortlaut

Annette A., Mittwoch, 02. Dez. 2020,
23:35 Uhr

Liebe Freunde, jetzt endlich komme ich dazu, euch noch den von mir gestern gepriesenen Kommentar von Götz Aly in der gestrigen Berliner Zeitung zu übermitteln; Hervorhebungen von mir.
Nun fehlt noch die überregionale Presse ... Aber dieser Kommentar wird endlich dem Problem zum ersten Mal gerecht!
Auch ist bis heute kein angemessener Beitrag in der Berliner Abendschau gelaufen ...

Alle drei von Götz Aly angesprochenen Skandale kennt ihr auch aus meinen Übersichten ...
Es ist zu hoffen, daß der Kommentar von Götz Aly im Berliner Kurier morgen wiederholt wird ...
Schreibt Leserbriefe!

Leserbriefe FAZ: leserbrief@faz.de
Süddeutsche: leserbriefe@sueddeutsche.de
Berliner Zeitung: leser-blz@berlinerverlag.com

Einen herzlichen Gruß
Annette Ahme
Vorsitzende Berliner Historische Mitte e. V.
c/o Friedrichstädtische Galerie – Stresemannstr. 27 – 10963 Berlin
(030) 2521689 / (0177) 2521689 – skype: annette.ahme

Rotrotgrüner Brutalismus in Berlin
Berliner Zeitung vom Dienstag, 1. Januar 2020

Berlin Sowohl Die Linke als auch die SPD und Die Grünen tun gerne so, als hätten sie weit geöffnete Ohren für Bürgerbeteiligung. Dass zumindest in Berlin das Gegenteil stattfindet, sei an drei aktuellen Beispielen thematisiert.

Vor kurzem wurde in **Pankow die Mauer des Friedhofs im Ortsteil Französisch-Buchholz weggebaggert, und zwar mitsamt den hugenottischen Erbbegräbnissen aus dem 18. Und 19. Jahrhunder**t. Sie erinnerten an die als Flüchtlinge in Preußen aufgenommenen protestantischen Franzosen: In Französisch-Buchholz waren es 17 Familien, darunter die Chartons, die Guyots, die Cunis oder Mathieus. Für den stadtgeschichtlich frevelhaften Abriss ist Bezirksstadtrat Vollrad Kuhn (Grüne) verantwortlich. Er flüchtet sich in windige Ausreden.

Das zweite Beispiel bezieht sich auf die seit gut 300 Jahren bestehende Mohrenstraße. Am 17. August hatten die Verordneten des Bezirks Mitte auf Antrag der Grünen und der SPD mehrheitlich beschlossen, den Straßennamen als angeblich rassistisch zu tilgen und die Straße nach dem durchaus würdigen Philosophen Anton Wilhelm Amo zu benennen. Das soll ausdrücklich ohne die Beteiligung von Anrainern und alternative Vorschläge geschehen.

Dieser Vorgehensweise entspricht eine Alibi-Veranstaltung, die das bezirkliche Kulturamt am vergangenen Sonntag online zelebrierte. Anfangs wurde behauptet, es gehe nicht um den Straßennamen; tatsächlich redeten die zugelassenen, sich inhaltlich völlig einigen Diskutanten ununterbrochen davon. Die Auswahl der Gleichgesinnten hatte der Verein *„Each One Teach One* (*EOTO*) – Empowerment für Schwarze, Afrikanische- und Afrodiasporische Menschen“ getroffen. Ein Kritiker, der im Chat-Kanal höflich widersprach, wurde kurzerhand weggelöscht, weil er sich angeblich nicht „respektvoll“ ausgedrückt habe (Erdogan lässt grüßen). Insgesamt hörten sich (mit mir) 25 bis 50 Menschen die zähe Präsentation wechselseitiger Selbstbestätigung an. Für diese bürgerferne Nichtdiskussion ist die rot-grüne Spitze des Bezirksamts Mitte verantwortlich, speziell die Stadträtin Sabine Weißler (Grüne).

Nun zum dritten Fall: **Es geht um die 44 Meter breite Mühlendammbrücke**, die im Lauf der nächsten **zehn Jahre** erneuert werden muss. Die zuständige Senatorin Regine Günther (Grüne) will dieses **Betonmonster** in fast derselben Breite neu errichten lassen und bügelte Gegenvorschläge für ein nur 32,60 Meter breites, für Fußgänger, Radfahrer, Autos und Straßenbahnen gegliedertes, damit auch leichteres und weniger plump-brutales Bauwerk ab. Ihren Sprecher Jan Thomsen lässt sie mitteilen: „Wir wollen ein künstliches Nadelöhr an dieser Stelle für alle Verkehrsarten vermeiden.“

Tatsächlich steht im Zusammenhang der Brücke die Frage an, wie das schon von den Nazis verunstaltete, dann zusammengebombte und hernach im Namen des Autoverkehrs vollständig <u>weggesprengte ehemalige Berliner Zentrum</u> auf moderne Weise <u>rekonstruiert</u> werden kann. Es geht um die Wiederbelebung einer urban vollständig verödeten Zone. Aber dafür interessieren sich Grüne, SPD und Linke nicht. Schlecht gelaunt und ungemein wurstig herrschen sie in soft-stalinistischer Manier.

08) Anwohner lehnen Inge-Meysel-Straße ab. Von Hildburg Bruns

Anwohner lehnen Inge-Meysel-Straße ab

Von
HILDBURG BRUNS

Friedrichshain – **Der Vorhang ist gefallen. Auf Vorschlag der Grünen beschloss die Bezirksverordneten-Versammlung eine namenlose Straße zwischen Koppenstraße und Franz-Mehring-Platz in Inge-Meysel-Straße zu benennen. Daraus wird überraschenderweise nichts!**

Die legendäre Volksschauspielerin (1910–2004) wurde in Rixdorf (heute Neukölln) geboren, wuchs in Friedrichshain auf. Ihre prägenden Jahre erlebte sie am Rose-Theater und an der Ballettschule am Strausberger Platz. Zum großen Star avancierte Meysel im Berliner Volksstück „Fenster zum Flur", das 1960 im Hebbeltheater uraufgeführt wurde.

Später engagierte sich die „Mutter der Nation", wie sie auch genannt wurde, gegen den Paragraphen 218 (Schwangerschaftsabbruch) und setzte sich für die Rechte der Homosexuellen im Kampf gegen Aids ein. Meysel war ein gern gesehener Gast in vielen Talkshows. Das Publikum liebte und hasste sie wegen ihrer offenen und direkten Art.

Doch die Anwohner überzeugte das alles nicht: Nur 32 stimmten dafür, 206 dagegen. Somit wird es keine Inge-Meysel-Straße geben!

Inge Meysel im Mai 1980 im Garten ihres Hauses in Bullenhausen bei Hamburg

Foto: DPA

Aus: B.Z., Nr. 64/11 v. 17.03.2021, S. 13

Anmerkung der Redaktion: Quittung für den „Straßenumbenenner-Block" und seine Helfershelfer? Aber was kümmert diese „Oberen" die Meinung des Volkes, wenn das Volk anderer Meinung ist? In diesem Falle war es nicht einmal eine „Umbenennung", sondern eine Erstbenennung, aber die r ungeliebten „Umbenennungswellen" schlagen jetzt wohl zurück. Gut so! - Hk

Und die Partei „Bündnis 90 / Die Grünen" zeigt uns ihr demokratisches Gesicht!

Aus der B.Z. in Berlin
https://www.bz-berlin.de/berlin/friedrichshain-kreuzberg/inge-meysel-strasse-kommt-doch

siehe nächste Seite:

In Friedrichshain: Inge-Meysel-Straße kommt doch

Inge Meysel in Berlin. *Foto: picture alliance / United Archiv*

Hildburg Bruns, 19. März 2021, 08:07

Es wird doch eine Inge-Meysel-Straße in Friedrichshain geben! Darauf pocht Grünen-Kulturpolitiker Werner Heck: „Die Bezirksverordnetenversammlung hat die Benennung einer Straße ohne Namen beschlossen und sie wird auch umgesetzt“.

Kurios: Die Anlieger müssen den neuen Namen der westlich von ihnen gelegenen Straße aber nicht als Anschrift übernehmen. Sie können ihre bisherige Adresse der östlich von ihnen gelegenen Straßen (u.a. Pariser Kommune, Franz-Mehring-Platz) behalten.

Denn in einer Befragung hatten von 1000 Anliegern nur 32 Haushalte für einen Wechsel zur Inge-Meysel-Straße plädiert.

Die neuen Meysel-Straßenschilder in der namenlosen Straße werden erst in einigen Monaten aufgehängt. Die legendäre Volksschauspielerin (1910–2004) wurde in Rixdorf (heute Neukölln) geboren, wuchs in Friedrichshain auf. Ihre prägenden Jahre erlebte sie am Rose-Theater und an der Ballettschule am Strausberger Platz. Zum großen Star avancierte Meysel im Berliner Volksstück „Fenster zum Flur“, das 1960 im Hebbeltheater uraufgeführt wurde.
Später engagierte sich die „Mutter der Nation“, wie sie auch genannt wurde, gegen den Paragraphen 218 (Schwangerschaftsabbruch) und setzte sich für die Rechte der Homosexuellen im Kampf gegen Aids ein.
Meysel war ein gern gesehener Gast in vielen Talkshows. Das Publikum liebte und hasste sie wegen ihrer offenen und direkten Art.
Doch die Anwohner überzeugte das alles nicht, sie scheuen den bürokratischen Aufwand, wollen keine Inge-Meysel-Straße auf ihrem Ausweis.

A. f) Ehrungen, Gedenken, Nachrufe

01) Soldatendenkmal des Kyffhäuserbundes auf dem Friedhof der Kirchengemeinde Alt-Schöneberg in Berlin

Soldatendenkmal auf dem Friedhof Alt-Schöneberg am 19.05.2021

Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin

Westpreußisches Bildungswerk Berlin-Brandenburg
Ostdeutscher Hochschulbund Danzig-Westpreußen
Landesarbeitsgemeinschaft Ostkunde im Unterricht e.V.
www.westpreussen-berlin.de

Brandenburgische Straße 24 Steglitz
12167 Berlin
Ruf: 030-257 97 533, Fax: auf Anfrage
westpreussenberlin@gmail.com

Postbank Berlin
DE 26 1001 0010 0001 1991 01
BIC PBNKDEFF

1. Vorsitzender: Diplom-Geograph Reinhard M.W. Hanke,
st.Vors: Ute Breitsprecher;
Schatzmeister: Dieter Kosbab, Ruf: 030-661 24 22

22. Mai 2021

Sehr geehrte Damen und Herren,

seit Monaten ist ein Soldaten-Denkmal für Opfer des Krieges, dass - so eine Tafel darunter - einst vom Kyffhäuser-Bund aufgestellt wurde, in einem jämmerlichen Zustand: es wurde sichtbar mit roter Farbe übergossen (s. Fotos in der Anlage).

Das Denkmal liegt an der Schöneberger Hauptstraße, am Friedhofseingang, zwischen der Dorfkirche und einer Polizei-Dienststelle (!) und - auf dem nächsten Grundstück - dem Heimatmuseum Schöneberg.

Wir würden uns freuen, wenn Sie sich mit dem Denkmal beschäftigen würden und es den alten Zustand versetzen könnten.
Wir bitten Sie, uns über den Fortgang der Angelegenheit zu informieren.

Mit freundlichen landsmannschaftlichen Grüßen
Reinhard M. W. Hanke, Vorsitzender
c/o. Büro der Landsmannschaft Westpreußen e. V. Berlin:
Brandenburgische Straße 24 Steglitz
12167 Berlin
Ruf: 030-257 97 533, Fax auf Anfrage
www.westpreussen-berlin.de
www.ostmitteleuropa.de

Kyffhäuser-Landesverband Berlin e. V.

Landesvorsitzender Heiko Leistner, Wotanstraße 12, 10365 Berlin (Geschäftsstelle)
stellvertretender Landesvorsitzender Ulrich Hesse, Babelsberger Str. 48,10715 Berlin
Landesschatzmeister: Michael Geerdts, Angerburger Allee 47, 14055 Berlin
Bankverbindung: Postbank Berlin, IBAN DE67 1001 0010 0056 9041 05
E-Mail: Kyffhaeuser-LV-Berlin@web.de / www.kyffhäuser-landesverband-berlin.de

Bearbeiter: Heiko Leistner

Kyffhäuser-Landesverband Berlin e.V., Wotanstr. 12, 10365 Berlin

23. Mai 2021

An die
Landsmannschaft Westpreußen e.V.

Brandenburgische Straße 24
12167 Berlin

Ihre EMail vom 22. Mai 2021

Sehr geehrter Herr Hanke,

vielen Dank für Ihre EMail vom 22. diesen Monats, in der Sie uns über den Zustand des Soldatendenkmals an der Schöneberger Dorfkirche hinwiesen.

Zu Recht stimmt Ihre Aussage, dass das Denkmal, nebst Gedenkplatte, vom damaligen Kyffhäuserbund Berlin aufgestellt wurde. Dies geschah ca. 1929/30 vom damaligen Reichskriegerbund Kyffhäuser, dessen Sitz ebenfalls in Schöneberg war. Schön öfters wurden Farbattacken auf das Denkmal verübt, die Täter jedoch nie ermittelt.

In der ersten Zeit haben Kameraden, des 1952/53 gegründeten Kyffhäuser Landes- und Gebietsverband Berlin e.V., versucht die Schmierereien zu beseitigen. Der letzte, uns gemeldete Anschlag wurde im letzten Jahr verübt. Damals wollte das Bezirksamt/Dorfkirche die Schäden beseitigen.

Wir sind über die Situation sehr unzufrieden, vor allem was den Umgang gewisser politisch gesinnter Menschen mit kulturellen Gütern oder Gedenken oder gar Traditionspflege betrifft.

Wie ich recherchieren konnte, sind sie, genau wie wir, eine Vereinigung, die die Traditionspflege und das Gedenken erhält; also Werte, die in heutiger Zeit nicht nur verloren gehen sondern auch verleumdet und in die rechte Ecke gestellt werden.

Sofern Sie nichts dagegen haben, würde ich mich gerne auch persönlich mit Ihnen treffen.

Mit kameradschaftlichen Grüßen

Heiko Leistner
-Landesvorsitzender-
(Das Schreiben wurde elektronisch erstellt und ist auch ohne Unterschrift ein gültiges Dokument.)

https://berlin.museum-digital.de/index.php?t=objekt&oges=56050

Dorfkirche Schöneberg, *19.05.2021 (wie auch die folgenden Aufnahmen v. R. Hanke)*

Links Eingang zum Friedhof mit dem Soldaten-Denkmal, rechts Sitz der Polizeidirektion 4 - Abschnitt 42. Einige Schritte weiter nach rechts befindet sich das Heimatmuseum Schöneberg…

Tafel des Kyffhäuserbundes am Denkmal

<u>Aufnahme von R. Hanke am 08.03.2017</u>:

02) Der Tag, an dem König Matthias die Stadt Wien einnahm

01. 06. 2021

Darstellung von Wien aus dem späten 15. Jahrhundert · *Quelle: Wikipedia*

Am 1. Juni 1485 eroberte der ungarische König Mátyás Hunyadi, der sich im Krieg mit Kaiser Friedrich III. befand, die Stadt Wien. Die Verteidiger der umzingelten habsburgischen Hauptstadt kapitulierten nach einer fünfmonatigen Belagerung, und das Zentrum Niederösterreichs wurde danach für fünf Jahre zum Sitz des königlichen Reiches, berichtet Hirado.hu.

Ferenc Kölcsey hat diesen außenpolitischen Erfolg von historischer Bedeutung für Ungarn in die dritte Strophe der ungarischen Hymne eingewoben, so dass jeder Ungar die Worte „…Mátyás‘ schwermütiger Krieg / Der stolzen Burg von Wien“ kennen wird.

Nach dem Tod von László V. war der deutsch-römische Kaiser Friedrich III. entschlossen, den ungarischen Thron zu besteigen, und als Vormund von László und im Besitz der Heiligen Krone hatte er gute Chancen, dies zu tun. Diese verschlechterten sich, als 1458 Matthias Hunyadi an die Spitze des Königreichs Ungarn trat. Die scharfe Rivalität zwischen Matthias und Friedrich dauerte von dem Moment an, als der König den Thron bestieg.

Die beiden Herrscher schlossen 1463 in Wien einen Friedensvertrag, wonach Friedrich und seine Nachfolger den ungarischen Thron geerbt hätten, wenn Matthias nicht ein Kind bekommen hätte. Im Gegenzug erhielt der ungarische Monarch im Tausch gegen 80.000 Forint Gold von Friedrich die Heilige Krone zurück, mit der er 1464 in Székesfehérvár (Stuhlweißenburg) offiziell zum ungarischen König gekrönt wurde und damit seine Herrschaft legitimierte. Trotz großer Kompromisse blieb der Konflikt zwischen den beiden konstant. Eine Zeit lang unterstützte Friedrich sogar Matthias in seinem Kampf um den böhmischen Thron, doch als der ungarische König auch den Titel des böhmischen Monarchen erlangte und seine expansionistische Außenpolitik den habsburgischen Interessen zunehmend zu schaden drohte, wurde ihr Verhältnis unversöhnlich.

Schließlich erklärte Matthias 1477 dem Kaiser den Krieg, weil er den Erzbischof von Esztergom (Gran), János Beckensloer, der mit seiner Schatzkammer geflohen war, aufgenommen hatte. Während des Blitzkrieges besetzte Matthias‘ Schwarze Armee Niederösterreich und umzingelte Wien, doch der Vorstoß dauerte dank der Intervention des Papstes nicht lange, der einen Frieden vermittelte, bei dem die beiden Herrscher sich versöhnten. Der Kaiser erkannte Matthias als König von Böhmen an, verlieh ihm das

böhmische Lehen und gestattete ihm, Schlesien, die Lausitz und Mähren zu behalten, doch die böhmische Kurwürde durfte Ullászló ausüben, der inzwischen offiziell den böhmischen Thron innehatte.

Der Waffenstillstand erwies sich nicht als dauerhaft und hilt nur einige Jahre an; die Regelung der Frage des böhmischen Königstitels und die Ambitionen von König Matthias führte zu erneuten Feindseligkeiten zwischen den beiden Fürsten. Matthias strebte damals die vollständige Eroberung der benachbarten Provinzen an. Bis 1484 hatte er das österreichische Zentrum vollständig umzingelt und am 29. Januar 1485 belagerte er Wien.

Matthias hatte seine Belagerungstaktik perfektioniert, aber es dauerte mehrere Monate, eine Stadt mit 50.000 Menschen einzunehmen, was einen großen Teil der Energie des Heeres verbrauchte. Also verließ sich der General auf die sicherste Strategie, das Aushungern. Nicht einmal der Verteidiger der Burg, Hans von Wulfersdorfer, einer der talentiertesten Generäle Friedrichs, konnte Wunder bewirken. Die Soldaten brachen ein paar Mal aus der Burg aus und zerstörten sogar einen Belagerungsturm, doch wenn die Vorräte in einem längeren Patt zur Neige gingen, konnte das tödlich sein.

Die Wiener Bürger verlangten, dass die Tore geöffnet werden, was am 1. Juni 1485 geschah.

Matthias‘ Einzug in Wien ist im Philostratus-Codex überliefert ·
Quelle: Wikipedia

König Matthias marschierte feierlich in die Hauptstadt des Habsburgerreiches ein und deren Räte schworen ihrem neuen Herrscher, der den Titel Herzog von Österreich annahm, den Treueeid.

Er richtete seinen Hof in der Kaiserstadt ein, währensd Buda die Hauptstadt des Königreichs Ungarn blieb. Der König hatte nicht die Absicht, in der Stadt Gewalt anzuwenden, da er sie als Sprungbrett zur kaiserlichen Herrschaft sah. Er gewährte ihr eine mehrjährige Steuerbefreiung, bewahrte die ursprüngliche Verwaltungsordnung und ernannte nur einen seiner Männer, den Haupotmann István Szapolyai, zum Stadtrat.

Die österreichische Hauptstadt war fünf Jahre lang Teil des Königreichs Ungarn. Matthias‘ Ziel war es, eine dauerhafte Herrschaft über die österreichischen Erblande zu errichten und ein vielfältiges, multipolares Reich aufzubauen, wobei er sich als gerechter und toleranter Herrscher erwies.

Das 1487 eroberte Wien errichtete später eine Statue zu Ehren des ungarischen Königs, die bis zur Herrschaft von Joseph II. im Dom der Stadt stand.

„Von Matthias dem ‚Gerechten‘ sind der Nachwelt eine Reihe von Volkserzählungen erhalten geblieben, darunter natürlich auch eine Geschichte aus der Belagerung Wiens, die von einem weiteren Abenteuer des listigen Königs berichtet.

Die Geschichte besagt, dass sich Matthias zusammen mit seinem Hofnarren verkleidet in die Stadt schleicht, um die Stimmung der Wiener und die militärische Stärke der Stadt auszuspionieren. Der verkleidete König und sein Hofnarr werden im Zuge dieser Tour von einem Tavernenwirt betreten, weil sie den Verzehr von sechs gekochten Eiern nicht bezahlt hatten. Der Hofnarr hatte, ebenso wie Matthias, jedoch genug des gesunden Menschenverstands, um glimpflich davonzukommen…

A. g) Fördermöglichkeiten

Diese Themen finden Sie jetzt auf unseren Leitseiten:

01) Preise & Stipendien des Deutschen Kulturforums östliches Europa e. V. und weiterer Einrichtungen

02) Förderpreise und Förderstipendium der Copernicus-Vereinigung für Geschichte und Landeskunde Westpreußens e. V.

03) Bund der Vertriebenen: Beratungsstellen für Finanzielle Förderungen und Heimatsammlungen nehmen Tätigkeit auf

<*http://www.westpreussen-berlin.de/AWR-Leitseiten/20200810_Leitseiten_Foerdermoeglichkeiten.pdf*>

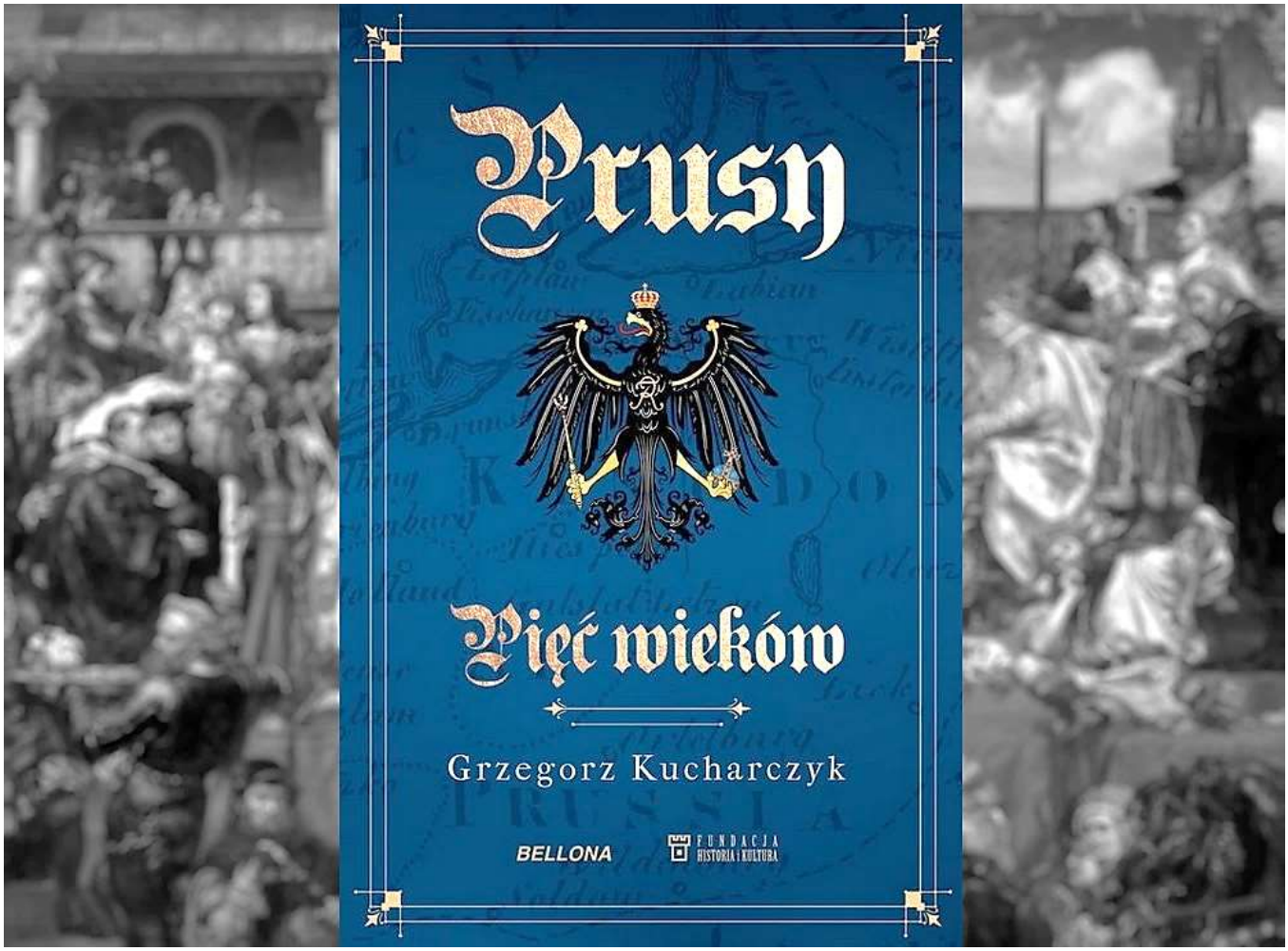
A.h) Beiträge zur geschichtlichen und geographischen Landeskunde

01) Grzegorz Kucharczyk: „Die preußischen Eliten betrachteten Polen als einen gescheiterten Staat“

20. 05. 2021

Grzegorz Kucharczyk · *Foto: Leszek Sosnowki, Public Domain*

Grzegorz Kucharczyk ist ein polnischer Historiker, Professor für Geisteswissenschaften, und auf die Geschichte des politischen Denkens im 19. und 20. Jahrhundert und auf die Geschichte Deutschlands spezialisiert. Eines seiner letzten Bücher mit dem Titel „Preußen, fünf Jahrhunderte“ (*Prusy, Pięc wieków*) wurde im Herbst 2020 von der polnischen Stiftung für Geschichte und Kultur (*Fundacja Kultura i Historia*, FHiK) veröffentlicht. Professor Kucharczyk legt darin eine synthetische Studie zur Geschichte des Hohenzollernstaates vom 16. bis zum 20. Jahrhundert vor. In dem Versuch, einen neuen Blick auf diese Geschichte zu werfen, konzentriert sich der Autor auf die politische Geschichte, bezieht aber auch andere wichtige Aspekte wie Kultur, Gesellschaft und Wirtschaft mit ein.



Sébastien Meuwissen: ***Wenn wir über Preußen sprechen, denken wir an Schlagworte wie „Militarismus“, „Disziplin“ oder „Brutalität“. Einige Leute nannten dieses Gebiet sogar das „Sparta des Nordens“. In Polen hat Preußen keinen guten Ruf. Und das aus gutem Grund: Mehr als 70 % des heutigen Polens standen einst unter preußischer Besatzung. Außerdem stand die Politik dieses mitteleuropäischen Staates in scharfem Kontrast zu der seines östlichen Nachbarn. Ab dem 16. Jahrhundert erreichte Polen-Litauen ihren Höhepunkt und ihre Führer begannen eine Reihe von Fehlern zu machen, die den Hohenzollernstaat zu einer Macht im europäischen Maßstab werden ließen. Wie kam es zu dieser Veränderung der Dynamik?***

Grzegorz Kucharczyk: Die polnische Außenpolitik gegenüber dem preußischen Nachbarn vom 16. bis zum 18. Jahrhundert bestand aus einer langen Reihe von verpassten Gelegenheiten. Es war das Gegenteil von dem, was die Hohenzollern taten. In dieser Zeit nutzte Preußen fast jede Gelegenheit, um seine Ziele zu erreichen. Erstens ging es darum, die Souveränität des jungen Staates zu erhalten. Zweitens, die Schwächung Polen-Litauens von innen. Der Große Kurfürst Friedrich Wilhelm I. von Brandenburg schrieb in seinem politischen Testament, dass man sich um die Beziehungen zur [polnischen] Republik, die niemals stirbt, kümmern müsse. Es muss verstanden werden, dass er dies nicht aus irgendeiner Sympathie für Polen heraus geschrieben hat. Mit „Republik“ meinte er das Parlament. Tatsächlich reichte es aus, einen einzigen Abgeordneten mit der Anweisung zu bestechen, das *liberum veto* zu nutzen, um den Sejm und den Staat zu lähmen. Wir als Polen hatten die Möglichkeit, den Lauf der Dinge in dieser Region auch nach der Autonomie des Herzogtums Preußen im Jahre 1525 zu beeinflussen. Obwohl ethnisch deutsch, war die Opposition des preußischen Adels und Bürgertums gegen die brandenburgische Herrschaft eine Chance für uns.

Sie sahen das polnische System als ein Beispiel für Freiheit und Recht. Die Ankunft der Hohenzollern in Königsberg wurde jedoch als freiheits- und rechtsfeindlich angesehen.

Leider konnte Polen, das sich selbst mitten in inneren Konflikten befand, diesen Vorteil nicht ausnutzen.

Sébastien Meuwissen: ***Der Fall Preußen ist ziemlich einzigartig, wenn man die verschiedenen europäischen Staaten dieser Zeit betrachtet. Bis zum 16. Jahrhundert beschränkte sich das preußische Territorium grob auf die heutige Enklave Kaliningrad und den Nordosten des heutigen Polens. In den folgenden Jahrhunderten entwickelte sich das, was manche einen „Projektstaat" nennen. Können Sie uns erklären, woraus dieses Projekt bestand?***

Grzegorz Kucharczyk: Im Vergleich zu anderen europäischen Staaten ab dem 16. und 17. Jahrhundert stellt Preußen eine Ausnahme dar. Preußen als Staat ist durch mehrere Elemente entstanden. Die Dynastie der Hohenzollern vereinigte die Mark Brandenburg mit dem alten Deutschen Orden. 1525, nach der Annahme des Protestantismus durch den letzten Hochmeister des Deutschen Ordens Albrecht von Hohenzollern, wurde Preußen zu einem weltlichen Fürstentum (ein weltlicher Staat) und einem Vasall des Königreichs Polen. Aus dem Zusammenschluss von Berlin (Brandenburg) und Königsberg (dem ehemaligen Deutschen Orden) entstand der preußische Staat. Aber das war noch nicht genug. Diese beiden Einheiten sollten durch eine gemeinsame Verwaltung und ein gemeinsames Ethos verbunden werden. Dies wird erst im 18. Jahrhundert geschehen. Das Schlüsselelement, das die Verbindung der beiden Einheiten ermöglicht, wird sich als die Armee erweisen.

König Friedrich Wilhelm I., bekannt als „der Soldatenkönig", stellte praktisch alle Bereiche seines Staates in den Dienst der Armee. Was im Fall von Preußen ziemlich einzigartig ist, ist wirklich das Ausmaß dieses Phänomens. Fast jeder Aspekt des Funktionierens des Staates sollte in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts der Armee dienen.

Währenddessen versank Polen-Litauen in immer größerem Chaos.

Sébastien Meuwissen: ***Sie betonen in Ihrem Buch mehrfach eine goldene Regel Friedrich Wilhelms I., wonach es ratsam ist, „das Gesetz der günstigen Umstände" anzuwenden. Mit anderen Worten: Es geht darum, im Rahmen der Außenpolitik des Staates pragmatisch zu sein, indem man die Schwächen der Rivalen maximal ausnutzt, um sie zu schwächen und die eigene Position zu stärken. Die Nachfolger Friedrich Wilhelms I. wendeten diese Regel in den folgenden Jahrzehnten buchstabengetreu an, allen voran sein direkter Nachfolger Friedrich II. Wie schafften es die Hohenzollern, ihren Staat zu einer so gewaltigen Macht in Mitteleuropa zu machen? Und wie schafften sie es, den neuen, überwiegend polnischen, ethnischen Minderheiten ihren Willen aufzuzwingen?***

Grzegorz Kucharczyk: Friedrich II. kann als der letzte große preußische Herrscher der Hohenzollern-Dynastie angesehen werden, obwohl die Hohenzollern bis 1918 auf dem preußischen Thron saßen. Nach dem Tod Friedrichs II. im Jahr 1786 konnte keiner seiner Nachfolger an seine Dynamik und Effizienz als Staatsoberhaupt oder gar an die Qualitäten seines Vaters, Friedrich Wilhelm I., heranreichen. Diese beiden Führer waren die wahren Begründer von Preußens Macht und Einheit.

Aus der Zeit der mehr als 40 Jahre währenden Herrschaft Friedrichs II. von 1740 bis 1786 entwickelte sich ein Phänomen, das das 19. beherrschen wird. Es ist eine Form der Spannung zwischen dem Wunsch nach Integration und Modernisierung des preußischen Staates.

In der Tat können die von Friedrich II. annektierten Gebiete im heutigen Sprachgebrauch als echte Änderung der Machtverhältnisse bezeichnet werden, da sie das politische System im mitteleuropäischen Raum verändern. Diese Erfolge bringen Herausforderungen im Bereich der Integration mit sich. Die Annexion Schlesiens durch Preußen im Jahr 1740 als Folge des Konflikts mit Österreich ermöglichte es Friedrich II., den Schaden des Siebenjährigen Krieges zu begrenzen und 1763 einen Friedensvertrag zu schließen. Es ist in der Mitte des 18. Jahrhunderts, dass diese echte Änderung der Machtverhältnisse stattfindet. Erstens genügt ein Blick auf die Karte Europas, um zu verstehen, dass Friedrich II. durch die Einnahme Schlesiens das Nervenzentrum seines Staates, Berlin, vor einem möglichen österreichischen Angriff in Sicherheit bringt. Zweitens rückt er selbst deutlich näher an Wien heran. Drittens umzingelt er dabei Polen.

Dieser Prozess blieb nicht stehen, denn die Nachfolger Friedrichs II. setzten eines der wichtigsten Ziele Preußens aus dem 16. Jahrhundert weiter um, nämlich die Abrundung seiner Grenzen auf Kosten des östlichen Nachbarn. Anlässlich der Teilungen Polens Ende des 18. Jahrhunderts wurden gerade die Gebiete Ostpommerns und Großpolens (Posen) annektiert, wodurch sich das preußische Territorium ununterbrochen von Königsberg bis Breslau ausdehnte.

Die damaligen polnischen Führer waren sehr naiv und sahen nicht, dass zwischen diesen beiden Städten Posen lag, das unweigerlich von seinem germanischen Nachbarn geschluckt werden würde.

Diese Entwicklungen gingen offensichtlich mit einer Veränderung der Bevölkerung in ethnischer, aber auch in religiöser Hinsicht einher. Das „katholische Problem“ in Preußen lag ab diesem Zeitpunkt gerade in der Expansion in diese Gebiete, die überwiegend von Katholiken, also Polen, bewohnt waren.

Neben dem „polnischen Problem“ wurde die Annexion dieser Gebiete von dem begleitet, was man ein „jüdisches Problem“ nennen würde. Tatsächlich nahm nach der dritten Teilung Polens der Anteil der Juden innerhalb der neuen preußischen Grenzen erheblich zu. Legt man zudem eine Karte aus dieser Zeit über eine Karte des heutigen Polens, so sieht man, dass drei Viertel des heutigen Polens damals unter der Herrschaft der Hohenzollern standen. Dies war der Beginn einer langen Reihe von Integrationsproblemen innerhalb dieses Staates. Auf der anderen Seite gibt es immer wieder die Herausforderungen der Modernisierung, die für eine gute wirtschaftliche Entwicklung unabdingbar sind.

Sébastien Meuwissen: ***Wenn man an Preußen denkt, kommt einem direkt eine Person in den Sinn, nämlich Otto von Bismarck. Aus den Schriften Bismarcks gewinnt man den Eindruck, dass die Polen ein Volk von rückständigen Wilden seien, die zivilisiert werden müssten. Was halten Sie von diesem Überlegenheitskomplex?***

Grzegorz Kucharczyk: Das Gefühl der kulturellen Überlegenheit der preußischen politischen und intellektuellen Eliten gegenüber der polnischen Bevölkerung war bereits im 18. Jahrhundert gut verankert. Man braucht nur zu lesen, was Friedrich II. in seinem politischen Testament über seinen slawischen Nachbarn schrieb. Er bezeichnete die Polen als „*die letzte der europäischen Nationen*“ wegen der angeblichen Unzulänglichkeiten ihres politischen Systems und ihrer sozialen Organisation, die als chaotisch angesehen wurden.

Es gibt keinen Mittelstand, der Adel ist egoistisch und die Bauern sind arm bzw. werden von diesem egoistischen Adel diskriminiert. So wurde Polen von den politischen und intellektuellen Eliten Preußens im 18. Jahrhundert als ein Staat ohne Zukunft und sogar ohne Geschichte wahrgenommen.

Liest man, was so bedeutende Persönlichkeiten wie Immanuel Kant, Georg Wilhelm Friedrich Hegel und Wilhem von Humboldt über Polen schrieben, so wird deutlich, dass Polen weithin als gescheiterter Staat angesehen wurde. In diesem Zusammenhang wurde die Teilung Polens am Ende des 18. Jahrhunderts aus preußischer Sicht als Chance und Möglichkeit der Modernisierung für die Polen gesehen. Die Polen sollten froh sein, in diesen Kulturstaat integriert zu werden.

In dieser Tradition wurde auch Bismarck ausgebildet. Zu dieser Tradition muss eine weitere hinzugefügt werden, die ebenso wichtig ist. Es ist die tiefe Überzeugung der preußischen Führung, dass jede Autonomie – geschweige denn Unabhängigkeit – Polens eine Gefahr für die Staatsraison Preußens darstellt.

In einem Brief an seine Schwester schrieb Bismarck, die Polen sollten „wie Wölfe geschlagen werden […], bis sie ihren Lebenswillen verlieren".

Dieser Brief wurde während Bismarcks Aufenthalts in Sankt Petersburg geschrieben. Frustriert beobachtete er die Änderung der Haltung der Russen gegenüber Polen. Die Russen dachten über eine mögliche Aufweichung ihrer Politik gegenüber ihrem westlichen Nachbarn nach. Es war sogar die Rede von einer möglichen Form der Autonomie für Polen. Es waren die preußischen Führer, und insbesondere Bismarck, die diese Projekte anprangerten, da sie der Meinung waren, dass selbst die geringste polnische Autonomie ein „*existenzielles Risiko für die preußischen Interessen*" darstellen würde. Derselbe Bismarck, der öffentlich wiederholte, die Polen seien „*eine chaotische Nation, unfähig, sich selbst zu organisieren*", war sich sehr wohl bewusst, dass sie in der Tat durchaus in der Lage waren, sich nicht nur selbst zu organisieren, wenn sie die Gelegenheit dazu hatten, sondern sogar Preußen zu bedrohen. Diese Mentalität erinnert wieder an das 18. Jahrhundert und Friedrich II., als er an seinen Freund Voltaire schrieb, wie anarchisch und unfähig, einen Staat zu führen, diese Polen seien. Gleichzeitig schrieb er alarmierte Briefe an Zarin Katharina II., um sie davon zu überzeugen, die Reformen des polnischen parlamentarischen Systems im Jahr 1774 zu stoppen. Friedrich II. war der Meinung, dass die Abschaffung des *liberum veto*-Prinzips es Polen ermöglichen würde, wieder eine europäische Macht zu werden.

So gab es einerseits ein Gefühl der zivilisatorischen Überlegenheit gegenüber den Polen und andererseits die Überzeugung, dass es „entweder wir oder die Polen" sein würde.

Sébastien Meuwissen: ***Machen wir einen Sprung ein halbes Jahrhundert nach vorne. Wenn wir uns die Karten der verschiedenen deutschen Wahlen Anfang der 1930er Jahre ansehen, sehen wir, dass die Partei Adolf Hitlers, die NSDAP, ihre besten Ergebnisse in den östlichen Regionen (Ostpreußen, Vorpommern usw.) des Reiches erzielte. Es scheint sogar, dass Hitler ohne diese „preußische" Unterstützung wahrscheinlich nicht Kanzler hätte werden können. Was ist Ihre Meinung zu diesem Thema?***

Grzegorz Kucharczyk: Das ist eine ziemlich komplexe Frage. Hat Preußen dazu beigetragen, Hitler und den Nationalsozialismus an die Macht zu bringen? Ich würde sagen, dass es die Preußen waren, die dazu beigetragen haben, die Bürger Preußens. Ich möchte daran erinnern, dass nach der Abschaffung der Monarchie in Deutschland im November

1918 Preußen als Republik überlebt hat. Dies ist ein bemerkenswertes Ereignis in der Geschichte. Zum ersten Mal war Preußen ohne einen König. Diese Republik währte kaum fünfzehn Jahre. In der Zwischenkriegszeit war das preußische Element im Deutschen Reich weitgehend dominant. Preußen machte etwa zwei Drittel des Territoriums der damaligen Weimarer Republik aus. Es war daher selbstverständlich, dass die Entscheidungen dieser großen Territorien erheblichen Einfluss auf ganz Deutschland hatten.

Ich weise in meinem Buch darauf hin, dass die NSDAP in protestantisch geprägten Regionen die besten Ergebnisse erzielte. Im Gegensatz dazu war die stabilste Wählerschaft in überwiegend katholischen Gebieten zu finden. Die Ergebnisse der Nationalsozialistischen Partei waren dort deutlich niedriger.

Sébastien Meuwissen: ***Welches Verhältnis hat das heutige Deutschland zu seiner preußischen Geschichte?***

Grzegorz Kucharczyk: In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts war die vorherrschende Meinung in Westdeutschland, dass man sich von Preußen und seinen Traditionen distanzieren müsse.

Konrad Adenauer wollte Berlin nicht als Hauptstadt eines vereinigten Deutschlands, weil es „zu sehr von preußischer Brutalität erfüllt“ sei. Wie wir wissen, hörte Helmut Kohl entweder nicht auf seinen Vorgänger oder teilte dessen Meinung in dieser Sache nicht.

Auf jeden Fall gibt es jetzt eine Art preußische Wiedergeburt, vor allem der Hohenzollern-Dynastie. Ein Beispiel ist die kürzlich erfolgte vollständige Restaurierung des Hohenzollernschlosses im Zentrum Berlins. Es ist seit letztem Jahr für die Öffentlichkeit zugänglich. Es heißt jetzt *Humboldt-Forum*. Es gibt Galerien, Ausstellungen und Büchersammlungen. Ziel dieses Projektes ist es, chinesischen, japanischen oder amerikanischen Touristen zu zeigen, dass diese Hohenzollern doch nette Menschen waren. Sie sammelten Bücher, Gemälde, spielten Flöte und schrieben auf Französisch an ihre philosophischen Freunde. Und schließlich: Wovon reden diese Polen, wenn sie sich über den preußischen Expansionismus beklagen?

Anlässlich des 300. Geburtstages Friedrichs II. wurde 2012 in Deutschland eine ganze Reihe von Gedenkveranstaltungen organisiert. Es gab Sonderausstellungen, Fernsehsendungen, vor allem auf dem Sender ARTE, in denen Friedrich II. als Herrscher der Aufklärung vorgestellt wurde, als Modernisierer, der auf Französisch schrieb und mit Voltaire befreundet war. Wir sind also Zeuge einer gewissen Neudefinition Preußens. Es geht nicht mehr um einen brutalen und militaristischen Staat, sondern um einen fortschrittlichen und modernisierenden Staat.

Sébastien Meuwissen

Sébastien Meuwissen ist ein belgisch-polnischer Journalist und Absolvent des Instituts für Höhere Studien für soziale Kommunikation in Brüssel sowie der katholischen Universität von Louvain-la-Neuve. Korrespondent von verschiedenen Medien für Mitteleuropa arbeitet er derzeit als Journalist für den ungarischen Pure-Player Stand for Christians (S4C).

Dieser Beitrag erschien zuerst bei der VISEGRÁD POST, unseremPartner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Anmerkung der Redaktion: *Wir sind gespannt, was die deutsche Fachwissenschaft zu diesen Thesen zweier Polen zu vermelden hat. Wir leben schließlich auch in der Wissenschaft von fachlicher Auseinandersetzung, auch Diskurs genannt!.*

02) Männer und Mächte hinter der italienischen „Wiedererstehung“ (Risorgimento)

Von Georg Dattenböck

„Il n´y a pas de question du Haut-Adige“ (Es gibt keine Südtirolfrage mehr). „Die Grenze bei der Vetta!“

Dies schrieb triumphierend der Faschist und vieltausendfache Ortsnamenfälscher Ettore Tolomei am 6.6.1919 in der Zeitung „*Petit Journal*“, die der Pariser Banker Moses Polydore Millaud herausgab. Bewußt falsch bezeichnete sich Tolomei als den Erstbesteiger des 2911 m hohen Klockerkarkopfes in den Zillertaler Alpen und nannte ihn „Vetta d'Italia“ („Spitze Italiens“), um damit die territorialen Ansprüche auf Südtirol „zu beweisen“. Erstmals bestiegen wurde der Klockerkarkopf am 10.7.1895, als der erste Herausgeber des Nietzsche-Archivs Fritz Koegel und der Bergführer Franz Hofer vom Norden her den Berg überquerten.

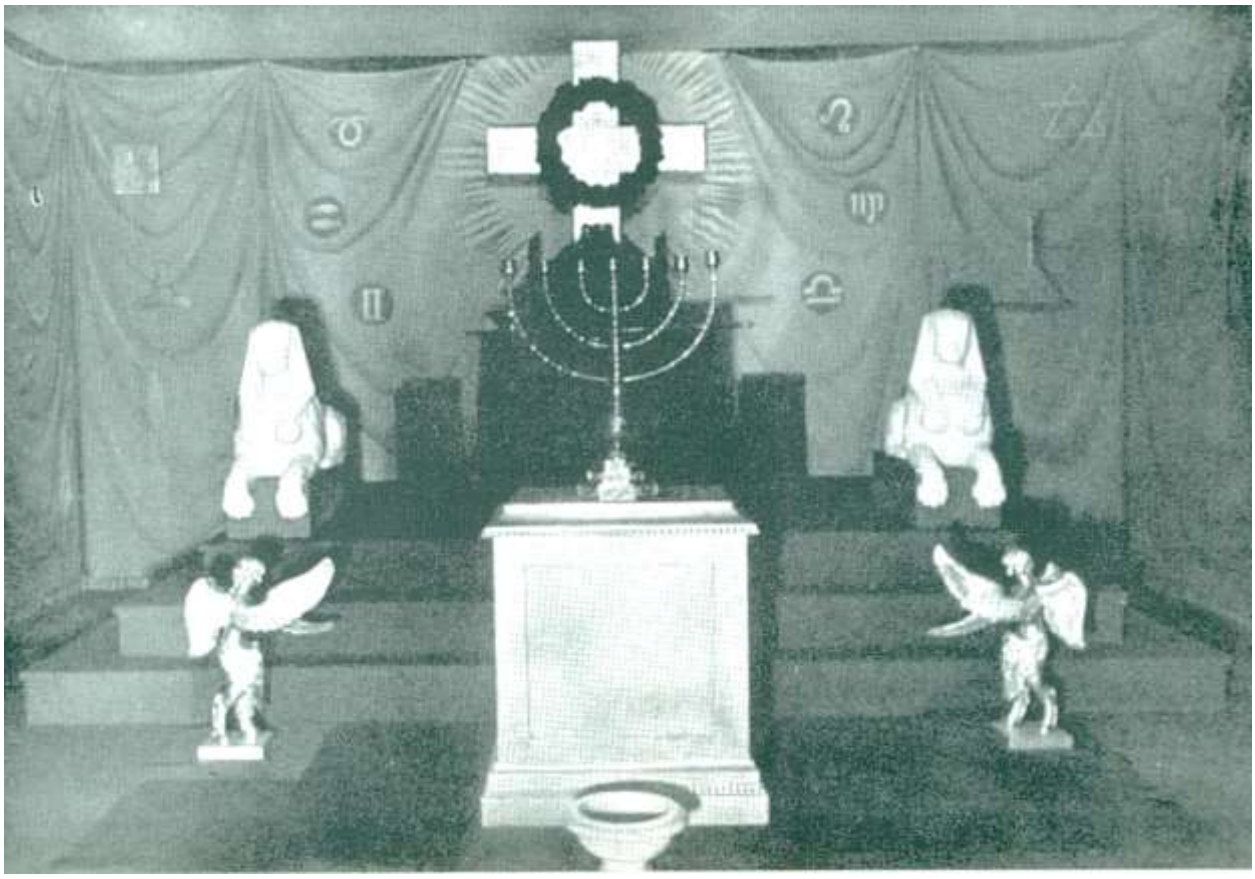
Am 10. Oktober 2020 jährte sich der 100. Jahrestag der gewaltsam-widerrechtlichen Besetzung Südtirols durch den italienischen Staat auf Grund des Vertrages von Saint-Germain. Zum Auftakt der „Pariser Friedenskonferenz“, die vom 18.1.1919 bis zum 21.1.1920 tagte, rief der französische Staatspräsident Raymond Poincaré den hochrangigen Teilnehmern zu: *„Ihr haltet in euren Händen die Zukunft der Welt.“* Bereits zwanzig Jahre später war diese Zukunft der Welt mit dem Beginn des Zweiten Weltkrieges verspielt. US-Präsident Wilson sprach am 24.4.1919 Südtirol dem Staat Italien zu. Nachdem die österreichische Nationalversammlung mit den Stimmen von Christlichsozialen und Sozialdemokraten „***unter feierlichem Protest vor aller Welt***“ zugestimmt hatten, unterschrieb der Leiter der österreichischen Delegation in Paris, Staatskanzler Dr. Karl Renner, den Inhalt des von Haß und Rachsucht geprägten Vertrages von Saint-Germain.

Othmar Parteli schrieb zum 90. Jahrestag in den „Dolomiten“ (16./17.10.2020) u.a:
„Das ganze Land Tirol beging den 10. Oktober 1920 als einen nationalen Trauertag. Überall zwischen dem Arlberg und der Kärntner Pforte und zwischen Kufstein und Salurn fanden an diesem Tag und auch schon am Tag zuvor als Zeichen der inneren Trauer Gedächtnisgottesdienste statt. Die Stadt Bozen zeigte diese Trauer in besonderer Weise, viele Manufakturwarengeschäfte und andere Geschäftsbetriebe in der Laubengasse trugen Trauerstoffe zur Schau“ („Der Tiroler“). Die meisten von ihnen schlossen ab, als die Boznerinnen und Bozner in die Stadtpfarrkirche strömten, wo um 9 Uhr Stadtpfarrer Propst Alois Schlechtleitner ein Pontifikalrequiem zelebrierte, dem neben unzählig vielen Männern und Frauen, ‚fast alle in Schwarz gekleidet‘, auch die Behördenvertretungen der Stadt mit Bürgermeister Julius Perathoner an der Spitze beiwohnten.
‚Die Schulmädchen trugen Trauermaschen in den Haaren‘, schrieb „Der Tiroler“, und die Glocken schwiegen. Denn heute war ‚der Karfreitag von Tirol!‘
Auf dem Hintergrund der Dramatik des Tages stellte das Blatt die bange Frage: ‚Was soll aus uns werden, wessen sollen wir uns trösten, wer hilft, wer rettet uns?‘ Und gab darauf eine verstummende Antwort des Deutschen Verbandes mit dem Titel ‚De profundis‘.

Alle Zeitungen im Lande veröffentlichten auf den Titelseiten ihrer Ausgaben einen vom Deutschen Verband und von der Sozialdemokratischen Partei gemeinsam verfassten Aufruf, den einige Blätter mit einem Trauerflor umrandeten. Darin beschworen sie ‚die unerschütterliche Hoffnung' und Zuversicht, dass einmal der Tag kommen werde, ‚an welchem uns Gerechtigkeit und weitschauende Politik die nationale Befreiung bringen' werde. Zugleich erließen sie an alle Landsleute den Appell, ‚jede Ungesetzlichkeit zu vermeiden und mit Ruhe und Würde das Schicksal zu tragen'".

Die Freimaurer und Carbonari in der Geschichte Italiens

Die bekanntesten Anführer der verschiedenen Bewegungen des „Risorgimento" gehörten allesamt den Geheimbünden der Freimaurer und Carbonari an.
Am 17.3.1861 wurde in Turin der erste italienische Nationalstaat unter der Herrschaft des Hauses Savoyen gegründet. Zwei Monate später, am 19. Mai 1861, gründete sich die Großloge von Italien. Dieser Gründung gingen jedoch eine weit über hundert Jahre lang andauernde Entwicklung der Geheimgesellschaften voraus, wo bekannte Namen auftauchen: Giuseppe Garibaldi, Giuseppe Mazzini, Giuseppe Mazzoni usw.



Eine Nachbildung eines italienischen Logentempels mit den Symbolen der Freimaurerei: Kreuz siebenarmige Leuchter, Tierkreiszeichen, Sphingen und geflügelte Dämonen.
[Bild aus: H. Schreiber/G. Schreiber „Geheimbünde"; S. 97, Augsburg 1993]

Der aus altadelig-russischer Familie stammende Anarchistenführer Michael Bakunin (1814 bis 1876), schrieb im 2. Band seiner „*Gesammelten Werke*" (Berlin 1923) über die italienische Freimaurerei zu Zeiten des Giuseppe Mazzini, der 1832 das „*Junge Italien*" gründete:
„*Sie vereinigte damals die ersten Geister, die treuesten Herzen, die stolzesten Willensmenschen und die kühnsten Charaktere*" [Lennhof/Posner: „*Internationales Freimaurerlexikon";* unveränderter Nachdruck der Ausgabe 1932, Spalte 119, Wien-München 1980].

Der Begriff *„Freimaurer“* tauchte erstmals 1396 in Dokumenten der Kathedrale von Exeter in England auf und *„Loge“* wird 1278 urkundlich beim Bau des Zisterzienserklosters „*Vale Royal Abbey*“ erwähnt, dessen Mutterkloster Morimond in Frankreich war (der berühmteste Abt von Morimond war von 1131-1139 Otto von Freising, *1112 in Klosterneuburg, Historiker und Kreuzfahrer, er war der fünfte Sohn des österreichischen Markgrafen Leopold III. von Babenberg und der Kaisertochter Agnes, die in erster Ehe mit dem Staufer Friedrich I. von Schwaben verheiratet war. Durch seine Mutter Agnes war Otto der Enkelsohn Kaiser Heinrichs IV., der Neffe Kaiser Heinrichs V., der Halbbruder König Konrads III. und der Onkel Kaiser Friedrich Barbarossas).

Baumeister mit Winkelmaß, Zirkel und Lot. Ein Holzschnitt aus dem Jahr 1536 von Jost Amman.

Bereits vier bestehende Logen schlossen sich am 24. Juni 1717 in London zur ersten Großloge Englands zusammen. Dieser Tag gilt als offizielles Gründungsdatum der Freimaurerei und wird weltweit am 24. Juni, dem Johannistag, höchster Feiertag der Freimaurer, gefeiert. [Zur Geschichte und dem Wesen der Freimaurerei siehe den Ex-Freimaurer und Abgeordneten der SPÖ im österreichischen Nationalrat, Stephan Tull: *„Die politischen Zielvorstellungen der Wiener Freimaurer und Wiener Jakobiner im 18. Jahrhundert“;* Frankfurt/M. 1993].

„Die Freimaurerei fühlt sich berufen, das menschliche Herz als einen rauhen Stein zu behauen, ihn in die für seine Bestimmung gehörige Form zu bringen und ihn einzufügen in den kunstvollen Bau des Tempels Salomonis, den Menschheitsbau.“ [Lennhof/Posner, w.o., Sp. 126].

Eines der realen Ziele der italienischen Freimaurer und der von ihnen beherrschten Bewegungen des „Risorgimento“ war die territoriale Einigung Italiens und die Schaffung eines laizistischen Staates, welcher vom italienischen Nationalismus und den freimaurerischen Ideen getragen sein sollte. Der größte Feind dieses Zieles war das mit dem Vatikan in gemeinsamem Interesse verbundene, katholische Haus Habsburg.
Auf Grund dieser Sachlage erfolgten die untergründigen und offenen Angriffskriege („*Guerre d’indipendenza italiane“*) gegen das langsam und stetig an seinen inneren Schwächen zerbrechende Österreich. Der zweite Angriffskrieg, zusammen mit Garibaldis „*Zug der Tausend*“ und folgend die Besetzung Roms im Jahr 1870, führten zur Einheit Italiens.
Doch die Irredentisten („*terra irredenta*: *das [noch] unbefreite/verlorene Land“*) sahen ihre territorialen Ziele noch lange nicht erreicht: Teile von Istrien und Dalmatien, der Brennerpaß (sogar die ehemals römische Donaugrenze), das schweizerische Tessin und afrikanische Ländereien standen auf der Wunschliste. Einzelne widersetzten sich dem Größenwahn:

Leonida Bissolati-Bergamaschi (*20.2.1857 in Cremona; †6.3.1920 in Rom) war ein uneheliches Kind und wurde von Stefano Bissolati adoptiert. Er wurde ein „*Großbeamter des Großorients von Italien*“ [Lennhof/Posner, w.o., Sp. 187]. 1889 gründet er die Zeitung „*L’eco del popolo“* („*Volksecho“*), das zum offiziellen Organ des „*Partito Socialista Italiano“* wurde und veröffentlichte darin das „Kommunistische Manifest“. 1896 wurde er Chefredakteur des Parteiorgans „*Avanti*!“, welches er bis 1903 und dann nochmals von 1908 bis 1910 leitete. 1897 wurde er vom Wahlkreis Cremona in die „*Camera die deputati*“ entsandt. Bissolati weigerte sich, gegen den Krieg in Libyen (1911 bis 1912) aufzutreten, was den Ausschluss aus der Fraktion der sozialistischen Partei im

Februar 1912 zur Folge hatte. Im März 1912 wurde er auch aus der Partei ausgeschlossen, worauf er die „*Partito Socialista Riformista Italiano*“ gründete. Zunächst vertrat er den Kriegseintritts auf Seiten der Entente, meldete sich 1915 im Alter von 58 Jahren als Freiwilliger. Als Unteroffizier im 6. Alpini-Regiment wurde er zweimal verletzt und mit der Silbernen Tapferkeitsmedaille ausgezeichnet, schied 1916 aus dem aktiven Dienst aus und erhielt im Juni 1916 einen Posten als Minister ohne Geschäftsbereich im Kabinett von Paolo Boselli. Nach der italienischen Niederlage im Ersten Weltkrieg bei Karfreit und dem Rücktritt der Regierung Boselli wurde er im Kabinett von Vittorio Emanuele Orlando zum „*Minister für Kriegsfürsorge und Kriegs-renten*“ ernannt. „*Er schied bei Friedensschluß wegen der von ihm* ***nicht gutgeheißenen Forderungen in Bezug auf den deutschen Teil von Südtirol*** *und Dalmatien aus seiner Stellung.*“ [Lennhof/Posner, w.o., Sp. 187].
Die Freimaurerei beurteilt die Lage Italiens bis zur Einigung Italiens so [„Freimaurer-wiki“]:
„Bis 1860 bestand Italien aus einer Reihe mittelgroßer und kleiner Regionalstaaten. Viele wurden von ausländischen Mächten beherrscht: vor allem von Nebenlinien der französisch-spanischen Bourbonen im Süden und von den österreichischen Habsburgern oder deren Nebenlinien im Norden. In der Mitte lag der römische Kirchenstaat mit dem Papst als weltlichem und geistlichem Herrscher. Politisch waren die meisten dieser Einheiten reaktionär; aber vor allem waren sie gesellschaftlich und wirtschaftlich wesentlich rückständiger als die europäischen Länder weiter im Norden. Besonders der Süden des Stiefels war noch mittelalterlich-feudal organsiert. Nur eine dünne Bildungsschicht konnte das moderne Italienisch sprechen oder schreiben: Die meisten Italiener waren Analphabeten. Italiener? Das ist hier nur ein Hilfsausdruck. Es gab damals nicht nur keinen italienischen Staat, es gab auch keine italienische Identität. (…)
In diesem jahrzehntelangen Prozess der Modernisierung und nationalen Einigung spielten italienische Freimaurer eine wichtige Rolle, und das, obwohl die Logen ab dem Wiener Kongress 1815 in vielen italienischen Regionalstaaten verboten oder unterdrückt waren. Kein Wunder, waren doch viele führende Köpfe des Risorgimento Logenmitglieder: oft im Ausland aufgenommen. Der bekannteste war wohl der bis heute legendäre Giuseppe Garibaldi: Er wurde später Großmeister des ‚Grande Orients d'Italia'. Andere waren Camillo Cavour, Schöpfer der italienischen Verfassung, Giuseppe Mazzoni, auch ein berühmter Großmeister, oder der Revolutionär Giuseppe Mazzini. Und weitere, deren Namen heute nur noch Geschichtskundige kennen.“

Siegel des „Grande Oriente d'Italia“ (aus: „Freimaurer-Wiki“).

Die italienische Freimaurerei vertrat nicht, wie generell die deutsche Freimaurerei, eine romantisch-verklärte Vorstellung eines Weltbürgertums, sondern war real irredentistisch/ nationalistisch, wie dies auch Lenhof/Posner in ihrem „Freimaurer-Lexikon“ [Sp. 764ff] bemerkten:
„Die Politik des Grande Oriente war die des italienischen Liberalismus, ***der national und antiklerikal gerichtet war****. Es gibt kein bedeutenderes Ereignis der italienischen Politik, zu dem der Grande Oriente nicht in diesem Sinn Stellung nimmt. (…) Verwundern darf dies umso weniger, als fast alle großen Politiker des Risorgimento und der italienischen Wiedergeburt* ***dem Freimaurerbund angehörten****, und die Br. es daher für ihre geheiligte Pflicht halten mußten, das Programm ihrer Nationalhelden treu zu bewahren. Folgendermaßen hat das der Großmeister Ernesto Nathan ausgedrückt: ‚Wir sind keine politische, wohl aber eine patriotische Gesellschaft‘ (…) ‚Wir sind stets und*

vor allem Italiener'. (…) Erfüllt von dem Gedanken an die unzerstörbare Einheit ihres Vaterlandes und von der Idee, alles, was italienischer Nationalität, unter die Trikolore des geeinten Königreiches zu bringen, war die italienische Freimaurerei auch – im österreichischen Sinne – ***irredentistisch****. Wie sie die Enthüllung des Trienter Trutzdenkmals begrüßte, so trauerte sie auch um den italienischen Patrioten Oberdan."*

Anmerkungen des Verfassers: Oberdan ist ein gutes Beispiel für das enge Zusammenwirken von Carbonari/Loge und Irredentisten: Guglielmo Oberdan verweigerte 1878 den österreichischen Militärdienst, desertierte und floh nach Rom, wo er sich der irredentistischen Bewegung anschloß. Oberdans Ziel war, seine Heimatstadt Triest von Österreich loszulösen und dem Nationalstaat Italien anzuschließen. 1882 traf Oberdan den Führer der irredentistischen Bewegung und Mitbegründer der Vereinigung „*Italia Irredenta"* Matteo Renato Imbriani.
Das hatte Folgen: Als Kaiser Franz Joseph I. in diesem Jahr Triest, aus Anlaß der Feierlichkeiten der 500jährigen Zugehörigkeit zu Österreich, besuchte, nutzte Oberdan dies, um zusammen mit dem Apotheker Donato Ragosa zwei Bombenattentate auf den Kaiser zu planen. Sein Vorhaben wurde verraten, ein Anschlag fand jedoch statt und der Kaiser entging diesem nur knapp, zwei unbeteiligte Personen waren jedoch als Opfer zu beklagen. Donato Ragosa konnte auf italienisches Gebiet fliehen, wurde festgenommen und in Udine von einem Geschworenengericht freigesprochen. Oberdan wurde hingegen von der österreichischen Justiz zum Tod verurteilt und am 20.12.1882 gehängt.
Unmittelbar nach seinem Tod wurde Oberdan durch die Irredentisten zum Märtyrer erhoben und im Ersten Weltkrieg wurde er in der Propaganda gegen Österreich benutzt. 1923 wurden seine sterblichen Überreste auf Anordnung der Faschisten exhumiert und im neu errichteten „*Museum des Risorgimento"* in Triest in einer eigenen „*Guglielmo-Oberdan-Gedenkstätte*" weiterhin für Propaganda instrumentalisiert. Viele Plätze, Straßen und Schulen in ganz Italien erinnern noch heute an ihn als „*italienischen Nationalhelden*".

Die am 11.10.1896 erfolgte feierliche Enthüllung des 18 Meter hohen Dante-Alighieri-Denkmal in Trient**,** welches als sogenanntes „Trienter Trutzdenkmal" die Italianität von Welschtirol unterstreichen sollte, sah unter den Propagandisten für das Denkmal auch den Abgeordneten zum österreichischen Reichsrat und zum Tiroler Landtag, Cesare Battisti.
Als Irredentist trat Battisti mit Kriegsbeginn 1915 auf Seiten Italiens in den Krieg gegen Österreich ein, wurde 1916 von Tiroler Landesschützen gefangen genommen und nach kurzem Prozess in Trient wegen Hochverrats erschossen. Es war dies zweifellos ein schwerwiegender psychologischer Fehler der österreichischen Behörden, denn Battisti wollte gerecht die Grenzen Italiens nach der Sprachgrenze ziehen. Benito Mussolini hatte 1935 auf dem Doss Trento ein Denkmal für Cesare Battisti errichten lassen und damit das Andenken für faschistisch-nationalistische Zwecke mißbraucht.
Den Welschtiroler Irredentisten, die Teile des italienischen Bürgertums, der Geistlichkeit, kleinere Teile des Adels, der Arbeiterschaft, aber nicht die Bauernschaft umfaßten, kann man Gewandtheit, List und Ausdauer nicht absprechen:
„*Sie waren Meister im ununterbrochenen Kleinkrieg gegen die österreichischen Behörden. Letztere waren gewiß nicht immer konsequent; sie zeigten aber, besonders an Verhältnissen nach dem ersten Weltkrieg gemessen, im Allgemeinen und meistens eine Milde, Nachsicht und Geduld sowie Fairness, über die man heute noch staunt. Dank und Anerkennung ist ihnen von der Gegenseite dafür nicht geworden."*
[Hans Kramertz: „*Das Dante-Aligherie-Denkmal in Trient im Rahmen des italienischen Irredentismus*"; in: Mitteilungen des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung, Band 58, Dezember 1950].

Die Carbonari

Bereits im 18. Jahrhundert entstanden, vor allem in Süditalien, Gruppen mit radikaler politischer Tendenz, die radikalste Gruppierung war jene der „Carbonari“, deren Riten sich an jene der Freimaurerei anlehnten und die auch in Verbindung zur Mafia gebracht werden.

„An Stelle der Loge trat bei den ‚Köhlern‘ die ‚Hütte‘, in denen den ‚guten Vettern‘, so nannten sich die Mitglieder, als heiligste Pflicht der Kampf gegen die Tyrannei verkündet wurde, oder, wie die Carbonari das in ihrer symbolischen Sprache ausdrückten: ‚die Jagd auf die Wölfe des Waldes‘. Man hat in der Folge oft behauptet, die Carboneria sei mit der Freimaurerei identisch gewesen. Aber das ist nicht der Fall.“ [Quelle: Lennhof/Posner: w.o. Sp. 760ff].

Österreichs Staatskanzler Fürst Metternich betrachtete die Carbonari als Gefahr für die Macht Österreichs, da deren Ziele sich nicht nur gegen italienische Territorialherren richtete, sondern auch gegen die Herrschaft der Habsburger. Dem Kampf Metternichs schlossen sich die Päpste Pius VII. und Leo XII. an, die in den Carbonari einen Freimaurerbund sahen.

LA SUPREMA MAGISTRATURA

DELLA DAUNIA RIUNITA

A

Tutte le vendite regolari della Capitanata.

Bravi Buoni Cugini.

Già l'Aurora è apparsa sul nostro Orizzonte, che con aspetto ridente ci annunzia la vicina uscita del gran Sole. Già le tenebre sono dilegnate, ed a passi sicuri possiamo proseguire quella onorata carriera, che ci conduce alla gloria; e già siamo per cogliere il frutto di tanti palpitanti travagli.

Buoni Cugini: La gran Opera della rigenerazione politica fu da voi progettata; voi con intrepidezza, e coraggio ne fondaste le basi, e voi col massimo entusiasmo ne avete dato il compimento.

Chiunque sia nato d'Uomo conoscerà di quanto la Nazione sia tenuta alle vostre vigilie, ai vostri pericoli, ed alle vostre virtù; ed il nome de' Carbonari farà indelibile su' fasti della Umanità. Proseguite dunque i vostri travagli; quel sacro fuoco, che v' investe prenda maggior forza, e vigore, ed ottenuto il gran fine si pensi a conservarlo, accrescerlo, e diffonderlo.

Il G. Presidente della Suprema Magistratura
CASSITTO.
L'Oratore G. RODINO'.
Il Segretario
G. TORTORA

Die Carbonari gingen, auf Grund dieser Machtverhältnisse, nach 1833 in der von Giuseppe Mazzini 1831 in Marseille gegründeten Bewegung „*Junges Italien*“ auf. Diese Bewegung des Risorgimento hatte nie mehr als 1000 aktive Mitglieder und wurde am 5.5.1848 aufgelöst. Mazzini gründete an ihrer Stelle die „*Associazione Nazionale Italiana*“. Ende 1833 trat **Guiseppe Garibaldi** in Genf den Carbonari bei.

Aufruf der Carbonari: „Die obere Behörde des vereinigten Süditalien“ an die „Edlen und guten Vettern“.

Hunderttausende Menschen sollen angeblich den Carbonari angehört haben, deren Losung „***l**ustum **n**ecare **r**eges **I**taliae* - INRI“ („*Es ist gerecht, Italiens Könige zu töten*“) lautete. Die Abkürzung stimmte mit den Initialen am Kreuz Jesu überein. Der Vatikan war zutiefst entsetzt.

Giuseppe Garibaldi

Giuseppe Garibaldi wurde 1807 in Nizza geboren und starb 1882 auf der Insel Caprera (bei Sardinien). Er war wohl der berühmteste Führer des Risorgimento und ein Großmeister der Freimaurer. Seine große Bedeutung dokumentiert sich u.a. dadurch, daß *„sein Bild sowohl in den Venditen der Carbonari als auch in den Logenräumen der italienischen Freimaurerei hing“* [Hermann Schreiber/Georg Schreiber: „*Geheimbünde“* S. 231, Augsburg 1993]

Lenhoff/Posner berichteten über Garibaldi [w.o., Sp. 553ff]:
„1834 wurde er wegen Beteiligung am Aufstand zum Tod verurteilt, flüchtete nach Frankreich, nahm Dienste beim Bey von Tunis und später in südamerikanischen Republiken. Bei der Kunde vom Ausbruch der italienischen Erhebung traf er 1848 in Nizza ein, wurde von König Karl Albert aber abgewiesen. Als Führer eines Freiwilligenkorps kämpfte er gegen die Österreicher, verteidigte dann Rom gegen die Franzosen (1849), floh vor Verfolgungen und lebte denn in Tanger und 1850 in New York. 1854 kehrte er nach Sardinien zurück, und focht 1859 wieder gegen die Österreicher an der Spitze von Freischaren. 1860 führte er von Genua aus den berühmten ‚Zug der 1000‘ nach Marsala und übernahm Sizilien im Namen Victor Emanuel II. Er eroberte Sizilien und griff dann eigenmächtig Neapel an. Um den Lorbeer wurde er jedoch gebracht, da Victor Emanuel inzwischen von Norden her herangerückt war und Garibaldi in seinem Vordringen aufhalten ließ. An der Seite des Königs zog er in Neapel ein.
1862 versuchte Garibaldi eigenmächtig einen Angriff auf Rom, wurde jedoch im Gefecht von Aspromonte verwundet und gefangen. Amnestiert, kehrte er nach Caprera zurück. Im Krieg 1866 mußten er und seine Freischar sich mit geringfügigen Waffentaten begnügen. Wiederum lockte ihn die Eroberung Roms. Trotzdem er auf Caprera interniert und überwacht wurde, wußte er zu entfliehen, kam in die Romagna wurde aber vom französischen General Failly und päpstlichen Truppen bei Mentana vollkommen geschlagen.
Auf der Flucht wurde er verhaftet und neuerdings interniert. 1870 lockte ihn der Deutsch-Französische Krieg wieder auf das Schlachtfeld. Er kämpfte mit seinem Freikorps in der Bourgogne (1871 bei Dijon), erntete aber von Seiten der französischen Militärs derartigen Undank, daß er sich aus der Nationalversammlung von Bordeaux zurückzog und wieder nach Caprera in die Einsamkeit ging. Zuletzt war er italienischer Parlamentarier als Abgeordneter von Rom.
Als Freimaurer war Garibaldi eifrig tätig. Aufgenommen wurde er 1844 in der französischen Loge „Les Amis de la Patrie“ zu Montevideo. Von seinen Mitstreitern im Freiheitskampfe waren sehr zahlreiche Mitglieder des Bundes (Mazzini, Crispi, Lafarina, Fauché, Buscalioni, Bixio, Cavour, am Zug der 1000, bzw. dessen Vorbereitung beteiligt). Nach der Einnahme von Palermo wurde er Großmeister ‚ad vitam‘ der aus der Vereinigung mehrerer Systeme hervor-gegangenen Maurerei.
Eines Abends brachte er seinen ganzen Generalstab in eine Loge mit, um alle diese Offiziere selbst dem Bund zuzuführen, von dem er schwärmte: ‚Die Freimaurerei wird die Menschheit vorwärtsbringen. Die stetige Anwendung ihrer heiligen Grundsätze muß zu einem brüderlichen Bündnis aller Nationen führen.‘ Und ein anderes Mal (in einem Schreiben vom 18. Mai 1867): ‚Die Freimaurer sind ein auserwählter Teil des italienischen Volkes. Sie erheben sich über die Leidenschaften des profanen Alltags, und so werden sie, durchdrungen von der hohen Mission, die die große maurerische Institution in ihre Hände legte, die sittliche Einheit der Nation begründen.‘

Und in einem weiteren Briefe: ‚Daß die Freimaurerei die Inkarnation alles dessen bedeute, was es an Ehrbarkeit, Noblesse, an Sehnen nach Hebung des Menschentums gibt – ist das nicht eine Aufgabe, würdig der größten der der Humanität dienenden Gemeinschaften?‘
Kurz hernach separierte er sich aber wieder und gründete in Palermo einen neuen Obersten Rat. 1867 vereinigte sich dieser wieder mit dem Großorient. Garibaldi wurde Ehrengroßmeister. Sein Reiterdenkmal aus dem Janiculus überragt die ewige Stadt. An diesem Monument hatten die italienischen Freimaurer zum Gedenken an ihren Großmeister einen Bronzekranz angebracht.
Den Faschisten des römischen Stadtteils Trastevere blieb es vorbehalten, diesen Kranz wieder zu entfernen und ihn durch eine Inschrift zu ersetzen, die besagt: ‚Dem Führer der Rothemden – die Schwarzhemden. Von den Freimaurern errichtet,- von den Faschisten berichtigt.‘“

Freimaurerlied und antiösterreichischer Kampfgesang

Bei dem Lied **„***Fratelli d'Italia*“ („*Brüder Italiens*“), auch bekannt als **„***Inno di Mameli***“** („*Hymne des Mameli*“), handelt es sich um ein aus der Zeit des Risorgimento stammendes antiösterreichisches Gedicht, welches die „*Brüder Italiens*“ in ziemlich blutrünstiger Weise zum Kampf gegen Österreich aufruft. Es war von einem jungen, intellektuell-nationalistischen Schwärmer, dem aus dem sardinischen Adelsgeschlecht „Mameli dei Mannelli“ stammenden Goffredo Mameli gedichtet worden.

Goffredo Mameli – ein Freimaurer und Revolutionär gegen Österreich.

Nach Goffredo Mameli ist seit 1893 auch eine römische Großloge des Großorients von Italien benannt. Das Manuskript seines Kampfliedes „*Fratelli d'Italia*“ ist in dem 2013 eröffneten Freimaurermuseum in Rom im Palazzo Vitelleschi, dem Sitz der Großloge von Italien, ausgestellt. Die Südtiroler Schützen und auch viele herausragende Südtiroler Sportler weigern sich standhaft, diese Hymne zu singen.
(In mehreren SID-Beiträgen (u.a. *„Antiösterreichische Kampf-Hymne als Grundlage der Identität des italienischen Staates“ (4.7.2017)* und *„Welschtirol und der italienische Irredentismus“ (Teil 1+2, 2017)* wurde bereits auf die italienische Freimaurerei hingewiesen).

Kirche und Freimaurerei

Bereits 21 Jahre nach der Gründung der Großloge von England wurde von Papst Clemens XII. am 28.4.1738 die erste päpstliche Bulle *„In eminenti apostolatus specula“* gegen die Freimaurerei veröffentlicht. Papst Clemens und die nach ihm folgenden Päpste sahen die katholische Kirche in ihren Grundfesten angegriffen und darum folgten bis zum Jahre 1902 noch weitere 16 Bullen und Enzyklika mit schwersten Angriffen und Verdammungsurteilen:

18. 05.1751: Benedikt XIV.: *„Providas Romanorum Pontificum“*
13.09.1821: Pius VII.: *„Eccelsiam“* (gegen die Carbonari)
13.03.1826: Leo XII.: *„Quo graviora“* (gegen die Geheimgesellschaften)
21.05.1829: Pius VIII.: *„Traditi“*
15.08.1832: Gregor XVI.: *„Mirari vos“*
09.11.1846: Pius IX.: *„Qui pluribus“*
20.04.1849: Pius IX.: *„Quibus quantisque“*
08.12.1864: Pius IX.: *„Quanta cura“*
25.09.1865: Pius IX.: *„Multiplices inter“*
12.10.1869: Pius IX.: *„Apostolicae sedis“*
21.11.1873: Pius IX.: *„Etsi multa“*
15.02.1882: Leo XIII.: *„Etsi nos“*
20.04.1884: Leo XIII.: *„Humanus genus“*
15.10.1890: Leo XIII.: *„Ab Apostolici“*
20.06.1894: Leo XIII.: *„Praeclara“*
18.03.1902: Leo XIII.: *„Annum ingressi“*

Papst Pius XII. erblickte in seinen zahlreichen Erklärungen in der Freimaurerei die Wurzel des modernen Glaubensabfalls: einige Monate vor seinem Tod nannte er den wissenschaftlichen Atheismus, den dialektischen Materialismus, den Rationalismus, den Laizismus und die Freimaurerei die gemeinsame Mutter all jener -ismen.

Als Folge des „Zweiten Vatikanischen Konzils“ (1962-1965) führte der damalige Wiener Erzbischof Kardinal Franz König Gespräche mit der Freimaurerei. Das Ergebnis wurde 1970 in der gemeinsamen „Lichtenauer Erklärung“ (Geheimverhandlungen in Schloß Lichtenau bei Haslach im Mühlviertel/Österreich) veröffentlicht. Deren Schlußaussage lautet:

„Wir sind der Auffassung, daß die päpstlichen Bullen, die sich mit der Freimaurerei befassen, nur noch eine geschichtliche Bedeutung haben und nicht mehr in unserer Zeit stehen. Wir meinen dies auch von den Verurteilungen des Kirchenrechtes (CIC), weil sie sich nach dem Vorhergesagten gegenüber der Freimaurerei einfach nicht rechtfertigen lassen von einer Kirche, die nach Gottes Gebot lehrt, den Bruder zu lieben.“ [Wikipedia > *Lichtenauer Erklärung*]

Nur einen Tag vor Inkrafttreten des neuen Kirchenrechts verkündete eine Deklaration der Glaubenskongregation vom 26.11.1983, das Urteil der Kirche gegenüber der Freimaurerei sei „***unverändert***" und damit bleibe auch die Exkommunikation für die katholischen Freimaurer bestehen. Der damalige Präfekt der Glaubenskongregation war Kardinal Joseph Ratzinger, der spätere Papst Benedikt XVI., der 2013 als Papst angeblich „aus Gesundheitsgründen“ zurücktrat. In einer Pressekonferenz deutete er jedoch an, es gebe "*Gründe dafür, daß man einfach meine Stimme ausschalten will*" [04.05.2020, Domradio.de].
Für den aufmerksamen Beobachter ist der schwere, innerkirchliche Kampf im Vatikan und in der gesamten Kirche zwischen Gegnern und Befürwortern der Freimaurerei klar erkennbar.

Freimaurerei und Erster Weltkrieg

Die italienische Freimaurerei beteiligte sich stets intensiv an allen Kriegsvorbereitungen Italiens zum Ersten Weltkrieg: dies erkennt man klar in den Botschaften und Worten des damaligen Großmeisters der italienischen Logen. Bereits am 14.7.1914 sprach er ***„****von der Gefährdung der nationalen Interessen****,*** *von der Möglichkeit der Vervollständigung der*

nationalen Einheit. (…) Auf eine Anfrage des Deutschen Großlogenbundes vom 5.11.1914, ob die in den Zeitungen veröffentlichten Mitteilungen über dreibundfeindliche Kundgebungen der italienischen Maurer wahr seien, antworteten diese zunächst vieldeutig. (…)
Als am 5.5.1915 das Denkmal der tausend Garibaldiner in Quarto eingeweiht wurde – Gabriele d'Annunzio [ein Freund Benito Mussolinis] *hielt die Festrede – umrahmten die Fahnen von 400 italienischen Logen den Festplatz. Neun Tage später trat Italien in den Weltkrieg ein. Der Großorient sprach in einer Botschaft von einem lang erwarteten Ereignis, das er begrüßte. (…) Vergebens hatte der Großorient der Niederlande die italienischen Br. ermahnt (April 1915), die feindselige Haltung gegenüber den deutschen Brr. einzudämmen."* [Lennhof/Posner, w.o., Sp. 765ff].

Nur drei Tage vor der Kriegserklärung Österreichs an Serbien, wurde vom Großorient Italiens u.a. Folgendes der Öffentlichkeit mitgeteilt: *„Nur die Klerikalen, ewige Gegner unserer Unabhängigkeit, unserer Einheit und jeder Freiheit, und die offiziellen Sozialisten, unfähig ein Programm jenseits der Klassenegoismen zu vertreten, hemmen die Bemühungen,* ***gegen die neuen ‚Hunnen'*** *auf das Schlachtfeld zu treten und predigen die Neutralität. Die masonische Presse steigerte sich in nationalistische Parolen, welche selbst die Rhetorik der* ***ethnischen Überlegenheit*** *und des historischen Rechts der Hoheit über die Adria und den slawischen Boden nicht ausschloß. Der Krieg ließ die Problematik der Kompatibilität zwischen Weltbürgertum und Staatsbürgertum hervortreten, Kosmopolitismus versus Patriotismus. Nach dem Krieg ratifizierte Italien das Pariser-Abkommen nicht, da es seine territorialen Ansprüche nicht befriedigt sah. Ein wesentlicher Diskussionspunkt war die ‚****vittoria mutilata****' (wörtlich: verstümmelter Sieg), das heißt man hatte den Krieg gewonnen, aber Fiume (heute: Rijeka; steht für Istrien) und andere ehemals österreichische Küstengebiete an der Adria nicht erhalten. Diese waren Jugoslawien zugesprochen worden." [„Freimaurer-Wiki"]*

Die italienische Freimaurerei stand eindeutig ***„im Gegensatz zu den Auffassungen und den Handlungen der übrigen anderen Freimaurereien der Welt"*** und hielt es für selbstverständlich, *„daß der Großorient als solcher in den Kampf um höhere nationale und freiheitliche Güter (das war er nach italienischer Auffassung) in besonderem Maß in Erscheinung trete. Dabei darf aber nicht übersehen werden – und das gilt für die gesamte Politik der italienischen Freimaurerei – daß da gar nichts Geheimes im Spiel war, daß nicht von ‚unbekannten Oberen' Drähte gezogen wurden: alles ging in der breitesten Öffentlichkeit vor sich, und immer, wenn der Großorient auf den Plan trat, waren die Plakatwände mit seinen Affichen bedeckt, brachten die Zeitungen seine Verlautbarungen.*
Der glühende Nationalismus und dessen patriotische Betätigung wurden der italienischen Freimaurerei dann freilich schlecht gelohnt. Der Faschismus hat sie von Anfang an nicht neben sich geduldet und ihr in einem verhältnismäßig kurzen, aber ungemein heftigen Kampf den Garaus bereitet." [Lennhof/Posner, w.o. Sp. 765ff].

1917, als die bolschewistische Revolution in Rußland stattfand und auch die USA in den Ersten Weltkrieg eintrat, demonstrierten Freimaurer am Petersplatz und riefen in Sprechchören: „*Satan muß im Vatikan regieren, der Papst wird sein Sklave sein*", pflanzten eine schwarze Fahne auf, wo Erzengel Michael besiegt unter den Füßen Luzifers zu sehen war. Es wurde dabei die Hymne „*Inno a Satana"* des italienischen Dichters Giosué Carducci (Pseudonym: Enotrio Romano) gesungen:
„*Der Wind trägt Deinen immer lauter werdenden Ruf: Das Neue Zeitalter dämmert, Deine Zeit ist gekommen. Und schon erzittern Mitren und Kronen, in den Klöstern erwacht die Rebellion."*

1862 wurde Carducci bereits Mitglied der Freimaurerloge „*Galvani*“ und Mitbegründer der Loge „*Felsinea*“ in Bologna, später zusammengeführt in der Loge „*Propaganda Massonica*“. Carduccis Vater war Mitglied der Carbonari und war deshalb inhaftiert.

Der damals junge, deutschstämmige Priesterkandidat Maximilian Kolbe (*1894) war ein Augenzeuge dieser Freimaurer-Demonstration am Petersplatz. Kolbe wurde später ein fester Gegner der NS-Diktatur, war auch ein Antikommunist und ein Gegner des Zionismus sowie der Freimaurer, die er für „*eine organisierte Clique fanatischer Juden, die die Kirche zerstören wollen*“, gehalten hatte. Kolbe *„bezeichnete die Freimaurerei als ‚verbrecherische Mafia‘ und den internationalen Zionismus als ‚die Hand, welche all das auf ein klares Ziel lenkt‘, weshalb ihm von Kritikern bis in die Gegenwart Judenfeindlichkeit vorgeworfen wird.“*

Weil der Priester Kolbe *„in Niepokalanów 2300 Juden und dazu noch anderen polnischen und ukrainischen, griechisch-katholischen Flüchtlingen Zuflucht gewährte“,* wurde er von der Gestapo verhaftet, in das Stammlager des KZ Auschwitz gebracht und in den „Hungerbunker“ des Block 11 gesperrt. Am 14.8.1941 wurde Kolbe durch eine Phenolspritze, die der Funktionshäftling Hans Bock injizierte, umgebracht und im Krematorium verbrannt. [Wikipedia > *Maximilian Kolbe*].

Das ordinäre Feigenblatt im Munde der Politiker seit Hitler: Die „Brückenfunktion Südtirols“

Der Historiker Otto Weiß zitierte in einem Beitrag in: *„Deutschlandbild der Italiener von der Schlacht bei Königgrätz bis zur Reichsgründung“* [In: „*Deutsche Italienbilder und italienische Deutschlandbilder in der Zeit der nationalen Bewegungen 1830-1870*“, Berlin 1991] eine sicher wohl freimaurerisch inspirierte italienische Flugschrift des Jahres **1869**, wo zu lesen war:
„Damit die beiden Völker ihrer Aufgabe nachkommen könnten (…) müßten sie gemeinsam ***Tirol von Österreichern befreien****. Der Brenner soll zur Grenze, nein zum* ***Ort der Begegnung beider Völker werden."***
Diese betrügerischen Schalmeien gipfeln seit Hitler in den Reden der Politiker. Hitler lieh sich den Begriff „Brücke“ fraglos von der Freimaurerei. Zum Beispiel wurde im November 1922 in Prag die Freimaurerloge ‚*Brücke/Most’* gegründet, wo auch der von Haß gegen das Kaiserreich zerfressene Zerstörer Österreich-Ungarns und bekennende tschechische Freimaurer, Edvard Beneš, der Verantwortliche der nach ihm benannten „Beneš-Dekrete“ (worin die Vertreibung Millionen Deutscher aus ihrer Heimat mörderisches Gesetz wurde), u.a. seine Vorträge hielt.
Die 1952 bewußt als eine „*Denk-Fabrik*“ gegründete Freimaurerloge in Hamburg nennt sich: „*Die Brückenbauer*“ und der Gründer der „*Bild-Zeitung*“, Axel Springer, trat 1958 dieser Loge bei. Paul Sethe, ein engster Mitstreiter Springers, schrieb in einem Spiegel-Leserbrief am 5.5.1965, nachdem er sich von Springer angewidert abgewandt hatte: *„Pressefreiheit ist die Freiheit von 200 reichen Leuten, ihre Meinung zu verbreiten.“*
Der Frankfurter Freimaurer und Philosoph Klaus-Jürgen Grün bekannte: „*Die Freimaurerei will eine Institution des Brückenbaus sein!“* [Wolfgang Meyer in *„Deutschlandfunk“,* 3.1.2020]

Hitlers öffentliche Verzichtserklärungen bezüglich Südtirols und seine ständige Anbiederung an den Diktator Benito Mussolini, waren nicht nur in sozialdemokratischen Kreisen Deutschlands, sondern auch innerhalb seiner eigenen Partei auf zunehmende Ablehnung gestoßen.

Am 13.7.1928 hielt Hitler auf einer Parteiveranstaltung der NSDAP in Berlin eine sodann im Parteiorgan „*Völkischer Beobachter*“ veröffentlichte Rede zur Außenpolitik, in welcher er versuchte, den verunsicherten Parteigenossen seine Position zu erklären. Er wolle Deutschland mithilfe des möglichen Bundesgenossen Italien aus seiner politischen Isolierung lösen.

„Gerade der Widerspruch der Freimaurer und Juden beweist die Richtigkeit unserer Auffassung“, erklärte Hitler und fügte hinzu: *„Gegen die Heuchelei kämpfen wir bewußt. Es heißt nicht, Südtirol befreien, sondern Deutschland das Leben geben. Südtirol hat das Geschrei nichts genutzt, betrachten wir es lieber* ***als Brücke zwischen Deutschland und Italien****, das wird den Tirolern mehr nutzen. Das Eintreten für das Deutschtum in Südtirol, auch der Juden, entspricht nur dem Hasse gegen den Faschismus.“*
[Zitiert aus dem Abdruck in: „Völkischer Beobachter“ vom 18. Juli 1928]

Im gleichen Jahr diktierte Hitler das Manuskript eines Erweiterungsbandes zu „*Mein Kampf*“, in welchem er wortreich seine Annäherungspolitik an das faschistische Italien verteidigte. (Dieses Manuskript wurde nach dem Krieg von dem Münchner Institut für Zeitgeschichte veröffentlicht: „*Hitlers zweites Buch*“, Deutsche Verlagsanstalt Stuttgart 1961).
Nachdem Mussolini die Macht ergriff, habe *„wie auf Zauberwort von dieser Stunde an das Trommelfeuer der Vergiftung und Verleumdung durch die gesamte jüdische Presse gegen Italien einzusetzen“* begonnen, so Hitler.
Nun habe man das *„einzigartige Schauspiel“* erleben können, daß in dieser Frage *„Juden und Deutschvölkische, Sozialdemokraten und vaterländische Verbändler, Kommunisten und nationales Bürgertum, Arm in Arm geistig über den Brenner zogen, um nun in gewaltigen Schlachten, allerdings ohne Blutvergießen, die Rückeroberung dieses Gebietes durchzu-führen.“* Hitler verhöhnte sodann seine Kritiker als die *„dem Wirken der jüdischen Pressemeute nachlaufenden ... national-bürgerlichen und vaterländischen Dummköpfe“.*
[„Hitlers zweites Buch“, a.a.O., S. 191]
Hitler schloß seine Ausführungen in nahezu schon salbungsvollem Ton: *„Südtirol wird damit dereinst* ***eine hohe Mission*** *im Dienst beider Völker zu erfüllen haben. Wenn die Italiener und die Deutschen dieses Gebietes erst, erfüllt von der Verantwortlichkeit für das eigene Volkstum, die großen Aufgaben, die Italien und Deutschland zu lösen haben, erkennen und verstehen, werden die kleinen Streitigkeiten des Tages zurücktreten gegenüber der höheren Mission, an der einstigen Grenze Deutschlands und Italiens* ***eine Brücke*** *aufrichtiger gegenseitiger Verständigung zu bilden.“* [„Hitlers zweites Buch“, a.a.O., S. 216]

Diese, angesichts der von Hitler und Mussolini vertraglich vereinbarten Massenaussiedlung der Südtiroler aus ihrer Heimat, ungeheuerlich zynische und heuchlerische Interpretation von Südtirol als „*Brücke*“, hört und liest der aufmerksame Zeitgenosse nicht nur bei Hitler, sondern besonders heute wieder, in vielerlei Abwandlungen, doch mit einem einzigen polit-strategischen Ziel: stetig und langsam die Moral der Südtiroler und Österreicher weichzuklopfen. Aber man hört diese verlogene Phrase nicht von Seiten italienischer Politiker und Medien, sondern nur von vielen politischen Repräsentanten der Republik Österreich/Südtirols, die damit seit vielen Jahrzehnten ihren inzwischen vielfach dokumentierten Verrat und Verzichtspolitik in lebenswichtigen Fragen rechtfertigen und dem Wähler sogar als „*moralischen Fortschritt*“ verkaufen wollen. Dafür einige Beispiele:
„*Der Brenner sei heute mehr eine Brücke als eine Grenze“*, sagte Landeshauptmann Kompatscher in einem Rückblick auf das Jahr 2016 [„Tiroler Tageszeitung“, 19.1.2017]. Nochmals im gleichen Sinne Kompatscher: *„Wir sind die Brücke zwischen Nord- und Südeuropa“* [„Salzburger Nachrichten“, 17.12.2017].

Außenministerin Dr. Ursula Plassnig (ÖVP) erklärte am 21.10.2004 im Nationalrat: *„Ich werde alles tun um weiter sicherzustellen, daß die Südtiroler eine Brücke zwischen Österreich und Italien sind…“.*
Die Schlagzeile in der „*Zeit online*“ (20.12.2017) lautete: „*Kurz erklärt Österreich zu ‚Land des Brückenbaus."* Betreff des gewünschten Doppelpasses für die Südtiroler berichtete „*Der Spiegel*“ (23.9.2018)*: „Kurz sieht sich selbst schließlich als Brückenbauer".* Inzwischen wurde der von der großen Mehrheit erwünschte Doppelpaß still und heimlich beerdigt.

Freimaurerlogen in Südtirol

Bereits 1780 wurde in Bozen von Franz von Gumer (*1731 in Bozen; †25.7.1794 in Wien) mit angeblich 23 adeligen Brüdern eine Loge gegründet, die auch seinen Namen trägt. Gumer fungierte zugleich als „*Stuhlmeister*“ der Loge.

„Die Familie Gumer von Engelsburg zählte zu den wirtschaftlich und politisch bedeutendsten Familien der Bozner Handelsaristokratie. Als Kaiser Franz, der Gemahl Maria Theresias, im Juli 1765 anläßlich der Vermählung seines Sohnes Leopold über Bozen nach Innsbruck reiste, soll er den Vater von Franz, Kaufherren und Bankier Johann Gumer (1732–1793), um eine Anleihe von 200.000 Gulden gebeten haben, worauf dieser nur nachgefragt haben soll, in welcher Geldsorte der Kaiser diesen Betrag bar beheben wolle.
Franz von Gumer heiratete 1757 Katharina Faber von Lanegg. Er zeichnete sich auch als wohltätiger Stifter aus. In den Jahren 1771 bis 1776 war von Gumer Bürgermeister von Bozen. Auf dem Tiroler Landtag von 1790 war er Sprecher des Merkantilmagistrats und der sogenannten ‚Bozner Partei‘.
1780 gründete Franz von Gumer in Bozen eine geheime Freimaurerloge. In Wien und Innsbruck war er zuvor Mitglied der St. Johannislogen "Zur gekrönten Hoffnung im Orient von Wien" und "Zu den drei Bergen" geworden. Die Bozner Freimaurer trafen sich im Ignaz-von-Atzwanger'schen Haus. Die Loge arbeitete allerdings nach 1785 nicht mehr, da die Ablehnung der Freimaurerei in breiteren Bevölkerungskreisen bedenkliche Formen annahm und das Freimaurerpatent Joseph II. vom 11. Dezember 1785 auch in Bozen wirksam wurde.
Das Freimaurerzimmer in seinem Sommerfrischhaus in Maria Himmelfahrt (heute Familie Toggenburg) enthält interessante Decken- und Wandbilder mit freimaurerischen Symbolen.
[Wikipedia > *Franz von Gumer*]
„Freimauere-Wiki“ berichtet, daß die Loge Franz von Gumer „*rosenkreuzerisch geprägt war*“ und die Ideen der „Illuminaten“ abgelehnt wurden. Diese wurden am 1.5. 1776 von Adam Weißhaupt als Geheimbund gegründet, eines seiner Ziele war, die mystisch-spirituell geprägten Gold- und Rosenkreuzer innerhalb der Freimaurerei zu bekämpfen.
„Drei Jahre nach der Logengründung drohten Bozner Bürger das Haus anzuzünden. Die Öffentlichkeit konnte nicht wissen, daß diese Loge nichts mit den Illuminaten oder gar mit revolutionär gesinnten Clubs zu tun hatte. Gerade die Logen rosenkreuzerischer Prägung standen diesen Zirkeln ablehnend gegenüber. Dazu kam 1785 auch das Freimaurerpatent von Joseph II. Mit ihm wurde die Freimaurerei in ihrem öffentlichen Wirken eingeschränkt und konnte nur noch im Geheimen arbeiten. Die Brüder zogen sich daraufhin nach Himmelfahrt am Ritten oberhalb Bozens zurück. Dort ließen sie einen Tempel errichten, der heute noch besteht. (…) Einen Höhepunkt erlebte die Loge noch im Jahre 1788, als Graf Balsamo, besser bekannt als Graf Cagliostro in Rovereto, über Vermittlung von Josef Nagele, mit Franz von Gumer zusammentraf. Es gibt auch Hinweise, daß er mit den Bozner Brüdern eine gemeinsame Arbeit durchgeführt hat.“
Angesehene Männer des damaligen öffentlichen Lebens werden als Mitglieder der Loge Franz von Gumer genannt: Franz von Goldegg, Landtagsabgeordneter in Innsbruck, er

verteidigte öffentlich 1790 die Freimaurer; die Brüder Josef David Alexander von Sarnthein, Probst von Bozen und Ferdinand von Sarnthein, Anton Leopold von Roschmann (der Ältere), Gubernalrat in Innsbruck, die Vettern von Menz, Ignaz von Aufschnaiter und Josef von Strobl, der nach dem Zusammenbruch des Aufstands von 1809 höchster Regierungsbeamter in Innsbruck wurde.
Nach Lennhof/Posner [w.o., Sp. 185], war der Fürstbischof von Brixen, *„Leopold Maria Josef Graf v. Spans“* ein Angehöriger der Freimaurerei. Es könnte sich eventuell um den Fürstbischof von Brixen, Leopold Maria Joseph Reichsgraf von **Spaur** (*10.5.1696 in Innsbruck; †1778) handeln, der, pikanterweise, sich „*der besonderen Huld der Kaiserin Maria Theresia erfreute*.“ [Constantin v. Wurzbach: *Spaur, Leopold Maria Joseph Graf.* In: *Biographisches Lexikon des Kaiserthums Oesterreich.* 36. Theil. Kaiserlich-königliche Hof- und Staatsdruckerei, Wien 1878, S. 101]

„Freimaurer-Wiki“ berichtet weiter, daß *„mit den Franzosenkriegen und infolge der mit den Josefinischen Reformen verbundenen restriktiven Zollbestimmungen Bozen die Rolle als bedeutender Umschlagplatz zwischen Nord und Süd verlor. Zahlreiche Familien verarmten. Auch die Lage der Freimaurerei hatte sich durch die von Joseph II erlassenen Einschränkungen verschlechtert. Durch den wirtschaftlichen Zusammenbruch der Handelsstadt verarmten viele Bozner Kaufleute. Auch Franz von Gumer, der im Interesse der Kaufleute am offenen Tiroler Landtag von 1790 teilnahm, um die wirtschaftliche Lage seiner Stadt zu verbessern, wurde bald von der harten wirtschaftlichen Realität eingeholt. Er mußte seinen Besitz versteigern und konnte seine Schulden nur zum Teil abdecken. Dann erkrankte er und starb 1794 in Wien an Sepsis. (…) Erst nach dem Zweiten Weltkrieg, als im demokratischen Italien nach dem Faschismus die Freimaurerei wieder zum Leben erwachte, konnte unter der Schirmherrschaft des Grande Oriente und mit tatkräftiger Unterstützung österreichischer Brüder im Jahre 1978 in Bozen eine deutschsprachige Loge errichtet werden. Der damalige Großmeister des Grande Oriente, Salvini, sowie der Großmeister der Großloge von Österreich, Giese, hatten den Wiederaufbau einer in deutscher Sprache arbeitenden Loge in Bozen gefördert; die Loge wurde nach dem Namen ihres ersten Gründers benannt. Am Schnittpunkt zwischen dem deutschen und italienischen Kulturraum sollte sie Verbindungen zwischen den Logen diesseits und jenseits des Brenners pflegen und weiterentwickeln,* ***eine Brücke sein****. Die Loge ist im Zuge ihres dreißigjährigen Bestehens gewachsen. An die 30 Brüder treffen sich nun regelmäßig. Die Loge ist aber auch der Ort geworden, wo besuchende Brüder aus den vielen Orten im Norden und im Süden der Alpen zur gemeinsamen Arbeit kommen, die Bruderkette bilden und gebaute Brücke sind.“*

03) Deportation von „Feinden der Arbeiterklasse“ begann vor 70 Jahren im kommunistischen Ungarn

20. 05. 2021

Deportierte Ungarn bei der Landarbeit im Sommer 1951 · *Foto: Magyar Nemzer*

Die kommunistische Elite beschlagnahmte und besetzte die Häuser von Ungarns Aristokraten, hochrangigen Offizieren, Intellektuellen und Industriellen

Vor siebzig Jahren, im Mai 1951, begannen die kommunistischen Polizei- und Geheimdienste mit der Deportation derjenigen, die als „Feinde der Arbeiterklasse“ galten. Fast 14.000 hochrangige Offiziere und Politiker des früheren Regimes sowie Aristokraten, Industrielle und ihre Familien wurden aus ihren Häusern in der Hauptstadt vertrieben und in ländliche Gebiete gebracht, wo sie bei der lokalen Bevölkerung untergebracht wurden.

Bis 1948 hatte das sowjetisch besetzte Ungarn den Übergang zu einem vollwertigen kommunistischen System abgeschlossen, wobei das Trio der Arbeiterpartei, Generalsekretär Mátyás Rákosi, Innenminister Ernő Gerő und Verteidigungsminister Mihály Farkas, als oberste Führer der Nation fungierten.

Im Frühjahr desselben Jahres verstaatlichte Ungarn per Regierungsdekret alle Betriebe mit mehr als 100 Beschäftigten. Während einige Aristokraten und ehemalige Politiker des vorherigen Regimes beschlossen, das Land zu verlassen, hofften viele immer noch, dass die kommunistische Herrschaft nur vorübergehend sein würde und versuchten, sie so gut es ging zu überleben.

Obwohl sie nur niedere Arbeiten finden konnten, besaßen sie immer noch ihre Häuser und ihren Privatbesitz und waren dem neuen Regime, besonders in Budapest, ein Dorn im Auge.

Um ihren Widerstand zu brechen und ihren Besitz zu beschlagnahmen, wurden verschiedene Arten der Deportation angewandt; es konnten einzelne oder ganze Familien sein, die in verschiedene Teile des Landes geschickt wurden. Bei der ersten Massendeportation im Sommer 1950 in Budapest waren bereits fast 10.000 Menschen als

Internierte in die Arbeitslager der Hortobágy-Ebene verschleppt worden. Ein Jahr nach den Deportationen nach Hortobágy, vom 21. Mai bis 18. Juli 1951, wurden offiziell 13.670 Menschen aus den Bezirken der Hauptstadt in die östlichen Komitate des Landes, in 137 Siedlungen und Gehöfte deportiert.

Die ungarische Diktatur wollte sich damals als Präventivschlag aller Gesellschaftsschichten entledigen, die eine potentielle Bedrohung für sie darstellten, da sie behaupteten, sie seien Feinde der Arbeiterklasse. Dazu gehörten diejenigen, deren Vorkriegsposition, militärischer oder anderer Rang, Reichtum, intellektuelles Kapital oder Herkunft als „Verbrechen“ angesehen wurde, ebenso wie diejenigen, die nicht mit dem Regime sympathisierten.

Der Kommunistenführer József Révai forderte 1946 in der Parteizeitung *Freie Nation*, dass man als Klassenfeind „frei und strafbar“ sei. Die Deportationen wurden auch als Teil der von Stalin verordneten schnellen Sowjetisierung gesehen.

Die Deportationen begannen am 21. Mai 1951 mit einem vom Innenministerium unterzeichneten Räumungsbefehl ohne Gerichtsverfahren. Diese wurden in der Regel in den Morgenstunden zugestellt, und die Familien hatten 24 Stunden Zeit, um die erlaubte Menge an Besitztümern zu sammeln und zu packen – in der Regel nicht mehr als zwei Koffer. Ihre Häuser wurden abgeriegelt, sie wurden in ländliche Siedlungen gebracht und mussten als Knechte arbeiten – wenn sie Glück hatten. Im Winter gab es keine Arbeit und einige wenige durften in die Städte fahren, um sich etwas zu essen zu besorgen.

Die Deportationen endeten mit dem Amnestiegesetz von 1953 (11. November), aber keiner der Deportierten durfte nach Budapest oder in andere Städte zurückkehren. Zu diesem Zeitpunkt waren ihre Häuser bereits beschlagnahmt und von der kommunistischen Elite besetzt worden.

Quelle: Magyar Nemzet / Remix News

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) Steigende Besucherzahlen in Ungarns Nationalparks

Nr. 100
BUDAPESTER ZEITUNG
7. JAHRGANG 27. MAI 2021 PREIS: 1.100 Ft

PANORAMA

Nationalparks

Steigende Besucherzahlen

In den vergangenen zehn Jahren erhöhten sich die Besucherzahlen in den Nationalparks um ein Fünftel auf 1,6 Mio. Personen im Jahr. Gleichzeitig wuchs ihr Budget auf das über Vierfache an. Die Nationalparks erhalten mittlerweile jährlich knapp 20 Mrd. Forint an staatlichen Förderungen. In der letzten EU-Haushaltsperiode wurden Projekte im Wert von 38 Mrd. Forint umgesetzt. Die bekanntesten Parks hierzulande sind Hortobágy, Bükk und Aggtelek. Der größte Besuchermagnet ist allerdings der Nationalpark Balaton-Oberland. Insgesamt verfügt Ungarn über 10 Nationalparks. Als erster wurde 1973 der in der Hortobágy, als letzter jener in der Őrség gegründet.

Die MTI-Grafik zeigt die Ausdehnung der Nationalparks (in Tsd. ha).

Seite 11 in der Budapester Zeitung v. 27.05.2021

05) Die Lage der ungarischen Minderheiten in den Nachbarländern

Von Martin Josef Böhm

29. 05. 2021

Mit der Szeklerfahne wird am Parlamentsgebäude in Budapest schon seit Jahren an die größte ungarische Gemeinschaft außerhalb der heutigen politischen Grenzen Ungarns erinnert · *Foto: Wikimedia Commons/ Andor Derzsi Elekes*

Vielfalt – mit zweierlei Maß

Nehmen wir das Wort „Vielfalt“ in den Mund und denken indes an Deutschland. Uns kommt das bunte Berlin in den Sinn, das internationale Hamburg, Menschen jeder Kultur, jeder Hautfarbe, ein wildes Sprachgemisch in den Straßenschluchten der Großstädte.

An zweiter Stelle mag uns das Geschenk unseres föderalen Hintergrundes dämmern: Hansestädte, Freistaaten – ein innerdeutsches Allerlei zwischen Weißwurst und Bismarckhering, zwischen nüchterner norddeutscher Backsteingotik und bayrischem Barockprunk.

Globalisierte und europäische Multikulturalität

Deutschland ist nicht allein durch seine Einwanderung multikulturell, vielmehr war es schon seit jeher ein polymorphes Gebilde seiner deutschen Kulturen. Aber wohl nur Wenigen fallen

die autochthonen Minderheiten der Bundesrepublik ein, so etwa die Sorben, die Südschleswiger Dänen, die deutschen Sinti und Roma oder auch die Friesen. Über diese seit Jahrhunderten hier lebenden Völker wird wenig gesprochen, auch weil sie zahlenmäßig deutlich kleiner sind, als die Minderheiten, die sich durch die Zuwanderung der letzten Jahre und Jahrzehnte in Deutschland ansiedelten. Allein die in Berlin lebenden Türken, mehr als 200.000, sind so zahlreich wie die vier genannten nationalen Minderheiten zusammen. Deutschland ist mittlerweile ein Land der modernen, globalisierten Multikulturalität.

Wenden wir unseren Blick dahingegen gen Osten, in die Nachfolgeländer des Habsburg-Vielvölkerstaates, ergibt sich ein anderes Bild – das eines herkömmlichen, europäischen Multikulturalismus. Die größte in Mitteleuropa lebende Minderheit – neben den Roma – bilden die seit rund tausendeinhundert Jahren dort siedelnden Ungarn.

Die Auslandsungarn

Infolge des Trianon-Vertrages vom 4. Juni 1920 war Ungarn gezwungen, nicht nur mehr als zwei Drittel seines Territoriums abzutreten, sondern verlor auch einen beträchtlichen Teil seiner magyarischen Bevölkerung. Fortan lebten mehr als drei Millionen Ungarn in Rumänien, in der Sowjetunion (heute in der Ukraine), in der Tschechoslowakei (später in der Slowakei) sowie im Königreich Jugoslawien (heute in erster Linie in Serbien, aber auch in Kroatien und Slowenien).

101 Jahre später ist die Zahl der in den jeweiligen Staaten lebenden Ungarn – trotz des allgemeinen Bevölkerungsanstieges im 20. Jahrhundert – um etwa eine Million auf zwischen zwei und zweieinhalb Millionen geschrumpft, die Tendenz ist weiterhin fallend. Mehr als die Hälfte der Auslandsungarn lebt in Rumänien, knapp eine halbe Million in der Slowakei, etwa 250.000 in der serbischen Wojwodina sowie um die 150.000 in der Karpatenukraine.

Reist man etwa in das ziemlich homogen ungarische Szeklerland in Siebenbürgen oder in das an Ungarn grenzende Gebiet in der Ukraine, empfangen einen zweisprachige Ortsschilder und römisch-katholische, protestantische oder unitarische Kirchentürme – weniger, wie vielleicht von vielen westeuropäischen Touristen erwartet, Zwiebeltürme orthodoxer Kathedralen.

Friedliches Nebeneinander in Gefahr

Durch die Ungarn lebt Mitteleuropa in den sonst ost- und südosteuropäisch geprägten Kulturen Serbiens, Rumäniens und der Ukraine weiter. Zugleich gefährden die wiederkehrenden antimagyarischen Äußerungen vonseiten hoher Amtsträger – wie etwa die Worte des rumänischen Präsidenten Klaus Johannis, der im Mai 2020 die Ungarn Rumäniens der Bestrebung nach Sezession bezichtigte – das friedliche Nebeneinander der Völker Mitteleuropas.

Zudem offenbart sich gerade in der Ukraine, wo der Bevölkerungsschwund der Ungarn drastischer als in den anderen genannten Staaten erfolgt ist, die Lage der Ungarn seit einigen Jahren als tatsächlich besorgniserregend. Die politische Atmosphäre des Landes schafft eine den Minderheiten gegenüber feindliche Stimmung: Im Januar dieses Jahres, kurz vor dem Besuch des ungarischen Außenministers Péter Szijjártó in Kiew, drohten ukrainische Rechtsextremisten den transkarpatischen Ungarn mit einem Blutbad.

Vor drei Jahren wurde sogar ein ungarisches Kulturhaus in Brand gesetzt. Antimagyarische Schmierereien, Pöbeleien und Drohbriefe kommen regelmäßig vor. Zudem lastet vonseiten der ukrainischen Politik mindestens seit dem Krieg im Osten des Landes ein erhöhter Druck auf allen Nicht-Ukrainern. In diesem Zeichen steht neben dem Bildungsgesetz, welches die Marginalisierung anderer Sprachen neben dem Ukrainischen im Bildungswesen vorsieht, auch eine jüngere konkret diskriminierende Maßnahme: Einer Verordnung aus dem März 2021 gemäß dürfen Personen mit doppelter Staatsbürgerschaft – was auf die Mehrheit der Ungarn der Karpatenukraine zutrifft – keine öffentlichen Ämter mehr bekleiden.

Bei aller Anerkennung der deutschen Presse für den Souveränitätskampf der Ukrainer und der damit verbundenen Hinwendung gen Westen verkennt man die nationalistischen, den europäischen Werten diametral entgegenstehenden Fahrwasser, in denen die ukrainische Minderheitenpolitik derzeit rudert. Auch in Rumänien ist das Verhältnis zur ungarischen Minderheit bisweilen angespannt, doch – da sind sich die Auslandsungarn meistens einig – gestaltet sich ihre Situation in der Ukraine am schwierigsten.

Partnerschaftliches Mitteleuropa

Währenddessen tut die ungarische Regierung ihr Bestes, um die Auslandsungarn durch finanzielle und ideelle Zuwendungen beim Erhalt ihrer Kultur zu unterstützen – und bis zum heutigen Tage ist mir kein Ungar fernab der Grenze begegnet, der diese Unterstützung nicht befürworten würde.

Eine Vielzahl verschiedener Hochschulen, Museen und Kultureinrichtungen wird mit Geldern aus Budapest betrieben. Baudenkmäler werden renoviert, die ohne diese Mittel dem Verfall preisgegeben wären. Mehr als 30 Jahre nach der Beseitigung des Kommunismus ist das institutionelle Leben der Ungarn jenseits der Schengen-Grenze wieder aufgeblüht, trotz der von Jahr zu Jahr abnehmenden Bevölkerung.

Im Sinne dieses Miteinanders der Ungarn stand 2020 – 100 Jahre nach Trianon – auch das von der Regierung so bezeichnete „Jahr des Zusammenhaltes“. In diesem sollte aber nicht bloß die Schicksalsgemeinschaft der Ungarn im In- und Ausland bekräftigt werden.

Nach Ansicht von Ministerpräsident Viktor Orbán fanden „100 Jahre Einsamkeit Ungarns“ ein Ende. Ungarn ist 30 Jahre nach der Wende einer der Motoren eines neuen, partnerschaftlichen Mitteleuropas. Vor diesem Hintergrund mag es jedem, der in Budapest zugegen ist, nahegelegt werden, einen wahrlich mitteleuropäischen Spaziergang um das Ungarische Nationalmuseum zu unternehmen.

Dutzende Tafeln stellen dort die nach dem Ersten Weltkrieg abgetrennten Gebiete mit ihren Denkmälern, ihren Trachten und der jeweiligen Mehrsprachigkeit vor – eine Ausstellung der nicht nur ungarischen Vielfalt jenseits der eigenen Landesgrenzen. Und ist „in Vielfalt geeint“ nicht auch das Motto der Europäischen Union?

Vielfalt wird im gegenwärtigen Diskurs der Identitätspolitik jedoch vor allem auf sexuelle Orientierung, die Religion oder die Hautfarbe bezogen, wohingegen die Kategorie Ethnie – insbesondere wenn es sich um europäische Ethnien handelt – mit Argwohn betrachtet wird. Die historisch gewachsene kulturelle Vielfalt Europas ist aber nicht in erster Linie Produkt individueller Bekenntnisse oder Zugehörigkeiten, sondern wurzelt gesamtheitlich in seinen Landstrichen und seinen Völkern, die Stile, Traditionen, Kulturregionen hervorbrachten.

Die Autonomie oder ein verstärkter Regionalismus für die ungarischen Gebiete nach dem Vorbild von Åland, Südtirol oder zumindest dem Baskenland wäre letztlich ein durchaus europäisches Anliegen. Multikulturalismus auf mitteleuropäisch also.

Der Autor ist Forschungsassistent am Deutsch-Ungarischen Institut für Europäische Zusammenarbeit am Mathias Corvinus Collegium in Budapest.

BUDAPESTER ZEITUNG Dieser Beitrag erschien zuerst bei der BUDAPESTER ZEITUNG, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

A. i) Plattform des Arbeitskreises für ostdeutsche Landsmannschaften u.ä. (Historisches Ostdeutschland und östliches Mitteleuropa)

01) Zentrale Festveranstaltung zum Tag der Heimat 2021

BdV Bund der Vertriebenen

Der Präsident

Bund der Vertriebenen, Godesberger Allee 72-74, 53175 Bonn

An die
Landsmannschaften
Landesverbände
außerordentlichen Mitgliedsverbände
landsmannschaftlichen Landesgruppen
BdV-Bezirks- und Kreisverbände
Heimatkreisgruppen
Präsidium
Bundesausschuss

Dr. Bernd Fabritius MdB

BdV-Bundesgeschäftsstelle
Godesberger Allee 72-74
53175 Bonn
Telefon +49 (0)228 81007 30
Telefax +49 (0)228 81007 52
E-Mail info@bdvbund.de
Internet www.bund-der-vertriebenen.de

Bonn, im Juni 2021

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Landsleute,

unsere zentrale Festveranstaltung zum **Tag der Heimat 2021** findet in diesem Jahr am

Samstag, den 28. August 2021,
12.00 bis 14.00 Uhr
in der Urania Berlin e.V.,
An der Urania 17, 10787 Berlin

statt.

Mit diesem Schreiben lade ich Sie herzlich nach Berlin ein. Wir hoffen, dass wir in diesem Jahr unsere traditionelle Auftaktveranstaltung trotz Pandemie wieder durchführen können. Wir wollen in Berlin ein kraftvolles Zeichen für unseren Verband und unser verständigungspolitisches Engagement setzen.

Die diesjährige Festansprache wird der Ministerpräsident des Freistaates Bayern, Dr. Markus Söder MdL, halten.

Unser Leitwort lautet:

„Vertreibungen und Deportation ächten – Völkerverständigung fördern".

Damit erneuern wir zum einen unsere aus eigener, bitterer Erfahrung resultierende Forderung, Menschen und ihre Heimat nicht zum Spielball machtpolitischer Konflikte werden zu lassen. Jeder Mensch verdient es, in seiner Heimat dauerhafte Lebensperspektiven vorzufinden. Zum anderen weisen wir auf den 80. Jahrestag des sogenannten „Stalin-Erlasses" hin, an den wir als einen Schwerpunkt ebenfalls am 28. August erinnern wollen. Das Schicksal unserer Russlanddeutschen ist untrennbar mit diesem Tag verknüpft.

Der Blick auf die aktuelle Flüchtlingslage weltweit zeigt, wie eng die Ächtung von Menschenrechtsverletzungen wie Vertreibung und Deportation auch mit unserem friedenssichernden Einsatz für Völkerverständigung verbunden ist. Überdies wird deutlich, dass dieses Engagement dauerhaft notwendig bleibt, denn selbst wenn dieses Ziel einst erreicht ist, wird die Arbeit fortgesetzt werden müssen, um das Erreichte zu sichern.

Der **Ablaufplan** für den 28. August 2021 sieht wie folgt aus:

12.00 - 14.00 Uhr	Festveranstaltung zum Tag der Heimat Urania Berlin e.V.
15.00 Uhr	Kranzniederlegung am Zentralen Mahnmal der deutschen Vertriebenen Theodor-Heuss-Platz, Berlin

Die Teilnahme an dem Festakt in der Urania Berlin ist pandemiebedingt nur mit Einlasskarten bzw. Zugangsberechtigung möglich. Ob die Veranstaltung in Präsenz durchgeführt werden kann und wie vielen Gästen der Zutritt möglich sein wird, kann aufgrund der Pandemie nur im Einklang mit den dann geltenden behördlichen Auflagen entschieden werden. Deshalb werden wir die Veranstaltung aufzeichnen und im Internet anbieten.

Bitte teilen Sie uns, spätestens bis zum **16. August 2021** auf beigefügtem Antwortformular mit, ob und wie Sie an der Veranstaltung teilnehmen möchten.

Ich freue mich darauf, Sie zu unserem Tag der Heimat 2021 – sei es in Präsenz oder virtuell – begrüßen zu können.

Mit besten Grüßen

Dr. Bernd Fabritius MdB

Anlagen Anmeldeformular

Diese Seiten sind im Aufbau! Wir sind auf Ihre Mitarbeit angewiesen. Wir können uns vorstellen, dass auch weitere landsmannschaftliche Gliederungen eine Plattform in unserem AWR erhalten. Der Vorteil: Unser AWR ist durch seine Erscheinungsweise hochaktuell!

Landsmannschaft Schlesien

Nieder- und Oberschlesien Landesgruppe Berlin/Mark Brandenburg e. V.

Herausgeber: Landsmannschaft Schlesien - Nieder- und Oberschlesien, Landesgruppe Berlin/Mark Brandenburg e.V., Brandenburgische Str. 24, 12167 Berlin-Steglitz – Bürozeit: Donnerstag 14.00 – 17.00 Uhr und nach Vereinbarung

02) Landsmannschaft Schlesien – Nieder- und Oberschlesien e.V. Berlin-Brandenburg vervollständigt Vorstand durch Briefwahl

Die Landsmannschaft hat mit einer schriftlichen Wahl ihren Vorstand wieder vervollständigen können. Die Briefwahl war vom Amtsgericht angeordnet worden, nachdem die bisherige stv. Vorsitzende Frau M. Peters zurückgetreten war und Ihren Rücktritt dem Amtsgericht mitgeteilt hatte.

Der Vorstand setzt sich nunmehr wie folgt zusammen:

Bernd Schmieder, Vorsitzender,
Thomas Ruschin, 1. Stv. Vorsitzender,
David Peixoto, 2. Stv. Vorsitzender
Marcus Lausch, Schatzmeister

Der Gesamtvorstand wird von uns in einer der nächsten Ausgaben des AWR vorgestellt werden.
Die Landsmannschaft Schlesien – Nieder- und Oberschlesien e. V. Berlin-Brandenburg arbeitet in Bürogemeinschaft mit uns.

A. j) Plattform des Arbeitskreises für landsmannschaftliche ostdeutsche Heimatkreise (Historisches Ostdeutschland und östliches Mitteleuropa)

Heimatkreis Wirsitz

Kom. Heimatkreisvertreter: Frank-Rainer Seelert
Lange Straße 6 27211 Bassum
Tel.: 04241-970350 Mobil-Telefon: 0178-6393122 E-Mail: frank.seelert@t-online.de

01) *Einladung zur 30. Weißenhöher Himmelfahrt, 24. bis 31. Juli 2021*

Seniorenpension Haus Anna-Charlotte
ul. Strzelecka 21 89-340 *Białośliwie Polen*

Frank-Rainer Seelert
Mehrgenerationeninitiative Natissis
Lange Str. 6
27211 Bassum
Tel.: 04241-970350
E-Mail.: frank.seelert@t-online.de

Datum: 03. Juni 2021

Liebe Heimatfreunde,

leider mussten wir auch in diesem Jahr den Termin der 30. Weißenhöher Himmelfahrt wegen der Covid-19 Pandemie verschieben und freuen uns nunmehr herzlich zur 30. Weißenhöher Himmelfahrt einzuladen.

Vorgesehenes Programm:

- Änderungen vorbehalten –

Sonnabend 24.07.2021	**Anreise**
19:00 – 20:00 Uhr	Abendbrot
ab 20:00 Uhr	Begrüßung und Vorstellung der Teilnehmer
	Der Heimatkreis Wirsitz und seine Nachbarkreise – Perspektiven für die Zukunft

Sonntag 25.07.2021	**Weißenhöhe und Wirsitz**
08:30 - 09:15 Uhr	Frühstück
09:30 – 12:00 Uhr	Rundgang durch Weißenhöhe (u.U. Besuch der Werkstatt der Wirsitzer Kleinbahn mit Bahnfahrt)
12:00 – 14:00 Uhr	Mittagspause
14:00 - 17:00 Uhr	Freilichtmuseum in Netztal
18:30 – 20:00 Uhr	Abendbrot
Montag 26.07.2021	**Weißenhöhe**
08.30 – 09:15 Uhr	Frühstück
09:30 – 11.00 Uhr	Vortrag Reinhard M. W. Hanke: Hermann Löns – geboren in Culm, Kindheits- und Jugendzeit in Deutsch Krone
12:00 – 14:00 Uhr	Mittagspause
15:00 – 17:00 Uhr	Waldspaziergang in Weißenhöhe
18:30 – 19:30 Uhr	Abendbrot
Ab 20:00 Uhr	Vortrag Frank-Rainer Seelert: Kurt Schumacher, geb.1895 in Culm
Dienstag 27.07.2021	**Graudenz und Kulm**
08:00 - 09:00 Uhr	Frühstück
09:15 –18:00 Uhr	Tagesfahrt nach Kulm (Führung: R. Hanke) und Graudenz (
19:00 – 20:00 Uhr	Abendbrot
Ab 20:30 Uhr	Gespräche unter den Teilnehmern
Mittwoch, 28.07.2021	**Die Kulturlandschaft des Netzetales / Museum Schneidemühl**
08:00 – 09:00 Uhr	Frühstück
09:15 – 13:00 Uhr	Entdeckungen in den Altkreisen Wirsitz und Zempelburg
13:00 - 14:00 Uhr	Mittagspause
14:30 – 17:30 Uhr	Botanische Entdeckungen im Netze-Tal Diplom-Biologin Marlies Rother (angefragt) mit Mittags-Picknick
18.00 - 19:00 Uhr	Abendbrot
19.15 Uhr	PKW-Abfahrt nach Schneidemühl
20.00 Uhr	Abendvortrag im Kreismuseum Schneidemühl mit Dr. Jaroslaw Rola/Schneidemühl: "Neue archäologische Entdeckungen im Großraum Schneidemühl"

Donnerstag 29.07.2021	**Thorn mit Stadtführung**
08:00 – 09:00 Uhr	Frühstück
09:15 – 18:00 Uhr	Besuch der Stadt Thorn: Stadtführung (Ltg.: R. Hanke)
Freitag 30.07.2021	**Schneidemühl**
08.00 – 09.00 Uhr	Frühstück
09.30	Abfahrt nach Schneidemühl
10:00 – 13:00 Uhr	Treffen mit Angehörigen der Gruppe der Deutschen Minderheit
	(verbunden mit Stadtführung)
13:00 : 14:30 Uhr	Mittagspause in Weißenhöhe
14:30 – 18:00 Uhr	Nachmittag im Haus Anna-Charlotte
Ab 19:00 Uhr	Grillabend mit Gesang
Sb, 31.07.2021	**Heimreise**
Ab 09:00 Uhr	Rückfahrt bis Königs Wusterhausen (Essen) usw.

Teilnehmerbeitrag: € 259,00 bei eigener Anreise inkl. Übernachtung/Frühstück (im Seniorenhaus Anna-Charlotte oder in einer Pension in Weißenhöhe) im Doppelzimmer, Einzelzimmerzuschlag € 85,00. Hin- und Rückfahrt ab Königswusterhausen: ca. € 135,00. **Andere Abfahrtsorte auf Anfrage.** Die Ausflüge sind im Reisepreis enthalten, ausgenommen sind Eintrittsgelder und die Fahrt mit der Wirsitzer Kreisbahn. Die Mahlzeiten im Seniorenhaus Anna-Charlotte kosten 45 Zloty (z.Zt. ca € 10,00), in Restaurants ca. 60 bis 70 Zloty (z.Zt. € 13,00 bis € 15,00).

Reisebedingungen: Bitte beachten Sie: Sie müssen einen gültigen Personalausweis oder Reisepass mit sich mitführen. Ein Covid-19-Test ist zur Zeit nicht erforderlich. Falls Sie bereits 2 Covid-19 Impfungen erhalten haben, nehmen Sie bitte Ihren Impfpass mit. Ich empfehle den Abschluss einer Auslandsreiseversicherung. Die Teilnahme erfolgt auf eigenes Risiko. Von den Veranstaltern wird keine Haftung für Schäden jeglicher Art übernommen, soweit sie auf Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit beruhen. Dies gilt auch für die Sponsoren, die betroffenen Gemeinden und die Besitzer privater Gebäude, Wege bzw. deren Vertreter. Dies gilt auch für abhanden gekommene Wertsachen, Bekleidungsstücke und andere Gegenstände. Das Betreten von Parks und Wäldern sowie des Netze-Tals erfolgt grundsätzlich auf eigene Gefahr. Wir weisen ausdrücklich auf die Gefahren abseits der Wege hin, z.B. abgestorbene oder kranke Bäume und Äste, Wurzeln, Steine, Gewässer, Insekten, giftige Pflanzen. Eine Verkehrssicherungspflicht der Veranstalter abseits von Wegen besteht nicht. Jeder Teilnehmer wird darauf hingewiesen, dass er für sich selbst verantwortlich ist. Die Veranstalter übernehmen keinerlei Haftung. Die Veranstalter können bei Vorliegen wichtiger Gründe dem Teilnehmer einen Platzverweis erteilen.

Anmeldungen bitte an Frank-Rainer Seelert, Lange Str. 6, 27211 Bassum, Tel.: 04241-970350 oder 0178-6393122.

Mit freundlichen Grüßen

Frank-Rainer Seelert

ANMELDUNG

Herrn

Frank-Rainer Seelert

Lange Str. 6

27211 Bassum

Hiermit melde ich mich (uns) zur 30. Weißenhöher Himmelfahrt vom 25.07. bis 31.07.2020 an.

_____

Name, Vorname(n), Geburtstag

_____

Anschrift und Rufnummer

Zusammen mit mir melde ich folgende Teilnehmer verbindlich an:

1. _____

Name, Vorname(n), Geburtsdatum

2. _____

Name, Vorname(n), Geburtsdatum

3. _____

Name, Vorname(n), Geburtsdatum

Ich reserviere ____ Doppelzimmer ____ Einzelzimmer (bitte Anzahl eintragen)

Ich habe folgende Wünsche/Anregungen:

_____

_____

Bitte Ihre Wünsche eintragen

O Eigene Anreise oder

O Gewünschter Abfahrtsort: _____

Meine Anmeldung ist verbindlich. Die im Anschreiben (der Einladung) genannten Reisebedingungen erkenne ich an. Eine kostenlose Stornierung ist bis zum 10. Juli 2021 möglich, danach fallen Stornierungskosten in Höhe von € 50,00 an.

_____ _____

Ort/Datum Unterschrift

02) Kleine Weichsel-Zeitung Nr. 3 des Heimatkreises Marienwerder ist da

Kleine
Weichsel-Zeitung

Mitteilungsblatt
des Heimatkreises Marienwerder / Wpr. e.V.
Patenstadt: Celle

53. Jahrgang | Celle, den 1. Juni 2021 | Nummer 3

Am Bahnhofsvorplatz in Marienwerder ist kürzlich das Gebäude des früheren Hotels "Deutscher Hof", wie oben zu sehen, sehr sorgfältig restauriert worden. Es sind jetzt vorwiegend Eigentumswohnungen dort. - Siehe auch Seite 3. *Scha.*

IMPRESSUM:
HERAUSGEBER: HEIMATKREIS MARIENWERDER / WESTPREUSSEN e.V.,
Heimatkreisvertreter: Franz Liß, Erikaweg 21, 29229 Celle
Schriftleitung: Hanno Schacht, Waldowallee 96, 10318 Berlin;
Tel.: (030) 503 1291; E-Mail: hanno.schacht@freenet.de;
Verwaltung - Schatzmeister: Klaus Balten, Birkenweg 1, 33803 Steinhagen, Tel.: (05204) 3574
Zahlungen an Heimatkreis Marienwerder /Wpr. e.V.
Konto: IBAN: DE 76 2501 0030 0267 7323 09,
Postbank Hannover, **BIC:** PBNKDEFF.
Geburtstagsliste: Inge Krüger-Schier, Am Hang 3, 24238 Selent,
Tel.: (04384) 599669.
Die Kleine Weichselzeitung Beitrag für 5 Hefte im Jahr: Inland: 15 Euro, Ausland: 18 Euro.
Druckerei: Thiel-Gruppe; Graf v. Zeppelinstr. 10a, 14974 Ludwigsfelde
Layout: Frau Voigtländer; Oranienburg
Redaktionsschluss am 5. Tag des Monats vor Erscheinen der KWZ.
Anschriften und Abmeldungen: Evelyn Kasper; Am Mühlenberg 5;
39326 Samswegen; Tel.: 039202 66747
Abo- Anmeldungen an: Hanno Schacht; Schriftleitung KWZ ; Waldowallee 96 ; 10318 Berlin; Tel. 030 503 1291 oder andere Mitglieder unseres Vorstandes.

Herzlich Willkommen beim Heimatkreis Schneidemühl e.V.

http://www.schneidemuehl.net/vorstand.html

03) Heimatkreis Schneidemühl: Patenschaftstreffen in Cuxhaven abgesagt

Liebe Schneidemühlerinnen, liebe Schneidemühler,
liebe Bezieher des Schneidemühler Heimatbriefes,

hier nun die amtliche Mitteilung, auch auf Anraten unserer Patenstadt Cuxhaven, dass unser diesjähriges Patenschaftstreffen Ende August 2021, einschließlich der Mitgliederversammlung, wegen der Corona-Pandemie, nicht stattfinden kann.

So müssen wir uns damit abfinden und hoffen, dass wir im nächsten Jahr, Ende August 2022, auch noch fit genug sind, und eine Fahrt nach unserer Patenstadt Cuxhaven machen können.

Nun wünsche ich den Schneidemühler Landsleuten und auch unserer Patenstadt Cuxhaven alles Gute, bleiben sie munter und vor allem bleiben sie gesund.
Es grüßt im Namen des Vorstandes herzlich und in heimatlicher Verbundenheit Horst Vahldick.

Diese Seiten sind im Aufbau! Wir sind auf Ihre Mitarbeit angewiesen. Wir können uns vorstellen, dass auch weitere landsmannschaftliche Gliederungen eine Plattform in unserem AWR erhalten. Der Vorteil: Unser AWR ist durch seine Erscheinungsweise hochaktuell!

B. a) Vortragsveranstaltungen

01) Neue Podcast-Episode online: "Melde gehorsamst, ich bin so bloed." – 100 Jahre Schwejk. Eine tschechisch-deutsche Beziehungsgeschichte

Abbildung: Einige der Zutaten, aus denen der Podcast entstand. *Foto: Vera Schneider*

Im Frühjahr 1921 erschien der erste Teil des auf sechs Bände ausgelegten Romans *Osudy Dobrého Vojáka Švejka za Svetové Války,* den sein Autor Jaroslav Hašek nicht vollenden konnte und der dennoch zur Weltliteratur zählt. Unser Jubiläums-Podcast beleuchtet anhand der »Biografie« der Schwejk-Figur einen originellen Ausschnitt der tschechisch-deutschen Beziehungsgeschichte.

Denn dank der Vermittlung Max Brods war der von Grete Reiner übersetzte Roman (*Die Abenteuer des braven Soldaten Schwejk,* 1926) im deutschsprachigen Raum zunächst erfolgreicher als in seiner böhmischen Heimat. Dramatisierungen erfolgten unter anderem durch Max Brod und Hans Reimann (1928) sowie – unter der Mitwirkung von Bertolt Brecht – an der Berliner Piscator-Bühne (1928). 1943 entstand Brechts *Schweyk im Zweiten Weltkrieg* mit Musik von Hanns Eisler.

In zahlreichen Adaptionen für die Bühne beweist Hašeks Vorlage bis heute ihre Aktualität als zeitloses Antikriegsbuch. Auch im deutschen und österreichischen Film hat Schwejk viele Gesichter. Und die Neuübersetzung *Die Abenteuer des guten Soldaten Švejk im Weltkrieg* von Antonín Brousek nimmt seit 2014 auch diejenigen für den Roman ein, die mit Grete Reiners K.u.k.-Flair und ihrem »böhmakelnden« Schwejk nichts anzufangen wussten.

Die Moderatorinnen Vera Schneider und Ariane Afsari verbindet jeweils auch eine persönliche »Beziehungsgeschichte« mit Schwejk. Sie stellen die vom Schauspieler und Synchronsprecher Wolfgang Wagner für diesen Podcast eingesprochenen Zitate und zahlreiche O-Töne in ihren kulturgeschichtlichen Kontext.

Es erklingen neben Auszügen aus beiden Übersetzungen auch Texte von Max Brod, Egon Erwin Kisch, Kurt Tucholsky und F. C. Weiskopf sowie die Stimmen von Fritz Muliar, Walter Plathe und Gisela May. Weitere Informationen finden Sie auf unserer Website.

<*https://www.kulturforum.info/*>

Eine Produktion des Deutschen Kulturforums östliches Europa im Rahmen des Jahresthemas 2021 Literarische Landschaften im östlichen Europa.

< *https://www.kulturforum.info/de/termine-main-menu/jahresthema*>

Der Podcast ist ab sofort auf unserem Spotify-Kanal Von Asch bis Zips abrufbar. Die Nutzung des Streamingdienstes Spotify ist in der Basis-Version kostenfrei, eine Registrierung ist erforderlich. Alternativ steht der Podcast auch auf unserer Website zur Verfügung.

Pressekontakt
Dr. Vera Schneider
Deutsches Kulturforum östliches Europa
Berliner Straße 135 Haus K1
14467 Potsdam
Tel. +49 (0)331 20098-23
schneider@kulturforum.info

02) Deutsche Herrschaft der besetzten Sowjetunion. Von Hunger, Zwangsarbeit und Alltagsgewalt in den Jahren des Zweiten Weltkriegs

Veranstalter
Begegnungsstätte Alte Synagoge Wuppertal und Gedenkstätte Steinwache Dortmund

Wuppertal

Mittwoch, 30. Juni 2021
Von
Ulrike Schrader, Alte Synagoge Wuppertal

Online-Vortrag von Prof. Dr. Tatjana Tönsmeyer, Bergische Universität Wuppertal, 30. Juni 2021, 18.00 Uhr

Der Vortrag widmet sich der Frage, welche Konsequenzen die deutsche Herrschaft für die einheimische, jüdische wie nichtjüdische Bevölkerung der Sowjetunion hatte. In besonderer Weise werden dabei Aspekte beleuchtet, die bisher weniger im Zentrum der Aufmerksamkeit gestanden haben, vor allem: Was bedeutete Besatzung für das Alltagsleben? An ausgewählten Beispielen aus dem Kontext der Versorgung, der Arbeit, aber auch der alltäglichen Gewalt wird der Vortrag zeigen, dass „Vorkriegsnormalitäten“ sich

tiefgreifend veränderte. – In ihren Ausführungen wird die Referentin auch auf die Befunde des von ihr geleiteten Forschungs- und Editionsprojekt „Societies under German Occupation. Experiences and Everyday Life in World War II“ eingehen.

Tatjana Tönsmeyer ist seit 2011 Professorin für Neuere und Neueste Geschichte an der Bergischen Universität Wuppertal. Lehr- und Forschungsschwerpunkte sind u. a. die Geschichte des Nationalsozialismus, des Zweiten Weltkriegs und der europäischen Besatzungsgesellschaften. Sie ist Leiterin des internationalen Netzwerks „Besatzungsgesellschaften“ und eine der Herausgeber*innen der Quellenedition „Coping with Hunger, Dealing with Shortage. Everyday Life under German Occupation in World War II”, die im Herbst 2021 erscheinen wird. Sie ist Mitglied in verschiedenen Beiräten, darunter der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, des Deutschen Historischen Instituts Warschau sowie der Wissenschaftlichen Arbeitsgruppe zur Errichtung einer Dokumentations-, Bildungs- und Erinnerungsstätte zur deutschen Besatzungspolitik während des Zweiten Weltkriegs.

Die Einwahldaten bitte unter info@alte-synagoge-wuppertal.de anfordern; sie werden Ihnen am Nachmittag des jeweiligen Vortragstags zugeschickt.

Der Vortrag ist Teil der digitalen Veranstaltungsreihe „Vernichtungskrieg. Vor 80 Jahren: Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941“ der Begegnungsstätte Alte Synagoge und der Gedenkstätte Steinwache Dortmund vom 2. Juni bis 7. Juli 2021.

Kontakt

info@alte-synagoge-wuppertal.de

https://www.alte-synagoge-wuppertal.de/

Zitation
Deutsche Herrschaft der besetzten Sowjetunion. Von Hunger, Zwangsarbeit und Alltagsgewalt in den Jahren des Zweiten Weltkriegs. In: H-Soz-Kult, 18.05.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-97688>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

03) Frauen als Vorkämpferinnen sozialer Gerechtigkeit?

- **Völlig vergessen – die oberschlesische Kämpferin Agnes Wabnitz**
  Roswitha Schieb, Borgsdorf b. Berlin
- **Stets gegenwärtig – die jüdische Intellektuelle Rosa Luxemburg**
  Holger Politt, Rosa-Luxemburg-Stiftung

Donnerstag, 23. September 2021, 18:00 Uhr

Zernack-Colloquium online

Abbildung: Wissenschaftliche Ferienkurse 1904 (Dim Franka/Franko-Museum, L'viv, 232 mem.)

Webinar:

Drinnen oder draußen?
Historische Debatten um politische und zivilgesellschaftliche Teilhabe in Mittel- und Osteuropa

Partizipations- und Exklusionspotentiale imperialer Ordnungen: Bildungswege im 19. Jahrhundert

Hier gelangen Sie direkt zum Zoom-Webinar.

https://zoom.us/webinar/register/WN_ptE2X-PDR-K1x9mKygVrzA

Im Mittelpunkt der Präsentationen stehen bewusst Akteure und Akteurinnen, die nichtdominanten ethnischen Gruppen des geteilten Polen angehörten. Auf diese Weise gehen Yvonne Kleinmann und Martin Rohde der Frage nach, welche sprachlichen und soziopolitischen Orientierungsoptionen sich Angehörigen der nichtpolnischen Bevölkerung in imperialen Zusammenhängen eröffneten. Anhand jüdischer und ukrainischer Schul- und Bildungswege untersuchen sie, welche Möglichkeiten der Partizipation es innerhalb der jeweiligen imperialen Bildungsinstitutionen in deutscher bzw. russischer Sprache gab, auf welches Echo diese bei Juden und Jüdinnen bzw. Ukrainern und Ukrainerinnen stießen und welche sprachlichen und institutionellen Alternativen sich im Laufe des 19. und frühen 20. Jahrhunderts boten. In vergleichender Perspektive stellen sie die übergeordnete Frage, welche Bedeutung die jeweiligen Lernformen, Sprachen und Institutionen für die Selbstwahrnehmung für die beteiligten Personen und Gruppen hatten.

Mit:

Prof. Dr. Yvonne Kleinmann, Aleksander-Brückner-Zentrum für Polenstudien in Halle

Dr. Martin Rohde, Institut für Geschichte, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Moderation:

Dr. Iwona Dadej, Agnieszka Zawadzka, Zentrum für Historische Forschung Berlin

Die Vortragsreihe wird aufgrund der pandemischen Lage zumindest vorläufig online stattfinden; Nachfragen bitte hier: info@cbh.pan.pl

Eine Kooperation zwischen dem Zentrum für Historische Forschung Berlin der Polnischen Akademie der Wissenschaften (ZFH), dem Aleksander-Brückner-Zentrum für Polenstudien in Halle und dem Deutschen Kulturforum östliches Europa in Potsdam.

Kontakt

Dr. Iwona Dadej
E-Mail: Iwona.Dadej@cbh.pan.pl
Ariane Afsari
E-Mail: afsari@kulturforum.info

Deutsches Kulturforum östliches Europa
Berliner Straße 135 | Haus K1
14467 Potsdam
Tel. +49 (0)331 20098-0
Fax +49 (0)331 20098-50
deutsches@kulturforum.info
www.kulturforum.info

Zernack-Colloquium 2021: Drinnen oder draußen?

Die sechsteilige Vortragsreihe zum Thema »Historische Debatten um politische und gesellschaftliche Teilhabe in Mittel- und Osteuropa« wird zumindest vorläufig online stattfinden

Titelblatt des »Humoristischen Volksblatts« Kikeriki! vom 30. Januar 1879 (Ausschnitt, Bildbeschreibung: s.u.). Abbildung: © Österreichische Nationalbibliothek, ANNO

14. Januar 2021

Das Zentrum für Historische Forschung Berlin der Polnischen Akademie der Wissenschaften – ZFH lädt in Kooperation mit dem Aleksander-Brückner-Zentrum für Polenstudien in Halle und dem Deutschen Kulturforum für östliches Europa in Potsdam zum Klaus-Zernack-Colloquium 2021 ein.

Im Mittelpunkt des Interesses des neuen Colloquiums stehen historische Auseinandersetzungen um Teilhabe am politischen und sozialen Leben in Mittel- und Osteuropa. Die sich im Laufe der Zeit verändernden rechtlichen und kulturellen Kontexte von Ausgrenzungsmechanismen, Inklusionspolitiken und Kämpfen um Anerkennung wollen wir anhand von religiöser und ethnischer Zugehörigkeit, politischem und materiellem Status sowie Geschlecht diskutieren.

Welche rechtlichen Rahmenbedingungen lagen politischer und sozialer Exklusion bzw. Inklusion zugrunde? Welche Gruppen oder Personen wurden aufgrund bestimmter Eigenschaften oder Wahrnehmungen nicht berücksichtigt oder explizit von der Teilhabe ausgeschlossen? Unter welchen Bedingungen und mit welchen Mitteln ließen sich solche exkludierenden Systeme aufbrechen? Welche Arten von Partizipation waren in imperialen Herrschaftsordnungen möglich, und welche wurden erst in demokratischen Ordnungen entwickelt? Welche neuen Formen von Inklusion und Exklusion sind seitdem entstanden?

Unsere Gäste beleuchten die sich verändernden rechtlichen Grundlagen für Inklusion und Exklusion sowie Diskurse um die Zugehörigkeit zu bestimmten gesellschaftlichen Gruppen oder auch Selbstausgrenzung von denselben. Ebenso betrachten sie die – unter Umständen abweichende – gesellschaftliche Praxis und Bewegungen der Selbstermächtigung.

Die diesjährige sechsteilige Vortragsreihe wird aufgrund der pandemischen Lage zumindest vorläufig online stattfinden. Links zu den Veranstaltungen werden jeweils zeitnah bekannt gegeben.

Anmeldung

Anmeldungen nehmen wir auch unter E-Mail: info@cbh.pan.pl gerne entgegen.

Termine

(Änderungen vorbehalten)

Donnerstag, 18. Februar 2021, 18:00 Uhr
Exklusion und Inklusion im Europa des 19. und 20. Jahrhunderts aus rechtshistorischer Perspektive

- ***Staatsangehörigkeit in Deutschland: Einbürgern und Ausschließen***
  Dieter Gosewinkel, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung
- ***Frauen ohne Vaterland. Die Staatsangehörigkeit verheirateter Frauen***
  Marion Röwekamp, Wilhelm und Alexander von Humboldt-Lehrstuhl, Mexico City
- *Moderation: Iwona Dadej*

Donnerstag, 15. April 2021, 18:00 Uhr
Die Bedeutung religiöser und ethnischer Zugehörigkeiten in der frühen Neuzeit

- ***Türken, Mohren und Tataren – Bilder des Anderen. Muslimische Lebenswelten in Brandenburg-Preußen im 18. Jahrhundert***
  Stephan Theilig, Humboldt-Universität zu Berlin
- ***Ethnische Gruppenbildung in der Vormoderne***
  Jürgen Heyde, Leibniz-Institut für Geschichte und Kultur des östlichen Europa – GWZO Leipzig

Donnerstag, 20. Mai 2021, 18:00 Uhr
Das Partizipationspotential imperialer Ordnungen

- **Russländisches Reich**
  Yvonne Kleinmann, Aleksander-Brückner-Zentrum für Polenstudien, Halle
- **Habsburgerreich**
  Martin Rohde, Aleksander-Brückner-Zentrum für Polenstudien, Halle

Donnerstag, 23. September 2021, 18:00 Uhr
Frauen als Vorkämpferinnen sozialer Gerechtigkeit?

- **Völlig vergessen – die oberschlesische Kämpferin Agnes Wabnitz**
  Roswitha Schieb, Borgsdorf b. Berlin
- **Stets gegenwärtig – die jüdische Intellektuelle Rosa Luxemburg**
  Holger Politt, Rosa-Luxemburg-Stiftung

Donnerstag, 28. Oktober 2021, 18:00 Uhr
Vom Numerus Clausus zur Demokratisierung der Akademie?

- **Wissenschaft und Universitäten als Labore der Exklusion und Integration?**
  Annette Vogt, Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte und Humboldt-Universität zu Berlin
- **Der polnische akademische Kontext am Beispiel des Lemberger Universitätsmilieus**
  Iwona Dadej, Zentrum für Historische Forschung Berlin der Polnischen Akademie der Wissenschaften

Donnerstag, 2. Dezember 2021, 18:00 Uhr
Zonen der Begrenzung – Aspekte von Grenzen in der Moderne

- **Epidemien und Quarantänen im 20. Jahrhundert als Mittel der ökonomischen Begrenzung am Beispiel Österreich-Ungarns und der Türkei**
  Christian Promitzer, Universität Graz
- **Grenzen und Gedächtnisdiskurs am Beispiel zweier Denkmäler in Graz und Ljubljana**
  Monika Stromberger, Universität Graz

Pressekontakt
Dr. Iwona Dadej: Iwona.Dadej[at]cbh.pan.pl
Ariane Afsari: afsari[at]kulturforum.info

Kikeriki!

Nr. 9. (XIX. Jahrgang.) Humoristisches Volksblatt. 30. Jänner 1879.

Theater und Parlament.

Uebertriebene Pest-Besorgnisse.

Titelblatt der »Kikeriki!« vom 30. Januar 1879 (s.u.)

Foto: Anfang des Jahres 1879 wurde bekannt, dass im russischen Astrachan in einigen Dörfern die Pest ausgebrochen war. Aus Angst, die Seuche könne sich bis nach Österreich ausbreiten, wurden die Grenzen zu Russland und zum Balkan abgeriegelt. Die in Wien erscheinende Satirezeitschrift »Kikeriki!« thematisierte die damalige große Pestangst. Abbildung: © Österreichische Nationalbibliothek, ANNO, Kikeriki vom 30. Januar 1879.

Text:
Kikeriki: Sie, bester Sicherheitswachmann, um Gotteswillen, lassen Sie diese zwei Leut' dort nicht bei der Linie herein.
Sicherheitswachmann: Ja warum denn nicht?
Kikeriki: Weil ich gelesen hab, daß die Pest am leichtesten durch alte Lumpen in die Stadt gebracht wird.

Das Klaus-Zernack-Colloquium ist eine seit über 10 Jahren am ZFH in Berlin Pankow etablierte Vortrags- und Diskussionsreihe, die sich mit Problemen und Themen der (nicht nur) historischen Forschung von Beziehungs- und Verflechtungsgeschichte im deutsch-polnischen, aber auch mittel- und osteuropäischen Kontext befasst.

Das Kulturforum wird gefördert von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien

04) Online-Diskussion über Erinnerungspraktiken in Deutschland und Polen

Dienstag, am 08. Juni 2021, 18:00 Uhr

Einladung zur Online-Diskussion:
Aktuelle Herausforderungen in der deutschen und polnischen Gedenkkultur

Dienstag, 08.06.2021, 18:00 Uhr

Veranstalter: Deutsches Polen-Institut, Pilecki-Institut
Die Veranstaltung wird auf Deutsch und Polnisch via Zoom mit Simultandolmetschung stattfinden.
Mehr Informationen finden Sie im Anhang.

Wir bitten um Anmeldungen hier:
https://zoom.us/webinar/register/WN_zXx82bSJQv2KTL5Pk8FUPA

Erinnerungsorte, Denkmäler und Museen sind ein natürlicher Bestandteil unserer Umgebung und ein wichtiges Instrument zur Gestaltung der kollektiven Erinnerung. Sie thematisieren sowohl das, was die jeweilige Gemeinschaft feierlich begehen möchte, als auch schwierige und schmerzhafte Ereignisse. In der zweiten Hälfte des 20. Jh. und dem Beginn des 21. Jh. konnte man sich verändernde Gedenksansätze, neue Strategien des repräsentativen Gedenkens und zugehörige Debatten beobachten. Inwiefern sind jedoch Erinnerungskulturen und Gedenkpraktiken national geprägt und ist ein gemeinsames deutsch-polnisches Erinnern möglich?

Die Veranstaltung bietet die Gelegenheit, über aktuelle Erinnerungskulturen in Polen und Deutschland sowie auch weitgefasster – in Europa – sowie ihre materiellen Ausdrucksformen nachzudenken. An der Diskussion nehmen teil: Dr. Tanja Schult (Universität Stockholm), Robert Kostro (Museum der Polnischen Geschichte), Prof. Dr. Peter Oliver Loew (Deutsches Polen-Institut), Dr. Jarosław Trybuś (Museum Warschau). Das Gespräch führt Dr. Aleksandra Janus.

Mit besten Grüßen

Andrzej Kaluza

--
Dr. Andrzej Kaluza
Deutsches Polen-Institut
Residenzschloss / Marktplatz 15
64283 Darmstadt
0049 (0) 6151-420220
kaluza@dpi-da.de
Sie können jederzeit aus dem Einladungsverteiler entfernt werden:
Bitte schreiben Sie an dpi@dpi-da.de

Literaturhaus Berlin
Fasanenstraße 23
10719 Berlin
+49 (0)30 887 286 0
info@literaturhaus-berlin.de

05) »Vicky Baum, Gabriele Tergit, Irmgard Keun«

Literarische Führung

Sonntag, 27. Juni 2021, 11:00 Uhr
7 € / erm. 4 €
Tickets

https://literatur-berlin.tickettoaster.de/produkte/1436-tickets-vicky-baum-gabriele-tergit-irmgard-keun-literaturhaus-berlin-berlin-am-27-06-2021

Mit Sebastian Januszewski

Vicky Baum, Gabriele Tergit und Irmgard Keun sind drei herausragende Autorinnen der Weimarer Republik, deren Leben und Werk eng mit Berlin verknüpft sind. Der literarische Spaziergang stellt die wichtigsten Werke und markante Lebensabschnitte der Schriftstellerinnen vor. Beim Geburtshaus Irmgard Keuns startend, endet die Führung am letzten Berliner Wohnort Gabriele Tergits.

Dauer ca. 1,5 h; Treffpunkt: vor dem Haupteingang des Literaturhaus Berlin

Topographie des Terrors

Niederkirchnerstraße 8, 10963 Berlin-Kreuzberg
Info@topographie.de
www.topographie.de
Ruf: 030-254 509-0
Fax: 030-254-09-99

06) Von der letzten Zerstörung. Die Zeitschrift „Fun letstn churbn" der Jüdischen Historischen Kommission in München 1946–1948

Dienstag, 08. Juni 2021, 19:00 Uhr

Buchpräsentation: Frank Beer, Bergisch Gladbach, und Dr. Markus Roth, Frankfurt/M.
Lesung: Ruth Reinecke, Berlin
Moderation: Dr. Angelika Königseder, Berlin

Livestream: www.topographie.de/livestream/
Eine Teilnahme vor Ort ist nicht möglich.

Nach dem Zweiten Weltkrieg lebten zahlreiche jüdische Verfolgte des NS-Regimes aus verschiedenen Ländern als „Displaced Persons" in Deutschland. In der Zeitschrift *Von der letzten Zerstörung* publizierte Israel Kaplan, selbst Überlebender der Shoah, von 1946 bis 1948 viele ihrer Zeugnisse. Die Überlebenden berichteten über den Alltag, die Verfolgung und Ermordung der Juden in ihren früheren Heimatorten, in zahllosen Ghettos und Lagern sowie über Aktionen jüdischen Widerstands. Mit der gerade erschienenen Edition der von der Jüdischen Historischen Kommission in München gesammelten Quellen wird dieses einmalige Projekt erstmals vollständig und kommentiert außerhalb der jiddischen Sprache zugänglich.

Frank Beer, 1965 geboren, ist promovierter Naturwissenschaftler und Wissenschaftlicher Mitarbeiter einer Bundesbehörde in Bergisch Gladbach. Er ist Initiator und Mitherausgeber der Quellenedition *Nach dem Untergang. Die ersten Zeugnisse der Shoah in Polen 1944–1947* (2014). Seine Übersetzungen von Zeitzeugenberichten erschienen in Büchern und im Internet.

Markus Roth, 1972 geboren, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Fritz Bauer Institut. Zuvor war er stellvertretender Leiter der Arbeitsstelle Holocaustliteratur an der Universität Gießen. Zu seinen neueren Veröffentlichungen gehört *HolocaustZeugnisLiteratur. 20 Werke wieder gelesen* (2018, Mithg.).

Ruth Reinecke, 1955 geboren, ist Schauspielerin. Sie war mehr als 40 Jahre am Berliner Maxim Gorki Theater, arbeitet regelmäßig für Film und Fernsehen und spricht Hörbücher ein. Für die TV-Serie „Weissensee" erhielt sie 2016 den Grimme-Preis.

Angelika Königseder, 1966 geboren, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin.

07) Kampf um die Brester Festung 1941. Ereignis - Narrativ - Erinnerungsort

Dienstag, 22. Juni 2021, 19:00 Uhr

Begrüßung: Dr. Andrea Riedle, Berlin
Vortrag: Christian Ganzer, Leipzig
Moderation: Dr. Jörg Morré, Berlin

Livestream:
www.topographie.de/livestream/
Eine Teilnahme vor Ort ist nicht möglich.

(Gemeinsam mit dem Deutsch-Russische Museum Berlin-Karlshorst)

(Weitere Informationen in Kürze)

B. b) Vorlesungsreihen, Podiumsdiskussionen, Seminare u.ä.

01) Online-Symposium zur Diskussion um Straßennamen am 01. Juni 2021

Veranstalter
Wissenschaftsstadt Darmstadt, Stadtarchiv

Veranstaltungsort
Darmstadt

01. Juni 2021 -
Von
Rebekka Friedrich, Stadtarchiv Darmstadt, Wissenschaftsstadt Darmstadt

Am 1. Juni soll im Rahmen eines öffentlichen Online-Symposiums der Wissenschaftsstadt Darmstadt von 18 bis 21 Uhr das Thema Straßenumbenennungen wissenschaftlich beleuchtet und die Arbeit von Fachbeiräten und Verwaltungen in mehreren Städten in den Blick genommen werden.

Online-Symposium zur Diskussion um Straßennamen am 1. Juni 2021

Für die Umbenennung von acht Straßen in Darmstadt, die aufgrund umfassender geschichtlicher Ausarbeitungen des Fachbeirats im Mai 2019 von Magistrat und Stadtverordnetenversammlung beschlossen wurde, waren bereits im letzten Jahr verschiedene Veranstaltungen geplant, die aufgrund der Pandemie abgesagt werden mussten. Nun beginnt die Stadt Darmstadt diesen Beteiligungsprozess erneut und startet dafür Anfang Juni mit dem Online-Symposium, bei dem ausgewiesene Fachleute zu der Umbenennung von Straßen vor dem Hintergrund geschichtlicher Verantwortung sprechen werden.
Die Veranstaltung wird über die Plattform Webex stattfinden. Anmeldungen sind bis spätestens 28. Mai 2021 per Mail an rebekka.friedrich@darmstadt.de möglich.

Programm

Nach einem einleitenden Referat von Professor Rainer Pöppinghege zum Thema „Nichts Wichtigeres zu tun? Straßennamen in der öffentlichen Debatte“ berichtet Professor Dieter Schott über das Straßennamenprojekt in Darmstadt. Professor Dietmar von Reeken befasst sich anschließend mit Oldenburg, Dr. Ralph Erbar mit Mainz und Dr. Maren Fröhlich mit Hannover. Den Abschluss bildet ein Referat der Darmstädter Soziologie Professorin Sybille Frank.

https://stadtarchiv.darmstadt.de/

Zitation
Online-Symposium zur Diskussion um Straßennamen. In: H-Soz-Kult, 19.05.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-97768>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

02) 850 Jahre Weihe des Havelberger Domes

Veranstalter
Kulturstiftung Sachsen-Anhalt; Förderkreis Alte Kirchen Berlin-Brandenburg e.V.; Prignitz-Museum am Dom Havelberg; Freunde und Förderer des Prignitz-Museums e.V.

Veranstaltungsort
Havelberg

04. bis 05. Juni .2021

Von
Katrin Tille, Referat Forschung und Publikation, Kulturstiftung Sachsen-Anhalt

Das Weihejubiläum des Havelberger Doms am 16. August 1170 bildet den Anlass für die Fachtagung, die sich nicht nur dem historischen Ereignis und seiner Protagonisten, sondern auch dem Gebäude selbst und seiner künstlerischen Ausstattung widmet.

850 Jahre Weihe des Havelberger Domes

Vor genau 850 + 1 Jahren wurde nach zwanzigjähriger Bauzeit der Havelberger Dom St. Marien als erste und größte Kirche des Bistums Havelberg geweiht. Erzbischof Wichmann von Magdeburg vollzog am 16. August 1170 die Weihe gemeinsam mit allen Bischöfen seiner Kirchenprovinz.

Das Jubiläum der Domweihe bildet den Anlass für eine Tagung, die sich nicht nur dem historischen Ereignis und seiner Protagonisten, sondern auch dem Gebäude selbst und seiner künstlerischen Ausstattung widmet. So werden neben historischen und kirchengeschichtlichen Kontexten auch neue Ergebnisse und Überlegungen zur Architektur- und Baugeschichte des Domes und der Klausur sowie zu ausgewählten mittelalterlichen Ausstattungsstücken vorgestellt.

Programm

Freitag, 04. Juni 2021, 09:30 – 17:30 Uhr
09:30 Uhr:
Begrüßung:
Generaldirektor Christian Philipsen (Kulturstiftung Sachsen-Anhalt)
Vertreter des Gemeindekirchenrats Havelberg
Grußworte:
Generalsuperintendent Kristóf Bálint (EKBO)
Patrick Puhlmann, Landrat (Landkreis Stendal)
Bürgermeister Bernd Poloski (Hansestadt Havelberg)

I. Zur Geschichte des Stiftes Havelberg
Moderation: Eike Henning Michl (Halberstadt)
10:00 Uhr: Leonhard Helten (Halle/Saale): Einführung in die Tagung
10:15 Uhr: Uwe Czubatynski (Brandenburg): Wiege der Mark. Überlieferung und Datierung der Gründungsurkunde des Bistums Havelberg
11:00 – 11:15 Uhr Kaffeepause
11:15 Uhr: Stephan Freund (Magdeburg): Die Havelberger Domweihe des Jahres 1170: Akteure – Hintergründe – Motive

11:45 Uhr: Matthias Hardt (Leipzig): Zur Ausgangssituation und zu den Anfängen des Bistums Havelberg
12:45 – 14:15 Uhr Mittagspause
14:15 Uhr: Tillmann Lohse (Berlin): Die Liturgie der Havelberger Domweihe – Ereignis und Erinnerung
14:45 Uhr: Christian Popp (Göttingen): Havelberger Prämonstratenser in der päpstlichen Registerüberlieferung – ein Beitrag zur Geschichte des Domstifts Havelberg im 15. Jahrhundert
15:45 – 16:00 Uhr Kaffeepause
16:00 Uhr: Eef Overgaauw (Berlin): Mittelalterliche Handschriften aus der Dombibliothek Havelberg
16:30 Uhr: Leonhard Helten (Halle/Saale): Der Havelberger Dom im 12. Jahrhundert
17.00 Uhr: Abschlussdiskussion

Sonnabend, 05. Juni 2021, 09:00 – 17:00 Uhr
II. Zur Baugeschichte und Ausstattung des Domes
Moderation: Ute Engel (Halle/Saale)
09:00 Uhr: Matthias Untermann (Heidelberg): Die Klöster der Prämonstratenser
09:30 Uhr: Tilo Schöfbeck (Schwerin): Backstein und Holzwerk. Neue Perspektiven der Bauforschung am Havelberger Dom
10:30 – 10:45 Uhr Kaffeepause
10:45 Uhr: Gordon Thalmann (Klein Gottschow): Der frühe ländliche Pfarrkirchenbau im Bistum Havelberg
11:15 Uhr: Dirk Schumann (Berlin): Das Material Backstein und die Baugeschichte prämonstratensischer Klausuren in Brandenburg/Havel, Jerichow und Havelberg
12:15 – 13:45 Uhr Mittagspause
13:45 Uhr: Peter Knüvener (Zittau): Die Prämonstratenser und die Kunst in der Mark
14:15 Uhr: Claudia Rückert (Berlin): Die Triumphkreuzgruppe des Havelberger Doms
15:15 – 15:30 Uhr Kaffeepause
15.30 Uhr: Anja Seliger (Halle/Saale): Das Chorgestühl im Havelberger Dom
16:00 Uhr: Katharina Neuerer (Jerichow): Memorialwesen im Havelberger Dom
16.30 Uhr: Abschlussdiskussion

Die Tagung findet aufgrund der derzeitigen Pandemiesituation als Videokonferenz über die Plattform Cisco-Webex statt. Für die Teilnahme an der Videokonferenz ist es nicht notwendig ein eigenes Nutzerkonto zu erstellen. Es werden lediglich der Name/Vorname, die E-Mail-Adresse sowie die Metadaten der Videokonferenz (Thema, Beschreibung, Teilnehmer-IP-Adressen, Geräte-/Hardware-Informationen) verarbeitet. Die Videokonferenz wird live auf www.kulturstiftung-st.de und auf Youtube gestreamt. Sie steht zudem im Anschluss auf der Website der Kulturstiftung Sachsen-Anhalt zur Verfügung. Mit Ihrer Anmeldung und der Teilnahme an der Konferenz erteilen Sie den Veranstaltern hierzu die Erlaubnis. Soweit Sie nicht wünschen, dass Bilder von Ihnen z. B. anlässlich einer Nachfrage oder eines Diskussionsbeitrags aufgezeichnet werden, deaktivieren Sie bitte die Kamera Ihres Zugangsgerätes.

Die Teilnahme an der Tagung ist kostenfrei. Bitte melden Sie sich bis zum 28. Mai 2021 unter der oben genannten E-Mail-Adresse an. Vor Tagungsbeginn werden Ihnen die Zugangsdaten zugesandt.

Kontakt

Anmeldung unter Förderkreis Alte Kirchen Berlin-Brandenburg e.V.: sigrid.riesberg@altekirchen.de
allgemeine Auskünfte: katrin.tille@kulturstiftung-st.de

https://www.kulturstiftung-st.de/burgen-schloesser-dome/dom-havelberg/

Zitation
850 Jahre Weihe des Havelberger Domes. In: H-Soz-Kult, 19.05.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-97728>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

03) Mühlen, Kraftwerke, Wasserbauten. Die Regulierung von Flüssen und Gewässern in der Rechtsgeschichte

Veranstalter
Lehrstuhl für Bürgerliches Recht und Zivilverfahrensrecht, Römisches Recht und Europäische Rechtsgeschichte der Universität Augsburg in Kooperation mit der Schwabenakademie Irsee (Schwabenakademie Irsee)
Ausrichter
Schwabenakademie Irsee

Veranstaltungsort
Irsee
Gefördert durch
Bezirk Schwaben

08. bis 09.Juni 2021

Anmeldefrist: 07.06.2021
Von
Markwart Herzog, Direktion, Schwabenakademie Irsee

Bayerisch-Schwaben ist mit 6.000 Kilometern Fließgewässern reich an Flüssen und Bächen, die seit der römischen Zeit gewerblich genutzt wurden und die Wirtschaftsentwicklung des Raumes über die Industrialisierung und die Elektrizitätsgewinnung bis in die Gegenwart mitprägten.

Mühlen, Kraftwerke, Wasserbauten. Die Regulierung von Flüssen und Gewässern in der Rechtsgeschichte

Bayerisch-Schwaben ist mit 6.000 Kilometern Fließgewässern reich an Flüssen und Bächen, die seit der römischen Zeit gewerblich genutzt wurden und die Wirtschaftsentwicklung des Raumes über die Industrialisierung und die Elektrizitätsgewinnung bis in die Gegenwart mitprägten.
In der Rechtsgeschichte stellen sich grundsätzliche Fragen: Wer hat das Recht am Wasser? Wer darf Mühlen bauen? Wie wird der Flussbau reguliert? Zum ökonomischen Verwertungsinteresse kommen heute ökologische Vorgaben, der Hochwasserschutz, der

Kiesabbau und die Freizeitindustrie. Ausgehend vom süddeutschen Raum wird die Frage in den europäischen Kontext gestellt. Experten aus Deutschland, Tschechien, der Schweiz und Spanien werden ihre Forschungsergebnisse vortragen.
4. rechtsgeschichtliche Tagung der Heimatpflege des Bezirks Schwaben und des Lehrstuhls für Bürgerliches Recht und Zivilverfahrensrecht, Römisches Recht und Europäische Rechtsgeschichte.
Schwabenakademie Irsee, Dienstag, 8. Juni 2021, und Mittwoch, 9. Juni 2021; ursprünglich für 1. und 2. April 2020 geplant und pandemiebedingt verschoben.

Programm

<u>Dienstag, 08. Juni 2021</u>

09.30 Uhr Eintreffen der Teilnehmer: Kaffee und Imbiss

10.00 Uhr
Dr. Markwart Herzog, Direktor der Schwabenakademie Irsee: Begrüßung / Christoph Lang M.A., Heimatpfleger des Bezirks Schwaben: Grußwort

10.15 Uhr
Dr. Peter Fassl, Heimatpfleger des Bezirks Schwaben a.D., Augsburg / Prof. Dr. Christoph Becker, Augsburg: Einführung
10.30 Uhr

Dr. Peter Fassl, Heimatpfleger des Bezirks Schwaben a.D., Augsburg: Anmerkungen zur Wasserrechtsgeschichte Schwabens
11.00 Uhr

Prof. Dr. Wolfgang Wüst, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg: „Was ist des Müllers größtes Glück? Dass die Säcke nicht reden können.“ – Die Mühlen-Policey in Süddeutschland

11.30 Uhr
Dr. Christoph Bachmann, Ltd. Archivdirektor, Staatsarchiv München: Wieso klappert die Mühle am rauschenden Bach? Zur Rechtsgeschichte der Mühlen und der Wassernutzung in Altbayern

12.00 Uhr Diskussion

12.30 Uhr Mittagessen

14.00 Uhr
Dr. Walter Bauernfeind, Stadtarchiv Nürnberg: Nürnberger Mühlen. Stadtentwicklung am Fluss im Mittelalter

14.30 Uhr Diskussion

14.45 Uhr
Prof. Dr. Christof Paulus, Ludwig-Maximilians-Universität München: Fluss in Ketten. Streit um Wasserrechte am Lech im ausgehenden Spätmittelalter

15.15 Uhr
Prof. Dr. Karl Filser, Augsburg: Flößereirechte am Lech

15.45 Uhr Diskussion

16.00 Uhr Kaffeepause

16.20 Uhr
Prof. Dr. Ignacio Czeguhn / Dr. Yolanda Quesada Morillas, Freie Universität Berlin: Das Wasserrecht im Spätmittelalter und der Frühen Neuzeit am Beispiel von Granada/Spanien und von Preußen/Heiliges Römisches Reich

16.50 Uhr Diskussion

17.00 Uhr
Prof. Dr. Theodor Bühler, Winterthur: Vom Klosterbezirk zum Gewerbebezirk dank Wasserverlauf, dargestellt am Kloster St. Alban in Basel

17.30 Uhr Diskussion

17.40 Uhr
Dr. Lutz Dietrich Herbst, Landesamt für Denkmalpflege im Regierungspräsidium Stuttgart: Wasserdiebstahl an der Haslachmühle? Ein Fall für das Hasenweiler Ruggericht im Jahre 1841

18.10 Uhr Diskussion

18.30 Uhr Abendessen

Mittwoch, 09. Juni 2021

09.00 Uhr
Prof. Dr. Bernd Kannowski, Universität Bayreuth: Über die Verantwortlichkeit der Deutschen Bundesbahn für die Unterhaltung einer 1851 durch den Bayerischen Eisenbahnfiskus angelegten Entwässerungsanlage

09.30 Uhr Diskussion

09.40 Uhr
Corinna Malek M.A., Bezirk Schwaben, Augsburg, Die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Entwässerung von Mooren in Bayern seit dem Ende des 18. Jahrhunderts

10.10 Uhr Diskussion

10.20 Uhr
Katrin Holly M.A., Bezirk Schwaben, Augsburg: Die Regulierung kleinerer Flussläufe mit Umgebungsentwässerung in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts in Bayern durch öffentlich-rechtliche Wassergenossenschaften. Das Beispiel der „Genossenschaft zur Entwässerung des unteren Zusamtales“

10.50 Uhr Diskussion

11.00 Uhr Kaffeepause

11.15 Uhr
Ralph Neumeier, Regierung von Schwaben, Augsburg: Was bedeutet „guter Zustand“? Zum Stand der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie

11.45 Uhr Diskussion

12.00 Uhr
Felix Guffler M.A., Bezirk Schwaben, Augsburg, Wem gehört der Hecht? Ein Reichskammergerichtsprozess zu Grenz- und Rechtsstreitigkeiten zwischen Marx Fugger und dem Hochstift Augsburg an der Schmutter

12.30 Uhr Diskussion

12.45 Uhr Mittagessen

14.00 Uhr
Dr. Oliver Born, Bezirk Schwaben, Fachberater für das Fischereiwesen, Salgen: Mühlen, Wehre, Wasserkraftanlagen und die Fischerei – ein unlösbarer Konflikt?

14.30 Uhr Diskussion

14.40 Uhr
Gunther Wölfle, Wasserwirtschaftsamt, Donauwörth: Wasserrechte im Landkreis Neu-Ulm

15.10 Uhr Diskussion

15.20 Uhr Schlussdiskussion

circa 15.50 Uhr Ende der Tagung / Abreise

Konzeption & Tagungsleitung
Dr. phil. Peter Fassl, Heimatpfleger des Bezirks Schwaben a.D., Augsburg
Prof. Dr. iur. utr. Christoph Becker, Universität Augsburg

Veranstalter
Lehrstuhl für Bürgerliches Recht und Zivilverfahrensrecht, Römisches Recht und Europäische Rechtsgeschichte der Universität Augsburg in Kooperation mit der Schwabenakademie Irsee

Anmeldungen
Schwabenakademie Irsee, Klosterring 4, 87660 Irsee
Tel. 08341 906-661, Fax 08341 906-669
http://www.schwabenakademie.de / buero@schwabenakademie.de

Kontakt

Prof. Dr. iur. utr. Christoph Becker, Universität Augsburg, Universitätsstraße 24, 86159 Augsburg, Tel. 0821 598-4585 / christoph.becker@jura.uni-augsburg.de

https://www.schwabenakademie.de/cms/programm/geschichte/details/article/muehlen-kraftwerke-wasserbauten/

Zitation
Mühlen, Kraftwerke, Wasserbauten. Die Regulierung von Flüssen und Gewässern in der Rechtsgeschichte. In: H-Soz-Kult, 20.05.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-97790>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

04) Oberseminar der Historischen Geographie Bamberg

Veranstalter
Professur für Historische Geographie, Otto-Friedrich-Univerversität Bamberg

Veranstaltungsort
Bamberg (digital)

20.05.2021 bis 08.07.2021

Von
Professur für Historische Geographie, Otto-Friedrich-Universität Bamberg

Das Oberseminar ist eine Vortragsreihe sowie Forum für alle an der Historischen Geographie Interessierten und fördert den Austausch zwischen Studierenden, Nachwuchswissenschaftler:innen und Gästen.

Oberseminar der Historischen Geographie Bamberg

Online-Vorträge jeweils donnerstag ab 16.15 Uhr

Das Format erlaubt spannende Einblicke in geplante und laufende Masterarbeiten und Promotionen aus dem Themenspektrum der Historischen Geographie.

Programm

Jeweils donnerstags, 16.15 Uhr–17.45 Uhr
über Zoom, Link unter https://www.uni-bamberg.de/histgeo/oberseminar/

20.05.2021
Zeit, dass sich was dreht – Windenergieanlagen aus denkmalkundlicher Perspektive
(Leo Bockelmann, Bauhaus-Universität Weimar)

27.05.2021
Genossenschaftliche Lagerhäuser in Franken – Elementare Bestandteile eines Strukturwandels in der Landwirtschaft
(Simon Kotter, Institut für Fränkische Landesgeschichte)

10.06.2021
Der Beginn der Elektrifizierung in Oberfranken. Akteure, Voraussetzungen, Hindernisse, Auswirkungen und Reichweite
(Walter Gaube, Institut für Fränkische Landesgeschichte)

17.06.2021
Moderne auf dem Land? Städtebau und Raumplanung im Kontext der industrialisierten DDR-Landwirtschaft
(Fridtjof Florian Dossin, Otto-Friedrich-Universität Bamberg)

24.06.2021
Entwicklung und Einfluss von historischen Wander- und Pilgerwegen auf die touristische Wegeerschließung
(Andreas Fenz, Otto-Friedrich-Universität Bamberg)

01.07.2021
Kaffee-Schmuggel in der Eifel: Lukratives Geschäft in den Nachkriegsjahren. Eine historisch-geographische Betrachtung
(Robin Radl, Otto-Friedrich-Universität Bamberg)

08.07.2021
„God save the village green!“ – Britische Identität im Pop und Rock der 1960er Jahre
(Jost Dockter, Otto-Friedrich-Universität Bamberg)

Kontakt

anna.regener@uni-bamberg.de

https://www.uni-bamberg.de/histgeo/oberseminar/

Zitation
Oberseminar der Historischen Geographie Bamberg. In: H-Soz-Kult, 21.05.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-97779>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

DNI LITERATURY NAD NYSĄ
LITERATURTAGE AN DER NEISSE
TRAVELLING WOR[L]DS

05) Literaturtage an der Neiße

09. bis 13.6.2021, Livestream

Die Görlitzer Kulturservicegesellschaft, die Kulturreferentin für Schlesien am Schlesischen Museum zu Görlitz und das Deutsche Kulturforum östliches Europa laden Sie herzlich zu den Literaturtagen an der Neiße 2021 ein. Mit unserem deutsch-polnischen Fest der Literatur, das in diesem Jahr bereits zum vierten Mal in der Europastadt Görlitz-Zgorzelec und unter dem Motto »Travelling Wor[l]ds« stattfindet, möchten wir Sie auf eine Expedition in die Welt der Worte mitnehmen und mit Ihnen und unseren Autorinnen und Autoren über die Zukunft des Schreibens, des Lesens und des Reisens, wenn auch unter deutlich erschwerten Bedingungen, diskutieren.

Wie keine andere Krise der letzten Jahrzehnte hat uns die Corona-Pandemie die Zerbrechlichkeit unserer Existenz vor Augen geführt. Von heute auf morgen wurde unser Leben mehr oder weniger auf den Kopf gestellt, unsere Pläne zunichte gemacht und unsere Gewohnheiten in Frage gestellt. Reisen und Mobilität, die vor der Pandemie, zumindest in der westlichen Welt, zu den wichtigsten Statussymbolen zählten und in Zeiten von easyJet und Airbnb für wenig Geld und bei ebenso wenig Mühe verfügbar waren, erscheinen uns heute wie ein rares, kostbares Gut. Unsere Sehnsucht nach Ausbrechen aus dem Alltag war vielleicht noch nie so groß wie heute.

Literatur kann in dieser »unbewegten« Zeit ein Ventil sein und uns das Dortsein ermöglichen – und zwar jederzeit und mit geringem ökologischen Fußabdruck. Für das literarische Reisen müssen wir keinen Flug buchen, keine Koffer packen und auch der Sonnenbrand ist so gut wie ausgeschlossen. Was wir allerdings brauchen, ist ein bisschen geistiges »Reisefieber«, sprich Neugier und Interesse an den literarischen Entwicklungen und Trends. Diese präsentiert Ihnen das nachfolgende Programm unserer Literaturtage.

Mittwoch, den 09.06.2021, 18 Uhr, Sprachen: D + PL
Kupferberg. Der verschwundene Ort – Lesung und Gespräch mit Filip Springer, Warschau und Lisa Palmes, Berlin, Moderation: Prof. Dr. Hans-Christian Trepte, Leipzig

Mittwoch, den 09.06.2021, 20 Uhr, Sprache: D
Spoken Word Night »Travelling Wor[l]ds« mit Max Golenz und Natasha Jaffe, beide Berlin, Matti Linke, Lüneburg, Lea-Marie Nieter, Weißwasser sowie Henriette Ritz und Jason Fritsche, beide Görlitz, Moderation: Jessy James LaFleur, Görlitz

Donnerstag, den 10.06.2021, 18 Uhr, Sprachen: D + PL
Winterbergs letzte Reise – Lesung und Gespräch mit Jaroslav Rudiš, mit Musik von Hans Narva, beide Berlin, Moderation: Dr. Vera Schneider, Deutsches Kulturforum östliches Europa

Freitag, den 11.06.2021, 18 Uhr, Sprachen: D + PL
Wanderer im Riesen-Gebirge. Anthologie der Reiseberichte aus dem 17.-20. Jahrhundert – Buchvorstellung und Gespräch mit Marcin Wawrzyńczak, Moderation: Thomas Maruck, Görlitz

Sonnabend, den 12.06.2021, 18 Uhr, Sprachen: D + PL
Wir Strebermigranten & Rückkehr nach Polen – Lesung und Gespräch mit Emilia Smechowski, Berlin, Moderation: Joanna Maria Stolarek, Warschau

Sonntag, den 13.06.2021, 18 Uhr, Sprache: D + PL
Die imaginäre Metropole. Stadtschreiber im Gespräch – Podium mit Marko Martin, Berlin, Barbara Thériault, Montreal (Kanada) und Marcel Krueger, Dundalk (Irland), Moderation: Uwe Rada, Berlin

Die als zweisprachig angegebenen Termine werden simultan gedolmetscht und in Deutsch und Polnisch übertragen. Zum Livestream gelangen Sie am jeweiligen Veranstaltungstag über die Website www.literaturtage.eu.

Die Literaturtage an der Neiße sind ein Projekt der Görlitzer Kulturservicegesellschaft mbH, der Kulturreferentin für Schlesien am Schlesischen Museum zu Görlitz und des Deutschen Kulturforums östliches Europa.

Pressekontakt
Dr. Magdalena Gebala
Arbeitsbereich Polen
Deutsches Kulturforum östliches Europa
Berliner Straße 135 | Haus K1
14467 Potsdam
Tel. +49 (0)331 20098-18
Fax +49 (0)331 20098-50
gebala@kulturforum.info
www.kulturforum.info

06) Konferenz: Von der Versöhnung zur Alltäglichkeit? 30 Jahre deutsch-polnische Nachbarschaft

Institut für Politische Studien der Polnischen Akademie der Wissenschaften
Deutsches Polen-Institut Darmstadt
Łazarski-Hochschule Warschau
laden Sie herzlich
zu einer internationalen wissenschaftlichen Konferenz im Hybridformat ein

vom 17. bis 19. Juni 2021 in Warschau
und vom 24. bis zum 25. Juni in Oppeln
mitsamt Online-Übertragung

Am 17. Juni 2021 werden 30 Jahre seit der Unterzeichnung des Vertrages über gute Nachbarschaft und freundschaftliche
Zusammenarbeit zwischen der Republik Polen und der Bundesrepublik Deutschland vergangen sein. Aus diesem
Anlass wollen wir eine Bilanz der vergangenen 30 Jahre ziehen und die Richtung für zukünftige Aktivitäten aufzeigen.
Dreißig Jahre nach der Vertragsunterzeichnung, auf den Tag genau, werden uns während der Konferenz in Warschau
in Gesprächen mit Zeitzeugen die Ereignisse von 1990/91 näher gebracht. An den folgenden Tagen greifen Referentinnen
und Referenten, Kommentatorinnen und Kommentatoren in thematischen Sektionen zentrale Themen für die
Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen auf wie Wirtschaft, Sicherheit, grenzüberschreitende Zusammenarbeit,
Zivilgesellschaft sowie Geschichtspolitik und Erinnerungskultur. Wir werden auch darüber diskutieren, wie
die deutsch-polnische Kommunikation gefördert werden kann.

In Oppeln werden wir uns auf die regionale wirtschaftliche Zusammenarbeit konzentrieren. Über ihre Vorteile und
Herausforderungen werden Vertreter von Unternehmen diskutieren, die diese mitgestalten. Darüber hinaus werden
sich Experten und Praktiker über die Situation der Polen in Deutschland und der Deutschen in Polen austauschen.

Detaillierte Informationen finden Sie auf den Webseiten:

PL: http://bit.ly/30_pl_de
DE: https://bit.ly/30_de_pl

Mitveranstalter: Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit, Friedrich-Ebert Stiftung in Warschau,
Deutsch-Polnische Wissenschaftsstiftung, Deutscher Akademischer Austauschdienst (DAAD)

Mitveranstalter der Veranstaltung in Oppeln: Marschallamt der Woiwodschaft Oppeln, Deutsch-Polnische Industrie- und Handelskammer

Konferenzsprachen: Polnisch und Deutsch. Die Veranstaltungen werden simultan gedolmetscht.

07) Polen und seine Sprache(n)

Veranstalter
Aleksander-Brückner-Zentrum für Polenstudien

Online
Gefördert durch
DAAD
07743 Jena

03.06.2021 - 08.07.2021
Von
Johann Wiede, Aleksander-Brückner-Zentrum für Polenstudien, Universität Jena

Die Online-Vortragsreihe /Polen und seine Sprache(n)/ nimmt die Sprachenlandschaft Polens in Gegenwart und Geschichte in den Blick, deren Vielfalt in der Regel unberücksichtigt bleibt. Die Wechselbeziehungen zwischen dem (Standard-)Polnischen und seinen kleineren und größeren sprachlichen Nachbarn stehen ebenso im Zentrum wie soziopolitische Fragen der Sprachplanung, -förderung und -toleranz.

Polen und seine Sprache(n)

Online-Vortragsreihe aus Jena ab dem Sommersemester 2021

Polen gilt als ethnisch und sprachlich homogener Staat. Dieser Umstand ist auf die Zwangsmigrationen des 20. Jahrhunderts und die Vernichtungspolitik der Nationalsozialisten zurückzuführen. In seiner Geschichte war Polen jedoch von Multiethnizität, religiösem Pluralismus und sprachlicher Vielfalt geprägt. Spuren des sprachlichen Reichtums Polens haben sich bis heute erhalten können. Darüber hinaus tragen Polens Mitgliedschaft in der Europäischen Union sowie aktuelle geopolitische Entwicklungen zu einer erneuten Bereicherung des sprachlichen Profils Polens bei.

In der im Sommersemester 2021 beginnenden Online-Vortragsreihe Polen und seine Sprache(n) werfen wir gemeinsam mit geladenen Expert*innen einen Blick auf die Sprachenlandschaft Polens in Gegenwart und Geschichte und diskutieren u. a. Fragen wie: Welche Wechselbeziehungen bestehen zwischen dem Polnischen und seinen kleineren und größeren sprachlichen Nachbarn? Macht sich der heutige intensive Kontakt kleiner sprachlicher Varietäten Polens mit der polnischen Mehrheitssprache in Wortschatz oder Grammatik bemerkbar? Wie sind die soziopolitischen Rahmenbedingungen für anders- und mehrsprachige Gruppen und lösen oder befördern sie Sprachkonflikte? Wie vital sind nicht-(standard-)polnische Varietäten und wie wird ihre Transmission an nachkommende Generationen gewährleistet?

Anmeldung: johann(dot)wiede(at)uni-jena(dot)de

Programm

Die Vorträge im Sommersemester 2021:

03.06. Dr. Diana Matut (Halle): Das postvernakulare Zeitalter?! Jiddisch im Polen der Gegenwart

10.06. Prof. Dr. Hanna Makurat-Snuzik (Gdańsk): Kashubian as a Regional Language Dominated by Polish

08.07. Prof. Dr. Rafał Górski / Prof. Helena Grochola-Szczepanek (Kraków): Der Dialekt von Spisz

Kontakt

johann.wiede@uni-jena.de

Zitation
Polen und seine Sprache(n). In: H-Soz-Kult, 07.05.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-97520>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

08) Südosteuropa ist tot? Lang lebe Südosteuropa! Positionierungen in einem interdisziplinären Forschungsfeld.
X. Dr. Fritz-Exner-Kolloquium zur Südosteuropaforschung

Veranstalter
Prof. Dr. Claudia Weber (Europa-Universität Viadrina), Dr. Jacqueline Nießer (Graduiertenschule für Ost- und Südosteuropastudien Regensburg), Dr. Elisa Satjukow (Graduiertenschule für Ost- und Südosteuropastudien Regensburg)
Veranstaltungsort
Europa-Universität Viadrina

Frankfurt/Oder

21.06.2021

Von
Elisa Satjukow, Institut für Ost- und Südosteuropäische Geschichte, Historisches Seminar, Universität Leipzig

Die Beschäftigung mit der (Selbst-)Verortung, Wissensproduktion und Wissensvermittlung innerhalb der Südosteuropaforschung steht im Mittelpunkt des diesjährigen Dr.-Fritz-Exner-Kolloquiums zur Südosteuropaforschung.

X. Dr. Fritz-Exner-Kolloquium zur Südosteuropaforschung Südosteuropa ist tot? Lang lebe Südosteuropa! Positionierungen in einem interdisziplinären Forschungsfeld

Es ist mehr als 20 Jahre her, seit das Erscheinen von Maria Todorovas Buch Imagining the Balkans (1997, 2009) die Südosteuropaforschung in Aufregung versetzte. Die folgende Auseinandersetzung über ‚den Balkan' als Analysekategorie und/oder mental map (Sundhaussen, 1999, 2003; Todorova, 2002, Troebst, 2003, 2010) hatte auch für die deutschsprachige Forschungslandschaft weitreichende Folgen, da in ihrem Zuge tradierte Raum- und Selbstverständnisse innerhalb des Faches infrage gestellt wurden (vgl. beispielsweise Kaser 2002, Rutar 2014, Calic 2016, Buchenau & Brunnbauer 2018, Troebst 2018, Clewing/Schmitt/Brunnbauer 2019, Brunnbauer/Lampe 2021 u.a.). Während sich komparative und globale Forschungszugänge weitgehend etabliert haben (mit Bezug zu Südosteuropa u.a. zuletzt Mishkova/Trencsényi 2017, Middell 2019, Calic 2019, Todorova 2019), sind viele Fragen der fachlich-inhaltlichen Standortbestimmung einer genuinen Südosteuropaforschung unbeantwortet geblieben. Dazu zählt insbesondere die Auseinandersetzung mit postkolonialen Debatten (anders als beispielsweise in den englischsprachigen Slavic Studies/Southeast European Studies, vgl. hierzu Chary/Verdery 2009, Ruthner/Scheer 2018, Baker 2018, Bjelić 2018, Manolova/Kušić/Lottholz 2019, Tlostanova 2020, Parvulescu/Boatcã 2021) und einer noch immer nur in Ansätzen aufgearbeiteten wechselvollen Geschichte politischer Instrumentalisierungen (dazu zuletzt Höpken 2020). Die Beschäftigung mit der (Selbst-)Verortung, Wissensproduktion und Wissensvermittlung innerhalb unseres kleinen Faches steht im Mittelpunkt des diesjährigen Dr.-Fritz-Exner-Kolloquiums zur Südosteuropaforschung.

Wir erklären die Südosteuropawissenschaften keineswegs für tot, aber wir finden, dass es Zeit ist, erneut und gemeinsam über die Autorenschaft, Methoden, Inhalte und Anknüpfungspunkte der Regionalforschung innerhalb einer Wissenschaftslandschaft im Wandel nachzudenken.

Das Dr.-Fritz-Exner-Kolloquium stellt seit vielen Jahren eine Plattform für den interdisziplinären Austausch jüngerer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler dar. Wir möchten das zehnte Zusammentreffen gleichsam nutzen, um diese Tradition fortzusetzen und basierend auf den eigenen Forschungsprojekten eine theoretische und methodologische Diskussion über die im deutschsprachigen Raum situierte Südosteuropaforschung und –lehre anzustoßen.

Folgende Fragen leiten dabei unser Interesse:

- Wie und warum untersuchen Wissenschaftler heute Südosteuropa?
- Welche forschungspraktischen Herausforderungen stellen sich in der Untersuchung Südosteuropas? Wo finden sich Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den verschiedenen Fachdisziplinen (bspw. Soziologie, Geschichte, Linguistik, Literatur- und Kulturwissenschaften, Anthropologie, Politikwissenschaften u.a.)? Wie positioniert sich die Südosteuropaforschung innerhalb der Osteuropaforschung im Besonderen und innerhalb der Regionalwissenschaften im Allgemeinen?

- Welche Anforderungen muss ein zeitgenössisches Curriculum der Südosteuropastudien erfüllen?
- Welche forschungsethischen Fragen ergeben sich für deutsche / deutschsprachige / in Deutschland forschende Wissenschaftler für eine Forschung über Südosteuropa?
- Wie stellen wir sicher, dass die Produktion von Wissen über Südosteuropa auch im

Austausch mit Wissenschaftler aus Südosteuropa stattfindet und Forschungsergebnisse auch wieder in die Region zurückfließen?

- Wie und in welcher Sprache forschen und schreiben wir über Südosteuropa?
- Wie können wir der Herausforderung begegnen das Fach inklusiver und diverser zu gestalten?
- Wie vermitteln wir Wissen über Südosteuropa an die (nicht-akademische) Öffentlichkeit?

Das Kolloquium richtet sich vornehmlich an fortgeschrittene Studierende, Promovierende und Post-Docs unterschiedlicher Disziplinen, die sich in ihrer Forschung und Lehre mit Südosteuropa beschäftigen. Die Beiträge des Kolloquiums sollen im Anschluss als Sonderausgabe einer Fachzeitschrift herausgegeben werden. Da wir mit unserem Workshop die deutschsprachige Südosteuropaforschung in den Blick nehmen, wird die Veranstaltungssprache überwiegend Deutsch sein. Zumindest passive Deutschkenntnisse sind wünschenswert, die Beiträge können aber auch auf Englisch eingereicht werden. Wenn sprachliche Barrieren die Teilnahme verhindern sollten, dann werden wir gemeinsam eine Lösung finden.

Aufgrund der Corona-Situation ist die Anzahl der Teilnehmer vor Ort auf max. 12 Personen beschränkt, zusätzliche digitale Vorträge für ein breiteres Publikum sind angedacht. Bei Bedarf kann eine Kinderbetreuung vor Ort in Frankfurt/Oder angeboten werden.

Unterbringung und Verpflegung werden von den Veranstaltern getragen. Zu den Reisekosten wird ein Zuschuss gewährt.

Wir bitten um die Zusendung eines Abstracts (300 Wörter) und einer Kurzbiographie bis zum 21. Juni 2021 über das Online-Formular: https://www.sogde.org/de/formulare/x-dr-fritz-exner-kolloquium/

Für die Diskussion vor Ort bitten wir alle Teilnehmer*innen des Kolloquiums bis Mitte September ein 10-seitiges Paper einzureichen.

Zitation
Südosteuropa ist tot? Lang lebe Südosteuropa! Positionierungen in einem interdisziplinären Forschungsfeld, X. Dr. Fritz-Exner-Kolloquium zur Südosteuropaforschung. In: H-Soz-Kult, 21.05.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-97847>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

09) Ländliche Gesellschaft und digitale Geschichtswissenschaften.

Sommertagung der Gesellschaft für Agrargeschichte

Veranstalter
Jun.-Prof. Dr. Christine Fertig, Dr. Olaf März (in Kooperation mit der „Arbeitsgemeinschaft Digitale Geschichtswissenschaft“ des Verbands der Historiker und Historikerinnen Deutschlands) (Gesellschaft für Agrargeschichte)
Ausrichter
Gesellschaft für Agrargeschichte
Veranstaltungsort
Online (ZOOM), Anmeldung bei C. Fertig

Frankfurt

25.06.2021

Anmeldefrist:
18.06.2021
Von
Niels Grüne, Universität Innsbruck und Friederike Scholten-Buschhoff

Online_Sommertagung zum Thema "Ländliche Gesellschaft und digitale Geschichtswissenschaften".
Die Jahrestagung der „Gesellschaft für Agrargeschichte“ nimmt die Perspektiven digitalen Arbeitens in der agrarhistorischen und der den historischen ländlichen Raum tangierenden Forschung in den Blick. Die Vorträge stellen Ergebnissen neuerer Forschungsprojekte dar und reflektieren den methodischen Mehrwert bzw. heuristischen Nutzen der digitalen Arbeitskomponenten.

GfA Sommertagung: Ländliche Gesellschaft und digitale Geschichtswissenschaften

Das Digitale bewegt sich seit geraumer Zeit in immer mehr disziplinäre Verzweigungen der Geistes- und Geschichtswissenschaften. Mit dem Begriff Digital Humanities werden nicht mehr nur Projekte etikettiert, die sich durch die Verwendung digitaler Werkzeuge (Datenbanken, Annotations-, Simulations-, Analyse-, Visualisierungs- und Präsentationstools) auszeichnen, der Begriff steht mittlerweile für eine lebhafte Diskussion über die Chancen, Risiken, Ziele und Grenzen digitalen Arbeitens und kreist bereits um die Frage der wissenschaftlichen Autonomie dieses neuen Arbeitsfeldes innerhalb der Geisteswissenschaften. Indiz für die wachsende Bedeutung digitaler Praktiken innerhalb der Geschichtswissenschaft ist nicht nur das Erscheinen einer zunehmenden Zahl von Publikationen, die Einrichtung von Lehrstühlen und Arbeitsgruppen im akademischen und institutionellen Umfeld sowie die Gründung von Vereinen und Initiativen auf Seiten der Studentenschaft und interessierter Laien, sondern auch die explizite Auseinandersetzung der historischen Fachdisziplinen mit diesem Thema.Die Jahrestagung der „Gesellschaft für Agrargeschichte“ nimmt die Perspektiven digitalen Arbeitens in der agrarhistorischen und der den historischen ländlichen Raum tangierenden Forschung in den Blick. Die Vorträge stellen Ergebnissen neuerer Forschungsprojekte dar und reflektieren den methodischen Mehrwert bzw. heuristischen Nutzen der digitalen Arbeitskomponenten. Die Referent:innen kommen aus den akademischen Feldern der quantifizierenden Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, der ländlichen Politik-, Verfassungs- und Konfliktforschung sowie des weiten Spektrums kulturhistorischer Zugänge zur Geschichte des ländlichen Raums. Sie diskutieren die Implementierung von digitalen Komponenten eines Projektkonzeptes,

wie Datenerhebung, -analyse, -präsentation, Anwendung geeigneter Softwaretools und deren Anpassung an das jeweilige Projekt. Neben Fragen der digitalen Quellenkritik werden auch Möglichkeiten der Archivierung und Nachnutzung von Forschungsdaten thematisiert. Die Tagung wird einen nachhaltigen Beitrag zur Entwicklung digitaler Arbeitsweisen und der Reflektion von Potentialen und Grenzen der Digital Humanities leisten. Anmeldung bis Freitag 18. Juni bei: Christine.fertig@uni-muenster.de

Programm

08:30 Öffnung des Zoom-Raums

08:45-09:00 Christine Fertig, Niels Grüne, Olaf März, Katrin Moeller
Begrüßung und Einführung

1. Sektion: Agrargeschichte virtuell? Forschung mit digitalen Quellen

09:00 - 09:45 Peter Moser
Vom „shift away from history“ im Archivbereich zur Re-Kombination von Archivierung und Forschung. Die schöpferische Kraft der Digitalisierung im Bereich der rural history

10:00-10:45 Josefine Honke
YouTube-Videos als Erinnerungsmedien des „kommunalen Gedächtnisses“

10:45 - 11:15 Pause

2. Sektion: Der ländliche Raum: Historische Forschung mit GIS

11:15-12:00 Gábor Demeter
GIS-aided database-building to visualize the long-term socio-economic transformation of the Hungarian peasantry and land-use changes from 1720 to 1920

12:15 - 13:00 Olaf März
Flurforschung digital. Pfade der räumlichen Rekonstruktion historischer Agrarflächen des 18. Jahrhunderts

13:00-14:00 Mittagspause

3. Sektion: Forschungsdaten: Erfassung, Management, Auswertung

14:00 - 14:45 Henning Bovenkerk
Quantitative Agrargeschichte und digitale Hilfsmittel. Der Einsatz digitaler Werkzeuge in der agrarhistorischen Forschung

15:00 - 15:45 Michael Span
Von der Verlassenschaftsabhandlung zur Datenbank. Eine digital unterstützte Untersuchung der frühneuzeitlichen „Massenquelle“ Inventar

15:45 - 16:15 Pause

16:15 - 17:00 Katrin Moeller
Wie ländlich war die „Ackerbürgerstadt“ des 18. Jahrhunderts? Digitale Werkzeuge der Massendatenanalysen zur Rekonstruktion von Berufs- und Erwerbsbiografien im Forschungstest

17:00 Abschlussdiskussion

17:30 Verleihung des (geteilten) Förderpreises 2021 der Gesellschaft für Agrargeschichte an:
- Gunnar Lehmann für seine Masterarbeit „Landschaftswandel in Brandenburg im Kon-text sozialistischer und postsozialistischer Transformation“ (Universität Göttingen)
- Katharina Wohlfart für ihre Masterarbeit „Zwischen ländlicher Idylle und weiblicher Professionalisierung – Die Wirtschaftliche Frauenschule auf dem Lande in Miesbach in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts“ (LMU München)

18:15 - 19:30 Mitgliederversammlung der Gesellschaft für Agrargeschichte (über BigBlueButton: Zugang mit separatem Link im Einladungsschreiben an die Mitglieder)

Kontakt

christine.fertig@uni-muenster.de
niels.gruene@uibk.ac.at

https://www.agrargeschichte.de/

Zitation
Sommertagung der Gesellschaft für Agrargeschichte. In: H-Soz-Kult, 24.05.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-97834>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

10) Der große Aufbruch 1968 – ein Mythos von gestern. Tagung der BAG für Ostdeutsches Kulturerbe im Unterricht e. V.
In Soest, November 2021

Bundesarbeitsgemeinschaft für Ostdeutsches Kulturerbe im Unterricht e. V.

1. Vorsitzender

Gerhard Wonner, Jahnstr 8, 83368 St. Georgen, Telefon: 08669-4742, E-Mail: wonner-g@gmx.de

Geschäftsstelle: Norbert Tarsten
Frohnhofstr. 20
50765 Köln
Tel.: 0221-5903793
Mail: nortar@web.de

St. Georgen, 22.04.2021

Liebe Kollegin, lieber Kollege,

hoffe sehr, dass Sie/Du die „Corona"-Zeit bisher gesund und munter gemeistert haben/hast! Noch hat uns die Pandemie aber fest im Griff! Dieses macht eine verbindliche Planung unmöglich.

Sollten die Umstände es erlauben, würde sich für die BAG in diesem Herbst folgende Veranstaltung anbieten:

- Im November 2021 **Tagung der LAG NRW**, in Soest
  Thema: **„Der große Aufbruch 1968 – ein Mythos von gestern?"**

Ob die Rumänienreise im Oktober durchgeführt werden kann, ist eher unwahrscheinlich. Außerdem stehe ich in Verbindung mit dem „Heiligenhof", mittelfristig gibt es dort nur Onlineangebote.
Sollten gemeinsame Veranstaltungen wieder möglich sein, werden wir entsprechende Einladungen versenden.

Nach einer weitern "Unendlichen Geschichte" hat die BAG eine neue Kontonummer – siehe unten. Damit verbunden die freundliche Bitte um eine Jahresspende von mindestens 30,- € für Einzelmitglieder und 50,- € für Ehepaare. Vielen Dank!

Mit den besten Wünschen für Gesundheit und Wohlergehen

Gerhard Wonner
Erster Vorsitzender der BAG

Für Mitgliederbeiträge das Konto der **BAG – Tarsten, IBAN:**
DE85 3705 0198 1935 7844 29, BIC: COLSDE33XXX

11) Zeit in der Landesgeschichte

Veranstalter
Martin Göllnitz (Marburg), Markus Müller (München) und Evelien Timpener (Gießen)

Veranstaltungsort
Just-Liebig-Universität Gießen

13. bis 14.01.2022

Anmeldefrist:
31.07.2021

Von
Markus Christopher Müller

Eine wissenschaftliche Tagung der AG Landesgeschichte des Verbands der Historikerinnen und Historiker Deutschlands lädt Promovierende und PostDocs der Landesgeschichte nach Gießen ein, um dort über die ihren Abschlussarbeiten und Forschungen zugrundeliegende Konzeption von Zeit zu reflektieren und zu referieren.

Zeit in der Landesgeschichte

Zeit kann und muss als eine der zentralen Kategorien der Geschichtswissenschaft bezeichnet werden: sowohl methodisch als auch thematisch. Ohne Zeit oder ohne eine gewisse Konzeption von Zeit gäbe es keine Vorstellung von Geschichte und so nicht einmal die Möglichkeit, diese wissenschaftlich zu untersuchen. Trotzdem ist immer wieder von einer gewissen „Zeitvergessenheit“ die Rede, da die Geschichtswissenschaft ihren Umgang mit Zeit zu wenig bewusst reflektiere. Gerade der wissenschaftliche Nachwuchs hat die Chance, sich schon in den akademischen Qualifikationsarbeiten kritisch mit diesem Phänomen auseinanderzusetzen. Eine wissenschaftliche Tagung der AG Landesgeschichte des Verbands der Historikerinnen und Historiker Deutschlands lädt deshalb Promovierende und PostDocs der Landesgeschichte nach Gießen ein, um dort über die ihren Abschlussarbeiten und Forschungen zugrundeliegende Konzeption von Zeit zu reflektieren und zu referieren.

Gerade die Landesgeschichte hat sich solchen Fragen stärker zu stellen, da sie den Anspruch erhebt, bei ihrem Blick auf bestimmte unterhalb der staatlichen Ebene liegende Länder oder Regionen epochenübergreifende Perspektiven einnehmen zu können. Es fehlt der Landesgeschichtsforschung bisweilen am Austausch, gerade junger LandeshistorikerInnen über die „Länder“grenzen hinaus.

Drei thematische Schwerpunkte bieten sich neben weiteren sicherlich an, eine solche Reflexion zu begleiten:
Zentrale Bedeutung kommt bei der Frage nach der methodischen Bestimmung der Zeit zunächst der Chronologie zu, die bereits Jean Bodin als „Ariadnefaden“ der Geschichtswissenschaft bezeichnete. Die oft mit Blick auf ihre Sinnhaftigkeit hinterfragte und doch nie wirklich abgelöste chronologische Gliederung historiographischer Darstellungen gerät gerade vor dem Hintergrund einer global denkenden Geschichtswissenschaft neu in den Blick. Diese Erkenntnis kann auch in der Landesgeschichte zu einer Sensibilisierung in Bezug auf lokale oder regionale Chronologien führen, die oft vom politischen oder kulturellen Zentrum her konzipiert werden und wurden. Direkt wird so die Frage nach der Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen aufgeworfen, die sich gerade in der räumlichen Konkretisierung der Landesgeschichte fassen lässt.

Zweitens lässt sich das Zeitverständnis der historischen AkteurInnen rekonstruieren, was mentalitäts- und sozialhistorische Fragestellungen impliziert, da Zeit und ihr Erleben und Wahr-nehmen als soziale Kategorien sowohl aus der individuellen Perspektive als auch aus der Perspektive von Gruppen in den Blick genommen werden können. Religiöse Vorstellungen spiegeln sich hierin gesellschaftlich normiert genauso wider wie naturwissenschaftliche Erkenntnisse.

Die Analyse von Kontinuität und Wandel führt drittens zu Fragen nach Dekadenz und Rückschritt, nach Progression und Fortschritt – während Veränderung häufig leichter zu fassen ist, bereitet die Identifikation von Kontinuitätslinien oft methodische Schwierigkeiten: Die diachrone Perspektive der Landesgeschichte kann hier gängige Narrative in Frage stellen und mit ihrem Blick auf die Vielfalt historischer Entwicklungen vermeintliche Teleologien aufbrechen.

Diese und weitere Anfragen lassen sich bereits in der Qualifikationsphase an konzipierte oder bereits begonnene Forschungsarbeiten herantragen. Die Tagung lädt zur Reflexion darüber ein, wie dies konkret funktionieren kann.

Daneben soll sie NachwuchswissenschaftlerInnen Gelegenheit zur Vernetzung und zum Austausch geben, aber auch Raum lassen, um zukunftsweisende Themen und neue Positionierungen der Landesgeschichte zu diskutieren.

NachwuchswissenschaftlerInnen in und um die Promotionsphase sind sehr herzlich eingeladen, sich mit einem kurzen, aussagekräftigen Exposé für einen Workshop-Beitrag zu bewerben.

Kontakt

Dr. Markus Müller, Ludwig-Maximilians-Universität München
mueller.markus@lmu.de

Zitation
Zeit in der Landesgeschichte. In: H-Soz-Kult, 18.05.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-97702>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de

12) Slavistiktag 2022

Veranstalter
Verband der deutschen Slavistik (Ruhr-Universität Bochum)

Ausrichter
Ruhr-Universität Bochum
44780 Bochum

21.09.2022 - 24.09.2022
Anmeldung bis:
15.01.2022

Von
Thomas Skowronek, Seminar für Slavistik / Lotman-Institut für russische Kultur, Ruhr-Universität Bochum

Der 14. Deutsche Slavistiktag findet vom 21. bis 24. September 2022 an der Ruhr-Universität Bochum statt. Der Verband der deutschen Slavistik lädt alle promovierten Slavist:innen und Doktorand:innen aus dem deutschsprachigen Raum sowie internationale Gäste zur aktiven Teilnahme ein; die Einladung zur passiven Teilnahme richtet sich auch an Studierende.

Der Deutsche Slavistiktag ist die zentrale Tagung der deutschsprachigen Slavistik. Alle drei bis vier Jahre versammelt er Forschende, die sich mit der slavischen Welt und ihrer Erkundung im Bereich der Literatur-, Kultur- und Medienwissenschaft, der Linguistik und der Fachdidaktik auseinandersetzen.

Der 14. Deutsche Slavistiktag findet vom 21. bis 24. September 2022 an der Ruhr-Universität Bochum statt. Der Verband der deutschen Slavistik lädt alle promovierten Slavist:innen und Doktorand:innen aus dem deutschsprachigen Raum sowie internationale Gäste zur aktiven Teilnahme ein; die Einladung zur passiven Teilnahme richtet sich auch an Studierende. Ihre Bewerbung schicken Sie bitte an: slavtag2022@rub.de

Programm
- bis 15. Januar 2022: Bewerbung für aktive Teilnahme, Einreichung der Abstracts
- bis 15. Februar 2022: Information über die Annahme des Themenvorschlags
- 15. Februar – 1. Juni 2022: Nach Zusage Zahlung des Kongressbeitrags (verbindliche Anmeldung)
- bis 1. September 2022: Anmeldung für passive Teilnahme
- 21.–24. September 2022: 14. Deutscher Slavistiktag

Kontakt
slavtag2022@rub.de
https://slavtag2022.blogs.ruhr-uni-bochum.de

Zitation
Slavistiktag 2022. In: H-Soz-Kult, 06.05.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-97428>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

C.a) Ausstellungen usw. in Berlin und Umland .

STAATSBIBLIOTHEK ZU BERLIN – PREUSSISCHER KULTURBESITZ

Telefon
zentrale Einwahl +49 30 266 - 0
Information +49 30 266-433888

Ausstellung

01) Leonardos intellektueller Kosmos

Eine Ausstellung in Kooperation mit dem Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte, Berlin und dem Museo Galileo, Florenz

11. Mai – 26. Juni 2021

Di/Mi/Sb 11 – 19 Uhr

Do 11 – 21 Uhr

Fr 11 – 16 Uhr

Montag und Feiertage geschlossen.

Bitte informieren Sie sich vor Ihrem Besuch aktuell in unserem Ausstellungsblog unter http://sbb.berlin/ausstellungen über die tägliche Öffnungszeit und die Zugangsbedingungen

Online Anmeldung erforderlich!

Eintritt frei

Staatsbibliothek zu Berlin

Dietrich-Bonhoeffer-Saal

Potsdamer Straße 33

Virtuelle Ausstellung

BESICHTIGUNGSFÜHRUNGEN „AUFGABEN, GESCHICHTE UND ARCHITEKTUR“

Im Augenblick ist es uns leider nicht möglich, Führungen in unseren Häusern anzubieten.
Die in Berlin geltenden Vorschriften zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie sind im Hinblick auf Personenzahl und Abstandsmaße nicht mit unserem regulären Führungsangebot einzuhalten.
Bitte achten Sie auf unsere Webseiten - wenn Führungen wieder möglich sind, werden wir dort informieren.

Aktuelle Covid 19-Hygieneregeln für den Besuch in unseren Häusern:

https://staatsbibliothek-berlin.de/aktuelles/covid-19-hygieneregeln/

Alle Termine vorbehaltlich der aktuellen Corona-Situation. Hier halten wir Sie stets auf dem Laufenden:

https://blog.sbb.berlin/schliessung_coronavirus/

02) Newsletter | Digitaler Ausstellungsbesuch im März/April 2021

Kommunale Galerie Berlin

Frühling 2021 | Neue Ausstellungen in der Kommunalen Galerie Berlin

Kommunale Galerie Berlin <info@kommunalegalerie-berlin.de>

Kommunale Galerie Berlin

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde der Kommunalen Galerie Berlin,

mit einer digitalen Eröffnung und drei neuen Ausstellungen in der Galerie möchten wir Sie zu einem Frühlingsbesuch einladen.

Aufgrund der aktuellen Regelungen ist der Galeriebesuch derzeit nur nach vorheriger Anmeldung per Telefon und unter Vorlage eines tagesaktuell bescheinigten, negativen Ergebnisses eines Corona-Antigen-Schnelltestes möglich. Es gilt die Pflicht eine FFP2-Gesichtsmaske zu tragen.

Einen Termin können Sie montags bis freitags von 12 bis 16 Uhr unter Tel 030 9029-16704 buchen.

Für Ihren Besuch steht jeweils ein Zeitfenster von 1 Stunde innerhalb der regulären Öffnungszeiten zur Verfügung. Diese sind Dienstag bis Freitag 10 bis 17 Uhr, Mittwoch 10 bis 19 Uhr. Am Wochenende ist die Galerie vorerst geschlossen.

Es gilt die aktuelle SARS-CoV-2 Infektionsschutzverordnung des Landes Berlin. Weitere Informationen finden Sie hier.

https://www.kommunalegalerie-berlin.de/ausstellungen/aktuell/

Wir freuen uns über Ihren Besuch!

Das Team der Kommunalen Galerie Berlin

Andreas Göx/Hannes Wanderer, Time Out, Wilmersdorf, 2003

Time Out | Leere Läden in Berlin : revisited

Fotografie von Andreas Göx und Hannes Wanderer

Ausstellung
20. April bis 20. Juni 2021

Nicht McDonald's oder H&M, nicht Edeka oder Vodafone, nicht Media Markt oder Deutsche Bank, die mit Abstand größte Ladenkette in Berlin heißt "Zu vermieten" und ihr Slogan ist "Provisionsfrei". Die Läden sind winzig oder riesengroß, gepflegt oder verkommen, uralt oder hochmodern und alles

dazwischen. Sie sind in den Geschäftszentren und in den Wohngebieten, in der Innenstadt und in der Randbezirken, sie sind überall und es werden immer mehr. Jeder kennt sie, kaum einer hat sie gesehen.

Die Fotografien von Hannes Wanderer und Andreas Göx, die um die Jahrhunderwende entstanden sind, zeigen besondere *Einzelstücke, Ähnlichkeiten und Gemeinsamkeiten,*

Widersprüche und Kontraste sowie die Ambivalenz der Leerstands-Ästhetik - ganz Berlin in allen Facetten zwischen Konformität und Chaos.

Weitere Informationen hier:

https://www.kommunalegalerie-berlin.de/ausstellungen/aktuell/time-out-leere-laeden-in-berlin-revisited

---

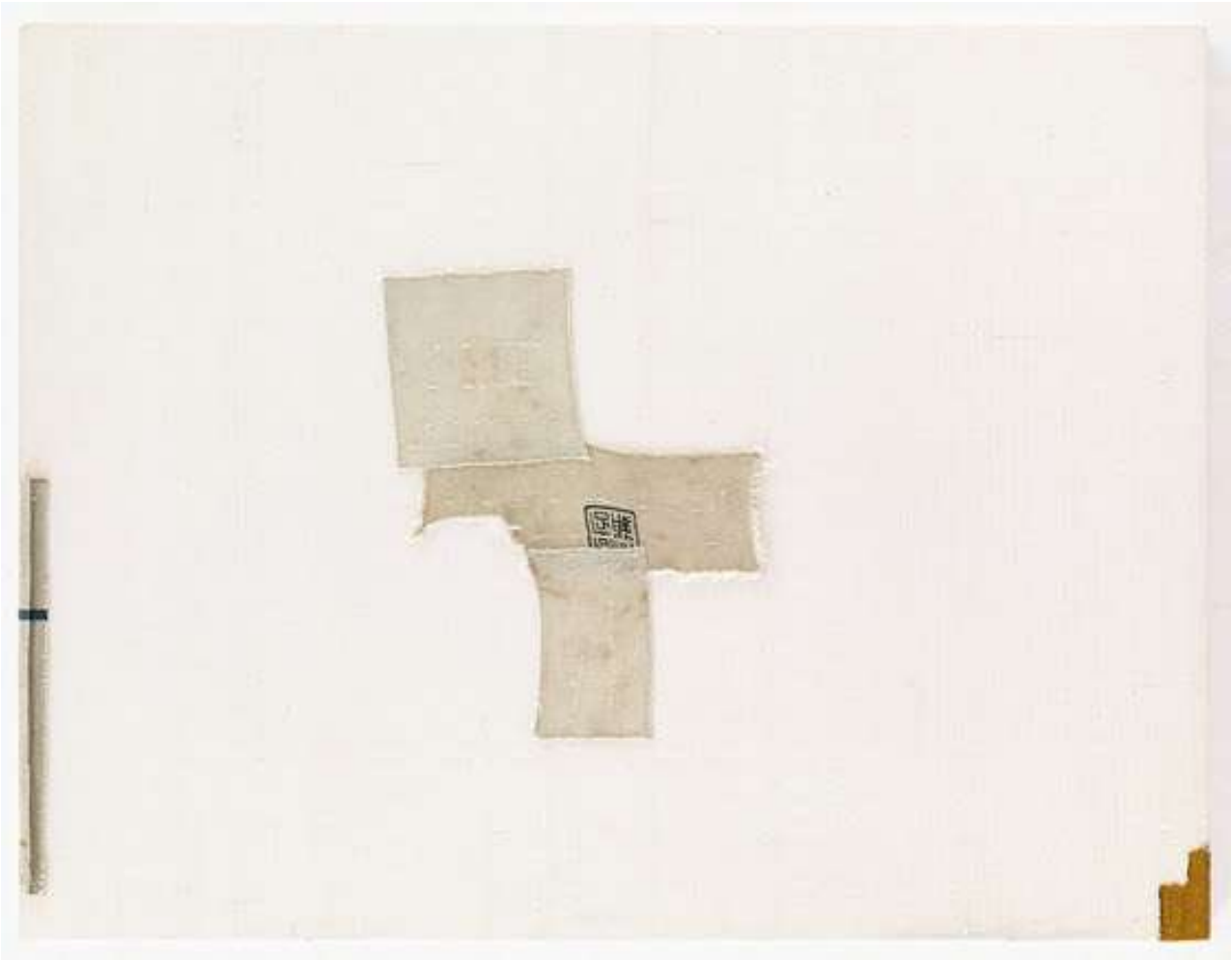
04) co:exist - ein multilog aus stadt, mensch und natur

Ausstellung
27. April bis 13. Juni 2021

Eröffnung DIGITAL am Sonntag, 25.04.2021

12 Uhr: live aus der Kommunalen Galerie Berlin über Instagram @kommunalekurator.innen
18 Uhr: Kurator*innen-Gespräch über zoom:

https://us02web.zoom.us/j/86354236563?pwd=VVVGMUN1LzFMQkh1T1ZTRVc2c3R1dz09



Meeting-ID: 863 5423 6563 / Kenncode: 289704

Natur, Menschen und bebaute Umgebung teilen sich endliche Ressourcen. Aber in welcher Beziehung stehen sie zueinander? In welchen Konstellationen begegnen sie sich? 17 künstlerische Positionen untersuchen Weisen des Zusammenlebens im urbanen Raum, loten Zwischenräume aus und befragen Formen des Zusammenspiels zwischen Symbiose, Synchronizität und Entfremdung.

Elf jugendliche Kurator*innen aus vier Schulen des Bezirks Charlottenburg-Wilmersdorf haben seit Herbst 2020 in ihrer Freizeit den Prozess einer Ausstellung von der Idee zur Umsetzung gemeinsam mit drei Kunstvermittler*innen selbst gestaltet; sie haben recherchiert, konzipiert, initiiert, verhandelt und organisiert. Die Ausstellung versteht sich dabei als ein vielstimmiger Multilog mit offenem Ausgang und als der Versuch eines hierarchiefreien Miteinanders – im Galerieraum und draußen in der Stadt: co:exist!

Weitere Informationen finden Sie hier.

https://www.kommunalegalerie-berlin.de/ausstellungen/vorschau/coexist/

uli fischer - Zeit Zeichen

Ausstellung
27. April bis 6. Juni 2021

Suchen, spüren, finden, berühren, sehen, ertasten, applizieren, komponieren, zusammenfügen, vernähen, auftrennen. Uli Fischer tritt in seiner vielschichtigen künstlerischen Praxis in Kommunikation mit vorgefundenen textilen Materialien, das durchdrungen ist von Zeit und Geschichte. Seine Werke spielen mit unseren Sehgewohnheiten und ästhetischen Erfahrungshorizonten – sie führen uns über die Epochen des Abstrakten Expressionismus und der Arte Povera in die Gegenwart. Allerdings geht er dem Bedürfnis nach Abstraktion nicht malerisch, sondern anhand der im Material vorhandenen Spuren des Gebrauchs und des Taktilen nach: Seine Bild-Objekte holen vor allem das bildnerische Wesen von textilem Material auf die Leinwand.

Weitere Informationen finden Sie hier.

https://www.kommunalegalerie-berlin.de/ausstellungen/vorschau/uli-fischer-zeit-zeichen/

Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin,
Abteilung Jugend, Familie, Bildung, Sport und Kultur,
Fachbereich Kultur

Kommunale Galerie Berlin
Hohenzollerndamm 176
10713 Berlin

t +49 30 9029 16704
info@kommunalegalerie-berlin.de
www.kommunalegalerie-berlin.de

Öffnungszeiten
Dienstag bis Freitag 10 bis 17 Uhr
Mittwoch 10 bis 19 Uhr

Eintritt frei

© Kommunale Galerie Berlin

Diese E-Mail wurde geschickt von der Kommunalen Galerie Berlin
info@kommunalegalerie-berlin.de

Museen Berlin Tempelhof-Schöneberg

Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg
Abteilung Bildung, Kultur und Soziales
Fachbereich Kunst, Kultur und Museen
Museen Tempelhof-Schöneberg

Museen Tempelhof-Schöneberg

Hauptstraße 40 /42
10827 Berlin

museum@ba-ts.berlin.de

Unser Sekretariat ereichen Sie zur Zeit:
Montag bis Donnerstag von 9 bis 15 Uhr
Freitag von 9 - 14 Uhr

Tel. 030 90277-6163
museum@ba-ts.berlin.de

+++ ***Aktuell*** +++

Ab Samstag 24. April 2021 sind alle Standorte der Museen Tempelhof-Schönerg im Rahmen des Infektionsschutzgesetzes bis auf Weiteres geschlossen!

Wir freuen uns darauf, Sie hoffentlich bald wieder in unseren neuen Ausstellungen zu begrüßen zu können, sobald die aktuelle Lage in Berlin eine Wiedereröffung der Kultureinrichtungen ermöglicht.

Bleiben Sie zuversichtlich.
Ihr Team der Museen Tempelhof-Schöneberg

03) Programme der Museen von Tempelhof-Schöneberg

SA 08.05. | 11:30 Uhr

Geschichtsparcours Papestraße

Die Führung entlang des **Geschichtsparcours Papestraße** lädt zur architektonischen und historischen Erkundung vor Ort ein. Anhand von 14 Stationen wird die Entwicklung dieses vielgestaltigen Areals skizziert – vom bäuerlichen »Großen Feld« über den Bau der Kasernenkomplexe der Eisenbahn-Regimenter Nr. 2 und Nr. 3 bis zum Bahnhof Südkreuz.

Spaziergang mit **Stefan Zollhauser**

SA 08.05. | 14 Uhr

Zwischen Straßenprotesten und Hausbesetzungen – Alternatives Leben in Schöneberg

Neben Kreuzberg entwickelte sich Schöneberg von Anfang der 1970er bis Anfang der 1980er-Jahre zu einem wichtigen Ort der Alternativkultur West-Berlins. Im Mittelpunkt unserer **Tour** stehen unterschiedliche Protestformen dieser Zeit, die sich gegen Wohnungsleerstand, Kahlschlagsanierung und die Aufhebung der Mietpreisbindung richteten. Dieser Kampf spielte sich vor allem rund um die Potsdamer-, Winterfeldt- und Bülowstraße ab.

Eine weitere Führung findet am Samstag, den **12.06.**, um **14 Uhr** statt.

Führung mit **Stefan Zollhauser**

SA 15.05. | 11 Uhr

ufaFabrik – die Kulturoase in Berlin Tempelhof

Die **ufaFabrik** entstand 1979 aus der »friedlichen Wiederinbetriebnahme« des ehemaligen UFA-Filmkopierwerks in Tempelhof. Die Gründer_innen wirkten schon seit 1972 in Handwerkskollektiven und den ersten Wohngemeinschaften in Kreuzberg zusammen. Mit anderen Akteur_innen wurde 1978 das erste große Umweltfestival »Umdenken Umschwenken« vorbereitet. Die **ufaFabrik** ist ein lebendiges Beispiel für Nachhaltigkeit: der Kalibrierung entlang der vier tragenden Säulen: Ökologie, Kultur, Ökonomie und Gemeinschaft.

Führung mit **Werner Wiartalla**

SA 15.05. | 13 Uhr

Graffiti in Schöneberg – eine Street-Art-Tour durch den Bezirk

Nach einem ersten Stopp vor dem Grishaus und einer kurzen Einführung in die **Graffitikunst** geht es zunächst zu einer eher unbekannten »Hall« am S-Bahnhof Schöneberg und anschließend durch die Gärten bis zur zweiten »Hall« im Naturpark am Priesterweg. Auf dem **Spaziergang** können Sie alle Ihre Fragen an einen echten Sprüher stellen.

Erfahren Sie in 1,5 Stunden, was **Graffiti** ist, wie man es liest und was diese Kunst alles bereithält.

Führung mit **gris**

SA 05.06. | 11 Uhr

Die ufaFabrik – Geschichte und Entwicklung des alternativen Kulturzentrums

Über 100 enthusiastische junge Leute begannen 1979 mit der **ufaFabrik** in Tempelhof ein Lebens- und Arbeitsprojekt aufzubauen. Ihre Vision war ein ökologisches, kulturelles und gemeinschaftlich geführtes Zentrum in regem Austausch mit der West-Berliner Stadtbevölkerung. Wie fing es an, was ist daraus geworden? **Sigrid Niemer**, Mitgründerin und bis heute in der ufaFabrik aktiv, begleitet Sie bei einem Blick hinter die Kulissen.

Führung mit **Siegried Niemer**

SO 06.06. | 11 Uhr

Welche Gärten für Berlin? Nachhaltige Konzepte für gemeinschaftliches Kleingärtnerm

Der Verein **Tempelhofer Berg e.V.** betreibt am Tempelhofer Damm einen Kleingarten und einen interkulturellen Gemeinschaftsgarten als Beispiele, wie zeitgemäße Gärten und Grünflächen in der Stadt aussehen könnten. Er unterstützt eine nachhaltige, ökologische Bewirtschaftung und entwickelt Konzepte auf Grundlage bestehender Ansätze von Kleingärten, interkulturellen Gärten und Gemeinschaftsgärten.

Der **Spaziergang** durch die Gärten bietet Raum zum gemeinsamen Austausch.

Führung mit **Wilfried Buettner**

SO 09.05. | 11 Uhr

Gedenken in Friedenau: Stolperstein-Weg

Vor den Friedenauer Villen und Jugendstil-Gebäuden liegen zahlreiche **Stolpersteine**. Wir sehen eigenwillige Architektur und hören vom Leben und Wirken berühmter Persönlichkeiten – wie Hans Magnus Enzensberger, Theodor Heuss, Karl und Luise Kautsky und vielen mehr – und von Menschen, die während der nationalsozialistischen Diktatur emigrierten oder deportiert wurden.

Führung mit **Dr. Petra T. Fritsche**

FR 14.05. | 17:30 Uhr

Koloniales Schöneberg

Was war die Botanische Zentralstelle für die deutschen Kolonien? Weshalb gibt es eine »Kolonie Samoa« in Schöneberg? Und wer deponierte eine »Höllenmaschine« im Reichsentschädigungsamt?

Der **Stadtspaziergang** erkundet die Lebenswelten zahlreicher Kolonialmigrant_innen und deren spärliche Erwerbsmöglichkeiten, thematisiert die Ausbeutung durch die koloniale Plantagenwirtschaft und verfolgt den Weg von Kaffee und Zucker. Dabei werden wir auch dem Usambaraveilchen begegnen.

Führung mit **Stefan Zollhauser**

SA 29.05. | 14 Uhr

Zwangsarbeit auf dem Tempelhofer Feld

Im Rahmen der Sonderausstellung »Nägel« am Informationsort Schwerbelastungskörper

Auf dem **Tempelhofer Feld** mussten im Nationalsozialismus tausende Menschen für Lufthansa und Weser Flugzeugbau Zwangsarbeit leisten. Spuren der menschenunwürdigen Barackenlager und zahlreiche Alltagsgegenstände wurden bei archäologischen Grabungen zwischen 2012 und 2014 offengelegt.

Der **Spaziergang** gibt Einblick in das Ausgrabungsprojekt und die Geschichte der Zwangsarbeit auf dem Tempelhofer Feld.

Eine weitere Führung findet am Sonntag, den **27.06.**, um **14 Uhr** statt.

Führung mit **Reinhard Bernbeck** und **Susan Pollock**

SO 30.05. | 15 Uhr

Rabbiner, Ritter, roter Apfel
Spuren jüdischen Lebens in Tempelhof

Anlässlich des Jubiläums 1700 Jahre jüdischer Spuren in Deutschland

Jüdisches Leben in **Tempelhof** gibt es schon lange – mal sehr offensichtlich wie im Falle einer Galerie mit dem Namen »Omanut«, mal sehr versteckt wie im Falle der Armen Ritterschaft Christi und des salomonischen Tempels zu Jerusalem. Diese **Tour** besucht historische und aktuelle Stationen, die dokumentieren, dass Tempelhof im Süden Berlins auf eine oftmals leise und unterschwellige Art multikultureller ist, als viele denken.

Führung mit **Marion Feise**

SA 12.06. | 11:30 Uhr

Von Muskelkraft und Pferdestärken
Feinstaubtour

Infolge von Industrialisierung und immensem Stadtwachstum im 19. Jahrhundert stellten sich ganz neue Fragen der Massenmobilität. Unser **Stadtspaziergang** verfolgt die verschiedenen Antworten der letzten 150 Jahre. Er erzählt von frühen Pferdeomnibussen, dem Fahrrad als erstem massentauglichen Individualverkehrsmittel und der seltsam kurzen U4. Dabei beschäftigen wir uns auch mit dem langanhaltenden Engagement der Bürgerinitiative Westtangente gegen die autogerechte Stadt und den verweigerten Lernprozessen der letzten Jahrzehnte.

Stadtspaziergang mit **Stefan Zollhauser**

SO 13.06. | 11 Uhr

Stark in Bildung, Kunst und Politik:
Die Frauen von Friedenau

Sie gründeten die erste Schule der Gemeinde, die erste Höhere Mädchenschule, prägten die moderne Kunst und die zeitgenössische Politik: Die Schwestern Melida und Henriette Roenneberg, Dadaistin Hannah Höch, Bildhauerin René Sintenis, und Politikerin Luise Kautsky. Die Ärztin Else Weil, die 1920 nur als »Externe« an der Schöneberger Hohenzollernschule ihr Abitur ablegen durfte, zählte zu den Pionierinnen unter den Akademikerinnen. Die **Führung** besucht die Wohn- und Wirkungsorte der Frauen.

Führung mit **Dr. Gerhild Komander**

Verrostete Nägel vom Tempelhofer Feld,
Foto: Sonya Schönberger, 2021

INFORMATIONSORT SCHWERBELASTUNGSKÖRPER

SA 1.5. – SO 31.10.

Nägel
Eine Installation von Sonya Schönberger

Sonderausstellung

Auf dem Tempelhofer Feld befanden sich ab 1941 Zwangsarbeitslager der Lufthansa und der Weser Flugzeugbau. Tausende Menschen unterschiedlicher Nationalitäten mussten unter menschenverachtenden Bedingungen für die nationalsozialistische Rüstungsproduktion arbeiten. Zwischen 2012 und 2014 brachten archäologische Grabungen historische Überreste der Zwangsarbeit hervor.

Die Künstlerin **Sonya Schönberger** lenkt mit ihrer Installation im Schwerbelastungskörper den Blick auf die unmenschliche Situation in den Lagern.

Ort: Informationsort Schwerbelastungskörper, General-Pape-Straße / Loewenhardtdamm, 12101 Berlin

Thälmannplatz, Berlin, 1949, Foto: Schumann (Postkartendetail)

Eine Ausstellung des Aktiven Museums Faschismus und Widerstand in Berlin e.V. in Kooperation mit der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz.

GEDENKORT SA-GEFÄNGNIS PAPESTRASSE

SA 29.5. – MI 29.9.

Ausgeblendet
Der Umgang mit NS-Täterorten in Ost-Berlin

Sonderausstellung

Im Stadtbild Berlins finden sich heute zahlreiche Gedenkstätten, Dokumentationszentren und Mahnmale, die an die nationalsozialistischen Verbrechen erinnern. Der Einrichtung vieler dieser Orte – gerade, wenn es sich um sogenannte Täterorte handelt – ging jedoch eine lange Geschichte des Ausblendens und Verschweigens sowie politischer Auseinandersetzungen voraus.

Die Ausstellung **Ausgeblendet** erzählt von diesem schwierigen Prozess der Sichtbarmachung in Ost-Berlin vor und nach der deutschen Wiedervereinigung.

Ort: Gedenkort SA-Gefängnis Papestraße, Werner-Voß-Damm 54 a, 12101 Berlin

SELBST ERKUNDEN

Geschichtsparcours Yorckbrücken

Die zwischen 1875 und 1940 entstandenen historischen Yorckbrücken prägen bis heute den lebendigen Stadtraum zwischen Schöneberg und Kreuzberg und bieten einen autofreien Spazierweg zwischen dem Park am Gleisdreieck und dem sogenannten Flaschenhalspark.

Der **Geschichtsparcours Yorckbrücken** mit seinen vielen Objektschildern lädt dazu ein, die Historie der einst über vierzig Brücken und die zahlreich erhaltenen baugeschichtlichen Spuren auf dem Gelände und in den angrenzenden Parks bei einem Spaziergang zu entdecken.

Für individuelle Entdeckungstouren erhalten Sie Faltpläne sowie eine reich bebilderte Begleitbroschüre bei den Museen Tempelhof-Schöneberg oder als PDF zum Download unter

www.museen-tempelhof-schoeneberg.de/medien-materialien.html
oder unter **www.yorckbruecken.de**

Foto: eckedesign

Foto: Museen Tempelhof-Schöneberg

SELBST ERKUNDEN

Geschichtsparcours Papestraße

Der **Open-Air-Geschichtsparcours** umfasst das Gelände zwischen der General-Pape-Straße im Westen, der Gontermannstraße im Osten sowie der Kolonnenbrücke im Norden und dem Werner-Voß-Damm im Süden. Anhand von 14 Stationen kann die spannende Geschichte des Geländes entdeckt werden, von der Nutzung als Pferderennbahn um 1840 über die Erschließung durch Eisenbahn und Militär bis zur Mischnutzung nach dem Zweiten Weltkrieg, als hier die Wilhelm-Foerster-Sternwarte ihr Domizil hatte.

Heute befinden sich auf dem Gelände u.a. der **Gedenkort SA-Gefängnis Papestraße** (siehe S. 64) und der **Informationsort Schwerbelastungskörper** (siehe S. 62).

Für die Tour zum Selbsterkunden durch dieses vielfältige Gebiet erhalten Sie die Broschüre kostenlos über die Bürgerbüros des Bezirksamtes oder zum Download unter
www.museen-tempelhof-schoeneberg.de/medien-materialien.html
oder unter **www.geschichtsparcours.de**

SELBST ERKUNDEN

Audioguide durch das Bayerische Viertel

An 29 Stationen führt ein neuer **Audioguide** durch das Bayerische Viertel. Vor der Zeit des Nationalsozialismus lebten hier viele jüdische Familien, die ab 1933 ausgegrenzt, verfolgt und ermordet wurden. Während einer Projektwoche des Jugend Museums forschten Jugendliche der Georg-von-Giesche-Schule zur Geschichte des Viertels im Nationalsozialismus und zu Biographien jüdischer Bewohnerinnen und Bewohner.

Den Audioguide finden Sie durch Scannen des QR-Codes oder unter
www.museen-tempelhof-schoeneberg.de/audioguide

Einen Faltplan mit Karte erhalten Sie kostenlos bei den Museen Tempelhof-Schöneberg und als PDF zum Download unter
www.museen-tempelhof-schoeneberg.de/medien-materialien.html

SELBST ERKUNDEN

INSEL TOUR

Die »Schöneberger Insel« ist ein lebendiges Viertel mit eindrucksvoller Architektur und wechselvoller Geschichte, das mit einem historischen Informationssystem zu Entdeckungstouren einlädt. 19 Stationen führen in einem historischen Rundgang quer durch den Kiez zwischen der Kolonnenstraße im Norden, dem Gasometer am südwestlichen Ende und dem Industriegelände an der Wilhelm-Kabus-Straße.

www.inseltour-berlin.de

Den Faltplan und ein reich bebildertes Booklet zur INSEL TOUR erhalten Sie kostenlos bei den Museen Tempelhof-Schöneberg und als PDFs zum Download unter:
www.museen-tempelhof-schoeneberg.de/medien-materialien.html

ARCHIV der MUSEEN TEMPELHOF-SCHÖNEBERG

SELBST ERKUNDEN

Schöneberg – gestern und heute

Im Rahmen des Digitalisierungsprojektes **»Herwarth Staudt und die Ruinen Schönebergs«** werden rund 100 ausgewählte Abbildungen der Staudt-Negative in der **berlinHistory App** zu entdecken sein. Neben Nachkriegsbildern des Stadtmuseums Berlin, des Deutsch-Russischen Museums Berlin-Karlshorst und des BVG-Archivs können auch Ruinen-Bilder der Museen Tempelhof-Schöneberg über die **Vorher-Nachher-Funktion** im Stadtraum verortet und mit aktuellen Fotos verglichen werden. Sie können das Projekt mit Ihrem Smartphone unterstützen und ergänzen.

Weitere Informationen finden Sie auf:
https://berlinhistory.app

berlinHistory.app

Ein partizipatives Angebot im Rahmen des Projektes »Herwarth Staudt und die Ruinen Schönebergs. Einzigartige Fotodokumente der Nachkriegszeit«

Gefördert durch die Senatsverwaltung für Kultur und Europa

BERLIN
Senatsverwaltung für Kultur und Europa

digiS

ARCHIV der MUSEEN TEMPELHOF-SCHÖNEBERG

DIGITAL

»Ein Zimmer für Frau allein«

Das Digitalisierungsprojekt zur Erschließung der Negativ-Sammlung Jürgen Henschel

Jürgen Henschel dokumentierte als Pressefotograf der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins die politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen in der Frontstadt. Ein Teilbestand der Schöneberger Negativ-Sammlung wurde im letzten Jahr digitalisiert und erstmals der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Der Bestand umfasst die Jahre zwischen 1978 und 1984, eine Zeit, in der mehrere hundert Häuser in Kreuzberg und Schöneberg besetzt wurden. Henschel hielt die Hausbesetzungen mit seiner Kamera fest und dokumentierte parallel dazu die Verwandlung Schönebergs in eine autogerechte Stadt.

Zu entdecken auf
www.museum-digital.de
www.deutsche-digitale-bibliothek.de

Gedenkveranstaltung unter Beteiligung der SEW (Sozialistische Einheitspartei Westberlins) und Kranzniederlegung am Unfallort des ein Jahr zuvor verunglückten Hausbesetzers Klaus-Jürgen Rattay in der Potsdamer Str. 127, 22. September 1982
Foto: Jürgen Henschel

Gefördert durch die Senatsverwaltung für Kultur und Europa

BERLIN Senatsverwaltung für Kultur und Europa

d:g:S

ARCHIV der MUSEEN TEMPELHOF-SCHÖNEBERG

DIGITAL

Herwarth Staudt und die Ruinen Schönebergs

Einzigartige Fotodokumente der Nachkriegszeit digital zu entdecken

Zur Dokumentation kriegszerstörter Häuser fotografierte **Herwarth Staudt** im Auftrag des bezirklichen Baulenkungsamtes zwischen 1949 und 1957 die Ruinen in Schöneberg. Insgesamt verzeichnete der Bezirk einen Verlust von 35 000 Wohnungen, was 60 Prozent aller Gebäude in Schöneberg entsprach. Mit dem Digitalisierungsprojekt wird der Zugang zu diesem stark nachgefragten Bestand erleichtert und die Langzeitarchivierung der Abbildungen gesichert.

Zu entdecken auf
www.museum-digital.de
www.deutsche-digitale-bibliothek.de

Trümmer auf dem Gelände der Thorwaldsenstraße 1–2, 10. Januar 1954, Foto: Herwarth Staudt

Gefördert durch die Senatsverwaltung für Kultur und Europa

BERLIN Senatsverwaltung für Kultur und Europa

d:g:S

Foto: Museen Tempelhof-Schöneberg

IM STADTRAUM

STOLPERSTEINE

Wir freuen uns darauf, in 2021 wieder mehr **Stolpersteine** zu verlegen. In diesem Jahr plant auch der Künstler **Gunter Demnig** erneut nach Berlin zu kommen. Darüber hinaus warten viele Steine im Schöneberg Museum, die wir in Absprache mit den Angehörigen zu einem passenden Zeitpunkt verlegen werden.

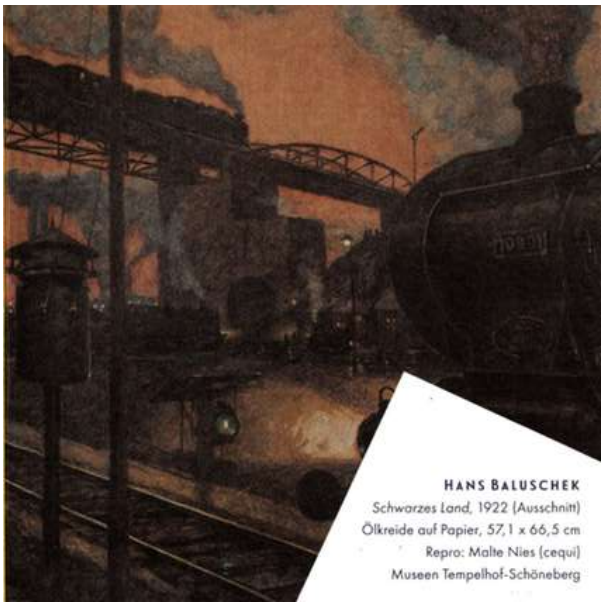
Informationen zu den Verlegungen erfahren Sie über unsere Homepage und unseren Email-Verteiler.

Informationen unter
www.museen-tempelhof-schoeneberg.de/stolpersteine
Anmeldung zum Email-Verteiler unter
stolpersteine@ba-ts.berlin.de

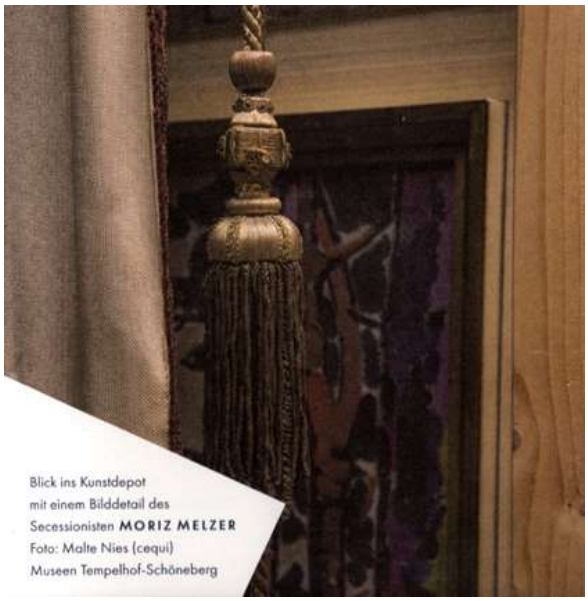
04) Enthüllte Schätze. 101 Jahre Schöneberger Kunstdepot. Kunstausstellung, 24.04. bis 06.08.2021

Vor mehr als 101 Jahren wurde der Grundstock für die heutige Kunstsammlung der Museen Tempelhof-Schöneberg gelegt. 1919 erwarb die damals noch selbständige Stadt Schöneberg die Kunstschätze der urtsansässigen Sammlerfamilie Levinstein. Durch weitere Ankäufe und Schenkungen entstand nach und nach ein facettenreiches Kunstdepot, das inzwischen über 600 Bilder und Skulpturen beherbergt. Das Jubiläum ist ein willkommener Anlass, um einige dieser Kunstwerke nach langer Zeit wieder zu enthüllen.

Mit Hans Baluschek, Marlene Dietrich, Editha Krause-Droth, Brigitte Krüger, Georg Netzband, Moriz Melzer, Ludwig von Hofmann und Albert Einstein stehen Künstler-innen, Secessionisten und einflussreiche Persönlichkeiten im Mittelpunkt der Ausstellung. Die Bilder lassen die Betrachter-innen eintauchen in die Berliner Kunstszene des ausgehenden 19. und 20. Jahrhunderts. Sie geben Einblicke in damalige Straßenszenen und führen durch abstrakte Landschaften sowie stimmungsvolle Hinterhöfe – bis hin zum Schöneberger Gasometer.



HANS BALUSCHEK
Schwarzes Land, 1922 (Ausschnitt)
Ölkreide auf Papier, 57,1 x 66,5 cm
Repro: Malte Nies (cequi)
Museen Tempelhof-Schöneberg



Blick ins Kunstdepot
mit einem Bilddetail des
Secessionisten **MORIZ MELZER**
Foto: Malte Nies (cequi)
Museen Tempelhof-Schöneberg

BEGLEITPROGRAMM

Zur Ausstellung gibt es ein vielfältiges Begleitprogramm – mit Stadtspaziergängen zum Gasometer auf der „Schöneberger Insel" und kreativen Ferienangeboten für Kinder.

Aktuelle Informationen dazu finden Sie auf
www.museen-tempelhof-schoeneberg.de

SAMMLUNGSKATALOG

Der Sammlungskatalog *Verborgene Schätze. 100 Jahre Kunstsammlung der Museen Tempelhof-Schöneberg* ist reich bebildert und bietet neben vier Essays auch ein umfangreiches Werkverzeichnis.

Die Publikation ist im Museum erhältlich.

Museen Tempelhof-Schöneberg

VERANSTALTER
Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg von Berlin
Abt. Bildung, Kultur und Soziales
Fachbereich Kunst, Kultur, Museen

SCHÖNEBERG MUSEUM
Hauptstraße 40/42, 10827 Berlin
museum@ba-ts.berlin.de
Tel. 030–90277 6163

ÖFFNUNGSZEITEN
Sa–Do 14–18 Uhr, Fr 9–14 Uhr
Für Schulklassen und Gruppen nach Voranmeldung
Mo–Do 9–14 Uhr und nach Vereinbarung
Eintritt frei

WWW.MUSEEN-TEMPELHOF-SCHOENEBERG.DE

05) „Kommt Schwimmen“. Das Seebad Mariendorf 1876 – 1950
Tempelhof-Museum, 07.05. bis 10.10.2021

06) Fritz Bauer. Der Staatsanwalt. NS-Verbrechen vor Gericht
28.04. bis 17.10.2021, Topographie des Terrors

Sonderausstellung | Special Exhibition

FRITZ BAUER. DER STAATSANWALT. NS-VERBRECHEN VOR GERICHT

FRITZ BAUER. DISTRICT ATTORNEY. PROSECUTING NAZI CRIMES

28. April – 17. Oktober 2021
täglich | daily 10 – 20 Uhr
Eintritt frei | Admission free

Dokumentationszentrum Topographie des Terrors
Niederkirchnerstraße 8, 10963 Berlin

Weitere Informationen | Further information
www.topographie.de

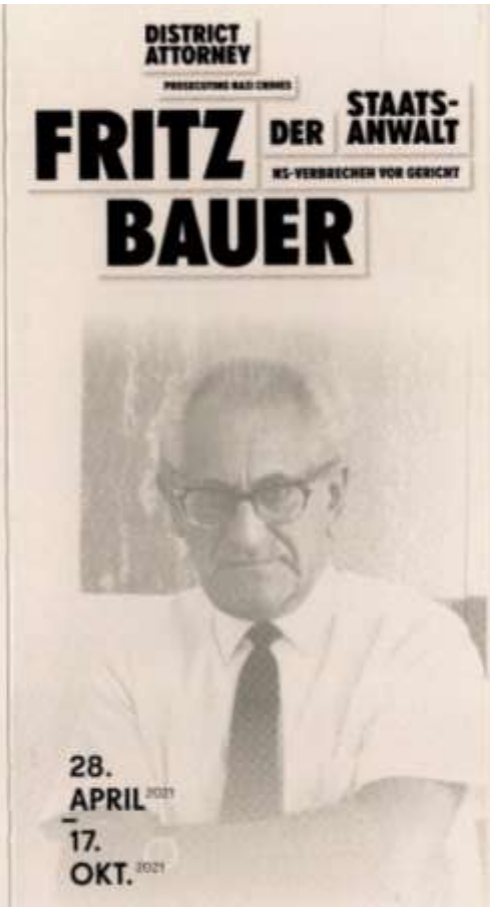
Eine Ausstellung von | An exhibition of

Fritz Bauer Institut Geschichte und Wirkung der Holocaust

JÜDISCHES MUSEUM FRANKFURT

Die Ausstellung wurde gefördert von | Exhibition supported by
Hamburger Stiftung zur Förderung von Wissenschaft und Kultur
Dr. Nicolaus und Dr. Christiane Weickart
und | and

Das Dokumentationszentrum Topographie des Terrors wird gefördert von | The Topography of Terror Documentation Center is supported by



FRITZ BAUER. DER STAATSANWALT. NS-VERBRECHEN VOR GERICHT

DIENSTAG, 27. APRIL 2021, 19 UHR
Ausstellungseröffnung im Livestream
Dokumentationszentrum Topographie des Terrors
Eine Teilnahme vor Ort ist nicht möglich.

Begrüßung
Dr. Andrea Riedle
Direktorin der Stiftung Topographie des Terrors, Berlin

Grußworte
Christine Lambrecht
Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz

Dr. Klaus Lederer
Senator für Kultur und Europa des Landes Berlin

Zur Ausstellung
Prof. Dr. Sybille Steinbacher
Direktorin des Fritz Bauer Instituts, Frankfurt/M.

Dr. Monika Boll
Kuratorin der Ausstellung

www.topographie.de/livestream
Der Stream der Ausstellungseröffnung ist anschließend 14 Tage abrufbar.

Ausstellung

Fritz Bauer gehört zu den bedeutendsten und juristisch einflussreichsten jüdischen Remigranten im Nachkriegsdeutschland. Gegen erhebliche Widerstände brachte er als Staatsanwalt wichtige Strafverfahren gegen NS-Täter auf den Weg, insbesondere den Frankfurter Auschwitz-Prozess. Einen entscheidenden Anteil hatte er auch an der Ergreifung Adolf Eichmanns, dem als ehemaligem Leiter des „Judenreferats" im Reichssicherheitshauptamt in Israel der Prozess gemacht wurde.

Die Ausstellung dokumentiert mit vielen Originalobjekten sowie Ton- und Filmaufnahmen Fritz Bauers Lebensgeschichte im Spiegel der historischen Ereignisse. 1930 zum jüngsten Amtsrichter der Weimarer Republik ernannt, wurde er während der NS-Zeit als Jude und Sozialdemokrat verfolgt. Er floh aus Deutschland und kehrte 1949 zurück. Fritz Bauers Auffassung, ein Staatsanwalt habe in erster Linie die Menschenwürde zu schützen, gerade auch gegen staatliche Gewalt, revolutionierte das überkommene Bild dieses Amtes – ein wichtiger Schritt auf dem Weg der Demokratisierung in der frühen Bundesrepublik.

Exhibition

Fritz Bauer was one of the most important and legally influential returned Jewish emigrants in post-war Germany. As a district attorney, he initiated important criminal proceedings against Nazi perpetrators, in particular the Frankfurt Auschwitz trial, despite considerable opposition. He also played a decisive role in the capture of Adolf Eichmann, who was put on trial in Israel for his crimes as former head of the "Jewish Affairs Section" at the Reich Security Main Office.

This exhibition documents Fritz Bauer's life history in the context of broader historical events, using original exhibits, sound and film recordings. A Jew and Social Democrat who, in 1930, became the youngest district judge in the Weimar Republic, he was subject to persecution in the Nazi period. He escaped Germany, returning only in 1949. Fritz Bauer's view that a district attorney is first and foremost responsible for protecting human dignity, especially against state violence, revolutionized the traditional view of this office – an important step forward in democratisation in the early Federal Republic.

Begleitprogramm

DIENSTAG, 13. JULI 2021, 19 UHR
Fritz Bauer und der Umgang mit der NS-Vergangenheit
Vorträge und Lesung:
Prof. Dr. Lena Foljanty, Wien
Dr. David Johst, Halle
Moderation: Dr. Stephanie Bohra, Berlin

DIENSTAG, 31. AUGUST 2021, 19 UHR
Diener des Rechts und der Vernichtung. Das Verfahren gegen die Teilnehmer der Konferenz von 1941 oder: Die Justiz gegen Fritz Bauer
Buchpräsentation: Christoph Schneider, Frankfurt/M.
Moderation: Dr. Tobias Freimüller, Frankfurt/M.

DIENSTAG, 12. OKTOBER 2021, 19 UHR
Fritz Bauer und der Auschwitz-Prozess
Vortrag: Prof. Dr. Sybille Steinbacher, Frankfurt/M.
Moderation: PD Dr. Annette Weinke, Jena

Ob die Veranstaltungen, wie geplant, im Auditorium des Dokumentationszentrums stattfinden können oder als Livestream angeboten werden, steht derzeit noch nicht fest. Bitte informieren Sie sich kurzfristig unter www.topographie.de

Titelfoto | Title photo
Fritz Bauer, 1965
© fotografie stefan moses, München

Brandenburg-Preußen Museum
Wustrau

Andrea Seehausen
Büro- und Innenleitung
Brandenburg-Preußen Museum
Eichenallee 7a
16818 Wustrau
Tel. 033925-70798
Fax 033925-70799
museum@bpm-wustrau.de
www.brandenburg-preussen-museum.de
Brandenburg-Preußen Museum
Ehrhardt-Bödecker-Stiftung
Stifter: Ehrhardt Bödecker (1925-2016)
Vorstand: Dr. Andreas Bödecker, Elvira Tasbach

07) Besucherinformation Mai 2021 - Museum öffnet wieder ab 7. Mai 2021

Liebe Freunde und Freundinnen des Brandenburg-Preußen Museums,

wenige Tage nach Eröffnung einer der schönsten Sonderausstellungen unseres Museums haben wir leider wegen der Corona-Infektionszahlen in unserem Landkreis wieder schließen müssen.
Nun haben die Maßnahmen offenbar Erfolg gezeigt, ab Freitag und auch am kommenden Wochenende ist das Brandenburg-Preußen Museum wieder offen und hoffentlich auch darüber hinaus. Und wir freuen uns, Ihnen die Sonderausstellung

(K)ein Kinderspiel – Spielzeug als Spiegel der Industrialisierung

zu zeigen.

Es gibt noch eine gute Nachricht aus Wustrau: Gemeinsam mit der Gemeinde Fehrbellin haben wir zwei sehr schöne und ganz unterschiedliche Rundwanderwege ab und nach Wustrau entwickelt, die nun ausgeschildert sind und der Wanderer harren, die den Frühling in der Natur genießen wollen. Der **Zieten-Rundweg** ist 5,8 km lang, er führt über den Rhin und dann nach links durch Wald und Wiese nach Altfriesack und entlang dem Ruppiner See zurück. Der **Constanze-Rundweg** ist 8,5 km lang und führt durch den historischen Dorfkern, knickt dann am preußischen Meilenstein links ab nach Buskow und führt in einer Schleife zum See und dann am See entlang zurück nach Wustrau – besonders für Vogelliebhaber zu empfehlen. In den Bäumen und Büschen herrscht Hochbetrieb. Für jeden der beiden Wanderwege hängt eine Karte dieser E-Mail an.

Auf Ihrer Wanderung können Sie täglich Fischbrötchen in der Fischerei Pfefferkorn bekommen und am Wochenende auch Kaffee und Kuchen im Café Constance. Sonntags bei schönem Wetter gibt es Essen im Theodors und voraussichtlich ab Pfingsten Eis im Birdegg´s. Wir hoffen sehr, dass ab Pfingsten die Gastronomie zumindest außen wieder öffnen kann.

Da wir nur eine begrenzte Zahl von Besuchern gleichzeitig ins Museum lassen dürfen und für Museen eine Anmeldepflicht angeordnet ist, buchen Sie bitte über unsere Homepage ein Zeitfenster oder rufen Sie uns bitte vorher unter 033925 / 70 798 an bzw. senden Sie bitte eine E-Mail, damit wir Ihnen Ihre Besuchszeit reservieren.

Herzliche Grüße, und bleiben Sie gesund!
Ihr Brandenburg-Preußen Museum

Brandenburg-Preußen Museum
Eichenallee 7a
16818 Wustrau
Tel. 033925-70798
Fax 033925-70799
museum@bpm-wustrau.de
www.brandenburg-preussen-museum.de

Das Brandenburg-Preußen Museum
wird getragen von der
Ehrhardt-Bödecker-Stiftung
Stifter: Ehrhardt Bödecker (1925-2016)
Vorstand:
Dr. Andreas Bödecker, Elvira Tasbach
Steuernummer 27/643/03936

Wustrau-Altfriesack
Altfriesack
Zieten-Rundwanderweg
Länge des Rundweges: 5,8 km = 1 Stunde 20 Minuten

Constance-Rundwanderweg
Länge des Rundweges: 8,5 km = 2 Stunden

08) „Vom Eise befreit sind Strom und Bäche…“ Brandenburg-Preußen Museum Wustrau:
Ausstellung „[K]Ein Kinderspiel: Spielzeug als Spiegel der Industrialisierung vom 21.03. bis 05.12.2021

C. b) Ausstellungen außerhalb des Raumes von Berlin

WESTPREUSSISCHES LANDESMUSEUM

- Die Adresse des Westpreußischen Landesmuseums lautet:
  Franziskanerkloster
  Klosterstraße 21
  48231 Warendorf

- Bei Terminanfragen, Anmeldungen, Adressenänderungen oder Shop-Bestellungen erreichen Sie die Aufsicht
- *telefonisch:*
  02581 92777-13

- Das Geschäftszimmer erreichen Sie
- *telefonisch:*
  02581 92777-0
- *per Fax:*
  02581 92777-14
- *per E-Mail:*
  sekretariat@westpreussisches-landesmuseum.de

01) Augenblicke«. Gemälde und Zeichnungen
von Rolf Löhrmann

22. April bis 20. Juni 2021

Flucht, Vertreibung und Migration: Themen, die seit den neuen Flüchtlingswellen, mit hunderttausenden Schutz suchender Menschen in den vergangenen Jahren eine neue Aktualität in Deutschland erreicht haben. Die Sonderausstellung mit Werken des Malers und Grafikers Rolf Löhrmann (geb. 1950 in Hannover) widmet sich dem Thema Menschen auf der Flucht in intensiver Weise.

Die Motive der seit 2017 entstandenen Arbeiten findet der Künstler in den Printmedien oder in den Weiten des Internets. Fast alle Arbeiten basieren auf sogenannten Schnappschüssen: spontane Fotos ohne jegliche Inszenierung. Die Authentizität der Aufnahmen ist dabei von besonderer Bedeutung. Oftmals sind es nur Details, die Rolf Löhrmann aus dem Gesamtgeschehen herausgreift und in großformatige Acrylbilder und Tuschzeichnungen umsetzt. Durch künstlerische Verfremdung und Überhöhung macht Löhrmann auf das Leid der oftmals traumatisierten Menschen aufmerksam.

In dem Bestreben wider das Vergessen liegt die Schnittmenge zwischen den Arbeiten Rolf Löhrmanns und dem Westpreußischen Landesmuseum, das in seiner Dauerausstellung unter anderem auch den Themenkomplex Flucht und Vertreibung der aus Westpreußen stammenden Menschen nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges dokumentiert und für die Nachwelt sichtbar macht.

BEGLEITVERANSTALTUNGEN ZUR SONDERAUSSTELLUNG:

Öffentliche Führungen und Künstlergespräche mit Rolf Löhrmann:
19. Mai.2021 um 16.00 Uhr
20. Juni 2021 um 15.00 Uhr

Lesung mit **Dr. Andreas Kossert**
17. Juni um 18.00 Uhr
»Flucht eine Menschheitsgeschichte«
(weitere Informationen)

Alle Veranstaltungen finden statt, sofern es die Coronaschutzauflagen zulassen. Bitte beachten Sie dazu die jeweils aktuellen Ankündigungen auf unserer Homepage

- Dauerausstellung
- Ausgewählte Abteilungen
- Sonderausstellung
- Die nächsten Ausstellungen
- Frühere Sonderausstellungen
- Virtuelle Rundgänge
- Katalog-Archiv
- Öffnungszeiten:
  Dienstag – Sonntag
  10 – 18 Uhr
- Eintritt:
  Eintrittspreis 4,00 €
  ermäßigt 2,50 €
  Familienkarte 7,00 €

Lngen

- Übersichtsplan über
  die Museumsräume *(PDF)*
  - **Führungen durch die Ausstellungen**
  - Nächste Sonderführungen
- Aktuelle Ausstellung in Krockow

Abonnements des museums

Das Westpreußische Landesmuseum wird gefördert durch:

Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien

Ministerium für Kultur und Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen

LWL Für die Menschen. Für Westfalen-Lippe.

WARENDORF DIE STADT

Trägerin des Museums:
KULTURSTIFTUNG
WESTPREUSSEN

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde des Westpreußischen Landesmuseums,

seit Anfang 2021 bieten wir Ihnen die Möglichkeit, Teile unserer Dauerausstellung virtuell zu besuchen und zu entdecken. Dieses neue Angebot findet erfreulicherweise regen Zulauf.

In den vergangenen Wochen konnten wir Ihnen bereits die Ausstellungsbereiche Handel und Industrie sowie Religion und Konfessionen vorstellen. Ab sofort haben Sie die Möglichkeit, sich in den Bereichen ALLTAGSKULTUR UND LANDLEBEN des historischen Westpreußen umzuschauen. Dazu gehört auch eine Betrachtung der Kaschubei bzw. der Kaschuben. Diese Volksgruppe hat seit Jahrhunderten ihre eigene Sprache und eigene Kultur bewahrt.

Wir freuen uns, mit dieser neuen Präsentation Ihr Bild des Westpreußischen Landesmuseums und seiner Sammlungen weiter ergänzen zu können. Neben der Möglichkeit, die Rundgänge über unsere Homepage zu unternehmen, können Sie uns auch auf Facebook und Instagram besuchen. Dort versorgen wir Sie fortlaufend mit Eindrücken und Neuigkeiten aus unserem Haus.

Es grüßt Sie herzlich das Team des
Westpreußischen Landesmuseums

Links: Dr. Martin Steinkühler (wissenschaftlicher Mitarbeiter) Rechts: Thomas Hölscher (Museumstechniker) hat die virtuellen Rundgänge technisch umgesetzt

02) Wolfskinder. Ausstellung zum Thema »Verlassen zwischen Ostpreußen und Litauen«. Haus der Heimat in Stuttgart

»Sofern es überhaupt ein ›Bewältigen‹ der Vergangenheit gibt, besteht es in dem Nacherzählen dessen, was sich ereignet hat; aber auch dies Nacherzählen, das Geschichte formt, löst keine Probleme und beschwichtigt kein Leiden, es bewältigt nichts endgültig, es hilft aber, ›die innere Wahrheit des Geschehens so transparent in die Erscheinung‹ zu bringen, daß man sagen kann: Ja, so ist es gewesen.«

Hannah Arendt

Nach dem mehrjährigen Vernichtungskrieg des nationalsozialistischen Deutschland in Ost- und Mitteleuropa mit allein 25 Millionen sowjetischer Opfer – etwa die Hälfte Zivilisten – stand die Rote Armee 1944 vor Ostpreußen, der östlichsten Provinz des Deutschen Reichs.

Hunderttausende Deutsche flohen, um befürchteter Rache und Vergeltung zu entgehen. Immer wieder gingen Kinder auf der Flucht verloren oder erlebten die Ermordung der eigenen Familie. Andere mussten ohnmächtig mit ansehen, wie ihre Geschwister verhungerten, die Großeltern aus Schwäche starben oder die Mutter einer Epidemie erlag. Auf sich alleine gestellt, versuchten diese Kinder in der freien Natur des Baltikums zu überleben. Gegen Hunger, Kälte und sowjetische Willkür führten sie einen Kampf um Leben und Tod.

Einige fanden Unterschlupf bei litauischen Bauern, die sie heimlich aufnahmen und notdürftig versorgten. Im Gegenzug halfen die Kinder auf den Höfen aus. Eine Schulbildung blieb den meisten verwehrt, ein Großteil kann bis heute weder lesen noch schreiben. In der Regel erhielten die Kinder eine neue Identität und litauische Namen, um ihre Herkunft zu verschleiern. So blieben sie Jahrzehnte hinter dem Eisernen Vorhang zurück ohne dass ihr Schicksal einer größeren Öffentlichkeit bekannt war. Seit dem Fall der Sowjetunion Anfang der neunziger Jahre veränderte sich auch das Leben der Wolfskinder.

Vermisst, verloren, vergessen …

Die Wanderausstellung »Wolfskinder – Verlassen zwischen Ostpreußen und Litauen« dokumentiert in nie zuvor gezeigten Bildern und Textzeugnissen den Weg der Wolfskinder bis heute. Die Ausstellung basiert auf einem Oral History Projekt der Fotografin **Claudia Heinermann** und der Journalistin **Sonya Winterberg**. Für diese einzigartige Dokumentation reisten sie über mehrere Jahre nach Litauen, um die dort lebenden Wolfskinder zu besuchen. Mit ihnen sprachen sie über die Erlebnisse der Kindheit, die Flucht und das Leben hinter dem Eisernen Vorhang – ohne Wurzeln und voll der Sehnsucht nach Familie und Verwandten. Ihre bewegenden Schicksale werden so dem Vergessen entrissen und öffnen sich zu einem vielschichtigen Panorama der Zeitgeschichte.

Eröffnung

Donnerstag, 06. Mai 2021
18:00 Uhr
Voraussichtlich online auf der Website des Hauses der Heimat
weitere Informationen

Öffnungszeiten

Montag, Dienstag und Donnerstag
9:00 Uhr bis 15:30 Uhr

Mittwoch
9:00 Uhr bis 18 Uhr
Im August und an gesetzlichen Feiertagen geschlossen

Derzeitige Bedingungen

Bitte informieren Sie sich vor einem Besuch auf der Homepage www.hdhbw.de oder telefonisch 0711/669510 über die aktuell gültigen Zugangsvoraussetzungen und Hygienevorschriften.

Der Eintritt ist frei. Die Ausstellungs- und Veranstaltungsräume sind nicht barrierefrei.

Begleitprogramm

Montag, 17. Mai 2021, 18:00 Uhr
Haus der Heimat, Großer Saal
Nur der Himmel blieb derselbe.
Ostpreußens Hungerkinder erzählen vom Überleben
Ein Vortrag von Dr. Christopher Spatz
Der Bremer Historiker und Autor Christopher Spatz recherchierte das Leben der damaligen Waisenkinder und besuchte sie. In Interviews erzählten ihm die zwischen 1930 und 1942 Geborenen, wie sie das Unmögliche schafften und überlebten. Manche landeten in sowjetischen Heimen, andere flohen auf eigene Faust nach Litauen, um ihr Leben zu retten. Was erlebten damals Vier- und Sechsjährige in den Heimen? Wie bewältigten Acht- und Zehnjährige den Weg in ein fremdes Land, ohne Mutter, Zielort und Sprachkenntnisse? Welche Erfahrungen sammelten sie beim Betteln?
Bitte informieren Sie sich rechtzeitig auf www.hdhbw.de*,*
ob bzw. unter welchen Zugangsvoraussetzungen die Veranstaltung stattfinden kann.

Dienstag, 29. Juni 2021, 18:30 Uhr
Live-Vortrag und Diskussion **nur online** unter www.hdhbw.de
Die Folgen des Zweiten Weltkriegs für das nördliche Ostpreußen und Litauen
Vortrag von Prof. Dr. Joachim Tauber
Prof. Dr. Joachim Tauber (Nordost-Institut an der Universität Hamburg) erläutert in seinem Vortrag die Übergangszeit vom Kriegsende bis in die 1950er-Jahre. Die Sowjetunion über¬nahm das nördliche Ostpreußen und begann damit, Siedler aus anderen Teilen der Sowjetunion anzusiedeln. In Litauen stand ein Teil der Bevölkerung hinter der kommunistischen Diktatur, ein anderer Teil leistete in verschiedenen Formen Widerstand. Es folgten viele Jahre andauernde Umwälzungen in politischer, sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht.

Das Buch zu Ausstellung

Wolfskinder, Fotos Claudia Heinermann, Texte Sonya Winterberg, Epilog Wolfgang Frhr. v. Stetten
50,00 €, ISBN 978-90-814089-3-6

Ausführliche Informationen zum Projekt:
www.wolfskinder.eu

Die Ausstellung wurde vom Deutschen Kulturforum östliches Europa in Kooperation mit dem Ostpreußischen Landesmuseum Lüneburg erstellt und wird präsentiert vom Haus der Heimat des Landes Baden-Württemberg

Das Kulturforum wird gefördert von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien

Foto: Reinhard Werner Bundt. © Claudia Heinermann, 2015

03) Oberschlesien am Scheideweg

Sonnabend, 20. März 2021, 15:00 Uhr

Zum **100. Jahrestag der Volksabstimmung in Oberschlesien** wird am Sonnabend, dem 20. März 2021 um 15 Uhr – leider nur digital - die neue Schau „Polen oder Deutschland? Oberschlesien am Scheideweg“ eröffnet. Das Oberschlesische Landesmuseum (Bahnhofstr. 62, D 40883 Ratingen) widmet diesem wichtigen historischen Ereignis eine eigene Sonderausstellung. Sie erzählt von den Vorbereitungen, dem Verlauf und den Folgen der Volksabstimmung. Weitere Veranstaltungen, darunter eine international besetzte wissenschaftliche Tagung am 11./12. Juni 2021 und ein Begleitfilm, den das Kulturreferat für Oberschlesien gemeinsam mit der Landeszentrale für Politische Bildung Nordrhein-Westfalen und der Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus erarbeitet hat, werden das Begleitprogramm im Jubiläumsjahr darstellen.

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 28, 2021

Wien, am 08. März 2021

Polen oder Deutschland? Oberschlesien am Scheideweg
Zum 100. Jahrestag der Volksabstimmung in Oberschlesien
20. März bis 31. Dezember 2021

Digitale Ausstellungseröffnung am 20. März 2021 um 15 Uhr auf YouTube

Nach dem ersten Weltkrieg brach die altbekannte Ordnung Europas zusammen. Die Revolution fegte die Monarchien hinweg. Auf den Trümmern der Imperien der Habsburger, der Hohenzollern und der Romanows begannen neue, auf nationalen Ideen basierende Staaten zu entstehen, die nach ethnischer Homogenität strebten. Dort, wo die Bevölkerung ethnisch heterogen zusammengesetzt war, kam es zu regionalen Konflikten um Land, staatliche Zugehörigkeit und nationale Identität.

Der Hauptschauplatz dieser Ereignisse war Mittel- und Ostmitteleuropa. Auch die Polen in den preußischen Ostprovinzen forderten den Anschluss ihrer Heimatgebiete an den gerade entstandenen polnischen Staat. Weitere bewaffnete Konfrontationen schienen unvermeidlich und sollten durch Volksabstimmungen verhindert werden. Der am 28. Juni 1919 unterzeichnete Versailler Friedensvertrag, der auf dem Grundsatz der Selbstbestimmung der Völker beruhte, wurde zum Fundament der zu schaffenden neuen Ordnung in Europa.

So standen die Bewohner Oberschlesiens vor einem Dilemma: „Polen oder Deutschland?“ Vor diese Entscheidung gestellt, stimmten am 20. März 1921 knapp 60 Prozent der Wähler für den Verbleib Oberschlesiens bei Deutschland und 40 Prozent votierten für eine Abtretung an Polen. Die Abstimmung wurde von mehreren Aufständen begleitet. Ein von Wojciech Korfanty angeführter Aufstand im Mai 1921 sollte die vollständige Angliederung an Polen durchsetzen, vermochte die Teilung Oberschlesiens im Juni 1922 aber nicht zu verhindern. Auf Beschluss der Pariser Botschafterkonferenz wurde Oberschlesien geteilt. 29 Prozent des Landes mit dem größten Teil des oberschlesischen Industriegebiets fiel an Polen. Die Teilung Oberschlesiens hatte weitreichende Folgen. Die Grenze durchschnitt eine jahrhundertelang gewachsene multiethnische, multikulturelle und mehrsprachige Region.

Am 20. März 2021 jährt sich die Volksabstimmung in Oberschlesien zum 100. Mal. Das Oberschlesische Landesmuseum widmet diesem wichtigen historischen Ereignis eine eigene Sonderausstellung. Sie erzählt von den Vorbereitungen, dem Verlauf und den Folgen der Volksabstimmung und präsentiert erstmals in dieser Zusammenstellung Exponate aus mehreren Museen in Polen, die durch Objekte aus der Sammlung des Oberschlesischen Landesmuseums ergänzt werden. Zu sehen sind Fahnen, Abzeichen, Waffen, Dokumente zur Abstimmung, Ausweise, Orden, eine Wahlurne sowie historische Fotografien und vieles mehr.

Die Ausstellung schärft zugleich den Blick auf die heutige Zeit. Die polnisch-deutsche Auseinandersetzung um Oberschlesien von vor hundert Jahren ist ein exemplarisches Beispiel dafür, zu welchen tragischen Konsequenzen ethnisch-nationale Konflikte führen können. Denn ein mit der ethnisch-nationalen Frage verbundenes Gewaltpotential besteht nach wie vor, wie der blutige Bürgerkrieg im zerfallenden Jugoslawien in den 1990er Jahren oder – in jüngster Zeit – die Konflikte in der Ostukraine und um die Region Berg-Karabach zeigen. Die Beschäftigung mit diesem historischen Ereignis mahnt uns bis heute, zwischenstaatlichen Interessenausgleich, Minderheitenschutz und den respektvollen Umgang der Völker Europas ernst zu nehmen.

Seite 449 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 791 vom 03.06.2021

Weitere Highlights im Jubiläumsjahr

Am 11./12. Juni 2021 findet in der Stiftung Haus Oberschlesien eine international besetzte **wissenschaftliche Tagung** zum Plebiszit in Oberschlesien statt.

Außerdem wird der 35-minütige **Bildungsfilm „Ein europäischer Konflikt. Der Abstimmungskampf um Oberschlesien 1921“** – eine Co-Produktion des Kulturreferenten für Oberschlesien, der Landeszentrale für Politische Bildung Nordrhein-Westfalen, der Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus, dem Oberschlesischen Landesmuseum und der Arche-Noah Filmproduktion – rechtzeitig zur Ausstellungseröffnung fertiggestellt sein.

http://oberschlesisches-landesmuseum.de/ausstellungen/vor-ort/1225-ab-dem-20-3-2021-polen-oder-deutschland-oberschlesien-am-scheideweg.html
Seite 341 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 788 vom 22.04.2021

04) Museum für Russlanddeutsche Kulturgeschichte in Detmold

MUSEUM FÜR RUSSLANDDEUTSCHE KULTURGESCHICHTE

Liebe Museumsfreunde!

Wir freuen uns sehr über Ihr Interesse an unserem Veranstaltungsangebot. Leider ist damit zu rechnen, dass wir auch in diesem Jahr immer wieder neu aushandeln müssen, ob und in welcher Weise unsere Veranstaltungen stattfinden können. Bitte besuchen Sie uns regelmäßig auf unserer Homepage www.russlanddeutsche.de, um zu erfahren, in welcher Form die jeweiligen Veranstaltungen durchgeführt werden.

Alles Gute und beste Grüße

Ihr Museumsteam

Georgstraße 24
32756 Detmold
Ruf: 05231-921 6900
museum@russlanddeutsche.de
https://www.russlanddeutsche.de

Kulturreferat:
Ruf: 05231-921 6913
Mobil: 0162-646 2913
e.warkentin@russlanddeutsche.de

05) Einblicke ins Depot des Sudetendeutschen Museums

Im Sudetendeutschen Museum in München sind mehr als tausend Ausstellungsstücke zu sehen. Weniger bekannt ist das Depot des Museums, das rund 40.000 weitere Objekte beherbergt. Im Depot findet ein wesentlicher Teil der musealen Arbeit statt: Hier werden neue Exponate aufgenommen, digital inventarisiert, konservatorisch behandelt und für eine spätere Präsentation - zum Beispiel im Rahmen von Sonderausstellungen - aufbewahrt. Mit diesem Kurzfilm erhalten Sie einen exklusiven Einblick in das Depot des Sudetendeutschen Museums, begleitet von Sammlungsleiter **Klaus Mohr**:

https://www.youtube.com/watch?v=lAM3t3udysM

Übrigens: bis zum 31. Juli 2021 ist der Eintritt ins Museum – nach vorheriger Anmeldung – gratis!

https://www.sudetendeutsche-stiftung.de/sudetendeutschesmuseum/index.html

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 65, 2021

Wien, am 27. Mai 2021

E. a) Neuerscheinungen auf dem Bücher- und Zeitschriftenmarkt

A. Besprechungen

Wir lesen!

B. Besprechungen in Arbeit

01) Alexander-Kenneth Nagel: Corona und andere Weltuntergänge. Apokalyptische Krisenhermeneutik in der modernen Gesellschaft.
(Bielefeld) [transcript] (2021). 209 Seiten.
= Kulturen der Gesellschaft.48.
Print-ISBN 978-3-8376-5595-7. € 30,00.
PDF-ISBN 978-3-8394-5595-1.
Rezensent: Dr. Gerd Klöwer, Berlin

02) Svenja Kück: Heimat und Migration. Ein transdisziplinärer Ansatz anhand biographischer Interviews mit geflüchteten Menschen in Deutschland.
(3 Abb., 2 Tab.). (Bielefeld) transcript (2021). 293 Seiten.
ISBN 978-3-8376-5511-7 (Print), 978-3-8394-5511-1 (pdf). € 48,00.
Rezensentin: Frau Dr. Maria Werthan, Langerwehe

03) Breslau – Freizeit und Konsum. (zahlreiche historische und aktuelle Abb. im Text, Abb. auf den Klapp-Umschlagseiten). Hg. von Heinke Kalinke, Tobias Weger, Łukasz Bieniasz
(Berlin/Boston) de Gruyter (2021). 313 Seiten.
= Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa. Band 81.
ISBN 978-3-11-070298-9. € 49,95.
Rezensent: Reinhard M. W. Hanke, Berlin

04) Arne Frank unter Mitarbeit von Katrin Schulz: Das schlesische Elysium. Burgen, Schlösser, Herrenhäuser und Parks im Hirschberger Tal. (mit zahlreichen mehrfarbigen und SW-Abbildungen im Text, 2 mehrfarbigen Karten auf den Innenseiten).
Fünfte, überarbeitetete und erweiterte Auflage.
(Potsdam) Deutsches Kulturforum östliches Europa (2021). 307 Seiten.
ISBN 978-3-9361168-90-7. € 19,80.
Rezensent: Peter Börner, Siegburg

C. Zur Besprechung in der Redaktion eingegangen

01) Ziko van Dijk: Wikis und die Wikipedia verstehen. Eine Einführung. (13 Abb., 18 Tab.). (Bielefeld) [transcript] (2021). 338 Seiten.
ISBN 978-3-8376-5645-9. € 35,00.
E-Book (EPUB) Open Access PDF-ISBN 978-3-8394-5694-3. € 38,99?

02) Steffen Reiche: Tief träumen und hellwach sein. Politiker und Pfarrer mit Leidenschaft. Ein autobiografischer Essay. (22 SW-Fotos im Text). (Bonn) Dietz (2020). 261 Seiten. ISBN 978-3-8012-0461-7. € 24,00.

03) Manfred Kittel: Stiefkinder des Wirtschaftswunders? Die deutschen Ostvertriebenen und die Politik des Lastenausgleichs (1952 bis 1975). (Düsseldorf) Droste Verlag 2020. 671 Seiten.
= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Band 182. ISBN 978-3-7700-5349-0. € 68,00.

04) Handbuch Landesgeschichte. (43 Abb., darunter einige mehrfarbige Abb.). Hrsg. von Werner Freitag, Michael Kißener, Christine Reinle und Sabine Ullmann.
(Berlin) De Gruyter Oldenbourg. (2018). XII, 706 Seiten. = de Gruyter Reference.
Gebunden ISBN 978-3-11-035411-9. € 99,95.

05) Handbuch qualitative und visuelle Methoden der Raumforschung. (zahlreiche Abbildungen, Tabellen).
Hg. von Anna Juliane Heinrich, Séverine Marguin, Angela Million, Jörg Stollmann.
Bielefeld: Transcript Verlag (2021). 464 Seiten. = utb. Band 5582.
Print-ISBN 978-3-8252-5582-4. € 29,90.
PDF-ISBN 978-3-8385-5582-9.

06) Das Museum der Zukunft. 43 neue Beiträge zur Diskussion über die Zukunft des Museums. Hrsg. von schnittpunkt und Joachim Baur. (mit mehrfarb. und SW-Abb.). (Bielefeld) transcript (2020).
313 Seiten. ISBN 978-3-8376-5270-3. € 29,00.

07) Judith Heß: Europäisierung des Gedenkens? Der Erste Weltkrieg in deutschen und britischen Ausstellungen. (15 SW-Abbildungen).
(Bielefeld) transcript (2021). 356 Seiten.
Print-ISBN 978-3-8376-5619-0. € 60,00.
PDF-ISBN 978-3-8394-5619-4. € 59,99.

08) Nicht nur Bauhaus. Netzwerke der Moderne in Mitteleuropa / Not just Bauhaus. Networks of Modernity in Central Europe. Herausgegeben von Beate Störtekuhl und Rafał Makała. (mit zahlreichen schwarz-Weißen und mehrfarbigen Abb.). (Berlin / Boston) de Gruyter/Oldenbourg (2020).
400 Seiten.
= Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa. Band 77. ISBN 978-3-11-065876-7. € 59, 59.

09) Christofer Herrmann / Kazimierz Pospieszny / Ernst Gierlich (Hrsg.): Spiegel der Fürstenmacht. Residenzbauten in Ostmitteleuropa im Spätmittelalter – Typen, Strukturen, Ausschmückung. (zahlreiche Farbfotos, zahlreiche mehrfarbige und einfarbige Abb.). (Bonn) Kulturstiftung der Vertriebenen (1921). 289 Seiten.
ISBN 978-3-88557-243.5. € 24,90.

10) Hans-Jürgen Kämpfert: Naturwissenschaft am Unterlauf der Weichsel. Einrichtungen und Persönlichkeiten. (zahlreiche Abb., Stadtplan Danzigs von 1822 auf den Umschlaginnenseiten vorn, Landkarte Westpreußen auf den Umschlaginnenseiten hinten).
Münster / Westfalen: Nicolaus-Copernicus-Verlag 2020. XI, 396 Seiten.
= Quellen und Darstellungen zur Geschichte Westpreußens. Nr. 42.
ISBN 978-3-924238-58-2. € 40,00.

11) Christhardt Henschel (Hg.): Ostpreußens Kriegsbeute. Der Regierungsbezirk Zichenau 1939 – 1945. (19 SW-Abbildungen im Text). (Osnabrück) fibre (2021). 416 Seiten.
= Einzelveröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts Warschau.42.
ISBN 978-3-944870-75-5. € 58,00.

12) Arno Mentzel-Reuters und Stefan Samerski (Hg.). Castrum sanctae Mariae: Die Marienburg als Burg, Residenz und Museum. (mit 102 Abb.).
Göttingen: V & R Unipress 2019. 505 Seiten.
= Vestigia Prussica. Forschungen zur Ost- und Westpreußischen Landesgeschichte. Band 1. ISBN 978-3-8471-0883-2. € 59.99.

13) Naturpark Barnim von Berlin bis zur Schorfheide. Eine landeskundliche Bestandsaufnahme. Hg. von Peter Gärtner, Lisa Merkel, Haik Thomas Porada (mit 181 zumeist mehr-farbigen Abb. im Text; 1 Übersichtskarte-Suchpunkte und 1 Tafel mit 4 mehrfarbigen Abb. in Tasche).
Wien, Köln, Weimar. Böhlau Verlag (2020). 496 Seiten.
= Landschaften in Deutschland. Band 80 (herausgegeben im Auftrag des Leibniz-Instituts für Länderkunde und der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig). ISBN 978-3-412-51378-8. € 30,00.

14) Peter Bahl: Belastung und Bereicherung. Vertriebenenintegration in Brandenburg ab 1945. (Berlin) Berliner Wissenschaftsverlag (2020). XVII, 1.718 Seiten.
= Bibliothek der brandenburgischen und preußischen Geschichte. Im Auftrag des Brandenburgischen Hauptarchivs und der Historischen Kommission zu Berlin herausgegeben von Mario Glauert und Michael Wildt. Band 17.
ISBN Print 978-3-8305-5016-7. € 125,00.
ISBN E-Book 978-3-8305-4186-8. Freier Zugang. € 0,00.

Briefe und Leserbriefe *(Seite 223)*

Lesen und schreiben!

01) Einbahnstraße Borstellstraße – eine Fehlentscheidung.
Brief an die Straßenverkehrsamt von Berlin Steglitz-Zehlendorf

Verkehrszeichen Richtzeichen...

§ 42 Richtzeichen:
Richtzeichen geben besondere Hinweise zur Erleichterung des Verkehrs. Sie können auch AnordnunSehr geehrte Damen und Herren,

tiefbauamt@ba-sz.berlin.de

Ccc: bzbm@ba-sz.berlin.de

Bcc: agom.westpreussen.berlin@gmail.com

13.04.2021, 10:40 Uhr

wegen einer Baustelle ist seit einigen Wochen u.a. der Abschnitt der Borstellstraße zwischen Brandenburgischer Straße und Albrechtstraße zur Einbahnstraße umgewidmet worden. Ich halte das nach meinen Beobachtungen nicht für klug!

Es ist ein verhältnismäßig kurzer Straßenabschnitt von etwa 20 Metern. Nach meinen Beobachtungen ignorieren nicht nur große Lastfahrzeuge diese Regelung und fahren von der Brandenburgischen Straße in Richtung Albrechtstraße der Einbahnstraße-Regelung entgegen. Den großen Lastfahrzeugen ist das auch nicht zu verdenken, denn andernfalls müssten sie sich im Zuge der Borstellstraße durch die mit Autos enggestellten Straßen quälen, sofern sie überhaupt von der Brandenburgischen Straße her nach rechts in die Borstellstraße Richtung Stephanstraße (auch eine Einbahnstraße zwischen Albrechtstraße und Borstellstraße) einbiegen können: es ist dort aufgrund einer Baustellenabsperrung sehr eng.

Aber nicht nur Laster-, sondern auch PKW-Fahrer ignorieren die o.g. Einbahnstraßenregelung.

Ich halte es daher für sinnvoller, wenn statt der Beschilderung als „Einbahnstraße“ Richtzeichen nach § 42 der Straßenverkehrsordnung aufgestellt werden: so weit mir bekannt roter bzw. weißer Pfeil auf blauem Grund (waren die früher nicht anders gestaltet?).

Ich freue mich auf die Umsetzung meines Vorschlags und Ihre Eingangsbestätigung zu meinem Vorschlag, den Sie bitte an die zuständige Stelle weitergeben.

Mit freundlichen Grüßen
Reinhard M. W. Hanke,
Vorsitzender der Landsmannschaft Westpreußen e. V. Berlin

c/o Büro der Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin
Brandenburgische Straße 24 Steglitz
12167 Berlin
Ruf: 030-257 97 533, Fax auf Anfrage
www.westpreussen-berlin.de
www.ostmitteleuropa.de

19.04.2021

Sehr geehrte Damen und Herren vom Tiefbauamt usw.,

zu meinem bislang unbeantworteten Schreiben vom 13. April 2021 ergänze ich:
nach meinen Beobachtungen wird auch die Einbahnstraßen-Ausschilderung der Borstellstraße zwischen Brandenburgische Straße und Stephanstraße nicht nur von LKW-Fahrern, sondern auch von PKW-Fahrern ignoriert. Sie Sollten handeln.

In Erwartung Ihrer freundlichen Antwort verbleibe ich mit freundlichen Grüßen
Reinhard M. W. Hanke

Anmerkung von Reinhard M. W. Hanke am 02.06.2021:
Das Tiefbauamt hat am 19.04.2021 meinen Brief zuständigkeitshalber an die Straßenverkehrsamt des Bezirks weitergeleitet.
Eine Antwort ist bis heute ausgeblieben….

Borstellstraße, Blick Richtung Albrechtstraße von Ecke Brandenburgische Straße

Vom selben Standort: Borstellstraße Richtung Stephanstraße. *Aufnahmen (2): Reinhard M.W. Hanke*

02) Freude durch die Firma AUDI

Lieber Herr Hanke,

es kam eine neudeutsche Antwort, die mich zu erneuter Antwort bewegte. Auf meinen Brief hin schrieben auch einige meiner Bekannten an die Audianer_Innen, was ja nie schaden kann.
==========
==========
Von: KUNDENBETREUUNG@AUDI.DE <KUNDENBETREUUNG@AUDI.DE>
Gesendet: Mittwoch, 26. Mai 2021 09:03
An: schuwi39359@a1.net
Betreff: Ihre Nachricht vom 22. Mai 2021

Sehr geehrter Herr Dattenböck,
vielen Dank für Ihre Nachricht vom 22. Mai 2021 an Herrn Diess und die Vorstandschaft der AUDI AG. Wir sind gebeten worden, Ihnen in deren Auftrag zu antworten.

Vorab möchten wir uns für Ihre langjährige Loyalität zur Marke Audi und unseren Produkten aufrichtig bedanken. Umso mehr bedauern wir, dass Sie jetzt Anlass haben uns Ihr Unverständnis zur Vorgehensweise der AUDI AG im Rahmen einer gender-gerechten Schrift und Sprache, mitzuteilen. Aufgrund dessen werden Sie in Zukunft einen anderen Hersteller bevorzugen.

Gerne nehmen wir zu Ihrem Anliegen Stellung.

Audi möchte eine Organisationskultur pflegen, die von gegenseitigem Respekt und Wertschätzung geprägt ist. Die Verwendung gendersensibler Sprache bedeutet eine Kommunikation, die alle Geschlechter und geschlechtlichen Identitäten wertschätzt und berücksichtigt. Gendersensible Sprache ist Ausdruck einer sichtbaren, positiven Haltung zu Vielfalt und Chancengleichheit. Die Verwendung gendersensibler Sprache gilt für die schriftliche, offizielle Kommunikation von Audi.

Wir haben uns bei Audi entschieden, die Verwendung gendersensibler Sprache über eine Richtlinie zu regeln. Dies hat verschiedene Gründe: Als Konzern mit fast 59.000 Mitarbeitenden allein in Deutschland brauchen wir ein einheitliches Erscheinungsbild in der Kommunikation. Die Vorgaben, z.B. die Nutzung des Gender Gaps, dienen auch der Standardisierung unserer Unternehmenssprache, sie helfen bei der Umsetzung und schaffen Klarheit für die Mitarbeitenden. Diese Orientierung haben sich viele Mitarbeitende schon vor Inkrafttreten der Richtlinie explizit gewünscht.

Der Betriebsrat unterstützt die Haltung, die Audi mit gendersensibler Sprache bezogen hat.

Sehr geehrter Herr Dattenböck, wir freuen uns, Ihnen auch unseren Standpunkt zu Ihrem Anliegen erläutern zu dürfen. Gerne möchten wir Sie auch in Zukunft als zufriedenen Kunden unserer Marke bei allen weiteren Fragen und Anregungen betreuen.
Freundliche Grüße aus Ingolstadt und bleiben Sie gesund.

Sehr geehrter Herr Brickl, sehr geehrte Frau Winter!

Alle deutschen Dialekte, Jahrtausende alt, auch unsere in langen Zeiträumen gewachsene Hochsprache, waren und sind ungeheuer sensibel, viel sensibler als die meisten Sprachen dieser Erde.
Sie wissen das scheinbar in Ihrer streng rational-technischen Ahnungslosigkeit nicht!
Die Kulturmenschen unterscheiden sich vom Schimpansen dadurch, daß sie Freude und Trauer in Musik, in Gesang, in Lyrik und Prosa, ohne Gender, ausdrücken können.
Die deutsche Sprache wertschätzt und berücksichtigt(e) immer alle Menschen: Frau, Mann, Kind, Alte, Junge, Traurige und Fröhliche.
Man mußte es zu allen Zeiten nur selbst wollen, denn per Gender-Gesetz und Vorschriften erzwingt man grundsätzlich anständiges, menschliches Verhalten nie!

Unsere Muttersprache war und ist, von ihrem grundlegenden Wesen her, immer positiv, äußerst vielfältig und gab und gibt allen die gleichen Chancen!
Die deutsche Sprache war bis vor 100 Jahren die die Sprache der Wissenschaft, der Techniker, der Gebildeten und der Kultur: in Osteuropa, bis nach Rußland, war sie, ohne Gender, für Jahrhunderte die anerkannte Leitsprache.
Nicht umsonst kommen die bekanntesten Analytiker, Denker, Dichter und technischen Erfinder dieser Welt aus dem deutschen Raum, sie benötigten zu keiner Zeit ein „wertschätzendes Gendersternchen“:

Johannes Gutenberg, Mann des 2. Jahrtausends,
Wilhelm Conrad Röntgen,
Friedrich v. Schiller,
Werner von Siemens,
Johann Wolfgang v. Goethe,
Johann Philipp Reis,
Sebastian Bach,
Lothar Meyer,
Ludwig v. Beethoven,
Gottlieb Daimler und Carl Benz,
Oskar Barnack,
Otto Hahn,
Wolfang Amadeus Mozart,
Heinrich Göbel,
Konrad Zuse,
Helmut Göttrup
und noch viele tausende unserer Genies!

Die Muttersprache ist das Abbild unserer Seele und die Ausdrucksform unseres Geistes, sie ist mehr als nur ein Mittel der Verständigung: sie ist die Grundlage jeder menschlichen Identität und unseres Wesens!

Die ideologischen Machenschaften einer winzigen Minderheit von selbsternannten „Genderologen“ hat nun eine Jahrtausendalte Kulturnation zum Affen degradiert: „Liebe Prostatapatient_Innen“.
Die diktatorische Zerstörung der Sprache von „oben“ und auch von unten: „Barkblaz nur fir Käste“ (gelesen in einer „deutschen“ Großstadt), ruft berechtigten Widerstand hervor:

60 Prozent aller Bundesbürger lehnen das zerstörende „Genderdeutsch“ entschieden ab, verabscheuen zutiefst das „Gendersternchen“, wie ebenso die Zwangssexualisierung unserer Muttersprache!
Wieviel Haß (oder bodenlose Blödheit?) gegen Deutschland und die Deutschen steckt bei diesem Anschlag dahinter?
Die große Mehrheit aller Deutschen weiß, daß mit „Gender“ nicht nur unser kulturelles Wesen, sondern auch die Weltgeltung der deutschen Wirtschaft verschwindet.
Die von den Audianer_Innen propagierte „Sprache“ ist das Gespött der Welt, ruft in Kulturnationen wie z.B. Japan, nur Mitleid oder auch Schadenfreude mit Hohn hervor.

Der chinesische Denker Konfuzius (*551 v. Chr. †479 v. Chr.) schrieb: „Wenn die Sprache nicht stimmt, dann ist das, was gesagt wird, nicht das, was gemeint ist“.

Sie haben mich mit Ihrer Antwort auf keinen Fall zu Audi zurückgeholt, im Gegenteil!
Mit höflichem Gruß
Georg Dattenböck

P.S.:
Ich werde mir erlauben, diesen Brief in meinem Freundeskreis zu verbreiten.

Der Ihnen wohl nicht ganz unbekannte Prof. Fritz Indra zerstört auch die E-Auto-Träume der Audianer_Innen: https://www.servustv.com/videos/aa-2577hvsw51w12/

Am Fr., 21. Mai 2021 um 21:45 Uhr schrieb <schuwi39359@a1.net>:

An den Vorstand von Audi:
Dr. Herbert Diess
Markus Duesmann
Dirk Große-Loheide
Oliver Hoffmann
Peter Kössler
Sabine Maaßen
Jürgen Rittersberger
Hildegard Wortmann

Durch „Servus-TV“ wurde mir bekannt, daß die Firma Audi einen "Leitfaden für gendersensible Sprache" für alle Mitarbeiter herausbrachte und ein Mitarbeiter dagegen beim Landgericht Ingolstadt klagt.
"Sprache für mehr Vielfalt - Audi gendert" lautet Ihre Mitteilung.
Ich darf Ihnen mitteilen: ich fuhr ab Mitte der 90er Jahre drei Audi-Avant A4, wobei ich auf den letzten Wagen bisher 317.000 km gefahren habe.
Nun stand ein neuer A6 Quattro auf meiner Liste.
Nachdem ich soeben auf Ihren irren Anschlag auf unsere Kultur und Sprache aufmerksam wurde, werde ich in Zukunft auf ein anderes, gleichwertiges Auto umsteigen.
„Die spinnen, die Audianer-innen“, sagte angeblich bereits Asterix -- ich schließe mich ohne Vorbehalt an.

MfG
Georg Dattenböck

IMPRESSUM

Büro der Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin:
Brandenburgische Straße 24 Steglitz,
12167 Berlin
Ruf: 030-257 97 533; Fax-Nr. auf Anfrage.
Öffnungszeit: Mo 10-12 Uhr und nach Vereinbarung.
<agom.westpreussen.berlin@gmail.com>

Unsere Geschäftsstelle im Sockelgeschoss des Hauses Brandenburgische Straße 24 in Berlin-Steglit
Kontakt zur Wohnbevölkerung und zu den Vorbeiwandernden ist selbstverständlich!

P. Jordan: „Großgliederung Europas nach kulturräumlichen Kriterien“, Europa Regional 13 (2005), Heft 4, Leibniz-Institut für Länderkunde, Leipzig. Karte Europa Grünes Band.png *https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Grossgliederung_Europas.png*

<u>Eine eindeutige Definition der geografischen Regionen West- und Ostmitteleuropa ist kaum sinnvoll, weil die historische Entwicklung und der Entwicklungsstand[1] der dort liegenden Staaten zu berücksichtigen wäre.</u>

Im Sprachgebrauch West- und Mitteleuropas spiegelt sich annähernd folgende Zuordnung der Staaten wider:

- Westmitteleuropa: Deutschland, Österreich, die Schweiz und Liechtenstein
- Ostmitteleuropa: zumindest Polen, Tschechien, die Slowakei und Ungarn. Manchmal werden auch Rumänien, Slowenien und Kroatien dazugezählt.

Landschaftlich gehört Ostösterreich zu Ostmitteleuropa, die Zuordnung Österreichs zu Westmitteleuropa wurzelt politisch-geographisch in der Zeit des mittleren zwanzigsten Jahrhunderts. Physisch ist hier die Grenze im Raum zwischen Alpen und Böhmischer Masse zu sehen. Diese Grenze entspricht etwa den klimatischen Grenzen des atlantischen Einflussbereichs zum Pannonischen Klima.

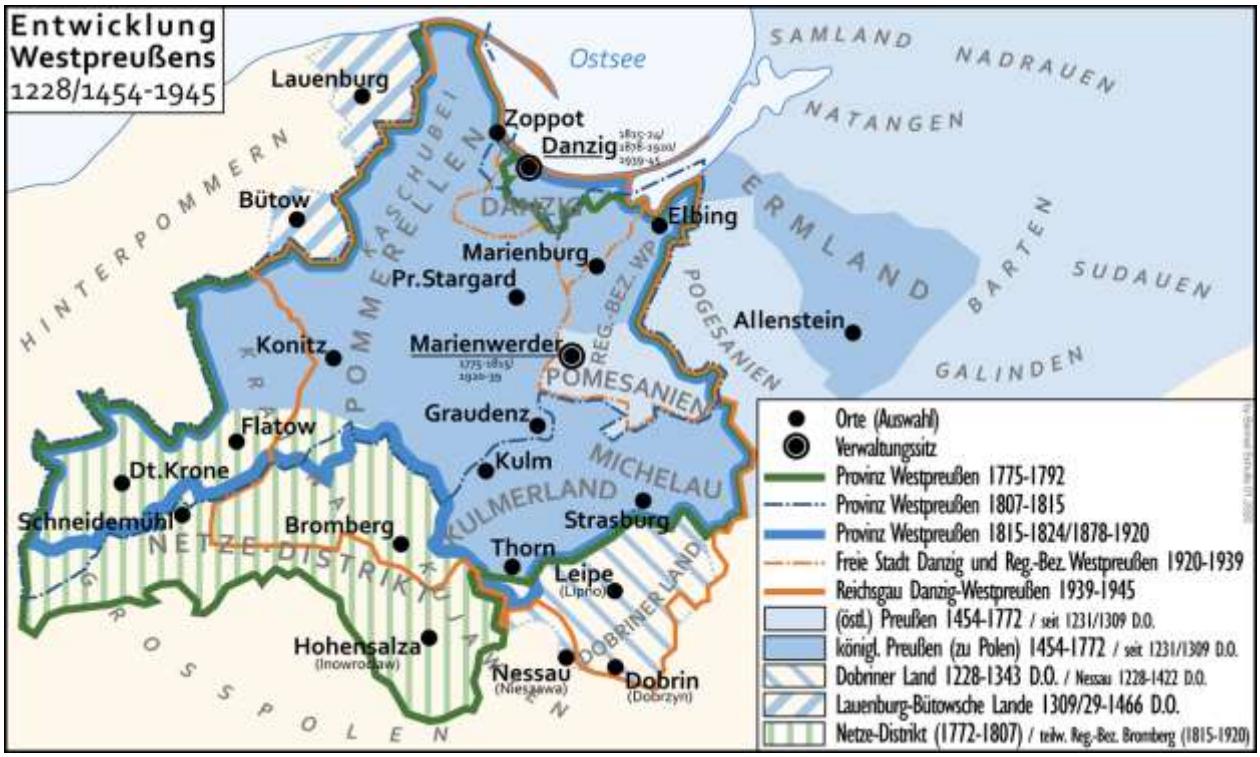
West- und Ostmitteleuropa in diesem weiteren Sinne zusammen entsprechen etwa auch dem Begriff Mitteleuropa oder Zentraleuropa, englisch Central Europe (CE). Abzugrenzen ist diese kulturgeographische Region vom wirtschaftspolitischen Begriff MOEL Mittel- und osteuropäische Länder / CEE Central and Eastern Europe, einem Konzept, das etwas umfassender dem hier erwähnten Ostmitteleuropa entspricht oder umfassend östlicher zu sehen ist.

<u>Quelle: WIKIPEDIA „Ostmtteieuropa“, aufgerufen am 28.11.19, 12:50 Uhr: https://de.wikipedia.org/wiki/Ostmitteleuropa</u>

<u>s.a. Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg: Begr. „Ostmitteleuropa“ im</u>
Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa
<u>https://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/begriffe/ostmitteleuropa</u>

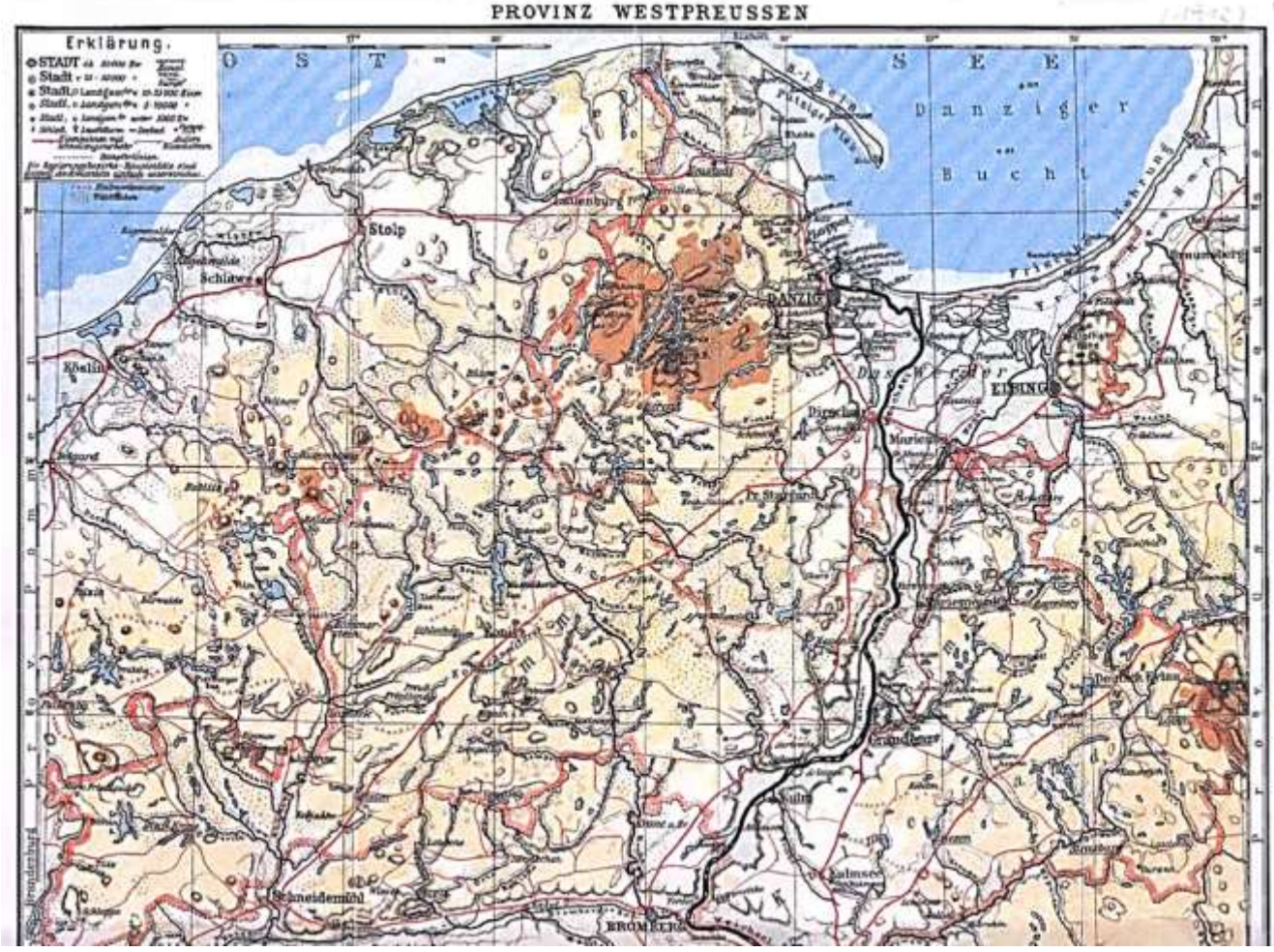
Hellgrau: Herzoglich Preußen. Farbig: Königlich Preußen mit seinen Woiwodschaften als Teil Polen-Litauens.

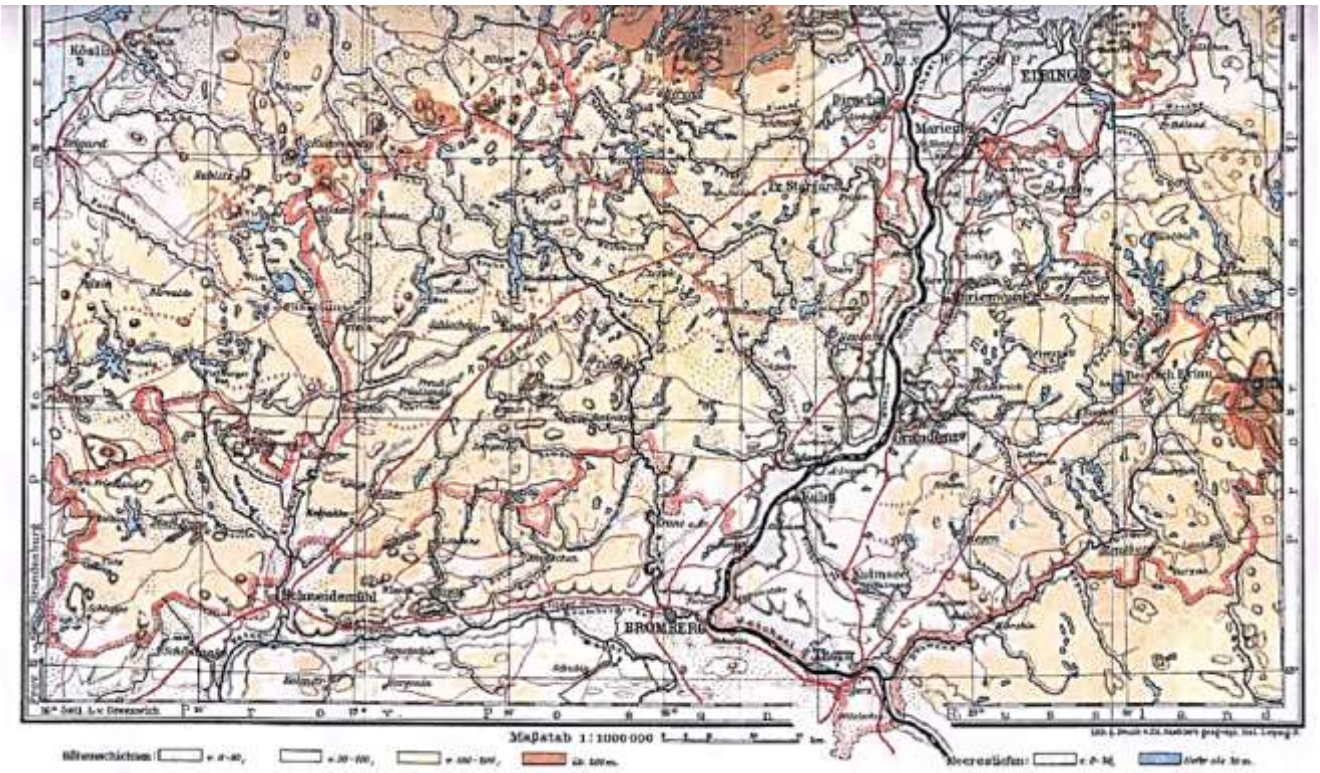
Beide Karten dieser Seite aus: WIKIPEDIA, aufgerufen am 04.03.2021, 09:50 Uhr:
https://de.wikipedia.org/wiki/Westpreu%C3%9Fen#/media/Datei:Entwicklung%CC%A0Westpreussen.png

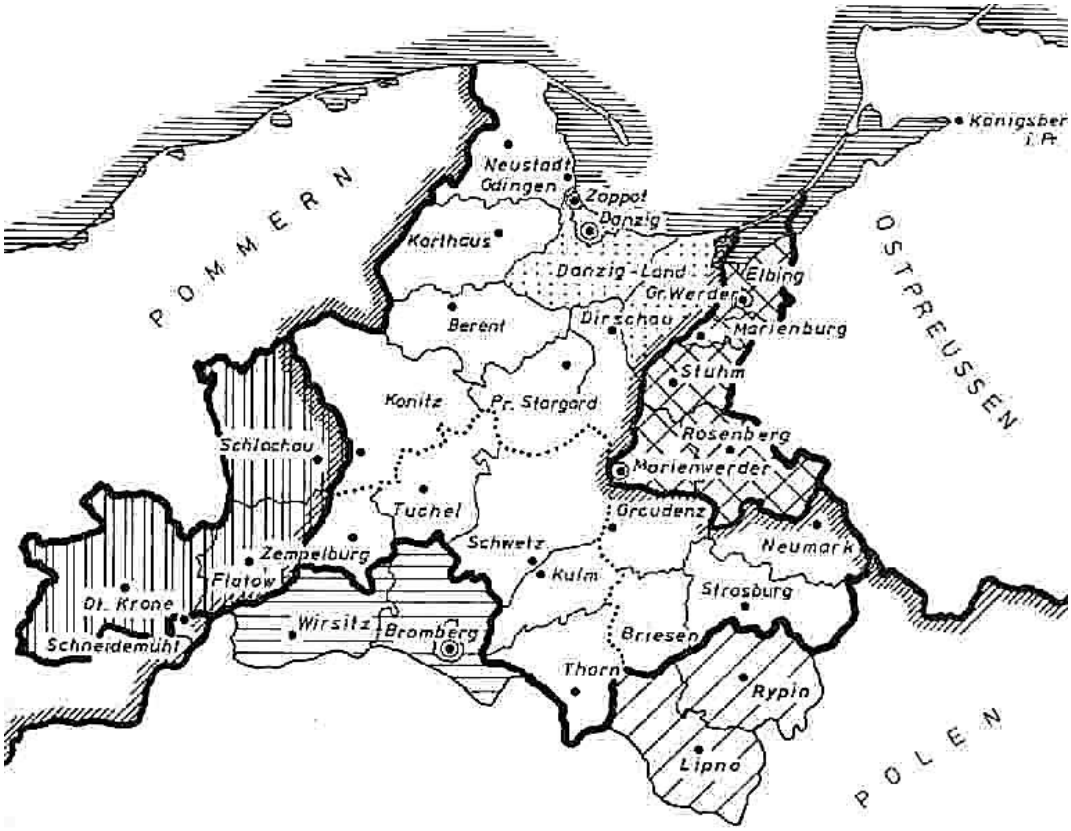


Entwicklung Westpreußens 1228/1454–1945.

PROVINZ WESTPREUSSEN







Karte der Provinz Westpreußen von 1878 – 1920